

Lund Studies in International History 20

Olof Åhlander

Staat, Wirtschaft und Handelspolitik

**Schweden und Deutschland
1918–1921**

1983





Lund Studies in International History
Editors: Göran Rystad and Sven Tägil

Ulf Ahlander

Staat, Wirtschaft und Handelspolitik

Schweden und Deutschland
1918-1921



UNIVERSITÄT LUND

Olof Åhlander

Staat, Wirtschaft und Handelspolitik

Schweden und Deutschland
1918–1921



Gedruckt mit Unterstützung von Riksbankens Jubileumsfond

ISBN 91-24-32864-2
© Olof Åhlander 1983
Printed in Sweden
Studentlitteratur
Lund 1983



ELISABETH
gewidmet

INHALT

	Seite
Vorwort	I-II
Einleitung	1
Teil I. Die Großmächte und der Kleinstaat. Englische und deutsche Dominanzpläne und -bestrebungen und schwedische Gegenstrategien	22
Kap. I. Englische und deutsche Pläne zur ökonomischen Nachkriegspolitik den Neutralen gegenüber	
I.1 Die Voraussetzungen für den internationalen Handel vor dem Ersten Weltkrieg. Veränderungen während des Krieges	
I.2 Die Pariser Wirtschaftskonferenz 1916 und die Pläne einer gemeinsamen diskriminierenden Handelspolitik seitens der Alliierten	25
I.3 Das Balfourkomitée 1916-1917 und englische protektionistische Pläne	27
I.4 Spaltung unter den Alliierten, amerikanische "open-door"-Politik	35
I.5 Deutsche Reaktionen auf die Pariser Wirtschaftskonferenz und die Imperial War Conference. Mitteleuropapläne	40
I.6 Das schwedische Eisenerz und der Wunsch der deutschen Schwerindustrie, die Rohstoffzufuhr nach dem Krieg zu sichern	42
I.7 Überlegungen der deutschen Schwerindustrie über den Handel mit Schweden angesichts der Niederlage	44
I.8 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	49
Kap. II. Englands Versuch, seine vorherrschende Stellung auf dem Kohlemarkt auszunützen und Schwedens Reaktion darauf (1918-1921)	50
II.1 Englands Druck auf Schweden	
II.2 Die schwedisch-englischen Kohleverhandlungen zwischen dem Waffenstillstand 1918 und dem Frieden 1919	54
II.3 Skandinavische Zusammenarbeitsbestrebungen zur Sicherung der Kohleversorgung und schwedischer Versuch 1919 Kohleneinfuhr aus den Vereinigten Staaten zustandzubringen	61
II.4 Die englische Vormachtstellung in der Ostsee wird 1919 ausgebaut	74
II.5 Die weitere Entwicklung in der Kohlefrage im Frühjahr und Sommer 1920	79
II.6 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	86

Teil II. Schwedisch-deutsche Handelsbeziehungen I: Von der Kündigung des schwedisch-deutschen Handelsvertrags im Dezember 1918 bis zu den Handelsvertragsverhandlungen im Frühjahr 1921	89
Kap. III. Der schwedische Staat interveniert unter alliierterem Druck	
III.1 Die Bedrohung der schwedischen Rohstoffver- sorgung 1918 löst staatliche Aktivitäten aus	
III.2 Die Kündigung des schwedisch-deutschen Han- delsvertrags	95
III.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	101
Kap. IV. Veränderungen in Richtung stärkerer Integra- tion zwischen Staat und Wirtschaft in Schwe- den im Frühjahr 1919	102
IV.1 Die Umorganisation des Außenministeriums, die Bildung eines Handelsministeriums sowie die Einsetzung des Zoll- und Vertragskomit- tées	
IV.2 Einfuhrverbote oder freier Handelsaustausch? Die Konferenz am 20. Februar 1919 und ihr Nachspiel	110
IV.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	117
Kap. V. Staat, Wirtschaft und Handelspolitik in Deutschland im Schatten des Krieges, der Nie- derlage und Versailles	119
V.1 Handelspolitische Bestimmungen des Versailler Friedens 1919	
V.2 Die Umorganisation des Auswärtigen Amtes, die Bildung des Reichswirtschaftsamtes und die Kontrolle über den Außenhandel	124
V.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	130
Kap. VI. Der schwedisch-deutsche Handelsvertrag wird 1919 verlängert. Das Kontingentierungsabkom- men vom März 1920	131
VI.1 Die Verlängerung des Handelsvertrags	
VI.2 Das Kontingentierungsabkommen	144
VI.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	150
Kap. VII. Krise und protektionistische Offensive der schwedischen Wirtschaft 1920. Erneute Kün- digung des Handelsvertrags	153
VII.1 Die sozialdemokratische Regierung, die "Sach- verständigenregierung" De Geer, "Wirtschaft und Handelspolitik	
VII.2 Sondierung der schwedischen Regierung in Lon- don bezüglich der Importbeschränkungen. Ab- weisende englische Haltung	163

VII.3	Versuch des Verbandes der schwedischen Industrie in der Zollfrage skandinavische Unterstützung zu erhalten	165
VII.4	Die TGO und die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen	170
VII.5	Die Kündigung des Vertrags im Dezember 1920	184
VII.6	Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	188
Teil III.	Schwedisch-deutsche Handelsbeziehungen II: Die Handelsvertragsverhandlungen im Frühjahr 1921	191
Kap.VIII.	Die Industrie, die Interessengegensätze in Deutschland und die Reparationsfrage von Juni 1920 bis zum März 1921	
VIII.1	Die Industrie und die Bildung der Regierung Fehrenbach	
VIII.2	Die Spa-Konferenz im Juli 1920 und der Kampf zwischen verschiedenen Gruppen um die deutsche Außenpolitik	193
VIII.3	Die Brüsseler Sachverständigenkonferenz im Dezember 1920 und die Meistbegünstigung	197
VIII.4	Die Schwerindustrie und der Seydoux-Plan	204
VIII.5	Zusammenfassung und Schlußfolgerung	211
Kap. IX.	Die deutsche Schwerindustrie und Schweden	214
IX.1	Der Plan des Auswärtigen Amtes den schwedisch-deutschen Handelsvertrag im Herbst 1920 zu kündigen und der Widerstand des Reichswirtschaftsministeriums	
IX.2	Die deutsche Schwerindustrie, die Lieferung von Lokomotiven nach Rußland und das Verhältnis zu Schweden	223
IX.3	Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	233
Kap. X.	Vorbereitungen in Stockholm und Berlin auf die Handelsvertragsverhandlungen	235
X.1	Schwedische Vorbereitungen unter Zusammenarbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Politik	
X.2	Der schwedische Modusvivendivorschlag	245
X.3	Die Berichterstattungen und Vorschläge der deutschen Gesandtschaft in Stockholm	249
X.4	Vorschläge des Deutschen Industrie- und Handelstags	253
X.5	Vorbereitungen der deutschen Schwerindustrie und des Reichswirtschaftsministeriums	255
X.6	Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	267
Kap. XI.	Die Verhandlungen 1921 zwischen Schweden und Deutschland über einen Modusvivendivertrag,	

	Die Sanktionen der Alliierten und der Abbruch der Verhandlungen	270
XI.1	Die Berliner Verhandlungen vom 12. bis 28. Februar 1921	
XI.2	Reaktionen in Stockholm	279
XI.3	Die Entwicklung in Berlin	282
XI.4	Der schwedische Beschluß, den Modusvivendivorschlag zurückzuziehen	284
XI.5	Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	293
Kap.XII.	Schwedische Reaktionen und Bemühungen gegen die Sanktionen der Alliierten	298
XII.1	Reaktionen in der schwedischen Presse auf die Sanktionspolitik	
XII.2	Die Sanktionen und die skandinavische Zusammenarbeit	304
XII.3	Schwedische Versuche, die Unterstützung der neutralen europäischen Kleinstaaten für eine Demarche in London zu gewinnen	312
XII.4	Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	318
Kap.XIII.	Der Epilog zu den Verhandlungen	319
XIII.1	Der Preiskampf zwischen der TGO und Thyssen. Die TGO und die schwedische Regierung	
XIII.2	Die Wiederaufnahme der schwedisch-deutschen Handelsverhandlungen wird auf die Zukunft verschoben	328
XIII.3	Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	337
Kap.XIV.	Staat, Wirtschaft und Handelspolitik: Schweden und Deutschland 1918-1921. Zusammenfassung und Schluß	338
	Anmerkungen	349
	Quellenverzeichnis	430
	Literatur	434

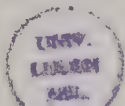
Vorwort

Die vorliegende Dissertation ist innerhalb des Forschungsprojekts "Die Großmächte und Schweden 1905-1945" des Instituts für Geschichte an der Universität zu Lund entstanden. Mein Mentor, der Leiter des Projekts, Professor Dr. Carl-Axel Gemzell, hat eine inspirierende und ideenreiche Anleitung gegeben. Professor Dr. Göran Rystad, dessen Seminar der größte Teil der Dissertation vorgelegt worden ist, hat wertvolle Anregungen und Vorschläge gemacht. Auch Professor Dr. Birgitta Odén hat das Manuskript gelesen und beurteilt. Professor Dr. Sven Anders Söderpalm hat zu gewissen Teilen meiner Arbeit wertvolle Gesichtspunkte gehabt. Die Teilnehmer des Seminars haben konstruktive Kritik ausgeübt. Meine Kollegin und Kollegen im Forschungsprojekt, Yvonne Brorsson, Erik Ferbas, Dr. Anders Lindberg und Bengt Nilsson haben bei Diskussionen und in kameradschaftlicher Zusammenarbeit zu meiner Arbeit beigetragen. Auch mit Dr. Harm Schröter, Hamburg und Professor Dr. Wolfgang Wilhelmus, Greifswald sind Erfahrungen ausgetauscht worden. Beamte der Archive in Schweden, Deutschland und England, die ich besucht habe, haben mir auf verschiedene Weise bei der Materialanschaffung geholfen. Die Universitätsbibliotheken in Lund und Växjö sind mir bei der Beschaffung der wissenschaftlichen Literatur behilflich gewesen.

Die Übersetzung ist von Frau Elisabeth Åhlander, Älmhult gemacht worden. Studienrat Dieter Seng und Frau Christel Seng, Grafenau haben eine sprachliche Durchsicht vorgenommen. Frau Erika Merkel, Hergensweiler hat das deutsche Manuskript reingeschrieben. Ohne alle diese uneigennützigen Einsätze wäre eine Übersetzung nicht durchzuführen gewesen.

Finanzielle Unterstützung für den Druck ist durch "Riksbankens Jubileumsfond" geleistet worden. Für Archivbesuche habe ich Beiträge von "Delegationen för militärhistorisk forskning", von "Humanistiska fakultetens anslag för ograduerade forskare", von "Fil.dr. Uno Otterstedts fond" und von "Svenska Institutet" erhalten.

Die Schulbehörden in Älmhult und die Schulleitung der Hagapässchule haben stets zu meinen Gesuchen um Freistellung für



Studien positiv Stellung genommen. Dasselbe gilt für das Bezirks schulamt Växjö. Allen, die dazu beigetragen haben, daß meine Arbeit durchgeführt werden konnte, spreche ich meinen herzlichen Dank aus. Dieser Dank gilt auch meiner Familie, deren Unterstützung und Verständnis unbedingt notwendig waren.

Älmhult, im Oktober 1983

Olof Åhlander

Einleitung

1. Wahl des Untersuchungsobjekts

Zentrales Untersuchungsobjekt der vorliegenden Dissertation sind die offiziellen schwedisch-deutschen Verhandlungen über einen Handelsvertrag, die nach der Kündigung des Handelsvertrags vom Jahr 1911 im Dezember 1918 bis zum Sommer 1921 geführt wurden, als man die Verhandlungen unterbrach. Zeitlich deckt sich die zu untersuchende Periode mit der, die manchmal als Demobilisierungs- oder Wiederaufbauphase nach dem Ersten Weltkrieg bezeichnet wird.

Die Handelsbeziehungen zu Deutschland waren für Schweden normalerweise sehr bedeutungsvoll. Vor dem Ersten Weltkrieg war es neben England der wichtigste Handelspartner. Der Handelsvertrag mit Deutschland war Schwedens bedeutendster Tarifvertrag, und er hatte zur Folge, daß sich die industrielle Entwicklung des Landes in Teilbereichen dem mächtigen Nachbarland im Süden anpaßte.

Durch den Weltkrieg 1914-1918 erlitten zwar die neutralen Kleinstaaten ernsten Schaden, aber er bedeutete auch eine Gelegenheit zur Stärkung der eigenen Industrie und zur Ausnützung der Möglichkeiten, die der Konkurrenzausfall der Industrien der kriegführenden Länder zur Folge hatte. Große Teile der schwedischen Industrie erlebten in den Jahren 1915-1916 infolge der Kriegskonjunkturen goldene Zeiten. Bis zur russischen Revolution fand z.B. die schwedische Maschinenbauindustrie in Rußland, wo man daranging, deutsche Industrie-Erzeugnisse durch schwedische zu ersetzen, einen guten Absatzmarkt. ¹⁾ Die durch den Krieg geschürte Konjunktur hatte einen Ausbau der Produktionskapazität zur Folge und trug somit wesentlich zur Industrialisierung Schwedens bei. Schweden verwandelte seinen Importüberschuß der Vorkriegszeit in einen beträchtlichen Exportüberschuß. ²⁾ Aber auf Grund des immer härter werdenden Handelskrieges nahmen in den Jahren 1917-1918 die Schwierigkeiten der Neutralen mehr und mehr zu. Schweden

seinerseits wurde durch den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit den Alliierten vom 29. Mai 1918 zu einer für diese günstigen Überprüfung seiner Handelspolitik gezwungen. Die neue Handelspolitik wurde in enger Zusammenarbeit mit gewissen schwedischen Wirtschaftsinteressen entworfen. ³⁾ Unter dem Druck der kriegführenden Mächte vertiefte sich auch die skandinavische wirtschaftliche Zusammenarbeit und hatte eine markante Steigerung des interskandinavischen Handels zur Folge. ⁴⁾ Die Kriegsjahre bedeuteten also große Veränderungen in der Struktur des Handels, der Industrie u.s.w. ⁵⁾ Der Übergang zur Friedenswirtschaft stellte Schweden vor schwere Anpassungsprobleme. Innerhalb der beiden Allianzsysteme waren während des Krieges umfangreiche Pläne für einen weiteren Wirtschaftskrieg und eine Expansion in der Nachkriegszeit entwickelt worden. Schweden, ein industrialisierter Kleinstaat ohne eigenen größeren Markt, befand sich dabei auf vielfältige Weise in einer exponierten Stellung. Man hatte z.B. während des Krieges besonders in der Eisen- und Stahlindustrie eine Überkapazität aufgebaut, denn der Krieg hatte in den meisten Ländern einen gewaltigen Ausbau gerade dieser Industrien zur Folge gehabt. Auf der Jahreshauptversammlung von Schwedens Allgemeinem Exportverein im April 1918 - als der Kriegsausgang noch nicht feststand - drückte Professor Eli Heckscher seine Überzeugung über die Vorteile aus, die ein freies Welthandelssystem für ein kleines Land wie Schweden bedeuten würde. Er betonte die Gefahren wirtschaftlicher Blockbildung und einseitiger Abhängigkeit von einem Block. "Es ist schwer zu sagen, was für Schweden am verderblichsten wäre, für alle Zukunft die Import- und Exportverbindungen zu Deutschland abbrechen zu müssen oder dies zu England und Frankreich tun zu müssen. Beide sind unsere wichtigsten Lieferanten; soweit es in menschlicher Macht steht, sollten wir die Verbindung zu beiden Gruppen aufrechterhalten." ⁶⁾

Die deutsche Niederlage machte die vor und während des Krieges entwickelten Pläne der deutschen Regierung und der Industrie zunichte. Man hatte auf eine Erweiterung der deutschen Rohstoffbasis und der deutschen Märkte gehofft mit dem Ziel eines von Deutschland beherrschten wirtschaftlichen Imperiums in Europa durch territoriale Expansion u.a. auf Kosten der benach-

barten Kleinstaaten. Man rechnete nun damit, daß der allgemein erwartete Wirtschaftskrieg mit den Westmächten große Schwierigkeiten sowohl für den Absatz deutscher Exporterzeugnisse auf dem Weltmarkt als auch für die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie zur Folge haben würde. Aus deutscher Sicht gewannen deshalb die neutralen Märkte gesteigertes Interesse. Später sollten die Reparationsregelungen den Druck, eine deutsche Exportoffensive zu starten, verstärken.⁷⁾ Schweden wurde also nach dem Krieg vor eine neue Form der Bedrohung durch deutsche wirtschaftliche Expansion gestellt.

Gleichzeitig stand es in der Macht der Alliierten, die Bedingungen für den Welthandel zu diktieren - in dem Maße, in welchem sie sich darüber einigen konnten. Bei Kriegsende war Schweden bei den Alliierten nicht besonders beliebt, sondern wurde in gewissen Kreisen als Protegé Deutschlands während des Krieges angesehen.⁸⁾ Man stand vor der Aussicht, in eine einseitige Abhängigkeit von der siegreichen Machtkonstellation zu geraten - besonders in eine von England, das den Weltmarkt beherrschte, die Rohstoffzufuhr und auch die Schifffahrtsverbindungen kontrollierte.

Die Erarbeitung eines neuen Rahmens für die schwedisch-deutschen Handelsbeziehungen war somit kompliziert - schon im Hinblick auf die Verhältnisse auf internationaler Ebene, was hier näher untersucht werden soll.

Die Handelspolitik hat die Eigenheit, ein Grenzgebiet zwischen Außenpolitik und Wirtschaftspolitik zu sein, "Feld eines spannungsreichen interdependenten Wechselspiels außenpolitischer Zielsetzungen und wirtschaftlicher Interessen."⁹⁾ Die Handelspolitik ist somit auch noch abhängig von Interaktionen zwischen Wirtschaft, Organisationen und Politik. Sie sollte in einem Kontext von inneren und äußeren marktbestimmten und politisch-organisatorischen Prozessen gesehen werden. Das Wechselspiel zwischen diesen Prozessen zog mehr und mehr die Aufmerksamkeit der Forschung auf sich. Dabei wurden verschiedene Aspekte und Begriffe aktualisiert und entwickelt.

2. Wirtschaft und Politik: das Grundproblem

Der norwegische Sozialwissenschaftler Germund Hernes nimmt zum Ausgangspunkt für eine Analyse der modernen Industriegesellschaft eine moderne Variante von Adam Smith's Theorien über den souveränen Verbraucher, den souveränen Wähler und den jeder politischen Führung gegenüber pflichtgetreuen Bürokraten.¹⁾ Der Verbraucher, der Wähler und der Bürokrat repräsentierten drei Steuerungssysteme der Gesellschaft - den idealen Markt, die ideale Demokratie und die ideale Bürokratie; die früher getrennt aber später immer mehr integriert worden sind. Hernes studiert innere ökonomische, administrative und politische Veränderungen. Er betont, daß diese in einem Zusammenhang gesehen werden müßten. Das Interesse sollte sich dabei auf die Berührungsflächen von Ökonomie, Organisationen und Politik konzentrieren.²⁾ Hernes betont weiter, daß jedes dieser verschiedenen Steuerungssysteme dazu ausgenützt werden könnte, um ungünstigen Folgen der jeweils anderen entgegenzuwirken. Man könne u.a. die Transferierungen der Gesellschaft als ein solches Beispiel betrachten, wo sich das Einkommenssystem des Marktes durch politische Beschlüsse ändere. Der Markt könne seinerseits dazu ausgenützt werden, um beispielsweise die Bürokratie wirksamer zu gestalten, indem man private Institute mit den öffentlichen konkurrieren ließe. Schwächen innerhalb eines Sektors könnten also auf einem anderen ausgeglichen werden. Dies ist ein Ausgangspunkt auch für einige andere Forscher.

Der österreichische Politologe Anselm Skuhra behauptet ähnlich wie der Schweizer Kleinstaatentheoretiker Hans Vogel, daß ein Zusammenhang bestehe zwischen der äußeren Abhängigkeit des industriellen Kleinstaates von dem internationalen Handelsaustausch und dem Heranwachsen eines inneren Entscheidungssystems, geprägt durch enge Zusammenarbeit zwischen der außenpolitischen Administration und der Wirtschaft. Zusammenarbeit zwischen der Führung der Außenpolitik und der privaten Industrie zeichne die Beschlußfassung in Außenhandelsfragen aus. Skuhra meint somit, eine erfolgreiche Lenkung der Außenwirtschaft stehe in Korrelation zum inneren politischen System des Klein-

staates. Es geht aus seiner Untersuchung hervor, daß die Parteizugehörigkeit der politischen Führung von geringerer Bedeutung ist und die vielleicht wichtigste Variable "the corporatist dimension" ist.³⁾ Wenn es starke Wirtschaftsorganisationen gebe und ein starkes "bargain pattern", beständen gute Möglichkeiten, die ökonomischen Systeme erfolgreich zu lenken. Die Kleinstaaten könnten sich gegen die Dominanzbestrebungen von außerhalb behaupten, indem sie die wirtschaftliche und politische Unterlegenheit auf diese Weise kompensierten.

Während Hernes seine Analyse im Anschluß an den Begriff "organisierter Kapitalismus" formuliert, lassen Skuhra und Vogel den Begriff "Korporatismus" einen hervorragenden Platz einnehmen. Im folgenden wird auf diese Begriffe näher eingegangen, nicht zuletzt deshalb, weil die Diskussionen darüber die aktuellen Auffassungen über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik in der deutschen Gesellschaft zur Zeit des Ersten Weltkrieges beleuchtet.

3. Der "Organisierte Kapitalismus"

Der Begriff "Organisierter Kapitalismus" wurde während des Ersten Weltkrieges von Rudolf Hilferding geprägt. Damals war Hilferding Linksozialist, wurde aber nach dem Krieg der führende Ideologe der sozialdemokratischen Partei. In den zwanziger Jahren baute er seine Ansichten über die Entwicklung des kapitalistischen Systems weiter aus. Seiner Meinung nach hatte Ende des 19. Jahrhunderts eine qualitative Veränderung stattgefunden, indem das Finanzkapital die Tendenz zeigte, durch Beherrschung der - wie er meinte - monopolistisch organisierten Industrie die anarchisch-kapitalistische Ordnung in einen "Organisierten Kapitalismus" zu verwandeln. Die unerhörte Stärkung der Staatsgewalt, nach Hilferding ein Werk des Finanzkapitals, verschärfe diese Tendenz, und der Kapitalismus erhalte durch den "Organisierten Kapitalismus" eine Überlebenschance. Er beschreibt seine Auffassung in einem Paradoxon: "Die konterrevolutionären Wirkungen der Arbeiterbewegung haben die revolutionären Tendenzen des Kapitalismus geschwächt."¹⁾

Der Begriff "Organisierter Kapitalismus" ist um 1970 herum von einigen Westdeutschen Historikern aufgegriffen worden, vor allem von Jürgen Kocka, Hans Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler, vielleicht um vom Westen dem ostdeutschen Begriff des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) entgegengestellt werden zu können.

Unter "Organisiertem Kapitalismus" versteht Kocka ein Bündel miteinander verflochtener Veränderungen, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts in kapitalistisch strukturierten Industrialisierungsprozessen aufzutreten begonnen hätten.²⁾ Diese Entwicklung habe im Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt erreicht. In großen Zügen gehe es dabei um folgende Veränderungen:

1.) Konzentrations- und Zentralisationsbewegungen fanden statt innerhalb der Industrie, des Bankwesens und ansatzweise auch auf dem Sektor Handel und Versicherungen, verursacht durch:

- a) das unzureichend ausbalancierte ungleichmäßige Wirtschaftswachstum und die damit verbundenen Konjunkturkrisen;
- b) die schnelle Entwicklung der Produktionskräfte und deren Forderung nach "überbetrieblicher Zusammenarbeit", wobei Großunternehmen, Absprachen, Kartelle, Syndikate und Konzerne schnell zunahmen und oligopolistische und monopolistische Abhängigkeitsverhältnisse entstanden ebenso wie große Unterschiede zwischen den hoch organisierten und den weniger oder nicht organisierten Branchen in Bezug auf sozialen und politischen Einfluß. Der Konzentrationsvorgang wurde beschleunigt und geprägt - vor allem in Deutschland - durch zunehmende Verflechtung von Bank- und Industriekapital, das im sog. "Finanzkapital" zusammenwirkte.

2.) In den Großunternehmen trennten sich Besitz und Kontrolle immer mehr voneinander. Die meisten Unternehmerfunktionen garieten in die Hand leitender Angestellter.

3.) Große Veränderungen in der sozialen Strukturierung waren die Folge dieser neuen Führungsschichten, der "Manager" und der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz." Die Anzahl der Angestellten des Handels, der Banken und auf dem Dienstlei-

stungssektor nahm überproportional zu. Die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft änderte sich dadurch radikal.

4.) Organisationen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber wurden gebildet, die sich auf immer höherer Ebene trafen.

5.) Eine immer engere Verknüpfung der sozialökonomischen und staatlichen Sphären fand statt. Die Konjunkturschwankungen machten staatliches Eingreifen notwendig: Zölle, staatliche Unternehmen, Aufträge, notwendige Subventionen sowie Investitionen im Bereich Infrastruktur und Bildungswesen. Die sozialen Konflikte gaben Anlaß zu einer Sozialgesetzgebung. Der Gewinn wurde unabhängig von Angebot und Nachfrage.

6.) Tendenzen zur Expansion innerhalb der imperialistischen Industriestaaten zur immer stärker formalisierten Herrschaft über nicht-industrialisierte Territorien nahmen zu.

7.) Die staatliche Verwaltung neigte auf Grund der vergrößerten Funktionen dazu, sich von einer Ordnungs- zu einer "Leistungs-" Verwaltung umzustrukturieren.

8.) Gewisse Veränderungen im Bereich der Ideen, Ideologien und kollektiven Mentalitäten geschahen. Man konnte eine Tendenz zur Bewunderung von Wissenschaftlichkeit und Organisation, Glorifikation von Effektivität und Organisation feststellen. ("Ideen von 1914")

Kocka betont, seine Definition des Idealtyps "Organisierter Kapitalismus" sei in Bezug auf die Verhältnisse in Deutschland zwischen den 80er Jahren des 19. Jhd. und 1914-1918 formuliert worden. Den Unterschied zwischen verschiedenen Ländern sollte man mit verschiedenen vorindustriellen Verhältnissen erklären können. Z.B. betont Kocka für Deutschland dessen feudale und bürokratische Tradition der vorindustriellen Zeit, die es von den Vereinigten Staaten und England trennten. In Wehlers Abhandlung über die Entwicklung zum "Organisierten Kapitalismus" in Deutschland hebt er als charakteristisch hervor:

1.) Die industriellen Großunternehmen seien seit 1870 besonders schnell (Ruhr, Saar, Oberschlesien, Berlin) gewachsen.

2.) Industrien hätten sich nach Branchen oder Interessen zu Kartellen und Syndikaten zusammengeschlossen mit dem Ziel monopolistischer Preisdiktatur, aber auch zu Interessenverbänden, um dadurch die Produktion besser planen und die wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Berlin besser beeinflussen zu können.

3.) Parallel dazu habe man branchenspezifisch regionale und nationale Interessenverbände gegründet und diese ausgebaut.

4.) Bismarcks protektionistisches System habe seit 1879 versucht, für die ganze Volkswirtschaft das zu erreichen, was die Kartelle für ihre Mitglieder anstrebten.³⁾ Wehler sieht somit auch das Zollsystem als einen wesentlichen Teil des "Organisierten Kapitalismus". Die Verflechtung von Wirtschaft und Politik in der Weimarer Politik wird auch von mehreren anderen deutschen Forschern betont.⁴⁾

Der amerikanische Historiker Gerald D. Feldman hat in einigen Untersuchungen die innerdeutsche Entwicklung behandelt, besonders in Hinsicht auf die Rolle, die die Schwerindustrie während des Ersten Weltkrieges und in der Zeit bis zur Stabilisierung 1924 spielte. Dabei hat Feldman an den Begriff "Organisierter Kapitalismus" angeknüpft, auch wenn er gegenüber dessen Anwendungsmöglichkeit eine teilweise stark kritische Haltung eingenommen hat.⁵⁾

Feldman stellt sich kritisch gegen die Behauptung, der Erste Weltkrieg bedeute einen Höhepunkt und einen Durchbruch für den "Organisierten Kapitalismus". Aber er bestreitet nicht, daß der Weltkrieg und die Inflationsperiode Veränderungen zur Folge gehabt hätten, z.B. die Integration der organisierten Arbeitskraft in die sozio-ökonomischen Strukturen und die Entstehung hochorganisierter Interessengruppen des Kapitals und der Arbeit, die eine Vielfalt von Aufgaben übernahmen, die mit der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenhingen,

sowie die wachsende Rolle des Staates auf Grund einer allgemeinen Ausweitung seiner Aktivitäten. Die Periode hätte einschneidende Veränderungen in den Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft zur Folge gehabt haben können, meint Feldman, aber das sei nicht der Fall gewesen. Faktisches Ergebnis sei die Integration der organisierten Arbeit und die neue Rolle des Staates als Vermittler zwischen Kapital und Arbeit. Unter Hinweis auf einen anderen amerikanischen Historiker, Charles Maier, hebt Feldman auch eine Abnahme der Bedeutung der parlamentarischen Institutionen hervor. 6)

Kocka behauptet Feldman gegenüber, daß die Lenkung der Wirtschaft - der teilweise Ersatz der Marktwirtschaft - zwei Formen annehmen könne: entweder Organisation und Kontrolle durch den Staat oder Organisation und Kontrolle durch die Wirtschaft. In Deutschland hätten 1918/1919 Teile der staatlichen Kontrolle auf eine Kontrolle durch die Wirtschaft übergewechselt. Auf längere Sicht bestehe ein fundamentaler Trend in Richtung kollektivistischer Organisationsformen. 7)

Im Grunde genommen sind Feldmans und Kockas Beurteilungen des wirklichen Geschehens während des Krieges und der Inflationszeit nicht so ganz verschieden. Aber die Definitionen dessen, was "Organisierter Kapitalismus" bedeutet, unterscheiden sich voneinander. Hilferding sah in diesem Begriff u.a. eine "wachsende Durchdringung von Wirtschaft und Staat" mit dem Ziel "mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regelung, diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln." 8)

Feldman reserviert den Begriff für den Prozeß, der die Wirtschaft vom Interventionsstaat immer abhängiger macht, während Kocka den Begriff "Organisierter Kapitalismus" erweitert. Dieser wird von ihm dem Interventionsstaat übergeordnet, aber der Staat besitze, so widersprüchlich es klingen möge, eine "relative Eigenständigkeit." 9) Die Problematik scheint auf ideologischer Ebene zu liegen. Kockas in marxistischer Dialektik begründete Behauptung einer "relativen Eigenständigkeit des

Staates", die gleichzeitig dem "Organisierten Kapitalismus" untergeordnet wird, kann von jemandem, der - wie der Verfasser - nicht seine Grundeinstellung teilt, kaum akzeptiert werden. Dadurch fällt es auch schwer, einen Begriff zu finden, der umfassend genug ist, um dieses sog. "Vermittlungsproblem" lösen zu können, und der als Grundlage für umfangreiche historische Synthesen dienen kann. Das Forschungsziel muß niedriger angesetzt werden.

4. Der Begriff des Korporatismus

Früher ist die Interessenorganisationsforschung durch eine amerikanische sog. "pressure-group-tradition" beherrscht worden, die ihren Ausgangspunkt in einer pluralistischen Gesellschaft nahm. In ihr stehen Beeinflussungsprozesse im Zentrum des Forschungsinteresses. Dabei ist es wichtig festzustellen, wie verschiedene Interessenorganisationen Zugang zu Staatsorganen erhalten, und wie es ihnen gelingt, durch Druckausübung auf die staatlichen beschlußfassenden Organe ihre Forderungen durchzusetzen. ¹⁾

Die "pressure-group-tradition" ist in den letzten Jahren von einigen Forschern stark in Frage gestellt worden, die stattdessen verschiedene "korporatistische" Begriffsalternativen vorgelegt haben. ²⁾

Laut Philippe C. Schmitter steht der Korporatismus für ein System der Interessenvertretung, für das die Verschmelzung der organisierten Interessen und der staatlichen Entscheidungsstrukturen wie in folgender Definition bezeichnend ist: "Corporatism can be defined as a system of interest representation in which the constituent units are organized into a limited number of singular, compulsory, noncompetitive, hierarchically ordered and functionally differentiated categories, recognized or licensed (if not created) by the state and granted a deliberate representational monopoly within their respective categories in exchange for observing certain controls on their selection of leaders and articulation of demands and supports." ³⁾

Diese Definition führt zu formalen organisatorischen Strukturen zurück bezüglich des Systems der Interessenvertretung (begrenzte Anzahl, einzelne, nicht konkurrierende, funktionell differenzierte), bezüglich ihrer inneren organisatorischen Struktur (obligatorisch, hierarchisch geordnet) sowie bezüglich ihrer strukturellen Beziehungen zum Staatsapparat (vom Staat anerkannt, Repräsentationsmonopol). ⁴⁾

Man nimmt an, die Bedeutung der Parteien und des Parlaments nähme ab, einerseits, weil die Interessen, die einstmals für die Struktur des heutigen Parteiensystems bestimmend gewesen seien, jetzt hauptsächlich durch das korporative Entscheidungssystem wahrgenommen würden, andererseits, weil die gleiche Gesellschaftsentwicklung, die Anlaß für das Entstehen dieses korporativen Entscheidungssystems gewesen sei, auch die Interessenverhältnisse der Gesellschaft auf eine für die Parteien entscheidende Art und Weise geändert hätten. ⁵⁾

Im Unterschied zu der "pressure-group-tradition" richtet sich das Interesse der korporatistischen Forschung auf Interaktion und Integration von Interessensorganisationen mit den staatlichen Entscheidungsstrukturen. Es findet eine ständige Kooptierung der Vertreter der Interessensgruppen zu den staatlichen Entscheidungsstrukturen statt. Dabei treiben nicht nur die Interessensorganisationen an, sondern auch die staatlichen Behörden sind an diesem Prozeß aktiv beteiligt. Gleichzeitig wird betont, wie die korporatistischen Strukturen zur Konsensusbildung in der Gesellschaft beitragen.

5. Der "korporative Pluralismus"

Die Forschung über den Korporatismus konzentriert das Interesse auf Probleme der Neuzeit oder auf die Entwicklung nach 1945. Charles Maiers' Forschung über den "korporativen Pluralismus" ist mehr geschichtlich orientiert. Der Begriff wird in enger Verbindung mit Maiers Forschung über das Europa der 20er Jahre, besonders über die Entwicklung der Weimarer Republik gebildet. ¹⁾

Wie die Vertreter des "organisierten Kapitalismus" betont Maier, während des Krieges hätten entscheidende Veränderungen in der Beziehung zwischen privatem und öffentlichem Sektor stattgefunden, die sich auch nach dem Krieg weiter entwickelt hätten. Die Regelung und Strukturierung des Marktes sei in großem Maße den Vertretern der privaten Interessen überlassen worden. Diese Abwälzung der öffentlichen Autorität und die gegenseitige Penetration von Staatssouveränität und Macht der Unternehmer hätten, die Entwicklung der führenden europäischen Industriestaaten von 1914 bis 1929 geprägt. In der Periode von 1914 bis 1921/1923 hätten Krieg und Inflation die Entwicklung zur Zusammenarbeit zwischen der Industrie und der organisierten Arbeit begünstigt, die auf Kosten der Kleinsparer und des alten Mittelstandes stattgefunden habe.²⁾

Als Beispiel dafür, wie es der Schwerindustrie gelang, ihre Stellung zu festigen, führt Maier die Nationalisierung der deutschen Kohlenbergwerke an und den Zusammenhang dieser Frage mit der Kohlenkrise und der Spakonferenz 1920. Die Krise in der Nationalisierungsfrage wurde durch die Kohlenkrise aktualisiert und war nur kurz, hatte aber eine entscheidende Bedeutung für das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht in Deutschland. Innerhalb der "korporatistisch" zusammengesetzten Organe "Reichswirtschaftsrat" und "Kohlenrat" erwies sich die Industrie bei der Kraftprobe mit den Arbeitern als der stärkere Teil, und es gelang ihr, die Entscheidung zu verzögern, bis der Kohlenmangel nicht mehr so akut war und die britische Kohlepreispolitik im Frühjahr 1921 zusammenbrach. Dieses Ergebnis bedeutete, daß die Ruhrindustrie durch die Kontrolle über die Kohle einen politischen Hebel riesigen Ausmaßes behielt. Das hatte zur Folge, daß die Reparationspolitik ihre Zusammenarbeit benötigte, oder es würden eine Menge Konflikte entstehen. Die Schwerindustrie verschaffte sich eine Stellung als "Vetogruppe" innerhalb der deutschen Gesellschaft. Das bedeutete nicht, daß sie in allen Fragen ihren Willen durchsetzen konnten, aber keine Regierung war von ihr unabhängig.³⁾ Eine Schwerpunktverschiebung vom Parlament auf die Exekutivmacht kennzeichne laut Maier mehr oder weniger auch die übrigen Industrieländer in Europa. Vor dem Krieg habe das

Parlament (in Deutschland die Bürokratie) die Ansprüche der verschiedenen Interessengruppen in einer Zeit eines wachsenden Sozialprodukts vermittelt. Schon um 1910 hätten sich Zeichen ernster Spannungen innerhalb des Systems bemerkbar gemacht. Nach dem Krieg sei der Interessenausgleich - trotz gewisser Steigerungen des Realeinkommens in den Jahren von 1924-1929 - immer schwieriger geworden. Die Parlamente seien vor das Problem gestellt worden, die Kriegs- und Wohlfahrtskosten auf die sozialen Klassen zu verteilen durch Entscheidungen über Inflation, Stabilisierung und Aufwertung der Währung. Die innenpolitischen Schwierigkeiten hätten es unmöglich gemacht, die frühere Machtstellung der Parlamente wiederherzustellen. Diese Schwierigkeiten seien außerdem vergrößert worden durch die von den amerikanischen Banken durchgesetzte Deflationspolitik, die eine weitere inflationistische Kompromißpolitik, wie man sie zwischen 1914-1921/1923 geführt hatte, unmöglich gemacht habe. Dadurch sei es den Parlamenten noch schwerer geworden, die sozialen Konflikte zu begleichen. Als Folge davon sei der Interessenausgleich immer mehr eine Frage der außerparlamentarischen Institutionen geworden. Gleichgültig ob es sich um demokratische oder autoritäre Regierungssystem gehandelt habe, behauptet Maier, sei deren Exekutivmacht von der Wirtschaft abhängiger geworden, als es die Regierungen vor dem Krieg gewesen seien. Die Kriegserfahrungen und der sich daraus ergebende Bedarf an Stabilität hätten sie dazu veranlaßt, sich der Industrie gegenüber wie zu einer Interessenorganisation unter vielen zu verhalten. Der Begriff des öffentlichen Interesses sei problematisch geworden. Der Mantel gesetzlicher Autorität sei über eine komplexe, symbiosenartige Interaktion bürokratischer Instanzen und Unternehmensleitung geworfen worden. Mehr als je hätten beide Teile einander gebraucht, um einen Rückgang der Produktion und der Beschäftigung sowie die Gefahr einer Destabilisierung der Gesellschaft zu verhindern. In dem "recasting of bourgeois Europe", das nach 1918 eintraf, habe dieser Prozeß eine entscheidende Rolle gespielt. ⁴⁾

Bezeichnend für diesen systemerhaltenden "korporativen Pluralismus", erklärt Maier, sei zusammengefaßt folgendes:

- 1.) die gegenseitige Durchdringung wirtschaftlicher und politischer Macht;
- 2.) die Übertragung von traditionell der staatlichen Souveränität zukommender Machtbefugnis auf private und - im Fall Deutschlands - auf öffentlich rechtliche Körperschaften.
- 3.) eine qualitative Veränderung des politischen Entscheidungsprozesses, der nicht mehr nach den liberalen Prinzipien parlamentarischer Mehrheitsbildung, begründet auf gesammelten, privaten Präferenzen stattfindet, sondern durch eine "korporative" Interessensintegration zwischen den Vetogruppen. ⁵⁾

Das alte liberal-demokratische Modell, in dem die nationale Politik durch freiwillige Aggregation individueller Interessen legitimiert wurde, sei somit ersetzt worden durch ein System "korporativer-pluralistischer" Verwaltung, in dem die übermächtigen Interessen eine konstante innenpolitische "Vetomacht" erhielten.

Der "korporative Pluralismus", den Maier vertritt, betont nicht die Kontinuität der Entwicklung von vor dem Ersten Weltkrieg. Diesen Punkt haben auch Kocka u.a. angegriffen. Ihrer Ansicht nach sei der Erste Weltkrieg nur der Höhepunkt früherer Entwicklungstendenzen gewesen, und die Zeit danach nur eine Fortsetzung derselben, wenn auch auf niedrigerer Ebene als während der Kriegsjahre. Es gäbe, behauptet z.B. H.-J. Puhle, "eine unverkennbare Kontinuität zwischen Vorkriegskapitalismus und der kapitalistischen Struktur der Weimarer Zeit." ⁶⁾ Der "organisierte Kapitalismus" ist ein Modell der generellen Entwicklung der modernen Industriegesellschaft. Maier ist in seiner Zielsetzung bescheidener: "Der 'korporative Pluralismus' hilft uns, gewisse Tendenzen in den zwanziger Jahren besser zu begreifen, mehr aber auch nicht." ⁷⁾ Maier leugnet an und für sich nicht die Kontinuität der Vorkriegsentwicklung, will aber sein Modell nicht als eine Art kausale Erklärungstheorie sehen. "Es handelt sich viel mehr nur um den Versuch, die eingetretenen strukturellen Änderungen des kapitalisti-

schen Systems beschreibend zu erfassen." 8)

Maier erklärt, seine Bezeichnung "korporativer Pluralismus" sei entstanden, um in deutschsprachigem Text negative Assoziationen zu "stände-staatlichen Tendenzen" zu vermeiden, daß er aber in Texten in englischer Sprache die Bezeichnung "corporatism" vorziehe. 9)

Aus obiger Übersicht dürfte hervorgehen, daß die Begriffe "Korporatismus" und "korporativer Pluralismus" viele gemeinsame Züge habe. Gemeinsam ist ihnen die Betonung der festen Integration zwischen der Wirtschaft und dem Staat, ihrer interessenausgleichenden und konfliktmäßigen Funktion, sowie die Herausstellung der abnehmenden Bedeutung des Parlaments und der Parteien.

6. Ziele, Perspektiven, Fragestellungen und Abgrenzungen

Die Begriffe "Organisierter Kapitalismus", "Korporatismus" und "korporativer Pluralismus" sind nicht so weit entwickelt und definiert, daß irgendeiner von ihnen einer historischen Analyse ohne weiteres zugrundegelegt werden kann. Die Diskussion um diese Begriffe hat jedoch die Aufmerksamkeit auf bestimmte Zusammenhänge und Machtverhältnisse gelenkt sowie auf ihre historische Entwicklung. Sie hat die Bedeutung der Interaktion zwischen Staat, Wirtschaft und Organisationen unterstrichen wie auch die zwischen innerer und äußerer Entwicklung. Der Bedarf an empirischen Untersuchungen, der diese Interaktion und die Verhältnisse, die deren Entwicklung gestaltet haben darunter die Bedeutung handelspolitischer Interessen und außenwirtschaftlicher Beziehungen, wird dadurch aktualisiert. Dies gilt nicht zuletzt für die für die weitere Entwicklung wichtige Übergangsperiode nach dem Ersten Weltkrieg.

Das Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, die schwedisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen 1918-1921 genauer zu untersuchen mit besonderer Berücksichtigung der Interaktion zwischen der inneren und äußeren Entwicklung, darunter auch der Entwicklung innerer Entscheidungsstrukturen. Die Handels-

politik soll dabei in einer breiten, interaktionistischen Perspektive gesehen werden, die sowohl die internationale als auch die nationale Ebene umfaßt.

Für den Kleinstaat Schweden war die Existenzsicherung zwischen den Großmächten von entscheidender Bedeutung. Ein wichtiges Problem der Untersuchung sind die Strategien, die die Großmächte Schweden gegenüber entwickelten und die Gegenstrategien, die Schweden seinerseits anwandte. Allianzpolitik ist eine klassische Methode, die Machtposition zu stärken.

Während des Ersten Weltkrieges waren das traditionelle Zusammengehörigkeitsgefühl der skandinavischen Länder und ihre gemeinsamen Interessen im Großmachtkonflikt ausgenutzt worden, um eine außenpolitische und handelspolitische Zusammenarbeit aufzubauen. In der Untersuchung werden wir prüfen, inwiefern sich diese Zusammenarbeit auch nach dem Krieg fortsetzte und welche Rolle diese eventuell in der Politik den Großmächten gegenüber spielte. Dagegen werden die Völkerbundspolitik und die Bestrebung, kollektive Sicherheit zu erlangen, nicht behandelt.

Auf internationaler Ebene werden des weiteren außer den schwedisch-deutschen Beziehungen auch die zwischen den führenden Großmächten untersucht sowie die zwischen den Großmächten und Schweden. Wir werden somit nicht nur Deutschlands, sondern in großen Zügen auch Englands Pläne und Zielsetzungen bezüglich Schwedens prüfen und die Entwicklung der englischen Politik dem Land gegenüber, das ein traditioneller Zielpunkt deutscher und englischer Konkurrenz ist. Großmachtkonkurrenz eröffnete Möglichkeiten für Balancepolitik - eine weitere wichtige Strategie des Kleinstaates. Der Sieg der Alliierten veränderte schlagartig die Konkurrenzsituation. Die Konsequenzen davon sind auch Gegenstand der Untersuchung.

Eine wichtige Folge des Krieges und der Revolutionszeit war die vorübergehende Elimination Rußlands als Machtfaktor im Ostseegebiet und der Abbruch seines Handels, der u.a. durch die Ostseeblockade der Westmächte bedingt war. Die Rückgewin-

nung des russischen Marktes war gleichzeitig ein wichtiges Ziel sowohl großer Teile der schwedischen Industrie als auch der schwedischen Regierung. Die russische Frage hat einige Berührungspunkte mit den schwedisch-deutschen Verhältnissen und wird in diesem Zusammenhang behandelt. Aus Zeit- und Platzmangel muß diese Behandlung sehr summarisch ausfallen. ¹⁾

Die Entwicklung effektiver Entscheidungsstrukturen und die nationale Einigkeit nach außen hin ist eine dritte mögliche Kleinstaatstrategie, der hier besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Auf nationaler Ebene wird - in Schweden und Deutschland - die Interaktion zwischen Staat, Wirtschaft und Handelspolitik im Zusammenhang mit den Handelsverhandlungen untersucht. Der Staat wird dabei als aus Regierung, Ministerialbürokratie und Reichstag bestehend aufgefaßt. Welche Zusammenarbeitsformen und -organe entstanden? Wie setzten sich etwaige Komitees zusammen? Wie waren Staat, Wirtschaft und Organisationen der Wirtschaft vertreten? Welche Bedeutung kam der Regierung, der Ministerialbürokratie und dem Reichstag zu und welche Bedeutung der Wirtschaft und ihren Organisationen? Welche Bedeutung hatten die Parteien und der Reichstag verglichen mit der Exekutive? Eine zentrale Rolle spielte das 1919 in Schweden eingesetzte Zoll- und Vertragskomitee (tull- och traktatkommittén) für die Untersuchung, besonders dessen Vertrags- und Skandinavien-Ausschüße.

Außerdem will die Untersuchung beleuchten, welche Interessen für die schwedische und die deutsche Handelspolitik maßgebend waren und welche Interessengegensätze festgestellt werden können. Aus verständlichen Gründen kann die Untersuchung z.B. nicht die Handlungsweise aller Branchen und Organisationen der Wirtschaft umfassen. Eine Auswahl hat stattgefunden, und zwar an Hand von Kenntnissen, die vor allem die offiziellen Quellen vermitteln. Außerdem sind die direkten Verhandlungen zwischen schwedischen und deutschen Unternehmen und Organisationen der Wirtschaft außer acht gelassen worden, ausgenommen die Fälle, die unmittelbaren Einfluß auf die offiziellen Handelsverhandlungen ausübten. Dabei sind vor allem die Beziehungen des Grängesbergssbolaget (TGO) zu den deutschen Hüttenwerken unter-

sucht worden. Auch der eventuelle Einfluß schwedischer oder deutscher Gewerkschaften auf die Gestaltung der Handelspolitik ist nicht untersucht worden. Im öffentlichen wie in dem benutzten nicht öffentlich zugänglichen Quellenmaterial fehlen so gut wie alle Anzeichen einer solchen.

Eine Untersuchung der Interessen der ganzen schwedischen und deutschen Industrie bezüglich des Handelsaustauschs ist also nicht vorgenommen worden, vor allem da irgendwelche Zolllarifverhandlungen nicht aktuell waren. Im Zentrum der Untersuchung steht auf deutscher Seite die Schwerindustrie und ihre Rolle innerhalb der Handelspolitik sowie die Bedeutung, die diese für die schwedisch-deutschen wirtschaftlichen Beziehungen bekam. Durch Vergleiche zwischen der deutschen und der schwedischen Handelspolitik und den sie bestimmenden Faktoren wird es möglich sein, die Entwicklung in den beiden Staaten im starken Relief zu zeichnen und Differenzen deutlich zu machen.

7. Gliederung der Untersuchung. Quellenmaterial und Literatur

Die Gliederung des Themas der Untersuchung in drei Hauptabschnitte erfolgt hauptsächlich chronologisch. Der erste Teil behandelt die während des Krieges geplante Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit seitens der konkurrierenden, kriegführenden Großmachtrivalen den neutralen Kleinstaaten gegenüber, und die Politik des Siegers England in der zentralen Kohlenfrage 1918-1921 Schweden gegenüber. Der zweite Teil untersucht die schwedische Kündigung und die darauf folgenden Verhandlungen zwischen Schweden und Deutschland im Herbst 1919 und im Frühjahr 1920, die schließlich zur Verlängerung des alten Vertrags führten, der an ein geheimes Kontingentierungsabkommen gebunden wurde. Dann werden die Wirtschaftskrise des Herbstes 1920 behandelt, der Regierungswechsel in Schweden und die erneute Kündigung des Handelsvertrages im Dezember 1920. Der dritte und umfangreichste Teil schildert die Verhandlungen über einen Modusvivendivertrag im Frühjahr 1921 und ihren Zusammenhang mit der Reparationskrise.

Die handelspolitischen Fragen werden auf schwedischer Seite vor allem innerhalb dreier Organe behandelt, im Außenministerium, im zum Finanzministerium gehörenden Zoll- und Vertragskomitee sowie in dem am 1. Juli 1920 entstandenen Handelsministerium. Die größte Bedeutung im Außenministerium hatte die im Herbst 1919 gegründete politische und handelspolitische Abteilung. Deren Chef, Torvald Höjer, nahm eine zentrale Stellung nicht nur bezüglich der allgemeinen Politik, sondern auch bezüglich handelspolitischer Fragen ein, u.a. auf Grund dessen, daß er nicht nur die Leitung der politischen und handelspolitischen Abteilung inne hatte, sondern auch noch Mitglied des für die Handelspolitik so außerordentlich wichtigen Vertragsausschusses des Zoll- und Vertragskomitees war. Die wichtigsten offiziellen Archive auf schwedischer Seite sind deswegen das der politischen und handelspolitischen Abteilung und das umfangreiche Archiv des Zoll- und Vertragskomitees. Für die englisch-schwedischen Angelegenheiten in der Kohlenfrage ist auch das Archiv der Handelsabteilung (speciella handelsavdelningen) des Außenministeriums genutzt worden. Die Akten des "Traktatbyrås" des Handelsministeriums sind auch untersucht worden, haben aber nur geringe Ausbeute gebracht. Außerdem sind einige private Sammlungen in "Riksarkivet" in der Universitätsbibliothek in Uppsala, in "Kungliga Biblioteket" und in Norrköpings Stadtarchiv verwandt worden. Im Archiv der Arbeiterbewegung in Stockholm sind die Protokolle des Parteivorstandes der Sozialdemokraten und des Vertrauensrats (förtroenderåds) der Reichstagsfraktion genutzt worden.

Die Untersuchung über die Bemühungen der Wirtschaftsorganisationen und der privaten Unternehmen ist auf einer begrenzten Auswahl aufgebaut worden. Für die Auswahl der einschlägigen Organisationen war der Einblick in das offizielle Quellenmaterial wegweisend. Die Archive des Verbandes der schwedischen Industrie, vom Jernkontoret und vom Grängesbergsbolaget sind für diesen Teil der Untersuchung am wichtigsten gewesen. Versuche, zu den Archiven der in Frage kommenden Banken Zugang zu erhalten, mißlangen.

Die wichtigsten deutschen Archive sind das Zentrale Staatsar-

chiv in Potsdam und Merseburg gewesen. Dort sind vor allem die Archive des Auswärtigen Amts (Abteilung II bez. IV), des Reichswirtschaftsamts bzw. - Ministeriums sowie des Preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe genutzt worden. Der Zugang zu allen Quellen des Archivs war nicht gestattet. So ist mir der Einblick in die Akten des Archivs des Reichswirtschaftsministeriums bezüglich deutscher Kapitalanlagen im Ausland zu Beginn der zwanziger Jahre verweigert worden. Ebenso ist mir das Material der Deutschen Bank nicht zur Verfügung gestellt worden.

Auch das Bundesarchiv in Koblenz und das politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn sind genutzt worden. In Koblenz sind außer einigen Akten der Reichskanzlei besonders die Protokolle des Verbandes der Deutschen Eisen- und Stahlindustriellen in Anspruch genommen worden sowie einige wichtigere Privatarchive und Nachlässe. Im politischen Archiv liegt u.a. das Gesandtschaftsarchiv, Stockholm, das Kopien der Verhandlungsprotokolle von den Verhandlungen in Berlin im Frühjahr 1920 enthält. Diese gibt es auch im Original in Potsdam.

Um die deutsch-englische Konkurrenz und die englische Politik besonders in der wichtigen Kohlenfrage näher zu beleuchten, war der Zugang zu englischem Quellenmaterial wünschenswert. Im "Public Record Office" in London sind deshalb ergänzende Untersuchungen mit Hilfe des Materials des Archivs des Foreign Office gemacht worden. Aus der "General Correspondence" sind außer den Serien "Political" (FO 371) und "Commercial" (FO 368) vor allem die Serien "Contraband" (FO 382) sowie "Coal and Tonnage" genutzt worden.

Das gedruckte Quellenmaterial ist von geringerer Bedeutung gewesen. Die Darstellung ist jedoch durch Material aus den Aktenveröffentlichungen der "Akten der Reichskanzlei der Weimarer Republik" und den "Documents on British Foreign Policy, First Series 1919-1939" sowie in gewissem Umfang auch aus den Protokollen des schwedischen Reichstags, aus Tagebüchern und aus Memoiren vervollständigt worden.

Die Literatur über die allgemeine Geschichte der zwanziger Jahre ist äußerst umfangreich und kann in diesem Rahmen nicht erläutert werden. Die Forschung über die schwedisch-deutschen Handelsbeziehungen dieses Jahrzehnts ist dagegen dürftig. Schon zu Beginn der dreißiger Jahre schrieb zwar Hermann Härrig über die schwedisch-deutschen Handelsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Härrigs Untersuchung ist jedoch in enger wirtschaftlicher Perspektive durchgeführt worden und stützt sich fast ausschließlich auf öffentliches statistisches Material. In der DDR hat Dieter Hesse während der letzten Jahre eine ungedruckte Dissertation über die schwedisch-deutschen Verbindungen von 1918-1945 geschrieben. Hesse hat auch das Material des Archivs in Potsdam nutzen können. Er macht jedoch keine detaillierten Quellenangaben. ¹⁾ Hesse verwendet in seiner Dissertation rigoros den "Stamokap"-Begriff. Die kürzlich in Westdeutschland veröffentlichte Dissertation von Harm Schröter behandelt auch die Zwischenkriegszeit. Es wurde Schröter jedoch nicht erlaubt, das Quellenmaterial in der DDR zu benutzen. Schröter knüpft an die Diskussionen bezüglich des "Stamokap", des "Organisierten Kapitalismus" und des "Korporatismus" an, doch ohne irgendeinen dieser Begriffe zu benutzen. Seine Untersuchung konzentriert sich jedoch - wie diese Untersuchung - auf die zentrale Frage dieser Diskussion, auf das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat. Da die Arbeiten Hesses und Schröters einen so großen Zeitraum umspannen, konnten sie dem hier behandelten Thema keine so detaillierte Aufmerksamkeit schenken. ²⁾

Innerhalb der schwedischen Forschung sind immer noch Torsten Gihls und Erik Lönnroths Arbeiten in "Den svenska utrikespolitikens historia" Standardwerke. Die Handelspolitik nimmt darin einen geringen Platz ein, besonders in dem von Lönnroth geschriebenen Teil über die Periode zwischen den beiden Weltkriegen. Die ökonomische Entwicklung Schwedens wird in Anders Östlinds Arbeit "Svensk samhällsekonomi 1914-1922" eingehend geschildert. ³⁾ Unter neuerer Literatur auf relevanten Gebieten sollen besonders Sven-Anders Söderpalms Arbeiten genannt werden.

TEIL I: DIE GROSSMÄCHTE UND DER KLEINSTAAT

Englische und deutsche Dominanzpläne und -bestrebungen und schwedische Gegenstrategien

I. Englische und deutsche Pläne zur ökonomischen Nachkriegspolitik den Neutralen gegenüber.

I.1 Die Voraussetzungen für den internationalen Handel vor dem Ersten Weltkrieg. Veränderungen während des Krieges

Harm Schröter, der unterstrichen hat, wie die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre eine Steigerung der englisch-deutschen Konkurrenz in Skandinavien zur Folge hatte, meint, daß diese Konkurrenz in der Zeit von 1919-1929 nur "in Ansätzen bemerkbar" war. ¹⁾ Diese Periode zeichnete sich stattdessen durch eine zunehmende Rivalität zwischen England und den Vereinigten Staaten auf dem Weltmarkt aus. Diese Beurteilung ist sicher im großen und ganzen richtig und entspricht in großen Zügen dem, was über die englische Politik bekannt ist. Schröters Beurteilung "Politik wie Wirtschaft Großbritanniens zeigten sich bis zur Weltwirtschaftskrise an Skandinavien nicht besonders interessiert", ²⁾ wird allerdings hier, was Schweden anbelangt, für die Jahre direkt nach dem Ersten Weltkrieg genauer untersucht werden. Dabei wird versucht werden, Englands und Deutschlands Interesse an Schweden sowie deren Konkurrenz untereinander genauer zu präzisieren. Deswegen werden die Pläne und Ziele überprüft werden, die unter dem Eindruck des Krieges und des Kriegsendes entwickelt worden waren. Zuerst soll aber auch das handelspolitische System von vor dem Krieg kurz aufgezeichnet werden.

Damals hatte der europäische Handel ein System der unbedingten Meistbegünstigung zum Grund. Gewiss betrieb man direkt vor dem Krieg in den verschiedenen Ländern eine Zollpolitik nach sehr unterschiedlichen Richtlinien. ³⁾ Die Politik einiger Länder war ausgesprochen protektionistisch, die anderer mehr freihandelsfreundlich. Das zeigte sich u.a. in der Höhe der Zölle und in dem Aufbau der Zollsätze. Man unterschied zwischen Einzel- und Doppeltarifen. Die ersteren konnten entweder selbständig oder gebunden sein. Das letztere war der

Fall, wenn Tarifabkommen mit anderen Mächten abgeschlossen worden waren. Die Doppeltarife konnten von zweierlei Art sein; der eine hatte selbständige Sätze (s.g. Höchst- und Mindestsätze) und der andere höhere selbständige bzw. niedrigere - durch Zugeständnisse in Verträgen gebundene - Sätze. Diese wurden normalerweise General- bzw. Konventionaltarife genannt.

Aber trotz dieser unterschiedlichen Voraussetzungen hatten die verschiedenen Länder das gemeinsam, daß sich der Handel auf dem Prinzip der Meistbegünstigung begründete. Die Folge davon war, daß die durch Verträge entstandenen Tarife in der Regel zu einem Tarif für jedes Land zusammenschmolzen. Länder mit nur einem Tarif behandelten somit alle anderen gleich. Länder mit Doppeltarif behandelten die Länder, mit denen sie ein Meistbegünstigungsabkommen hatten, gleich und nach günstigen Tarifen. Auf diese Weise existierte kurz vor Ausbruch des Krieges ein ziemlich einheitliches System. Das zeichnete sich dadurch aus, daß in jedem Land ein festgesetzter Zollltarif - dieser konnte protektionistisch oder mehr freihandelsfreundlich sein - angewandt wurde, und zwar gleich im Zusammenhang mit beinahe allen Ländern. Die prinzipiellen Unterschiede, die es in der Zollpolitik der verschiedenen Länder gab, waren somit innerhalb der unter sich gleichartigen Meistbegünstigungsabkommen in der Traktatpolitik so gut wie verschwunden.

Im großen und ganzen schützte dieses Vertragssystem die eigenen Industrien auf den Binnen-Märkten, soweit sie von diesen Industrien versorgt wurden. Der Rest, d.h. der Markt, den die eigene Industrie nicht versorgen konnte, wurde durch auf dem Prinzip der Meistbegünstigung begründete Abkommen geregelt. Dies ließ zu, daß Schutzzölle und Nichtdiskriminierung gleichzeitig in Europa existieren konnten. Aber dieses System bedeutete natürlich nicht, daß es keine Gegensätze gab. Das System der Meistbegünstigung und der Zollltarife machte es den verschiedenen Ländern möglich, durch die Ausgestaltung der verschiedenen Zollsätze und mit anderen Mitteln das Wirtschaftsleben anderer Länder zu fördern oder zu behindern. Um 1879, als Deutschland einen neuen Zollltarif mit Schutzcharakter annahm, hatten die protektionistischen Bestrebungen mit Hilfe von Zöllen zugenommen. Beispiele einer solchen Entwick-

lung außer den deutschen Zolltarifen von 1879 sind der französisch-italienische Zollkrieg 1888-1896 und die Auseinandersetzung um die deutsch-russischen Zölle 1886-1894. Aber die Gegensätze galten eher der Höhe der Zölle. Andere Kampfmittel wie z.B. Einfuhr- und Ausfuhrverbote oder Preisdifferenzierungen spielten eine untergeordnete Rolle. ⁴⁾

Während des Ersten Weltkrieges wurde das verhältnismäßig freie Weltwirtschaftssystem durch harte Zwangsmaßnahmen ersetzt. Die Kriegführenden begannen mit der Blockadenpolitik und führten Ausfuhr- und Einfuhrverbote sowie Verbote gegen den Durchgangsverkehr ein. Die neutralen industrialisierten Kleinstaaten gerieten dadurch in eine schwierige Lage. Durch ihre industrielle Entwicklung hatte die Abhängigkeit vom internationalen Handelsaustausch zugenommen. Es galt, die Zufuhr der Lebensmittel, der Rohstoffe für die Industrien und der Steinkohle - der damals wichtigsten Energiequelle - zu sichern.

Die Alliierten, die im großen und ganzen den Welthandel kontrollierten, versuchten dem Handel zwischen den neutralen Staaten und den Zentral-Mächten dadurch beizukommen, daß sie Unternehmen in jenen neutralen Ländern, die mit dem Feind handelten, auf schwarze Listen setzten, und auch durch Kompensationsverträge und Garantien gegen Wiederausfuhr versuchte man dies zu erreichen. Für die Ausfuhr an die Alliierten forderte man Ursprungszertifikate, um zu verhindern, daß deutsche Waren auf dem Umweg über neutrale Länder den Weg auf die alliierten Märkte fanden. Ferner setzte man strenge Bestimmungen für den Erhalt von Bunkerkohle und die Kontrolle über die Post- und Telegrafverbindungen (z.B. die Atlantikkabel) fest. Man betrieb auch eine umfassende Handelsspionage. Nachdem das Völkerrecht zerschlagen worden war, wurden die Bestände an Waren und Tonnage das beste Machtmittel der Neutralen. ⁵⁾ Ein Beispiel dafür ist Schwedens großer Handels- und Tonnagevertrag mit den Alliierten vom 29. Mai 1918. ⁶⁾

Der Krieg regte auch zu Plänen an, nach dem Krieg eine Großmachtdominanz über die Neutralen herzustellen sowie verschiedene Formen der Diskriminierung. Die deutschen Pläne sind vor allem eingehend von Fritz Fischer in seiner Arbeit "Griff nach der Weltmacht" behandelt worden. ⁷⁾ Auch auf alliierter

Seite kann man Pläne für die Nachkriegszeit erkennen. Es besteht nicht die Absicht hier eine genaue Untersuchung der Pläne auf deutscher und alliierter Seite zu machen. Wir werden nur einige Pläne beleuchten, die besonders die Handelsinteressen Schwedens betrafen.

I.2 Die Pariser Wirtschaftskonferenz 1916 und die Pläne einer gemeinsamen diskriminierenden Handelspolitik seitens der Alliierten.

Seit 1915 machte die französische Regierung Versuche, Englands wirtschaftliche Potenz für den Wiederaufbau Frankreichs nach dem Krieg zu interessieren. Der Handelsminister Etienne Clémentel forderte deshalb eine Wirtschaftskonferenz der Alliierten. Von Seiten der englischen Regierung bestand anfangs für eine solche nur wenig Interesse. Aber die schwere Lage Frankreichs und die zunehmende protektionistische Stimmung in England trugen dazu bei, daß die britische Regierung den französischen Forderungen nachgab. Eine Konferenz über die wirtschaftliche Kriegführung fand vom 14.-17. Juni 1916 in Paris statt. An dieser nahmen unter dem Vorsitz des französischen Handelsministers der Regierung Briand, Etienne Clémentel, Delegierte von Frankreich, Großbritannien, Rußland, Belgien, Portugal, Serbien, Italien und Japan teil. Englische Vertreter waren der Kolonialminister Bonar Law, Lord Crewe und der australische Ministerpräsident Hughes. Die Resolution der Konferenz war vorher bei Verhandlungen zwischen Clémentel und Runciman ausgearbeitet worden. ¹⁾

Auf der Konferenz wurde ein Programm handelspolitischer Maßnahmen fertiggestellt, das sich teils auf die eigentliche Kriegszeit bezog, teils auf die sogenannte Wiederaufbauperiode direkt nach dem Krieg und teils auf die dauernden Maßnahmen für die Zeit danach. Der Schwerpunkt der Resolution lag auf den Maßnahmen für die Nachkriegszeit. Man ging offenbar davon aus, daß die Zentralmächte für die Zeit nach dem Frieden einen Wirtschaftskrieg vorbereiteten und daß die Ententestaaten unbedingt Gegenmaßnahmen treffen mußten, um wirtschaftlich von ihnen unabhängig zu werden und untereinander eine ständige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu schaffen. Anschei-

nend rechnete man nicht mit einem vollständigen Sieg für eine der Seiten im noch anhaltenden Krieg.

Unter den empfohlenen gemeinsamen Maßnahmen befand sich die, daß den früheren Feindstaaten "eine bestimmte Anzahl Jahre" keine Meinstbegünstigung zuerkannt werden sollte. Während der Verhandlungen hatte Bonar Law erklärt, ohne die Meistbegünstigungsbestimmung sei es sinnlos weiterzuverhandeln. Die Bestimmung lag also im ausgesprochenen Interesse Englands. Waren "feindlichen" Ursprungs sollten entweder "Verbieten unterworfen sein oder anderen wirksamen Maßnahmen." ²⁾ Der Beschluß der Alliierten bedeutete, daß sie bereit waren, wenigstens für eine Zeit nach dem Krieg das System der Meistbegünstigung von vor 1914 zugunsten eines Systems mit gegenseitigen Handelspräferenzen aufzugeben. Die Länge der Periode wurde nicht festgesetzt. In einem Bericht nach Stockholm erwähnte der schwedische Gesandte in Paris, August Gyldenstolpe, daß man in diesem Zusammenhang von einer Periode von 3 bis 5 Jahren gesprochen habe. ³⁾

Auf französischer Seite konzentrierte man sich besonders darauf, durch die Beschlüsse Garantien für die Nachkriegszeit und Zugang zu den Rohstoffbeständen des britischen Imperiums zu erhalten. Die Beschlüsse enthielten auch Empfehlungen, den Alliierten nach dem Krieg bei der Verteilung der Rohstoffbestände Prioritäten zu geben.

Eine Reihe der beschlossenen Maßnahmen setzte ein starkes, staatliches Eingreifen in das Wirtschaftsleben voraus. Den eigenen Markt sollten die Alliierten unterstützen und so das private Unternehmertum lenken und regeln. Die wissenschaftliche und technische Forschung sollte finanziell unterstützt werden mit dem Ziel, die eigene Industrie und die eigenen Möglichkeiten zu entwickeln. Man sollte temporäre oder dauerhafte Import- und Exportverbote einführen. Zolltarife sollten überarbeitet werden. Der Staat sollte aktiv an der Entwicklung ausländischer Exportmärkte teilnehmen.

Um Mängel in der Leistungsfähigkeit gewisser Erzeugungsgebiete auszugleichen, planten die Alliierten außerdem, differenzierte Frachtsätze einzuführen. Man beabsichtigte, die Feindstaaten und die Neutralen auf dem Markte, auf dem man konkur-

rierte, zu diskriminieren. Was die permanenten Maßnahmen betraf, sollten sie die Alliierten von den früheren Feindstaaten und deren Rohstoffen unabhängig machen. Die Resolution der Pariser Wirtschaftskonferenz wurde auch beinahe unmittelbar von der englischen Regierung und der französischen Deputiertenkammer angenommen.⁴⁾ Sie wurde die einzige offizielle Erklärung der wirtschaftlichen Kriegsziele.⁵⁾

Aus neutraler Sicht war es besonders beunruhigend, daß die Resolution mit keinem Wort erwähnt, daß die Alliierten das Ziel hätten, nach dem Friedensabschluß den freien Welthandel wieder herzustellen. Stattdessen geht diese nur von einem Wirtschaftskrieg gegen die Zentralmächte aus und scheint eine Aufteilung der Welt in große, mit einander konkurrierende Wirtschaftsgebiete vorauszusetzen. Eine solche Veränderung der Bedingungen des Welthandels hätte eine Begrenzung der Möglichkeiten der neutralen Kleinstaaten bedeutet, nach dem Krieg einen erfolgreichen Außenhandel zu betreiben. Unruhe über die Entwicklung ahnt man in den Worten des Kommuniqués vom skandinavischen Ministertreffen in Kristiania (dem heutigen Oslo) vom 19.-22. September 1916. "Zur Wahrung der handelspolitischen Interessen nach dem Krieg sollten in allen drei Ländern / Schweden, Dänemark und Norwegen / vorbereitende Maßnahmen getroffen werden unter gegenseitiger Zusammenarbeit zwischen den Gremien, denen diese Angelegenheit anvertraut ist oder wird."⁶⁾ Im Hinblick auf die drohende Aussicht einer "commercial policy based on a return to mercantilist concepts"⁷⁾ suchten die skandinavischen Staaten Unterstützung beieinander.

I.3 Das Balfourkomitee 1916-1917 und englische protektionistische Pläne.

Während des Krieges versuchte England Deutschland durch die Blockade wirtschaftlich zu isolieren und sich für die Nachkriegszeit eine günstige Ausgangslage für die Konkurrenz auf den Weltmärkten zu verschaffen. "Catch the German trade!" war die Losung. Das Ziel war die Zerstörung der deutschen finanziellen und kommerziellen Organisationen in den neutralen Staaten, um eine deutsche wirtschaftliche Erholung nach dem Krieg zu verhindern und so die europäischen und außereuropäischen neutralen Märkte auf eine britische Exportoffensive

vorzubereiten. Das System der Schwarzen Listen hatte solch ein direktes Ziel. ¹⁾ Gleichzeitig setzten die handelspolitischen Pläne für die Nachkriegszeit fort. Gleich nach der Pariser Wirtschaftskonferenz setzte der englische Premierminister, Lord Asquith, am 12. Juli 1916 im Board of Trade ein Komitee ein - "Committee on Commercial and Industrial Policy after the War" -. Es hatte die Aufgabe, die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz zu studieren und zu untersuchen, wie die Handels- und Industriepolitik gestaltet werden sollte, nachdem der bewaffnete Kampf aufgehört hatte. Nach dem Vorsitzenden des Komitees, Balfour of Burleigh, wurde es normalerweise Balfour-Komitee genannt. Zum Komitee gehörten sowohl bekannte Freihandelsanhänger als auch Anhänger des Protektionismus in paritätischem Verhältnis zueinander. Balfour of Burleigh war selbst für den Freihandel. ²⁾

Aber die Grenze zwischen den Freihändlern und den Protektionisten war dabei, sich unter dem Eindruck der Kriegssereignisse zu verwischen. In den ersten Kriegsmonaten zeigte es sich, daß die englische Industrie für ihre Kriegsproduktion von deutschen Lieferungen abhängig war. ³⁾ U.a. diese Erfahrung führten zu einer Überprüfung der britischen Wirtschaftspolitik. Die englischen Handelskammern hatten schon im Februar 1916 bei einer Konferenz in London ein Programm zum Schutz der englischen Industrie angenommen. ⁴⁾ Sogar die Hochburg des Freihandels, die Handelskammer in Manchester, wurde protektionistisch. ⁵⁾ Ende 1916 und während der ersten Hälfte von 1917 gab das Balfour-Komitee einige stark protektionistische Interimsrapporte heraus. Im November 1916 empfahl das Komitee, daß England nach dem Krieg den Handel mit den früheren Feindländern durch Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Lizenzsysteme und Ursprungszertifikate kontrollieren sollte. In einem geheimen Interimsrapport vom 14. Dezember 1916 sprach sich das Komitee doch gegen ein allgemeines Exportverbot nach dem Krieg gegen die früheren Feinde aus. Jede Fortsetzung der Rationierungen für die neutralen Länder - eine Folge eines allgemeinen Ausfuhrverbotes - wäre unpraktisch und unangebracht. Stattdessen wollte man die Kontrolle auf bestimmte "carefully selected materials" begrenzen, solche, auf die das britische Imperium und die Alliierten ein Monopol hatten. Das galt z.B. für ge-

wisse Rohstoffe der Textilindustrien.

Die deutschen und österreichischen Textilindustrien waren abhängig von Merinowolle aus Australien und Südafrika. Außerdem sollten die Jute- und Baumwollieferungen aus Indien und Ägypten kontrolliert werden. Was die Mineralbestände anbelangt, erklärte das Komitee, "that as far as may be arranged, no raw materials shall be permitted immediately after the war to be despatched to the present enemy countries from mineral resources under British control".

Das Komitee erklärte, die genauen Methoden für die Kontrolle nicht angeben zu können. Diese könnten erst nach Beratung mit den Dominions ausgearbeitet werden. Das Balfour-Komitee empfahl daher der Regierung, in dieser Frage sofort Überlegungen mit ihnen und den Alliierten aufzunehmen. ⁶⁾ In bezug auf Englands Beziehungen zum Imperium herrschten schon seit langem starke Gegensätze in der englischen Innenpolitik zwischen denen, die man "laissez-faire free traders" nannte und "the Imperial Visionaries". ⁷⁾ Auf zwei "Colonial Conferences" 1902 und 1907 hatten die Dominions erfolglos Vorzüge für ihren Handel mit England gefordert. ⁸⁾ Aber während des Krieges nahmen die Möglichkeiten zu, für diese Forderungen bei der englischen Bevölkerung Gehör zu finden, Lloyd George, der im Herbst 1916 Premierminister geworden war, lud Anfang 1917 die Dominions und Indien zu einer "Imperial War Conference" ein. ⁹⁾ Bei der Bekanntgabe der Einsetzung des Balfour-Komitees im Unterhaus im August 1916 hatte Asquith erklärt, daß er vorhabe, sobald das Komitee Bericht erstattet habe, eine Konferenz mit den Dominions und Indien zusammenzurufen "as to the whole question of the Empire's trade policy considered in the light of the Paris Resolutions." ¹⁰⁾ Vor der bevorstehenden Imperiumskonferenz empfahl das Balfour-Komitee in einem Interimsrapport der Regierung folgende drei Maßnahmen: ¹¹⁾ "(1) ... that special steps must be taken to stimulate the production of foodstuffs, raw materials and manufactured articles, within the Empire wherever the expansion of production is possible and economically desirable for the safety and welfare of the Empire as a whole."

"(2) ... that H.M. Government should now declare their adher-

ence to the principle that preferences should be accorded to the products and manufactures of the British Overseas Dominions in respect of any Customs duties now or hereafter to be imposed on imports into the United Kingdom."

"(3)... a wider range of Custom Duties which would be remitted or reduced on the products and manufactures of the Empire, and which would form the basis of commercial treaties with Allied and Neutral powers."

Die Empfehlung bedeutete, daß man vorschlug, daß das britische Imperium dazu übergehen sollte, eine protektionistische Politik zu führen.

Im April 1917 wurden im "Imperial War Cabinet" eine Reihe von Sitzungen über die Frage der Vorzüge für das Imperium abgehalten während gleichzeitig die Imperial War Conference tagte. Ein Vorschlag des neuseeländischen Premierministers Massey zu einer Entschliebung lag zur Behandlung vor.¹²⁾ Dieser war den Empfehlungen des Balfour-Komitees sehr ähnlich. Nach eingehenden Überlegungen innerhalb des War Cabinet und der War Conference und nachdem dann gewisse Änderungen vorgenommen worden waren sprach sich die Konferenz dafür aus, die natürlichen Hilfsquellen des Imperiums so auszunützen, daß es sich von anderen Ländern unabhängig mache, was Lebensmittel, Rohstoffe und die s.g. "essential industries" anbelangte. Die Konferenz stellte fest, daß "each part of the Empire, having due regard to the interests of our Allies, shall give specially favourable treatment and facilities to the produce and manufactures of other parts of the Empire" aus¹³⁾ Die Konferenz befürwortete somit also die Einführung von Vorzügen für das Imperium.

Gleichzeitig erklärte das Komitee vorzuhaben, bei der Durchführung dieser Pläne Rücksicht auf die Interessen der Alliierten nehmen zu wollen. Aus diesem Abschnitt kann man eine formelle Rücksichtnahme auf die Verpflichtungen, die bei der Pariser Konferenz eingegangen worden waren, herauslesen.

Die Pläne der Alliierten, sich nach dem Krieg gegenseitig zu begünstigen und die Bestrebungen, innerhalb des britischen Herrschaftsbereiches Vorzüge für die Dominions durchzuführen, bedeuteten eine ernste Gefahr für den Nachkriegsaussenhandel

der neutralen Staaten. Viele der Neutralen hatten Handelsverträge mit England - ein Teil davon war sehr alt - die Bestimmungen über die Meistbegünstigung enthielten.

Während des Krieges konnte man Eingriffe in die Rechte der Neutralen mit Hinweis auf die außerordentlichen Verhältnisse damit begründen, daß "the commercial treaties were conventions which are only intended to operate in their intirety in a state of peace" oder nach dem Grundsatz "salus rei publicae suprema lex", d.h. das Wohl des Staates ist das höchste Gesetz. ¹⁴⁾ Aber was sollte nach dem Krieg mit den Verträgen geschehen?

Die Frage der Stellung der Neutralen im Zusammenhang mit den englischen Nachkriegsplänen wurde in einem Schreiben vom 10. März 1917 von Außenminister Arthur Balfour an Lord Chancellor Finlay aus Anlaß des Interimsrapportes des Balfourkomitees vom 14. Dezember 1916 behandelt. ¹⁵⁾ Er fragte darin die höchste gerichtliche Instanz des Landes, ob die Empfehlungen des Rapportes durchführbar wären, ohne daß man dadurch die Meistbegünstigung der Neutralen beeinträchtigte. Da die Ausfuhrverbote allgemein werden würden, würden die Diskriminierungen de facto nicht durch die Verbote an und für sich geschehen, sondern durch ihre Handhabung. "Licenses for export would be given more freely to Allied countries than to countries which have remained neutral, or they might be withheld altogether." Man hätte Balfour "advised", fuhr das Schreiben fort, daß, wenn militärische Gründe einen Gebrauch von Ausfuhr- und Einfuhrverboten verlangten, die im Gegensatz zu einem Handelsvertrag stünden, es keinen Anlaß mehr gäbe, daß die Periode, in der diese Gründe galten, genau mit der des Krieges zusammenfallen oder unbedingt mit einem Frieden aufhören müsse. Ein Verbot, eingeführt, um die Gesetze innerhalb des Landes zu schützen oder die Kriegsschäden zu reparieren, könnte als eine legitime Maßnahme zur Selbstverteidigung betrachtet werden, auch wenn sie gegen einen Handelsvertrag verstießen.

Wenn der Lordkanzler finden würde, daß die Empfehlungen des Komitees die Handelsverträge beeinträchtigte, entstehe die Frage, ob man diese kündigen könne. Der Außenminister drückte Zweifel aus, ob das ratsam sei. Man habe in den neutralen Län-

dern schon Bedenken geäußert, daß die Pariser Konferenz die Absicht habe, den Wirtschaftskrieg auch über das Kriegsende hinaus zu verlängern. Balfour erklärte, besondere Unruhe über die Reaktion der Vereinigten Staaten zu hegen und meinte, daß sie gegen "any reasures which appeared to foreshadow unfair discrimination against their trade after the war is over" protestieren würden. Es wäre deswegen aus taktischen Gründen besser, daß man, wenn man annehme, daß die Empfehlungen des Balfourkomitees mit den Bestimmungen in den Handelsverträgen unvereinbar seien, die Neutralen nicht durch die englische Regierung zu unterrichten, sondern daß diese die Frage selbst anschneiden müßten, ob ein Handelsvertragsbruch stattgefunden habe.

Sir Finlay antwortete, die Empfehlungen des Balfourkomitees bedeuteten einen klaren Verstoß gegen Verträge, die eine Meistbegünstigungsklausel enthielten. Es sei nicht wünschenswert, diese Verträge zu kündigen. Dies würde einen nachteiligen Einfluß auf die Vereinigten Staaten haben, auch wenn deren bevorstehender Eintritt in den Krieg die Behandlung der Situation erleichtern würde. Es könnte jedoch wünschenswert sein, für eine kurze Zeit nach dem Krieg jedwede Ausfuhr gewisser Artikel zu verbieten, aber nicht in Länder wie z.B. Frankreich und Belgien, bei denen es nötig sei zu helfen, die im Krieg zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Finlay erklärte: "A treaty cannot be dealt with as if it were merely a bargain between two merchants enforceably by municipal law. Our moral obligations to (say) France and Belgium may well, looking at the matter broadly, be held to outweigh our obligation as measured by the strict terms of these treaties. The higher obligation may prevail over the lower." 16)

Das endgültige Gutachten des Balfour-Komitees wurde am 3. Dezember 1917 veröffentlicht. Seine Vorschläge waren in den wichtigsten Fragen wie folgt: 17)

Nach dem Krieg sollte während einer Übergangszeit die Einfuhr aus früheren Feindländern allgemein verboten und Lizenzen nur in Ausnahmefällen bewilligt werden.

Der Beschluß der Pariser Wirtschaftskonferenz, den Alliierten

Vorzüge zu geben bei der Lieferung von Waren, die für den Wiederaufbau notwendig waren, könne durchgeführt werden, wenn das britische Imperium und die Alliierten sich über eine gemeinsame Kontrolle dieses Handels mit gewissen Bedarfsartikeln einig werden könnten. Die Verlängerung des Krieges und der Eintritt der Vereinigten Staaten in diesen hätten die Bedeutung einer solchen Politik verstärkt. Sie sollte dem Imperium und den Alliierten in der Zeit direkt nach dem Krieg den Zugang zu Lebensmitteln und zu notwendigen Rohstoffen sichern. Es würde deshalb notwendig werden, unter "some period" nach dem Krieg die Kontrolle über den Außenhandel fortzusetzen.

Was die Zollfrage anbelangt, war die Situation die, daß England durch verschiedene Äußerungen seine Absicht erklärt hatte, teils den Dominions und Indien, teils den Alliierten Vorzüge einzuräumen, während man gleichzeitig behauptete, die Absicht zu haben, nach dem Krieg die Feindländer zu diskriminieren. Man hatte also wenigstens vier Gruppen von Staaten, die bei einem eventuellen Zolllarif auf verschiedene Weise behandelt werden sollten - die Dominions und Indien, die Alliierten, die Neutralen und die früheren Feindstaaten. Manchmal war außerdem geltend gemacht worden, daß man Unterschiede zwischen den wohlwollend eingestellten und den nicht wohlwollend eingestellten neutralen Staaten machen wollte. Die Unterscheidungen sollten durch Ermäßigung oder Steigerung der Zölle erreicht werden.

Das Balfour-Komitee sprach sich jedoch dagegen aus, daß England einen generellen Zoll annehmen sollte. Stattdessen erklärte es, daß "industries of special or 'pivotal' character" und solche Industrien "which are important for the maintenance of the industrial position of the United Kingdom" durch die Regierung in ihrer Entwicklung begünstigt und geschützt werden sollten. Die Formulierung war unklar und weitumfassend. Außerdem mußten die Hersteller in England auf dem englischen Binnenmarkt gegen das "dumping", das man erwarten konnte, geschützt werden sowie gegen "sweated goods", d.h. Waren aus dem Ausland, die von unterbezahlter Arbeitskraft hergestellt wurden. Obwohl man den Vorschlag eines generellen Zolles abwies, eröffnete das Gutachten des Balfour-Komitees Möglichkeiten,

umfangreiche Schutzzölle einzuführen.

Das Balfour-Komitee erklärte weiter, daß man besondere Rücksicht nehmen müsse auf die große Bedeutung einer Aufrechterhaltung des Exportes in die neutralen Länder nach dem Krieg. Die Konkurrenz auf diesen Märkten würde notwendigerweise schwer werden. ¹⁸⁾ Es wäre deswegen von größter Bedeutung, daß der englische Export nach dem Krieg nicht durch eine Politik behindert würde, die seine Produktionskosten im Verhältnis zu den Industrien der Konkurrenzländer erhöhen würde. Ein nicht so umfassender Zollltarif könnte auch gebraucht werden, um Imperiumsvorteile zu bewilligen und um mit anderen Ländern zu verhandeln.

Es wären Forderungen gestellt worden, wurde in der Untersuchung mitgeteilt, daß die englische Regierung unmittelbar Maßnahmen ergreifen sollte, um alle bestehenden Handelsverträge zu kündigen, damit die Beschlüsse der Pariser Konferenz durchgeführt werden könnten, um Vorzugsbehandlung der Alliierten gegen Konzessionen von deren Seite möglich zu machen und um überhaupt einen Weg zu bahnen für eine Reihe neuer wirtschaftlicher Abkommen. Aber das Komitee und die Regierung waren sich einig, daß es in den Beschlüssen der Pariser Konferenz, die sich mehr gegen die Feindländer richteten, nichts gab, was es notwendig machen würde, die bestehenden Handelsverträge mit den Neutralen zu kündigen oder einzuschränken. Der einzige Beschluß, der einen solchen Schritt veranlassen könnte, wäre der, der die Alliierten verpflichtete für eine Übergangszeit nach dem Krieg ihre natürlichen Hilfsquellen für ihre eigenen Zwecke zu verwenden. Wenn eine solche Politik differenzierte Exportgebühren voraussetzte, wäre sie mit den bestehenden Handelsverträgen mit den Neutralen nicht vereinbar, "but it may, we think, be held that the temporary use of other methods could not reasonably in the abnormal circumstances, be regarded as a violation of the treaty rights of neutrals."

Wenn man eine begrenzte Schutzzollpolitik durchführen wollte, sollte man die Gelegenheit wahrnehmen, gegenseitig günstige Abkommen mit den Alliierten zu treffen, die dazu bereit wären.

Das Gutachten des Balfour-Komitees bedeutete eine Milderung

der Forderungen auf Vorzüge sowie protektionistische Maßnahmen gegenüber denen in den Beschlüssen der Pariser Konferenz und im Interimbericht des Komitees. Aber die restlichen Maßnahmen, deren Durchführung dem freien Welthandel nach dem Krieg hinderlich sein würde, waren ausreichend, um die Unruhe der Neutralen zu wecken. Der Handel der früheren Feindländer würde diskriminiert werden. Die Kontrolle der Rohstoffbestände der Welt sollte organisiert werden. Während einer Übergangszeit sollte die Kontrolle des britischen Außenhandels durch Ein- und Ausfuhrverbote weiterbestehen. In dieser Hinsicht sollten die Interessen der Neutralen trotz der Meistbegünstigungsbestimmungen in den Hintergrund gedrängt werden. Freilich wurde der Gedanke an einen generellen Zoll abgewiesen, aber man dachte sich stattdessen einen ziemlich umfassenden Schutz für gewisse Gebiete des britischen Wirtschaftslebens: für "pivotal industries" und für Industrien, die für die industrielle Stellung Englands von Bedeutung waren. Dies sollte auch Möglichkeiten für Vorzüge für die Dominions und die Alliierten geben.

Die Pläne einer diskriminierenden und protektionistischen Politik waren teilweise an die Pläne einer gemeinsamen Nachkriegspolitik der Alliierten gebunden. Diese wurden durch französische und englische Interessen unterstützt, stießen aber auf energischen Widerstand von seiten der dritten Großmacht, der Vereinigten Staaten.

I.4 Spaltung unter den Alliierten, amerikanische "open-door" Politik

Das Resultat der Pariser Wirtschaftskonferenz rief unmittelbar die Unzufriedenheit der amerikanischen Regierung hervor. Schon im Juli 1916 wies der amerikanische Außenminister Robert Lansing Präsident Woodrow Wilson darauf hin, daß das Ziel der Pariser Beschlüsse, den internationalen Nachkriegshandel der Mittelmächte zu zerstören, die Verhandlungen über einen annehmbaren Frieden außerordentlich erschweren und den Krieg verlängern würden. Die Neutralen würden in eine ernste, vielleicht kritische Lage versetzt werden, wenn man nach dem Krieg solche künstlichen wirtschaftlichen Bedingungen schaffen würde. Lan-

sing schlug vor, daß die Vereinigten Staaten die Initiative zu einer Konferenz für die neutralen Staaten ergreifen sollten. Die Pariser Konferenz wurde übrigens auch in der amerikanischen Presse scharfer Kritik ausgesetzt. ¹⁾

Der amerikanische Außenhandel würde schwer getroffen werden, wenn die europäischen Staaten das System der Meistbegünstigung aufgäben und stattdessen zu einem Präferenzsystem übergingen. Vor dem Krieg 1913 gingen mehr als 79 Prozent des Exports der Vereinigten Staaten in die kriegführenden Länder und deren Kolonien. Mehr als 75 Prozent des Imports kamen aus denselben Ländern (1913). Großbritannien und das Imperium erhielten mehr als die Hälfte des amerikanischen Exports und ein Drittel des oben genannten Imports kam von dort.

Amerikanisches Getreide und Baumwolle konnten vor dem Krieg nach Europa geliefert werden, ohne diskriminiert zu werden. Es stand zu vermuten, daß ein größerer Teil des Imports an Getreide und anderen Lebensmitteln der Alliierten aus Rußland, dem britischen Imperium und Latein-Amerika - besonders aus Argentinien - kommen würde, wenn die Pariser Beschlüsse verwirklicht werden würden. Eine Veränderung des Zollsystems, besonders des britischen, würden bedeuten, daß die Alliierten die neutralen Märkte - besonders in Latein-Amerika - kontrollieren und ausbauen könnten. Während des Krieges hatten die Vereinigten Staaten große Anteile des dortigen Marktes erobert. Die Alliierten würden hinsichtlich des lateinamerikanischen Imports von Rohstoffen und Lebensmitteln Zugeständnisse austauschen können gegen Zugeständnisse für den Export von veredelten Produkten der Alliierten. ²⁾ Wilsons Haltung diesen Umständen gegenüber wurde erst im Februar 1917 in einer Denkschrift "Basis of Peace" dargestellt. Darin schlug er eine gegenseitige Garantie gegen wirtschaftliche Kriegführung vor. Statt zu versuchen, wie Lansing vorgeschlagen hatte, einen neutralen Block zur Bekämpfung des alliierten Präferenzsystems zu bilden, behauptete Wilson, daß die Vereinigten Staaten als Grundlage für den zukünftigen Frieden eine "open-door" - Politik sowie eine der Nichtdiskriminierung durchsetzen müßten. Der aggressiven Politik der europäischen Staaten setzte Wilson die allgemeine Abrüstung, eine friedliche

Zusammenarbeit aller Völker und die Überwindung aller politischen und wirtschaftlichen Spannungen entgegen, die laut Wilson zum Krieg geführt hatten. ³⁾

Die negative Einstellung der Vereinigten Staaten gegenüber Einschränkungen der Handelsfreiheit nach dem Krieg bestand auch nach dem amerikanischen Kriegseintritt im April 1917 weiter. Die französische Regierung versuchte jedoch schon im Herbst 1917, die Vereinigten Staaten dazu zu bringen, sich den Pariser Beschlüssen anzuschließen. Dies galt vor allem der Kontrolle über die Rohstoffvorräte. ⁴⁾ Im Oktober 1917 schrieb Clémentel einen persönlichen Brief an Wilson, um ihn von der Notwendigkeit eines effektiven Abkommens zwischen den Alliierten über die Rohstoffkontrolle zu überzeugen. ⁵⁾ Wilsons Erklärung vom 8. Januar 1918 mit den vierzehn Punkten für einen gerechten Frieden, von denen der dritte eine Verurteilung wirtschaftlicher Diskriminierung nach dem Krieg enthielt sowie Forderungen nach Freihandel und "open-door" - Politik, ⁶⁾ drückte jedoch eine ganz andere Einstellung zur Nachkriegspolitik aus als die der französischen Regierung.

Bei seinen weiteren Bemühungen, für die Zeit nach dem Krieg eine interalliierte Rohstoffkontrolle zustandezubringen, versuchte Clémentel die interalliierten Organe auszunützen, die im Laufe des letzten Kriegsjahres geschaffen worden waren. In einem Brief vom 19. September 1918 an Clemenceau legte er einen Plan vor, der zeigte, wie eine allgemeine Zusammenarbeit Frankreich während der Periode des Wiederaufbaus helfen könnte. Aber der Plan enthielt die Gründung eines permanenten wirtschaftlichen Blocks. Es war nicht in erster Linie die Absicht, Deutschland ganz zu zerstören, sondern man wollte einen Rahmen schaffen, innerhalb dessen es in das von den Alliierten dominierte System einbezogen wurde. ⁷⁾ Der Plan beinhaltete vor allem Rohstoffkontrollen, sollte aber auch ein Präferenzzollsystem umfassen. Um solch ein neues Zollsystem aufbauen zu können, ließ die französische Regierung im Herbst 1918 alle ihre alten Handelsverträge kündigen darunter den mit Schweden. ⁸⁾ Auf einer Sitzung Ende September 1918 legten Clemenceau, Clémentel, Außenminister Stephen Pichon und der französische Sonderbotschafter in den Vereinigten Staaten,

André Tardieu, den Verhandlungen der französischen Regierung mit den Alliierten über die Wirtschaftspolitik nach dem Krieg Clémentels Plan zugrunde. 9)

Seit Anfang 1918 versuchten Clémentel und Pichon die Amerikaner dazu zu bringen, an einer Konferenz der Alliierten über die wirtschaftliche Zusammenarbeit nach dem Krieg teilzunehmen. 10) Tardieu warnte vor dem Unwillen der Amerikaner. Erst eine Rede Wilsons am 26. September 1918 machte der französischen Regierung klar, wie unmöglich es war, eine amerikanische Mitwirkung bei dem französischen Projekt zu erreichen. Der Präsident verurteilte jede Form von Wirtschaftsboykott oder Diskriminierung nach dem Krieg, die außerhalb des Rahmens des Völkerbundes lag. 11) Einige Tage später erklärte Herbert Hoover, Wilsons damaliger wirtschaftlicher Berater, die amerikanische Regierung "will not agree to any program that even looks like inter-Allied control of our resources after peace." 12)

Auch die britische Regierung zeigte keinen besonderen Eifer, den französischen Forderungen zur Einberufung einer Konferenz über die Rohstoffkontrolle nach dem Krieg nachzukommen. 13) Zwar hatte der Abschlußbericht des Balfour-Komitees die Empfehlung einer solchen Kontrolle enthalten, aber die Briten waren nicht bereit, diese durch interalliierte Organe durchführen zu lassen, wie es die Franzosen vorschlugen. Das hätte diesen und den Italienern das Verfügungsrecht über die Rohstoffvorräte des britischen Imperiums gegeben. Das Foreign Office erklärte Pichon Ende Mai 1918, die britische Regierung sei bereit, den Alliierten, besonders Frankreich, bei den Rohstofflieferungen nach dem Krieg Privilegien einzuräumen. Aber die Franzosen wollten ein System haben, in dem der während des Krieges gebildete "Allied Maritime Transport Council" für die Rohstoffverteilung verantwortlich war. 14) Die Briten wiesen dies mit dem Hinweis zurück, daß die britischen Geschäftsleute und Reeder so bald wie möglich ihre Handlungsfreiheit zurückbekommen wollten. Eine "Imperial War Conference" behandelte im Juli 1918 ein Projekt über die Kontrolle der Rohstoffvorräte des britischen Imperiums. Ende Juli wurde den Franzosen mitgeteilt, die britische Regierung habe

beschlossen, ihren Alliierten "Güter und Hilfe (zu garantieren), die die neutralen Länder nicht erhalten sollten." ¹⁵⁾ Die französische Regierung nahm dies wohlwollend zur Kenntnis. Am 9. August schrieb Pichon an Clémentel: "Treu dem Geist sowie dem Text der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz in Paris 1916 hat (England) vor, seinen Alliierten auf den Gebieten, die mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu tun haben, Präferenzen zu gewähren." ¹⁶⁾ Diese Versprechen waren jedoch mit einer Zurückweisung der französischen Forderungen nach gemeinsamer Kontrolle der Rohstoffvorräte verbunden. In dieser Frage erklärte der britische Sonderbotschafter in den Vereinigten Staaten, Lord Reading, Ende Dezember 1918 Clémentel, Englands Bereitschaft, sich dem französischen Vorschlag anzuschließen, hänge von der Stellungnahme der Amerikaner ab. ¹⁷⁾ Das bedeutete tatsächlich eine Abweisung des Vorschlags, da sich sowohl die Engländer als auch die Franzosen zu diesem Zeitpunkt wohl bewußt waren, daß die amerikanische Regierung den Gedanken einer gemeinsamen Nachkriegskontrolle über die Rohstoffvorräte der Welt kategorisch ablehnte. Die Amerikaner wollten wieder auf die freie Marktwirtschaft der Vorkriegszeit und die Gleichberechtigung auf dem Gebiet des Handels zurückgreifen. Im Verlauf der Friedensverhandlungen in Paris im Frühjahr 1919 versuchte Frankreich wieder, die Vereinigten Staaten dazu zu bringen, einem interalliierten Wirtschaftssystem zuzustimmen. Auch diese Bemühungen waren vergebens. Es besteht wahrscheinlich ein direkter Zusammenhang zwischen den sich verhärtenden französischen Reparationsforderungen und dem Mißlingen der französischen Bestrebungen, ein gemeinsames Wirtschaftssystem zustandzubringen, das es ermöglicht hätte, Deutschland wirtschaftlich zu kontrollieren und zu integrieren. ¹⁸⁾

Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß hinter dem amerikanischen Programm die klare Einsicht stand, daß ein Open-door System der amerikanischen Industrie und den amerikanischen Interessen überhaupt förderlich sein würde. Die Vereinigten Staaten wollten verhindern, daß das Pariser Programm nach dem Krieg verwirklicht wurde. Es lag im Interesse der amerikanischen Industrie, einen größtmöglichen Weltmarkt zu schaffen. Ein Teil einer solchen Lösung sollte es sein,

Deutschland auf die eine oder andere Art und Weise in diesen zu integrieren. In der Übergangszeit zwischen Krieg und Frieden verursachte die Lösung dieses Problems schwere Krisen.¹⁹⁾

Die Bestrebungen der Alliierten eine gemeinsame, protektionistische und die Zentralmächte wie die Neutralen diskriminierende Politik zu betreiben, mißglückte.

1.5 Deutsche Reaktionen auf die Pariser Wirtschaftskonferenz und die Imperial War Conference. Mitteleuropapläne

Die deutschen Nachkriegspläne liefen hauptsächlich daraufhin aus, das deutsche "Großwirtschaftsgebiet" zu sichern, d.h. einen durch Deutschland dominierten Wirtschaftsblock in Europa. Fritz Fischer hat ausführlich gezeigt, daß die deutsche Regierung schon zu Beginn des Krieges weitgehende Annexionen von Gebieten sowohl im Westen als auch im Osten diskutierte.¹⁾

Für die Arbeit innerhalb des Reichsministeriums des Inneren über die Kriegsziele Deutschlands spielte Dr. Franz von Schoenebeck eine wichtige Rolle. Er hatte laut Fischer einen großen Einfluß auf die deutschen Entscheidungen in handelspolitischen Fragen.²⁾ Im Herbst 1916 untersuchte Schoenebeck in einer großen Denkschrift, "Der Wirtschaftskrieg nach dem Kriegsende: Die Pariser Wirtschaftskonferenz und ihre Folgen für Deutschland,"³⁾ was die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz für Deutschland bedeuten konnten. Früher während der Diskussion über eine mitteleuropäische Zollunion im Jahr 1915, die eine Konferenz der Zentralmächte in Wien im Juni 1915 über die Verwirklichung eines durch Deutschland dominierten "Mitteleuropas" ausgelöst hatte, war Schoenebeck einer der Gegner einer solchen gewesen. Das würde bedeuten, so meinte Schoenebeck, daß Deutschland von den Weltmärkten ausgeschlossen würde. Statt dessen, hoffte er, wenn Deutschland von einer "Wirtschaftsautonomie" Abstand nähme, würden die Vereinigten Staaten dieselbe Linie verfolgen. Auf diese Weise würde eine Aufteilung der Welt in Wirtschaftsgebiete verhindert werden.⁴⁾

Anscheinend änderte sich Schoenebecks Einstellung zu einer mitteleuropäischen Zollunion unter dem Eindruck der Pläne der Alliierten. In der Denkschrift vom November 1916 hob er als

wichtigstes Resultat der Pariser Konferenz hervor, daß die Teilnehmerstaaten die Absicht gezeigt hätten, ein einheitlich wirtschaftliches Gebiet zu schaffen. Schoenebeck meinte jetzt, daß man den Plänen, Deutschland durch Verweigerung der Meistbegünstigung, durch gegen es gerichtete Export- und Importverbote und durch Prohibitivzölle zu schaden entgegenarbeiten könne, indem man sich ein eigenes großes Absatzgebiet schüfe.

Nach der Imperial War Conference im April 1917 war dieser Standpunkt noch ausgeprägter. Dies geht aus einem im Juni 1917 geschriebenen Nachtrag zu der früheren Denkschrift hervor. Der Plan durch Präferenzen fürs Imperium, das britische Weltreich mit seinen großen Rohstoffvorräten zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzuschweißen, war aus deutscher Sicht besonders gefährlich. "Auch die Pariser Beschlüsse und alle Versuche, einen Wirtschaftsbund der Entente zusammenzubringen, verblassen an Gefahr für unsere Volkswirtschaft gegenüber dem britischen Weltwirtschaftsreich, das uns, uns allein bis aufs Blut bekämpfen muß, weil wir und wir allein, durch die Notwendigkeit auch unsererseits weiter Weltwirtschaft in dem früheren Maße zu treiben, seine Gegner sind und bleiben werden." Aber, erklärte Schoenebeck, Deutschland würde nach dem Krieg nicht stark genug sein, England dazuzubringen, seine Wirtschaftspolitik aufzugeben, sondern müsse "eine positive Verteidigungspolitik führen, dadurch, daß es gegen 'Greater Britain' ein wirtschaftliches Mitteleuropa, wenigstens aber ein durch wirtschaftlichen Einschluß von Polen und Belgien vergrößertes gemeinsames deutsch-österreichisch-ungarisches Wirtschaftsgebiet" stelle. Es ließ sich sehr gut denken, daß man ein "Wirtschaftsgebiet" schuf, daß den Forderungen einer autarken Produktion entsprach, Deutschland, Österreich-Ungarn umfassend, wobei man andere Staaten in Mittel- und Nordeuropa anschließen könne. 5)

Schoenebeck dachte offenbar an die Möglichkeit, daß die nord-europäischen Staaten - zu denen wohl auch Schweden gezählt werden muß - in ein deutsches Interessengebiet hineingezogen werden würden. In diesem Zusammenhang soll auch auf das Interesse der deutschen Industrie am Zugang zu schwedischem Erz nach dem Krieg hingewiesen werden.

I.6 Das schwedische Eisenerz und der Wunsch der deutschen Schwerindustrie, die Rohstoffzufuhr nach dem Krieg zu sichern

In seinen Untersuchungen hatte Schoenebeck den Mangel an ausreichender Erzzufuhr als das schwierigste Problem der deutschen Rohstoffversorgung in einem autarken System nach dem Krieg bezeichnet. In den deutschen Plänen kam hartnäckig bis zum Schluß des Krieges immer wieder die Forderung nach den französischen Erzbeständen in Longwy-Briey in Lothringen vor.¹⁾

Nach Rußlands Zusammenbruch bekamen die deutschen Nachkriegspläne eine stärkere Ausrichtung auf Osteuropa hin. Ein Hauptinteresse war es, die russischen Erz- und Ölbestände für die deutsche Industrie zu sichern. Deren Vertreter nahmen an der Planung eines deutsch-osteuropäischen Wirtschaftsimperiums teil und trieben es an.²⁾

Seitdem die Bolschewisten in Rußland die Macht ergriffen hatten, fiel dies als Machtfaktor in der Ostsee, die auf dem Weg schien, ein mare nostrum der Deutschen zu werden, fast ganz fort. In dieser Lage wurde die Frage des politischen Status der Ålandinseln aktuell, da deren Bevölkerung im Herbst 1917 die Frage des Anschlusses der Inseln an Schweden weckte.³⁾

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die Regierung in Berlin Schweden die Herrschaft über die Inseln anbot, aber unter der Bedingung, daß die Inseln entmilitarisiert würden und Schweden mit Deutschland Verhandlungen über einen größeren Eisenerzexport nach Deutschland nach dem Krieg einleiten würde.⁴⁾ Gleichzeitig waren Verhandlungen zwischen der schwedischen Regierung und den Alliierten über eine Verminderung des Eisenerzexportes während des Krieges nach Deutschland im Gange.⁵⁾ Die deutsche Regierung war sich über den Druck der Alliierten auf Schweden, was den Erzexport betraf, völlig im klaren und wünschte deren Einfluß zu eliminieren.⁶⁾

Am 14. Februar 1918 verlangte Edvard Hjelt, der Vertreter der weißen Seite in Finnland, auf Forderung General Ludendorffs, deutsche Hilfe im finnischen Bürgerkrieg. Am 21. Februar teilte die deutsche Führung ihre Absicht mit, dem Wunsch der finnischen weißen Regierung entgegenzukommen.⁷⁾ Schon am 13. Fe-

bruar waren schwedische Truppen nach Åland beordert worden.⁸⁾ Von deutscher Seite drückte am 17. Februar der Unterstaatssekretär von dem Bussche-Haddenhausen vor Ludendorff seine Unruhe darüber aus, daß die Alliierten die schwedischen Ålandpläne unterstützten.⁹⁾

Am 18. Februar 1918 richtete der Besitzer eines der größten deutschen Stahlwerke, August Thyssen, ein Schreiben an Reichskanzler Georg von Hertling. Der Finnische Wunsch nach deutscher Unterstützung gebe eine einmalige Gelegenheit, "die für die Weltmachtstellung Deutschlands und Österreichs unentbehrliche Einfuhr schwedischer und norwegischer Eisenerze und schwedischen Roheisens sicherzustellen." Thyssen erklärt, daß das Erz und das Eisen aus Schweden wichtiger und unentbehrlicher seien, als das Erz aus dem Brieybecken, "weil sie uns die gewaltige Produktion in Edelstahl gestattet". Schweden und Norwegen müßten "in ihren Erzgebieten" von Deutschland abhängig gemacht werden. Englands Einfluß in Norwegen sei jedoch so groß, meinte Thyssen, daß man sich denken könne, daß sie für ihre Flotte eine Kohlenstation in Narvik errichten würden. "Wenn wir dann nicht in Finnland einen sicheren Rückhalt haben, wird unsere Rohstoffversorgung im Kriegsfall unmöglich gemacht und damit unsere Weltmachtstellung vernichtet." Im übrigen wies Thyssen auf den Sachverständigen im Kriegsamt, Oberstleutnant Koeth hin.¹⁰⁾

August Thyssen erwähnte die Ålandinseln nicht. Deren Lage ließ jedoch zu, daß man von dort aus, die wichtigen Erztransporte von Oxelösund und Luleå kontrollieren konnte. Deren Bedeutung hatte während des Krieges genau so zugenommen, wie die des Narvikverkehrs abgenommen hatte.¹¹⁾ Eine Annexion der Inseln würde die Sicherung der Transportwege bedeuten. Daß Åland wirklich bei den Überlegungen als geeigneter Stützpunkt zur Sicherung des Erzes in Betracht kam, geht hervor aus einem Schreiben später im Mai 1918 an den von Thyssen genannten Koeth, der Verbindungsmann zwischen der Industrie und der Staatsführung war. Åland in deutscher Hand, hieß es dort, würde die Erzzufuhr aus Schweden sichern.¹²⁾ Bei einer großen Zusammenkunft der Leiter der Eisen- und Stahlindustrie im Stahlhof in Düsseldorf wurde eine Woche später der Friedens-

vertrag von Brest-Litovsk diskutiert. Man fürchtete, daß Deutschland nach dem Krieg ganz von den Weltmärkten vertrieben werden würde. Als Ersatz dachte man sich, den kontinentalen Markt - besonders den rußischen und den auf der Balkanhalbinsel - zu erobern. Rußland sollte die Rolle eines Rohstofflieferanten der deutschen Industrie erteilt werden. Aber die deutschen Industriellen hegten Sorge, daß sie durch englische und amerikanische Kapitalinteressen auch aus Rußland herausgedrängt werden würden. Als Gegenmaßnahme dachte man sich zum einen einen großen Kredit von Banken und Staat, zum anderen, daß Deutschland sich die Kontrolle über die Eisenbahn- und Wasserwege in Rußland und auf dem Balkan verschuf. Man plante, ein großes Rußlandsyndikat zu gründen. Um die riesigen Investitionen, um die es hier ging, zu sichern, sollte man eine dauerhafte militärische Besetzung der europäischen Transportwege ins nördliche Rußland durchführen. Unter den Gebieten für solch eine Besetzung wurden auch die Ålandinseln genannt. Absicht war es, dadurch den Engländern zuvorkommen und die schwedische Erzzufuhr zu sichern. ¹³⁾

Die deutsche außenpolitische Führung hat nie die Pläne einer Annexion der Ålandinseln gutgeheißen. Das Auswärtige Amt fand, es sei Garantie genug, um die Erztransporte auf der Ostsee zu sichern, wenn die Ålandinseln in schwedischer oder finnischer Hand und entmilitarisiert wären. ¹⁴⁾ Bei den schwedisch-deutschen Verhandlungen Ende März 1918 in Berlin aus Anlaß des bevorstehenden schwedisch-englischen Handels- und Tonnagevertrages, gelang es den Deutschen jedoch, das schwedische Versprechen zu bekommen, drei Jahre nach dem Krieg einen Jahresexport von höchstens 6 Millionen Tonnen für die Zentralmächte zu genehmigen. ¹⁵⁾ Dies zusammen mit den bestehenden Handelsverträgen mußte Garantie genug sein für die Eisenerzversorgung aus Schweden. Die Rohstofffrage der Schwerindustrie wurde aufs neue aktuell, als es den Industrien in Deutschland im Herbst 1918 klar wurde, daß die Niederlage kurz bevorstand.

I.7 Überlegungen der deutschen Schwerindustrie über den Handel mit Schweden angesichts der Niederlage

Im deutschen Reichswirtschaftsamt wurde am 3. September 1918

unter der Leitung von Geheimrat Wilhelm Beukenberg eine Konferenz abgehalten zwischen den Vertretern des Amtes und denen der Schwerindustrie.¹⁾ Deutschlands Zusammenbruch stand nahe bevor. Informierte Kreise aus der Wirtschaft waren sich dessen völlig bewußt. Hugo Stinnes, der an der Konferenz teilnahm, befand sich in Berlin bei dem Hapag-Direktor Albert Ballin zu einer Besprechung darüber, wie man den Kaiser darüber informieren solle, daß der Krieg verloren sei.²⁾ An der Konferenz des Reichswirtschaftsamtes nahmen auch Albert Vögler, Paul Silverberg, Alfred Hugenberg, Karl Röchling und als Vertreter der Erzimporteure Johannes Schwabroch und Emil Possehl vom Nordischen Erzkontor in Lübeck teil.³⁾ Das Reichswirtschaftsministerium stellte drei Fragen zur Debatte: Wie sollte Deutschland den Rohstoffimport seiner Eisen- und Stahlindustrie sichern? Wie könnte es die Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt aufrechterhalten trotz der Schwierigkeiten und des Widerstandes, den die Feinde im Westen bereiten könnten? Und was sollte man tun, um deutsches Eigentum im Ausland zu sichern?

Alle früheren Ziele waren nun unrealistisch geworden. Die Zeit der großen Annexionsforderungen war vorbei. Vorher hatte man die Einverleibung der Erzfelder in Longwy-Briey fast als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, aber jetzt beschränkten sich die Forderungen darauf, daß keine Hindernisse für den Export französischen Eisenerzes errichtet, keine Exportzölle eingeführt werden dürften und daß die alten Besitzverhältnisse deutscher Firmen im Ausland wiederhergestellt werden müßten.

Stattdessen warf man seine Blicke auf die neutralen Länder, besonders auf Schweden. Man sprach sich überraschend offensiv aus. Schwabroch und Possehl, die an der schwedischen Grubenindustrie und dem Eisenerzexport besonders interessiert waren, griffen die schwedische Gesetzgebung von 1916 an, weil sie es ausländischem Kapital erschwere, in Schweden angelegt zu werden. Nach dieser neuen Gesetzgebung durften z.B. schwedische Aktiengesellschaften nur dann Grund und Boden, Bergwerke usw. erwerben, wenn höchstens 20 Prozent der Aktien im Besitz von Ausländern waren.⁴⁾ Die deutschen Kapitalbesitzer in Schweden

konnten ihre Unternehmen nicht erweitern, Bergwerksgesellschaften konnten keine neuen Schürfungen machen oder neuen Boden erwerben. Einige Gruben seien schon in schwedischen Besitz übergegangen, erklärte Schwabroch. Beukenberg wandte ein, daß das schwedische Eisenerz durch langfristige Lieferungsverträge gesichert sei. Aber diese gälten nicht für die phosphorarmen Erze, die für die Herstellung von Edelstahl so wichtig seien und deren Export die Schweden zu begrenzen versuchten, erwiderte Schwabroch. Er schnitt dadurch ein für die deutsche Stahlindustrie empfindliches Problem an.

Der Vertrag zwischen dem schwedischen Staat und dem Trafikaktiebolaget Grängesberg-Oxelösund (TGO) hatte eine Exportbegrenzung des schwedischen phosphorarmen Erzes bedeutet.⁵⁾ Das war ein Grund dafür, daß sich ein so expansiv eingestelltes Unternehmen wie die August Thyssen A.G. Bergwerke phosphorarmes Erz im Krivoj Rog in Südrußland beschafft hatte.⁶⁾ Während des Weltkrieges hatte der Export phosphorarmen Erzes aus den mittel-schwedischen Gruben zugenommen.⁷⁾ Ein Teil von ihnen war im Besitz deutscher und österreichischer Interessenten.⁸⁾ Schwabroch erklärte, er erwarte, daß "gegen solche neuen Beschränkungen (d.h. die 1916 im Gesetz festgelegten) sofort Einspruch erhoben wird, eventuell unter Hinweis auf Gegenmaßnahmen für schwedische Unternehmen in Deutschland." ⁹⁾

Auch andere "unerträgliche" Bedingungen für ausländische Kapitalbesitzer wurden von Possehl hervorgehoben, der Aktienbesitzer sowohl bei der TGO als auch bei Fagersta Bruk war. Possehl forderte, daß die deutsche Regierung zusehen solle, daß deutsche Staatsangehörige in Schweden dieselben Rechte erhielten, wie sie die schwedischen Staatsangehörigen in Deutschland hätten. ¹⁰⁾

In einer Situation, in der Deutschland die Gefahr lief durch Maßnahmen der Alliierten von großen Teilen der Weltmärkte ausgeschlossen zu werden, lag den deutschen Industrien mehr denn je daran, dem Kapitalexport nach Schweden den Weg zu bereiten.

In den Diskussionen darüber, wie die deutsche Schwerindustrie nach dem Krieg ihre Exportmärkte aufrechterhalten könnte, betonte Vögler vor allem die Gefahr, daß dem Krieg ein Wirt-

schaftskrieg folgen könnte. Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz bedeuteten "die Kampfansage in schärfster Form", und sie seien ein Zeichen für die sehr offensive Einstellung des eigentlichen Gegners, England. Von dessen Seite habe man unwillkürlich mit zollpolitischen Schädigungen zu rechnen. Es sei klar, meinte Vögler, daß England nach dem Krieg das Freihandelssystem aufgeben werde. Von deutscher Seite müße man in einem Frieden fordern, daß ihm unter allen Umständen die Meistbegünstigung einem dritten Partner gegenüber zuerkannt würde. Hugo Stinnes verschärfte die Forderung, indem er verlangte, daß auch in bezug auf die Kolonien Gleichberechtigung für alle gelten solle. Diese Forderung richtete sich natürlich gegen die englischen Pläne auf Präferenzen für das Imperium. Auch wenn es Deutschland nicht gelingen sollte, diese Forderung durchzusetzen, rechnete Stinnes damit, daß dies den Vereinigten Staaten gelingen würde.

Man erwartete, daß die Bedingungen für die deutsche Industrie auf den Weltmärkten ausgesprochen hart werden würden. Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie müße eine Auslandsorganisation auf breiter Basis aufbauen, meinte Vögler. "Hierzu ist eine unbedingte Voraussetzung die Zusammenfassung der gesamten Eisen- und Stahlindustrie in einem 'deutschen Stahlbund'," erklärte er. Damit aktualisierte er einen Vorschlag, der erst acht Jahre später durch die Gründung der "Vereinigten Stahlwerke" verwirklicht wurde, für deren Entstehung Stinnes und Vögler schon im Herbst 1918 arbeiteten. Der Vorschlag wurde von Vögler ausgearbeitet und im Oktober 1918 von ihm in einer umfangreichen Denkschrift ausführlicher begründet.¹¹⁾ Aber die Voraussetzungen für eine solch große Kartellbildung fehlten damals noch und existierten auch in den folgenden Jahren nicht.¹²⁾

Vor dem Krieg sei es den deutschen Industrien gelungen, ihren Export auf fast allen Märkten außer dem der Vereinigten Staaten zu steigern. Die Ursache ihrer Erfolge sei "in den ausgezeichneten deutschen Anlagen zu suchen, die in der Lage waren preiswert, gut und schnell zu liefern. Hierdurch wurde insbesondere das umliegende, zur Zeit neutrale Ausland davon abgehalten, eigene Industrien stark zu entwickeln." Leider habe

während des Krieges eine bedeutende Veränderung stattgefunden. Deutschlands mangelnde Fähigkeit zu liefern habe zur Folge, daß diese Länder eine eigene Herstellung aufgebaut hätten. Besonders Schweden habe in dieser Richtung große Fortschritte gemacht, erklärte Vögler. Als Beispiel dafür führte er an, der holländische Markt sei in den letzten Monaten von Schweden nicht nur mit Qualitätserzeugnissen, sondern auch mit normalen Walzprodukten wie Blechen und Moniereisen beliefert worden. Die schwedische Industrialisierung wurde somit ausdrücklich als eine Bedrohung der deutschen Interessen hervorgehoben.

Vögler betonte, daß es wichtig sei, mit allen Mitteln den Export zu den neutralen Märkten zu fördern. "Die Länder sind kapitalkräftig und aufnahmefähig. Die Diskussion im Reichswirtschaftsministerium mit den Spitzen der Schwerindustrie zeigt, wie sich deren Blicke angesichts der Niederlage auf das neutrale Ausland, besonders auf Schweden, richteten, um Märkte und Rohstoffe zu erhalten. Dabei hegte man offenbar keine größere Bedenken bezüglich der Lieferungen des phosphorreichen lappländischen Erzes, das mengenmäßig den allergrößten Teil des schwedischen Erzexportes nach Deutschland ausmachte. Sie wurden anscheinend als durch die langfristigen Verträge von vor dem Krieg und die Verpflichtungen der schwedischen Regierung vom März 1918 als gesichert angesehen. Stattdessen beunruhigte man sich über die Einschränkung der Möglichkeiten deutscher Kapitalanlagen in Schweden, die das schwedische Gesetz von 1916 zur Folge hatte. Vor allem war man gereizt über die geringen Möglichkeiten, Gruben in Mittelschweden zu erwerben, wo das für die deutsche Edelmetallindustrie so wichtige phosphorarme Erz hauptsächlich gefördert wurde und wo die deutschen und österreichischen Stahlindustrien Interessen von vor dem Krieg zu wahren hatten. Die Forderung nach Gleichberechtigung schwedischer und deutscher Unternehmen und Staatsangehöriger in Übereinstimmung mit dem finnisch-deutschen Handelsvertrag vom März 1918 war ein offensiver Versuch zur Wahrung der deutschen wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten. ¹³⁾

I.8 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Vor dem Ersten Weltkrieg war Englands Stellung als führende europäische Wirtschaftsmacht immer mehr durch die vordringende deutsche Industrie in Frage gestellt worden. Es hatte jedoch an seiner traditionellen Freihandelspolitik festgehalten. Der Krieg hingegen aktualisierte eine Änderung dieser Politik. Die Pariser Konferenz von 1916 mit ihren Beschlüssen über interalliierte Präferenzen setzte einen Übergang hin zu einem protektionistischen System voraus.

England hatte nicht vor, nach einem siegreichen Krieg stillschweigend zuzulassen, daß sich die deutsche Industrie auf den Weltmärkten wieder frei entwickeln konnte. Die Bestimmungen, Deutschland nach dem Krieg keine Meistbegünstigung zu gewähren, waren gegen den deutschen Export gerichtet und durch britische Initiative zustande gekommen. Die englischen Pläne und Diskussionen innerhalb der Regierung zeigten auch, daß man die Meistbegünstigung der neutralen Staaten, die ihnen die Handelsverträge garantierten, wenigstens für eine Übergangszeit außer Kraft setzen wollte.

Die Pariser Konferenz und die Vorschläge des im gleichen Jahr eingesetzten Balfourkomitees bedeuteten jedoch, daß die schon existierenden handelspolitischen Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Alliierten hervorgehoben wurden. Die Alliierten waren somit in ihren Interessen zersplittert. Gleichzeitig trugen die Pariser Konferenz und die Vorschläge des Balfourkomitees dazu bei, daß sich die deutschen Pläne in einer für Schweden gefährlichen Weise verschärften. Ein durch Deutschland dominiertes Mitteleuropa - eventuell auch Staaten in Nordeuropa umfassend - wurde diskutiert.

Zum Kriegsende war die deutsche Industrie einziger grundlegender Machtfaktor des Kaiserreiches, dem es gelang, seinen Einfluß einigermaßen unversehrt in die Weimarer Republik hinüberzuretten. Besonders die Schwerindustrie sollte aktiv in die politischen Entscheidungen eingreifen. Ihre Leitung war auf einen anhaltenden Wirtschaftskrieg eingestellt, und man befürchtete, daß die Alliierten in Übereinstimmung mit den

Pariser Beschlüssen den deutschen Handel von den Weltmärkten vertreiben würden. Mit dieser Aussicht vor Augen richtete die Schwerindustrie ihre Blicke auf das neutrale Ausland, um dort Märkte und Möglichkeiten zu suchen, um die Handelsbarrieren der Entente umgehen zu können. Schwedens Kaufkraft und seine reichen Eisenerzbestände waren dabei von größtem Interesse. Eine Konferenz am 3. September 1918 im Reichswirtschaftsamt mit leitenden Persönlichkeiten der Schwerindustrie machte eine offensive Haltung in bezug auf die Wirtschaftspolitik Schweden gegenüber deutlich.

II. Englands Versuch, seine vorherrschende Stellung auf dem Kohlemarkt auszunützen und Schwedens Reaktion darauf (1918-1921)

II.1 Englands Druck auf Schweden

Vor dem ersten Weltkrieg war England Schwedens größter Lieferant von Kohle, der wichtigsten Energiequelle der schwedischen Industrie. Aus Deutschland wurde hauptsächlich Koks für den Bedarf der Eisenerzindustrie eingeführt. Durch die Frachtlage war die englische Kohle im Vergleich zu der amerikanischen konkurrenzfähig. Die Kohlenschiffe führten als Rückfracht Holz nach England.

Während des Krieges trat eine starke Verschiebung der schwedischen Importe aus England zugunsten Deutschlands ein. 1916 betrug der schwedische Import rund 6,2 Mio. Tonnen, wovon ungefähr 70% aus Deutschland kamen und 27% aus England. Im Jahr darauf zeigte sich eine ähnliche Aufteilung, aber der Import war auf 2,3 Mio. Tonnen abgesunken. Im Jahr 1918 stieg der englische Anteil auf gut 40%. Der totale Import dieses Jahres betrug ungefähr 2,8 Mio. Tonnen. Die staatliche Handelskommission berechnete zum Jahreswechsel 1918-1919 die Lagerbestände auf rund 1,3 Mio. Tonnen, wobei es sich bei einem großen Teil um Eisenbahnkohle handelte.¹⁾

Der Kohlepreis war während des Krieges stark gestiegen. Während 1913 der gesamte Kohlenimport (5,4 Mio. Tonnen) nur 102,8 Mio. Kronen gekostet hatte, betrugen 1918 die Kosten eines bedeutend geringeren Imports (2,8 Mio. Tonnen) nicht

weniger als ungefähr 550 Mio. Kronen.

Schon 1916 hatte die englische Regierung die Kontrolle sowohl über die Produktion als auch über den Export übernommen, eine Kontrolle, die bis 1921 aufrechterhalten werden sollte. Einem sogenannten "Controller of Coal Mines", und dem "Coal Mines Department" oblag die genaue Überwachung. Die englische Produktion betrug 1913, 287,4 Mio. Tonnen, wovon 73,4 Mio. Tonnen ausgeführt wurden. Die Produktion nahm während des Krieges ab. 1918 betrug sie rund 227,7 Mio. Tonnen. In den Nachkriegsjahren trat keine direkte Erhöhung ein. Die Produktion von 1919, 1920 und 1921 brachte ein Resultat von 229,7, 229,5 und 164,4 Mio. Tonnen. ²⁾ Ein während des Krieges eingesetztes "Departmental Committee to Consider the Position of the Coal Trade After the War" erklärte 1917, nach dem Krieg würde es schwer werden, den schwedischen Markt zurückzuerobern. ³⁾ Aber nach dem Waffenstillstand im November 1918 hörte der deutsche Kohlenexport nach Schweden so gut wie vollständig auf. Die deutschen Kohlenvorräte sollten für die Reparationslieferungen vor allem nach Frankreich, Italien und Belgien in Anspruch genommen werden. Der französische Kohlebergbau war während des Krieges schwer beschädigt worden und seine Wiederbelebung schritt nur langsam voran. Die englische Kohlenerzeugung wurde sowohl durch Arbeitszeitverkürzungen ungünstig beeinflußt als auch durch Transportprobleme und Streitigkeiten in den Gruben. Im Januar 1919 brachte die Gewerkschaft der Kohlebergleute "Miners Federation of Great Britain", (MFGB) unter Androhung eines Streiks, weitgehende Forderungen vor, u.a. nach einer Verstaatlichung der Bergwerke.

Die Regierung Lloyd George schwankte unter dem Druck der Gewerkschaft aber es gelang ihr, die Frage an ein Komitee - the Sankey Commission - zu verweisen, in dem sich die Bergleute aber die Hälfte der Sitze erzwingen konnten. ⁴⁾

Auf den Krieg folgte eine schwere Kohlenkrise, während der die langwierige Frage der Verstaatlichung der Kohlenindustrie eine große Rolle spielte. Die Kohlelager von Übersee in den Vereinigten Staaten, Australien und Südafrika waren nach dem Krieg immer noch auf Grund der hohen Frachtkosten u.s.w.

nicht konkurrenzfähig in Europa. Aber mit steigenden Kohlepreisen und sinkenden Frachtkosten mußte die Zeit kommen, wo vor allem die nordamerikanische Kohle für europäische Käufer interessanter werden würde. Die Amerikaner hatten während des Krieges die früheren englischen Märkte in Südamerika zum großen Teil übernommen. Zum Kriegsende herrschte in der Kohlefrage zwischen den Vereinigten Staaten und England eine ausgeprägte Gegnerschaft.

England nützte aber die Lage des Kohlemarktes aus, um die Exportpreise in die Höhe zu treiben. Die staatliche Kontrolle bedeutete, daß die Inlandspreise nicht herabgesetzt werden konnten. Um die großen Kohlemengen, die man innerhalb des Landes brauchte, behalten zu können, ohne daß die Preise nennenswert erhöht wurden, wurde mit Hilfe von Exportlizenzen eine strenge Exportkontrolle eingeführt. Auf diese Weise konnte die Regierung die für den Export bestimmte Kohlemenge kontrollieren. ⁵⁾

In einer Unterhausdebatte am 14. Juli 1919 über den Regierungsvorschlag betreffs einer Erhöhung des Binnenkohlepreises von 6 sh. pro Tonne hob der Handelsminister Sir Auckland Geddes hervor, daß "the actual coal-Getting is subsidized... not by the State, not by anyone here, but by the foreigner, because we are carrying into these figures still the subsidiary derived from the export profits ..." Geddes betonte in der Debatte die Bedeutung des Binnenmarktpreises für den Export. Besonders die amerikanische Konkurrenz sei für die Stellung Englands als Exportland gefährlich. Um sie zu retten, sei billige Kohle für den Binnenmarkt nötig. "Coal is the basis and principal source of our power, its shortage, its dearness affects us more than the shortage or dearness of any other thing except bread," ⁶⁾ erklärte Geddes. Zweifels- ohne lag seitens der englischen Regierung eine bewußte Subventionierung des einheimischen Kohlepreises vor, um dadurch die eigenen Industrien auf den Exportmärkten konkurrenzfähiger zu machen. ⁷⁾

Die Exportmengen für Kohle wurden niedrig gehalten. 1919 betrugen sie 35,3 Mio. Tonnen, 1920 24,9 Mio. Tonnen und 1921 24,7 Mio. Tonnen. Man muß 30 Jahre in die Vergangenheit zu-

rückgehen (1887), um niedrigere Exportzahlen als für 1920 und 1921 zu finden. Betrachtet man aber den Wert des Exports, so ändert sich das Bild. Der Wert des hohen Exports (73,4 Mio. Tonnen) des Jahres 1913 betrug 50,7 Mio. Pfund. Das Volumen des Exports des Jahres 1920 war bedeutend kleiner (24,9 Mio. Tonnen), aber der Wert hatte sich beinahe verdoppelt (99,6 Mio. Pfund). ⁸⁾

Die englische Regierung nützte die Situation nicht nur dahingehend aus, daß man die Exportpreise in die Höhe trieb, um dadurch den einheimischen Kohleverbrauch zu subventionieren, sondern man führte auch eine starke Preisdifferenzierung der Exportpreise für die verschiedenen Länder durch. Während der Durchschnittspreis des Kohleexports nach Schweden von 1913 bis 1915 unter dem Durchschnittspreis des gesamten Exportes lag, schlug dieses Verhältnis von 1916 ab in das Gegenteil um. 1919 lag der Unterschied zwischen dem schwedischen Durchschnittspreis und dem für den gesamten Export bei 24 sh oder bei rund 50% des Durchschnittswertes des Gesamtexports. Im Jahr 1920 war der Unterschied nicht so groß - 11 sh und 3 p - aber für die schwedische Industrie sicher stark bemerkbar. ⁹⁾

Die bevorzugte Behandlung der Alliierten, besonders Frankreichs und Italiens, durch England war der wichtigste Grund dafür, daß Schweden eine höheren Durchschnittspreis zahlen mußte als für den Gesamtexport. Der Durchschnittspreis pro Tonne für den Export nach Frankreich betrug 1920 72 sh 4 p und nach Italien 80 sh 11 p. Für Schweden lag er auf 91 sh 2 p. ¹⁰⁾ Diese Preispolitik stimmt völlig mit der Pariser Konferenz von 1916 überein und mit den Absichten, die das Balfourkomitee 1917 ausgesprochen hatte, während einer Nachkriegsperiode die neutralen Länder zu diskriminieren und die Alliierten zu begünstigen. Folgende Tabelle zeigt den Durchschnittspreis der 1920, aus England nach Schweden eingeführten Kohle Monat für Monat. ¹¹⁾

Durchschnittspreis des Exports nach Schweden pro Tonne

Januar	79 sh	4,-- p	April	82 sh	8,92 p
Februar	80 "	9,14 "	Mai	88 "	6,15 "
März	82 "	3,72 "	Juni	91 "	11,19 "

Juli	100 sh	0,97 p	Oktober	107 sh	6,93 p
August	106 "	8,18 "	November	106 "	1,51 "
September	109 "	7,72 "	Dezember	93 "	7,36 "

Im Herbst 1920 hatte der Kohlepreis eine solche Höhe erreicht, daß die amerikanische Kohle auch in Europa anfang, wirklich konkurrenzfähig und eine Bedrohung der dortigen englischen Dominanz zu werden.

II.2 Die schwedisch-englischen Kohleverhandlungen zwischen dem Waffenstillstand 1918 und dem Friedensvertrag 1919

Nach dem Waffenstillstand im November 1918 war es der Zentralverwaltung und der Wirtschaft bald klar, daß Schweden bezüglich seiner Kohleversorgung vor große Probleme gestellt sein würde. Kohle und Koks waren wohl von den Exportverboten der Alliierten in bezug auf Schweden ausgenommen, aber dadurch, daß Transporte auf deutschen Schiffen und auf den durch die Alliierten während des Krieges auf die Schwarze Liste gesetzten Schiffen verboten wurden, gab es so gut wie keine Möglichkeit, Tonnage für die Kohletransporte zu bekommen. Die schwedische Ostseetonnage war während des Krieges hauptsächlich für deutsche Häfen benutzt worden und deshalb auf die Schwarze Liste gekommen. "Comité Interallié de Commerce en Suède" in Stockholm wies nicht nur den Wunsch der schwedischen Regierung zurück, die Tonnage, die auf der Schwarzen Liste stand, zu verwenden sondern auch das Gesuch, daß deutsche Schiffe, die mit Kohle für Schweden in deutschen Häfen lagen, diese nach Schweden bringen durften.

Nach dem Handelsvertrag von 1918 mit den Alliierten sollte England monatlich 150 000 Tonnen Kohle liefern. Diese Menge war nicht erreicht worden, sondern der Import hatte lediglich 100 000 Tonnen pro Monat betragen. Kurz vor Weihnachten 1918 wurden die Lieferungen nach Schweden und in die anderen neutralen Länder von dem "Coal Controller" der englischen Regierung infolge Kohlemangels vorläufig gesperrt.¹⁾ Schweden befand sich in einer schwierigen Lage.

Die staatliche Handelskommission schrieb am 20. Dezember an Außenminister Hellner und hob dabei den Ernst der Lage her-

vor.²⁾ Die Kontakte zwischen der schwedischen Regierung und der englischen Gesandtschaft wegen dieser Angelegenheit führten dazu, daß die Gesandtschaft dem Foreign Office über die ernststen Folgen Mitteilung machte, die das Ausbleiben der Kohlenlieferungen aus Deutschland für Schweden mit sich bringen würde. Laut Handelsattaché Clive hatte Hjalmar Branting hervorgehoben, daß "industry will stop if coal from Germany cannot be obtained, and he anticipates seriour Bolshevik outbreaks in this case." Die Gesandtschaft verlangte eine Überprüfung des Beschlusses, Schiffen, die auf der Schwarzen Liste standen, nicht zu erlauben, Fracht nach Deutschland zu verschiffen.³⁾ In der "Svensk Handelstidning", die den Geschäftskreisen nahestand, die mit England sympathisierten, wurde am 3. Januar 1919 überraschend heftig die englische Politik angegriffen. "Die Schwarzen Listen sind uns hier in Schweden an und für sich, um es deutlich auszudrücken, zuwider," hieß es, und die Zeitung hielt die Zeit für deren Daseinsberechtigung für abgelaufen. Der Beschluß, Schiffe, die auf der Schwarzen Liste standen, vom Deutschlandverkehr auszuschließen, bedeute, so meinte die Zeitung, "daß man seitens der Entente durch eine Hintertür den Verkehr sperrt, den man selbst - trotz der ausländischen Blockade - gestattet hat."⁴⁾ Die Zeitung bezog sich darauf, daß der Handelsvertrag für eine bestimmte schwedische Einfuhrquote aus Deutschland die Billigung der Alliierten bedeute. Am 4. Januar 1919 rief Hellner die Geschäftsträger der Alliierten zu sich und verlangte von ihnen, sie sollten in dieser Frage auf ihre Regierungen Druck ausüben.⁵⁾ Am 7. Januar folgte eine schwedische Note an die englische Regierung mit der Forderung nach Genehmigungen ("safe-conducts) auch für die Schiffe, die auf der Schwarzen Liste standen, zwischen Deutschland und Schweden Rohstoffladungen zu verfrachten.⁶⁾

Die englische Regierung versuchte die Lage und ihr vorhandenes Monopol auf die Kohleausfuhr unmittelbar auszunützen. Sie teilte einen Beschluß mit, vom 15. Januar ab jede Tonne Steinkohle, die nach Schweden ausgeführt wurde, mit 30 Kronen Exportzoll zu belegen.⁷⁾ Ein vollständiges Exportverbot für Steinkohle wurde nur durch den Handelsvertrag verhindert. Außerdem versuchten die Engländer den Preis für schwedisches

Holz herabzudrücken.

Die schwedische Exportindustrie war nicht erbaut davon, unter Marktpreis zu verkaufen, um dadurch die Steinkohlepreise zu drücken. Anfang Januar fuhr eine Kommission nach England, "um den Käufern durch genaue Detailzahlen klarzumachen, daß die Preise, die für die Holzwaren gefordert werden, so niedrig sind, daß sie den Verkäufern einen äußerst geringen Verdienst lassen." Die Kommission bestand u.a. aus Axel Wallenberg, J. L. Ekman und Christian Storjohann.⁸⁾ Diese Verhandlungen mit dem Board of Trade wurden im Foreign Office wie folgt charakterisiert. "The Swedish representatives have been adopting a quite uncompromising attitude and are apparently not ready to make any concessions in the reduction of price."⁹⁾

Marcus Wallenberg befand sich gleichzeitig in London, von der schwedischen Regierung entsandt, um in einer Reihe für Schweden wichtiger Fragen, darunter der Kohlenfrage, mit der englischen Regierung zu verhandeln. Aber er fand in London nicht mehr die persönlichen Kontakte vor, die er dort während des Krieges geknüpft hatte, da sich die entsprechenden Leute auf der Friedenskonferenz in Paris befanden. Die neuen Beamten des Foreign Office kannten sich in dem schwedisch-englischen Handelsvertrag vom Mai 1918 nur schlecht aus. Bei einer Zusammenkunft mit dem Nachfolger Lord Robert Cecil, Cecil Harmsworth, dem Bruder des gegen die Neutralen nicht besonders wohlwollend eingestellten Lord Northcliff, stellte Wallenberg fest, daß Harmsworth "ganz neu ist und nichts über die Verträge weiß." Marcus Wallenberg betonte - wie er nach Hause berichtete - "schärfstens", daß die Kohlenexportgebühren im Gegensatz zum Vertrag ständen.¹⁰⁾ Marcus Wallenberg überreichte Harmsworth am 21. Januar eine Denkschrift, in der er auf die Bestimmungen des Vertrages hinwies, die die Engländer daran hinderten, in der Kohlenexportfrage Schweden anders zu behandeln als die anderen neutralen Länder. "The British Government is therefore not entitled to impose an export tax on coal for Sweden over and above that for other countries." ¹¹⁾

Es wurden auch Versuche gemacht, die aber durch die Alliierten verhindert wurden, deutsche Schiffe mit einer schon ge-

kauften und bezahlten Kohleladung für Schweden freizubekommen.¹²⁾ Wallenberg fand, wie er in einem Brief an Hellner schrieb, die Stimmung Schweden gegenüber nicht sehr mild. "Man findet, sie /die Schweden/ haben auf dem falschen Schiff gegessen."¹³⁾ Wallenberg fand sehr schnell heraus, daß er in London nichts ausrichten konnte und begab sich Ende Januar näher an das Zentrum der Geschehnisse nach Paris.

Der stärkste britische Widerstand gegen das Nachgeben in der Frage der Schwarzen Listen wurde nicht seitens des Foreign Office geleistet, sondern es gab da sogar Stimmen für Zugeständnisse Schweden gegenüber. Vom Foreign Office wurde in einem diesbezüglichen Schreiben an die Admiralität die oben erwähnte, von Branting genannte Befürchtung hervorgehoben, daß ein akuter Kohlenmangel im Lande eine Gefahr für bolschewistische Unruhen bedeuten würde. Gerade zu der Zeit wurde der Spartakusaufstand in Berlin beendet, und dies kann die Beamten des Foreign Office für Brantings Argumente empfänglicher gemacht haben. Jedenfalls hieß es in dem Schreiben an die Admiralität: "Mr. Branting...has always been friendly to this country and should be in a position to know the state of the case." Das Foreign Office schlug vor, daß man so lange, wie es wenig Bunkerkohle gäbe, die Schwarzen Listen offiziell behalten sollte. Aber die örtlichen interalliierten Handelskommissionen sollten bevollmächtigt werden, Ausnahmen zu machen, wenn man es in Hinsicht auf Ladung und "on grounds of general policy in the Baltic to do so" für richtig hielt. Die Frage des Imports schwedischen Holzes nach England könnte durch eine Kohlenexportgebühr gelöst werden, die zum 15. Januar eingeführt werden sollte, ehe Schweden irgendwelche Zugeständnisse bezüglich des Imports deutscher Kohle gemacht worden wären.¹⁴⁾

Die Antwort der Admiralität vom 20. Januar bedeutete eine glatte Absage an das Foreign Office auf dessen Gesuch einer nicht so strikten Behandlung der Schwarzen Listen. Schweden könne ja bei Bedarf die Tonnage anderer neutraler Länder chartern. Die Forderungen von schwedischer Seite seien lediglich darin begründet, daß die Besitzer der Schiffe, die auf den Schwarzen Listen ständen, sich ein ergiebiges Ge-

schäft aus den Händen gleiten sähen. Der Steinkohlemangel in Schweden sei übertrieben worden. ¹⁵⁾ In einer Sondermitteilung erklärte "Ministry of Shipping", derselben Ansicht zu sein. ¹⁶⁾

Zum Zeitpunkt der Absage hatten die Verhandlungen mit der Holzkommission schon stattgefunden, ohne irgendwelche positiven Ergebnisse für die Engländer. Im Foreign Office änderte man jetzt seine Einstellung bezüglich der Schwarzen Listen. Die Gefahr bolschewistischer Unruhen wurde abgeschwächt. Man redete sich ein, Axel Wallenberg hätte Schwedens Kohlenimport nicht durch eine unnachgiebige Haltung in der Holzfrage aufs Spiel gesetzt, wenn er wirklich vor "the Bolshevik bogey" Angst gehabt hätte. "Sweden has been consistently unfriendly throughout the war, unlike her Scandinavian neighbours, and I fail to see why we should make any concessions to her unless we get some quid pro quo or then have some political reason for doing so", erklärte Sir C. Kennard mit der Zustimmung von W. Finlay, dem Vertreter des Ministeriums im Allied Blockade Committee. ¹⁷⁾ Das Ergebnis der internen Diskussionen war ein Memorandum an das Blockadekomitee, in dem man der Auffassung der Admiralität zustimmte. Als Grund gab man außerdem an, daß durch eine Außerkraftsetzung der Schwarzen Listen die Möglichkeiten geringer würden, auf die schwedischen Reeder in der Frage Druck auszuüben, um die teure Miete schwedischer Tonnage loszuwerden. ¹⁸⁾ Dies betraf die Tonnage, die in Übereinstimmung mit dem Tonnagevertrag von 1918 für gewisse Zeit gechartert worden war.

Das Blockadekomitee lehnte am 19. Februar 1919 die schwedische Forderung nach Ausnahmen für die Kohlentransporte aus Deutschland mit Schiffen, die auf der Schwarzen Liste standen, ab. ¹⁹⁾ Vorher war auch der Wunsch, daß die mit Kohle beladenen deutschen Schiffe durchgelassen werden sollten, abgeschlagen worden. ²⁰⁾

Dagegen traten keine Kohlenexportzölle nach Schweden in Kraft. Offenbar hatte Marcus Wallenbergs Hinweis auf den Handelsvertrag Wirkung gehabt. Die Gegensätze zwischen den schwedischen und englischen Interessen in der Holzpreisfrage waren immer noch nicht geklärt. Die britische Regierung ver-

suchte im Frühjahr 1919 ein gemeinsames französisch-englisches Vorgehen zustandezubringen. Die Einkäufe waren gering, und der Markt wurde als flau bezeichnet. 21)

Im März ergriff die Handelskommission eine neue Initiative in der Kohlefrage. In einem Schreiben an den Außenminister wurde der Ernst der Lage beleuchtet. Darum seien besondere Maßnahmen nötig. Der hohe Kohlenpreis würde die Konkurrenzkraft des Landes auf den ausländischen Märkten untergraben. Sowohl in England als auch in Deutschland sei der Binnenkohlepreis bedeutend niedriger als der Exportpreis der jeweiligen Länder. Gewiß könne man sich denken, daß das Preisniveau nach einem Friedensabschluß auf Grund der Konkurrenz zwischen Deutschland und England sinken würde. Aber es gäbe Grund zu befürchten, daß die Preisbildung nicht frei geschehen würde, sondern daß sie englischerseits geregelt würde, indem man z.B. auf die Exportkohle aus Deutschland eine gewisse Gebühr legen würde, die als Reparation an die Entente berechnet würde. Die Handelskommission empfahl deshalb, daß sich Schweden teils auf Grund des Kohlemangels in Europa, tiels auf Grund der Preisbildung in den Vereinigten Staaten eine neue Importquelle schaffen sollte. 22)

Schwedischerseits ergriff man die Initiative, Möglichkeiten eines Imports aus den Vereinigten Staaten zu untersuchen. Das Zoll- und Vertragskomitee gab Axel Wahlberg, der sich im April 1919 im Auftrag des Jernkontoret auf eine dreimonatige Reise in die Vereinigten Staaten machte, die Anweisung, im Auftrag des Komitees die Möglichkeiten zu untersuchen, wie man von dort eine Kohleneinfuhr zustandebringen könne. In seinem Bericht an den Außenminister über das Ergebnis der Reise erklärte Wahlberg, daß die Steinkohleneinfuhr, die Schweden in den letzten Jahren aus Amerika bezogen habe, auf jede Weise weiterhin unterstützt werden sollte. Damit eine Ausweitung des Exports zustandekommen könne, müsse man von Schweden aus jedoch die Möglichkeit haben, irgendein passendes Erzeugnis zu exportieren, um den Kohleschiffen Rückfracht zu ermöglichen. Wahlberg forderte die Regierung auf, in diesem Zusammenhang zu untersuchen, welche Möglichkeiten es gäbe, den Eisenerzexport in die Vereinigten Staaten zu stei-

gern. 23) Die tatsächlichen Möglichkeiten, hier etwas zu erreichen, waren gering, aber die Initiative zeigt, daß man schwedischerseits intensiv nach Auswegen suchte, sich von der großen Abhängigkeit von England, in der sich das Land bezüglich der Kohleversorgung befand, zu befreien.

Diese Abhängigkeit steigerte sich noch mehr, als die interalliierte Kommission der Handelskommission im April 1919 in Stockholm mitteilte, daß Kohle und Koks jetzt auch zu den Gütern gehörten, die vorübergehend nicht aus Deutschland ausgeführt werden dürften. Dieser Umstand wurde sofort an das Außenministerium gemeldet. 24)

Die Wirtschaft hatte unruhig die Entwicklung der Kohlepreiserhöhung beobachtet. Das hatte sich bei einem großen Treffen am 20. Februar 1919 unter der Leitung der Industriekommission deutlich gezeigt. 25) Der Verband der schwedischen Industrie setzte im April 1919 ein Kohlekomitee ein. Im Mai sandte dies eine Kommission, der R.S. Göransson, Ivar Carlsson und Ragnar Blomquist vom Schwedischen Steinkohlenimportverein und Gunnar Carlsson als Vertreter der Reeder angehörten, nach London, um zu versuchen, ein Abkommen mit den Engländern zu treffen. Am 15. Mai wurde eine Sitzung mit Vertretern des Foreign Office, des Coal Mines department im Board of Trade und der Admiralität abgehalten. Auf schwedischer Seite hob man hervor, daß der geltende Kohlepreis die kommerziellen Verbindungen zwischen Schweden und England ernstlich gefährde. Man hoffte deshalb, daß man Schweden dieselben Preise bewilligen würde wie sie die Alliierten erhielten. Die empfindliche Frage des Holzpreises wurde von der Kommission in vorsichtig gewählten Worten vorgetragen. Man wies darauf hin, daß der hohe Kohlepreis auch die Preise dieses Produkts in die Höhe treibe. Der Holzpreis wurde jedoch von den Engländern hauptsächlich als Ergebnis der "artificial raising thereof by the Swedish Timber Association which apparently controlled the monopoly of the Timber trade," gesehen.

Die Engländer versprachen allerdings, die niedrigeren Preise, die zugunsten der Alliierten festgesetzt waren, "in the immediate future" aufzuheben, und man habe gerade beschlossen, daß die Bunkerkohlepreise für britische und andere Schiffe

gleich hoch liegen sollten. Für Exportkohle sollten von der Regierung Mindestpreise festgesetzt werden und in Zukunft sollten alle Schwankungen von den Wirtschaftsbedingungen abhängen.

Von schwedischer Seite wurde dieser neue Bescheid mit Genugtuung aufgenommen.²⁶⁾ Die englischen mündlichen Versprechen hatten aber keinen bindenden Charakter. Die weitere Entwicklung der Kohlefrage sollte auch zeigen, daß sie nur von geringem Wert waren.

Die Befürchtungen, nach dem Krieg würde keine Rückkehr zum freien Welthandel stattfinden, wurden dadurch verstärkt, daß der englische Finanzminister Austen Chamberlain gemäß der Erklärung des Imperial War Cabinets und der Imperial War Conference von 1917 im Haushaltsplan für 1919-1920 Präferenzen zugunsten des Imperiums durchführte, indem man den Staaten des Imperiums eine Herabsetzung der während des Krieges 1915 eingeführten Mc Kenna - Tarifen bewilligte.²⁷⁾

II.3 Skandinavische Zusammenarbeitsbestrebungen zur Sicherung der Kohleversorgung und schwedischer Versuch, 1919 Kohleneinfuhr aus den Vereinigten Staaten zustande zu bringen

Der Versuch, durch einen diskriminierenden Kohlezoll eine Herabsetzung des Holzpreises zu erreichen, stand im Widerspruch zu dem Handels- und Tonnagevertrag Schwedens mit den Alliierten vom Mai 1918. Dieser wurde am 12. Juli 1919 außer Kraft gesetzt. Danach wurden der Handelsaustausch und die Seefahrt durch den Handelsvertrag von 1826 geregelt. Die Aufhebung des Vertrages von 1918 fand auf Wunsch der Alliierten statt.¹⁾ Für die schwedische Regierung müßen die beiden noch unbeantworteten, britischen Noten vom 16. Juli 1918 und die in ihnen von der englischen Regierung erklärte Absicht, Schweden während einer unbestimmten "Übergangsperiode" keine Meistbegünstigung zu gewähren, sehr beunruhigend gewesen sein.²⁾ Die schwedische Regierung beantwortete folgerichtig einen Antrag der Alliierten, indem sie die Kündigung annahm, aber gleichzeitig hervorhob, daß sie schlußfolgerte, es sei die Absicht der Regierungen der Alliierten, den freien

Handel und die freie Schifffahrt wieder herzustellen und daß die Aufhebung des Vertrages für Schwedens Handel und Schifffahrt keine Schwierigkeiten nach sich ziehe. Diese seien ja schon durch den Vertrag von 1918 geschützt gewesen.³⁾

In dieser Lage suchte Schweden Unterstützung durch eine weitere Zusammenarbeit mit den anderen skandinavischen Ländern. Der Weltkrieg hatte eine starke Erweiterung des binnenskanandinavischen Handels zur Folge gehabt.⁴⁾ In der Zeit zwischen dem Waffenstillstand im November 1918 und dem Frieden mit Deutschland waren die skandinavischen Staaten bei den Verhandlungen mit den Alliierten in London gemeinsam aufgetreten und hatten dabei erfolgreich Erleichterungen der Blockadebestimmungen für den binnenskanandinavischen Handel durchsetzen können. Die Aussichten auf drohende wirtschaftliche Blockbildung und handelspolitische Diskriminierung der Neutralen geben auch Anlaß zu fortgesetzter skandinavischer Zusammenarbeit.

Auf einer Ministerkonferenz in Stockholm vom 26. bis 28. Mai 1919 einigten sich die drei Regierungen darüber, auch nach dem Krieg die Zusammenarbeit fortzusetzen.⁵⁾ Zur Zeit der Verhandlungen standen die skandinavischen Staaten unter Druck durch die Forderung der Alliierten, daß die Neutralen im Falle einer Weigerung der Deutschen, die angebotenen Friedensbedingungen anzunehmen, aktiv an der Blockade Deutschlands teilnehmen sollten. Schweden, Dänemark und Norwegen wiesen diese Forderung zurück. Die treibende Kraft bei den Bestrebungen, nach dem Krieg eine skandinavische Zusammenarbeit zustandzubringen, soll Schweden gewesen sein.⁶⁾ Ungefähr zur gleichen Zeit, als man in Schweden das Zoll- und Vertragskomitee einsetzte,⁷⁾ wurden in Dänemark und Norwegen entsprechende Organe gebildet. In allen drei Ländern wurden dort besondere Ausschüsse für die skandinavische handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit eingerichtet.⁸⁾ In allen drei Ausschüssen war die Wirtschaft stark vertreten. Die schwedische Regierung erklärte der dänischen und der norwegischen Regierung, zu Verhandlungen bereit zu sein über "einen endgültigen Plan für eine zukünftige wirtschaftliche und besonders handelspolitische Zusammenarbeit."⁹⁾ Während

eines Gesprächs zwischen dem norwegischen Außenminister und dem deutschen Gesandten, G. von Mutius, in Kristiania, im März 1919 bestätigte der erstere, daß zwischen den Regierungen der drei skandinavischen Länder gewisse handelspolitische Unterredungen stattgefunden hätten und daß die norwegischen Handelsverträge nach dem Krieg nicht erneuert werden sollten bevor man nicht in dieser Frage mit den nordischen Nachbarstaaten Kontakt aufgenommen hätte.¹⁰⁾ Folglich erwartete auch die norwegische Regierung in handelspolitischen Fragen ein gemeinsames skandinavisches Auftreten.

Die erste Sitzung der skandinavischen Ausschüsse fand vom 22. bis 23. Mai 1919 in Stockholm statt, also einige Tage vor der Ministerkonferenz. Der schwedische Ausschuß schlug ein weitgehendes Programm vor mit dem Ziel, gemeinsame Vertragsverhandlungen in bezug auf eine Koordination des Im- und Exports und eine Anpassung an die Zollsysteme der betroffenen Länder zu ermöglichen. Die dänischen und norwegischen Vertreter verhielten sich abwartender, einigten sich jedoch, eine zollpolitische Zusammenarbeit vorzubereiten, indem man beschloß, eine gemeinsame skandinavische Klausel über den Ausschluß anderer Länder von der skandinavischen Meistbegünstigung auszuarbeiten. Sie sollte in die Handelsverträge mit anderen Ländern aufgenommen werden, die eine Meistbegünstigungsklausel enthielten. Diese Maßnahme war die erste Voraussetzung für die Bildung eines nordischen Zollpräferenzsystems.¹¹⁾

Die nordischen Zusammenarbeitsbestrebungen der skandinavischen Ausschüsse des Vertragskomitees scheinen von der englischen Gesandtschaft kaum beachtet worden zu sein. Die Äußerungen betreffs skandinavischer Zusammenarbeit, die in der Öffentlichkeit mehr zutage traten, wurden dagegen genauer beachtet. So wurde der Gründung von "Föreningen Norden" im April 1919 Aufmerksamkeit geschenkt. Sie wurde mit Mißtrauen betrachtet. In einem Bericht an das Foreign Office erklärte Lord Kilmarnock von der Gesandtschaft in Kopenhagen, daß der Verein "as regards its political aspect, is suspect in pro - Entente Danish circles on account of its early association with Swedish activists and Danish pro - Germans." Es sei

klar, meinte Kilmarnock, daß der Verein sein Hauptquartier in Schweden habe "and that its realisation involves Swedish direction of Scandinavian foreign policy."¹²⁾ Die Kommentare des Foreign Office waren nüchterner, Gewiß habe der Krieg eine nahe Zusammenarbeit zwischen Norwegen, Schweden und Dänemark zur Folge gehabt. Politische Zusammenarbeit läge in der Luft. "The Norden Associations were formed to cement this cooperation." Aber die norwegische öffentliche Meinung sei, erklärte C.E. Carnegie, dagegen, und solange in Norwegen eine bürgerliche Regierung an der Macht sei, sei es wenig glaublich, daß ein skandinavischer Block gebildet werden würde.¹³⁾ Auch deutscherseits betrachtete man die Gründung von "Föreningen Norden" als ein politisches Ereignis. Die deutsche Gesandtschaft in Kristiania schrieb in einem Bericht an das Auswärtige Amt, die Gründung in Norwegen finde von Seiten der Kreise statt, die fürchteten, daß die ententefreundlichen Kreise der norwegischen Wirtschaft - vor allem die Reeder - einen allzu großen Einfluß bekommen könnten. Sie wollten durch den Verein und die skandinavische Zusammenarbeit eine Art Gleichgewicht herstellen. Es sei von Interesse für Deutschland, diese Arbeit zu unterstützen.¹⁴⁾ Die skandinavische Ministerkonferenz im Mai 1919 in Stockholm weckte auch ein großes englisches Interesse. Man befürchtete, daß sich die norwegische Regierung immer mehr in eine Zusammenarbeit mit Dänemark und Schweden verwickeln würde und auf jeder Ministerkonferenz etwas mehr von ihrer Bewegungsfreiheit verlieren würde.¹⁵⁾

Im Frühjahr 1918, als Deutschlands Stellung in Nordeuropa am stärksten war, hatte England die skandinavische Zusammenarbeit als etwas Positives betrachtet, während sie aus Deutschlands Sicht eine Gefahr bedeutete. Jetzt waren die Machtverhältnisse verändert und somit auch die Auffassungen über die skandinavische Zusammenarbeit.

Kurz nachdem der Frieden in Versailles geschlossen worden war, fand ein neues Treffen der Vertreter der skandinavischen Ausschüsse des Zoll- und Vertragskomitees statt, diesmal vom 4. bis 5. Juli 1919 in Kopenhagen.¹⁶⁾ Man diskutierte weiter über die skandinavischen Zollpräferenzen und beschloß, die

Möglichkeiten zu untersuchen, die es gab, um die Bestimmungen für Immobilienbesitz, das Recht, Gewerbe zu betreiben, Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft zu sein usw. für die Länder gemeinsam festzulegen.

Aber die brennendste Frage, war die der Kohle, Die skandinavischen Länder waren alle außerordentlich abhängig von dem britischen Kohlenexport. Nach dem Frieden sollten wieder die Handelsverträge von vor dem Kriege in Kraft treten. Die drei Länder hatten 1918 von der englischen Regierung ungefähr gleichlautende Noten darüber erhalten, nämlich daß diese für eine Übergangsperiode nach dem Krieg nicht vorhabe, die Meistbegünstigung zu verwenden. Der schwedische Ausschuß verlangte, die Konferenz solle die Kohlenversorgungsfrage behandeln, was unmittelbaren Beifall fand. Zur Zeit der Konferenz wurden vom britischen "Controller of Coal Mines" vier verschiedene Preislisten verwandt, die die Preise zum Vorteil des englischen Binnenmarktes und zum Nachteil der skandinavischen Länder differenzierten. Es handelte sich, wie oben erwähnt, um keine geringen Summen. Nach Berechnungen des schwedischen Zoll- und Vertragskomitees betrug der Unterschied zwischen den englischen Binnenmarktpreisen und dem, den Schweden in einem Jahr bezahlen mußte, rund 200 Mio. Kronen (fob). Hinter dem Entschluß des schwedischen Ausschusses, dem skandinavischen Forum diese Frage vorzulegen, stand die Unruhe schwedischer Wirtschaftskreise über die verschlechterte Konkurrenzkraft auf Grund des hohen Energiepreises. Man glaubte nicht, daß sich schwedische Vergeltungsmaßnahmen als wirksam erweisen würden. Solche hatten sich schon während des Krieges als verfehlt erwiesen. Der schwedische Vorsitzende K.A. Fryxell schlug stattdessen vor, daß die drei skandinavischen Länder Untersuchungen über die Bedeutung der Kohlepreisdifferenzierung für die entsprechende Wirtschaft anstellen sollten. Man sollte sich dabei besonders für solche Industrien interessieren, die Erzeugnisse nach England lieferten und beleuchten, wie diese durch den Kohlepreis verteuert würden. Danach sollte man in London gemeinsam oder jedenfalls gleichzeitig eine diplomatische Aktion durchführen. Der Vorsitzende des dänischen Ausschusses, Julius Clan, der Leiter der Handelsabteilung des dänischen Außenministeriums, stimmte

Fryxells Vorschlag zu. Alexander Foss, ein bekannter dänischer Großunternehmer und der Vorsitzende des Verbandes der dänischen Industrie (Industrirådet), ¹⁷⁾ schloß sich nicht nur der Forderung nach einer Regierungsaktion an, sondern wollte auch noch die Rivalität zwischen Siegern und Besiegten um die skandinavischen Märkte ausnutzen. Man müsse den Engländern die Gefahr vor Augen führen, daß die hohen englischen Kohlepreise die Zentralmächte begünstigten, weil diese dadurch den skandinavischen Ländern gegenüber konkurrenzfähiger würden. Außerdem solle man Pressekampagnen führen "dagegen, daß wir an England Steuern zahlen oder daß die englische Industrie begünstigt wird und beschäftigt ist, während die unsere stillsteht."

Zum schwedischen Ausschuß gehörte auch der Vorsitzende des Steuerausschusses des Reichstags Erik Røing. Er meinte, es stehe schlechter um die Kohlefrage als die vorherigen Sprecher behauptet hätten. Englands Versuch, die Kohle als Mittel zur Schwächung der schwedischen Industrie im Konkurrenzkampf zu mißbrauchen, sei die zentrale Frage. Bezeichnend dafür, wie ernst dieser von den Vorteilen des Freihandels so überzeugte Großhändler aus Göteborg die Lage beurteilte, ist die Tatsache, daß er von Zöllen als einziger Schutzmaßnahme sprach. "Aber", erklärte er: "das bedeutet beinahe dasselbe wie ein Handelskrieg," und der sollte doch vermieden werden. Der Reeder Dan Broström war der Auffassung, daß ein gemeinsames Auftreten gewiß von Vorteil sein könnte, daß man aber auf dem Verhandlungswege nicht besonders weit kommen könnte. England würde versuchen, so viel wie möglich herauszuholen mit seiner Kohlenausfuhr in die neutralen Länder. Man müsse aber auf alle Fälle dafür sorgen, anderen Ländern gleichgestellt zu werden. Hilfe gegen Englands hohe Kohlepreise könnte aus den Vereinigten Staaten kommen. Wenn man die Frachtsätze drücken könne, könne man auf England wirklich Druck ausüben. Broström meinte, es dürfte nicht mehr viele Monate dauern, bis dies eintrete.

Norwegischerseits war man zurückhaltender. Dort stellte man jedoch in Frage, ob England von verschiedenen Ländern für seinen Export unterschiedliche Preise verlangen könne, ohne

daß dies als eine unfreundliche Handlungsweise betrachtet werden müßte. Dadurch kam man bei den Diskussionen auf die beiden britischen Noten vom Juli 1918 zu sprechen. Clan wollte wissen, ob die Zeit jetzt nicht reif sei, diese zu beantworten. Während des Krieges hätte man sich mit solch einer Behandlung abfinden können, aber jetzt dürfe man sich das nicht mehr gefallen lassen. Fryxell war gleicher Meinung, aber der norwegische Vorsitzende, Einar Maseng, vom norwegischen Außenministerium meinte: "bisher haben alle neutralen Staaten beschlossen, nicht zu antworten." In dieser Frage ließ sich keine Einigkeit finden.

Das Ergebnis der Konferenz war mager, besonders wenn man es mit den scharfen Äußerungen vergleicht, die während der Diskussionen gemacht worden waren. Man war sich einig darüber, daß es undenkbar sei, Vergeltungsmaßnahmen gegen England zu ergreifen. Jedes der Länder sollte eine Untersuchung in der Kohlefrage durchführen. Ein Beschluß, Anträge auf eine diplomatische Aktion von seiten der Regierungen zu stellen, wurde nicht gefaßt. Es wurden auch keine Richtlinien dafür festgelegt, wie die besprochene Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Presse gehandhabt werden sollte.

In Schweden schlug Fryxell, nachdem er über die Diskussionen in Kopenhagen berichtet hatte, dem Vertragsausschuß vor, dieser solle aus Anlaß der beiden britischen Noten vom 16. Juli 1918 eine Erklärung abgeben.¹⁸⁾ Diese Initiative stand im Einklang mit der Ansicht, die er in Kopenhagen vertreten hatte, als er die Zeit für reif hielt für eine Antwort. Im Vertragsausschuß wurde die Frage bis zum 13. September 1919 vertagt.

Dann beschloß man, die Ansicht des Ausschusses über den Inhalt der Noten und über die Beantwortung in einem besonderen Promemoria dem Außenministerium mitzuteilen. Es dauerte jedoch bis zum 16. Oktober, bevor die Denkschrift überreicht wurde. Der Ausschuß erklärte, die zwei britischen Noten seien von größtem Interesse. "Sie sind den Neutralen gegenüber der erschöpfendste und maßgebendste Bescheid, der überhaupt offiziell von seiten der Entente abgegeben worden ist, was die handelspolitischen Pläne für die nächste Zeit betrifft."

Ihre Bedeutung wurde größer "durch die Tatsache, daß England ... wenigstens unter den europäischen Ententemächten in der Handelspolitik als der maßgebende Faktor betrachtet werden müßte."

Der Ton der Erklärung ist auffallend vorsichtig. Man hielt sich dabei auf, daß England offenbar vorhabe, den Neutralen nach einer Übergangszeit die Meistbegünstigung in Übereinstimmung mit den Handelsverträgen wiederzugewähren. Aber, so erklärte der Ausschuß, die britische Auslegung des Handelsvertrags "muß die größten Bedenken hervorrufen." Die Auffassung, die man im Juli gehabt hatte, daß nämlich die Zeit für eine gemeinsame skandinavische Aktion gekommen sei, hatte man jedoch geändert. Es sei unüberlegt, hieß es, die Frage anzuschneiden, ehe es sich gezeigt habe, daß die angekündigten Maßnahmen wirklich praktisch durchführbar seien. Man habe günstige Zeichen wahrgenommen, die auf eine Entwicklung in diese Richtung schließen ließen. Die schwedische Regierung sollte deswegen abwarten, wie sich die weitere englische Handelspolitik entwickeln würde.¹⁹⁾

Die vorsichtige Haltung des Vertragsausschusses war eine realistische Anpassung an die für Schweden auf verschiedene Weise äußerst schwierige Situation.

Die Kohleversorgung hatte sich schon vorher als die Achillesferse der schwedischen Wirtschaft gezeigt. Die Abhängigkeit von England war somit zu dieser Zeit so gut wie vollständig. Sie blieb so.

Im Laufe des Sommers war das Sankey-Komitee mit seinen Berichten fertig geworden. Seine Mehrheit schlug der englischen Regierung vor, die Kohlenbergwerke zu sozialisieren. Der Vorschlag wurde zurückgewiesen aber die Kontrolle aufrechterhalten.²⁰⁾ Somit konnte die Exportmenge weiterhin durch die Regierung geregelt werden und die Unterschiede zwischen Export- und Inlandspreisen erhalten bleiben. Die Subvention der britischen Industrie durch das Ausland hielt also an.

Während des Krieges hatten die neutralen Staaten erfahren müssen, welch große Bedeutung für ihre Seefahrt die englische Kontrolle über die Bunkerstationen hatten.²¹⁾ Bei der Pla-

nung für die Nachkriegszeit rechneten gewisse Kreise in England damit, die Bunkerstationen für eine fortgesetzte Kontrolle der neutralen Schifffahrt auszunützen.²²⁾ Nach dem Frieden dauerte es auch nicht lange bis Versuche in dieser Richtung unternommen wurden.

Schon am 7. August 1919 wurden von der englischen Regierung in London Bestimmungen erlassen, daß Auslieferung von Bunkerkohle an schwedische Schiffe nicht vorkommen dürfe, wenn nicht vorher mit dem "Central Chartering Bureau of Timber Federation" ein Abkommen über Rückfracht nach England in Form von Holzladungen zu gewissen, von den Behörden festgesetzten Frachtsätzen, getroffen worden sei.²³⁾ Die Verordnung traf vor allem die Kohleverschiffung aus England. Einige Reeder erkannten jedoch die Bedingungen an. Nachdem das Außenministerium über die Sachlage unterrichtet worden war, reagierte es schnell. Man nahm sofort Kontakt mit den Außenministerien in Kopenhagen und Kristiania auf, um eine gemeinsame Demarche in London zustandzubringen. Der Versuch, sich innerhalb der skandinavischen Länder dazu zu einigen, scheiterte.

Die Gesandtschaft in London wurde dann am 13. August angewiesen, zu verlangen, daß die Maßnahmen nicht auf schwedische Schiffe angewandt werden dürften. Etwa 30 schwedische Schiffe wurden in englischen Häfen festgehalten. Der Gesandtschaft wurde auferlegt, der englischen Regierung mitzuteilen, daß die schwedische Regierung den Alliierten, als sie deren Kündigung des Handels- und Tonnagevertrags vom 29. Mai 1918 annahm, klargemacht habe, daß man die Kündigung nur unter der Voraussetzung anerkenne, daß die Regierungen der Alliierten die Absicht hätten, den freien Handel und die freie Schifffahrt wieder herzustellen. Für Schweden bedeute das, daß nur Einschränkungen anerkannt werden könnten, die im Handelsvertrag von 1826 vorgesehen waren. Die von der englischen Regierung ergriffenen Maßnahmen lagen im Widerstreit zu den Meistbegünstigungsbestimmungen dieses Vertrages. Wenn die britische Regierung dann auf die zwei Noten vom 16. Juli 1918 hinweisen würde, sollte ihr mitgeteilt werden, daß die schwedische Regierung, die darin vorgebrachte Auslegung nie anerkannt habe.

Es zeigte sich aber, daß der Versuch der schwedischen Regierung, Schwedens Recht auf Meistbegünstigung zu behaupten, kaum Eindruck machte. Ein zweiter Versuch, eine gemeinsame skandinavische Demarche zustandezubringen scheiterte an der Weigerung der Norweger, sich daran zu beteiligen. Am 26. August 1919 wurden die betroffenen schwedischen Reeder zu einer Konferenz mit der Regierung zusammengerufen. Sowohl Edén als auch Hellner nahmen daran teil, der letztere als Vorsitzender. Die Konferenz beschloß auf gewisse Bedingungen hin, den britischen Forderungen nachzugeben. Deren Höhe geht daraus hervor, daß man von keinem der Reeder erwartete, mit weniger als einem Drittel seiner Nordseetonnage teilzunehmen. Die schwedischen Bedingungen wurden der Gesandtschaft in London mitgeteilt, und die Verhandlungen erwiesen sich als zäh.

Anfang September konferierte der schwedische Außenminister mit den Kohlenimporteuren über die Lage. Hellner informierte die Presse, die Lager seien sehr klein, und in Wirtschaftskreisen sähe man mit großer Sorge in die Zukunft. Von Deutschland sei unmöglich Hilfe zu erhalten. Kohle aus den Vereinigten Staaten einzuführen, sei heikel. Die Importeure fürchteten teils unterschiedliche Frachtsätze, teils eine plötzliche Freigabe der Ausfuhr aus England. Mithin würden sie große Verluste erleiden, wenn sie durch langfristige amerikanischen Verträge gebunden wären.²⁴⁾ Die Presseinformation läßt darauf schließen, daß die Führung der schwedischen Außenpolitik die Öffentlichkeit auf Zugeständnisse England gegenüber vorbereiten wollte.

Am 12. September berichtete der englische Handelsattaché Patrick Ramsay nach London, die schwedische Regierung verhandle laut "Svensk Handelstidning" mit den Kohlenimporteuren über die Möglichkeit, amerikanische Kohle einzuführen. Das Foreign Office hielt aber die Möglichkeiten Schwedens, Kohle von der anderen Seite des Atlantiks zu bekommen, für gering.²⁵⁾ Am gleichen Tag teilte der schwedische Geschäftsführer in London, Baron Alströmer, mit, die Frist für einen englischen Gegenvorschlag liefе am nächsten Tag ab. Er bat um eine unmittelbare Bevollmächtigung, unter den vorliegenden Voraussetzungen einen Vertrag abschließen zu dürfen. "Wenn

kein Vertrag zustandekommt, wird sowohl der ganze Kohlenexport nach Schweden, als auch die Auslieferung von Bunkerkohle an schwedische Schiffe in England, Frankreich und wahrscheinlich auch in Belgien verhindert werden," erklärte er. Nachdem man die Mitteilung erhalten hatte, daß die dänische Regierung den britischen Forderungen nachgegeben habe, kapitulierte die schwedische Regierung am 13. September ebenfalls. Dies wurde dem Foreign Office am gleichen Tag mitgeteilt. Am 16. September wurde ein Abkommen getroffen. Der Vertrag besagte, daß Schweden gezwungen wurde, England für seine Holztransporte eine Tonnage von rund 200 000 dwt zur Verfügung zu stellen. Die Frachtsätze wurden im Vertrag festgelegt und lagen unter dem Marktpreis. Außerdem mußte sich Schweden verpflichten, daß ein Teil der Transporte für finnisches Holz reserviert wurde, also für einen der größten Konkurrenten.²⁶⁾

Die Kritik der Wirtschaftskreise gegen den Vertrag war sehr hart. "Die Reichweite dieser Bestimmungen ist unmittelbar ersichtlich, wenn man bedenkt, daß auf diese Weise all unsere im Augenblick zur Verfügung stehende Tonnage beschlagnahmt wird," erklärte "Svensk Handelstidning", die sich auch Gedanken machte, wie Schweden in diesem Falle für seinen eigenen Zelluloseexport Tonnage finden könnte. Man beklagte, daß Schweden "zu einer solchen Aufgabe seiner wirtschaftlichen und politischen Integrität" gezwungen werden sollte und fragte sich, ob "die skandinavischen Länder einig und stark genug aufgetreten sind." Gleichzeitig vermißte man in dem vom Außenministerium veröffentlichten Kommuniqué über den Vertrag jegliche Andeutung englischer Kohlelieferungen als Gegenleistung.²⁷⁾ Das war eine völlig berechnete Feststellung. England brauchte auf Grund seiner Überlegenheit, die es durch die Kontrolle über die Bunkerkohle und den Kohlenexport hatte, keine Zugeständnisse zu machen.

Der schwedischen Regierung blieb nichts anderes übrig, als ihre Zugeständnisse als Ausnahmeerscheinung hinzustellen. In einer Note, die der englischen Regierung im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages überreicht wurde, erklärte die schwedische Regierung: "... Da die schwedische Regierung

also mit Rücksicht auf Englands dringendliches Interesse versucht hat, durch den Vertrag zu einem Abkommen beizutragen, bedeutet dies jedoch nicht, daß die Regierung ihre anfänglich klargemachte Auffassung nicht dahingehend geändert hat, daß die in Frage kommenden Beschränkungen nicht mit dem zwischen Schweden und England geltenden Handels- und Seefahrtsvertrag vom 18. März 1826 übereinstimmen, wobei sich die Regierung besonders auf den Artikel 9 des Vertrages beruft. Diese Auffassung will die Regierung vielmehr immer noch geltend machen, und die Regierung kommt deshalb auf die von der englischen Regierung im Vertrag gegebene Erklärung zurück, daß in Zukunft keine ähnlichen Beschränkungen mehr vorkommen sollen, die ein Eingreifen in das vertragsmäßige Recht bedeuten, wie z.B. die Meistbegünstigung.²⁸⁾

Der geheime Ausschuß des schwedischen Reichstags behandelte den Bunkerkohlevertrag mit England am 23. September. Die Kritik der Rechten an der Handlungsweise der Regierung war mild. Ernst Trygger beschränkte sich darauf, kritische Gesichtspunkte anzuführen, weil sich die schwedische Regierung verpflichtet habe, schwedische Tonnage zum Transport finnischen Holzes bereitzustellen. Man war sich sicherlich auch bei der politischen Rechten im klaren darüber, daß Schweden keine andere Wahl gehabt hatte. England beherrschte die Seefahrt und den Kohlemarkt. Die schwedische Regierung hatte sich einfach danach zu richten.²⁹⁾

Der schwedische Versuch, die Meistbegünstigung beizubehalten, mußte unter dem starken englischen Druck aufgegeben werden. Außerdem hatte die Krise gezeigt, wie schwer es war, die skandinavischen Staaten zu gemeinsamem Handeln zu bringen. In Hinsicht auf diese Erfahrung war es kaum zu erwarten, daß die schwedische Regierung mit der englischen sofort Diskussionen über die Bedeutung der zwei britischen Noten einleiten würde. Sie machte stattdessen große Anstrengungen, eine kräftige Steigerung der Kohleneinfuhr aus den Vereinigten Staaten zustandezubringen. Die Voraussetzungen waren nicht besonders günstig, vor allem auf Grund der hohen Frachtsätze. Die Weltkonjunktur war gut, und die Industrieländer hatten einen dringenden Bedarf an Kohle.

Nach dem Abschluß des schwedisch-britischen Tonnagevertrages setzte die schwedische Regierung unmittelbar die Kohlenimporteure des Landes unter Druck, um einen gesteigerten Import aus den Vereinigten Staaten zustandezubringen. Auf einer Sitzung mit Vertretern des Vereins der Kohlenimporteure am 16. September drohte Hellner, ein Kohlemonopol seitens der Regierung einzuführen, wenn sich die Importeure nicht zusammenschließen würden, um monatlich 50 000 Tonnen Kohle aus den Vereinigten Staaten zu beziehen. Man versprach das zu tun, wenn die Tonnage dafür angeschafft werden könnte. Hellner seinerseits verpflichtete sich, mit dem Reederverband über Tonnage für Transporte nach Amerika zu Höchstfrachtsätzen zu verhandeln.³⁰⁾

Die englische Gesandtschaft in Stockholm berichtete dem Foreign Office fortwährend über die Entwicklung der schwedisch-amerikanischen Kontakte in der Kohlefrage. Dort beurteilte man weiterhin die Aussichten der Schweden, aus den Vereinigten Staaten größere Mengen Kohle bekommen zu können, als gering. Während des Herbstes konnte man keine Zunahme der amerikanischen Konkurrenz bemerken.³¹⁾ Es ist interessant festzustellen, daß der englische "Coal Adviser" der Gesandtschaft in Stockholm, A.S. Foxall, vorschlug, die britische Regierung solle bei der Lizenzvergabe die "loyalen" schwedischen Unternehmen begünstigen, d.h. die, die während des Krieges nicht auf der Schwarzen Liste standen, "especially as many of the others are turning their attention to America."³²⁾ Auch Patrik Ramsay schlug im Zusammenhang mit der Übersendung einer Liste schwedischer Kohlenimporteure, die versuchten, Kohle aus Amerika zu bekommen, nach London vor, "that this be born in mind in connection with applications which may be made by the firms in question for licences for British coal."³³⁾

Um die Möglichkeiten eines größeren Kohlenimports aus den Vereinigten Staaten zu untersuchen, schickte der Verein schwedischer Steinkohlenimporteure Ende September zwei Delegierte, W. Beyer und Th. Alpen, nach Amerika.³⁴⁾ Die schwedischen Staatsbahnen sandten etwas später auch einen Vertreter. Einige Verträge, u.a. für die schwedischen Staatsbahnen waren das Ergebnis dieser Anstrengungen. Aber die Fracht-

sätze lagen hoch, und die Produktion in den Vereinigten Staaten wurde durch Streiks gestört.³⁵⁾ So blieb die Menge eingeführter amerikanischer Kohle gering. Der Versuch, das englische Monopol zu brechen, zeigte sich im Jahr 1919 wenig erfolgreich.

II.4 Die englische Vormachtstellung in der Ostsee wird 1919 ausgebaut

Englands schroffe Handelspolitik Skandinavien gegenüber wurde durch seine Machtpolitik im Ostseegebiet ergänzt. Im Herbst 1919 spitzte sich dort die Lage zu. Der russische Bürgerkrieg hatte die Alliierten dazu veranlaßt, als eine Hilfe für die Weißen die sowjetrussische Küste nach dem Waffenstillstand unter Blockade zu setzen. Als der Versailler Frieden geschlossen worden war, gab es für die neutralen Regierungen keinen rechtlichen Grund mehr, ihre Bürger daran zu hindern, mit Rußland Handel zu treiben.¹⁾ Am 19. Juli hatte die britische Admiralität die englische Ostseeflotte angewiesen "Swedish or other vessels bound for Bolshevist Ports giving danger from mines as reason for such action," anzuhalten.²⁾ Aber offiziell war keine Blockade verhängt worden. Ein Grund dafür war der amerikanische Widerstand dagegen.³⁾ Ein schwedisches Schiff, die Eskilstuna III, mit einer Leinenfracht auf dem Weg nach Petrograd, wurde von den Engländern aufgebracht.⁴⁾ Finnische Schiffe brachten fünf andere auf.⁵⁾ Die Eskilstuna III wurde von der britischen Prisenbesatzung auf Grund gesetzt, und es entstand einiger Sachschaden. Die Angelegenheit hatte einen langen Notenwechsel zwischen der schwedischen und der englischen Regierung über die schwedischen Schadensersatzansprüche zur Folge.⁶⁾

Die neutralen Regierungen versuchten energisch, in London Auskunft darüber zu erhalten, wie man dort die Blockadefrage lösen wollte. Schließlich erhielten sie und Deutschland am 8. Oktober 1919 eine Note des Obersten Rates der Alliierten in Paris, worin sie aufgefordert wurden, keine Schiffspapire für Schiffe mit Bestimmungshäfen in sowjetischen Gebieten auszustellen. Auch die Post-, Telegraphen- und Bankverbindungen mit Sowjetrußland sollten abgebrochen werden.⁷⁾ Die

Situation der schwedischen Regierung war recht schwierig. Kurz nachdem man die Aufforderung zur Teilnahme an der Blockade erhalten hatte, bekam die Regierung eine telegraphische Note der Sowjetregierung, in der Schweden vor einer Teilnahme an der Blockade gewarnt wurde.⁸⁾ Eine schwedische Teilnahme konnte als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes betrachtet werden und als Aufgabe der Neutralitätspolitik.

Außerdem befand sich die Frage über die nationale Zugehörigkeit der Ålandinseln in einem kritischen Stadium. Die schwedischen Versuche, diese vor die Friedenskonferenz zu bringen, schienen ergebnislos zu bleiben.⁹⁾ Der dänische Gesandte in Stockholm berichtete nach Kopenhagen, die schwedische Regierung sei beunruhigt darüber, daß die Alliierten das schwedische Interesse an Åland, als Repressalie gegen Schweden in bezug auf die Blockade gebrauchen wollten.¹⁰⁾ Diese Befürchtung war nicht unbegründet. Sir E. Crowe teilte am 15. Oktober dem Foreign Office mit, Clemenceau habe die Absicht gehabt, die Frage an die "Commission on Baltic Affairs" weiterzuleiten. Aber als sie im Obersten Rat der Alliierten behandelt worden sei, habe man sich der Forderung nach Teilnahme an der Blockade gegen Sowjetrußland erinnert. Man sei sich in keiner Weise im klaren gewesen, wie die Schweden reagieren würden, und "It was felt that it might be well first to see what attitude Sweden would take up towards the Allied and Associated Powers in this matter before rendering her the service of settling the Åland Island dispute."¹¹⁾

Daß die Alliierten die Ålandfrage ausnützten, um Druck auszuüben, zeigt die Erörterung zur Frage der Blockade im geheimen Ausschuß am 13. Oktober, als dessen Mitglieder über die Noten in dieser Angelegenheit informiert wurden. Während des Vortrags teilte Hellner mit, der französische Gesandte in Stockholm habe angegeben, der Widerstand Englands und Amerikas gegen die Behandlung der Ålandfrage auf der Friedenskonferenz würde "... aufgegeben, wenn eine günstige Antwort auf den Antrag auf die Blockade Sowjetrußlands eintreffe." Laut Hellner bedeuteten die Forderungen der Alliierten keine größeren Änderungen in Hinblick auf die tatsächlich schon

existierenden Verhältnisse. Dies bestritt Branting, der meinte, die Alliierten forderten doch eine direkte Teilnahme an der Blockade, was bedeute, daß Schweden seine neutrale Haltung Sowjetrußland gegenüber aufgeben würde. "Der Oberste Rat der Alliierten handelt so, als ob der Völkerbund schon eingerichtet wäre. Man befiehlt uns auf eine Art und Weise mitzumachen, die als nicht neutral bezeichnet werden kann." Die Verknüpfung der Ålandfrage mit der Blockade Sowjetrußlands fand Branting "ausgesprochen widerlich". Trygger bezeichnete die Verknüpfung auch als "äußerst unpassend" und meinte, Schweden solle seine Neutralität nicht aufgeben. Aber Schwedens eventuelle Blockademaßnahmen könnten als Vergeltungsmaßnahmen wegen der sowjetischen Übergriffe an schwedischen Bürgern bezeichnet werden.¹²⁾

Die schwedische Regierung behandelte die Forderung der Alliierten vorsichtig. Man wich einem offiziellen Anschluß an die Blockadepolitik aus. Stattdessen nahm die Regierung unter der Hand Kontakt mit der Wirtschaft auf - in diesem Fall mit dem Verein schwedischer Banken (Svenska Bankföreningen) - um einen eventuellen Handelsaustausch mit Rußland zu verhindern.¹³⁾ Hellner verlangte in einem Brief vom 20. Oktober an den Verein, man solle seinen Mitgliedern eine Versicherung abfordern, keine Geschäfte mit "dem bolschewistischen Rußland" zu machen. Der Außenminister wählte einen solchen nicht offiziellen Antrag, obwohl es "kaum in den Rahmen der Kompetenz der Regierung paßt, schwedischen Banken zu verbieten, in Friedenszeiten mit irgendeinem besonderen Land Geschäfte abzuschließen." Der Verein kam Hellner in der Sache entgegen.¹⁴⁾

Die Frage veranlaßte die Einberufung einer geheimen Reichstagssitzung am 23. Oktober 1919, auf der über die Noten der Alliierten informiert und diskutiert wurde. Seitens der Linkssozialisten war die Kritik an den Alliierten natürlich besonders bitter. Fabian Månsson erklärte "die Allianz der Entente für schlimmer als die Heilige Allianz." Branting wiederholte seine Kritik von der Sitzung beim geheimen Ausschuß, war dabei aber etwas vorsichtiger. Die Entente versuche die Neutralen bloßzustellen. Es sei empörend, daß die Länder, die nicht am Krieg beteiligt gewesen seien, gezwungen werden

sollten, Maßnahmen zu ergreifen, die sie selbst nicht hätten ergreifen wollen. Aber Schweden könnte trotzdem gezwungen werden, sich hinter die Blockadenpolitik zu stellen. Frühere Versuche, wie Branting sich ausdrückte, "Halsstarrigkeitspolitik" zu betreiben, seien nicht glücklich verlaufen. Trygger wiederholte, es sei kränkend, Befehlen der Entente gehorchen zu müssen. Aber es sei doch natürlich, daß Schweden die schlechte Behandlung seiner Landsleute in Rußland durch die Bolschewisten mit den Maßnahmen erwidere, die die Alliierten in ihrer Note vom 8. Oktober forderten.¹⁵⁾ Der von der Regierung ausgearbeitete Vorschlag zur Beantwortung der Note der Alliierten wurde auf einer erneuten Sitzung des geheimen Ausschusses am 30. Oktober behandelt. Eine durchgreifende Änderung des von der Regierung ausgearbeiteten Vorschlags wurde nicht vorgenommen, sondern man war sich darüber einig, daß man der Entente entgegenkommen mußte.¹⁶⁾ Die empfindliche Lage, in der sich die Ålandfrage befand, trug wahrscheinlich zu dieser Haltung bei.

Man beschloß also, sich der Blockade offiziell nicht anzuschließen, sie de facto aber durchzuführen. Aber gleichzeitig war die schwedische Regierung darauf bedacht, im Kampf um die russischen Märkte, den man nach einer Stabilisierung der russischen Verhältnisse erwartete, nicht in eine ungünstige Stellung zu geraten. In einer Demarche, die mit der Antwort auf die Note vom 8. Oktober überreicht wurde, erklärte die schwedische Regierung ihre Haltung bezüglich der Blockade "aus Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen des Landes" davon abhängig zu machen, wie in der Folge die anderen Länder die Blockade aufrechterhielten.¹⁷⁾

Die schwedische außenpolitische Lage im Herbst 1919 wurde auch durch die Entwicklung in Kurland und Livland erschwert. Große Teile des dortigen deutschen Freikorps weigerten sich, der Aufforderung der Alliierten nachzukommen, das Land zu räumen.¹⁸⁾ Im Oktober ergriffen die Alliierten Sanktionen. Am 10. Oktober wurde die deutsche Ostseeküste abgeriegelt. Am 16. teilte das Außenministerium dem Zoll- und Vertragskomitee mit, die Gesandtschaft in Berlin habe die in der Presse vorkommenden Nachrichten über die Blockade bestätigt.¹⁹⁾

Diese betrafen deutsche Schiffe, beinhalten aber auch eine Bedrohung des schwedischen Handels mit Deutschland, u.a. des Teils des Erztransports, der über die schwedischen Ostseehäfen lief. Die Blockade zog sich in die Länge und scheint dem Handel großen Schaden zugefügt zu haben. In einer Anfrage im deutschen Reichstag wurde behauptet, daß es beinahe unmöglich sei, von den Alliierten für deutsche Schiffe Freifahrt ausweise zu erhalten.²⁰⁾ Auf eine Frage, die das Auswärtige Amt aus Anlaß dieser Interpellation stellte, antwortete die deutsche Admiralität, die Alliierten ließen Lebensmitteltransporte durch und bewilligten 50 bis 60% der übrigen Gesuche, Eisenerz ausgenommen. Dafür verweigerte man nicht nur die Zulassungsbewilligung, sondern seit Mitte November beantwortete man die Gesuche überhaupt nicht mehr. Nach Meinung der Admiralität zeigte diese Tatsache, daß es nicht das Ziel der Blockade an der deutschen Küste sei, die Ereignisse im Baltikum zu beeinflussen. In Wirklichkeit wollten die Alliierten der deutschen Schwerindustrie beikommen.²¹⁾ So unterschiedlich waren die Beweggründe vielleicht doch nicht. Nach englischer Auffassung hatte die deutsche Schwerindustrie General von der Glotz in seinem Versuch, den deutschen Einfluß in Osteuropa wiederherzustellen, mit Geldmitteln unterstützt. Unter den Firmen, die in diesem Zusammenhang genannt wurden, befand sich auch Krupp.²²⁾ Das steigende deutsche Interesse an Rußland hatte auch eine wirtschaftliche Perspektive.²³⁾

Für das neutrale Schweden, das in Ententekreisen den Ruf hatte, während des Krieges deutschfreundlich gewesen zu sein, war es nicht leicht, irgendwelche vertragsmäßigen Rechte zu behaupten, die nicht in Einklang standen mit den Interessen Großbritanniens, das nach dem Krieg mächtiger schien als je zuvor und das mit seiner Flotte die Ostsee beherrschte. Ausserdem waren die Versuche, eine skandinavische Zusammenarbeit in der Tonnagefrage zustandezubringen, mißlungen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß der schwedische Außenminister, den Empfehlungen des Zoll- und Vertragskomitees folgend, beschloß, die beiden britischen Noten vom Juli 1918 nicht ans Licht zu ziehen. Der Gesandtschaft in London wurde aufgetragen, die englische Entwicklung bezüglich der Handelsfreiheit

genau zu verfolgen. Die pragmatische Einstellung zu den Problemen, die während des Krieges die Außenpolitik der Regierung Edén ausgezeichnet hatte, wurde auch nach dem Krieg fortgesetzt. Die schwedische Regierung klammerte sich nicht an den an und für sich wohlbegründeten Rechtsstandpunkt, sondern richtete ihre Politik nach den gegebenen Machtverhältnissen in der Überzeugung, daß sich "Halsstarrigkeitspolitik" nicht lohnen würde.

Die Anpassung an die Politik der Alliierten, vor allem an die der Engländer, wurde der wichtigste Eckpfeiler der schwedischen Außenpolitik, während man jedoch gleichzeitig auf geeignete Weise versuchte, Auswege zur Verminderung der Abhängigkeit zu finden.

II.5 Die weitere Entwicklung in der Kohlefrage im Frühjahr und Sommer 1920

Die Regierung Lloyd George setzte im Herbst 1919 ihre protektionistische Politik fort, indem sie dem Parlament eine "Imports and Exports Regulation Bill" vorlegte. Diese enthielt umfangreiche Vorschläge zu Maßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz durch Dumping, Valutadumping und in den wichtigsten Teilen Verordnungen zum Schutz der sog. Schlüsselindustrien (key industries). Diese galten besonders den während des Krieges gestarteten Industrien, die Erzeugnisse herstellten, deren Markt früher von den Deutschen beherrscht wurde. Zwar gelang es den Liberalen durch eine direkte Drohung, die Koalitionsregierung zu sprengen, diese zu bewegen, am 22. Dezember den Vorschlag zurückzuziehen.¹⁾

Die Situation der schwedischen Kohleversorgung verschlechterte sich im Frühjahr 1920 noch mehr. Die Hochkonjunktur hatte eine stärkere Nachfrage seitens der Industrie zur Folge. Deutschland hatte seinen Kohlenexport noch nicht wieder aufgenommen, und man konnte damit rechnen, daß seine Kohlevorräte in der Folge durch Reparationsleistungen in Anspruch genommen werden würden. Der Tonnagemangel und die dadurch entstehenden hohen Frachtkosten machten den Import aus Überseeländern teuer. Der Konkurrenzkampf um den englischen Exportüberschuß spitzte sich noch mehr zu. Die Unzufriedenheit

der englischen Bergleute über die Verzögerung der Verstaatlichung der Kohlebergwerke durch die englische Regierung trug zu einer niedrigeren Produktivität in den englischen Gruben als normalerweise bei. Die staatliche Regelung der Kohleverteilung und -preisfestsetzung hielt an.²⁾

Die Versuche, in größerem Maße amerikanische Kohle zu erhalten, scheiterten im Frühjahr 1920.³⁾ Es wurden weiter Anstrengungen gemacht, eine größere Zuteilung britischer Kohle zu bekommen. Es bestand kein formelles britisches Verbot gegen Steinkohlenausfuhr, aber das Prioritätsverfahren der Steinkohlekontrolleure hatte die gleiche Wirkung. In erster Linie wurde der Bedarf innerhalb des Landes gedeckt, danach der Frankreichs und Italiens.⁴⁾ Der schwedische Import aus Großbritannien betrug vom Januar bis April 1920 im Durchschnitt 145 000 Tonnen pro Monat. Das entsprach einem Jahresimport von knapp 1,8 Mio. Tonnen. Der normale Jahresimport von vor dem Krieg belief sich auf über 4 Mio. Tonnen.⁵⁾

Um die Engländer zu beeinflussen, ihre Lieferungen nach Schweden zu steigern, beschloß die schwedische Regierung, eine Kommission nach London zu schicken.⁶⁾ Auch das Königshaus wurde mobil gemacht. Im April 1920 reiste Gustav V nach England. In London hatten er und Wrangel eine längere Unterredung mit dem englischen Außenminister Lord Curzon. Diese drehte sich vor allem um die Ålandfrage, aber der König nutzte die Gelegenheit auch dazu aus, die Kohlefrage anzuschneiden. Er unterstrich, wie notwendig es sei, daß Schweden Kohle bekäme, und es sei "ein gerechtes Handelsprinzip", daß Schweden für Holz und Grubenhölzer Kohle bekäme. Curzon gab keine Versprechen ab, sondern beschränkte sich darauf, seinem Bedauern über diesen Mangel und seiner Hoffnung Ausdruck zu geben, daß sich die Lage bald bessern würde. Damit gaben sich Gustav V. und Wrangel zufrieden.⁷⁾ Die bevorzugte Behandlung der Ålandfrage durch die schwedische Regierung und die englische Unterstützung, die man dabei brauchte, begrenzten die Möglichkeiten, die Engländer in der Kohlefrage unter Druck zu setzen.

Statt einer Steigerung der englischen Kohlelieferungen wurde Schweden beinahe unmittelbar vor die Aussicht einer noch

stärkeren Drosselung des englischen Kohlenimports gestellt. Kaum eine Woche nach der Unterredung Gustav V. und Wrangels mit Lord Curzon teilte Wrangel dem Außenministerium mit, die Kohlekontrolleure hätten angedeutet, Schweden könne nicht mehr damit rechnen, so viel Kohle zu erhalten wie früher. Eine Verminderung des Kohlenexports "besonders drastischer Art" würde befürchtet.⁸⁾

Diese Entwicklung förderte erneut die Anstrengungen, eine skandinavische Zusammenarbeit zustandezubringen, die sich gegen die englische Kohlepolitik richtete. Die Initiative war diesmal von dänischer Seite aus ergriffen worden. Mitte April 1920 während eines Besuchs des dänischen Handelsministers H. H. Prior zum zehnjährigen Jubiläum vom Verband der schwedischen Industrie in Stockholm erklärte dieser, daß beide, er und der Chef des dänischen Außenministeriums Clan, gern inoffizielle skandinavische Überlegungen über die englische Kohlepreispolitik sehen würden.⁹⁾ K.A. Fryxell lud zu einer Tagung der skandinavischen Ausschüsse vom 7. bis 8. Mai 1920 in Stockholm ein. In seiner Antwort auf die Einladung erklärte Einar Maseng, anlässlich Englands erneuter Diskriminierungspolitik habe das norwegische Vertragskomitee beschlossen, eine solche Konferenz zu fordern. Maseng faßte die Lage wie folgt zusammen: "Es scheint, als ob ein Land, das Kohlelager besitzt, dadurch ein Mittel hat, die Wirtschaft der Länder, die keine Kohlelager haben, zu regeln, dies Mittel steht den Friedensverträgen, die mit besiegten Ländern geschlossen werden, in seiner Wirkung nicht sehr nach."¹⁰⁾ Die Unzufriedenheit mit der englischen Politik war in den skandinavischen Ländern weit verbreitet ebenso wie das zwingende Gefühl, daß etwas unternommen werden mußte.

Auf der Tagung hob Prior hervor, daß der Kohlepreis ständig stiege, während gleichzeitig die Qualität sinke. Die englische Kohle, die Dänemark jetzt erhielt, habe den gleichen Wert wie Torf. Die skandinavischen Industrien seien denen der Alliierten unterlegen, da diese mehr Kohle zu niedrigerem Preis erhielten. Clan wies darauf hin, daß die Frage der englischen Preisdifferenzierung ein politisches Problem bedeute. Er beurteilte die Aussichten, durch gemeinsames Handeln di-

rekte Ergebnisse zu erreichen, als nicht groß, meinte aber, daß irgendetwas getan werden müßte. Fryxell, dem offensichtlich nicht viel daran lag, daß man sich auf diplomatischem Wege an London wandte, wollte sich dabei auf die Frage der Preisdifferenzierung beschränken. Man solle England die Folgen seiner Preisdifferenzierung für die Wirtschaft der skandinavischen Länder vor Augen führen und die Tatsache, daß der Kohlepreis die Preise der Erzeugnisse in die Höhe treibe, die England aus den skandinavischen Ländern importiere.

Direktor Josef Sachs, Nordiska Kompaniet, Stockholm, erklärte, Clan habe den wunden Punkt getroffen, als er die Frage eine politische nannte. Es sei nicht angebracht, jetzt eine diplomatische Eingabe zu machen. Eine solche könne die Stellung der skandinavischen Staaten sehr wohl verschlechtern. Obwohl man schlecht behandelt worden sei, dürften keine Vergeltungsmaßnahmen in Frage kommen. Eine diplomatische Eingabe würde nur ein mageres Ergebnis bringen. Darin wurde Sachs von Prior unterstützt. Durch eine private Aktion könne man, so meinte er, ein besseres Ergebnis erzielen. Die drei skandinavischen Staaten sollten dabei gemeinsam auftreten. Prior teilte mit, Minister H.V. Andersen sei der Meinung, daß man inoffiziell etwas unternehmen sollte. Andersen wollte die schwedischen und norwegischen Vertreter in London in dieser Absicht treffen. Er wollte völlig privat dorthin reisen. Maseng erinnerte daran, daß man schon im Juli 1919 keine Maßnahmen ergriffen habe. Die Engländer schienen zwischen ihren früheren Alliierten und den Neutralen in bezug auf die Handelspolitik gewaltige Unterschiede zu machen. Unter diesen Umständen könnten jene wohl kaum etwas anderes erwarten, als daß die skandinavischen Staaten Verhandlungen verlangten.

Zum Schluß einigten sich die drei skandinavischen Ausschüsse darauf, ein gemeinsames Auftreten zu befürworten. Dies sollte jedoch nicht auf diplomatischem Wege geschehen, sondern durch inoffizielle Vorstöße der Vertreter der Wirtschaft. Dabei sollte man sich auf die Preisdifferenzierungsfrage beschränken.¹¹⁾ Warum man sich nicht auf eine gemeinsame Aktion für die Lieferung größerer Kohlemengen einigte, begründete man nicht. Möglicherweise spielte die Rivalität um die zur

Verfügung stehende Kohle schon eine Rolle.

Die englische Regierung bereitete im Frühjahr 1920 eine neue "Mining Industry Act" vor, die eine bis auf Weiteres fortgesetzte Kontrolle über die Exportmengen und die Inlandspreise durch ein neueingerichtetes "Mines Department" bedeutete. Die Regierungskontrolle sollte jedoch am 31. August 1921 aufhören. Man rechnete damit, daß sich der Unterschied zwischen dem Inlands- und dem Exportpreis bis zu diesem Zeitpunkt ausgeglichen hätte. Ein Schritt in diese Richtung war eine kräftige Erhöhung des Inlandspreises im Mai 1920.¹²⁾

Die weitere Entwicklung bestätigte Wrangels Warnung vom April des Jahres. Im Juni trat ein Quotensystem für den Kohlenexport in Kraft. Man erwartete, trotz des niedrigen Binnenmarktpreises, dadurch die benötigte Menge Kohle im Lande behalten zu können. Der Rest, der auf 21 Mio. Tonnen geschätzt wurde, könnte dann zu sehr günstigem Preis exportiert werden.

Durch das Quotensystem wurden die Alliierten weiterhin begünstigt. Frankreich wurden monatlich 750 000 Tonnen zugeteilt und Italien 350 000 Tonnen, während die skandinavischen Länder nur 60 000 Tonnen pro Land erhielten. Gleichzeitig wurde die Lizenzerteilung dezentralisiert.¹³⁾

Die britische Maßnahme, eine skandinavische Quote festzulegen, und zwar in drei gleich große Teile, war dazu bestimmt, Rivalität zwischen den drei Ländern hervorzurufen.

Die schwedische Kommission mit dem früheren Justizminister Eliel Löfgren an der Spitze traf sich am 3. Juni mit dem Kohlekontrollleur in London. Darauf folgten Verhandlungen mit den Abteilungsleitern des "Coal Mines Departement" und den Vertretern verschiedener Kohlekomitees. Die Schweden hoben die Folgen des Kohlemangels für die wichtigsten schwedischen Exportindustrien hervor und die Benachteiligung Schwedens im Verhältnis zu Dänemark und Norwegen bei der Verteilung des Steinkohlenexports, wenn man einen Vergleich zur Vorkriegsimportmenge ziehe. Die Engländer machten klar, daß keine Aussicht bestünde, die schwedische Zuteilung zu vergrößern, wenn dies eine Erweiterung der skandinavischen Quote zur Folge hätte. Dies muß als ein Ausdruck der klassischen englischen

"divide-et-impera" - Politik gesehen werden. Die schwedischen Anstrengungen liefen folgerichtig bald darauf hinaus, die Verteilung zugunsten Schwedens zu ändern.¹⁴⁾

Diese Anstrengungen scheinen von einem gewissen Erfolg gekrönt worden zu sein. Im Juni 1920 erhielt Schweden 169 184 Tonnen, während Dänemark und Norwegen gewiß auch mehr als ihre Quoten erhielten, aber jedoch bedeutend weniger als Schweden (68 873 bzw. 89 834 Tonnen). Doch waren große Teile der nach Schweden gelieferten Kohle von sehr schlechter Qualität, die sehr teuer bezahlt werden mußten. Außerdem scheint Italien aus finanziellen Gründen Schwierigkeiten gehabt zu haben, seine volle Quote einzulösen, was also Skandinavien zugute kam.¹⁵⁾

Die Bevorzugung der Schweden nach den in der Fachpresse veröffentlichten Exportzahlen für Juni führte sofort zu einer Eingabe dänischer und norwegischer Kohleninteressenten beim Foreign Office.¹⁶⁾

Es ist klar, daß die von den skandinavischen Ausschüssen befürwortete inoffizielle Aktion unter diesen Umständen wenig Aussicht auf Erfolg hatte. Im Grunde genommen verlief sie schon zu Beginn im Sand. Gewiß trafen sich Anfang Juni in London Löfgren, H.N. Andersen, Prior und die zwei norwegischen Vertreter, Thomas und Niels Fearnley, um eine eventuelle gemeinsame Aktion zu besprechen, aber die kam nie zustande. In seinem Bericht, den er am 5. Juni nach Hause schickte, erklärte Löfgren, daß "wir gemeinsam, nachdem wir mit der handelspolitischen Führung hier in England in Verbindung getreten sind, zu dem Ergebnis gelangt sind, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist für einen diplomatischen Protest oder für andere Maßnahmen, um die Preise zu drücken oder in bessere Übereinstimmung zu bringen mit den Bedingungen, unter denen andere Länder ihre Kohleneinkäufe tätigen."¹⁷⁾ Der wirkliche Grund dafür dürfte die Rivalität wegen der Kohlemengen gewesen sein. Auf Grund der "divergierenden Interessen" in der Kohlefrage wurde diese nicht auf die Tagesordnung der skandinavischen Ministerkonferenz vom 28. bis 30. August 1920 gesetzt.¹⁸⁾ Die britische Taktik, die skandinavischen Staaten zu entzweien, war erfolgreich gewesen.

Der Kohlepreis stieg auch während des Sommers. Erst im Oktober wurde dieser steigende Trend unterbrochen.¹⁹⁾ Andere Faktoren als die skandinavische Zusammenarbeit, nahmen der britischen Kohlepreisdifferenzierungspolitik den Stachel.

Im Juli war ein erhöhter Import amerikanischer Steinkohle nach Schweden in Gang gekommen. Die amerikanischen Kohlenunternehmen, die vorher schon den südamerikanischen Markt der Engländer übernommen hatten, drangen jetzt auch in den europäischen ein. Während einiger Monate stieg der schwedische Import amerikanischer Kohle sehr stark. Gleichzeitig sank die Einfuhr englischer Kohle drastisch.²⁰⁾

Im Frühjahr und Sommer 1920 stiegen die Lebenshaltungskosten in England sehr u.a. auf Grund der Kohlepreissteigerung. Dies führte zu erneuten Lohnforderungen durch die MFGB. Diese waren mit Forderungen nach Senkung des Inlandspreises für Kohle verbunden. Man wollte dadurch die Regierung zwingen, die Kontrolle über die Bergwerke zu behalten. Im Oktober brach ein das ganze Land umfassender Streik aus - der erste seit 1912. Die Regierung gab im großen ganzen den Lohnforderungen nach. Zwar waren die Bergleute damit einverstanden, die Kontrolle wie geplant am 31. August 1921 abzuschaffen, aber das vorübergehende Lohnabkommen hatte zur Folge, daß man davon abhängig war, daß England auf dem Exportmarkt weiterhin hohe Preise erzielte.²²⁾ "What the government had done," schreibt Susan Armitage im Hinblick auf das Lohnabkommen, "was to guarantee the existing very high price for export coal."²³⁾ Das Abkommen bedeutete auch, daß die Regierung den Bergwerksbesitzern weiterhin einen gewissen Gewinn garantierte. Das ganze System setzte eine weitere Kontrolle der Kohlenindustrie voraus. Die Regierung spielte ein hohes Spiel und verlor.

Im Dezember 1920 fielen die Preise rapide als Folge der amerikanischen Konkurrenz und der abnehmenden Nachfrage auf Grund des wirtschaftlichen Tiefstandes. Somit verschwanden die Voraussetzungen für das letzte Kohlenabkommen. Die Entwicklung hatte sowohl drastische Lohnsenkungen zur Folge als auch einen Grubenstreik im April 1921 und eine schnelle Abschaffung der staatlichen Kontrolle, schon früher als ge-

plant war.²⁴⁾

Die englische Regierung hatte die Kontrolle ausgenutzt, um den Kohlepreis auf dem Exportmarkt in phantastische Höhen zu treiben. Diese Politik war eine der Ursachen, die zu der langen Aufrechterhaltung der Kontrolle beitrug. Zwar hatte die Regierung Lloyd George im Sommer 1920 den Herbst 1921 als den Zeitpunkt für die "decontrol" bestimmt, aber das Abkommen mit der MFGB im Herbst 1920 war praktisch an das Kontrollsystem gebunden. In dem Augenblick, indem man die hohen Exportpreise nicht mehr aufrechterhalten konnte, wurde die Kontrolle schnell und drastisch abgeschafft. Für Schweden bedeutete das, daß der große Import aus den Vereinigten Staaten zu einer einmaligen Erscheinung wurde. Schon 1921 nahm Großbritannien wieder seinen früheren Platz als dominierender Kohlenexporteur ein.

II.6 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Die amerikanische Haltung verhinderte, daß die Pläne einer gemeinsamen alliierten Kontrolle der Rohstoffzufuhr nach dem Krieg verwirklicht wurden. Dies bedeutete nicht, daß Großbritannien aufgab, die Möglichkeiten, seine Rohstoffvorräte handelspolitisch zugunsten der eigenen Industrien in dem Kampf um den Weltmarkt auszunützen.

Nach dem Krieg war Schweden für seine lebenswichtige Kohleversorgung ganz von England abhängig. Kurz nach dem Waffenstillstand wollte sich die englische Regierung durch einen kräftigen Sonderzoll auf Kohle für den Export nach Schweden günstigere Preise für schwedisches Holz erzwingen. Die schwedische Regierung versuchte sich durch die Bestimmungen des Handelsvertrages von 1918 zu schützen. Hier hieß es, daß Schweden in bezug auf seinen Kohlenexport nicht schlechter behandelt werden dürfe, als die anderen neutralen Staaten.

Im Zusammenhang mit dem Versailler Frieden hörte aber dieser Vertrag auf zu gelten. Danach sollte der Handel durch den Handelsvertrag von 1826 geregelt werden. Aber die englische Regierung zwang die schwedische im September 1919 im Widerspruch zu den Meistbegünstigungsbestimmungen dieses Ver-

trages, ein neues unvorteilhaftes Tonnageabkommen abzuschließen. Gleichzeitig differenzierte England die Kohlepreise zugunsten seines Binnenmarktes, um dadurch die eigenen Industrien auf den Exportmärkten konkurrenzfähiger zu machen. Außerdem wurden die neutralen skandinavischen Staaten benachteiligt, teils durch bedeutend höhere Kohlenexportpreise als die von den Alliierten Frankreich und Italien zu zahlenden, teils durch deren Vorrang den skandinavischen Ländern gegenüber. Diese Politik stimmte mit dem Prinzip der englischen Regierung überein, die teils durch die Pariser Beschlüsse von 1916 und durch das Gutachten des Balfourkomitees von 1917, teils durch Noten an die neutralen Länder im Sommer 1918 klargemacht hatte, daß man nach dem Krieg für unbestimmte Zeit eine "reconstruction period" einhalten würde. Für die schwedische Regierung war die Lage beunruhigend, da England den Welthandel wie auch die Kontrolle über Rohstoffvorräte und Rohstoffzufuhr zu beherrschen schien.

In dieser Situation versuchte man schwedischerseits seine Stellung durch eine skandinavische Zusammenarbeit bezüglich der Kohle zu verbessern. Durch die skandinavischen Ausschüsse der Zoll- und Vertragskomitees der entsprechenden Länder, in denen die Wirtschaftsinteressen stark repräsentiert waren, traten natürlich vor allem die Industriekreise der skandinavischen Länder für ein gemeinsames Handeln England gegenüber ein. Es bestand die Gefahr, daß die skandinavischen Industrien durch die hohen Energiepreise ihre Konkurrenzkraft auf den Export- und den Binnenmärkten verlieren würden. Die Zukunftsaussichten der skandinavischen Industrien waren gelinde ausgedrückt finster, wenn man bedenkt, wie bedrängt sie von den Exportindustrien der beiden industriellen Großmächte England und Deutschland zu sein schienen. Diese beiden Länder wurden durch billige einheimische Energie begünstigt und letzteres auch noch durch eine exportfördernde Währungspolitik. Der Kohlepreis - der Grund zu der damaligen Energiekrise - wurde deshalb zu einer lebenswichtigen Frage für die skandinavische Industrie.

Auf Grund der Machtverhältnisse waren die Möglichkeiten der skandinavischen Länder, mittels diplomatischer Aktionen die

Kohlepolitik der englischen Regierung zu ändern, sehr gering. Auf dem Höhepunkt der Kohlekrise wählte man einen so ungewöhnlichen Weg nämlich ein gemeinsames Handeln der Vertreter der schwedischen, dänischen und norwegischen Wirtschaft der englischen Regierung gegenüber. Dieser blieb aber auch erfolglos. Die Konkurrenz zwischen den skandinavischen Staaten um die vorhandenen Kohlequantitäten für Skandinavien spielte den Engländern dabei in die Hände.

Ein Kleinstaat, der in der Gefahr schwebt, in wirtschaftliche Abhängigkeit zu einer Großmacht zu geraten, versucht, seine Verbindungen mit dem Ausland zu diversifizieren, um sich dadurch aus der Abhängigkeitsstellung zu befreien, meint der schweizer Kleinstaatentheoretiker Hans Vogel. In diesem Falle wird seine Theorie gut durch das Handeln der schwedischen Regierung bestätigt. Sie versuchte sehr früh, der britischen Umklammerung in der Kohlefrage zu entkommen, indem sie schon im Frühjahr 1919 einen neuen Importmarkt, nämlich den amerikanischen, zu erschließen bestrebt war. Die amerikanische Handelspolitik mit ihrer Forderung nach "open door" und "Freiheit der Meere" stand in direktem Gegensatz zu der englischen von 1919. Während des Krieges hatten die amerikanischen Kohleunternehmer die englischen auf dem südamerikanischen Markt überflügelt. Aber die hohen Frachtkosten und der unsichere Arbeitsmarkt der Vereinigten Staaten machten es schwer, einen verstärkten amerikanischen Kohlenexport nach Schweden zu verwirklichen. Im Jahr 1919 mißlang der Versuch. Noch im Frühjahr 1920 war die Energiekrise äußerst akut. Erst der Streik der Bergleute in England im Herbst 1920 und eine amerikanische Exportoffensive jenes Sommers führten eine Wende herbei.

TEIL II: SCHWEDISCH-DEUTSCHE HANDELSBEZIEHUNGEN I:

Von der Kündigung des schwedisch-deutschen Handelsvertrags im Dezember 1918 bis zu den Handelsvertragsverhandlungen im Frühjahr 1921

III. Der schwedische Staat interveniert unter alliierterem Druck

III.1 Die Bedrohung der schwedischen Rohstoffversorgung 1918 löst staatliche Aktivität aus

Schweden hatte sich vor dem Krieg als einziger skandinavischer Staat dem Bülow'schen Vertragssystem angeschlossen.¹⁾ Die schwedischen Herabsetzungen der Zolltarife des Handelsvertrags mit Deutschland von 1911 wurden durch die Meistbegünstigungsklausel für seinen Handelsaustausch mit der Umwelt im großen und ganzen normgebend. Der schwedisch-deutsche Vertrag war dessen einziger Tarifvertrag von größerer Bedeutung. Ein großer Teil der schwedischen Zollsätze wurde durch diesen "Eckstein im schwedischen Vertragssystem" zugunsten deutscher Produkte gebunden. Da Schweden ein Einheitstarifsystem hatte, waren seine Zollsätze schon dadurch für sämtliche Staaten gültig.²⁾ Der Vertrag lief mit einjähriger Kündigungsfrist. Schweden hatte durch seine Bindung an das deutsche Handelsvertragssystem eine empfindliche Stellung in seinen handelspolitischen Beziehungen zu den Alliierten. Im April 1918 beschloß Frankreich, seine Handelsverträge mit den Ländern mit denen es eine Meistbegünstigungsklausel hatte zu kündigen. Zu ihnen gehörte auch Schweden. Die Maßnahme wurde - wie oben erwähnt - durch die französischen Pläne zur Bildung eines westeuropäischen Wirtschaftsblocks veranlaßt.³⁾

Am 11. April 1918 ersuchte das Kommerzkollegium das Außenministerium darum, die Gesandtschaften bei den Großmächten über deren Richtlinien für die Nachkriegshandelspolitik anfragen zu lassen. Sie sollten besonders darauf achten, welche Maßnahmen man an den verschiedenen Stellen für die "industrielle Selbstversorgung" nach dem Krieg ergreifen wolle.⁴⁾ Die Berichte der Gesandtschaften in dieser Frage waren vorsichtig. In ihnen wurde durchgehend darauf hingewiesen, wie un-

sicher die Lage sei, aber die Gefahr einer Diskriminierung in bezug auf die Rohstoffversorgung wurde allgemein unterstrichen. Aus Paris wurde mitgeteilt: "Was die Rohstoffe anbelange, würden die Ententeländer eine Machtstellung einnehmen, die sie gewiß so lange wie möglich auszunutzen gedächten." Die Gesandtschaft in London unterstrich, daß sich das Balfourkomitee hinter die Pariser Beschlüsse gestellt habe. Dessen Beschlüsse bezüglich des Imports der Alliierten zum Wiederaufbau ihrer Industrien könnten demzufolge Wirklichkeit werden, wenn sich die Alliierten über eine Kontrolle der wichtigsten Waren einigen könnten. Die Töne aus Washington hörten sich jedoch anders an. In der Antwort der Gesandtschaft wurde betont, Präsident Wilson drücke seine absolute Mißbilligung über Exportverbote von Rohstoffen an die Zentralmächte nach dem Krieg aus. So lange die Demokraten an der Macht seien, könne man eine relativ liberale und antiprotektionistische Politik von der Seite der Vereinigten Staaten erwarten. Im Falle eines Sieges der Alliierten dürfte "die zukünftige Handelspolitik des Landes in hohem Maße von einem Bestreben bestimmt werden, die englische Hegemonie, die man als Folge eines Sieges der Alliierten erwarten könne, so gut wie möglich zu neutralisieren."⁵⁾

Die Versicherung der britischen Regierung an Frankreich im Mai 1918, daß England nach dem Krieg bereit sei, Frankreich für eine Übergangszeit Vorzugsbehandlung für u.a. Rohstofflieferungen zu gewähren⁶⁾ hatte einen zunehmenden handelspolitischen Druck auf die Neutralen, u.a. Schweden zur Folge. Am 16. Juli überreichte der britische Gesandte Esme Howard der schwedischen Regierung zwei Noten. Darin behandelte er die Anwendung der Bestimmungen des schwedisch-britischen Handelsabkommens von 1826 nach dem Krieg. Dabei handelte es sich vor allem um die im Vertrag vorkommenden Meistbegünstigungsbestimmungen. Kurz gesagt, behauptete die britische Regierung, da die schwedische Regierung während des Krieges die britischen Maßnahmen, die gegen den Buchstaben, aber nicht "gegen den Sinn" des Vertrages verstoßen hätten, anerkannt habe, habe sie auch für die Zeit nach dem Kriege, eine sogenannte "period of recovery from the war" das Recht, Maßnahmen zu ergreifen, die damals (im Juli 1918) noch nicht vor-

auszusehen waren. Aus den Noten ging hervor, daß England hauptsächlich in zweierlei Hinsicht den Gebrauch der Meistbegünstigung begrenzen wollte: einerseits sollten, die Alliierten vor den Neutralen eine Vorrangstellung einnehmen, andererseits sollte das Prinzip für gewisse Interessen, die als neutral erschienen, aber nach englischer Auffassung versteckte feindliche Interessen beinhalteten, nicht angewandt werden. Das galt ehemaligen Staatsangehörigen der Feindländer, die während des Krieges Staatsangehörige neutraler Länder geworden waren, und Unternehmen, die Interessen der Zentralmächte gehörten. Die englische Regierung beschloß die längere der beiden Noten mit der Feststellung, daß man auf diese Weise seine Absicht, die Alliierten eine Zeit nach dem Krieg zu bevorzugen, im voraus bekannt machen wolle. Schweden habe zwar das Recht, seinen Vertrag mit England zu kündigen, aber die englische Regierung hoffe, ihr Wunsch, ihren Alliierten zu helfen "will not be regarded as a ground for terminating the commercial relations which have so happily and so long endured with the Kingdom of Sweden."⁷⁾ Diese zuletzt zitierte Formulierung hörte sich wie eine Drohung an. Die Note eröffnete den Schweden trübe Aussichten, nämlich in erster Linie bei der Verteilung der Rohstoffvorräte der Welt nach dem Krieg diskriminiert zu werden. Ähnliche Noten wurden den übrigen neutralen Staaten in Europa überreicht.⁸⁾ Von englischer Seite war man sich der starken Expansion der schwedischen Industrie während des Krieges wohl bewußt. Man nahm an, daß dies England in sofern begünstigte, als daß der daraus entstehende große Rohstoffbedarf nicht von den rohstoffarmen Zentralmächten gedeckt werden könne, sondern Schweden in größerem Maße von Lieferungen aus dem Westen abhängig werden würde. Die Gefahr einer wirtschaftlichen Penetration Schwedens durch Deutschland wurde als gering betrachtet.⁹⁾

Als der britische Handelsattaché O.S. Phillpotts im Frühjahr und Sommer 1918 in einigen Denkschriften die Gefahren analysierte, die dem britischen Export nach Schweden nach dem Krieg drohten, hob er hervor, daß es Deutschland und Österreich während des Krieges zwar gelungen sei, vor allem auf Grund der Blockade und der hohen Frachten u.a. den engli-

schen Kohle-, Salz- und Eisenexport zu verdrängen. Aber Phillpotts war optimistisch bezüglich der Möglichkeiten, die verlorenen Märkte zurückzugewinnen und außerdem auf Grund des Rohstoffmangels der Zentralmächte neue dazuzuerobern. Größere Unruhe jedoch verursachte die Gründung einiger schwedischer, transatlantischer Handelsgesellschaften, bei denen man schwedischerseits zwar angab, sie hätten das Ziel, den schwedischen Überseehandel von seiner Abhängigkeit von Hamburg zu befreien, aber laut Phillpotts "will also try to short circuit London and Liverpool. They will certainly not work for British trade."¹⁰⁾

Die englisch-amerikanische Konkurrenz um die Märkte hörte während des Krieges nicht auf, sondern nahm eher zu. Während die Vereinigten Staaten noch nicht in den Krieg verwickelt waren, hatten sie gute Möglichkeiten, auf Kosten der Kriegführenden Märkte zu erobern. Auf englischer Seite drückte man Anfang 1916 starke Befürchtungen aus über die Entwicklung in Skandinavien in dieser Hinsicht.¹¹⁾ Phillpotts erklärte, den Amerikanern erwüchsen Vorteile daraus, daß England die Hauptlast der Blockadepolitik tragen müße, und es liege den Amerikanern besonders viel daran, daß schwedische Unternehmen nach dem Krieg als Agenten für amerikanische Erzeugnisse aufträten.¹²⁾ Die britische Gesandtschaft in Stockholm schlug dem Foreign Office im Juli 1918 vor, die Briten sollten dem amerikanischen Beispiel folgen und eine starke britische Gesellschaft oder ein Syndikat bilden, um zu erreichen, "that the United Kingdom should get a fair share of the Overseas business of Sweden as well as help to push the export of British-made goods to this country."¹³⁾ Es war selbstverständlich, daß man von britischer Seite nicht vorhatte, sich auf dem schwedischen Markt passiv zu verhalten. Die zwei Noten vom 16. Juli unterstrichen das.

Als es allgemein klar war, daß das Kriegsende nahe bevorstand, lud das schwedische Kommerzkollegium die hervorragendsten Nationalökonomien für Ende September zu einer Beratung ein.¹⁴⁾ Die Diskussion wurde ausführlich in einer Denkschrift über einen eventuellen neuen Handelsvertrag mit Deutschland dokumentiert, die das Kollegium etwas später ans Finanzministerium sandte.

Die Maßnahme des Kommerzkollegiums, sich in dieser kritischen Lage von Experten beraten zu lassen, verdient Beachtung auch aus dem Grunde, da man darin einen Ausdruck gesteigerten Interesses der Verwaltung und der Staatsgewalt erkennen kann, außenstehende Organe und Gruppen in den Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Professor Gustav Cassel meinte, die ganze Handelspolitik würde auf eine andere Art als früher einen Kampf um Waren, besonders um Rohstoffe, bedeuten, wo jedes Land versuchen würde, sich so viel wie möglich davon zu beschaffen. Schweden müsse sich, was Rohstoffe anbelange, auf Tauschhandel einstellen und mit einer vollständigen Umstellung seiner gesamten Handelspolitik rechnen. Man müsse sich sogar darauf einstellen, Exportzölle auf seine Rohstoffe einzuführen. Doktor Karl Hildebrand unterstützte Cassel und wies darauf hin, daß man von britischer Seite dabei sei, das Programm der Pariser Konferenz über die Vorzugsbehandlung anders auszulegen, um den Dominions Vorrechte vor den Alliierten zu geben. Danach sollten erst die Neutralen kommen und zuletzt die ehemaligen Feinde. Hildebrand sagte voraus, daß England zu einer anderen Handelspolitik mit einer anderen Zollpolitik als früher übergehen werde. Die Tarifvertragspolitik würde nach dem Krieg eine große Rolle spielen, aber nicht so wie vor dem Krieg. Es würde sich dann um ganz andere Machtmittel handeln. Damit müsse man sich abfinden. Cassel behauptete, England und die USA würden gemeinsam handeln. Hildebrand meinte, auf weite Sicht, "muß der Punkt erreicht werden, wo sich die Gegensätze zwischen England und den Vereinigten Staaten entwickeln. Dann wird es für uns Neutrale besser werden."

Auch Professor Nils Wohlin meinte, daß der Bericht des Balfour-Komitees darauf schließen ließe, daß England von einem Freihandelssystem zu einem protektionistischen überwechseln werde. Als Konsequenz davon würden Tarifverträge zustande kommen. Auch Wohlin rechnete mit einem Kampf um Rohstoffe und einer Differenzierung der Meistbegünstigung. Aber dies würde eine Übergangserscheinung sein. Es würde immer der Wunsch bestehen, Waren zu verkaufen, und dadurch würden die alten handelspolitischen Probleme wieder ihre Bedeutung zurückbekommen.

Professor Knut Wicksell meinte, es sei zwar möglich, daß die Entwicklung zu Protektionismus führen könnte, aber man solle nicht ausschließen, daß ein Friede in gegenseitigem Einverständnis geschlossen werden könnte. Außerdem solle man nicht die Stärke der klassischen englischen Freihandelstradition unterschätzen.¹⁵⁾

Die meisten Sachverständigen erwarteten also, daß die wirtschaftlichen Blöcke wenigstens für eine Zeit nach dem Krieg bestehen bleiben würden und daß Schweden für seine Rohstoffversorgung durch das Ausland ganz von den Ententemächten abhängig sein würde.¹⁶⁾

Auch die Industrie hegte wegen der Rohstoffzufuhr ernste Besorgnis. Am 16. Okt. 1918 fand eine geheime Sitzung zwischen Vertretern der Regierung, der verschiedenen Kommissionen der Kriegszeit, der Importvereine, des Zentralrats der Exportindustrien und des Verbandes der Schwedischen Industrie im Jernkontoret statt. Der Eröffnungsredner war Karl Hildebrand. Das Thema der Konferenz lautete: Wie soll die Rohstoffversorgung nach dem Krieg geregelt werden. Dies wurde als "eins der schwierigsten Probleme der Industrie angesehen." Seitens der Industrie erwartete man, daß "sich die kommenden handelspolitischen Verhandlungen mit fremden Mächten vor allen Dingen mit der Zusicherung der industriellen Rohstoffe befassen würde."¹⁷⁾ Die Furcht, Schweden könne Probleme mit der Rohstoffversorgung bekommen, überschattete sogar das Interesse der Exportindustrie gleich nach dem Krieg wieder auf den Weltmarkt zu gelangen. Die Unruhe über die Rohstoffversorgung wurde durch Wrangels Mitteilung aus London verstärkt, daß die Alliierten vorhätten, eine internationale Organisation zu gründen, die die Aufgabe haben sollte, die Rohstoffverteilung zu kontrollieren. Am 19. November gab Hellner der Handelskommission den Auftrag zu untersuchen, welche Maßnahmen Schweden aus diesem Anlaß ergreifen sollte.¹⁸⁾

Das Außenministerium konsultierte aus Anlaß der britischen Noten die norwegische, die dänische und die holländische Regierung.¹⁹⁾ Außerdem wandte es sich ans Finanzministerium mit dem Wunsch, "Über die Einstellung der Regierung seiner Majestät des Königs zu vorliegenden Fragen unterrichtet zu wer-

den."²⁰⁾ In seinem Gutachten vom 26. Oktober 1918 wies das Kommerzkollegium die britischen Ansprüche entschieden zurück. Die Forderung, die im Widerspruch zum Handelsvertrag stehenden Maßnahmen der Kriegszeit weiter auszunützen, "mußte auf das Entschiedenste bestritten werden." Die Maßnahmen denen sich unser Land während des Krieges "gezwungenermaßen unterwerfen mußte, sind unvereinbar mit den Verträgen und sollten deshalb, sobald der normale Rechtszustand eingetreten ist, unmittelbar eingestellt werden." Es stand offenbar im Widerspruch sowohl zum Inhalt als auch zu den Buchstaben und besonders zu dem Schweden im Artikel 9 zuerkannten Recht zur Meistbegünstigung, daß Großbritannien den Alliierten auch nach dem Krieg Vorteile gewähren sollte, deren Schweden nicht teilhaftig würde. Man fürchtete jedoch Diskriminierungen u.a. was die Rohstoffversorgung anbelangte.²¹⁾ Die klare Verurteilung des britischen Standpunktes durch das Kommerzkollegium führte jedoch nicht zu einem schwedischen Protest in London. Die Regierung zog es vor, ihren Rechtsstandpunkt nicht zu behaupten. Im Einverständnis mit den Regierungen anderer neutraler Staaten unterließ man es, die Noten zu beantworten.²²⁾ Das Kommerzkollegium ergriff indes im Herbst 1918 eine Initiative bezüglich der Beziehungen zu Deutschland.

III.2 Die Kündigung des schwedisch-deutschen Handelsvertrags

Der schwedisch-deutsche Handelsvertrag von 1911 sollte vertragsgemäß am 1. Januar 1917 abgelaufen sein. Im Sommer 1916 hatte die Regierung Professor Wohlin beauftragt, die Auswirkungen dieses Vertrags auf die schwedische Industrie zu untersuchen.¹⁾

Am 18. Januar überreichte Wohlin seine Untersuchung über die Auswirkungen des Vertrags. In der Zwischenzeit war dieser bis zum 1. Januar 1921 verlängert worden. Wohlin schlug vor, man solle den Vertrag bei passender Gelegenheit kündigen. Als Begründung gab er die Maßnahmen an, die Deutschland während des Krieges im Widerstreit mit den Vertragsbestimmungen durchgeführt hatten, z.B. die erschwerenden Umstände für den deutschen Export von Rohstoff- und Halbfabrikaten mit dem Ziel,

Kompensationsobjekte zu erhalten, sowie ein planmäßiges Zurückhalten von Spezialmaschinen, um die Entstehung konkurrierender Industrien außerhalb Deutschlands zu verhindern, aber auch den Massenexport billiger Halbfabrikate zu niedrigen Preisen mit dem gleichen Ziel und schließlich Export- und Importverbote. Wohlin schlug vor, Schweden solle Exportverbote für Eisenerz einführen, um dadurch seinerseits ein schlagkräftiges Kompensationsobjekt zu bekommen. Außerdem solle man mit der Arbeit an der Revidierung der Zollltarife in Gang kommen.²⁾ Wohlin war für seine protektionistische Einstellung bekannt, und wie zu sehen ist, waren seine Vorschläge offensiv. Sie waren aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten hervorgegangen in Übereinstimmung mit seinem Auftrag.

In seinem Gutachten über Wohlins Vorschlag hob das Kommerzkollegium am 29. Dezember 1917 hervor, daß man noch nicht wisse, wie sich die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Krieg entwickeln würde. Wenn, wie Wohlin zu glauben schiene, eine stark staatlich geregelte Übergangswirtschaft zustande käme, wäre es für Schweden am günstigsten, den Schutz den der Vertrag "unserer Wirtschaft dennoch einer zu erwartenden stark offensiven deutschen Handelspolitik gegenüber bieten kann" so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Aber auch wenn die deutsche Wirtschaft wieder schnell auf das Vorkriegssystem zurückgreifen würde, sähe das Kommerzkollegium keinen Vorteil in "einer schwedischen Handelspolitik so offensiver Art" wie sie Wohlin vorschläge. Außerdem lege das Kollegium "kein geringes Gewicht auf die von Professor Wohlin ebenfalls festgestellte Zufriedenheit der schwedischen Exportindustrie mit dem Vertrag."³⁾

Damals fand keine Kündigung des Vertrags statt. Es ist einleuchtend, daß die schwedische Regierung sich in der Lage, in der sich ihr Land Anfang 1918 befand, als Deutschland im Ostseegebiet stärker als je schien, nicht denken konnte, so herausfordernde Maßnahmen durchzuführen wie die Kündigung des Vertrags und die Einführung eines Exportverbots eines Rohstoffs, der für die weitere deutsche Kriegsführung von so großer Bedeutung war.

Im Herbst 1918 hatte sich die Lage dramatisch verändert. Die

Aussichten auf ein von Deutschland dominiertes Europa waren verschwunden. Stattdessen gab es gute Gründe zu vermuten, daß die siegreichen Ententestaaten ihre Machtstellung ausnützen würden, um den Welthandel und vor allem die Rohstoffvorräte zu kontrollieren und bei deren Verteilung die neutralen Staaten zu diskriminieren. Mit dieser Perspektive vor Augen behandelte das Kommerzkollegium am 9. November - demselben Tag, an dem Kaiser Wilhelm in Deutschland abdankte - wieder die Frage einer Kündigung des schwedisch-deutschen Handelsvertrags. Da sich die Situation in den letzten Monaten so stark verändert habe, hob das Kollegium hervor, sei Schwedens Lage heikel geworden. "Von seiten Großbritanniens sind dahingehende Mitteilungen gemacht worden, die einer Kündigung der geltenden Handelsabkommen gleichkommen." Das Kollegium bezog sich offenbar auf die zwei britischen Noten vom Juli 1918. Außerdem hatten die Vereinigten Staaten, Rußland, Frankreich und Spanien ihre Handelsverträge mit Schweden gekündigt.⁴⁾ Vor der Aussicht auf handelspolitische Diskriminierung von seiten der Entente bedeutete der schwedisch-deutsche Handelsvertrag mit seinen Bindungen der schwedischen Zolltarife und seinen Hindernissen für Export- und Importverbote eine Belastung. Durch das Meistbegünstigungsprinzip wurden alle Länder, mit denen Schweden einen Meistbegünstigungsvertrag hatte, ohne Gegenleistung der Zollsenkung teilhaftig, die Schweden im Vertrag mit Deutschland diesem bewilligt hatte. Das war nicht einmal genug. Dadurch daß Schweden keinen autonomen Zolltarif hatte, galt der schwedische Vertragstarif auch den Ländern gegenüber, mit denen Schweden keinen Meistbegünstigungsvertrag hatte. Vor dem Weltkrieg reichte dieses System aus, da Schweden mit allen seinen wichtigsten Handelspartnern Verträge abgeschlossen hatte. Dies war für die Zeiten ruhiger handelspolitischer Verhältnisse gedacht. Als sich das Land nun vor die Situation gestellt sah, daß sich mehrere Ententestaaten von ihren Verträgen befreit hatten oder vorzuhaben schienen, sich davon zu befreien und eine Diskriminierung des Handels der neutralen Staaten vorzubereiten, wäre schwedischerseits die schnelle Einführung eines autonomen Zolltarifs die natürlichste Maßnahme gewesen. Das Kollegium verwarf jedoch eine solche Lösung entschieden. Sie

"könnte für unser Land Konsequenzen höchst gefährlicher Art haben." Die Einführung eines autonomen Tarifs, der neben dem noch geltenden Vertragstarif gelten sollte, würde als eine so offensive Handlung betrachtet werden, daß sie "nachteilige, für unser Land ansonsten nicht beabsichtigte Vergeltungsmaßnahmen zur Folge haben könnte." Offenbar fürchtete das Kommerzkollegium scharfe Gegenmaßnahmen von seiten der Alliierten. Statt eines autonomen Tarifs entschied sich das Kollegium, eine Kündigung des deutschen Vertrags vorzuschlagen. Dadurch würde Schweden in zollpolitischer Hinsicht freie Hand bekommen.⁵⁾

Der Unterschied in der Stellungnahme des Kommerzkollegiums vom Dezember 1917 und dem in November 1918 beleuchtet auffallend die Anpassung der Handelspolitik an die augenblickliche außenpolitische Lage.

Die weitere Entwicklung des Geschehens unterstrich anschaulich den Umschwung der Machtverhältnisse im Ostseeraum.

Am 28. November 1918 lief die britische Flotte Kopenhagen an und kontrollierte danach die Ostsee. Die Blockade wurde auf die deutschen und russischen Ostseehäfen ausgedehnt.⁶⁾ Dies wurde von deutschfreundlichen Kreisen in Schweden und von den deutschen Diplomaten in Stockholm als eine ernste Warnung für das Land aufgefaßt.⁷⁾ Antibritische Artikel in der schwedischen Presse (Nya Dagligt Allehanda und Aftonbladet) hatten in England große Verbitterung hervorgerufen.⁸⁾ Die Unsicherheit über die englischen Absichten war enorm. Ende 1918 herrschte in Schweden große Besorgnis darüber, daß England vorhabe, einen oder mehrere Flottenstützpunkte in der Ostsee zu errichten.⁹⁾

Kurz nachdem die englische Flotte in die Ostsee eingelaufen war, wurde - in etwas längerer Perspektive gesehen - die Frage der Neutralisierung dieses Gebiets aktuell. Eine solche sollte ein Verbot umfassen, in Friedenszeiten dort eine Kriegsflotte zu halten. In einer Denkschrift des schwedischen Außenministeriums vom Februar 1919 wurde erklärt, eine Neutralisierung mit für Kriegsschiffe offenen Meeresengen würde die Hegemonie Englands in der Ostsee sichern. Das würde zwar bedeuten, daß Schweden keinen Angriff von irgendeinem ande-

ren Ostseestaat von der Seeseite her zu erwarten habe und nicht zu befürchten brauche, daß seine Warenzufuhr vom Westen her abgeschnitten würde, aber "die völlige Abhängigkeit von England, in die Schweden geraten würde, u.a. durch die Unterbrechung des Importes und Exportes von und nach Deutschland und Rußland und deren Vereinbarkeit mit der Souveränität des Reiches stark in Frage gestellt werden könnte" wiege die Vorteile auf. Eine Neutralisierung der Ostsee war für Schweden deshalb nur einigermaßen annehmbar, wenn sie mit einem Verbot gegen die Passage aller Kriegsfahrzeuge verbunden wurde.¹⁰⁾ In diesem Zusammenhang ist interessant, daß in einer Kriegssituation die Hegemonie der englischen Flotte in der Ostsee als eine ernste Bedrohung der schwedischen Souveränität angesehen wurde, weil dadurch die Handelsverbindungen mit Deutschland und Rußland kontrolliert werden konnten. In Wirklichkeit beherrschte die englische Flotte während der ganzen hier behandelten Zeit von 1919-1921 die Ostsee. Dies war eine realpolitische Tatsache, worauf die schwedische außenpolitische Leitung natürlich Rücksicht nehmen mußte.

Innerhalb der schwedischen Wirtschaft war man sich im allgemeinen darüber im klaren, daß ein Sieg der Entente große Veränderungen der Bedingungen bezüglich des Handels mit sich bringen würde. Deshalb galt es, die schwedische Politik schnell den neuen Verhältnissen anzupassen.¹¹⁾ Auf einer Sitzung der Bevollmächtigten des Jernkontoret am 26. November wurde große Besorgnis ausgedrückt über ein deutsches Dumping auf dem schwedischen Markt nach dem Krieg. Der geschäftsführende Direktor Emil Kinander teilte mit, er habe unter der Hand und vertraulich Auskünfte erhalten, daß das Kommerzkollegium eine Kündigung des Handelsvertrages mit Deutschland vorgeschlagen habe. Einige Tage später machten er und Carl Sahlin, Järnbruksföreningen, in der Frage wegen des befürchteten deutschen Dumping beim Außenminister Johannes Hellner ihre Aufwartung. Hellner gab ihnen Auskunft darüber, daß die Regierung die Absicht habe, den Vertrag mit Deutschland zu kündigen. Von einem Dumping könne nicht die Rede sein, da England den deutschen Außenhandel kontrollieren und nur einen Rohstoffexport zulassen würde. Im Bewußtsein der großen Bedeutung Englands hatte Jernkontoret eine

Abordnung dorthingeschickt "um die Absatzmöglichkeiten für schwedisches Eisen und Stahl dort zu untersuchen."¹²⁾ Die schwedische Industrie handelte schnell, um sich Ausfuhrmärkte zu sichern.

Die Kontakte zwischen Hellner und dem Jernkontoret fanden gleichzeitig mit den Vorbereitungen zu einer öffentlichen Protestaktion gegen das Aftonbladet statt. Die Zeitung, die als deutschfreundlich bekannt war, hatte sich in einem Artikel "König Georgs hohes Lied" herabsetzend über den englischen König ausgesprochen. Dies hatte in England zu Artikeln mit heftiger Kritik an Schweden geführt. Am 6. Dezember liesen deshalb die führenden Männer der großen Wirtschaftsorganisationen, die sich der äußerst empfindlichen Lage, besonders aber der Gefahr für die Rohstoffversorgung wohl bewußt waren, wahrscheinlich auf Initiative der Kreise um Wallenberg, zu denen übrigens auch der Außenminister gezählt wurde, die Zeitung "Aftonbladet" in einem Aufruf anprangern, der in der Presse veröffentlicht wurde. Man erklärte, daß die Äusserungen, "nicht umhin konnten, in hohem Grad störend auf die freundschaftlichen und kommerziellen Verbindungen zu anderen Ländern einzuwirken." Unter den Unterzeichnern befanden sich u.a. die Leitung des Verbandes der schwedischen Industrie, die des Vereins schwedischer Banken, von Schwedens Allgemeinem Exportverein, von Jernkontoret und von Stockholms Handelskammer.¹³⁾ Jernkontorets Beschluß an dieser Aktion teilzunehmen, wurde auf derselben Sitzung, auf der über die Zusammenkunft mit Hellner berichtet wurde, gefaßt.¹⁴⁾

Hellner war, wie von Sven Anders Söderpalm gezeigt worden ist, mit der Aktion einverstanden.¹⁵⁾ Der von Söderpalm betonte außenpolitische Hintergrund dieser Aktion wird durch die zwei britischen Noten noch deutlicher. Schweden stand vor der direkten Gefahr einer Handelsdiskriminierung. Weiter galt es, die schwedischen Interessen bei der zukünftigen Friedenskonferenz zu bewachen und deswegen vorher eine möglichst günstige Atmosphäre zu schaffen. Die Aktien Schwedens und der anderen neutralen Staaten standen bei den Siegermächten nicht hoch im Kurs. "Es kommt mir unerhört vor, aber wie ich die Verhältnisse kenne, scheint es mir gar nicht unmöglich zu sein, daß Fragen über die Interessen der Neutralen

entschieden und diskutiert werden, ohne daß sie ihre Stimme erheben dürfen," schrieb Herman Wrangel, der schwedische Gesandte in London Ende November an Hellner.¹⁶⁾ Der schwedisch-deutsche Handel war außerdem durch die Ostseeblockade lahmgelegt.¹⁷⁾ Man konnte erwarten, daß auch der Handel mit Rußland durch den dort anhaltenden Bürgerkrieg und durch die Blockade minimal werden würde.

In dieser Lage beschloß die schwedische Regierung im Dezember 1918, den Vertrag mit Deutschland zu kündigen.¹⁸⁾ Die schwedische Regierung hatte den geheimen Vertrag vom 17. Mai 1918 über die Ålandinseln schon am Tag vor dem Waffenstillstand gekündigt.¹⁹⁾

Diese Maßnahmen betonten, daß Schweden vorhatte, eine westlich orientierte Politik zu betreiben. Die Kündigung des Handelsvertrags wurde in Berlin auch so aufgefaßt. Am 23. Dezember 1918 benachrichtigte der schwedische Gesandte in Berlin, Hans von Essen, den Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen, von dem Beschluß der schwedischen Regierung. Die deutsche Reaktion war heftig. Freiherr von dem Bussche ließ von Essen verstehen, daß die deutsche Regierung vermute, die Kündigung geschehe unter dem Druck der Entente. Wie die Dinge nun ständen, sei es nicht denkbar, daß die vorgeschlagenen Verhandlungen aufgenommen werden könnten.

Die deutsche Demonstration war nicht von langer Dauer. Schon am 31. Dezember konnte von Essen dem Außenministerium mitteilen, daß er die schriftliche Antwort der Deutschen auf die Kündigung erhalten habe. Man habe sich bereiterklärt "tunlichst bald in Verhandlungen über den Abschluß eines Provisoriums einzutreten."²⁰⁾

III.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerung

Die Pläne der Ententestaaten für die Wirtschaftspolitik der kriegszeit und die zwei britischen Noten vom 16. Juli 1918 machten der schwedischen Regierung klar, daß Schweden unter der drohenden Gefahr lebte, nach dem Krieg handelspolitisch diskriminiert zu werden. Für am gefährlichsten wurde die Bedrohung der Rohstoffzufuhr betrachtet.

Das Eindringen der englischen Flotte in die Ostsee verschärfte die Lage. Es bedeutete, daß sich England damit Kontrolle über den vorher vom Krieg ziemlich ungestörten Ostseehandel mit Deutschland verschaffte. Gleichzeitig erhielt man dadurch große Möglichkeiten, den Handel zwischen Schweden und Rußland zu überwachen.

Die Regierung paßte die schwedische Handelspolitik der veränderten Lage an, indem sie den schwedisch-deutschen Handelsvertrag kündigte, der vor dem Krieg für das schwedische Handelsvertragssystem grundlegend gewesen war. Damit leitete sie eine Loslösung von den handelspolitischen Bindungen an Deutschland ein und schuf Voraussetzungen für eine Umänderung der Handelspolitik, während sie gleichzeitig freie Hand bekam, um bei einer eventuellen handelspolitischen Diskriminierung Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

IV. Veränderungen in Richtung stärkerer Integration zwischen Staat und Wirtschaft in Schweden im Frühjahr 1919

IV.1 Die Umorganisation des Außenministeriums, die Bildung eines Handelsministeriums sowie die Einsetzung des Zoll- und Vertragskomitees

In Westeuropa entwickelten sich im 18. und 19. Jahrhundert zunehmend demokratisch-parlamentarische Ideale, die einhergingen mit Vorstellungen von einer schwachen Staatsgewalt und scharfen Grenzen zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Diese Ideen sollten auch während des 20. Jahrhunderts ihren Einfluß beibehalten. Protektionismus, neue Organisationsbestrebungen usw. zeichnen jedoch seit etwa 1870 eine konkurrierende Entwicklung ab. Der Erste Weltkrieg bedeutete überall einen Zuwachs staatlicher Regelungs- und Kontrollfunktionen. Dies hatte auch, z.B. in Deutschland, eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat zur Folge. U.a. unterstreicht Schröter, wie sich in Deutschland diese Tendenz auch nach dem Krieg teilweise fortsetzte und wie die verschiedenen Regierungen in Europa im allgemeinen einen starken Hang zeigten, sich im ökonomischen Bereich zu engagieren.¹⁾

Effektive Entscheidungsstrukturen und Einigkeit nach außen - z.B. durch die Bildung von Zusammenarbeitsorganen zwischen Wirtschaft, Verwaltung und politischem System eventuell unter staatlicher Leitung - können wichtige Mittel sein, um dadurch den Großmächten gegenüber die machtpolitische Unterlegenheit zu kompensieren. Das macht es in diesem Zusammenhang besonders wichtig zu untersuchen, welche Initiativen ergriffen wurden für die Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft und für staatliche Intervention und Lenkung im Bereich der Handelspolitik. Solche Initiativen können verschiedener Art sein und auf Umorganisationen der Regierung und der Ministerialbürokratie hinauslaufen, auf Bildung neuer Ministerien oder Abteilungen innerhalb der Ministerien mit ökonomischer Kompetenz und mit der Möglichkeit, Wirtschaftsinteressen in Form von z.B. besonderen Handelsministerien oder Handelsabteilungen wahrzunehmen. Sie können auch eine Gründung direkter ständiger oder vorübergehender Zusammenarbeitsorgane zwischen Staat, Wirtschaft und Politik erzielen wollen, und das kann eine Übertragung der staatlichen Souveränität auf derartige Organe zur Folge haben.

Die Umorganisation des schwedischen Außenministeriums, die im Herbst 1919 durchgeführt wurde, ist für diese Entwicklung bezeichnend. Der Reichstag hatte in einem Schreiben vom 12. Juni 1918 einer Gruppe Sachverständiger den Auftrag gegeben, in erster Linie die Frage einer Erweiterung der Konsularvertretungen zu untersuchen. Schwedens Allgemeiner Exportverein scheint dabei eine besondere Antriebskraft gewesen zu sein.²⁾ Das Schreiben des Reichstags war durch einen Antrag dessen Geschäftsführers Erik Nylander veranlaßt worden. Er wurde auch einer der Sachverständigen. Im März 1919 resultierte aus dieser Untersuchung eine Regierungsvorlage mit dem Vorschlag durchgreifender Veränderungen.³⁾ Hellner hatte diesen auf Grund der an Zahl und politischer Bedeutung ununterbrochen zunehmenden kommerziellen Interessen "für richtig gehalten, und damit die Untersuchung effektiv wird, muß sie auch eine veränderte Organisation des ganzen Außenministeriums umfassen." Angelegenheiten von politischer und handelspolitischer Natur wurden der politischen und handelspolitischen Abteilung zu gemeinsamer Behandlung zugeteilt. Diese war in drei

Büros aufgeteilt worden, die nach dem Regionalsystem organisiert wurden. Für Handelsangelegenheiten von nicht so großer politischer Bedeutung wurde eine besondere Handelsabteilung (speciella handelsavdelningen) eingerichtet.⁴⁾

Was die Vertretung im Ausland anbelangt, wurden die diplomatische und die konsularische Laufbahn vereint, man schlug vor, die Zahl der Handelsattachés zu vergrößern und versuchsweise wurde eine neue Art von Stellen geschaffen, die des sog. Sozialattachés.⁵⁾

Auch die alte Forderung nach Bildung eines Ministeriums für Industrie, Handel und Schifffahrt wurde verwirklicht.⁶⁾ Die schwedische Industrie setzte dafür den Staat unter Druck. Der Verband der schwedischen Industrie sowie mehrere Handelskammern forderten gegen Ende des Krieges, daß die Reform endlich durchgeführt werden sollte.⁷⁾ Durch die Gründung des Handelsministeriums im Juli 1920 wurde somit eine von der Wirtschaft lang erstrebte Reform der Ministerialbürokratie verwirklicht.

Im Hinblick auf die Probleme beim Übergang vom Krieg zum Frieden setzte der Finanzminister Fredrik Thorsson Ende Januar 1919 ein besonderes Zoll- und Vertragskomitee ein. Er verwies dabei auf das Gesuch des Steuerausschusses des Reichstages von 1918, eine allseitige Untersuchung der Auswirkungen des geltenden Zollsystems vorzunehmen. Damals meinte der Ausschuß, man könne sich den Wirkungen der Wirtschaftspolitik der Großmächte nicht verschließen, da diese für das Land folgenscher werden könnten und dessen wirtschaftliche und dadurch auch die politische Unabhängigkeit gefährdet werden könnte. Thorsson hob hervor, die Veränderungen, die der Krieg für die Wirtschaft zur Folge gehabt habe, ließen für viele Jahre mit Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln rechnen.

Das Zoll- und Vertragskomitee bekam den Auftrag, eine allseitige Untersuchung der Auswirkungen des geltenden Zollsystems und der damit im Zusammenhang stehenden Fragen der schwedischen Vertragspolitik vorzunehmen. Man solle besonders auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Norden Rücksicht nehmen. Den Regierungen in Dänemark und Norwegen solle mitge-

teilt werden, daß Schweden bereit sei, durch delegierte Bevollmächtigte Verhandlungen über einen endgültigen Plan einer zukünftigen wirtschaftlichen und insbesondere einer handelspolitischen Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern einzuleiten.⁸⁾ Die schwedische Regierung tat somit ihr Interesse kund, die während des Krieges eingeleitete skandinavische Zusammenarbeit fortzusetzen und auszubauen.

Hinter der Ernennung des Zoll- und Vertragskomitees lagen auch die innerhalb der Linken lange gehegten Hoffnungen, eine Veränderung des Zollsystems zustandezubringen, und zwar in Übereinstimmung mit den Wünschen der sozialdemokratischen und liberalen Mehrheit der Zweiten Kammer in einer vom Freihandel bestimmten Richtung.⁹⁾ Aber gleichzeitig bedeutete die Entstehung des Komitees, daß die Frage eines neuen Zolltarifs aus der aktuellen Politik ausgeklammert wurde. Durch seine Existenz war das Komitee in Zukunft ein relativ effektvolles Hemmnis gegen die Forderungen gewisser Industrien nach schnellen Zollerhöhungen, die auf Grund des Übergangs zu Friedensverhältnissen zu erwarten waren.¹⁰⁾

Für seine drei Aufgaben wurde das Komitee in drei Ausschüsse aufgeteilt: einen Zoll-, einen Vertrags- und einen skandinavischen Ausschuß. An den Zollausschuß wurden Fragen betreffs allgemeiner Untersuchungen über die Wirkung des Zollsystems geleitet. Der Vertragsausschuß befaßte sich mit allgemeinen Vertragsfragen und der skandinavische mit Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Nachbarstaaten. Einige wenige Fragen, besonders solche, die zur Begutachtung von der Regierung kamen, wurden vom Komitee in Plenarsitzung behandelt.¹¹⁾

Als Vorsitzender des Zoll- und Vertragskomitees wurde der von der Linksregierung wohlangesehene Landeshauptmann Oscar von Sydow ernannt. Stellvertretender Vorsitzender des Komitees wurden der Chef des Kommerzkollegiums, Generaldirektor K.A. Fryxell und der Chef der Zollverwaltung, Generaldirektor N.H.R. Themptander. Fryxell sollte außerdem bei Abwesenheit von Oscar von Sydow Vorsitzender des Vertrags- und des skandinavischen Ausschusses sein.¹²⁾

Von den neun Mitgliedern des Zollausschusses waren nicht we-

niger als fünf Reichstagsabgeordnete. Drei davon waren ausgesprochene Befürworter des Freihandels, nämlich der Liberale und Vorsitzende des Steuerausschusses des Reichstags, Erik Röing, der Sozialdemokrat Gustav Möller und der Linkssozialist Fabian Månsson. Die beiden anderen, Johan Rehn vom landwirtschaftlichen Flügel der Liberalen, und der konservative Johan Nilsson von Skottlandshus interessierten sich hauptsächlich für die Zollfragen innerhalb des landwirtschaftlichen Bereichs. Das Kommerzkollegium wurde durch Ministerialrat A.F. Enström, der auch Vorsitzender des Verbandes der schwedischen Elektroindustrie war, vertreten. Sachverständiger war Professor Nils Wohlin. Die Vertretung der Wirtschaft war gering. Sie bestand aus dem Sekretär der Handelskammer in Göteborg, dem Dr. J.C. Lembke als dem Vertreter des Handels und aus Generalkonsul Olof Söderberg für die Industrie. Söderberg war ein einflußreicher Mann. Er war Vorstandsmitglied in Enskilda Banken, war vorher Vorsitzender der Stockholmer Handelskammer gewesen, war auch Vorstandsmitglied des Verbandes der schwedischen Industrie ebenso wie geschäftsführender Direktor der Stora Kopparbergs Bergslags A.B., die weitreichende Exportinteressen hatte. Während des Krieges gehörte Söderberg zu der Unternehmergruppe, die sich um Zusammenarbeit mit der Edén-Branting'schen Regierung bemüht hatte. Die Vertretung der Wirtschaft war also aus Kreisen geholt worden, die am Export und dem Freihandel besonders interessiert waren.¹³⁾

Zum Vertragsausschuß gehörten außer dem Vorsitzenden acht Mitglieder. Davon waren K.J. Beskow, Edvard Eriksson, Ivar Kreuger und Josef Sachs die Vertreter der Wirtschaft. Der Nationalökonom Professor David Davidson war Sachverständiger, P.E.G. Insulander, Ministerialrat im Landwirtschaftsministerium und Mitglied der Kommission für Lebensmittelversorgung, war Spezialist in Agrarfragen. Der Reichstag wurde durch zwei Sozialdemokraten vertreten, durch das Mitglied der Kommission für Lebensmittelversorgung C.E. Svensson und durch den Sekretär des Kooperativen Verbandes, Arvid Örne. Beide waren überzeugte Befürworter des Freihandels. Örne kann sogar als der leidenschaftlichste Verfechter des Freihandels innerhalb der Sozialdemokratie bezeichnet werden. Der Aus-

schuß wurde für seine Arbeit in eine angelsächsische, eine germanische, eine romanische und eine slawische Unterabteilung aufgespalten. Für die Leitung der germanischen Unterabteilung wurde Konsul Torsten Lundgren vom Außenministerium bestimmt. Die angelsächsische Unterabteilung wurde unter die Leitung des Vorstandsmitglieds im Verband der schwedischen Industrie des Disponenten Elis Bosaeus gestellt.¹⁴⁾ Der Großhändler Emil Hamrin wurde Leiter der slawischen Unterabteilung.

Die Zusammensetzung des Vertragsausschusses erhielt somit eine starke industrielle Komponente. Das unterstreicht die Zusammenarbeit zwischen gewissen Kreisen der Industrie und der schwedischen Linksregierung, eine Zusammenarbeit, die schon von S.A. Söderpalm hervorgehoben worden ist.¹⁵⁾ Unter den Vertretern der Wirtschaft gehörte Josef Sachs zu der Gruppe um Marcus Wallenberg und Enskilda Banken.¹⁶⁾ Ivar Kreuger scheint zu dieser Zeit bei Wallenberg gut angeschrieben gewesen zu sein. Dieser hatte ihn einen Monat vorher Hellner als Vertreter der Exportindustrie in einer Handelsdelegation für eventuelle Handelsvertragsverhandlungen vorgeschlagen und ihn dabei als einen "besonders pfiffigen Mann"¹⁷⁾ charakterisiert. Man kann annehmen, daß Sachs und Kreuger ein großes Interesse daran hatten, daß der freie Warenaustausch mit der Umwelt so schnell wie möglich wieder hergestellt wurde. Der Chef von Höganäsbolaget, K.J. Beskow, war von der Regierung bei der Umbesetzung innerhalb der Kommission nach dem Regierungswechsel im Herbst 1917 zum Vorsitzenden der Industriekommission ernannt worden.¹⁸⁾ Beskow kann in Zollfragen als ein maßvoller Vertreter der Interessen der Binnenmarktindustrie betrachtet werden.¹⁹⁾ Direktor Edvard Eriksson vertrat die Textilindustrie, und es kann deshalb angenommen werden, daß er eine protektionistische Einstellung hatte.²⁰⁾ Beskow und Sachs gehörten 1919 beide zum Vorstand des Verbandes der schwedischen Industrie.²¹⁾ Sachs war außerdem Mitglied im Vorstand und im Arbeitsausschuß von Schwedens Allgemeinem Exportverein.²²⁾

Die Zusammensetzung des Vertragsausschusses räumte nicht nur der Wirtschaft und besonders den exportierenden Kreisen einen starken Einfluß ein. Die Ernennung zweier dem Freihandel ge-

genüber so ausgeprägt positiv eingestellter Reichstagsabgeordneter wie Svensson und Örne wies auch darauf hin, in welche Richtung die Regierung die Handelspolitik lenken wollte.

Der skandinavische Ausschuß hatte außer dem Vorsitzenden nur fünf Mitglieder: K.J. Beskow als Vertreter der Industrie, Dan Broström für die Schifffahrt und P.E.G. Insulander für die Landwirtschaft (Jordbruksstyrelsen). Der Reichstag wurde durch Erik Röing und C.E. Svensson vertreten.²³⁾ Dan Broström gehörte zu den pro-westlich eingestellten Reederkreisen und hatte während des Krieges hinsichtlich der Handelspolitik eng mit der Edén-Regierung zusammengearbeitet.²⁴⁾

Das Zoll- und Vertragskomitee erhielt weitreichende Befugnisse. So verschaffte man sich eigene Korrespondenten die direkt an das Komitee berichteten. Vom schwedischen Generalkonsulat in London berichtete beispielsweise Harry Eriksson, das Außenministerium umgehend, direkt an das Komitee über die Entwicklung in der wichtigen Kohlefrage.²⁵⁾ Das Zoll- und Vertragskomitee sandte kurz nach dem Krieg ebenso Leute aus, die über die Lage in den verschiedenen Ländern berichten sollten. Dafür nahm man gerne Männer der Wirtschaft. So besuchte im Frühjahr 1919 Direktor Axel Wahlberg im Auftrag vom Jernkontoret und dem des Komitees die Vereinigten Staaten, und der geschäftsführende Direktor des Exportvereins Erik Nylander unternahm im Auftrag des Exportvereins sowie dem des Komitees im Herbst 1919 eine ähnliche Reise nach Amerika und Europa.²⁶⁾

Normalerweise wurde die Handelspolitik vom Außenministerium geleitet, aber in den ersten Jahren nach dem Krieg waren die Beschlüsse des Vertragsausschusses von großer Bedeutung. Die Koordination zwischen ihnen wurde dadurch erleichtert, daß bei der Umbesetzung im Außenministerium im Herbst 1919 und bei der Bildung des politischen und handelspolitischen Ausschusses dort Torvald Höjer²⁷⁾ - auch Mitglied des Vertragsausschusses -²⁸⁾ Chef wurde. Höjer war an und für sich ein ausgezeichnete Vertreter des sog. typischen Beamten, aber doch nicht ganz ohne eine von persönlichem Interesse bestimmte Verbindung zur Wirtschaft. Ab Frühjahr 1920 nahm Svenska Handelsbanken seine Dienste als Berater in Anspruch. Er soll-

te "zu gegebenen Gelegenheiten Auskünfte und Untersuchungen in finanzpolitischen Fragen geben." Der Auftrag war aus ökonomischen Gründen übernommen worden.²⁹⁾ Auch der Kabinettssekretär im Außenministerium, W. Boström, stand als Vorstandsmitglied in der handelspolitisch aktiven A.B. Pumpseparator im Dienste der Wirtschaft³⁰⁾ ebenso sein höchster Chef, der Außenminister Johannes Hellner, der den Kreisen um Enskilda Banken nahe stand.³¹⁾

Durch seine Zusammensetzung trafen sich im Vertragsausschuß die Interessen der Regierung, des Reichstags und der Wirtschaft. Zeitweise bildete er eine recht effektive Abschirmung gegen Einblicke in die Vorgänge um die handelspolitischen Fragen. Die Zusammensetzung des Zoll- und Vertragskomitees konnte von der für den Binnenmarkt produzierenden Industrie als eine Bedrohung empfunden werden. Jernkontoret hatte schon vorher ein eigenes Zoll- und Vertragskomitee eingesetzt, dessen Vorsitzender Direktor Carl Sahlin wurde.³²⁾ Der Verband der schwedischen Industrie ernannte im Frühjahr 1919 auch ein Komitee aus "Anlaß der vergleichsweise geringen Vertretung", die der Industrie im staatlichen Zoll- und Vertragskomitee zugestanden worden war und im Hinblick auf die durchgreifende Bedeutung, die dessen Arbeit für die schwedische Industrie vermutlich haben würde. In diesem "Zoll- und Vertragskomitee des Verbandes der schwedischen Industrie" wurde Direktor Axel Vennersten Vorsitzender - er war auch Vorsitzender des Verbandes. Stellvertretender Vorsitzender wurde der geschäftsführende Direktor der TGO, Gunnar Dillner, Mitglieder wurden Direktor Erik Bernström, A.B. Separator, Elis Bosaeus, Direktor Birger Carlson, Verein der Maschinenbauindustrie, Generalkonsul John Fredholm, Direktor Carl Sahlin, Konsul K.G. Wetterholm und der geschäftsführende Direktor des Verbandes, Axel Hultcrantz. Man errichtete ein Zollbüro unter der Leitung Wetterholms "um aus der Sicht der Industrie hierhergehörende Fragen vorzubereiten und zu untersuchen."³³⁾ Wetterholm hatte wie Vennersten 1911 an den schwedisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen teilgenommen.³⁴⁾

IV.2 Einfuhrverbote oder freier Handelsaustausch?

Die Konferenz am 20. Februar 1919 und ihr Nachspiel

Nach dem Waffenstillstand im November 1918 lief der Handelsaustausch mit den Alliierten weiterhin nach dem Handels- und Tonnagevertrag vom Mai 1918 ab. Durch die Anwesenheit der britischen und später auch der französischen Flotte in der Ostsee wurden die deutsche wie auch die russische Ostseeküste blockiert. Der Handelsaustausch mit Deutschland durfte nur in sehr begrenztem Umfang und mit Lizenzen stattfinden, die ein Comité Interallié du Commerce en Suède, das in Stockholm eingerichtet worden war, erteilte. Das neutrale Schweden mußte sich im Frühjahr 1919 mit einer genauen Kontrolle seines Ostseehandels abfinden. Nur einige bestimmte Rohstoffe durften aus Deutschland exportiert werden.¹⁾

Als das Kontrollsystem allmählich aufgehoben wurde, stellte es Schweden vor eine Reihe neuer, schwerer Probleme. Sollte man nach Abschluß des Friedens eine schnelle Wiederherstellung eines freien Handelsaustauschs mit der Umwelt anstreben, was bedeuten würde, daß man große Mengen ausländischer Waren hereinließ? Die während des Krieges in die Höhe getriebenen Preise und Löhne würden es der schwedischen Industrie erschweren, in Konkurrenz mit der ausländischen zu treten.²⁾ Dies galt vor allem für die durch die kriegsbedingten Konjunkturen neugegründeten Unternehmen. Der Zollschutz der Vorkriegszeit war außerdem durch die Inflation erheblich geschwächt worden, da Schweden hauptsächlich Gewichtszölle hatte. Somit waren die Zölle für Eisen- und Metallerzeugnisse von 13,6% des Importwertes von 1913, 1919 auf 5,6% gesunken und für Maschinenbauerzeugnisse von 12,4% auf 8,8%.³⁾ Die dem Freihandel gegenüber positiv eingestellte Regierung schien nicht bereit zu sein, irgendwelche unmittelbaren Zoll erhöhungen durchzuführen. Sie überließ es stattdessen dem Zoll- und Vertragskomitee, auf weitere Sicht ein zollpolitisches Programm auszuarbeiten.

Die Frage des Schutzes für die schwedische Industrie war jedoch eng verbunden mit der Finanzpolitik, die die Regierung führen wollte. Der Unterschied zwischen dem schwedischen Preisniveau und der der führenden Industrieländer konnte nur

ausgeglichen werden, indem man entweder sofort einen unbegrenzten Import zuließ und somit den freien Markt den Ausgleich bewirken ließ oder indem man Importverbote durchführte, die die Binnenindustrie während einer Übergangszeit schützten, sodaß man dann eine allmähliche Anpassung an die Weltmarktpreise schaffte. Erstere Lösung würde den Konkurs vieler konkurrenzschwacher Unternehmen zur Folge haben mit anschließender Arbeitslosigkeit. Diese Fragen wurden auf einer großen vertraulichen Konferenz am 20. Februar 1919 mit Vertretern der Wirtschaft, der Regierung und der Verwaltung unter Leitung der Industriekommission lebhaft diskutiert. Unter den etwa hundert Teilnehmern befanden sich Finanzminister Thorsson und Staatssekretär Richard Sandler, der Leiter der Rechtspartei in der Zweiten Kammer Arvid Lindman sowie hervorragende Vertreter der Banken und der Wirtschaft. Wichtige Entscheidungen standen bevor.

In einer Eröffnungsrede forderte Direktor Hjalmar Heimbürger, Chef der Abteilung der chemischen Industrie der Industriekommission, daß man auf Grund des hohen schwedischen Preisniveaus vorübergehende Importverbote einführen sollte. Es sei nötig, daß eine Anpassung an das internationale Preisniveau stattfände, aber die schwedische Industrie habe Rohstoffeinkäufe zu hohen Preisen getätigt und bevorstehende Preissenkungen würden für einige Unternehmen große Verluste bedeuten. Eine Senkung des schwedischen Preisniveaus könne nur durch Lohnkürzungen erzwungen werden, und diese könnten nur durch Arbeitslosigkeit erkaufte werden. Heimbürger warnte vor den Konsequenzen einer solchen Politik: "Auch unser Land ist von der bolschewistischen Krankheit angesteckt worden, und Arbeitslosigkeit und Not sind dafür ein außerordentlicher Nährboden." Es sei deshalb passender, den Streit um die Löhne auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, wenn das Gleichgewicht der Welt einigermaßen wiederhergestellt worden sei. Zweckmäßige Importverbote würden den nötigen Schutz gewähren, um zu verhindern, daß große Teile der schwedischen Industrie auf Grund der internationalen Konkurrenz ausfallen würden.

Heimbürgers Vorschlag wurde von einer Anzahl von Vertretern der Eisen- und Stahlindustrie / C. Sahlin, K.A. Hult, der Maschinenbauindustrie, / Hugo Carlsson, Fagersta /, der Tex-

tilindustrie / C. Mark / und der chemischen Industrie / K. Kjellander / unterstützt.

Allgemein klagte man darüber, daß die ausländischen Rohstofflieferanten stark überhöhte Preise forderten. Besonders große Unruhe wurde über die Steinkohleversorgung ausgedrückt. Die geltenden hohen Steinkohlepreise seien eine direkte Bedrohung der schwedischen Konkurrenzkraft. Die Eisenindustrie war um ihrer Konkurrenzfähigkeit willen besonders davon abhängig, keine höheren Kohlepreise bezahlen zu müssen als das Ausland. Sahlin behauptete einige Tage vor der Konferenz, vom Hüttenverein den Auftrag bekommen zu haben, "angesichts der Gefahr einer Überschwemmung von ausländischem Eisen zu viel niedrigeren Preisen, als man es in Schweden herstellen konnte", staatliche Maßnahmen zu fordern. Man könnte sich Importverbote mit Lizenzen für die Fälle denken, in denen Import für nötig gehalten würde. Aber um die schwedischen Produktionskosten senken zu können, müsse der Preis der ausländischen Steinkohle auf erträgliche fob-Preise gesenkt werden. Durch Auflagen von Seiten des englischen Staates sei die schwedische Industrie gezwungen, große Summen zu zahlen, die die Erzeugnisse nur verteuerten. Sahlin stellte sich vor, man könne durch entsprechende Importrestriktionen eine Befreiung von diesen Auflagen erreichen. Dadurch könne man nämlich dem Ausland gegenüber eine stärkere Stellung erhalten und durch eine Kompensationspolitik Vorteile gewinnen.

Vertreter der auf Export eingestellten Maschinenbauindustrie warnten intensiv vor einer solchen Politik. Es sei zwar wahr, daß die Entente lieber Fertigprodukte als Rohwaren, z.B. lieber Superphosphat ausführen wolle als Rohphosphat, lieber Schuhe als Leder usw, aber wenn feststehe, daß die Engländer sorgfältig darauf achteten, daß Schweden keine allzu billigen Rohstoffe für seine Industrie bekäme, sei es jedoch nicht ratsam, die Situation durch Repressalien verbessern zu wollen. Die Direktoren L.H. Kyhlberg, A.B. Baltic (Separatorenindustrie), E. Bernström, A.B. Separator und T. Jeanson, Munktell erklärten die Ursachen für den Widerstand der Exportindustrie folgendermaßen: "Welchen Bedarf hat Schweden?" fragte sich Kylberg und gab selbst die Antwort: "Rohstoffe und Gebrauchsartikel für unsere Industrie, teilweise auch Le-

bensmittel für unsere Bevölkerung, und was uns unweigerlich als das Wichtigste erscheint, ist die Steinkohlenversorgung." Schweden könne den Ententeländern keine einzige Ware anbieten, die für jene genauso wichtig sei. Sie seien lange Zeit ohne schwedisches Holz und Zellulose ausgekommen. Wenn sich Schweden auf eine Vergeltungspolitik einließe, würde es zum Schluß selbst den kürzeren ziehen.

Es würde der Exportindustrie nur schaden, wenn man die Auswirkungen des Preisverfalls auf Schweden durch Importbeschränkungen aufzuschieben versuche, da dies die Verwendung von billigen Rohstoffen und Halbfabrikaten verzögere. Dadurch würden die ausländischen Konkurrenten für die schwedische Exportindustrie gute Möglichkeiten erhalten, sich auf den Märkten, um die man wetteiferte, festzusetzen. Kyhlberg erklärte, daß die Exportindustrie derartige Entwicklungsmöglichkeiten habe, wie man sie sich vor dem Krieg nicht habe vorstellen können. Es sei von nationalem Interesse, diese auszunützen. Dies gelte vor allem für "die Gebiete, die aus geographischen Gründen auf uns als Hauptmarkt angewiesen sind, nämlich Rußland und Zentraleuropa." Es gelte, die Lücke, die durch die Notlage der deutschen Industrie entstanden sei, auszunützen. "Sie ist für uns unschätzbar, wenn wir die Lage nur schnell genug ausnützen."⁴⁾ Kyhlberg gab den Entwicklungsbestrebungen der schwedischen Exportindustrie dadurch klaren Ausdruck.

Die Konferenz zeigte tiefgehende Interessensgegensätze zwischen der Exportindustrie und der Binnenmarktindustrie. Die Gegensätze liefen quer durch die Branchenzugehörigkeit. So war die Maschinenbauindustrie zersplittert. Aber die Diskussionen zeigten deutlich das große Interesse der Exportindustrie, so schnell wie möglich auf den Weltmarkt zu gelangen, um die Möglichkeiten auszunützen, die Deutschlands Niederlage bot. Die Binnenmarktindustrie wollte sich ihrerseits vor allem durch Importverbote vor der ausländischen Konkurrenz schützen. Dabei bezog man sich auf die drohende Arbeitslosigkeit und die dadurch zu erwartende Radikalisierung des Landes.

Eine einheitliche Auffassung in bezug auf die Einführung von

Importverboten hatten die Vertreter der Industrien also nicht. Der protektionistisch eingestellte Vorsitzende der Industriekommission Gösta Malm verlangte deshalb zum Schluß, daß diejenigen Industriezweige, die Schutz haben wollten, deswegen separate Schreiben einreichen sollten. Dies wurde auch dem Verband der schwedischen Industrie mitgeteilt. Dessen Arbeitsausschuß betonte bei der Behandlung der Frage zum einen, "daß wir in handelspolitischer Hinsicht keine unabhängige Stellung einnehmen, deshalb würde das Ausland sicher Vergeltungsmaßnahmen ergreifen," wenn man Importverbote erließe, zum anderen, daß der Verband der schwedischen Industrie wegen der Uneinigkeit, die in dieser Frage in den eigenen Reihen herrsche, keine Maßnahmen ergreifen könne.⁵⁾

Die Folge waren einige Schreiben, über die sich die Industriekommission am 17. Mai 1919 beim Finanzministerium äußerte. Nach der bisherigen Entwicklung war nicht zu erwarten, daß sie sich für Importverbote aussprechen würde, aber Malm wies auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Zollltarife hin, damit sie wieder das Vorkriegsniveau erreichten. Im übrigen wurde hervorgehoben, daß die Schwierigkeiten der schwedischen Wirtschaft vor allem zwei Ursachen hätten. Die schwedische Konkurrenzkraft nehme durch die "schwindelerregenden Kohlepreise," die man zu zahlen gezwungen sei, ab. Die Industriekommission wolle aufs schärfste die Bedeutung größter Anstrengungen zur Senkung der Preise unterstreichen. Wenn die schwedische Industrie weiterhin Kohle zu den wesentlich höheren englischen Preisen kaufen müsse, würde die schwedische Konkurrenzkraft bedeutend geschädigt. Der Kohlepreis habe "eine sehr weitgehende Bedeutung" für die ganze schwedische Wirtschaft auch dadurch, daß er die Höhe der innerschwedischen Eisenbahntarife bestimme. Die andere Ursache sei der hohe Wert der schwedischen Währung im Verhältnis zu den Währungen der ausländischen Konkurrenten Schwedens, dies gelte besonders für die deutsche. Dadurch daß diese unterbewertet sei, d.h. daß ihre inländische Kaufkraft bedeutend höher sei, als die im Ausland, könne die deutsche Industrie ihre Erzeugnisse zu bedeutend niedrigeren Preisen anbieten als die schwedische. Die Kommission meinte allerdings, daß nach dem Frieden normalere Währungsverhältnisse eintreten

würden. 6)

Die russische Revolution und die Reformierung des Wahlrechts 1918 stärkten die Sozialdemokratie in Schweden. Es kam jetzt darauf an, wie sich die Partei in ihrer neuen Schlüsselstellung zu den ökonomischen Fragen stellen würde. Wie die sozialdemokratischen Parteien anderweitig in Europa, so wurde auch die schwedische Partei bei Kriegsende u.a. vor die Frage gestellt, wie man sich zur Handhabung staatlicher Lenkung der Ökonomie während des Kriegszeit stellen sollte. An der Krisenkonferenz vom 20. Februar nahm der Reichstagsabgeordnete Bernhard Eriksson, der Vertreter der Partei in der Industriekommission, teil. Einige Tage später gab Eriksson der Reichstagsfraktion einen ausführlichen Bericht über die Lage der schwedischen Industrie. Er befürchtete, daß eine schwere Krise mit großer Arbeitslosigkeit bevorstehe.

Die Übersicht, die Eriksson gab, stammte hauptsächlich aus dem Material, das auf der Konferenz vom 20. Februar vorgelegt worden war. Anlaß der Krisensituation seien das hohe Preisniveau und die daraus erwachsenden hohen Löhne, die hohen Kohlepreise, im Ausland teuer erstandene Rohstoffe, der hohe Wert der schwedischen Währung, das Verbot, an die Zentralmächte zu liefern samt den Bestrebungen der Entente, den Rohstoffexport nach Schweden zurückzuhalten, um dadurch den eigenen Export von Halb- und Fertigfabrikaten zu begünstigen. Eriksson meinte, wenn man sicher sei, daß sich Importverbote günstig auf die Arbeitslosigkeit auswirken würden, könne man die damit verbundenen Nachteile akzeptieren. Aber er gab keine bestimmten Empfehlungen. 7)

Im Verlauf der Diskussionen während der Sitzungen, die die Parteifraktion am 6. und 13. März über die Frage abhielt, zeigte es sich, daß man darüber entzweit war in der Beurteilung dessen, was man tun sollte. Anders Örne verteidigte leidenschaftlich die Freihandelsprinzipien. Es sei Wahnsinn, die Staatskasse den Unterschied zwischen dem Weltmarktpreis und dem Binnenmarktpreis zahlen zu lassen. Man müsse den Produktionsumfang herausfinden, der für das Land notwendig sei. Schweden müsse die Wirtschaftskrise in Kauf nehmen. "Es hat eine Massenproduktion von Millionären stattgefunden,

jetzt muß eine Massenproduktion von Konkursen folgen. Hier muß ein Generalausverkauf erfolgen, vorher bekommen wir keine gesunden Verhältnisse im Land." Das Preisniveau müsse sinken, behauptete Örne und appellierte an alle, die im Staate etwas zu sagen hatten, die Löhne niedrig zu halten. Emil Kristensson, Mitglied des Bankausschusses des Reichstags und ab 1920 dessen Vorsitzender, unterstützte Örne.

Der Parteivorsitzende Hjalmar Branting gab Örne und Kristensson recht darin, daß das Preisniveau sinken müßte, "aber es sollten gleitendere Übergänge zu finden sein als der reine Zusammenbruch," erklärte er. Branting gab nicht an, welchen Ausweg er sich vorstellte. Importregelungen lagen Thorsson nicht fern - zunächst um Getreidepreiserhöhungen zu vermeiden. Die Reichstagsfraktion faßte keinen Beschluß, sondern erklärte am 13. März während der Verhandlung, die Diskussion solle als Antwort auf die Fragen gelten.⁸⁾

Auch auf der Jahreshauptversammlung des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Mai 1919 diskutierte man die Einstellung der Partei zu den Wirtschaftsfragen. Forderungen nach Sozialisierung der Wirtschaft wurden erhoben. C.E. Svensson unterstrich die von Bernhard Eriksson vorgetragene Auffassung, daß die Zeit für eine vollständige Sozialisierung der Industrie noch nicht reif sei, meinte aber "als Vertreter der arbeitenden Massen können wir nicht an der Frage einer starken staatlichen Kontrolle über die Industrie vorbeigehen." Aber die aktuellen Probleme mußten gelöst werden. Eine sozialistische Politik, geführt von der amtierenden Koalitionsregierung, war natürlich eine Unmöglichkeit. Die anhaltende Krise mußte gelöst werden. Richard Sandler wollte auf die sozialdemokratischen Doktrinen verzichten und meinte, es sei "besser, bei der staatlichen Lenkung der Wirtschaft ketzerisch zu sein, als orthodox alles in die Zukunft zu verschieben." Jeden Augenblick könne man auf Grund der Wirtschaftskrise vor die Frage staatlicher Mitwirkung in der Produktion gestellt werden. Aber, meinte Sandler, "es wäre ein schlechtes Geschenk an die Arbeiter, hier anzufangen zu versuchen, durch Zölle und Importverbote diese Industrien künstlich am Leben zu erhalten." Die Kontrolle über die Industrie sollte man besser durch Teilnahme in den Vorständen der Unternehmen

zu erhalten versuchen als durch totale öffentliche Kontrolle. Die Diskussion lief darauf hinaus, daß ein Komitee gebildet wurde, das ein Aktionsprogramm ausarbeiten sollte.⁹⁾

Die Diskussionen um die Sozialisierung innerhalb der sozialdemokratischen Partei hatten kaum Ergebnisse in der praktischen Politik zur Folge. Stattdessen versuchte die liberal-sozialdemokratische Koalitionsregierung so schnell wie möglich zu Vorkriegsverhältnissen zurückzukehren. Der Widerwille in der Öffentlichkeit gegen die Regelungen der Krisenzeit war so groß, daß vermutlich schon aus diesem Anlaß eine andere Politik unrealistisch gewesen wäre. Im Herbst 1919 wurde die Handelskommission aufgelöst und etwas später die Industriekommission. Eine Vielzahl von Exportverboten wurde Anfang April 1919 abgeschafft und bis zur Jahresmitte waren die meisten Verbote aufgehoben worden. Importverbote wurden nicht eingeführt. Schweden war eins der Länder, das den Export am schnellsten freigegeben hatte.¹⁰⁾ Der erwartete wirtschaftliche Tiefstand und die Arbeitslosigkeit wurden gleichzeitig durch einen kräftigen Konjunkturanstieg im Herbst 1919 ersetzt.¹¹⁾

IV.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Die Schaffung effizienter Entscheidungsstrukturen und Einigkeit nach außen - z.B. durch Bildung von Kooperationsorganen zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik, eventuell unter staatlicher Leitung - ist ein wichtiges Mittel, die äußerliche Schwäche eines Kleinstaates zu kompensieren und überhaupt die Entwicklung von inneren Gegensätzen, die zu offenen, lähmenden Konflikten führen zu vermeiden.

Durch die Einsetzung des Zoll- und Vertragskomitees kam u.a. der Wille der amtierenden Regierung zum Ausdruck, auf längere Sicht eine auf den Export gerichtete, dem Freihandel gewogene Handelspolitik führen zu wollen. Ein Zeichen dafür waren einmal die unter den Vertretern der Wirtschaft so stark repräsentierten Export- und Freihandelsinteressen, zum anderen aber vor allem die Tatsache, daß die politische Vertretung des Komitees größtenteils aus den dem Freihandel gewogenen Gruppen des Reichstages geholt worden war. Man konnte des-

halb damit rechnen, daß die Überprüfung des Zollsystems, die dem Komitee als Aufgabe auferlegt wurde, in eine den Freihandel befürwortende Richtung durchgeführt werden würde.

Die Wirtschaft reagierte darauf, indem sowohl der Verband der schwedischen Industrie als auch das Jernkontoret eigene Zoll- und Vertragskomitees einsetzten. Innerhalb dieser beiden Organisationen gab es stark protektionistische Kreise. Die Regierung zeigte jedoch ihre Absicht, wie in den Kriegsjahren auch durch weitere Zusammenarbeit sowohl mit der ganzen schwedischen Wirtschaft als auch mit den skandinavischen Nachbarstaaten den Nachkriegsbelastungen der Wirtschaft entgegenzutreten. Der Vertragsausschuß wurde ein Gremium, in dem die Vertreter der Regierung, des Reichstags und der verschiedenen Interessen der Wirtschaft zu den wichtigsten handelspolitischen Problemen Stellung nahmen. Die Wirtschaft war auffallend stark repräsentiert.

Man nahm an, daß Teile der während des Krieges von so gut wie aller ausländischer Konkurrenz abgeschirmten schwedischen Industrie bei der Rückkehr zu einem freien Handelsaustausch ernste Umstellungsprobleme bekommen würden, besonders wenn sie in der Rohstoffversorgung diskriminiert werden würden. Im Hinblick auf Schutz für die Industrie zeigte es sich, daß diese geteilter Meinung war. Der Vorschlag vorübergehender Importverbote und Kompensationsverträge, den die auf den Binnenmarkt eingestellte Industrie unterstützte, wurde von der expansiv eingestellten Exportindustrie abgelehnt, da diese den Ausfall der deutschen Industrie auf den ost- und zentraleuropäischen Märkten schnell ausnützen wollte. In ihrem Widerstand wurde sie von der Regierung unterstützt, auch wenn die sozialdemokratische Partei in der Frage der Importverbote geteilt war.¹⁾ Die Regelungen der Krisenzeit wurden deshalb schnell abgeschafft, und Schweden bereitete sich auf einen freien Handelsaustausch mit der übrigen Welt nach dem Friedensabschluß vor. Eine Konferenz zwischen Vertretern der Wirtschaft, der Regierung und der Verwaltung am 20. Februar 1919 und ein Gutachten der Industriekommission vom 17. Mai des gleichen Jahres an die Regierung liessen jedoch weiterhin große Gegensätze und große Unsicherheit über die Handelspolitik er-

kennen. Dies sollte jedoch nicht eine Einigung über die Handelspolitik Deutschland gegenüber ausschliessen. Auch auf deutscher Seite war aber die Lage kompliziert.

V Staat, Wirtschaft und Handelspolitik in Deutschland im Schatten des Krieges, der Niederlage und Versailles'

V.1 Handelspolitische Bestimmungen des Versailler Friedens 1919

Normalerweise hat die historische Forschung nur die territorialen, die politischen und die juristischen Bedingungen des Versailler Friedens behandelt oder aber dessen wirtschaftliche Folgen. Im letzteren Falle hat man meist die Reparationsfrage diskutiert. Aber der Vertrag enthält auch andere wirtschaftliche Bedeutung als die, die die Reparationen betreffen. Er enthält einige wichtige Bedingungen, die die deutsche Handelspolitik für Jahre festlegte.

Ein Teil der Bestimmungen lief darauf hinaus, besonders England zu begünstigen. Nach dem Krieg bekam der Tonnagebestand eine große Bedeutung im Kampf um die außereuropäischen Märkte. Der, dem es gelang, sich dort zuerst zu etablieren, verschaffte sich große Vorteile. Deutschland wurde gezwungen, sämtliche Kolonien abzutreten, und es durfte nur ungefähr ein Zehntel der Handelsflotte behalten, hauptsächlich kleine Fahrzeuge. Außerdem wurde man dazu verpflichtet, fünf Jahre lang jährlich 200 000 BRT zu bauen, von denen England Dreiviertel erhalten sollte. Dadurch waren Deutschlands Möglichkeiten, sich auf dem nicht-europäischen Markt behaupten zu können, stark begrenzt.

Auch auf dem deutschen Binnenmarkt verschafften sich die Alliierten Vorteile für ihren Handel. So sollten alliierte Staatsangehörige in allen deutschen Häfen und auf allen Wasserstraßen die gleiche Behandlung erfahren wie die Deutschen selbst. Die größten deutschen Flüsse wurden unter internationale Verwaltung gestellt.¹⁾ Am wichtigsten war, daß sich die Alliierten bezüglich der deutschen Zölle, Gebühren, Export- und Importverbote sowie der verwaltungs- und verkehrstechnischen Maßnahmen uneingeschränkte Meistbegünstigung zuerkennt ließen. Diese Bestimmungen sollten fünf Jahre lang nach

Inkrafttreten des Friedens gelten. Der Völkerbundsrat konnte diese Bestimmungen auf unbestimmte Zeit verlängern. Die einseitige Meistbegünstigung bedeutete, daß Deutschland gezwungen war, den Alliierten alle Vorteile zu bewilligen, die es einem anderen Staat gewährte, während diese ihrerseits den deutschen Handel nach eigenem Gutdünken diskriminieren konnten. So erfreute sich der französische Export nach Deutschland der Meistbegünstigung, während der deutsche nach Frankreich nach dem französischen Maximaltarif abgewickelt wurde, der viermal höher war als der Minimaltarif. Außerdem galt, daß Deutschland sechs Monate lang, nachdem der Vertrag ratifiziert worden war, seine Zölle nicht über den Stand vom 31. August 1914 erhöhen durfte. Für gewisse Erzeugnisse, vor allem für Agrarprodukte einschließlich aller Weine sowie für Wolle galt diese Regel drei Jahre lang. Gerade die Agrarzölle waren früher für Deutschland bei seinen Handelsvertragsverhandlungen ein wichtiges Kompensationsobjekt gewesen. Auch die deutsche Zollhoheit innerhalb Deutschlands wurde dadurch eingeengt, daß den Siegermächten das Recht zugesichert wurde, eine besondere Zollordnung für das besetzte Gebiet festzulegen.²⁾

Auf Grund der Gebietsabtretungen wurden einige Sonderbestimmungen eingeführt. Diese begünstigten vor allem Frankreich. In dem kalten Krieg zwischen Frankreich und Deutschland von 1919 bis 1924, der auf den Versailler Frieden folgte, ging es vor allem um die Schwerindustrie. Diese war die Grundlage der Stärke Deutschlands und seines Wohlstandes sowie seines militärischen Potentials. Einige Bestimmungen des Friedensvertrags waren gegen die dominierende Stellung dieser Industrie in Europa gerichtet. Die Gebietsabtretungen bedeuteten, daß Deutschland 80% seiner Eisenerzbestände verlor, 43,5% seiner Kapazität für Roheisenherstellung, 36% der Stahlerzeugungskapazität und 34,4% der Kapazität für Walzwerkerzeugnisse. Indem die Eisen- und Stahlindustrien in Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet zu Frankreich kamen, wurde eine früher gut funktionierende wirtschaftliche Einheit zerschlagen. Der Friede bedeutete auch, daß die früher in deutschem Besitz befindlichen Werke der genannten Gebiete in französischen Besitz übergingen. Dazu kam der starke franzö-

sische Einfluß, den sich das französische Kapital in den an Polen abgetretenen Kohlebergwerken und Stahlwerken in Oberschlesien, Deutschlands zweiter Ruhr, verschafft hatte. Im Frieden wurde bestimmt, daß Erzeugnisse aus Elsaß-Lothringen, die nach Deutschland exportiert wurden, fünf Jahre lang von Zoll befreit wurden. Dies sollte u.a. den Eisen- und Stahlindustrien in Elsaß-Lothringen ihre früheren Märkte in Deutschland garantieren.³⁾ Entsprechende Bestimmungen galten für drei Jahre für die ehemals deutschen Gebiete, die an Polen abgetreten worden waren. Luxemburg gab schon im Januar 1919 die Zollunion mit Deutschland auf und erhielt im Frieden die gleichen Rechte. Französische Firmen (vor allem Schneider-Creusot) übernahmen dort die vorher deutschen Unternehmen. Das Saargebiet wurde dem französischen Zollgebiet angegliedert, aber alle seine Erzeugnisse sollten fünf Jahre lang frei nach Deutschland eingeführt werden können. Danach sollte diese Bestimmung auf Kohle und Eisen- und Stahlerzeugnisse beschränkt werden.⁴⁾

Die Bestimmungen des Versailler Friedens über deutsche Kohlelieferungen müssen vor dem Hintergrund des bevorstehenden Kampfes um die Weltmärkte und um die industrielle Hegemonie in Europa gesehen werden und nicht nur vor dem Hintergrund der Reparationsfrage. Es wurde Deutschland auferlegt, fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags jährlich zwischen 40 und 45 Mio. Tonnen Kohle vor allem an Frankreich zu liefern. Außerdem verlor Deutschland die Kohlebergwerke des Saargebiets und den größten Teil der in Oberschlesien für seine Produktion. Ihr Ausfall wird auf jährlich 50 Mio. Tonnen geschätzt. Somit nahm der deutsche Kohlebestand mit 90-95 Mio. Tonnen ab. 1913 hatte die deutsche Kohleproduktion 190 Mio. Tonnen betragen. Kohle war die hauptsächliche Energiequelle der damaligen Zeit, in Koks verwandelt war sie außerdem einer der zwei wichtigsten Rohstoffe der Eisenindustrie. Die deutsche Ruhrkohle gab ausgezeichneten Koks für die Stahlerzeugung ab. Durch die Friedensbestimmungen erhielten die französischen, belgischen, luxemburgischen und italienischen Industrien Kohle und Koks billig, während den deutschen Konkurrenten gleichzeitig nur begrenzte Quantitäten zur Verfügung standen.⁵⁾

Zu diesem riesigen Kohleverlust für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie kam hinzu, daß sie durch die territorialen Veränderungen von den wichtigen Eisenerzbeständen in Lothringen und Luxemburg abgeschnitten wurde. Lothringens und Luxemburgs reichhaltige Minettevorkommen waren vorher die Rohstoffbasis eines großen Teils der deutschen Eisen- und Stahlindustrie gewesen. 1913 hatte der gesamte deutsche Minetteerzverbrauch 32,3 Mio. Tonnen betragen, wovon 21,2 Mio. Tonnen aus dem 1919 abgetretenen Teil Lothringens stammte und 7,3 Mio. Tonnen aus Luxemburg. Aus Frankreich wurden 3,8 Mio. Tonnen importiert. Im gleichen Jahr machte der skandinavische Anteil am gesamten deutschen Eisenerzverbrauch 11% aus.⁶⁾

Die Fünfjahresklauseln des Friedensvertrags dienten dem konkreten Ziel, den neuerworbenen Industriegebieten Frankreichs für eine Übergangsperiode ihre alten deutschen Märkte zu sichern. Der Vertrag räumte also Frankreich fünf Jahre ein, um ein neues Wirtschaftssystem bilden zu können, das auch die Unternehmen in Elsaß-Lothringen und im Saarland umfaßte und diesen Ersatzmärkte verschaffte für die, die sie verloren hatten oder die, die durch die neuen Zollgrenzen schwer erreichbar geworden waren. Die Fünfjahresklauseln räumten Frankreich fünf Jahre ein, in denen es die riesigen Stahl- und Eisenindustrien mit der französischen Wirtschaft integrieren und Märkte für sie finden konnte.

Die französischen Politiker hätten gewußt, was sie taten, meint John M. Keynes, als sie ihre Bemühungen darauf ausrichteten, Deutschlands größte natürlichen Reichtümer, Kohle und Eisen zu neutralisieren. "Man kann mit größerer Wahrheit sagen, Deutschland ist mit Kohle und Eisen aufgebaut worden als mit Blut und Eisen," schreibt er in seinem berühmten Buch "The Economic Consequences of the Peace."⁷⁾

Kurz vor dem Krieg (1913) hatte Deutschland fast ein Viertel der gesamten Stahlerzeugung der Welt produziert. Seine Eisen- und Stahlindustrie sei die Grundlage der allgemeinen ökonomischen Kraft Deutschlands gewesen, die dessen militärische Macht und dessen internationale politische Rolle ermöglicht hätte, behauptet der französische Historiker Jaques Bariéty. Zu der Zeit, als die chemische und die elektrische

Industrie noch nicht den Platz eingenommen hatten, den sie später erhielten, reichte die starke Stellung Deutschlands in der Weltproduktion von Eisen und Stahl aus, um ihm einen Platz unter den allerwichtigsten Staaten der Welt zu verschaffen. Aus diesem Anlaß gehöre alles, was mit der deutschen Eisen- und Stahlindustrie zu tun habe, nicht nur zum Wirtschaftsbereich sondern sei in hohem Grad auch von politischer Bedeutung,⁸⁾ meint Bariéty.

Der Übergang Lothringens, Luxemburgs und der Saar vom deutschen Wirtschaftssystem auf das französische habe für Deutschland nicht nur den Verlust gewisser, wenn auch großer Teile des Produktionsapparates bedeutet, sondern auch das ganze effektive System der deutschen Eisen- und Stahlindustrie in Frage gestellt.⁹⁾ Hinter den Bestimmungen des Versailler Vertrags sieht Bariéty einen französischen Plan - ein "projet sidérurgique" - der die französische Eisen- und Stahlindustrie zur dominierenden in Europa machen wollte.¹⁰⁾

Deutschland machte große Anstrengungen, um eine Bestimmung in den Vertrag zu bekommen, daß es im Austausch gegen die Kohle und den Koks, die es nach Frankreich lieferte, das Recht auf Minetteerzlieferungen aus Frankreich bekäme. Dies gelang jedoch nicht. Aber die deutschen Möglichkeiten, sich trotz der Niederlage gegen Frankreich geltend machen zu können, waren noch nicht erschöpft. Frankreich war für seine Stahlerzeugung vom deutschen Koks abhängig und brauchte den deutschen Markt für den Absatz seines Minetteerzes und der Erzeugnisse seiner neuerworbenen Stahlindustrie. Während der folgenden Jahre versuchte die deutsche Eisen- und Stahlindustrie zu verhindern, daß die französischen Pläne verwirklicht werden konnten, indem man Anstrengungen machte, die Kohlereparationslieferungen zu begrenzen und als Ersatz für das verlorene ein neues Industriepotential aufzubauen. Zum Kampf gegen das französische "projet sidérurgique" gehörte auch, sich von der Abhängigkeit von dem französischen Minetteerz zu befreien, indem man sich neue Rohstoffquellen verschaffte. Dadurch bekam das schwedische Eisenerz größere Bedeutung und wurde mit in den großpolitischen Kampf um die Dominanz auf dem europäischen Eisen- und Stahlmarkt hineingezogen.

V.2 Die Umorganisation des Auswärtigen Amtes, die Bildung des Reichswirtschaftsamtes und die Kontrolle über den Außenhandel

Das deutsche Auswärtige Amt hatte vor dem Ersten Weltkrieg ein ausgeprägt aristokratisch-konservatives Gepräge.¹⁾ Der Krieg hatte die Kritik verstärkt, die schon vorher in Wirtschaftskreisen gegen das Auswärtige Amt laut geworden war, daß es nicht effektiv genug die Interessen des Handels und der Industrie vertrete.²⁾ Parteipolitisch wurde diese Kritik vor allem durch die Nationalliberale Partei und das Zentrum ausgesprochen. Die Sozialdemokratische Partei (SPD) dagegen hatte sich auf diese Frage nicht sonderlich eingelassen.³⁾ Besonders nach der sog. Luxburg-Affäre⁴⁾ im Herbst 1917 nahmen die Angriffe auf das Auswärtige Amt zu. Insbesondere waren die einflußreichen Handels- und Finanzkreise der Hansestädte sehr aktiv, um eine Veränderung zustandzubringen.⁵⁾ Der befürchtete Wirtschaftskrieg nach dem Frieden hatte eine starke Antriebskraft. Man forderte eine Auslandsvertretung moderner Art, die die Bedürfnisse des Handels und der Industrie berücksichtigte und bei der deren Leute Karriere machen konnten. Schon vor der Revolution im November 1918 war mit dieser Reformarbeit begonnen worden. Diese kam 1919 richtig in Schwung.⁶⁾ Die Leitung wurde dem Chef der Personalabteilung, Edmund Schüler, anvertraut, der in kaum zwei Jahren eine durchgreifende Veränderung der Organisation des Auswärtigen Amtes durchführte, die Schülersche Reform.⁷⁾ Auch nach November 1918 übte die SPD einen geringeren Einfluß auf die Struktur des Auswärtigen Amtes aus, als man hätte erwarten können.⁸⁾ Die Schülersche Reform wurde also meist in Zusammenarbeit mit den Handels- und Finanzkreisen der Hansestädte durchgeführt.⁹⁾

Teil der Reform war es, den Männern "des praktischen Lebens", d.h. vor allem Leuten aus Handel und Wirtschaft, größere Möglichkeiten einzuräumen, im Auswärtigen Amt Karriere zu machen. Man vereinigte die diplomatische und die konsularische Laufbahn in gerade dieser Absicht. Einige Männer der letzteren bekamen Stellen, die vorher nur der Diplomatenaufbahn vorbehalten waren.¹⁰⁾

Karl Edler von Stockhammers Laufbahn ist - auch wenn sie schon lange vor der Revolution begann - ein gutes Beispiel für diese Entwicklung. Stockhammern startete seine Laufbahn im konsularischen Dienst, hatte jedoch schon vor dem Krieg an den Handelsvertragsverhandlungen u.a. mit Schweden teilgenommen. Gegen Ende des Krieges arbeitete er bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk und Bukarest mit, Ende November 1918 wurde er Chef der handelspolitischen Abteilung. Bei der Umorganisation 1920 wurde er zum Chef der Länderebene III (England, Amerika, Orient) ernannt. Ende 1921 wurde er "Kommissar des Auswärtigen Amtes für Handelsvertragsverhandlungen."¹¹⁾ Stockhammern sollte bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden 1919-1921 eine bedeutende Rolle spielen.

Wie die übrigen Ämter wurde das Auswärtige Amt durch die neue Verfassung zum Ministerium mit eigenen Ministern erhoben. Aus Pietätsgründen behielt jedoch das Auswärtige Amt seinen alten Namen.¹²⁾ Es wurde in sechs Ländergruppen und vier Sachabteilungen eingeteilt.¹³⁾ Die Verbindungen mit Schweden wurden von der Ländergruppe IV (Nordosteuropa) gehandhabt. Chef wurde der Getreidegroßhändler Gustav Behrendt - ein krasser Außenseiter ohne jegliche politische Laufbahn. Er war in Pommern geboren und Handelsrichter in Berlin. Man sah in ihm offenbar einen Spezialisten für Osteuropa. Bei seinem Dienstantritt war er sechzig Jahre alt. Unter den von Schüler aus "dem praktischen Leben" geholten neuen Personen im Auswärtigen Amt war Behrendt anscheinend der für den neuen Dienst am wenigsten geeignete. Er bat früh um seine Entlassung aus dem Auswärtigen Amt (November 1921).¹⁴⁾

Eine eher vorübergehende Neuschöpfung der Schülerschen Reform war ein zweiter Unterstaatssekretärposten, nämlich ein Unterstaatssekretär für die wirtschaftlichen Angelegenheiten (UStS-W) neben dem Unterstaatssekretär für die politischen Angelegenheiten (UStS-Pol). Es war die Aufgabe des UStS-W:s, die Wirtschaftsfragen innerhalb der Ländergruppen zu leiten und zu koordinieren.¹⁵⁾ Dr. Adolf Boyé bekleidete diesen Posten. Er kam auch aus der konsularischen Laufbahn. Seine Stellung wurde auf die Ebene eines Staatssekretärs angehoben, ehe sie schon 1922 wieder abgeschafft wurde.¹⁶⁾

Der Krieg hatte im allgemeinen die große Bedeutung von Wirtschaftsfragen bei internationalen Beziehungen unterstrichen. Das erforderte auch eine Anpassung in der Gesandtschaftsarbeit. Dies galt ebenso für die deutsche Gesandtschaft in Stockholm. Der Gesandte Freiherr Hellmuth Lucius von Stoeden (1915-1920) hatte einen offeneren Blick für die Bedeutung von Wirtschaftsfragen als sein Vorgänger Franz von Reichenau.¹⁷⁾ Gleichzeitig machte Generalkonsul Franz von Herff (1915-1919) das Stockholmer Konsulat zu einem Vorbild für alle anderen bezüglich der Berichterstattung in Wirtschaftsfragen. Im August 1919 wurde er zum Gesandten in Rom ernannt, und sein Nachfolger in Stockholm wurde H.L. von Morath.¹⁸⁾ Lucius' Nachfolger Rudolf Nadolny (1920-1924) übernahm das Amt im März 1920. Er kam aus der konsularischen Laufbahn. "Das Ehepaar Nadolny" wurde von Hans von Essen gesellschaftspolitisch dem neuen Regime zugeordnet.¹⁹⁾

Die Reformen innerhalb des Auswärtigen Amtes wurden auch dadurch beeinflusst, daß man im Oktober 1917 ein besonderes Reichswirtschaftsamt einrichtete. Dies wurde als Bedrohung des Auswärtigen Amtes aufgefaßt, welches den Anspruch erhob, allein die Außenpolitik zu führen.²⁰⁾ Die Forderung nach einem Amt, das besonders den Außenhandel förderte, war schon vor dem Krieg von seiten der Industrie erhoben worden.²¹⁾

Schon 1917 wurde das Reichswirtschaftsamt in Länderreferaten organisiert. Während der zwanziger Jahre hielt es normalerweise engen Kontakt mit der deutschen Großindustrie.²²⁾

Durch den Kommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen Dr. Ernst Trendelenburg nahm das Ministerium einen bedeutenden Einfluß auf die Regelung des Außenhandels. Durch Entstehung des Reichswirtschaftsamtes hatte man in den kommenden Jahren wiederholt Kompetenzstreitigkeiten mit dem Auswärtigen Amt um die Leitung der Handelspolitik, obwohl die Regierung im April 1920 beschlossen hatte, daß alle Verhandlungen mit dem Ausland "auch über finanzielle und wirtschaftliche Fragen" nur unter Mitwirkung des Auswärtigen Amtes und mit dessen Zustimmung stattfinden durften.²³⁾

Die deutsche Industrie verstärkte gleichzeitig mit diesen Veränderungen ihre Möglichkeiten, Einfluß zu gewinnen dadurch, daß man die beiden früher miteinander rivalisierenden

den Spitzenorganisationen, den Bund der Industriellen und den Zentralverband deutscher Industrieller zum Reichsverband der deutschen Industrie (RdI) vereinigte. Dieser war hauptsächlich ein Organ der Großindustrie, während der Handel und die mittelgroßen Industrien im Deutschen Industrie und Handelstag (DIHT) organisiert waren.²⁴⁾

Seit dem 16. Januar 1917 hatte Deutschland praktisch genommen ein generelles Im- und Exportverbot gehabt.²⁵⁾ Ein Kommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen war ernannt worden.²⁶⁾ Eine unmittelbare Rückkehr zu einem freien Handelsaustausch nach dem Frieden kam nicht in Frage. Auf den Waffenstillstand 1918 folgte eine Zeit, die durch Sozialisierungsprojekte und Planwirtschaft geprägt wurde. Das Zentrum dafür war auf Regierungsebene das Reichswirtschaftsministerium unter Rudolf Wissell (SPD) und seinem Staatssekretär Wichard von Moellendorf. Der letztere war, ohne Sozialist zu sein, ein glühender Anhänger der "Gemeinwirtschaft". Einer der Grundgedanken war der, daß die Arbeitnehmer durch eine Reihe von Wirtschaftsräten vom einzelnen Unternehmen bis hinauf zum Reichswirtschaftsrat Mitbestimmungs- und Kontrollrecht über die Arbeitgeber erhalten sollten. Letzteres wurde auch durch die Weimarer Verfassung (Art. 165) eingeführt.²⁷⁾ Im übrigen erhielten Wissells und Moellendorfs Pläne nicht die Unterstützung der neuen Regierung Bauer (SPD), worauf beide im Juli 1919 zurücktraten.²⁸⁾ Die Nachfolger, Robert Schmidt (SPD) und Julius Hirsch schienen anfänglich davon überzeugt gewesen zu sein, eine weitere Verschlechterung der Stellung der Mark sei das beste Mittel, die Alliierten verstehen zu lassen, daß der Versailler Frieden revidiert werden müßte.²⁹⁾ Jedenfalls fing man an, die Import- und Exportkontrolle und die Kontrolle über den Valutahandel abzuwickeln. Um den Zollschutz zu verstärken, der durch die Wertminderung der Mark unterhöhlt worden war, beschloß die Regierung im Juli 1919, daß die Zölle in Gold bezahlt werden sollten oder in Papiergeld, das im Verhältnis zur Inflation mit gewissen Prozentsätzen aufgewertet werden sollte.³⁰⁾ Die Währung fiel also weiter. Das führte zu anderen, mit der Inflation verbundenen Folgeerscheinungen. Am spürbarsten war die Flucht von der Mark in Sachwerte. Ferner

holte die deutsche Industrie ihre Guthaben in ausländischen Währungen nicht nach Deutschland zurück. Ausländer kauften deutsche Erzeugnisse für ein Spottgeld ("Ausverkauf Deutschlands"). Der geringe Wert der deutschen Mark wirkte auch wie eine Exportprämie. Die deutschen Erzeugnisse konnten im Ausland zu Preisen weit unter denen der Konkurrenten angeboten werden. Aber die Rohstoffe mußten hauptsächlich für teure ausländische Währung angeschafft werden.³¹⁾ Ende 1919 schlug das Wirtschaftsministerium eine neue Richtung ein, die eine verschärfte Kontrolle bedeutete. Am 20. Dezember 1919 wurden Exportzölle eingeführt. Aber es war problematisch, sie reibungslos durchzuführen.³²⁾ Seit dem Krieg gab es zwar eine vollentwickelte Kontrollorganisation. Aber es gab Schwierigkeiten, sie zum Funktionieren zu bringen, vor allem durch das sog. "Loch im Westen". Die Grenzkontrolle zwischen den von den Alliierten besetzten Teilen Deutschlands und den angrenzenden Ländern funktionierte nicht. Es lag im Interesse der Alliierten, auf dem deutschen Markt zu verkaufen. Deshalb verweigerte man es Deutschland, im Westen eine effektive Zollkontrolle aufzubauen.³³⁾ Diese Lage scheint von den Alliierten auch dazu ausgenützt worden zu sein, um den Export der neutralen Länder nach Deutschland an dessen Westgrenze zu behindern.³⁴⁾

Die deutschen Versuche, den illegalen Warenstrom durch Kontrolle an den Grenzen zu den besetzten Gebieten aufzuhalten, schlugen fehl, da die Zollbehörden nicht das Recht hatten, innerhalb des Landes gegen die meisten der illegal eingeführten Erzeugnisse vorzugehen, sondern nur an der Staatsgrenze.³⁵⁾ Die Periode bis April 1920 zeichnete sich u.a. aus diesem Grunde durch starke Auflösungstendenzen innerhalb der deutschen Wirtschaft aus. "Das Loch im Westen" machte es z.B. möglich, ohne Exportlizenzen und sich daraus ergebenden Exportgebühren monatlich 150 000 Tonnen Eisen und Stahl hinauszuschmuggeln.³⁶⁾ Im Osten gab es auch keine effektive Kontrolle auf Grund der dortigen politischen Verhältnisse.

Das Reichskommissariat für Aus- und Einfuhrbewilligung war im Prinzip eine rein staatliche Behörde. Nur der Reichskommissar hatte das Recht, Export- und Importlizenzen zu erteilen. Dabei sollte er den Richtlinien des Reichswirtschafts-

ministeriums Folge leisten. Aber der Reichskommissar hatte die Befugnis, dieses Recht den sog. Außenhandelsstellen zu überlassen, die im Gegensatz zu ihren Vorläufern während des Krieges, den sog. Zentralstellen, selbständige, beschlußfassende Organe waren. Der Reichskommissar übte dieses sein Recht extensiv aus, daß er zum Schluß allein über Erzeugnisse entschied, die in keinen Zuständigkeitsbereich der Außenhandelsstelle gehörte. Die Wirtschaft verschaffte sich großen Einfluß auf die Außenhandelsstellen, und ihre Organisationen hatten dort oft Mitarbeiter aus ihrer eigenen Führungsschicht.³⁷⁾

Eine Regelung des Außenhandels konnte also nicht effektiv werden, bevor nicht das Problem mit dem "Loch im Westen" gelöst worden war. Um einem Konflikt mit den Bestimmungen des Versailler Friedens zu entgehen, wurde in dieser Frage kein neues Gesetz erlassen, sondern das Gesetz vom Januar 1917 wurde am 20. März 1920 erweitert, indem man den Behörden das Recht gab, Erzeugnisse überall im Reich beschlagnahmen zu können, wenn sie ohne Importlizenz eingeführt worden waren. So konnte am Rhein entlang vom Norden nach Süden ein "Rheinauffanggürtel" errichtet werden, durch den Erzeugnisse, die nicht erwünscht waren, an weiterem Transport nach Deutschland gehindert werden konnten.³⁸⁾ Zur selben Zeit, als die Kontrolle effektiver wurde, stabilisierte sich vorübergehend auch die Währung. Im Frühjahr 1920 stieg für eine kürzere Zeit sogar ihr Wert. Von April 1920 bis Mai 1921 hatte Deutschland keine nennenswerte Inflation. Einige Unternehmen begannen sogar in dieser Periode, ihre Auslandsgeschäfte in Mark zu tätigen.³⁹⁾ Die Bestimmungen des Versailler Friedens machten es Deutschland unmöglich, sich durch Zollerhöhungen oder eine Tarifpolitik wie vor dem Krieg gegen Wareneinfuhren zu schützen, die nicht erwünscht waren (z.B. Luxusartikel). Stattdessen bediente man sich eines ausgeprägten Kontrollsystems. Dies hatte den Zweck, den deutschen Markt zu schützen. Aus Rücksicht auf den Mangel an ausländischen Währungen begrenzte man den Import hauptsächlich auf Rohstoffe, Lebensmittel und die im übrigen notwendigsten Waren. Durch Exportkontrolle und Exportgebühren sollte der Rohstoffbedarf der eigenen Industrie bevorzugt werden und ein Verkauf zu

niedrigen Preisen an das Ausland verhindert werden.

Dieses deutsche System war natürlich ein schwerwiegendes Hindernis in bezug auf die Normalisierung der deutsch-schwedischen Handelsverbindungen auf der Basis des Handelsvertrags von 1911. Dieser untersagte in seinem Artikel 7 ausdrücklich Import-, Export- und Transitverbote, die nur in Ausnahmefällen genehmigt werden durften. Während des Krieges hatten sowohl Deutschland als auch Schweden gegen diesen Artikel verstoßen. Der Handelsvertrag konnte aber unter dem Hinweis, daß der Krieg außerordentliche Verhältnisse zur Folge habe, aufrechterhalten werden. Nach dem Friedensabschluß erwartete man eine Normalisierung der Beziehungen. Das deutsche Kontrollsystem lag im Widerstreit zu der im Vertrag festgelegten Handelsfreiheit. Wichtig für die schwedisch-deutschen Handelsbeziehungen wurde die Frage, wie die deutschen Importverbote mit einer Aufrechterhaltung des Vertrags zu vereinbaren wären. Die energischen deutschen Bestrebungen, die Nachwirkungen der Niederlage zu mildern und auf diesem Gebiet durch eine festere Integration von Staat und Wirtschaft eine höhere Effektivität zu erreichen, mußte Deutschlands Stellung Schweden gegenüber stärken und den Schweden eine Normalisierung der Handelsverbindungen attraktiver erscheinen lassen.

V.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Der Versailler Frieden enthielt einige Bestimmungen, die darauf hinausliefen, Deutschlands wirtschaftliche Vormachtstellung zu schwächen. Dazu gehörte seine Verpflichtung, fünf Jahre lang den Alliierten eine einseitige Meistbegünstigung zu gewähren. Dadurch wurde eine Restaurierung des deutschen Handelsvertragssystems der Vorkriegszeit erschwert, da es Deutschland oblag, den Alliierten automatisch alle Vorteile zu bewilligen, die es einer dritten Macht gewährt hatte. Gleichzeitig konnten die Alliierten Deutschland handelspolitisch diskriminieren, ohne befürchten zu müssen, gleichartigen Maßnahmen ausgesetzt zu werden. Diese Bestimmung war schon auf der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 auf englische Initiative hin geplant worden. Sie hatte zum Zweck, die deutsche Exportindustrie im Kampf um die Welt-

märkte in Unterlegenheit zu bringen, was man für die Nachkriegszeit erwartete. Außerdem schrieb der Friedensvertrag Landabtretungen und Reparationslieferungen vor, durch die man Deutschland der größten Teile seiner Eisenerzbestände und eines großen Teils seiner Kohlenerzeugung beraubte, Diese waren die Grundlage seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht gewesen. Hinter den Bestimmungen kann man einen französischen Plan zur Übernahme der führenden Rolle Deutschlands in der Eisen- und Stahlproduktion auf dem Kontinent erkennen. Im Machtkampf zwischen Deutschland und Frankreich, der in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre in dieser Frage folgte war die Rohstoffversorgung, besonders die Erzzufuhr, ein wichtiger Faktor.

Schon während des Krieges hatte die deutsche Wirtschaft in Erwartung eines Wirtschaftskrieges nach dem Frieden Forderungen gestellt an die Leitung der Außenpolitik nach einer besseren Vertretung des Handels und der Industrie. Besonders führende Finanz- und Handelskreise in den Hansestädten waren dabei aktiv gewesen und hatten sich bedeutenden Einfluß über die Umorganisation des Auswärtigen Amtes verschafft, welche in der Übergangszeit nach dem Krieg durchgeführt wurde. Die Entstehung des Reichswirtschaftsamtes 1917 geschah dagegen mehr unter dem Eindruck von Bestrebungen seitens der deutschen Großindustrie, deren Einfluß darauf in den Nachkriegsjahren zeitweise sehr groß war. Zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium herrschte während der zwanziger Jahre ein langwieriger Kompetenzstreit um die Leitung der Handelspolitik. Im großen und ganzen wurde allerdings die Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft verstärkt, was Deutschlands Stellung nach außen zugutekam.

VI Der schwedisch-deutsche Handelsvertrag wird 1919 verlängert. Das Kontingentierungsabkommen vom März 1920

VI.1 Die Verlängerung des Handelsvertrags

Der schwedisch-deutsche Handelsvertrag sollte nach der schwedischen Kündigung vom Dezember 1918 zum Jahreswechsel

1919/1920 ablaufen. Die bei der Kündigung vorgeschlagenen Verhandlungen über eine provisorische Abmachung über die Handelsverhältnisse nachdem der Vertrag abgelaufen war, waren während des Frühjahrs 1919 in Erwartung des Friedensabschlusses aufgeschoben worden.

Man zeigte sich schwedischerseits eifrig darum bemüht, daß die Verhandlungen über eine provisorische Verlängerung des Vertrags so schnell wie möglich nach dem Frieden begannen. Die schwedische Exportindustrie hatte auf der Sitzung im Februar 1919 ihr großes Interesse daran geäußert, daß der Handel mit Deutschland wieder in Gang käme. Das Zoll- und Vertragskomitee erklärte am 25. Juni 1919 in einem Schreiben an den Finanzminister, daß die Verhandlungen rechtzeitig vor dem Jahreswechsel eingeleitet werden sollten. Schweden sollte dabei jedoch für eine Verlängerung - die das Komitee an und für sich für eine passende Lösung hielt - zur Bedingung machen, daß wenigstens gewisse der für Schwedens Export nach und Import aus Deutschland schädlichen Maßnahmen, die Deutschland während des Krieges ergriffen hatte und weiterhin aufrechterhielt, aufhörten.¹⁾ Der schwedische Eifer, die Handelsbeziehungen so bald wie möglich zu normalisieren, wird dadurch unterstrichen, daß es gelungen war, in der deutschen Presse Artikel mit Auskünften über die Initiative des Zoll- und Vertragskomitees zu veröffentlichen.²⁾ Nachdem der Frieden in Versailles geschlossen worden war, wollte man über eine Verlängerung verhandeln. Am 23. Juli 1919 überreichte der deutsche Legationsrat, der Prinz Viktor von Wied, dem schwedischen Staatsminister Nils Edén eine Note, in der erklärt wurde, daß die deutsche Regierung bereit sei, den bestehenden Vertrag mit einer Kündigungszeit von sechs Monaten zu verlängern. Edén antwortete, die schwedische Regierung sei bereit zu verlängern, aber nur mit einer dreimonatigen Kündigungszeit. Vorläufig könne man sich jedoch nicht darüber äußern, welche anderen Bedingungen Schweden an eine Verlängerung knüpfen müsse, da das Zoll- und Vertragskomitee Sommerferien habe. Ein paar Tage später lieferte von Wied den Bericht über ein Gespräch mit Konsul Torsten Lundgren ab. Nach dessen Angaben lauteten die schwedischen Forderungen, daß die deutschen Importverbote, die einen schwedi-

schen Export nach Deutschland verhinderten, aufgehoben werden sollten oder daß Deutschland auf eine andere Art für wichtige schwedische Produkte Importgarantien gebe. Lundgren wies darauf hin, daß Schweden, das selbst keine Importverbote erlassen habe, sich früher mit den deutschen abgefunden habe. Eine Voraussetzung dafür, daß die schwedisch-deutschen Handelsverbindungen mit dem Vertrag als Grundlage weiterbestehen könnten, sei eine Aufhebung oder eine Lockerung der Verbote.³⁾

Schon sehr früh hatte die schwedische Separatorenindustrie bei der Regierung Forderungen zur Abschaffung der deutschen Import- und Transitverbote gestellt. Im Januar 1919 wurde von A.B. Separator in dieser Sache ein Schreiben an das Außenministerium gerichtet. Auf der Konferenz vom 20. Februar, unter Leitung der Industriekommission, hatten deren Vertreter am energischsten eine expansive Exportpolitik verlangt und den stärksten Widerstand gegen die Pläne einer Importregelung geleistet. Im Sommer hatte Hans von Essen die Frage mit dem Auswärtigen Amt behandelt. Von dort hatte man einen schriftlichen Antrag in der Sache verlangt. Im Herbst stellte der Vertragsausschuß einen solchen und bekam dazu Gutachten der wichtigsten Unternehmen der Branche: von A.B. Separator, A.B. Baltic und A.B. Pumpseparator. Laut deren Angaben war es unmöglich, Lizenzen für einen Export nach Deutschland zu bekommen. Transitgenehmigungen konnten nur mit großen Schwierigkeiten erhalten werden. Man behauptete, die deutschen Maßnahmen liefen darauf hinaus, die schwedischen Konkurrenten zuerst von dem deutschen und dann von dem russischen Markt zu verdrängen. Die Lage der schwedischen Separatorenindustrie in Europa sei an und für sich davon abhängig, wie sie ihre Stellung in Deutschland behaupten könne.⁴⁾ Der Vertragsausschuß forderte später in einem Schreiben ans Finanzministerium Regierungsverhandlungen mit Deutschland über die Frage der Import- und Transitverbote für Separatoren. Am 26. September 1919 beschloß die schwedische Regierung, zum einen mit der deutschen über eine vorläufige Verlängerung des Handelsvertrages zu verhandeln, zum anderen besondere Verhandlungen über die Abschaffung der Import- und Transitverbote zu führen.⁵⁾ Ende September for-

derte das Außenministerium von Essen auf, mit dieser Untersuchung als Grundlage mit den Deutschen über die Verbote zu verhandeln.⁶⁾ Es war klar ersichtlich, daß die schwedische Regierung die deutsche zu Zugeständnissen in der Separatorenfrage bringen wollte, ehe die Verhandlungen über den Vertrag aufgenommen wurden.

Wir haben vorher gesehen, wie sehr die Vertreter der Separatorenindustrie darauf bedacht waren, die Krise, in der sich die deutsche Industrie noch befand, schnellstens auszunützen, um neue Märkte zu erobern. Durch eine Indiskretion seitens des Auswärtigen Amtes war man sich seit Anfang September auf schwedischer Seite darüber im klaren, daß es bereit war, in der Separatorenfrage Zugeständnisse zu machen.⁷⁾

Hier lag jedoch nicht das einzige schwedische Exportinteresse, was man auf deutscher Seite genau wußte. Als nach einer erneuten deutschen Note die Verhandlungen über eine Verlängerung des Vertrages Mitte Oktober zwischen dem deutschen Legationsrat von Morath und Lundgren wieder aufgenommen wurden, wurde die schwedische Regierung gebeten, ihre Wünsche im einzelnen aufzuführen. Aus diesem Grund sandte der Vertragsausschuß Anfang November eine Rundfrage über die deutschen Transit- und Importverbote an alle schwedischen Wirtschaftsverbände. Die Antworten liefen natürlich darauf hinaus, daß diese abgeschafft werden sollten.

Im Herbst 1919 fiel jedoch - statt einer erwarteten Stabilisierung - der Wert der deutschen Mark stark. Die schwache deutsche Währung war ein größeres Hindernis für den Export als die Importverbote. Dies galt nicht so sehr für spezielle Artikel wie z.B. Separatoren und Streichhölzer, die nicht so sehr Preisschwankungen unterworfen waren. So erklärte Stora Kopparbergs Bergslags A.B., daß "die Währungslage augenblicklich dem Export nach Deutschland Hindernisse in den Weg legt". Man kann annehmen, daß viele der Forderungen für die nahe Zukunft galten, in der sich hoffentlich die Währung gefestigt haben würde. Das Schreiben des Schwedischen Allgemeinen Exportvereins ist ein Beispiel dafür. Darin wurde erklärt, daß ein allgemeines deutsches Importverbot für gewisse schwedische Industrien unübersehbare, schädliche Folgen haben könnte. Als Beispiel wurde die Steinindustrie ge-

nannt. Man solle deshalb mit Nachdruck eine vollständige Aufhebung der bestehenden Importverbote fordern. Sollte dies nicht gelingen und würde man gezwungen, sich auf Abänderungen des Importverbotes zu beschränken, sollte die Höhe des Exports nach Deutschland vom Jahr 1913 als Mindestmaß bei der Zuteilung der Kontingente gelten. Es müsse auch gewisse Rücksicht auf neue Erzeugnisse genommen werden.⁸⁾ Dies waren hohe Forderungen, die jedoch augenblicklich wenig Aussicht hatten, erfüllt werden zu können, da die Währung einem großen schwedischen Export nach Deutschland Schwierigkeiten in den Weg legte.

Das schwedische Zögern, Verhandlungen einzuleiten, erregte Anstoß im Auswärtigen Amt. Stockhammern drückte Ende September in einem Gespräch mit von Essen seine Unzufriedenheit aus. Die Deutschen wollten am liebsten ein Abkommen ohne Tarifbindungen schließen, wozu man aber schwedischerseits nicht bereit war. Stattdessen schlug man deutscherseits zur Lösung des Problems in bezug auf Importverbote vor, für einen Teil der wichtigsten schwedischen Exporterzeugnisse Importkontingente zu bewilligen. Ein Ausschuß wurde in der Zoll- und Vertragsabteilung gebildet mit dem Auftrag, die schwedischen Wünsche bezüglich der Kontingente zusammenzustellen.⁹⁾ Mitglieder wurden K.A. Fryxell, K.J. Beskow, J. Sachs und T. Lundgren. Man rechnete damit, erst Ende Januar 1920 eine Liste vorlegen zu können. Eine einstweilige Verlängerung des Vertrages konnte nur in Frage kommen, wenn die deutsche Regierung in gewissen Fragen gewisse Zugeständnisse machen würde.

Die wirtschaftliche Entwicklung während des Sommers und Herbstes hatte jedoch neue protektionistische Forderungen nach Maßnahmen gegen die beginnende oder drohende deutsche Konkurrenz hervorgerufen. So hatte sich im September die Stockholmer Handelskammer bei dem Zoll- und Vertragskomitee für eine Änderung des Zollsystems auf Wertzölle ausgesprochen, da die Währungsverhältnisse das Gewichtszollsystem untergrüben.¹⁰⁾ Diese Äußerung wurde in der englischen Presse mit Zufriedenheit kommentiert. Von gewisser Seite wurde dort der Vorschlag als ein Versuch angesehen, der deutschen Exportoffensive durch Entwertung der Währung zu begegnen. Man

sah es als ein gutes Beispiel an, wie man dieses Problem auch in anderen Ländern (Belgien, Holland) angehen könne, wo der britische Export mit der deutschen Konkurrenz Schwierigkeiten hatte.¹¹⁾ Des weiteren wurden in Schweden von vielen Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen Forderungen nach Schutzmaßnahmen gestellt. Der Verband der schwedischen Industrie machte Propaganda für ein Zustandekommen vorläufiger Erhöhungen der Industriezölle. Auf einer Sitzung des Arbeitsausschusses am 18. November 1919 beschloß man, an die Mitglieder eine Rundfrage über die Wirkung der ausländischen Konkurrenz zu stellen.¹²⁾ In den Mitteilungen des Verbandes der Schwedischen Industrie schrieb K.G. Wetterlund einige Artikel, um die Einstellung der Mitglieder zu beeinflussen.¹³⁾

Auf Grund der Antworten auf seine Rundfrage stellte der Verband der Schwedischen Industrie am 19. Dezember 1919 die Forderung einer vorläufigen Zollerhöhung an die Regierung.¹⁴⁾ Jernkontoret stellte auf einer Sitzung am 23. Dezember Forderungen nach Maßnahmen in gleicher Richtung.¹⁵⁾ Die Handlungsweise sowohl des Verbandes der Schwedischen Industrie als auch des Jernkontoret war mehr ein Ausdruck der Angst vor einer möglichen als vor einer wirklichen deutschen Konkurrenz. "Ganz anders wird es natürlich, wenn die deutschen und belgischen Werke den normalen Arbeitsprozeß wiederaufnehmen. Man hat allen Grund zu vermuten, daß in erster Linie Skandinavien den Exportüberschuß, der entsteht, wenn Deutschlands Bedarf gedeckt ist, aufnehmen muß oder, daß Deutschland im Falle eines völlig freien Handels versuchen wird, die durch die Währungsverhältnisse für die Deutschen so besonders günstigen schwedischen Eisen- und Stahlpreise zu erhalten," schrieb das Zoll- und Vertragskomitee des Jernkontoret an seinen Vorstand. Am 13. Februar 1920 forderte das Jernkontoret von der Regierung vorläufige Zollerhöhungen. Im Schreiben des Verbandes der Schwedischen Industrie wird darüber gesprochen, daß sich die Krise auch auf andere Zweige, die bisher noch nicht davon berührt worden wären, ausbreiten würde "wenn Deutschland mehr als es jetzt der Fall ist, seine Produktionskraft wiederbekommen hat." In einem direkt an das Zoll- und Vertragskomitee gerichteten

Schreiben¹⁶⁾ drang der Verband der Wollfabrikanten darauf, daß Schweden keinen "für längere Zeit geltenden Vertrag, der normgebend für die Handelsverbindungen mit Deutschland sein würde, schließen solle." Eine der Ursachen für die starke schwedische Beunruhigung über die deutsche Konkurrenz waren die Angebote deutscher Unternehmen zu Preisen weit unter den schwedischen. In den meisten Fällen konnten aber die Deutschen nicht liefern.¹⁷⁾

Auf einer Plenarsitzung am 15.-16. Dezember diskutierte das Zoll- und Vertragskomitee die prinzipiell wichtige Frage, ob man die Forderungen nach vorläufigen Zollerhöhungen, die man an das Komitee gestellt hatte, behandeln sollte. Das Komitee war eingesetzt worden, um eine allgemeine, langfristige Überprüfung der Wirkungen des schwedischen Zollsystems durchzuführen. Kurzfristige Probleme dieser Art lägen außerhalb ihrer Anweisungen, meinte eine Mehrheit der Komiteemitglieder während der zwei Tage dauernden intensiven Diskussionen. Professor Davidson meinte dazu, die eingegangenen Anträge sollten keine anderen Maßnahmen zur Folge haben als einen Hinweis darauf, daß die Tarifbestimmungen des schwedisch-deutschen Handelsvertrags die Möglichkeiten, Maßnahmen zu ergreifen, stark einschränkten. Erik Röing faßte dies als einen Vorschlag zu einer Kündigung des Vertrags auf. Er erklärte, eine solche würde zu deutschen Zollerhöhungen führen und bei der augenblicklichen Zusammensetzung des schwedischen Reichstags würden die schwedischen Zölle nicht erhöht werden. Die Folge einer solchen Politik würde nur der schwedischen Exportindustrie schaden.¹⁸⁾

Die Versuche seitens der protektionistischen Kräfte, eines der Hindernisse für eine Zollerhöhung aus dem Weg zu schaffen, mißlangen dieses Mal. Zwar hatte man auf einer Sitzung der Vertragsabteilung am 16. Dezember einen halben Erfolg, da man diese dazu brachte, der Regierung eine nur andert-halbmonatige Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland vorzuschlagen.¹⁹⁾ Von der Sitzung liegt eine nicht offizielle Aufzeichnung der Diskussionen vor.²⁰⁾ Sie zeigt, daß vor allem die Vertreter der Wirtschaft, unter ihnen besonders Josef Sachs,²¹⁾ unterstützt von Direktor Edvard Ericsson, einen harten Kurs verfolgt haben. Sachs forderte

eine Verlängerung für nur einen Monat. Er rechnete damit, daß sich der Handel so entwickeln würde, daß man immer weniger nach Deutschland ausführen und immer mehr von dort einführen würde. Wenn es in der Zeit nicht gelingen sollte, eine Verlängerung des Vertrags zu erreichen, sollte man ihn, was Tarife und Export- und Importverbote anbelänge, auslaufen lassen. C.E. Svensson rechnete damit, daß ein lebhafter Handelsaustausch entstehen würde und erhob Einspruch gegen die als Kompromiß beschlossene anderthalbmonatige Verlängerung. Ein vertragsloser Zustand dürfe unter keinen Umständen eintreten, meinte er. Auf einer Kabinettsitzung am 19. Dezember 1920 folgte die Regierung Svenssons Vorschlag. Die Regierung beschloß jedoch auf der Sitzung am 19. Dezember 1919 in Übereinstimmung mit dem Vorschlag der Abgeordneten, die Einspruch erhoben hatten.²²⁾ Hellner erklärte jedoch dem deutschen Gesandten Lucius, es sei nicht leicht gewesen mit der sehr starken Opposition, die für einen vertragslosen Zustand gewesen sei, fertigzuwerden. Er habe sich persönlich dafür einsetzen müssen und hoffe, daß Deutschland die restlichen schwedischen Forderungen mit größtem Wohlwollen behandeln würde. Hellners Beschreibung der Lage auf schwedischer Seite war - wie wir gesehen haben - nicht aus der Luft gegriffen.²³⁾ Wenn man schwedischerseits über die Aufrechterhaltung des Vertrags gegensätzliche Auffassungen hatte, so war sein Wert in Deutschland weniger umstritten. Aber der Versailler Friede hatte Verhältnisse geschaffen, die die Situation erschwerten.

Ein Hindernis war jenes, daß der Artikel 7 des Handelsvertrags nur in Ausnahmefällen Import-, Export- und Transitverbote zuließ. Während des Krieges waren diese auf beiden Seiten eingeführt und anerkannt worden. Nachdem der Friede geschlossen worden war, gab es keine Möglichkeit mehr, den Artikel 7 so zu deuten, daß die Verbote beibehalten werden konnten. Aber die im Frieden festgelegte einseitige Meistbegünstigung zugunsten der Alliierten bedeutete, daß Deutschland gezwungen werden sollte, den Ländern der Entente die gleichen Rechte einzuräumen, die man auch Schweden zuerkannt hatte. Dieses Problem war schwer zu lösen und wurde zu einer Hauptfrage bei den Verhandlungen. Man war sich auf schwedi-

scher Seite von Anfang an wohl bewußt, daß darüber zähe Verhandlungen geführt werden mußten.²⁴⁾ Solange man von deutscher Seite davon überzeugt war, daß es zunächst galt, die Forderungen der Separatorenindustrie zu erfüllen, konnte man sich eine Lösung durch allgemeine Lizenzen denken, da es sich hierbei um ein Erzeugnis handelte, dem von alliierter Seite kaum Konkurrenz drohte. Der ursprüngliche schwedische Anspruch auf eine Aufhebung der Importverbote wurde fallengelassen, nachdem Lundgren im August 1919 auf einer Reise nach Berlin, auf der er auch Stockhammern traf, festgestellt hatte, wie die innerdeutsche Lage wirklich war. Lundgren verstand auch, daß ein Kohlenimport aus Deutschland unmöglich war. In einem Brief an Fryxell erklärte er, daß die Verhältnisse in Deutschland so verworren waren, daß kaum Aussicht bestand Ergebnisse zu erlangen bei derartigen Verhandlungen, d.h. bei der Abschaffung der Importverbote. Der Zeitpunkt sei für Verhandlungen auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Situation äußerst unpassend.²⁵⁾ Mitte September teilte das Zoll- und Vertragskomitee dem Außenministerium mit, man habe in der Frage der deutschen Importverbote seine Auffassung geändert, nachdem man sie von Lundgrens Gesichtspunkten aus betrachtet habe. Man schlug deswegen vor, keine Forderungen nach einer Abschaffung der Importverbote mehr zu stellen, "da man dadurch möglicherweise das Zustandekommen einer vorläufigen Verlängerung des Vertrages aufs Spiel setzen könnte." Man sollte darüber jedoch konkrete Vorstellungen machen.²⁶⁾ Zu dieser Zeit waren die Hoffnungen auf einen erneuten, lebhaften schwedisch-deutschen Handelsaustausch noch ausschlaggebend für die Stellungnahme des Komitees. Aber es ist klar, daß man die Entwicklung noch abwarten wollte. Der halbe September und der halbe Oktober verflossen trotz des schwedischen Regierungsbeschlusses vom 26. September, ohne daß man offizielle Verhandlungen aufnahm.

Währenddessen setzten sich die Diskussionen innerhalb der deutschen Regierung fort. Am 31. August 1919 richtete Stockhammern ein Schreiben über den schwedisch-deutschen Handelsvertrag an einige deutsche Ministerien. In ihm wurde erklärt, daß der Artikel 7, der Schweden Handelsfreiheit zu-

erkenne, durch den Frieden für Deutschland einen Übergang zu vollständigem Freihandel bedeute. Es gelte also, den Schweden das Unmögliche dieser Situation klarzumachen und sie von der Forderung nach Aufrechterhaltung dieses Artikels abzubringen. Schweden scheine, nach den Sachverständigen des Zoll- und Vertragskomitees zu urteilen, ohne eine Aufhebung oder Abänderung des Importverbots nicht verlängern zu wollen. Man müsse untersuchen, welche Exporterzeugnisse Schweden besonders berücksichtigt sehen wolle. Besonders die Separatorenindustrie scheine auf die schwedische Regierung Druck auszuüben.²⁷⁾

Ministerialdirektor Neuhaus vom Preussischen Handelsministerium, der in der Mitte der zwanziger Jahre Reichswirtschaftsminister der ersten Regierung Luther wurde, wies in seiner Antwort auf die kräftige Entwicklung der schwedischen Industrie während der Kriegsjahre hin, und daß man u.a. deswegen Forderungen nach deutschen Absatzmärkten nicht nur für landwirtschaftliche Maschinen und Separatoren, sondern auch für viele andere Erzeugnisse der Maschinen-, der Elektro-, der Holz- und der Werftindustrie erwarten könne. Das Reichswirtschaftsministerium, das eine Abschrift von Neuhaus' Antwort erhalten hatte, teilte in seiner Antwort dessen Ansichten. Eine Lösung der Frage des Artikels 7 sei die, besondere Kontingente zu bewilligen. Das Ministerium sei selbst für die Import- und Exportkontrolle verantwortlich. Man bestand darauf eine Liste der Waren, die ohne Lizenz eingeführt werden könnten, zusammenzustellen. Aber "zur Einführung von Fertigerzeugnissen wird es nach wie vor der Einfuhrbewilligung bedürfen." Aber wenn die Schweden bei den Verhandlungen bei ihren Forderungen nach Importgenehmigungen für Fertigerzeugnisse bleiben würden, sei ein Entgegenkommen in Form von Kontingenten einer allgemeinen Aufhebung der Importverbote für gewisse Waren vorzuziehen. Aber man müsse in Erfahrung bringen, welche Waren Schweden ausführen wolle.

Seitens des Reichsfinanzministeriums wurde hervorgehoben, daß der Artikel 7 aus Anlaß der deutschen Pläne eine Reihe Monopole zu errichten, geändert werden müßte. Man sollte sich durch eine Bindung an den Artikel nicht daran hindern lassen.²⁸⁾ Anfang Oktober 1919 berichtete Stockhammern über

das Ergebnis der Regierungsbesprechungen nach Stockholm. Außerdem wurde Lucius beauftragt, der schwedischen Regierung wieder klarzumachen, daß man deutscherseits bereit sei, über eine vorläufige Verlängerung zu verhandeln.²⁹⁾ Am 16. Oktober wurde das der schwedischen Regierung in einer Note mitgeteilt.³⁰⁾ Diese wartete bis zum 30. Oktober mit ihrer Antwort. Die schwedischen Wünsche, was Import- und Transitverbote anbelangte, sollten baldigst genauer beschrieben werden.³¹⁾ Verhandlungen zwischen Lundgren und Moraht begannen. Lucius berichtete später, es sei klar geworden, daß die schwedische Regierung eingesehen habe, daß die Import- und Transitverbote nicht ohne weiteres aufgehoben werden könnten. Die Schweden schienen bereit zu sein, eine Lösung durch Importkontingente gutzuheißen. Aber die schwedische Regierung konnte noch nicht mitteilen, welche Waren man ausführen wollte. Infolge dieser Verspätung schlug der deutsche Unterhändler vor, man solle den Vertrag durch einen Notenwechsel auf 3 Monate provisorisch verlängern und alles andere durch spätere Verhandlungen lösen. Die schwedische Regierung wollte ohne vorherige Erfüllung einiger Bedingungen nicht auf den Vorschlag eingehen. Für sie war eine Verlängerung des Vertrags kaum von Interesse, wenn nicht vorher die Fragen des Importverbotes des Bunkerkohlepreises (Schwedische Fahrzeuge in Deutschland wurden gezwungen Bunkerkohle in schwedischer Währung zu Vorkriegspreisen zu bezahlen)³²⁾ und des Goldzolls gelöst waren. Der deutsche Unterhändler beurteilte die Lage so, daß die schwedische Regierung für eine Verlängerung des Vertrags zu gewinnen sei, auch wenn die bevorstehenden Verhandlungen auf der Grundlage der noch nicht vorliegenden Listen nicht vor Mitte Dezember abgeschlossen seien. Aber das erfordere eine vorherige Lösung der Goldzoll- und Bunkerkohlefrage.³³⁾ Die Situation wurde als kritisch angesehen. Am 28. November 1919 fand eine Zusammenkunft zwischen den betroffenen Ministerien und einigen Interessenten statt. In dem deutschen Material gibt es keinen Bericht darüber. Aber der schwedische Handelsattaché konnte mit Hilfe eines der Teilnehmer eine Zusammenfassung über die Geschehnisse erstellen und am selben Abend an das Außenministerium senden. Nach dem Bericht über das Treffen

betonte Stockhammern die Bedeutung eines Entgegenkommens den Schweden gegenüber so weit, wie es eben möglich sei. Der Transitverkehr und die Lieferung von Separatoren sollten freigegeben werden. Der Informationsquelle nach leiste nur noch die Firma Krupp in dieser Frage Widerstand. Was den Goldzoll anbelange, solle man den Schweden die gleichen Vorteile einräumen wie den Alliierten, und hinsichtlich der Bunkerkohle solle man sich entgegenkommend verhalten. Für Deutschland lag der Schwerpunkt auf der Einfuhr schwedischen Erzes, da es sich gezeigt hatte, daß der Import amerikanischen und spanischen Erzes durch die hohen Frachtkosten verhindert wurde. "Es sei überhaupt wichtig, in allen für Schweden bedeutungsvollen Fragen die größtmögliche Einigkeit zu erlangen, da Deutschland unter keinen Umständen einen vertragskosen Zustand mit Schweden wünsche."³⁴⁾

Kurz danach steigerte Schweden seine Forderungen. Der Bunkerkohlepreis und die Goldzölle blieben als Forderungen bestehen. Bis zur Lösung der Importverbotfrage verlangte man unbegrenzte Importlizenzen für dreierlei Waren: Separatoren, landwirtschaftliche Maschinen samt Granit und Pflastersteinen.³⁵⁾ Die erste Forderung wurde abgewiesen, nachdem der Reichsverband der Deutschen Industrie mitgeteilt hatte, daß Hugo Stinnes unter Hinweis auf das Kohlensyndikat habe mitteilen lassen, daß schwedische wie andere ausländische Schiffe ihre Kohle nach dem Vorkriegswert der Mark bezahlen müßten.³⁶⁾ Diese Frage war wegen der Konkurrenzfähigkeit um die Frachten von Bedeutung. In der Goldzollfrage versprach man dieselbe Behandlung, wie sie die Alliierten erhielten.³⁷⁾ Aber auf unbegrenzte Lizenzen für Separatoren und landwirtschaftliche Maschinen wollte man von deutscher Seite nicht eingehen. Es war offenbar den Zuständigen im Auswärtigen Amt nicht gelungen, den Widerstand der deutschen Industrie zu brechen. Um ein wichtiges Zugeständnis machen zu können, beschloß die deutsche Führung, die Interessen der deutschen, besonders der schlesischen und sächsischen Steinindustrie zu opfern.³⁸⁾ Deutschland verband sich, für eine unbegrenzte Menge von Pflastersteinen und ungeschliffenem Granit für den eigenen Bedarf der deutschen Küstenstädte und den in eine Küstenzone von 50 km Breite Importlizenzen zu erteilen. Die

Folge dieses Zugeständnisses waren intensive aber vergebliche Proteste der deutschen Steinindustrie sowohl von den Arbeitgebern- als auch von den Arbeitnehmerorganisationen. Die Transitverbote wurden aufgehoben - eine Maßnahme, die Deutschland mit dem Inkrafttreten des Versailler Friedens am 10. Januar 1920 bezüglich der Alliierten auferlegt worden war. Was die übrigen Importverbote anbelangte, mußte sich die schwedische Regierung damit abfinden, daß sich die deutsche Regierung verpflichtete "allgemeine schleunigste und im weitestgehendem Sinne entgegenkommende Erledigung aller schwedischen Einfuhranträge" zu beachten.³⁹⁾ Eine generelle Befreiung oder Garantie für den Erhalt von Lizenzen war man nicht bereit zu erteilen. Man wies darauf hin, daß solche Gegenstand alliierter Forderungen nach gleicher Behandlung werden könnten unter Hinweis auf die Meistbegünstigung des Versailler Vertrags.⁴⁰⁾

Unter diesen Bedingungen wurde der Handelsvertrag bis zum 30. März 1920 verlängert. Nachdem die schwedische Liste über Forderungen nach Kontingenten vorgelegt worden war, sollten darüber in Berlin Verhandlungen stattfinden.

Die Erzfrage spielte bei den Verhandlungen keine hervorragende Rolle. Aber es kann kein Zweifel bestehen, daß das Erz aus deutscher Sicht einer der wichtigsten Gründe zur Aufrechterhaltung des Vertrages war. Es ist schon vorher darauf hingewiesen worden, daß seine Bedeutung für Deutschland durch die neuen Grenzen von 1919 zugenommen hatte. Im Herbst 1919 wandte Frankreich Deutschland gegenüber eine Politik der Zurückhaltung der Minettellieferungen an, um in der Kohlefrage Druck auszuüben. Während der deutschen Vorbereitungsarbeiten hatte das Auswärtige Amt gefordert, daß die Bedingungen des geheimen Abkommens vom 16. April 1918 eingehalten werden sollten.⁴¹⁾ Diese Forderung wurde vom Reichswirtschaftsministerium unterstützt. Auch der preussische Finanzminister Albert Südekum (SPD) drückte in einem Schreiben an das Auswärtige Amt seine Unruhe über die Erzversorgung aus.⁴²⁾ Lucius wurde beauftragt, sich die Auffassung der schwedischen Regierung über die Gültigkeit des Vertrags darlegen zu lassen. Diese versicherte, daß die Verhandlungen den Vertrag beeinträchtigen.⁴³⁾ Das bedeutete allerdings

nicht, daß ein vertragsloser Zustand ohne Bedeutung für den Erzexport sein würde, da der Vertragsschutz für Erzlieferungen des Jahres 1918 begrenzt war. Daß man dies auf deutscher Seite einsah, zeigt Stockhammers Äußerung vor den Interessenten am 28. November, die Garantien für den Import schwedischen Erzes seien der wichtigste Punkt des Handelsvertrages. Stockhammern hoffte, daß Schweden kein Exportverbot für Erz erlassen würde.

Aber die schwedische Regierung scheint nur mit größter Vorsicht die Erzlieferungen als Kompensationsobjekt ausgenutzt zu haben. Die Lage für den Erzexport war zu diesem Zeitpunkt außerordentlich schlecht.⁴⁴⁾ Man hatte jedoch eine Verwendung der Erzlieferungen als Waffe bei den Verhandlungen diskutiert. Jernkontoret ließ im November 1919 eine Untersuchung machen, in wie weit man "unseren großen Eisenerzexport als Tauschobjekt bei den Vertragsverhandlungen" ausnützen könnte. Gunnar Dillner nahm als Sachverständiger an den Untersuchungen teil. Er war nicht darauf bedacht, den Export dadurch zu stören, daß man ihn als Mittel zur Erzwin-
nung von Vorteilen benutzte.⁴⁵⁾ Die Untersuchung zog sich in die Länge, und als man im Mai 1920 endlich damit fertig war, waren die Vertragsverhandlungen mit Deutschland für diesmal schon abgeschlossen.⁴⁶⁾

VI.2 Das Kontingentierungsabkommen

Der schwedische Ausschuß, der eingesetzt worden war, um die Liste über die schwedischen Kontingente auszuarbeiten, nahm den Vorschlag des Exportvereins auf, die Exportzahlen vom Jahr 1913 als Ausgangspunkt für die schwedischen Ansprüche auf Importlizenzen zu verwenden. Sie wurden aus Anlaß der veränderten Produktionsverhältnisse berichtigt, u.a. wurden die Kontingente für Separatoren und landwirtschaftliche Maschinen kräftig erhöht. Lundgren reiste im Januar 1920 nach Berlin, um dort die Liste vorzulegen und die Reaktionen im Auswärtigen Amt festzustellen.

Das Auswärtige Amt machte laut Lundgren eine Reihe Einwendungen. Die deutsche Industrie leistete unerhört starken Widerstand gegen die generelle Bewilligung von Importlizenzen.

Als Beispiel wurde der Steinimport angeführt. Bei vielen Waren könne man bei der augenblicklichen Währungslage nicht daran denken, sie einzuführen und die Entente könnte die gleichen Vorteile fordern. Schweden sollte deshalb um Lizenzen ansuchen für solche Erzeugnisse, die die Entente nicht ausführen könne. Im Hinblick auf die gesunkene Bevölkerungszahl und die geringe Kaufkraft seien die Importmengen zu groß. Die Kontingente sollten an den Wert der deutschen Währung gebunden werden, so daß sie mit ihm sanken usw. Trotz aller Einwendungen, die man von deutscher Seite gemacht hatte, war Lundgren bei seiner Rückkehr aus Berlin optimistisch, was den größten Teil der Waren des Verzeichnisses anbelangte. Aber er sagte Schwierigkeiten für die Separatoren, die landwirtschaftlichen Maschinen, den Granit, die Pflastersteine und die Kugellager voraus.¹⁾

Die schwedische Liste löste einen lebhaften, innerdeutschen Meinungsaustausch aus. Dieser galt nicht so sehr der Größe der Kontingente als vielmehr einer grundsätzlichen Frage von großer Reichweite.

Das Auswärtige Amt ließ am 2. Februar zu einer "kommissarischen Besprechung" einberufen.²⁾ Aus dem Briefwechsel zwischen den verschiedenen Ministerien geht hervor, daß große Uneinigkeit darüber bestand, wie man mit den Kontingenten verfahren sollte. Alle waren sich einig darüber, daß die Im- und Exportverbote beibehalten werden sollten. Das Problem bestand darin, daß man befürchtete, etwaige Verträge über Kontingente könnten von der Entente ausgenützt werden, und sie könnte infolge der Meistbegünstigungsbestimmungen des Friedensvertrages ähnliche Kontingente für sich fordern. Das deutsche System der Im- und Exportverbote mit Lizenzen würde dann zusammenbrechen. Die Verhandlungen waren die ersten, bei denen ein Staat festgesetzte Kontingente verlangte, und sie wurden deshalb wegweisend für die zukünftige Politik. Die Lage wurde dadurch noch mehr erschwert, daß der Artikel 268 des Versailler Vertrages die Deutschen verpflichtete - wie aus Obigem hervorgeht -, Frankreich, Polen und Luxemburg gewisse Eisen- und Stahlkontingente zu bewilligen. Als das Auswärtige Amt zu der Sitzung am 2. Februar einlud, erklärte

es sich bereit, Kontingente zu bewilligen. Die schwedische Regierung war - behauptete das Auswärtige Amt - der schwedischen Industrie gegenüber in einer sehr schwierigen Lage, da sie versuchte, den Vertrag zu verlängern und wünschte, wenigstens eine theoretische Möglichkeit für einen Export nach Deutschland zu haben, wenn die Importverbote trotz des Artikels 7 weiter bestehen bleiben würden.

Das Reichsfinanzministerium warnte eindringlich vor einem Vertrag über die Kontingente. So sehr es auch aus allgemeiner Sicht wünschenswert sei, ein Vertragsverhältnis mit Schweden aufrechtzuerhalten, müsse man doch vermeiden, solche Bindungen anzuerkennen. Die schwedischen Wünsche sollten durch die Zusage einer allgemeinen gegenseitigen und wohlwollenden Überprüfung der Importgesuche beantwortet werden.³⁾ Südekum unterstützte den Reichsfinanzminister "Die Kontingentsfrage wird das Zentralproblem unserer künftigen Handelspolitik bilden. Gegenüber den von Grund auf geänderten Aufgaben der Handelspolitik versagen die gewohnten Kategorien der Meistbegünstigung und der Tarifverträge." Aber das Risiko sei viel zu groß, daß die Entente entsprechende Kontingente fordern würde, und die Folgen davon würden viel zu durchgreifend sein. So könne man einen solchen Schritt nicht unternehmen, bevor man nicht die Lage genau untersucht habe. "Die Frage der Meistbegünstigung gegenüber den Kontingenten muß daher unter allen Umständen geklärt werden, ehe handelspolitische Bedingungen in dieser Beziehung eingegangen werden können." Südekum schlug vor, man solle Verhandlungen mit dem "Feindbund" beginnen und beenden, ehe man die Verhandlungen mit Schweden forsetze. "Diese Verhandlungen sind nicht nur für den deutsch-schwedischen Handelsvertrag, sondern für alle künftigen Handelsverträge von grundlegender Bedeutung."⁴⁾ Neuhaus stimmte Südekums Vorschlag zu. Solche Verhandlungen mit den Alliierten würden nicht aussichtslos sein, da diese grundlegende Frage Nachwirkungen auf die Verhältnisse zwischen den "Feindbundstaaten" und auf die Beziehungen zu den Neutralen haben würde.⁵⁾ Ernst Trendelenburg fürchtete, die Kontingente würden eine Verwendung der Importverbote unmöglich machen. Es würde nicht mehr möglich sein, den Import so zu steuern, daß man hauptsächlich Roh-

stoffe und Halbfabrikate bekäme. Wenn Schweden Kontingente bekäme, würde es unmöglich sein, diese den Alliierten nicht zu gewähren. Aber Trendelenburg gab zu, daß es nötig sei, den Schweden Zugeständnisse zu machen, für "unerwünschte Waren" dürften sie jedoch von Fall zu Fall und nur im Austausch von Gegenleistungen erteilt werden und dann vor allem für Rohstoffe, die Deutschland unbedingt brauche.⁶⁾ Das Reichswirtschaftsministerium forderte Verhandlungen mit den Alliierten. "Ohne eine Sicherheit, daß nicht andere Staaten aus dem Abkommen Rechte herleiten, ist der Abschluß des Vertrags ausgeschlossen."⁷⁾

Außer der Angst, die Kontingente könnten das deutsche Zollsystem unterhöhlen, hatte das Reichsfinanzministerium auch einen anderen Grund, den Vorschlag abzulehnen. Bis zum 10. Juli 1920 wollte es alle Zollbindungen loswerden, da Deutschland dann betreffs Zöllen freie Hand haben würde. Offenbar war man innerhalb der Leitung des Reichsfinanzministeriums der Auffassung, daß die deutsche Handelspolitik auf einem autonomen Zollltarif mit "Goldzöllen" aufgebaut werden müsse.

Auch von industrieller Seite wurden die schwedischen Forderungen zurückgewiesen. Die Meistbegünstigung aus Friedenszeiten bedeute, daß man Schweden dazu bringen müßte, auf jegliches Abkommen über Kontingente zu verzichten," schrieb der Reichsverband der Deutschen Industrie. Es müßte sich damit abfinden, was "unsere Feinde von uns verlangt und auch erhalten haben. Was sie erhalten haben, muß auch für Schweden ausreichen." Man solle Schweden die Meistbegünstigung anbieten, die aber gegenseitig sein sollte.⁸⁾

Das Auswärtige Amt stieß also auf einen starken Widerstand, als es den Vertrag durchsetzen wollte. In einer Antwort an das Reichswirtschaftsministerium und die zwei preussischen Ministerien legte es seine Gründe dar, weswegen man sich von deutscher Seite nicht an seine früheren Gegner wenden sollte. Wie vorsichtig man eine solche Anfrage auch stellte, würde sie doch verraten, daß man auf deutscher Seite über die Deutung unsicher sei. Das würde dazu führen, daß die Entente alle aus dem Vertrag herzuleitenden Rechte grundsätzlich zu ihrem Vorteil deuten würde. Deutschlands handelspolitische

Bewegungsfreiheit würde auf ein Mindestmaß beschränkt werden. "Namentlich würde die jetzt noch bestehende Möglichkeit durch Abschlüsse von Handelsverträgen unser Verhältnis zu einzelnen Staaten zu differenzieren und damit unsere Lage durch die verschiedenartige Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen gegenüber den verschiedenen Staaten zu verbessern und so auf diese Art langsam wieder zu einer aktiven Handelspolitik zu gelangen, sozusagen mit einem Federstrich auslöschen. Die Folgen eines derartigen Vorgehens wären unabsehbar."⁹⁾

Beeinflußt durch die Gesichtspunkte des Auswärtigen Amtes, gaben die übrigen Ministerien ihren Widerstand dagegen auf, die Entente nicht zu befragen. Südekum legte einen Plan darüber vor, wie Deutschland verfahren sollte. Man sollte Schwedens Wunsch nach einem Vertrag über Kontingente, der neben einem Handelsvertrag laufen sollte, erfüllen. Gleichzeitig sollte man den Schweden klarmachen, daß die Importkontingente für Schweden wertlos werden würden, wenn man der Entente die gleichen Rechte einräumen müßte. Der Vertrag sollte also unter der ausgesprochenen Bedingung abgeschlossen werden, daß Deutschland nicht gezwungen werden würde, den Alliierten gleichartige Kontingente zu bewilligen. Diese sollten gar nicht befragt werden. Sollten sie, nachdem der Vertrag abgeschlossen war, Ansprüche auf Kontingente erheben, sollte man diese zuerst zurückweisen. Hielten die Alliierten dann doch daran fest, sollte man den Vertrag mit Schweden aufheben und gleichzeitig allen Staaten mit Meistbegünstigung die Kontingentsbestimmungen des Artikels 268 zuerkennen. Dadurch würden sie für Frankreich, Polen und Luxemburg wertlos werden.¹⁰⁾ Dies war zweifellos ein elegant ausgedachter Plan, in dem die Meistbegünstigung gegen die Alliierten angewandt werden sollte. Er war außerdem realistisch, da die Kontingente für die Stahlindustrie in Elsaß-Lothringen und Luxemburg für deren Industrie große Bedeutung hatten. Nachdem die Bestimmungen darüber am 10. Januar 1925 ausgearbeitet waren, war die Notwendigkeit für Frankreich, diese Bestimmungen zu verlängern, eine Trumpfkarte in der Hand der Deutschen bei den französisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen von 1925/26.¹¹⁾

Am 29. Februar verlangte das Auswärtige Amt, Lucius sollte die schwedische Regierung aufmerksam machen auf die Schwierigkeit, eine Form für das Abkommen zu finden. Von deutscher Seite könne man sich einen geheimen Vertrag denken. Dann müsse sich Schweden aber damit abfinden, daß die Kontingente deshalb nicht veröffentlicht werden würden.¹²⁾ Bevor der Vertrag geschlossen werden konnte, mußten aber noch gewisse Fragen gelöst werden. Das deutsche Reichswirtschaftsministerium machte Einwände bezüglich der Kontingente für einige Schlüsselwaren. Das betraf die früher schon von Lundgren als empfindlich genannten.

Außerdem war das Ministerium nicht mit den Sicherheiten zufrieden, die der Vertrag in Kombination mit dem des Jahres 1918 gab. Es legte einen früheren Vorschlag des preussischen Finanzministers vor. "Da die Sicherung der Erzeinfuhr ein wesentliches deutsches Interesse ist, bitte ich, zur Vereinfachung, die Erze aus der Kontingentliste auszuschalten und Deutschland den Bezug derselben durch Sonderabkommen zu sichern."¹³⁾ In seinen Anweisungen für Lucius erklärte das Auswärtige Amt die Ansichten des Reichswirtschaftsministeriums nicht zu teilen. Die Sache sollte jedoch, wenn die deutschen Einwände gegen die schwedische Liste vorgelegt würden, gleichzeitig mit den schwedischen Unterhändlern diskutiert werden. Auf schwedischer Seite erklärte das Zoll- und Vertragskomitee dem Außenministerium, daß man die deutschen Änderungswünsche nur in abgewandelter Form annehmen solle. Die Verhandlungen sollten in Berlin fortgesetzt werden. Weiter erinnerte das Komitee daran, was die Form des Vertrages anbelange, habe sich Schweden durch seinen Beitritt zum Völkerbund am 5. März 1920 dazu verpflichtet, keine internationalen Verträge zu schließen, die zu irgendeinem Teil geheim wären.¹⁴⁾

Lundgren und sein künftiger Nachfolger Sten Westerberg verhandelten Ende März über den endgültigen Vertrag. Durch die Entwicklung nach dem Kappputsch fing gleichzeitig die Lage in Deutschland an, sich zu stabilisieren. Schweden erreichte einige Verbesserungen der Bedingungen. So wurde der Steinimport auch auf den Bedarf der Stadt Berlin erweitert. Die Erzfrage wurde totgeschwiegen. Die Forderung des Reichs-

wirtschaftsministeriums nach einem besonderen Erzabkommen wurde nicht behandelt.¹⁵⁾ Das Abkommen bestand zum einen aus einem offiziellen Notenwechsel über eine vorläufige Verlängerung des Handels- und Schiffahrtsvertrages von 1911 mit einer Kündigungszeit von 3 Monaten, zum anderen aus einer einseitigen deutschen Denkschrift, die geheim gehalten werden sollte. In ihr erklärte die deutsche Regierung unter den jetzt waltenden Umständen die Bestimmungen des Vertrages über Importverbote nicht befolgen zu können, aber sie verpflichtete sich, in Übereinstimmung mit der ausgehandelten geheimen Kontingentliste Importlizenzen zu bewilligen. In der Denkschrift kam auch die ausdrückliche Verwahrung vor, daß die Bewilligung von Kontingenten voraussetze, daß keine dritte Macht Forderungen nach Meistbegünstigung stelle. In einem solchen Falle, müsse man eine Überprüfung des Abkommens vornehmen. Am 30. März stimmte die schwedische Regierung auf einer Regierungssitzung dem Abkommen zu.¹⁶⁾ Dem Vertragsausschuß wurde der Auftrag anvertraut, in Zusammenarbeit mit der Handelsabteilung des Außenministeriums die Exportkontingente auf die verschiedenen Unternehmen zu verteilen.¹⁷⁾ Der Ausschuß erhielt damit eine exekutive Funktion, die an die der deutschen Außenhandelsstellen erinnert.

VI.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Für Schweden war die Wiederaufnahme der nach dem Waffenstillstand 1918 so gut wie unterbrochenen Handelsbeziehungen mit Deutschland aus rein allgemeinem Gesichtspunkt wichtig u.a. um eine allzugroße einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit von den Westmächten zu vermeiden. Dazu kam, daß Teile der schwedischen Industrie- vor allem die Eisen- und die Maschinenbauindustrie - durch den Ausfall der deutschen und russischen Märkte im Zusammenhang mit dem Kriegsende hart getroffen worden. Für diese war deswegen eine Wiederaufnahme der Handelsverbindungen besonders bedeutungsvoll.

Die Initiative für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine provisorische Verlängerung des von schwedischer Seite gekündigten Vertrags ging von den Schweden aus. Die Antreiber waren vor allem gewisse Exportindustrien (Separatoren und landwirtschaftliche Maschinen), die Interesse da-

ran hatten, so schnell wie möglich nach dem Frieden wieder auf den deutschen Markt zu kommen. Dabei spielten auch Überlegungen über dessen strategische Rolle für den Zutritt zu dem osteuropäischen Handel eine Rolle.

Für Deutschland lag die größte Bedeutung des schwedisch-deutschen Handelsvertrages darin, daß er den Import schwedischen Eisenerzes garantierte, der im Ringen mit Frankreich um die industrielle Hegemonie auf dem Kontinent immer wichtiger wurde. Die Import- und Exportverbote des deutschen Kontrollsystems standen im Widerspruch zum schwedisch-deutschen Handelsvertrag. Nachdem Schweden schon zu Beginn der im Herbst 1919 eingeleiteten Verhandlungen über eine Verlängerung des Vertrags die Forderung nach der Abschaffung der Importverbote aufgegeben hatte, ging der Kampf um die Kompensation, die Schweden erhalten sollte, wenn es die Aufrechterhaltung des Vertrags trotz dieser akzeptierte. Nach langen ausgedehnten Verhandlungen erhielt Schweden im Dezember für eine dreimonatige Verlängerung das Versprechen des Entgegenkommens bei der Importlizenzzerteilung.

Anfang März 1920 wurde über die schwedische Forderung nach Kontingenten weiterverhandelt. Am 31. März 1920 kam man zu einem Abkommen über eine Verlängerung des Handelsvertrages bis auf weiteres mit dreimonatiger Kündigung. Als Gegenleistung für die Aufrechterhaltung der Importverbote wurden Schweden in einem geheimen Kontingentierungsabkommen reichliche Quoten für Import zugestanden. Das Ergebnis war im Streit gegen die protektionistischen Interessen innerhalb des Verbandes der schwedischen Industrie und des Jernkontoret erreicht worden, die seit dem Herbst 1919 für Zollerhöhungen gearbeitet hatten und deshalb auch wollten, daß man sich von den Zollbindungen im schwedisch-deutschen Handelsvertrag befreite. Hinter dem Abkommen standen stattdessen die Exportinteressen in Zusammenarbeit mit den freihandelsfreundlichen Kräften innerhalb der politischen Leitung des Landes.

Der Wert der Kontingent war zwar begrenzt, da der niedrige Wert der deutschen Währung die Möglichkeiten des Exports nach Deutschland begrenzte, aber im Frühjahr 1920 erwartete

man allgemein, daß in Deutschland eine Stabilisierung stattfinden würde. Der Geldwert hörte auf zu sinken. Der unkontrollierbare Import und Export von Waren über die von den Alliierten bewachte Westgrenze - das sog. "Loch im Westen" - hatte aufgehört. Die Industriekonjunktoren waren im Frühjahr 1920 für Schweden gut, was u.a. die protektionistischen Forderungen nach Befreiung von den Zollbindungen des Handelsvertrags zurückhielt.

Interessant für die Tendenzen zu Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Staat und Politik ist die Rolle, die das Zoll- und Vertragskomitee und besonders dessen Vertragsausschuß schon so kurz nach ihrer Bildung, spielten. Das Komitee ergriff die Initiative zu den Verhandlungen. Diese wurden sowohl im Herbst 1919 als auch im Frühjahr 1920 vom Chef der germanischen Unterabteilung des Vertragsausschusses geleitet. Das gesamte Komitee wies auf einer Plenarsitzung die protektionistischen Vorstöße auf vorläufige Zolländerungen zurück und der Vertragsausschuß schlug der Regierung eine Verlängerung zum Jahreswechsel 1919/1920 vor. Außerdem erhielt der Ausschuß eine rein exekutive Funktion bei der Durchführung des Vertrags.

Die größte Schwierigkeit bei den Verhandlungen, nachdem sich die Partner über ein Kontingentierungsabkommen geeinigt hatten, war, eine Lösung der Frage zu finden, ob die Alliierten unter Hinweis auf die Bestimmungen über die einseitige Meistbegünstigung des Versailler Friedens Anspruch auf entsprechende Kontingente stellen konnten, wie sie Schweden gewährt worden waren. Ein solches Recht würde bedeuten, daß Deutschland gezwungen würde, sich auf Freihandel umzustellen. Man löste das Problem, indem man das Abkommen geheimhielt und es keinen offiziellen Charakter erhielt. So umging man das Ziel der Alliierten, Deutschland handelspolitisch zu isolieren und zu entwaffnen und es zu zwingen, sich in seinem Handel auf die Basis der Meistbegünstigung zu stellen ohne Möglichkeit seine handelspolitischen Beziehungen zur Umwelt zu differenzieren. Durch das geheime Abkommen gelang es Deutschland, diese Absicht zu umgehen. Der Handelsaustausch mit Schweden wurde durch ein Spezialabkommen geregelt, der die schwedische Exportindustrie zu begünstigen schien, wäh-

rend gleichzeitig der schwedische Erzexport Garantien erhielt und die deutsche Exportindustrie durch ihn Schutz auf dem schwedischen Markt bekam. Das Abkommen bekam eine politische Bedeutung, da es eine bewußte Umgehung des Versailler Friedens war und auf diese Weise eine Unterstützung der deutschen Revisionsbestrebungen ausmachte.

Für die schwedische sozialdemokratische Partei, die im März alleine die Regierungsmacht übernommen hatte, stimmte das Abkommen ganz mit seiner Freihandelspolitik überein. Die Verlängerung des Handelsabkommens im März 1920 und das damit verbundene geheime Kontingentierungsabkommen waren ein Produkt der weiteren Zusammenarbeit zwischen der Exportindustrie und der Linksregierung - eine Zusammenarbeit, die in den letzten Kriegsjahren eingeleitet worden war.¹⁾ Die Interessengemeinschaft Exportindustrie - Sozialdemokratie wurde in Professor Gunnar Anderssons Eröffnungsrede auf der Zehnjahresfeier des Verbandes der schwedischen Industrie in der Handelshochschule in Stockholm im April 1920 ausdrucksvoll unterstrichen. Vor Vertretern der Regierung mit Branting an der Spitze und den versammelten höchsten Leitern der Wirtschaft erklärte Andersson, "... eine Betreuung der Staatsgewalt durch die sozialdemokratische Industriearbeiterpartei wird auf die Dauer die Stellung der Industrie stärken ... Sie muß auch zur Unterstützung und zum Aufbau einer größtmöglichen und umfassenden Exportindustrie führen."²⁾

VII Krise und Protektionistische Offensive der schwedischen Wirtschaft 1920. Erneute Kündigung des Handelsvertrags

VII.1 Die sozialdemokratische Regierung, die "Sachverständigenregierung" De Geer, Wirtschaft und Handelspolitik

Im März 1920 stürzte die Regierung Edén - Branting über die Frage der Kommunalsteuern. An ihre Stelle trat eine rein sozialdemokratische Regierung unter Hjalmar Branting mit Erik Palmstierna als Außenminister und Fredrik Thorsson als Finanzminister.¹⁾ Am 1. Juli 1920 richtete die neue Regierung ein besonderes Handelsministerium ein. Dessen Leitung wurde von Thorsson übernommen.²⁾ Rickard Sandler wurde Finanzminister. Zu seinem Staatssekretär wurde Anders Örne - ein leiden-

schaftlicher Anhänger des Freihandels und des Goldmünzfußes - ernannt.³⁾ Die Regierung war die erste Sozialdemokratische Regierung der Welt, die ohne vorhergehende Revolution zustande gekommen war. Erhebungen über Sozialisierung, industrielle Demokratie und Trustkontrolle wurden angestellt.

Die Regierungszeit war jedoch kurz. In der Zeit vom 5. bis 17. September 1920 wurden Wahlen zur Zweiten Kammer abgehalten, die einen erheblichen Rückgang der Linksparteien erbrachten.⁴⁾ Die Regierung Branting dankte einige Zeit später ab und wurde am 27. Oktober 1920 durch eine "Sachverständigenregierung" unter Louis De Geers Führung ersetzt. Nach der Wahlniederlage waren die Liberalen nicht bereit, eine neue Koalition einzugehen, sondern sie wiesen den diesbezüglichen Vorschlag der Sozialdemokraten zurück. Auch eine Zusammenarbeit zwischen der Rechten und der bürgerlichen Linken war politisch noch nicht möglich. Es gelang nicht, eine Minderheitsregierung zu bilden. Die Reichstagswahlen im Herbst 1921 - die ersten nach der neuen Verfassungsreform - warfen schon ihre Schatten voraus.

Gunnar Gerdner hat die Regierungsbildung im Oktober 1920 genau untersucht.⁵⁾ Es werden nur einige Umstände hervorgehoben, die einerseits die Handlungsweise der sozialdemokratischen Partei beleuchten, andererseits die der schwedischen Wirtschaft.

Die Kriegsjahre hatten sich durch eine hohe Inflation ausgezeichnet. Nach dem Krieg wurden die Regierungen in der Wirtschaftspolitik vor die Wahl gestellt: Sollte man eine Wiederherstellung des Vorkriegswertes der nationalen Währung anstreben, oder sollte man den Wert aufrechtzuerhalten versuchen, der als eine Folge des Krieges entstanden war? In den Vereinigten Staaten entschloß man sich im Dezember 1919 dazu, eine ausgesprochene Deflationspolitik zu betreiben. Man begann mit einer Politik der hohen Zinsen, die einen ersten Rückgang der Wirtschaftsaktivität zur Folge hatte und der 1920-1921 eine schwere Weltwirtschaftskrise folgte.⁶⁾

Die Regierung Branting wurde dann bei ihrem Antritt vor die Frage gestellt, mit welcher Wirtschaftspolitik man der zu erwartenden Krise und der damit zusammenhängenden Bedrohung

durch Massenarbeitslosigkeit begegnen sollte. Die sozialdemokratische Partei war sich in dieser Frage nicht einig. Im April 1920 setzte die Regierung die sog. Finanzsachverständigen ein, die eine allseitige Untersuchung über die zukünftige Finanzpolitik durchführen sollten.⁷⁾ In ihrem Gutachten, das im September 1920 vorlag, wurde hervorgehoben, daß eine vorsichtige, allmähliche Geldwertsteigerung stattfinden müsse und daß die Reichsbank so bald wie möglich wieder Scheine in Gold einlösen sollte.⁸⁾ Ende des gleichen Monats erklärte die sozialdemokratische Regierung ihre unbedingte Unterstützung einer Geldpolitik nach den aufgestellten Richtlinien der Sachverständigen. Dadurch wurde offiziell der Geldpolitik ein deflationistisches Ziel gesetzt.⁹⁾ Die jüngeren sozialdemokratischen Theoretiker Wigforss, Örne und Sandler teilten die Auffassung der sog. neuklassischen Volkswirtschaftler, daß es nötig sei, eine deflationistische Politik zu betreiben. Der Kapitalismus wurde von der Programmkommission der Partei, in der Rickard Sandler die treibende Kraft war,¹⁰⁾ als der immer noch wichtigste Faktor im ökonomischen Entwicklungsprozeß angesehen. "Dann sollte er auch sein Werk unter der Aufsicht und Kontrolle der Gesellschaft vollenden dürfen." Zielbewußt sollte die Gesellschaft Konzentrationsbestrebungen, die einen nationalökonomischen Fortschritt bedeuten, fördern und somit die Tendenz der freien Wirtschaft zur Organisation unterstützen.¹¹⁾ Nach einer solchen Auffassung war Protektionismus nur ein Mittel, den notwendigen Konzentrationsprozeß aufzuschieben. In dem neuen Parteiprogramm wurde somit ein unbedingter Anschluß an den Freihandel festgeschrieben. Die Überzeugung der Programmkommission vom Segen des Freihandels geht aus folgendem hervor: "Freihandel ist die gesunde Luft der Unternehmen, die unter natürlichen Bedingungen heranwachsen und wirtschaftlich rationell geleitet werden. Er tötet die Untauglichen. Aber die Unbrauchbaren müssen fort, wenn die Gesellschaft größtmögliche Produktivität erreichen soll. In einer Gesellschaft mit beginnender Sozialisierung ist diese säubernde Tätigkeit des Freihandels sehr notwendig."¹²⁾ Die Deflationspolitik, obwohl sie Arbeitslosigkeit hervorrufen konnte, wurde von den sozialdemokratischen Theoretikern als ein notwendiges Übel betrach-

tet, um stabile Preise zu erhalten. Die wurden als ein Schutz gegen die Konjunkturkrisen des Kapitalismus angesehen. Einen anderen Grund für eine Deflationspolitik sah man in der Notwendigkeit, die ausländischen Märkte für die Exportindustrie Schwedens aufrechtzuerhalten.¹³⁾

Das Finanzministerium, wo das Duo Sandler - Örne die Zügel in der Hand hatte, lehnte am 24. September, ganz in Übereinstimmung mit seinen Prinzipien, die oben erwähnten Forderungen des Verbandes der schwedischen Industrie und des Jernkontoret nach Schutzmaßnahmen gegen die ausländisch Konkurrenz ab.¹⁴⁾ Auch andere Wirtschaftsorganisationen hatten ähnliche Forderungen erhoben, die ebenfalls zurückgewiesen wurden.¹⁵⁾

Aber die Wirtschaftskrise machte sich jetzt ernsthaft bemerkbar. Besonders die Textilindustrie wurde schon früh davon berührt. Handelsminister Thorsson meinte offenbar, daß staatliche Schutzmaßnahmen notwendig werden würden. Er gehörte zur älteren Garde der Partei und war mehr pragmatisch als theoretisch eingestellt, könnte aber als Handelsminister den Interessen der Wirtschaft stärker ausgesetzt gewesen sein als seine jüngeren Kollegen. Laut Palmstierna wurde am 5. Oktober 1920 auf Wunsch Thorssons in der Regierung "eine gründliche Überlegung über die Wirtschaftslage" angestellt.¹⁶⁾ Thorsson hielt es für nötig, Importverbote mit dazugehörenden Preisregelungen einzuführen. Die Mehrheit der Regierung sprach sich jedoch gegen ihn aus. Außer dem Widerwillen gegen einen Rückfall in das Kontrollsystem der Kriegszeit bestand - wie oben hervorgehoben wurde - die Auffassung, daß eine deflationistische Politik nötig war und daß man Lohnsenkungen nicht verhindern konnte. Besonders Sandler kämpfte auf der Sitzung für eine solche Politik. Eine solche hätte aber zu einer Krise zwischen den Gewerkschaften und den Politikern führen können. In Wirklichkeit sei dieses Problem entscheidend für die ganze Regierungsfrage, meinte Palmstierna, da eine sozialdemokratische Regierung nicht gern freiwillig "eine so verzweifelt schwere Aufgabe" auf sich nehmen könne, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß deren Löhne im Frühjahr vor der Wahl gesenkt werden müßten. Nach der Sitzung erklärte Thorsson Palmstierna, daß er in einer sol-

chen Krise wohl standhaft bleiben würde, "aber wenn es darauf ankommt, weiß man nicht, ob man Unterstützung bekommt." Thorssons Befürchtungen galten Branting und dem Sozialminister Bernhard Eriksson.¹⁷⁾

Auf einer Kabinettsitzung über das Abdankungsproblem am 7. Oktober 1920, verlangte Thorsson, daß die Regierung schon in der kommenden Woche abtreten sollte. Branting und Palmstierna hingegen wollten die Nachricht abwarten, wann die vom Völkerbund bestimmten Berichterstatter in der Ålandfrage nach Stockholm kämen, damit man verhindern könne, daß diese gerade mitten in einer Regierungskrise erschienen.¹⁸⁾ Am 13. Oktober 1920 wurde die Regierungsfrage auf einer Vorstandssitzung der Sozialdemokratischen Partei behandelt. Thorsson schilderte die Wirtschaftslage in dunklen Farben: "Unsere Politik ist darauf ausgerichtet gewesen, das Wirtschaftsleben in Gang zu halten. Jetzt sind die Lager gefüllt... Die Arbeiter sagen: 'Führt keine Waren mehr ein.' Wir haben jetzt Waren für zwei Jahre auf Lager. Die Wirtschaftslage des Landes ist wirklich prekär. Importverbote und Rationierungsmaßnahmen sind nötig. Aber diese kann keine sozialdemokratische Regierung durchführen." Wigforss meinte, wenn Thorssons Beurteilung der Wirtschaftslage richtig sei, hätten die Sozialdemokraten die Pflicht, an der Regierungsmacht zu bleiben. Aber das sei nicht möglich. "Wir sind jedoch untauglich zum Regieren. Wir sind uns in den Wirtschaftsfragen nicht einig, wir haben augenblicklich ganz einfach keine Politik. Die Regierung muß abtreten, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten müssen nach bürgerlichem Rezept gelöst werden. "Es ist offensichtlich, daß einerseits zwischen Thorsson und denen, die seine Forderungen nach Importregelungen sahen, andererseits den jüngeren Theoretikern der Partei, die in einer Deflationspolitik und dem Freihandel eine Lösung der Wirtschaftsprobleme zu sehen glaubten, tiefgehende Gegensätze bestanden. Als Ergebnis stellte der Parteivorstand fest, "daß die augenblickliche Lage eine sozialdemokratische Regierung nicht ermöglicht."¹⁹⁾ Sicher war das Wahlergebnis ein wichtiger Faktor bei dieser Entscheidung. Aber bei der parlamentarischen Lage des Herbstes 1920 wäre ein sozialdemokratisches Weiterregieren auch nicht unmöglich gewesen.

Als alten Anhängern des parlamentarischen Systems muß den Sozialdemokraten der Gedanke einer Zuflucht in eine nicht-parlamentarische Regierung prinzipiell zuwider gewesen sein. Aber im Gedanken an die Wirtschaftskrise und da sich die Partei nicht einig war, wie man dieser begegnen sollte, akzeptierte man die Bildung der Regierung De Geer. Diese wurde als eine sog. "Sachverständigenregierung" bezeichnet. Das parlamentarische System erlebte eine ernste Krise. Dadurch eröffneten sich neue Möglichkeiten für die Wirtschaftsorganisationen, auf die Regierungspolitik Einfluß zu gewinnen.

Bei der Regierungsbildung lag die aufsehenerregende Situation vor, daß die zurücktretende Regierung vor dem offiziellen Rücktritt in Zusammenarbeit mit dem neuen Ministerpräsidenten den größten Teil der Ministerliste festgelegt hatte. Besonders Palmstierna und der Reichstagspräsident der Ersten Kammer, Hugo Hamilton, waren hier tätig gewesen. In der Regierung, die nach der langwierigen Regierungskrise am 27. Oktober 1920 antrat, waren für die Wirtschaft wichtige Posten mit Männern aus ihren eigenen Reihen besetzt worden.²⁰⁾

Für den Posten des Handelsministers, der besonders wichtig war, auf Grund der Krisensituation und der damit verbundenen entscheidenden Beschlüsse, die zu fassen waren, wurde Gösta Malm ernannt. Er war von 1914-1917 Geschäftsführer von A.B. Skånska Cement. Wie oben aufgezeigt wurde, war Malm Vorsitzender der staatlichen Industriekommission gewesen und hatte im Zusammenhang mit der "Friedenskrise" eine protektionistische Haltung eingenommen. Während des Krieges hatte er sich für den Ausbau der Wasserkraft in Norrbotten eingesetzt und war danach Landeshauptmann in Luleå geworden. Verkehrsminister wurde Walter Murray, der frühere Innenminister der Regierung Swartz von 1917. Murray hatte enge Beziehungen zur schwedischen Eisenerzindustrie und war Vorstandsvorsitzender der A.B. Mellan-Svenska Malmfalten. Der neue Finanzminister Henrik Tamm war Chef von Sveriges Allmänna Hypoteksbank und dann 1915 einer der Direktoren der Reichsschuldenverwaltung (Riksgäldskontoret). Tamm war auch Mitglied des sog. Finanzrates und vorher Mitglied der Handelskommission gewesen.²¹⁾

In der Regierungserklärung wurde auf die Wirtschaftskrise

besonders eingegangen. "Alle Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft zu Gebote stehen können, werden von der Regierung sorgfältig erwogen werden," hieß es darin. Strenge Sparsamkeit und Zurückhaltung würden von Staat und Privatleuten gefordert.²²⁾ Ein in einem Entwurf zur Regierungserklärung vorkommender Abschnitt lautet: "Eine der Voraussetzungen für günstigere Verhältnisse ist, daß sich unsere Handelsbilanz bessert; staatliche Maßnahmen, die dies Ziel haben, dürften eine unbedingte Notwendigkeit sein." Es hörte sich so an, als ob die Regierung vorgehabt hätte, Importbeschränkungen durchzuführen. Aber dieser Abschnitt wurde bei einer vorbereitenden Regierungsbesprechung am 25. Oktober auf Wunsch des damals vorgesehenen Handelsministers Oscar Rydbeck, dem Chef der Skandinaviska Kredit A.B., gestrichen.²³⁾ Dieser war gerade von einer Finanzkonferenz in Brüssel zurückgekommen, wo ein Beschluß über die Förderung des Freihandels gefaßt worden war. Im Kommuniqué vom 27. Oktober hüllte man sich in Schweigen darüber, wie sich die neue Regierung die Lösung der akuten Wirtschaftskrise vorstellte. In Ermangelung eines klaren Wirtschaftsprogramms wählte man offenbar ohne weitere Diskussionen den protektionistisch eingestellten Malm statt den für den Freihandel arbeitenden Rydbeck zum Handelsminister. De Geer wollte "Fachleute" haben, u.a. für diesen Posten. Er ging im einzelnen nicht näher darauf ein, welche Wirtschaftspolitik er zu betreiben gedachte. Die einzelnen Minister erhielten großen Spielraum zur Durchführung ihrer eigenen Politik.

Unmittelbar vor der Regierungsbildung wurden von der Wirtschaft energische Anstrengungen gemacht, Schutzmaßnahmen gegen den Import zustandezubringen. Am 8. Oktober 1920 behandelte der Vorstand von Jernkontoret die Ablehnung seiner Forderung seitens des Finanzministeriums sowie die des Verbandes der schwedischen Industrie nach Schutz vor der ausländischen Konkurrenz.²⁴⁾ Am Tag danach wurden Vertreter für etwa 70 Eisenhütten zu einer Konferenz über diese Frage eingeladen.²⁵⁾ Dafür arbeiteten Oberingenieur Axel Wahlberg²⁶⁾ Fa-gersta Bruk, und Jernkontoret eine "Denkschrift bezüglich der augenblicklichen Lage der Eisenindustrie" aus.²⁷⁾ Darin wurde hervorgehoben, daß es scheine, als wolle die amtieren-

de Regierung vor einem eventuellen Eingreifen die Erhebung des Zoll- und Vertragskomitees abwarten. Fraglich sei, meinte Wahlberg, ob die führenden Leute der Eisenindustrie "diese gleichen Erhebungen stillschweigend abwarten können, von denen man weder weiß, wohin sie führen noch, wann sie erwartet werden können." Die ausländische Konkurrenz, besonders die deutsche, drohe, große Teile der Eisenindustrie lahmzulegen. Nach Wahlbergs Untersuchung zu urteilen, würde die Krise die Walzwerke am härtesten treffen. Ihr durch Zollerhöhungen begegnen zu wollen, sei kaum realistisch. Die müßten so hoch ausfallen, daß es unmöglich wäre, sie durchzusetzen. Ein vorübergehendes Importverbot für gewisse Eisen- und Stahlerzeugnisse hielt Wahlberg für den besten Weg. Importverbote hatten auch Thorsson vorgeschwebt. Wahlbergs Vorschlag kann in dem Wissen gemacht worden sein, daß es für diese größere Möglichkeiten politischer Unterstützung gab als für Zollerhöhungen. Außerdem dauerte es länger, letztere durchzuführen, da dafür der Reichstag befragt werden mußte. Dieser hatte zwar der Regierung durch den sog. "Kampfzollparagraphen" Vollmacht erteilt, die Zölle bei Bedarf um höchstens 100% zu erhöhen, falls der Reichstag nicht versammelt war,²⁸⁾ aber eine solche Erhöhung wäre nicht groß genug gewesen, um von Nutzen zu sein. Nach Wahlberg hätten die Zölle vervierfacht werden müssen, um dadurch die deutsche Konkurrenz aufzuhalten.

Die Gegensätze zwischen der Export- und der Binnenindustrie wurden auf der Konferenz, die unter der Leitung der Industriekommission im Februar 1919 abgehalten wurde, stark bemerkbar. Auf der Sitzung des Jernkontoret am 15. Oktober 1920 mit den Vertretern der schwedischen Hüttenwerke war der gleiche Gegensatz festzustellen. Carl Sahlin berichtete über Schreiben, die diese Frage betreffend eingegangen waren, u. a. über einen Brief von Gustaf Ekman, Uddeholm A.B., dem früheren Vorsitzenden des Verbandes der schwedischen Industrie. Ekman forderte eine Vervierfachung der Zölle auf Walzstahl. Sahlin hob hervor, Importverbote seien bedenklich, weil die Maschinenbauindustrie ganz dagegen sei. Ein Streit zwischen der Maschinenbau- und der Eisenindustrie sollte vermieden werden. Von Seiten der Eisenindustrie hat-

te man allen Grund, die Interessen der Maschinenbauindustrie nicht zu tangieren. Zusammenarbeit in Lohnfragen hatte im selben Jahr zur Annäherung zwischen den beiden Industriezweigen geführt. Außerdem war der Verein der schwedischen Maschinenbauindustrie (Verkstadsföreningen) Mitglied des schwedischen Arbeitgeberverbandes geworden. Diese Zusammenarbeit aufs Spiel zu setzen, lag sicherlich nicht im Interesse der Eisenindustrie. Sahlin wurde in seiner Ablehnung des Vorschlags über Importverbote u.a. von Olof Hjort, Hofors Bruk, K.F. Göransson, Sandviken, und August Herlenius, Uddeholm A. B., unterstützt. Hugo Carlsson, Fagersta Bruk, verlangte eine Vervierfachung der Zölle und Importverbote, bis der Reichstag die Frage behandelt hätte.²⁹⁾

Als Ergebnis der Diskussionen wurde Jernkontorets Vorstand beauftragt, die Regierung über die Forderungen der Eisenindustrie zu unterrichten. In einem Schreiben vom 22. Oktober 1920 wurde eine sofortige Verdoppelung der Zölle für gewisse Eisen- und Stahlerzeugnisse verlangt.³⁰⁾ Das Zoll- und Vertragskomitee von Jernkontoret arbeitete indessen an einer Untersuchung darüber, welche anderen Zollerhöhungen noch erforderlich seien. Am 12. November 1920 war die Untersuchung fertig, und danach legte man der Regierung in einem Schreiben Forderungen nach provisorischen Erhöhungen der Eisen- und Stahlzölle vor.³¹⁾

Nach Wahlbergs Denkschrift hatten mehrere Industriegruppen eine gemeinsame Aktion zur Beeinflussung der Regierungspolitik verlangt. Auf der Sitzung mit den Vertretern der Hüttenwerke am 15. Oktober hatte Sahlin erklärt: "Der Verband der schwedischen Industrie wird schon kommen." Am gleichen Tag hatte dessen Arbeitsausschuß eine Sitzung, an der Sahlin teilnahm. Man beschloß, eine Erhöhung der Industriezölle zu verlangen.³²⁾ Es ist offenbar, daß es sich hier um eine koordinierte Aktion handelt. Am 25. Oktober 1920 legte der Verband der schwedischen Industrie der Regierung in einem Schreiben seine Forderungen vor. In einem Bericht vom 4. November 1920 an das Foreign Office in London erklärte der britische Gesandte in Stockholm, Colville Barclay, daß "a vigorous campaign for the raising of the Swedish Custom du-

ties is carried on by important associations of Swedish manufactures." Bezüglich des Hintergrundes der Kampagne stellte der Gesandte fest: "It is doubtless more than a coincidence that this agitation synchronizes with the advent of the government."³³⁾

Während die Eisenindustrie vor allem die Konkurrenz von seiten Deutschlands betonte, unterstrich der Verband der schwedischen Industrie kräftig die Bedeutung des britischen Exports für die Krise. Als der frühere Antrag des Verbandes der schwedischen Industrie gestellt worden sei, hätten besonders die Metall- und die Maschinenbauindustrie unter der ausländischen Konkurrenz zu leiden gehabt, erklärte man. Aber diesmal sei die Lage der Textilindustrie am schwierigsten. Der Verband schrieb: "Auf Grund einer so gut wie vollständigen Monopolstellung bezüglich gewisser Rohstoffe und unterstützt durch niedrige Arbeitslöhne, kann vor allem die englische Textilindustrie mit den entsprechenden schwedischen Wirtschaftszweigen konkurrieren." Indem der Verband der schwedischen Industrie die großen Schwierigkeiten, die der schwedischen Produktion entstanden, hervorhob, mit den Worten "durch die Preisdifferenzierungspolitik, die immer noch geführt wird und wodurch Länder, die eigene Bestände wichtiger Bedarfsartikel wie Kohle, Öl und gewisse Rohstoffe, ausländischen Käufern teurer verkaufen als denen im eigenen Lande," betonte er erneut die englische Konkurrenz. Man gab an, daß die Schwierigkeiten der Eisenindustrie auf den "ungewöhnlich hohen Steinkohlepreisen sowie auf den hohen Löhnen" beruhten. Der Verband der schwedischen Industrie hob hervor, mit seinem Vorschlag wolle er nicht die Deflationspolitik in Frage stellen. Aber die schwedische Anpassung an die Weltmarktpreise müsse vorsichtig geschehen. Durch eine kluge Handelspolitik sollte diese in Etappen durchgeführt werden. Das Schreiben mündete in einem Antrag auf eine Erhebung "bezüglich einer allgemeinen Erhöhung der Schutzzölle für unsere Industrie auf das Niveau, das man im Zolltarif von 1911 beabsichtigt hatte."³⁴⁾ Die Erhebung sollte so schnell gemacht werden, daß man diese dem Reichstag vorlegen könnte, wenn er sich zu Beginn des Jahres 1921 versammelte.

Einige Tage danach stellte der Verband der schwedischen Industrie einen Antrag an die Regierung, in dem man diese aufforderte "durch eine Anfrage an den Völkerbund den Weg zu bereiten für ein internationales Abkommen über einen allgemeinen Verzicht auf die Preisdifferenzierungspolitik." Man erklärte, "eine absolut wesentliche Bedingung für unsere ganze wirtschaftliche Existenz" sei die, daß die Zufuhr der für die Industrie notwendigen Waren frei sei. Die handelspolitische Entwicklung der Nachkriegszeit sei in der Richtung verlaufen, daß die Länder, die über Rohstoffe verfügten, diese für sich behielten oder zu schlechteren Bedingungen verkauften als die, die die eigene Industrie erhielt. Man hob die Schwierigkeiten hervor, die Schweden durch die Preisdifferenzierung beim Kauf von Kohle, Öl, Rohstoffen und Lebensmitteln entstünden.³⁵⁾

In dem Antrag wurde auf den Beschluß hingewiesen, der im September-Oktober 1920 auf der Finanzkonferenz in Brüssel zugunsten des Freihandels gefaßt worden war. Der Beschluß der Konferenz hatte keinen bindenden Charakter, aber große Meinungsbildende Bedeutung. Laut Barclay, dem britischen Gesandten, sollte das Schreiben erstellt worden sein "in consultation with Professor Cassel and was perhaps inspired by him."³⁶⁾ Es ist selbstverständlich, daß die Maßnahme des Verbandes der schwedischen Industrie bei der englischen Regierung keine freundlichen Gefühle erweckte. Sie war zwar ein Teil der allgemeinen Offensive der schwedischen Wirtschaftsorganisationen für höhere Zölle, hatte aber ihren Stachel gegen die englische Kohlendifferenzierungspolitik gerichtet.³⁷⁾

VII.2 Sondierungen der schwedischen Regierung in London bezüglich der Importbeschränkungen. Abweisende englische Haltung

Auch wenn die Regierung Lloyd George im Dezember 1919 ihre "Imports Regulation Bill" zurückgezogen hatte, bedeutete das nicht, daß die protektionistischen Anstrengungen, Maßnahmen zum Schutz der britischen Industrie durchzuführen, aufgehört hatten. Im Frühjahr 1920 stellte Lord Balfour of Burleigh

im Oberhaus einen Antrag auf Schutz für gewisse "key industries" und gegen das "dumping". Dieser wurde mit kleinstmöglicher Mehrheit (23 Stimmen gegen 22) abgelehnt.¹⁾ Damals war die Konjunktur überall noch einigermaßen gut. Aber der heftige Konjunkturumschwung im Herbst 1920 hatte eine dramatisch steigende Arbeitslosigkeit zur Folge, die besonders die Exportindustrie traf.²⁾ Dies gab den protektionistischen Forderungen neue Nahrung. Diese richteten sich vor allem gegen den Import deutscher Erzeugnisse. Der Handelsminister Sir Robert Horne teilte am 1. November im Unterhaus mit, daß ein umfangreicher Gesetzesentwurf über den Schutz für die "key industries" sowie einer gegen das "dumping" so schnell wie möglich vorgelegt werden solle. Die Regierung erwäge auch, Maßnahmen zum Schutz gegen Importe aus Ländern mit abgewerteter Währung zu ergreifen.³⁾

Vor die immer stärkeren Forderungen der schwedischen Wirtschaft nach besserem Zollschutz gestellt, suchte die schwedische Regierung Kontakt mit der britischen. Der schwedische Sozialattaché in London, Dr. Erik Sjöstrand traf am 11. November 1920 auf Wunsch der Gesandtschaft Sir Sydney Chapman,⁴⁾ Joint Permanent Secretary to the Board of Trade, um mit ihm Importbegrenzungen zu diskutieren. Sydney Chapman erklärte, es wäre keine besonders glückliche Lösung, wenn Schweden Zollerhöhungen einführen würde mit dem Ziel, sich gegen Importe aus Ländern mit abgewerteter Währung zu schützen, die aber durch die Meistbegünstigung auch für alle anderen Länder gelten würden. Chapman dachte dabei natürlich vor allem an den Import aus Deutschland. Das Problem könne gelöst werden, meinte er, indem man die Erzeugnisse, die aus "Ländern mit abgewerteter Währung" kämen, mit Zollerhöhungen belegte. Der Schutzzoll könne sich auch gegen den Import spezieller Erzeugnisse richten, für deren Produktion sich ein anderes Land einen technischen oder organisatorischen Vorsprung verschafft habe.

Auch die mit der Zollproblematik eng zusammenhängende Frage der Deflationspolitik wurde erörtert. Chapman sprach seine Bedenken gegen eine systematische Deflationspolitik aus. Man sollte nur mit äußerster Vorsicht und unter Beachtung der berechtigten Interessen der Wirtschaft Maßnahmen ergreifen,

die den Kapitalzufluß für die Industrie erschwerten.⁵⁾

Erik Sjöstrands Gespräch mit Sydney Chapman macht der schwedischen Regierung somit klar, daß man von verantwortlicher englischer Seite generellen schwedischen Zollerhöhungen ablehnend gegenüberstand und daß man Schweden direkt aufforderte, seine Zölle deutschem Import gegenüber zu differenzieren. Gleichzeitig bekam man Bescheid, daß die englische Regierung vor einer allzu rigorosen Deflationspolitik warnte. In dieser Situation machte der Verband der schwedischen Industrie einen Versuch, in der Zollfrage bei den anderen skandinavischen Ländern Unterstützung zu finden.

VII.3 Versuch des Verbandes der schwedischen Industrie, in der Zollfrage skandinavische Unterstützung zu erhalten

1920 war eine steigende Tendenz zu skandinavischer Zusammenarbeit zu verspüren. Es ist bezeichnend, daß im Verlauf dieses Jahres zwei skandinavische Ministerkonferenzen stattfanden, eine vom 1. bis zum 4. Februar in Kristiania und eine vom 28. bis zum 30. August in Kopenhagen.¹⁾ Der anhaltende handelspolitische Druck auf die skandinavischen Staaten führte zu einer Weiterentwicklung der eingeleiteten handelspolitischen Arbeit.²⁾ Die Pläne liefen u.a. darauf hinaus, einander eine gewisse Präferenzbehandlung zu gewähren.³⁾ Auf der Konferenz hatten die skandinavischen Ausschüsse erklärt, es sei notwendig, daß in Zukunft in den von den skandinavischen Ländern mit anderen Ländern abgeschlossenen Verträgen eine Klausel über skandinavische Vorbehalte bezüglich der Meistbegünstigung aufgenommen würde.⁴⁾ Die Frage wurde in Kopenhagen besonders von der schwedischen Regierung verfochten. Die norwegische konservative Regierung Halvorsen war im Prinzip gegenüber der skandinavischen Zusammenarbeit wohlwollend eingestellt, zögerte aber aus innerpolitischen Gründen bezüglich Palmstiernas Vorschlag über die skandinavische Vorbehaltsklausel. Im Abschlußkommuniqué wurde jedoch eine Erklärung darüber festgehalten.⁵⁾ Somit hatte man sich auf höchster Ebene in einer konkreten Frage geeinigt, deren Durchführung weitgehende Konsequenzen in Richtung einer skandinavischen Zollunion bekommen konnte.

Die Zusammenarbeit hatte natürlich auch eine außenpolitische Dimension. Die um Einfluß in Skandinavien rivalisierenden Großmächte Deutschland und England beurteilten im Jahr 1919, wie vorher gezeigt wurde, die skandinavische Zusammenarbeit ziemlich unterschiedlich, England betrachtete sie als eine Bedrohung seiner Interessen, während man deutscherseits positiver eingestellt war und darin für die eigene Politik Möglichkeiten sah. 1920 bestand solch unterschiedliche Haltung. Deutschland suchte nach Möglichkeiten, die skandinavische Zusammenarbeit für seine eigenen Ziele auszunützen. In einer ausführlichen Analyse der Erfolgsaussichten der deutschen Politik in Schweden hob Nadolny im Mai 1920 hervor, daß es Deutschland möglich sein müßte, die schwedischen Sympathien für Deutschland zu verstärken, indem man gute Verbindungen zu wenigstens einem der zwei anderen skandinavischen Ländern - am ehesten zu Dänemark - knüpfte, "damit wir den ganzen skandinavischen Konzern für uns haben."⁶⁾ Die skandinavische Zusammenarbeit eröffnete gewisse Möglichkeiten zur Unterstützung u.a. für einen deutschen Eintritt in den Völkerbund. Auf schwedische Initiative hin wurde die Sache - nach Befragung Nadolnys - auf der Konferenz in Kopenhagen angeschnitten. Die drei Regierungen erklärten in dem offiziellen Protokoll, daß sie ihre Aufmerksamkeit darauf richten wollten, was zu tun sei, um Deutschlands Eintritt zu fördern. Im Hinblick auf die kommende Völkerbundsversammlung in Genf im November 1920 wolle man die skandinavischen Delegierten anweisen, sich unter der Hand über die Lage in der Frage zu unterrichten.⁷⁾ Man wagte es nicht, offen für Deutschland einzutreten, da - wie sich der dänische Außenminister Scavenius ausdrückte - unklar sei "inwiefern die Großmächte einen solchen Schritt als eine unfreundliche Handlung ansehen würden."⁸⁾

In seinem "Annual Report" 1919 hatte Barclay die Möglichkeiten einer wirklichen skandinavischen Zusammenarbeit als nicht besonders glänzend beurteilt,⁹⁾ aber im Bericht von 1920 ist die Beurteilung etwas anders. Barclay schreibt dort: "The cause of Skandinavian co-operation has not only survived the specially favourable conditions of the European war, but has made considerable progress since its conclusion." Es bestände

eine klare Tendenz, die soziale und kommerzielle Gesetzgebung der drei Länder in Richtung gegenseitiger Präferenzbehandlung zum Schutz gegen ausländische Konkurrenz einander anzupassen. Die könne als ein Schritt in die Richtung einer gemeinsamen Zollpolitik betrachtet werden. Gleichzeitig wies Barclay jedoch auf die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit hin, die die Rivalität um die Führung und um alte Gegensätze vor allem zwischen Schweden und Norwegen ausmachten.¹⁰⁾

Wenn also die Konferenzen in Kristiania und besonders die in Kopenhagen erfolgreich gewesen waren - die Regierungen hatten sich nicht nur über eine Vorbehaltsklausel und die Unterstützung Deutschlands für den Eintritt in den Völkerbund geeinigt, sondern hatten sich auch entschlossen, eventuelle Forderungen der Entente nach einer Blockade Rußlands¹¹⁾ abzuweisen - so trat doch im November 1920 ein Rückschlag in der skandinavischen Zusammenarbeit ein. In einem Angriff auf die skandinavischen Ministerkonferenzen am 11. November im Reichstag zerrte der Reichspräsident (odelstingspresidenten) Johan Castberg¹²⁾ die Affäre der sog. "Bildts Demarche" vom April 1915 ans Licht.¹³⁾ Castberg nützte diese Sache zu einem Angriff auf die skandinavische Zusammenarbeit aus. Das kurz vor der "Bildts Demarche" abgehaltene Königstreffen in Malmö (Dezember 1914) habe die schwedische Regierung nicht daran gehindert, sich auf eine Politik einzulassen, die die Neutralitätspolitik der skandinavischen Staaten aufs Spiel gesetzt habe. Castbergs Enthüllung erregte große Aufmerksamkeit in der norwegischen Presse, und man begann eine Kampagne gegen die skandinavische Zusammenarbeit.¹⁴⁾ Schwedischerseits wollte man diese Geschichte am liebsten totschweigen. Aber das war nicht mehr möglich, nachdem der "Daily Telegraph" am 15. November 1920 eine Reihe von Artikeln mit scharfen Angriffen auf Schweden eingeleitet hatte, die sich auf Castbergs Aktion bezogen.¹⁵⁾ Die schwedische Regierung drückte ihre Unzufriedenheit aus, indem sie eine zu erwartende schwedische Initiative zu norwegisch-schwedischen Verhandlungen über den Grenzhandel aufschob.¹⁶⁾

Als Folge der Aktion Castbergs verschlechterte sich somit im

Herbst 1920 das Klima für die skandinavische Zusammenarbeit. Die norwegische Regierung mußte bei der weiteren Zusammenarbeit u.a. auf eine wachsende innere Opposition Rücksicht nehmen.

In einer Offensive für Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz versuchte jedoch der Verband der schwedischen Industrie auch die skandinavische Zusammenarbeit zu aktivieren. Auf der Konferenz der skandinavischen Ausschüsse vom 26. bis 27. November 1920 in Stockholm war Hauptthema: "Die augenblickliche Notlage der Industrie, u.a. die Preisdifferenzierungspolitik." Die Wirtschaftskrise hatte sich seit dem Oktober noch mehr verschärft. Der Verband der schwedischen Industrie versuchte zu erreichen, daß sich die skandinavischen Ausschüsse in Übereinstimmung mit dem Schreiben vom 25. Oktober hinter dessen Forderung stellten. Axel Vennersten nahm an der Konferenz teil, obwohl er nicht zum schwedisch skandinavischen Ausschuß gehörte. Dies muß als weiteres Zeichen der intensiven Aktivität der Industrie sowie des wachsenden Einflusses angesehen werden, den diese durch den Regierungswechsel erhalten hatte.¹⁷⁾

Vennerstens Bemühungen, die skandinavischen Ausschüsse dazu zu bringen, sich für provisorische Zollerhöhungen auszusprechen, wurden vor allem durch Vertreter der skandinavischen Schwesterorganisationen des Verbandes der schwedischen Industrie unterstützt, durch H.P. Prior¹⁸⁾ von "Det Danske Industriraad" und Johan Throne Holst¹⁹⁾ von "Statens industriråd" in Norwegen.

Diese Anstrengungen, eine gemeinsame Empfehlung mit einer Erklärung für Zollschutz zu erwirken, scheiterten jedoch am Widerstand der drei Ausschußvorsitzenden. Maseng erklärte hierzu, der norwegische Ausschuß könne sich keiner Erklärung anschließen, die weiterreiche, als daß man den Industrien Schutz gewähren sollte, die auf Grund handelspolitischer Maßnahmen von Seiten des Auslands in Schwierigkeiten geraten seien. Clan meinte, daß es kaum eine Sache der Ausschüsse sei, diese Frage zu diskutieren, wenn sie nicht gleichzeitig mit der Preisdifferenzierungspolitik einhergingen. Eine Berücksichtigung genereller Zollerhöhungen und

einen Hinweis auf die Erklärung der Brüsseler Konferenz wollte er nicht haben. Zum Schluß erklärte Fryxell, es stehe den Ausschüssen nicht zu, zum Bedarf an Zollerhöhungen Stellung zu nehmen.

Die Beurteilung der britischen Kohledifferenzierungspolitik von seiten der Wirtschaft war sehr kritisch. Throne Holst erklärte, sie habe vor allem anderen die skandinavischen Industrien in Schwierigkeiten gebracht. Broström bezeichnete die englische Kohlepreispolitik als "äußerst stark spürbar" und weiter "die englischen Kohlepreise konnten aber mit Rücksicht auf den Kohlenexport aus den Vereinigten Staaten nicht höher als bis zu einer gewissen Grenze getrieben werden." Konsul H. Halvorsen betonte, die Kohlefrage sei eine zentrale Frage.

In dieser schwierigen Situation wurde ein Redaktionsausschuß gebildet, der aus den drei Vorsitzenden bestand. Dieser schloß beide Fragen, die der Zollerhöhung und die über den Anschluß an die Erklärung der Brüsseler Konferenz, aus. In der Frage der Preisdifferenzierung konnten sich die Protektionisten und die zum Freihandel positiv eingestellten Teilnehmer einigen. Der Ausschuß schlug eine Erklärung folgenden Wortlauts vor: "Die skandinavischen Ausschüsse der Vertragskommission haben die schwierige Position, in die die Wirtschaft der drei Länder durch die Politik der Preisdifferenzierung anderer Staaten und durch andere ähnliche Erscheinungen gekommen ist, eingehend diskutiert und haben dabei beschlossen, den Regierungen der drei Länder anheimzustellen zu überlegen, welche Maßnahmen ihrerseits, eventuell in Zusammenarbeit, ergriffen werden sollten, um allen in diesen Schwierigkeiten Erleichterung zu verschaffen." Die Erklärung wurde einstimmig angenommen. Throne Holst schlug vor, man solle sie veröffentlichen, um dadurch die öffentliche Meinung gegen die englische Preisdifferenzierungspolitik zu beeinflussen. Der Vorschlag wurde von Fryxell unter der Begründung, die Konferenz sei als eine diplomatische anzusehen abgelehnt.

Man kann also feststellen, daß es dem Verband der schwedischen Industrie nicht gelungen war, die skandinavischen Aus-

schüsse dazu zu bringen, sich hinter die Forderungen nach Zollerhöhungen zu stellen. Es war dagegen schon ein halber Erfolg, daß die Frage der Preisdifferenzierung in der Erklärung so deutlich hervorgehoben wurde. Aber es bestanden keine großen Aussichten auf ein gemeinsames skandinavisches Handeln England gegenüber. Das zeigten frühere Erfahrungen. In der Resolution beschränkte man sich darauf, nur über eine eventuelle Zusammenarbeit zu sprechen. Der schnelle Verfall der Kohlepreise im Winter 1920-1921 bewirkte es, daß eine solche Zusammenarbeit bald nicht mehr aktuell war.

VII.4 Die TGO und die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen

Das Schicksal des schwedisch-deutschen Handelsvertrags war nicht nur von dem Erfolg der protektionistischen Bestrebungen für eine Erhöhung der Industriezölle abhängig, sondern hing auch von der Entwicklung des Eisenerzexportes nach Deutschland und der damit zusammenhängenden Problematik ab.

Die wirtschaftliche Lage der Trafikaktiebolaget Grängesberg-Oxelösund (TGO) gab nach dem Krieg Anlaß zu Besorgnis. Der Krieg hatte eine Verminderung der Eisenerzausfuhr zur Folge gehabt. Direkt nach dem Kriegsende kam die Ausfuhr fast zum Stillstand. Das Jahr 1919 wies niederschmetternde Ausfuhrzahlen auf. Die gesamte Eisenerzverschiffung über Narvik, Luleå und Oxelösund geht aus folgender Tabelle hervor¹⁾

Jahr:	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918
in Mio. Tonnen:	4554	5064	3701	4258	3568	3676	3272
Jahr:	1919	1920	1921	1922			
in Mio. Tonnen:	1621	3283	3472	5362			

Die Dividende der TGO für die Jahre 1911 bis 1913 betrug jeweils 24, 27 und 32 Prozent. Im Jahr 1914 fiel sie auf 15%, 1915 weiter auf 10% und stieg dann in den Jahren 1916 bis 1918 bis auf 15% und in den Jahren 1919 bis 1920 weiter bis auf 18% an. Die Dividende des Jahres 1919 entsprach nicht - wie aus der obigen Tabelle hervorgeht - den schlechten Verkaufsergebnissen. Im Jahr 1919 wurde das Buchführungsjahr so umgeändert, daß es nur die Zeit vom 1. Oktober bis zum 30.

September umfaßte. Die Bilanz dieses Jahres galt also nur für 9 Monate. Die Dividende für die Stammaktienbesitzer betrug 16 Millionen Kronen, was im Verhältnis zum Vorjahr eine Steigerung bedeutete, als sie nur 10 Millionen betrug. Im Jahr 1920 fiel sie auf 10,76 Millionen Kronen, was den in der Jahresbilanz aufgeführten Gewinn um 2,8 Millionen Kronen übertraf.²⁾

In seinen "Minnesanteckningar" hebt Direktor Berndt Forsgrén (TGO) hervor, daß auch Skandinaviska Kreditaktiebolaget, wie andere große schwedische Banken, nach dem Krieg große Verluste erlitten hatte. Aus Angst davor, daß sich ein Kursverfall der Grängesbergaktien ernsthaft auf die Lage der Bank auswirken könnte, habe diese die Leitung der TGO dazu gebracht, während einiger Jahre eine höhere Dividende auszuweisen, als man selbst vorgehabt hätte. Die Grängesaktien waren zum großen Teil in der Bank beliehen worden. Außerdem hatte deren hervorragende Notierung an der Stockholmer Börse dazu geführt, daß sie zu einer Art Stimmungsbarometer des Aktienmarktes geworden waren. Oscar Rydbeck, der geschäftsführende Direktor der Skandinaviska Kreditbanken in Stockholm, war auch Vorstandsmitglied der TGO. Forsgrén beklagt sich darüber, daß er das Gefühl habe, daß bei den Entscheidungen Rydbecks und Gunnar Dillners des geschäftsführenden Direktors der TGO, die Interessen der Bank und nicht die der TGO an erster Stelle kämen.³⁾

Die Lage der Gesellschaft war also nicht so gut, wie man es auf Grund der Dividendén annehmen mußte, meint Forsgrén, sondern "in Wirklichkeit sehr ernst".⁴⁾ Freilich fing die Eisenerzverschiffung 1920 an zuzunehmen, aber die Gesellschaft hatte mehrere schwere ungelöste Probleme.⁵⁾ Hier soll versucht werden, diese Probleme näher zu untersuchen.

Eins davon war die Beschaffung von Tonnage für die Eisenerztransporte. Zu Beginn des Jahres 1920 (Januar bis März) transportierten deutsche Schiffe den größten Teil von Oxelösund (60%) und einen hohen Anteil (40%) der anfallenden Mengen Eisenerz aus Narvik. Am 22. März stellte die TGO einen Antrag an das Außenministerium auf Unterstützung gegen die Pläne der Alliierten, die Bestimmungen des Versailler Frie-

densvertrages so zu erweitern, daß nicht nur die deutsche Handelstonnage von über 1600 t beschlagnahmt wurde, sondern auch die Hälfte der Tonnage zwischen 1000 und 1600 Tonnen. Dies müßte die Eisenerzausfuhr ernstlich erschweren sowie Störungen der Handelsbilanz und Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Das Schreiben der TGO war durch einen Bericht des Nordischen Erzkontors in Lübeck über die Pläne der Alliierten veranlaßt worden. Die schwedische Gesandtschaft in Berlin teilte am 9. April mit, daß die Deutschen bei ihren Verhandlungen mit der Reparationskommission in Paris verlangt hätten, für den Eisenerztransport von Schweden ausreichend Tonnage behalten zu dürfen. Die Kommission habe die Forderung abgelehnt.

Dem schwedischen Gesandten in Berlin Hans von Essen, gegenüber, hatte das Auswärtige Amt hervorgehoben, es sei wünschenswert, daß Schweden die deutschen Bestrebungen unterstütze. In einem Brief an von Essen berichtet der schwedische Außenminister Erik Pamstierna, der schwedische Delegierte bei den laufenden Verhandlungen über sog. Hilfskredite für Mitteleuropa in Paris sei beauftragt worden, den Alliierten die Bedeutung der Eisenerzausfuhr für Schweden klarzumachen und wie wichtig die deutsche Tonnage zu ihrer Aufrechterhaltung sei. Die Gesandten in Paris und London seien ersucht worden, bei den entsprechenden Regierungen Demarchen in der gleichen Richtung vorzubringen. Der deutsche Botschafter in Stockholm Rudolf Nadolny, wie auch die deutsche Regierung seien über die schwedische Aktion nicht unterrichtet worden, um den Verdacht zu vermeiden, Schweden handele nicht in eigenem Interesse, sondern sei "von Deutschland vorgeschickt worden."⁶)

Im Jahr 1920 brach außerdem während des Frühjahrs und Sommers in Norrbotten ein dreimonatiger Streik der Bergleute aus. Es gelang der TGO mit Hilfe von Streikbrechern jedoch aus den gefüllten Lagern Erz zu den Verladehäfen zu transportieren. - die Verschiffungsmenge des Jahres 1920 war zufriedenstellend - aber der Streik hatte steigende Unkosten zur Folge.

Schwerwiegender war der Zwist mit den schwedischen Staatsbahnen (SJ). Dabei handelte es sich um die von der TGO im

Vertrag mit dem Staat übernommene Verpflichtung, das Defizit durch die LKAB⁷⁾ zu decken, das entstehen könnte, wenn die Einnahmen für SJ auf den Strecken Gällivare - Riksgränsen und Gällivare (Malmberget) - Luleå⁸⁾ in einem Jahr nicht den gesamten Betrag für ihren Betrieb und Unterhalt einbrächten. LKAB (d.h. TGO) hatte sich also durch den Vertrag mit dem Staat dazu verpflichtet, unabhängig von der Menge des ausgeführten Eisenerzes dafür zu sorgen, daß sich das vom Staat in den Eisenerzbahnen investierte Kapital verzinste. Im Frühjahr 1919 legte der Generaldirektor von SJ, Axel Granholm, dem Unternehmen für die Jahre von 1915 bis 1918 Forderungen von 21,2 Millionen Kronen vor. Außerdem wurden für die Jahre 1919 und 1920 aus denselben Gründen 27 Mio. Kronen verlangt.

Insgesamt stand die LKAB also vor Forderungen von 48,2 Millionen Kronen. Dies war, nach damaligem Geldwert gerechnet, auch für ein Unternehmen wie die TGO eine schwindelerregende Summe. Man bestritt die Pflicht, zahlen zu müssen und die Angelegenheit wurde zu einer Gerichtssache. Stockholms Amtsgericht (rådhusrätt) sollte sich der Streitfrage annehmen. Man vermutete, daß ein Beschluß auf sich warten lassen würde.

Weder LKAB noch TGO hatten diese staatliche Forderung in ihren Bilanzen berücksichtigt, sie also nicht auf das Gewinnergebnis einwirken lassen. Im Geschäftsbericht der LKAB für das Rechnungsjahr 1919-1920 wird jedoch mitgeteilt, das SJ Schadenersatzforderungen für die Verluste von 1919 gestellt und deswegen Klage erhoben habe. Ivar Afzelius, der Vertreter des Staates im TGO-Vorstand, meinte, die Dividende für die Stammaktienbesitzer für das Jahr 1920 müßte statt auf die ausgeteilten 10,8 Mio. Kronen auf 3,3 Mio. Kronen festgesetzt werden. Die Situation wurde dadurch erschwert, daß laut Vertrag mit dem Staat der Teil der LKAB, der der TGO gehörte, 1932 eingelöst werden sollte und daß der Preis nach dem Gewinn der LKAB der Jahre zwischen 1920 und 1929 berechnet werden sollte. Es galt deshalb für die TGO, die von der LKAB erbrachten Gewinne so hoch wie möglich zu halten.⁸⁾

Wie schwierig die Nachkriegssituation der TGO war, ist auch aus den Verhandlungen zu ersehen, die man 1920 bis 1922 mit

dem Staat wegen einer staatlichen Übernahme des Unternehmens führte. Dem Vertrag mit dem Staat von vor dem Krieg zufolge hatte dieser das Recht, 1932 die LKAB-Aktien der TGO einzulösen. Im Frühjahr 1920 wurden Verhandlungen über die Verstaatlichung von LKAB und TGO geführt. Es würde zu weit führen hier die außerordentlich komplizierte Geschichte dieser Verhandlungen zu behandeln. Sie führten schließlich 1922 zu einem neuen Vertrag mit dem Staat, durch den dessen Einfluß innerhalb des LKAB-Vorstandes bedeutend zunahm, während das Unternehmen aber weiterhin im Privatbesitz blieb. Die Übernahme der LKAB wurde noch einige Jahre aufgeschoben. Es ist in diesem Zusammenhang aber wichtig festzustellen, daß die Initiative zu den Verhandlungen über eine Verstaatlichung der TGO vom Unternehmen selbst ausging. "Die Initiative war die des Unternehmens", stellt Meinander in seiner Geschichte über das Unternehmen fest und hebt hervor, daß die Verhandlungen keinen offiziellen Charakter trugen. Andere Gründe als die, daß das Unternehmen "die Möglichkeiten einer Nationalisierung des Unternehmens praktisch nur auf geschäftlicher Ebene sah", gibt er nicht an. Dies war wohl auch das wichtigste Motiv. In der schwierigen Lage, in der sich das Unternehmen befand, bedeutete eine Verstaatlichung eine Garantie für die Interessen der Aktienbesitzer. Außer diesem Vorteil böte eine Verstaatlichung auch den Vorteil, in den Beziehungen mit Deutschland bessere Bedingungen erzielen zu können, meinte Dillner. Der Staat würde bei den bevorstehenden wichtigen handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland eine wesentlich stärkere Position haben.

Ein weiterer Vorschlag für ein Abkommen wurde von Löfgren und Forsgrén ausgearbeitet. Bei den Diskussionen vom 8. bis zum 11. April 1920 scheiterte das Ganze daran, daß der Vertreter der TGO die staatlichen Forderungen als viel zu hoch ansah, als daß Aussicht bestünde daß der Vorstand der TGO zustimmen würde.^{8a)}

Die langfristigen deutschen Verträge von vor dem Weltkrieg waren jedoch die wichtigste Ursache dafür, daß Grängesberg-bolagets Leitung mit großer Sorge in die Zukunft blickte. Deutschland war der mit Abstand wichtigste Kunde. Die Preise für die dorthin gelieferten Eisenerze waren von unmittelbar

entscheidender Bedeutung für die Stellung der TGO. Die Verträge waren mit einer Gültigkeitsdauer bis 1927, für die August Thyssen-Hütte sogar bis 1932, abgeschlossen worden. Es handelte sich um cif-Kontrakte mit festen Preisen und eine Force majeure-Klausel für den Kriegsfall.

Während des Krieges wurden die in den langfristigen Verträgen vereinbarten Lieferungen eingestellt. Man schloß von Jahr zu Jahr neue Preisabkommen und änderte dadurch die Verträge zu fob-Abkommen ab. Im Sommer 1917 setzte Bankdirektor Kjellberg, der Vorsitzende des TGO-Vorstandes durch, daß das Unternehmen den deutschen Kunden infolge der veränderten Verhältnisse mitteilen sollte, die langfristigen Verträge seien für alle Zukunft außer Kraft gesetzt. Dillner sah diesen Beschluß als Herausforderung an. Mit der Unterstützung des früheren geschäftsführenden Direktors Frisell gelang es ihm, den Vorstandsbeschluß rückgängig zu machen. Stattdessen setzte Dillner eine Lösung durch, die später drohte, der TGO teuer zu stehen zu kommen. Von den drei Möglichkeiten, die der TGO zu Gebote standen, nämlich die langfristigen Verträge auf Grund von Force majeure zu kündigen, zu schweigen oder über neue Bedingungen zu verhandeln, wählte man die, die sich später als die schlechteste erwies. Man beschloß, mit den deutschen Unternehmen über neue Vertragsbedingungen zu verhandeln, die 6 Monate nach einem Frieden in Kraft treten sollten. Am 2. Februar 1918 einigte man sich auf einer großen Konferenz über die neuen Bedingungen. Forsgrén nennt diese Beschlüsse die "unglücklichsten, die in der ganzen Geschichte des Unternehmens gefaßt worden sind."⁹⁾ Das schwedische Zugeständnis die Verträge - zwar mit Änderungen - zu behalten, muß man jedoch im Zusammenhang mit den zu dieser Zeit sehr eifrigen deutschen Anstrengungen sehen, die Eisen-erzlieferungen für die Nachkriegszeit zu sichern, und mit der deutschen Vormachtstellung im Ostseegebiet, die zu der Zeit besonders stark war.¹⁰⁾

Als der Krieg beendet war, dauerte es nicht lange, bis die TGO aufs neue Erhöhungen der 1918 ausgehandelten Preise verlangte. Wegen ihrer Ansprüche, trotz gültiger Verträge Preissteigerungen durchzusetzen, berief sich die TGO auf den Krieg und die dadurch geänderten Verhältnisse, die nicht vorauszu-

sehen waren, als die Verträge geschlossen wurden. Die Währungsverhältnisse und die Frachtsituation hatten den Eisen-
erzmarkt völlig verändert. Dazu kam die Ostseeblockade, die
bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages vom 28. Juni
1919 aufrechterhalten wurde. Während der Periode von Dezem-
ber 1918 bis April 1919 wurden aus den drei Eisenerzhäfen
Narvik, Luleå und Oxelösund insgesamt nur ca. 110 000 Tonnen
Eisenerz verschifft.¹¹⁾

Im Februar 1919 teilte das Nordische Erzkontor den deutschen
Kunden mit, daß die TGO ein Zusatzabkommen zu den langfristi-
gen Verträgen als absolut notwendig ansah. Die Unternehmen
konferierten miteinander, und Mitte März wies man in seiner
Antwort die neuen Forderungen aufs schärfste zurück. Man er-
klärte, daß die TGO ihren deutschen Kunden gegenüber scha-
denersatzpflichtig sei, wenn sie ihre Drohung, die Verträge
außer Kraft zu setzen, durchführen würde.¹²⁾ Durch den Wunsch
deutscher Betriebe, eine Verlängerung der Kriegskredite zu
erhalten, hatte die TGO ein Mittel, sie unter Druck zu set-
zen. In der Zeit von 1915 bis 1918 hatte Schweden ungefähr
17 Mio. Tonnen Eisenerz auf Kredit nach Deutschland gelie-
fert. Die Schulden sollten in Schwedenkronen bezahlt werden.
Auf deutscher Seite rechnete man damit, daß der Wert der
Mark nach einem siegreichen Krieg steigen würde und das Ab-
kommen auf diese Weise für die deutschen Stahlwerke ein gu-
tes Geschäft werden würden. Allein an die TGO betrug die
Schuld am 1.1.1919 112,9 Mio. Kronen. Sie sollte spätestens
sechs Monate nach der Ratifizierung des Friedensvertrages
bezahlt werden.¹³⁾ Auf einer Konferenz Ende Mai 1919 in
Stockholm gingen die Deutschen - mit Ausnahme der August
Thyssen-Hütte - auf Preissteigerungen ein, obwohl man wußte,
daß die TGO große Mengen unverkauften Eisenerzes auf Lager
hatte. Es ist anzunehmen, daß man in der damaligen Situati-
on meinte, allen Anlaß zu haben, die Rohstofflieferanten
bei guter Laune zu halten. Die TGO drohte außerdem, mit Hil-
fe der Force majeure-Klausel alle Verträge für null und nich-
tig zu erklären. Mit der August Thyssen-Hütte war es am
schwierigsten, ein Abkommen zu schließen. Erst im Herbst 1919
ging das Unternehmen auf die neuen Preise ein.¹⁴⁾

Durch das Abkommen im Mai 1919 löste man das Schuldenproblem wie folgt: Die deutschen Stahlwerke hatten sich verpflichtet, in vier Teilzahlungen - wovon die erste sechs Monate nach dem Friedensschluß fällig wurde - die schwedischen Wechsel zum Tageskurs einzulösen. Die Betriebe rechneten damit, durch dieses Abkommen eine Möglichkeit zu erhalten, die erwarteten Kurssteigerungen der deutschen Mark ausnützen zu können.¹⁵⁾ Stattdessen erfolgte ein starker Kursverfall. Es wurde schwer, neue Lieferungen vertraglich zu vereinbaren. Im steigenden Maße verwandte man bei der Stahlherstellung Kriegsschrott.¹⁶⁾

Wieviel der deutschen Schwerindustrie daran lag, schwedisches Eisenerz zu bekommen, zeigt sich in der Behandlung der Schuldenfrage Schweden gegenüber. Trotz schwieriger Verhältnisse entschied sich die deutsche Stahlindustrie, schnellstens die Schulden in Schweden zu bezahlen. Ein Teil der Unternehmen hatte eine ziemlich gute Liquidität durch den Schadensersatz für die in abgetretenen Gebieten, vor allem in Lothringen, liegenden verlorenen Betriebe. Nach deutschen Angaben wurden die Schweden schneller bezahlt, als es das Abkommen von 1919 forderte. Die Phoenix A.G. hatte z.B. zu Beginn des Rechnungsjahres 1919 bis 1920 eine Schuld von 23,5 Mio. Kronen. Gegen Ende des Rechnungsjahres belief sich die Schuld auf 5,9 Mio. Kronen, und am 20. Oktober 1920 hatte das Unternehmen seine Schuld an die TGO ganz bezahlt. Genauso soll es bei den Rheinischen Stahlwerken ausgesehen haben. Ende Mai 1921 scheinen die Forderungen der TGO an die deutschen und österreichischen Werke fast ganz beglichen gewesen zu sein. Damals stand nur noch eine Schuld von 2,74 Mio. Kronen aus.¹⁷⁾

Wie die Schulden geregelt wurden, ist unklar. Laut Forsgrén hatte die TGO nach dem Krieg in der Skandinaviska Kreditbanken deutsche Wechsel im Wert von 130 Mio. Kronen diskontiert.¹⁸⁾ Es ist anzunehmen, daß die Bank einen großen Einfluß auf die Behandlung der Schuldenfrage gehabt hat. Aber es ist schwer, Einblick zu gewinnen, wie man die Frage gelöst hat. Über den Einfluß der Skandinaviska Kreditbanken auf Grängesbergsbolaget schreibt Forsgrén: "Eine Seite der Geschichte des Unternehmens war jedoch immer irgendwie überschattet, nämlich das Verhältnis zur Skandinavischen Bank.

Und diese Seite der Unternehmensgeschichte ist sicherlich nicht bedeutungslos. Manche Beschlüsse, die mein Erstaunen erweckt haben, würden wohl ihre Erklärung in dieser Tatsache finden."¹⁹⁾

Es ist erklärlich, daß das psychologische Klima für eine dritte Preiserhöhung für Erzlieferungen nach den langfristigen Verträgen nach all den Schwierigkeiten nicht besonders günstig war. Die TGO-Führung hatte sich jedoch entschlossen, sie durchzusetzen. Die Durchführung war äußerst schwierig.

Die Weltmarktpreise für Eisenerz lagen hoch, und die langfristigen Verträge wurden zu einer Belastung. Sie waren in einer Zeit abgeschlossen worden, in der man an eine ruhige, vorsichtige Entwicklung gewöhnt war, und sie paßten nicht für die Verhältnisse, bei denen man von Monat zu Monat kaum etwas über die wirtschaftliche Zukunft sagen konnte. Der deutsche Eisenerzbedarf stieg während des Jahres 1920. Die Voraussetzungen für eine deutsche Exportoffensive wurden u.a. durch den niedrigen Wert der Währung geschaffen. Noch im Sommer 1920 wurden die Erze zu höheren Kriegspreisen geliefert. Im Herbst 1920 sollten die niedrigeren Preise der langfristigen Verträge wieder in Kraft treten. Außerdem fielen seit einiger Zeit die Preise für Eisen- und Stahlerzeugnisse.²⁰⁾

Die TGO bereitete ihre Forderungen nach Preiserhöhungen genau vor. Die Agenten in Deutschland Benjamin von Rawack und Grünfeld und Schwabroch vom Nordischen Erzkontor - wurden auf diese Arbeit angesetzt. Auch die Kontakte mit der Bank M.M. Warburg in Hamburg wurden ausgenützt. Schon Mitte September gelang es, mit den Witkowitzwerken in der Tschechoslowakei eine Vereinbarung zu treffen. Darauf folgten Abkommen mit einigen schlesischen Unternehmen.²¹⁾ Vertreter der westlichen Firmen trafen sich am 10. September in Essen, um Überlegungen anzustellen. Man beschloß, sich zu weigern, überhaupt über Preissteigerungen mit der TGO zu verhandeln. Einem Berichterstatter der TGO im Ruhrgebiet zufolge war die Stimmung den Schweden gegenüber "sehr verschnupft", besonders deswegen, weil diese kurz vorher telegraphisch eine kleinere Preiserhöhungen des Gellivareerzes mitgeteilt hatten. Die TGO antwortete mit der Erklärung, das Unternehmen stehe vor für sei-

ne Zukunft entscheidenden Beschlüssen. Die aktuellen Fragen eigneten sich aber nicht für einen Schriftwechsel.²²⁾

Zu diesem Zeitpunkt wurde auch die große internationale Finanzkonferenz in Brüssel abgehalten. (24. September - 8. Oktober). Der dortige schwedische Delegierte war Marcus Wallenberg, sein Stellvertreter war Oscar Rydbeck.²³⁾ Dillner versuchte die Verbindungen der TGO mit Rydbeck auszunützen, um die Deutschen zu beeinflussen. In einem Telegramm vom 29. September bat er Rydbeck, den Deutschen bei der Konferenz klar zu machen, daß eine schwedische Unterstützung der deutschen Forderungen auf eine Revision der ökonomischen Bedingungen des Friedens davon abhingen wie die Deutschen schwedische Ansprüche wie die der TGO behandeln würden.

Am gleichen Tag beantwortete Rydbeck Dillners Telegramm mit einem Brief, in dem er die Schwierigkeiten betonte, die es bereiten würde, während der offiziellen Verhandlungen Dillners Gesichtspunkte vorzutragen. Aber Rydbeck meinte, er wolle die Sache mit einem der deutschen Delegierten diskutieren und schlug Franz Urbig von der bekannten deutschen Bank Disconto-Gesellschaft vor. Diese hatte starke Interessen in der Industrie des Ruhrgebietes, u.a. in den Stinnesunternehmen. Er berichtete weiter, die TGO habe durch Müller & Co. in Den Haag durch den holländischen Einfluß über die Phoenix A.G. erreicht, daß die deutschen Stahlwerke an der Ruhr um den 25. Oktober herum zu einer Konferenz mit der TGO bereit seien. Es bleibe jedoch noch der Wunsch offen, Urbig zu bearbeiten.

In einem ausführlichen Brief an Rydbeck legte Dillner die Argumente für die neue Preissteigerung dar, Die deutschen Kunden, meinte Dillner, hätten allen Grund, sich mit der TGO gutzustellen, da sie dadurch einer Verbindung zwischen den Eisenerzunternehmen, die Erz an die westfälische Industrie lieferten, aus dem Wege gingen. Dabei handelte es sich um das französische Minetteerz, die nordspanischen Erze und die schwedischen. Die TGO hätte von spanischer und französischer Seite aus einen entsprechenden Wink bekommen. Es bedürfe nur eines Vertrags, unter einem gewissen ausgemachten Preis keine Verkäufe nach Deutschland zu tätigen, damit sich die französischen und spanischen Preise unmittelbar erhöhen würden. Diller drückte auch den Wunsch aus, solche Vergeltungs-

maßnahmen gegen deutsche Kunden, mit denen er jahrzehntelang freundschaftliche Verbindungen gehabt habe, so lange wie möglich zu vermeiden. Den französischen, belgischen und englischen Stahlwerken könne eine Preissteigerung für die deutschen Konkurrenten nur angenehm sein. Es müßte also für die TGO ein leichtes sein, mit Hilfe dieser Stahlwerke in den anderen Ländern Stimmung für einen Zusammenschluß des Erzverkaufs nach Deutschland zu erzeugen. Ein zweiter Grund sei die schwedische öffentliche Meinung. Die TGO-Aktien seien weit verbreitet in der schwedischen Bevölkerung (etwa 20 000 Aktienbesitzer). Eine deutsche Weigerung würde in Schweden eine für Deutschland ungünstige Stimmung hervorrufen. Außerdem würde sie das Interesse des Unternehmens stärken, mit dem schwedischen Staat ein Abkommen über eine Verstaatlichung zu treffen. Das wiederum gebe dem Staat bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland freien Spielraum in der Erzfrage und überhaupt eine Handhabe, auf Deutschland so starken Druck auszuüben, daß die westfälische Eisen- und Stahlindustrie unter gewissen Umständen ernsthaft Schaden nehmen könnte. Dillner meinte, es sei nicht unmöglich, den schwedischen Staat dazu zu bringen, Eisenerz mit einem Ausfuhrverbot zu belegen, wenn man keinen angemessenen Preis erhalten könne. Der Preis, den die TGO verlange, betrage nur 70% des aktuellen Marktpreises. Englische und belgische Käufer hätten, laut Dillner, bei der Regulierung ihrer Verträge höhere Preise bezahlt, als die jetzt von den Deutschen verlangten.²⁴⁾

Es ist anzunehmen, daß Rydbeck auf der Brüsseler Konferenz diese Gesichtspunkte an Urbig weiterleitete.²⁵⁾ Dillners Handlungsweise zeigt, daß er nicht davor zurückschreckte, den Staat als Druckmittel im Zusammenhang mit den strittigen Punkten zwischen der TGO und den Stahlmagnaten einzusetzen. Irgendwelche Versprechen der Regierung, was z.B. Ausfuhrverbote anbelangte, hatte er nicht bekommen. Die Auskunft Dillners, der TGO sei es durch den holländischen Einfluß über die Phoenix A.G. gelungen, die Stahlwerke zu Verhandlungen zu bringen, war offenbar richtig. Die Phoenix A.G. teilte nämlich am 4. Oktober 1920 den anderen westlichen Stahlwerken ihren veränderten Standpunkt mit und schlug für Ende Ok-

tober Verhandlungen mit den Schweden vor.²⁶⁾ Dies wurde auch beschlossen.

An den Verhandlungen in Berlin am 22. Oktober nahmen für die TGO außer Dillner, auch Forsgrén und Frisell teil, sowie Kroeller und Müller-Niko von der Müller & Co.. Auch die Stahlwerke waren zahlreich vertreten.²⁷⁾

Die TGO behauptete, durch die niedrigen Eisenerzpreise sei der Aktienkurs so gesunken, daß darüber in Schweden eine allgemeine Verstimmung herrsche. Man fürchte, die schwedische Regierung nehme dieses zum Anlaß, die lappländischen Bergwerke des Unternehmens vorzeitig zu beschlagnahmen. Es gebe aber auch die Möglichkeit, daß sie - wie die norwegische Regierung in der Frage der Schwefelkiesausfuhr -, den Export davon abhängig mache, daß man ausreichend hohe Preise bekomme.

Der starke schwedische Druck führte gewiß nicht dazu, daß die Stahlwerke die neuen Forderungen sofort annahmen, diese erklärten stattdessen, in einem größeren Kreis miteinander konferieren zu wollen, um dann im November aufs neue mit der TGO zu verhandeln.²⁸⁾

Die von Dillner gegenüber Rydbeck geäußerte Behauptung, daß eine Zusammenarbeit mit den Franzosen möglich sei, tauchte aufs neue in einem Brief von Generaldirektor Walther Fahrenhorst, Phoenix A.G., an die anderen Stahlwerke auf. Laut Schwabroch befanden sich Kopien der langfristigen Verträge in den Händen der französischen Regierung. Die Franzosen hatten sich bei den Schweden über die niedrigen Eisenerzpreise für Deutschland beschwert und vorgeschlagen, daß die Franzosen und die Schweden abmachen sollten, die Erzpreise zu erhöhen.²⁹⁾

Anfang November 1920 trafen sich die Leiter der deutschen Stahlwerke zu einer internen Konferenz um die Preisfrage. Offensichtlich waren alle Stahlwerke - außer der August Thyssen-Hütte - geneigt, den schwedischen Forderungen nachzugeben. Es gelang Direktor Carl Rabes von der August Thyssen A. G. jedoch zu verhindern, daß diese Zugeständnisse unmittelbar zustandekamen, indem er einen Vorschlag über eine "Interessengemeinschaft" zwischen den deutschen Stahlwerken

und der TGO vorlegte.³⁰⁾

Auf die Frage der anderen, wie er sich diese vorstelle, erklärte Rabes, daß eine eventuelle Preiserhöhung der TGO zur Hälfte direkt zugute kommen, während die andere Hälfte den Stahlwerken in Form von Aktien der TGO vergütet werden sollte. Man beabsichtigte so zu verfahren, bis die Stahlwerke ungefähr die Hälfte des neuen Aktienkapitals besäßen. Natürlich müßte man auch Sitz und Stimme im Vorstand der TGO bekommen und einen gewissen Einfluß auf die Verwaltung des Unternehmens. Es müßte ein neuer Vertrag abgeschlossen werden, und zwar für eine längere Zeit als bis 1932. "Der Interessengemeinschaftsvertrag müßte natürlich von dem Gedanken aus abgefaßt werden, daß die schwedischen Gruben und die deutschen Hüttenwerke aufeinander angewiesen und daher untrennbar miteinander verbunden sind."³¹⁾

In Folge von Rabes Initiative teilten die Stahlwerke der TGO mit, daß deren Vorschlag unannehmbar sei, daß die deutschen Stahlwerke aber bereit seien, Ende November in Berlin auf der Grundlage eines Vorschlags zu verhandeln, den die Werke vorher ausarbeiten würden.³²⁾

Rabes bekam den Auftrag, diesen Vorschlag auszuarbeiten. Eine besondere Kommission der Stahlwerke, bestehend aus Direktor Förster (Krupp), Rabes, Direktor Wenzel (Deutsch. - Lux.) und Fahrenhorst, bekam die Aufgabe, im Namen der Unternehmen zu verhandeln.³³⁾

Laut Forsgrén habe der Vorschlag zur Bildung einer Interessengemeinschaft nicht nur bedeutet, daß die deutschen Hütten Teilhaber in der TGO würden, sondern auch, daß den Schweden angeboten worden sei, Teilhaber der deutschen Stahlindustrien zu werden. Forsgrén stellt das Angebot überraschend positiv dar. Es sei gewiß risikoreich, aber interessant. "Doch war es undenkbar, daß es die Billigung des schwedischen Staates gewinnen konnte."³⁴⁾ Von dessen Seite war man ganz darauf eingestellt, ausländischen Besitz schwedischer Unternehmen so weit wie möglich zu verhindern. Schon aus diesem Grund war der Vorschlag kaum realistisch, auch wenn sich die TGO hätte entscheiden können, ihn anzuerkennen. Frisell teilte den Deutschen die Ablehnung mit.³⁵⁾

Die August Thyssen-Hütte beschloß daraufhin, sich aus den weiteren Verhandlungen herauszuhalten. Ihr Standpunkt wurde durch Rabes in einem ausführlichen Brief an Fahrenhorst dargelegt. Dieser war, laut Rabes, verfaßt um den Schweden zugespielt zu werden. Er ist eine interessante "wirtschaftspolitische Grundsatzerklärung." Auffallend ist, daß man die außenpolitischen Gegensätze zwischen Deutschland und seinen früheren Feinden, vor allem Frankreich, so stark betonte. Die französischen und belgischen Stahlindustrien würden sich mehr und mehr auf dem Weltmarkt Geltung verschaffen, behauptete Rabes. Durch das Spa-Abkommen bekämen diese Industrien deutschen Koks zum niedrigsten Preis in Überfluß, während die deutsche Stahlindustrie großen Mangel daran litt. Erz bekämen die Franzosen zum Selbsterzeugerpreis. Es dürfte für die deutsche Industrie verhängnisvoll werden, wenn sie außerdem den Schweden noch höhere Eisenerzpreise zahlen müsse. Rabes wies darauf hin, daß nicht einmal der eigene deutsche Markt geschützt sei, da Eisen- und Stahlerzeugnisse aus Elsaß-Lothringen nach dem § 268 des Versailler Vertrages fünf Jahre lang zollfrei seien. "Da steht auf der einen Seite die deutsche Eisenindustrie im Kampf um ihre Existenz Feinden gegenüber, die in der Verfolgung eines der hauptsächlichsten Gründe für die Anzettelung des Krieges, nämlich der wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands, auch weiterhin unerbittlich und mit großer Aussicht auf Erfolg tätig sind." Unter diesen Verhältnissen fordere das schwedische Unternehmen von seinen deutschen Kunden eine vierfache Garantie, schrieb Rabes. Man wolle nämlich eine Garantie für Mindesteinkünfte durch die Aktien haben, eine Garantie gegen Frachtpreiserhöhungen der Eisenbahnen, eine Garantie gegen alle Lohnerhöhungen von über 10% und eine Garantie für einen Mindestgewinn. Außerdem fordere man eine Garantie für die Ausnutzung seiner Schiffskapazität. Das Resultat müsse unweigerlich eine von Jahr zu Jahr abnehmende Aufnahmefähigkeit des schwedischen Eisenerzes sein. Die Forderungen der TGO seien unmöglich zu erfüllen, und deshalb werde die August Thyssen-Hütte nicht an den Verhandlungen am 25. November in Berlin teilnehmen.³⁶⁾

Der Vertrag, der durch die Verhandlungen in Berlin geschlos-

sen wurde, bedeutete, daß die TGO eine dritte Erhöhung der in den langfristigen Verträgen festgelegten Preise durchsetzen konnte. Der Vertrag galt für die Zeit vom November 1920 bis zum Mai 1921. Er wurde auf Basis von fob-Preisen geschlossen, und der Preis wurde von der Verkaufsmenge abhängig gemacht; verkaufte man größere Mengen, fiel der Preis. Der Vertrag hatte aus der Sicht der TGO einen großen Nachteil. Alle Vorteile waren illusorisch, so lange sich die August Thyssen-Hütte dem Abkommen nicht angeschlossen hatte, da dieses eine Meistbegünstigungsklausel enthielt, die bedeutete, daß der Vertrag so lange ganz einfach ungültig war, bis sich Thyssen ihm angeschlossen hatte.³⁷⁾

Die Situation der TGO war also außerordentlich schwierig. Die langfristigen deutschen Verträge bedeuteten eine große Belastung. Die Weigerung der August Thyssen-Hütte, der dritten Preissteigerung zuzustimmen, drohte durch die Meistbegünstigungsklausel die Preiserhöhung zu vereiteln, zu der die Zustimmung der anderen Stahlwerke unter so großen Mühen erungen worden war. Welche Mittel konnte die TGO anwenden, um die August Thyssen-Hütte zum Nachgeben zu bringen? Die TGO-Führung konnte nicht einfach die Lieferung an das Unternehmen einstellen, da dies mit Sicherheit ein gerichtliches Verfahren gegen das Bergwerk nach sich ziehen würde. Von Seiten der TGO war man sich seiner rechtlich schwachen Stellung voll bewußt. Der Handelsvertrag mit Deutschland untersagte die Einführung von Exportverboten – sonst wäre dies eine mögliche Lösung gewesen, nur solche Unternehmen mit Ausfuhrlicenzen zu belegen, die den höheren Preis bezahlten.

Die Interessen der TGO forderten im Herbst 1920 eine Waffe gegen die widerspenstige August Thyssen-Hütte. Wenn der Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt würde, könnte man eine solche Waffe bekommen. Dadurch würde Schweden freie Hand bekommen, Ausfuhrverbote zu erlassen. Eine solche Kündigung würde also der TGO außerordentlich gelegen kommen.

VII.5 Die Kündigung des Vertrags im Dezember 1920

Die Offensive der Wirtschaftsorganisationen hatte zur Folge, daß eine Kündigung des schwedisch-deutschen Handelsvertrags

schnell wieder aktuell wurde.

Der Finanzminister Tamm forderte am 11. November 1920 das Zoll- und Vertragskomitee auf zu untersuchen, in welcher Weise die geltenden Bestimmungen des schwedischen Handelsvertrags eventuellen Änderungen des schwedischen Zolltarifs Hindernisse in den Weg legten. Man begründete diese Untersuchung mit der Notwendigkeit, die Finanzzölle zu erhöhen oder neue einzuführen. Aber der Zusammenhang zwischen dem Antrag und der Wirtschaftskrise ist klar ersichtlich.¹⁾

Der einzige Vertrag von größerer Bedeutung für die Bindungen des schwedischen Zolltarifs war der schwedisch-deutsche. Die Aufforderung des Finanzminister Tamm wurde am 23. November 1920 im Vertragsausschuß behandelt.²⁾ Dort hatten seit dem Regierungswechsel einige Personalveränderungen stattgefunden. Fryxell war, nachdem Oscar von Sydow abgetreten war, Vorsitzender des ganzen Komitees geworden. Axel Vennersten hatte im Vertragsausschuß seinen Platz eingenommen. Ferner wurde der Einfluß der Wirtschaft durch die hervorgehobene Stellung, die er als zweiter Vorsitzender des Ausschusses innehatte, gestärkt. Weiter war Örne durch Rickard Sandler ersetzt worden.³⁾ Auf der aktuellen Sitzung waren jedoch die beiden sozialdemokratischen Mitglieder, Sandler und Svensson, nicht anwesend. Das kann ein Zufall sein, aber es ist hinsichtlich der früheren Streitigkeiten wegen des deutschen Handelsvertrags nicht auszuschließen, daß die beiden bei der Politik, die der Ausschuß jetzt Deutschland gegenüber einschlug, nicht mitarbeiten wollten.

Im Protokoll über die Sitzung steht nur, daß Diskussionen über Tamms Aufforderung stattgefunden haben. Darüber wurde ein Memorandum verfaßt. Im Archiv des Außenministeriums gibt es ein Schreiben an das Finanzministerium vom 4. Dezember 1920, das das im Protokoll genannte Memorandum sein muß.⁴⁾ Es gibt eine weitere Quelle über das, was sich bei der Sitzung des Vertragsausschusses zugetragen hat. Am 24. November berichtete der Kabinettssekretär des Außenministeriums W. Boström in einem Schreiben an Außenminister Wrangel, der sich in London befand, zum einen über die Sitzung des Vertragsausschusses, zum anderen über die gemeinsame Kabinetts-

sitzung, die am Tag darauf in dieser Sache abgehalten wurde. Als Grund des einstimmigen Beschlusses des Ausschusses, der Regierung eine Kündigung des deutschen Handelsvertrags vorzuschlagen, gab Boström an, die Hoffnungen, die man früher wegen der Ausfuhrmöglichkeiten nach Deutschland gehegt habe, hätten sich nicht erfüllt. Es habe sich, den Anfragen nach zu urteilen, die der Ausschuß an Unternehmen mit langjähriger Exporttätigkeit nach Deutschland gestellt habe, gezeigt, daß "Unter den jetzigen Währungsverhältnissen ein Export nicht möglich sei und die tatsächlichen Ausfuhrzahlen im Vergleich zu den Einfuhrkontingenten, die bei der Verlängerung des Vertrags zugesichert worden waren, wiesen in dieselbe Richtung." Ein weiterer Grund zu einer Kündigung war der, daß Schweden "durch eine Entledigung von unseren Verpflichtungen, Eisenerz nicht mit Ausfuhrzoll zu belegen, eine Waffe in die Hand bekommt in unseren wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit Deutschland." Das Komitee hatte die Frage diskutiert, auf gleiche Art wie die Deutschen die Zölle im Verhältnis zur Senkung des Geldwertes zu erhöhen, ohne den Vertrag zu kündigen. Aber es befürwortete "den Weg der Vertragskündigung, um Freiheit zu gewinnen, eventuell notwendige Zollerhöhungen durchzuführen."

Auf der gemeinsamen Ministersitzung am 24. Oktober hatte der Finanzminister Tamm, der gleichen Quelle nach, erklärt "großes Interesse an der Kündigung des deutschen Handelsvertrags /zu haben/, um freie Hand zu erhalten, eventuell Finanzzölle einzuführen beziehungsweise zu erhöhen." Boström fragte, ob Wrangel "den Wunsch der übrigen Minister, den Vorschlag des Vertragskomitees auf Kündigung des Vertrags anzunehmen", teile.⁵⁾

In seinem Schreiben vom 4. Dezember 1920 an das Finanzministerium wiederholt das Zoll- und Vertragskomitee in ausführlicher Form diese Gründe zu einer Kündigung. Eine Anlage mit Statistik über die tatsächliche Ausfuhr im Vergleich zu den Kontingenten gehörte zu dem Untersuchungsmaterial. Aber die Statistik über den Export nach Deutschland für den Zeitraum zwischen dem 1.4.1920 und dem 31.10.1920, die das Komitee als Unterlage für seinen Beschluß anführte, ist aus

schwedischer Sicht nicht nur negativ. Für einige Waren verzeichnet sie relativ gute Ergebnisse: Eisenerz 2350 Mio. t. (Für das ganze Jahr 1919, 1580 Mio. t.), Roheisen 52356 t (1913 für das ganze Jahr 44455 t), Bandeisen 258 t (1913 192 t). 1913 herrschte Hochkonjunktur. Außerdem verwandte das Komitee aus irgendeinem Grund die deutsche Statistik. Die deutsche Importregelung, bei der, wie sich früher zeigte, die Außenhandelsstellen eine wichtige Rolle spielten, machte es sicher nicht leicht, genaue Angaben über die Einfuhr zu erhalten. Ein Beispiel ist der Import der Separatoren. Dem Vertragskomitee nach sollte sich die deutsche Einfuhr zwischen dem 1.4. und dem 31.10. auf 214 t belaufen haben. Das Komitee teilte gleichzeitig mit, daß die reale Einfuhr während dieses Zeitraums nach Angaben der Gesandtschaft in Berlin bedeutend größer war (500-600 t). Im Jahr 1913 war sie 541 t. Andererseits gab es eine Menge Waren, für die der Export nach Deutschland kräftig gesunken war. Die Erwartungen, die man in einigen Kreisen im Frühjahr 1920 in einen stark steigenden Export nach Deutschland gesetzt hatte, waren zunichte geworden. Der Regierungswechsel hatte bedeutet, daß die Kräfte, die den Vertrag schützten, geschwächt worden waren. Die Wirtschaftskrise hatte der protektionistischen Agitation für erhöhte Zölle neue Nahrung gegeben. Eines ihrer Ziele war lange die Kündigung des deutschen Handelsvertrags gewesen. Man meinte, wenn man diesen durch einen Modusvivendivertrag mit einer Meistbegünstigungsklausel ersetzte, könnte man der schwedischen Exportindustrie doch noch den Vorteil herabgesetzter Zölle, die Deutschland anderen Ländern bewilligte, verschaffen.

Ein anderer Hauptgrund zur Kündigung war der Kampf um die Eisenerzpreise, der im Herbst 1920 zwischen der TGO und den deutschen Eisen- und Stahlwerken in vollem Gang war. Zu dem Zeitpunkt, als der Vertragsausschuß den Kündigungsvorschlag machte, stand es fest, daß sich die August Thyssen-Hütte - einer der größten Stahlkonzerne - nicht dazu bringen lassen würde, einen neuen Vertrag über erhöhte Erzpreise mit der TGO zu unterschreiben. Dadurch drohte der Vertrag über Preiserhöhungen, den die TGO mit den anderen deutschen Stahlwerken abgeschlossen hatte, wertlos zu werden. Es ergab sich eine

Möglichkeit, den deutschen Widerstand zu brechen, wenn man sich von schwedischer Seite von dem Vertrag und seinen Garantien für Erzlieferungen löste.⁶⁾

Die Initiative zur Kündigung ging von dem Vertragsausschuß aus, der Tamms Schreiben dazu ausnützte, die Frage zu aktualisieren. Aber es bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Vertragsausschuß. Am 23. November diskutierte der Ausschuß die Frage und beschloß, eine Kündigung vorzuschlagen. Am 24. November behandelte die Regierung den Vorschlag und nahm ihn an. Am 4. Dezember schrieb der Vertragsausschuß an das Finanzministerium und befürwortete eine Kündigung. Am 14. Dezember beschloß die Regierung, den Vertrag zu kündigen.⁷⁾ Am selben Tag beauftragte das Außenministerium den Gesandten in Berlin, den Vertrag zu kündigen. Dieser lief damit am 15. März 1921 aus.

VII.6 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Die heftige Wirtschaftskrise, die Schweden im Herbst 1920 traf, trug zur Bildung einer "Sachverständigenregierung" bei. Von seiten der sozialdemokratischen Regierung kam eine Zerstrittenheit in der Frage, welche Wirtschaftspolitik geführt werden sollte, dazu. Die protektionistischen Kreise der Wirtschaft starteten eine massive Offensive zur Durchsetzung vorläufiger, genereller Zollerhöhungen für Industrieerzeugnisse. Dabei waren das Jernkontoret und der Verband der schwedischen Industrie die treibenden Kräfte. Die Eisen- und Stahlindustrie war der deutschen Konkurrenz besonders ausgesetzt, während der britische Import die Textilindustrie besonders hart traf. Die Forderungen nach Zollerhöhungen wurden durch eine Aktion des Verbandes der schwedischen Industrie gegen Preisdifferenzierungen vervollständigt. Man hoffte, daß die Regierung diese im Völkerbund zur Diskussion stellen würde. Die Aktion war gegen die britische Kohlepreisdifferenzierung gerichtet.

Englischerseits hatte die Regierung Anfang November einen Gesetzesentwurf angekündigt, der sich besonders gegen den Import aus Ländern mit abgewerteter Währung richtete, d.h. vor allem gegen den aus Deutschland. Auf schwedische Initiative

hin war mit der englischen Regierung hinsichtlich des Problems der Importregelung Kontakt aufgenommen worden. Die englische Regierung widersetzte sich eventuellen schwedischen generellen Zollerhöhungen, die alle Länder gleich trafen. Mitte November wurde Schweden auch eines aufsehenerregenden Angriffs in der britischen Presse ausgesetzt, in dem man ihm seine Deutschfreundlichkeit während des Krieges vorhielt. Die Kampagne wurde durch Angriffe auf die skandinavischen Ministerkonferenzen im norwegischen Reichstag und in der norwegischen Presse hervorgerufen.

Der Verband der schwedischen Industrie versuchte in seinen Bemühungen, die Zölle zu erhöhen auch die skandinavische Zusammenarbeit dazu auszunützen. Auf der Ministerkonferenz in Kopenhagen im August 1920 hatten sich die drei skandinavischen Regierungen für Zusammenarbeit mittels einer Vorbehaltsklausel in Meistbegünstigungsverträgen mit anderen Ländern ausgesprochen.

Der Versuch des Verbandes der schwedischen Industrie, auf einer Sitzung der drei skandinavischen Ausschüsse Ende November in Stockholm, diese für die Unterstützung in der Zollfrage zu gewinnen, gelang nicht. Die Uneinigkeit in den Zollfragen zersplitterte die Delegationen. Man erreichte jedoch Einigkeit für eine Erklärung gegen die englische Kohlepreisdifferenzierungspolitik.

Die wachsenden Forderungen nach Zollerhöhungen und die Stärkung der protektionistischen Kräfte durch den Regierungswechsel aktualisierten die Kündigung des schwedisch-deutschen Handelsvertrags. Die kritische Lage, in der sich die Grängesbergsbolaget (TGO) im Herbst 1920 befand, ließ in Schweden eine solche noch wünschenswerter erscheinen. Das Unternehmen hatte sich in seinen Vorkriegsverträgen dazu verpflichtet, den deutschen Eisen- und Stahlgesellschaften Erz zu Bedingungen zu liefern, die sich als ungünstig erwiesen hatten. Das Unternehmen versuchte, eine Preissteigerung durchzusetzen. Bei den Verhandlungen mit den Deutschen behauptete die TGO, von den Franzosen unter Druck gesetzt worden zu sein, ob solcher aber wirklich ausgeübt wurde, ist unsicher. Die schwedischen Forderungen wurden aber in einem kritischen Au-

genblick des Machtkampfes zwischen den französischen und deutschen Eisen- und Stahlunternehmen gestellt. Schließlich gelang es der TGO, eine Mehrheit der deutschen Stahlwerke zu einer Bewilligung der Preissteigerung zu bewegen. Die August Thyssen-Hütte weigerte sich jedoch. Da das neue Preisabkommen aber eine Meistbegünstigungsklausel enthielt, trat die Preissteigerung nicht in Kraft, bevor sich nicht auch Thyssen diesem angeschlossen hatte. Die Erzlieferungsgarantien aus dem schwedisch-deutschen Handelsvertrag machten es unmöglich, von schwedischer Seite ein generelles Exportverbot zu erlassen, verbunden mit Lizenzen für die Unternehmen, die die neuen Preise bezahlen wollten. In dieser Situation beschloß die schwedische Regierung in enger Zusammenarbeit mit dem Vertragsausschuß, den Vertrag zu kündigen. Die Forderungen nach Zollerhöhungen und die Notwendigkeit, die Erzgarantien des Handelsvertrags loszuwerden sowie die Enttäuschung der Exportindustrie über das Ergebnis des Kontingentierungsvertrags trugen zu diesem Beschluß bei.

TEIL III: SCHWEDISCH-DEUTSCHE HANDELSBEZIEHUNGEN

II: Die Handelsvertragsverhandlungen im Frühjahr 1921

VIII. Die Industrie, die Interessengegensätze in Deutschland und die Reparationsfrage vom Juni 1920 bis zum März 1921

VIII.1 Die Industrie und die Bildung der Regierung Fehrenbach

Die deutschen Wahlen im Juni 1920 hatten eine Verschiebung der Wählerschaft von der politischen Mitte auf die rechten und linken Flügel zu zur Folge. Die Deutsche Volkspartei (DVP) verdreifachte ihren Stimmenanteil (von 4,4% auf 13,9%). Eine Reihe von Vertretern der Industrie, unter ihnen Hugo Stinnes, Kurt Sorge, Albert Vögler, Hans von Raumer, Carl F. von Siemens und Jacob Reichert wurden in den Reichstag hineingewählt.

Bei den Regierungsverhandlungen zeigte es sich sehr bald, daß die Sozialdemokraten (SPD) nicht mehr an einer Koalitionsregierung mit der bürgerlichen Mitte interessiert waren. Dafür waren ihre Wählerverluste an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) zu groß gewesen. Eine rein bürgerliche Minderheitsregierung unter Ausschluß der Deutschen Nationalen Volkspartei (DNVP) wurde mit Konstantin Fehrenbach (Zentrum) als Reichskanzler gebildet. Zur Regierung gehörten Minister des Zentrums, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der DVP und zwei unpolitische Fachminister.

Die Wahl hatte den Einfluß der Industrie auf den Reichstag verstärkt. Bei der Besetzung der Ministerposten, richtete man sich darauf ein, durch die DVP einige wichtige Ministerien durch "Fachleute" zu besetzen. Zu diesen Ministerien zählte man das Reichswirtschafts-, das Reichsfinanz- und das Reichsschatzministerium.

Ein Anspruch auf "Fachleute" und "Sachverständige", hier als Vertreter mit Verständnis für die Interessen der Industrie verstanden, wurde auch gleichzeitig an anderen Stellen in Europa erhoben. Interessant ist die Bildung der schwedischen "Sachverständigenregierung" im Oktober 1920 und die im gleichen Jahr in Dänemark gebildeten Regierungen Liebe und Friis.

Die Ansprüche der Industrie auf eine Vertretung in der Regierung wurden begründet mit fehlendem Vertrauen auf die Möglichkeiten einer Lösung der aktuellen wirtschaftlichen Probleme durch das parlamentarische System.

Die Wahl des Reichsfinanzministers war jedoch eine Enttäuschung für die Industrie. Den Posten behielt Josef Wirth (Zentrum). Fehrenbach erzwang dessen Wahl in ultimativer Form gegen den Willen der DVP. Wirth gehörte zum linken Flügel des Zentrums und hatte, seitdem er im März 1920 als Reichsfinanzminister zur Regierung Müller (SPD) gehörte, versucht, die bei der Industrie unbeliebte Finanz- und Steuerpolitik Mathias Erzbergers (Zentrum) fortzusetzen.

Für den Posten des Reichswirtschaftsministers wurde Otto Wiedfeldt (Krupp) vorgeschlagen. Er weigerte sich jedoch, dafür zu kandidieren. Nachdem das Angebot drei weiteren Kandidaten gemacht worden war, die alle auf irgendeine Weise nicht ernannt werden konnten, entschied man sich schließlich für Ernst Scholz. Dieser gehörte zur DVP, aber noch nicht zum Reichstag. Scholz führte seinen Auftrag in enger Zusammenarbeit mit Stinnes aus.

Zum Außenminister wurde der parteilose Walter Simons ernannt. Er wurde als Sachverständiger betrachtet und seine Wahl war kaum umstritten. Simons war Jurist. Seit 1911 im Auswärtigen Amt tätig, hatte er an der Arbeit am Friedensvertrag teilgenommen, aber im Juni 1919 unter Protest gegen die Friedensbedingungen seinen Dienst dort verlassen und war geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie (RdI) geworden. Infolgedessen hatte er gute Beziehungen zur Industrie, jedoch ohne besondere Anknüpfung an die Schwerindustrie und den Kreis um Stinnes.¹⁾

Reichsschatzminister wurde Hans von Raumer (DVP), einer der Spitzenmänner der Elektroindustrie. Er war Geschäftsführer des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie (Zendei). Unter den Regierungsvertretern der DVP war Raumer wohl der zugkräftigste Name. Die SPD machte große Anstrengungen, seine Ernennung zu verhindern, was aber mißlang.²⁾

Die Zusammensetzung der Regierung Fehrenbach war heterogen

und zeigte, daß innere Spannungen die Durchführung einer konsequenten kraftvollen Politik erschweren würden. Besonders in der Reparationsfrage, die für die neue Regierung am schwersten zu lösen war, konnte man starke Gegensätze erwarten zwischen dem mehr linksgerichteten Flügel der Regierung unter ihrem Führer Wirth und den Regierungskreisen, die der DVP angehörten oder ihr nahe standen, über die sich die Schwerindustrie vor allem durch Stinnes Einfluß verschafft hatte.

VIII.2 Die Spa-Konferenz im Juli 1920 und der Kampf zwischen verschiedenen Gruppen um die deutsche Außenpolitik

Nach den Verfügungen des Versailler Vertrages sollten die deutschen Kohlereparationslieferungen an Frankreich im April 1920 beginnen. Vorher war die Kohlezufuhr durch provisorische Verträge gelöst worden. Es zeigte sich sehr bald, daß die monatlichen Lieferungen nicht die Mengen erreichten, die in den Friedensbestimmungen festgelegt worden waren.¹⁾

Dies war eine der Ursachen für die Spa-Konferenz zwischen den Alliierten und Deutschland im Juli 1920. Die Alliierten einigten sich darüber, auf einer genauen Erfüllung der geforderten monatlichen Lieferungen von 2,4 Mio. t zu bestehen. Der französische Ministerpräsident Millerand leitete im Auftrag der Alliierten die Verhandlungen in der Kohlefrage damit ein, daß er auf die ausgebliebenen Lieferungen hinwies und erklärte, die Friedensbedingungen dürften nicht geändert werden, und er drohte damit, das Ruhrgebiet zu besetzen, wenn sich die Deutschen nicht den Forderungen der Alliierten fügten. Jede Steigerung der deutschen Lieferungen bedeutete infolge des allgemeinen Kohlemangels eine entsprechende Verminderung der Kohlezufuhr an die deutschen Industrien, was diese auf dem Weltmarkt weniger konkurrenzfähig machte.

Stinnes leitete die Gruppe innerhalb der deutschen Abordnungen mit der geringsten Kooperationsbereitschaft. In seiner Eröffnungsrede nahm er eine stark nationale Haltung ein, die ihm in Deutschland viele Sympathien einbrachte, die aber bei den Alliierten als eine Herausforderung angesehen wurde.²⁾ Die harte französische Haltung wurde jedoch durch englische Einwirkung gemildert. Die Engländer und die Franzosen waren

sich über den Preis der deutschen Kohlelieferungen uneinig. Lloyd George behauptete, daß es die britische Arbeiterbewegung und die britische Industrie nicht zulassen würden, daß Frankreich seine Kohle für nur $\frac{4}{5}$ des britischen Binnenmarktpreises bekäme. Wenn England an irgendeiner Ruhraktion teilnehmen sollte, müßte die Reparationskohle nach dem höheren Weltmarktpreis oder dem britischen Exportpreis kreditiert werden.³⁾ Nach langen und verwickelten Verhandlungen sah sich Millerand gezwungen, in der Preisfrage Lloyd George gegenüber nachzugeben. Außerdem gelang es den Engländern, die Franzosen dazu zu bringen, die Monatslieferungen auf 2 Mio. t zu senken. Das war freilich weit mehr als das Anfangsangebot der Deutschen auf 1,1 Mio. t, aber es war ein Zugeständnis in Anbetracht der Friedensbedingungen.

Am 16. Juli unterzeichneten Fehrenbach und Simons ein Abkommen. Die Kohlefrage war gelöst worden, aber nur vorübergehend, da das Abkommen nur für die nächsten 6 Monate galt und am 31. Januar 1921 ablief.⁴⁾ Frankreich mußte sich verpflichten, Deutschland die Differenz zwischen dem Binnenmarkt- und dem Weltmarktpreis der Reparationskohlelieferungen zu zahlen.⁵⁾

Die Spa-Konferenz enthüllte innere Uneinigkeit über die Außenpolitik in Deutschland. Von da ab kann man zwei Richtungen bei den deutschen Politikern erkennen. Josef Wirth und Walter Rathenau waren die führenden Vertreter der einen Richtung, der sog. Erfüllungspolitik. Auch sie sahen die Reparationsbedingungen als unbillig an. Aber sie meinten, daß Deutschland, indem es ernsthafte Versuche machte, die Forderungen zu erfüllen, zum einen Sanktionen, vor allem die Besetzung des Ruhrgebietes vermeiden könne, zum anderen den Alliierten die Ungerechtigkeit der Forderungen zeigen könne. Auf diese Weise müßte es gelingen, eine Überprüfung der Friedensbedingungen zu erreichen. Politisch fand diese Linie Unterstützung bei der SPD, dem Zentrum und der DDP. Die andere Richtung, man könnte sie die Widerstandspolitik nennen, meinte, daß Zugeständnisse nur zum Verlust deutscher Wirtschaftssubstanz führen würden und daß man früher oder später gezwungen werden würde, eine französische Besetzung des Ruhrgebietes zu akzeptieren. Erst wenn es sich zeigte, daß dies auch keine Lösung der Reparationsfrage wäre, würde sich Frankreich damit abfin-

den, die Friedensbedingungen zu ändern. Politisch wurde diese Linie von Teilen der DVP und der DNVP vertreten. Vertreter der deutschen Schwerindustrie, besonders Stinnes, waren treibende Kräfte dieser Widerstandspolitik.⁶⁾ Sie fürchteten, daß die französische Politik zur Verwirklichung des "schwerindustriellen Projekts", führen würde, dessen Durchführung der französischen Eisen- und Stahlindustrie zur Dominanz auf dem europäischen Kontinent verhelfen würde.

Bei den Verhandlungen in Spa hatten sich auch innerhalb der deutschen Delegation zwei Gruppen gebildet. In der einen war Walter Rathenau die Zentralgestalt. Seine Ernennung zum Sachverständigen hatte Wirth durchgesetzt.⁷⁾ Dies bedeutete einen ersten Anfang seiner politischen Wiederkehr, nachdem der Kappputsch niedergeschlagen worden war. Bei den Verhandlungen spielte Rathenau eine wichtige Rolle, u.a. dadurch, daß er, als die Verhandlungen zusammenzubrechen drohten und die Besetzung des Ruhrgebietes vor der Tür stand, aus eigener Initiative eine Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Walter Simons in die Wege leitete. Einige andere Sachverständige unterstützten ihn, vor allem Carl Melchior (M.M. Warburgs Bank, Hamburg) und Moritz Julius Bonn, Professor an der Handelshochschule in Berlin und Vertreter für die Reichskanzlei. Diese Gruppe wollte ein Abkommen mit den Alliierten zustandbringen, auch wenn dies enorme deutsche Zugeständnisse erforderte.

Die Hauptperson der zweiten Gruppe war Hugo Stinnes, der meinte, Zugeständnisse hätten keinen Zweck. Darin wurde er mehr oder weniger deutlich unterstützt von u.a. Otto Wiedfeldt (Fried. Krupp A.G.) und von Franz Urbig.⁸⁾

Das Ergebnis der Verhandlungen in Spa war ein halber Sieg für die erstgenannte Gruppe. Andererseits zeichneten sich dort auch die Umrisse ab für die von Stinnes inspirierte Politik des Widerstandes gegen die Sanktionen der Alliierten. Die deutsche Schwerindustrie war der Mittelpunkt dieses Widerstandes. Ihre Stellung war insofern stark, daß sie bei allen Abkommen in Reparationsfragen berücksichtigt werden mußte.⁹⁾

Die Gegensätze zwischen den beiden Richtungen gaben nach Spa

den Versuchen der deutschen Regierung ihr Gepräge, nämlich eine Lösung der Frage zu finden, die von da ab die Großmachtpolitik beherrschte. Es galt die Höhe der Reparationen, die Art ihrer Auszahlung sowie ihren Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands festzulegen.

Im Herbst 1920 suchte die deutsche Regierung die Mitarbeit der Schwerindustrie bei einer Kompromißpolitik Frankreich gegenüber. Diese weigerte sich aber, eine solche Politik mitzumachen. Besonders Stinnes bekämpfte jegliches Abkommen dieser Art. Innerhalb der Regierung unterstützte das Reichswirtschaftsministerium diesen Widerstand mit aller Macht.¹⁰⁾

Schon in Spa hatten die Gegensätze zwischen den Engländern und den Franzosen dazu beigetragen, den Deutschen gewisse Verhandlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Diese Gegensätze vertieften sich im Herbst 1920, als die Höhe der Reparationen festgelegt werden sollte. Von englischer Seite, aber auch von belgischer und italienischer wünschte man eine schnelle Vereinbarung mit den Deutschen, da man fürchtete, daß die Vereinigten Staaten sonst in den europäischen Konflikt eingreifen würden. Die Franzosen dagegen waren zu keinem schnellen Abkommen bereit, da ein solches ihrer Meinung nach nur zu einer Senkung der Reparationen führen würde. Poincaré legte schon im Frühjahr 1920 im Protest gegen die Zugeständnispolitik der Engländer den Vorsitz der Reparationskommission nieder. Nach dem Spa-Abkommen führte er zusammen mit André Tardieu, einem der Hauptverantwortlichen für die Abfassung des Versailler Vertrages, eine Pressekampagne gegen die Beschlüsse von Spa. Diese führten dazu, daß die geplante Folgekonferenz in Genf auf unbestimmte Zeit verschoben wurde.¹¹⁾

Stattdessen nahm die französische Regierung ihre Pläne einer Fusion zwischen der französischen und deutschen Eisen- und Stahlindustrie von 1919-1920 wieder auf. Noch war das Problem ungelöst, wie man das Eisenerz in Lothringen wieder mit der Ruhrkohle zusammenbringen könnte. Zwar war der französische Kohlebedarf momentan durch das Spa-Abkommen gedeckt, aber das galt nur bis zum 31. Januar 1921. Frankreich hatte Überschuß an Minetteerzen und keinen anderen Exportmarkt dafür als den deutschen. Im Herbst 1920 wurde das frühere Verbot,

nach Deutschland auszuführen, aufgehoben, aber die deutschen Industrien machten keine Anstalten, wieder in großem Umfang Einkäufe tätigen zu wollen. Weitere Erzeugnisse, für die Frankreich des deutschen Marktes bedurfte, waren das Roheisen und Halbfabrikate aus dem ehemaligen deutschen Lothringen. Dessen alte Märkte waren die Industriegebiete Südwestdeutschlands gewesen.¹²⁾

VIII.3 Die Brüsseler Sachverständigenkonferenz im Dezember 1920 und die Meistbegünstigung

Schon im August 1920 schlug die französische Regierung der deutschen bilaterale Verhandlungen in der Reparationsfrage vor. Der Grund zu diesem Schritt war die französische Unzufriedenheit über die englische Haltung in Spa. Der französische Finanzminister Francois Marsal, der in der Frage von französischen Industriellen bearbeitet wurde, erklärte auch Millerand im September, es sei wichtig, sich durch Abkommen mit Deutschland eines Marktes für die Minetteerze zu versichern, die leicht durch schwedisches oder spanisches Erz ersetzt werden könnte. Der deutsche Markt wurde ebenso für die französische Roheisenproduktion benötigt.¹⁾

Von deutscher Seite wollte man jedoch vermeiden, mit den Franzosen alleine an einen Verhandlungstisch zu geraten. In enger Zusammenarbeit mit London gelang es der deutschen Regierung schließlich, daß die Alliierten im Dezember in dieser Frage zu gemeinsamen Verhandlungen zwischen Fachleuten in Brüssel einluden. Man dachte sich, der Sachverständigenkonferenz eine auf ministerieller Ebene in Genf folgen zu lassen, wie es vorher geplant worden war.²⁾ Man erwartete, daß die Sachlieferungen, die die französische Regierung anscheinend bereit war anzuerkennen, die wichtigste Frage der Sachverständigenverhandlungen werden würde. Französischerseits war man offensichtlich bereit, sie auch anderes als Rohstoffe umfassen zu lassen. Die Notwendigkeit, die französische Industrie für die Einfuhr deutscher Waren zu entschädigen, führte dazu, daß Hoffnungen auf Abkommen zwischen den verschiedenen deutschen und französischen Industriezweigen erweckt wurden.³⁾ Dies war für die Schwerindustrie am wichtigsten, die eine Schlüsselstellung bei den Brüsseler Verhandlungen

einnahm.

Von der deutschen Regierung wurden Richtlinien und Verhandlungspläne für die deutschen Delegierten ausgearbeitet.⁴⁾ Als erster Abgeordneter für die Konferenz sollte Carl Bergmann (Reichsfinanzministerium) nach Brüssel fahren.⁵⁾ Da die Franzosen positiv gegenüber der deutschen Forderung auf "Sachlieferungen für die Reparationen" eingestellt waren, war es wichtig, daß auch die Schwerindustrie in Brüssel vertreten wurde. Der RdI war nicht ganz so abweisend gegenüber der Aufforderung der Regierung, an den Vorarbeiten zur Brüsseler Konferenz teilzunehmen, wie die Vertreter der Schwerindustrie. Innerhalb des RdI fürchtete man, ein Boykott seitens der Industrie habe einen allzu großen Einfluß der Bank- und Finanzinteressen auf die deutschen Beschlüsse zur Folge.⁶⁾ Aber Hugo Stinnes beharrte auf seinem Standpunkt. Ende Oktober bot Walter Simons Otto Wiedfeldt die Aufgabe eines Delegierten an, aber dieser lehnte ab. Die Versuche, die deutsche Industrie an eventuelle Verhandlungsergebnisse zu binden, wurden dadurch fortgesetzt, daß man Carl F. von Siemens das gleiche Angebot machte, welcher dadurch, daß im Sommer die sog. Siemens-Rhein-Elbe-Union gebildet worden war, außer als Vertreter der Elektroindustrie auch als Vertreter der Schwerindustrie angesehen werden konnte. Auch Siemens lehnte auf den Rat von Stinnes hin ab. Zweiter Delegierter wurde schließlich der Reichsbankpräsident von Havenstein. Auch das Angebot an Albert Vögler, als Sachverständiger teilzunehmen, wurde nicht angenommen, trotzdem er in dieser Angelegenheit von dem Vorstandsmitglied des RdI, Kurt Sorge, angesprochen worden war. Der Versuch, die Mitarbeit der Schwerindustrie zu erwirken, mißlang also. Durch ihre abschlägigen Antworten hatte die Schwerindustrie unter Führung von Stinnes ihre negative Einstellung zur Mitarbeit innerhalb der Erfüllungspolitik hervorgehoben.⁷⁾

Die Richtlinien, die die deutsche Regierung der Delegation zu den Brüsseler Verhandlungen gab, waren auf einer Kabinettsitzung am 8. Dezember gebilligt worden. Sie enthielten die Vorschrift, die Aufmerksamkeit der Alliierten zuerst auf den Umstand zu richten, der die Möglichkeiten der Deutschen, Reparationen zu bezahlen, beeinträchtigte und der deshalb

auch unmöglich machte, einen genauen deutschen Vorschlag bezüglich der Höhe der Reparationen zu machen. Die Oberschle-sienfrage, die der Höhe der Kohlelieferungen und das Fehlen der Meistbegünstigung wurden als die wichtigsten Punkte hervorgehoben.⁸⁾ Ohne ein Entgegenkommen in diesen drei Fragen sollte ein deutscher Reparationsvorschlag nicht gemacht werden. Was die Meistbegünstigungsfragen anbetraf, so sollte man diese für deutsche Staatsangehörige in den Ländern der Alliierten fordern, außerdem für die Ausstellung von Export- und Importverboten und für 'Zollformalitäten'.⁹⁾

Die Konferenz in Brüssel fand vom 16. bis 22. Dezember 1920 statt. Besondere Verhandlungen wurden über die deutsche Forderung nach Meistbegünstigung geführt. Günther von Le Suire, der Chef der Abteilung IVa, "Außenhandel" des Reichswirtschaftsministeriums, M.G. Bonn von der Reichskanzlei und Robert Feller von dem Preussischen Handelsministerium und der Siemens-Halske A.G. nahmen für die deutsche Seite daran teil. Die Alliierten wurden durch die italienischen Delegierten D'Amelio und Granino und durch britische Beamte der Handels- und Finanzministerien vertreten. Auf deutscher Seite war Le Suire der Hauptunterhändler.¹⁰⁾

Auf der Sitzung am 18. Dezember präsentierte er die Forderung nach gegenseitiger Meistbegünstigung.¹¹⁾ Die deutsche Verhandlungstaktik lief darauf hinaus, die Alliierten dazu zu bringen zu verstehen, daß die Möglichkeiten, Reparationen zu bezahlen, unbedingt von einem "geregelten und gesicherten Warenverkehr" abhingen, wie es in der Denkschrift heißt, die die deutsche Delegation in dieser Frage überreichte. Darin wurde einmal Gleichberechtigung für deutsche Staatsangehörige in den Ländern der Alliierten gefordert zum anderen auch, daß die einseitige Meistbegünstigung nicht die Kontingentierungsverträge beinhalten und letztlich, daß Deutschland die Meistbegünstigung zuerkannt werden sollte. Die Denkschrift unterstrich, daß Deutschland als ausgeprägtes Exportland ganz von geregelten Handelsverhältnissen abhängig sei. Die einseitige Meistbegünstigungsklausel habe zur Folge, daß jede Senkung, die Deutschland einem dritten Staat gewähre, auch den alliierten Staaten unmittelbar zuerkannt werden würde und deswegen auch für jenen wertlos sein würde. Deutschland könne

somit bei Handelsverhandlungen keine Vorteile anbieten. Als Folge davon müsse man auf jegliche Handelspolitik verzichten. Dies beeinträchtige den Handel und beschränke die Möglichkeiten für Reparationszahlungen.

Weiter behauptete die deutsche Regierung in der gleichen Denkschrift, der Standpunkt der Alliierten sei so, daß die einseitige Meistbegünstigungsklausel auch von Deutschland einem dritten Partner gegenüber gewährte Kontingente umfasse. Es würde unhaltbare Zustände bedeuten, sowie jede Einfuhrkontrolle verhindern und schließlich zu Deutschlands endgültigem Bankrott führen. Gleichzeitig mit einer Bereitwilligkeitserklärung zur Bezahlung von Reparationen wollte die Regierung die Alliierten davon überzeugen, daß eine deutsch-alliierte Interessengemeinschaft in Fragen des deutschen Außenhandels bestehe.¹²⁾

Die Verhandlungen wurden von der Kommission für Meistbegünstigungsfragen zuerst zwischen den Deutschen und den Italienern, dann zwischen den Deutschen und den Engländern geführt. Letztere Überlegungen müssen als die wichtigsten angesehen werden, da sie handelspolitischen Fragen galten, die von großer Bedeutung für zwei führende, aber konkurrierende Exportnationen waren. Aus deutscher Sicht bedeutete die schwere Krisensituation der englischen Industrie auch geringere eigene Erfolgsaussichten.¹³⁾

An den Diskussionen mit den Engländern nahmen für Deutschland Le Suire und Bonn und für England Hutchinson und Eagle vom Board of Trade teil. Die deutschen Vertreter beanstandeten bei den Briten die Schwierigkeiten, die beim Abschluß von Handelsverträgen mit Neutralen durch die Meistbegünstigungsklausel entstanden. Deutschland sei im Begriff, seine Handelsverträge mit diesen umzuändern. Die Konkurrenz zwischen der deutschen und der englischen Industrie um die neutralen Märkte ließ es der britischen Regierung jedoch wenig verlockend erscheinen, sich entgegenkommend zu zeigen.

Die deutschen Unterhändler betonten weiter, daß es keine Garantie der Meistbegünstigung für ihren Export in die Länder der Alliierten gebe. Auch in dieser Frage zeigte man den Deutschen nur die kalte Schulter. Der Einwand, daß die bri-

tischen Exportbeschränkungen gegen Deutschland ("dye-stuffs and key-industry") von gleicher Art seien wie die deutschen Importbegrenzungen, wurde wie folgt beantwortet "Im ersteren Falle handle es sich darum, den Deutschen "rights to which they had no Treaty title" zu geben, im zweiten "relaxing or, at any rate, restrictively interpreting Treaty stipulations." Die Engländer waren nicht gewillt, eine Revision der handelspolitischen Bestimmungen des Friedens zuzulassen. Man war weder bereit, ein Kontingentierungssystem anzuerkennen, noch den Deutschen größere Absatzmöglichkeiten für ihren Export zu bewilligen.¹⁴⁾ In Wirklichkeit stand die britische Regierung zu dieser Zeit gerade im Begriff, umfangreiche Vorschläge zu Schutzmaßnahmen für die britische Industrie auszuarbeiten - darunter eine "Safeguarding of Industries Bill," die sich direkt gegen den deutschen Import richtete.¹⁵⁾

Die Brüsseler Verhandlungen wurden vertagt, ohne eigentliche Fortschritte in der Meistbegünstigungsfrage gemacht zu haben. Man rechnete damit, sie am 10. Januar 1921 wieder aufzunehmen.¹⁶⁾ Die innerdeutsche Spaltung war auch bei diesen Verhandlungen klar zum Ausdruck gekommen.¹⁷⁾ Der Widerstand gegen die von den Erfüllungspolitikern vertretene Verhandlungslinie verhärtete sich nach und nach. Die treibende Kraft innerhalb des Reichswirtschaftsministeriums scheint dabei Min. Dir. Schoenebeck gewesen zu sein.¹⁸⁾ In einem scharfen Schreiben richtete er seine Kritik gegen die geführten Verhandlungen. Der einzige Schutz, den man sich auf deutscher Seite gegen alliierte gegenseitige Präferenzen verschaffen könne, sei der, die absolute und uneingeschränkte Meistbegünstigung wiederzuerlangen. "Diese müssen wir daher unentwegt und immer wieder fordern," beschloß Schoenebeck seine Kritik. Eine große Ressortbesprechung über die Meistbegünstigung und die Brüsseler Verhandlungen fand am 13. Januar 1921 im Auswärtigen Amt statt.¹⁹⁾

Zu Beginn erstattete Le Suire Bericht über die Erfahrungen von Brüssel. Was die Im- und Exportregelungen anbelange, sei es sehr zweifelhaft, ob es Deutschland gelingen könne, gegenseitige Meistbegünstigung zu erhalten. Es beständen auf diesem Gebiet auch keine Aussichten, die Alliierten dazu bringen zu können, auf die einseitige Meistbegünstigungsklau-

sel zu verzichten. Frankreich strebe stattdessen an, sie auch auf die Im- und Exportregelung zu erweitern. England stehe außerdem im Begriff, neue Importverbote einzuführen, die sich gegen Deutschland richteten. Man könne sich deshalb denken, daß es am besten sei, die Meistbegünstigungsklausel des Versailler Friedens auf das Gebiet der Ein- und Ausfuhrregelung zu beschränken und sie in den Fällen auszuschließen, wo es sich um Maßnahmen handele, die durch wirtschaftliche Notwendigkeit diktiert seien. Auf dem Gebiet der Zollpolitik würde die Forderung auf gegenseitige Meistbegünstigung vor allem am französischen Widerstand scheitern. Le Suire hegte die Auffassung, daß es dagegen nicht ausgeschlossen sei, die Alliierten zu einem Verzicht auf die einseitige Meistbegünstigung in bezug auf die Zollpolitik zu bewegen.

Ein solches Zurückstecken bei der Forderung nach gegenseitiger Meistbegünstigung war, wie schon gezeigt wurde, vorher von Schoenebeck stark angegriffen worden. Auch auf dieser Sitzung wiederholte er seine Kritik. Die ersten Richtlinien für die Unterhändler hatten Forderungen nach dieser gegenseitigen Behandlung enthalten. Man beschloß auf der Sitzung die Forderung zu wiederholen. Dies bedeutete einen Sieg der härteren Linie und eine entsprechende Niederlage für die Erfüllungspolitiker. Aber man war sich gleichzeitig dessen bewußt, daß keine Aussicht auf Beifall der Alliierten für die Forderung bestand.

Außerdem sah man auf deutscher Seite sehr wohl ein, daß die Wirtschaftskrise vor allem in England zu immer stärkeren Forderungen nach Maßnahmen gegen den deutschen Export führte. Durch die einseitige Meistbegünstigung hatte England die Möglichkeit, wann immer es wollte, weitere Beschränkungen für den deutschen Handel einzuführen. Allein diese Tatsache, so klagte man auf der Sitzung, mache eine schwere Belastung für den deutschen Export aus. Gleichzeitig seien die deutschen Schutzmaßnahmen Gegenstand kritischer Aufmerksamkeit von seiten der Alliierten. Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium schlug vor, Deutschland solle geltend machen, daß Im- und Exportregelungen auf Grund der Reparationen notwendig seien und daß Deutschland, wenn man ihm nicht er-

laube, solche zu verwenden, gezwungen sei, ein Ein- und Verkaufsmonopolssystem einzuführen. Diese Haltung könne mit grosser Aussicht auf Erfolg verfochten werden. Hirsch schlug deshalb vor, daß sich die deutsche Regierung bis auf weiteres darauf beschränken solle, eine Auslegung des Friedensvertrages durchzusetzen, die bedeute, daß Im- und Exportverbote nicht auf die Meistbegünstigungsklausel bezogen werden könnten. Die Frage der Meistbegünstigung bezüglich der Zölle sei augenblicklich nicht so besonders dringend, meinte Hirsch.

Bonn und Ministerialdirektor Ernst von Simson (AA)²⁰⁾ ihrerseits versuchten zu unterstreichen, daß es gewisse Möglichkeiten eines Zugeständnisses der Alliierten in der Frage der gegenseitigen Meistbegünstigung gebe, was die Zölle anbelange. Bonn meinte optimistisch: "Wenn die Gegner wollten, daß wir unsere Verpflichtungen erfüllten, hätten sie auch Interesse, uns den Warenabsatz zu erleichtern." Aber die Sitzung bedeutete eine deutliche Abkehr von Bonns und Simsons Verhandlungslinie und eine Hinwendung zu einer härteren. Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Meistbegünstigungsfrage und der der Reparationen im großen gesehen. Die Erfüllungspolitikern setzten voraus, daß die deutschen Reparationen durch den Export bezahlt werden sollten. Damit bei der höchst negativen Handelsbilanz überhaupt ein Überschuß erreicht werden könne, müsse der Export sehr stark steigen. Eine Voraussetzung dafür sei die Meistbegünstigung. Die Brüsseler Verhandlungen hatten bisher gezeigt, daß die Alliierten Deutschland keine solche bewilligen wollten.

Seitens der Erfüllungspolitikern war man auf eine Herabsetzung der deutschen Forderungen eingestellt, entweder so, daß die Alliierten auf ihr Recht der Meistbegünstigung verzichteten oder aber, daß diese so ausgelegt wurde, daß sie die Kontingente nicht umfaßte. Die härtere Linie forderte volle und unbeschränkte Meistbegünstigung in dem Bewußtsein, daß diese nicht bewilligt werden würde. Von dieser Seite wollte man den deutschen Außenhandel wie früher durch Im- und Exportverbote regeln. Gleichzeitig sollte man alle sich ergebenden Möglichkeiten ausnützen, bilaterale Abkommen zu schließen, am besten zwischen Industrien, für die die Meistbegünstigung des Versailler Vertrages nicht gültig war.²¹⁾ Auf diese Weise er-

gaben sich gewisse Möglichkeiten für eine aktive Handelspolitik, die die Stärke der deutschen Industrie beweisen konnte.

VIII.4 Die Schwerindustrie und der Seydoux-Plan

Bei den Brüsseler Verhandlungen legte der Chef der Wirtschaftsabteilung des französischen Außenministeriums Jacques Seydoux, einer der zwei französischen Delegierten, während eines Gesprächs mit Le Suire am 20. Dezember 1920 einen neuen Plan zur Regelung der Reparationen vor, um den "cercle un peu vicieux" zu brechen und zu einem aufrichtigen Abkommen zu führen. In Frankreich gab es innerhalb der Industrie einen starken Unwillen dagegen, daß es Deutschland zugebilligt werden sollte, als einen Teil der Reparationsverpflichtungen Fertigerzeugnisse liefern zu können. Während der anhaltenden Wirtschaftskrise war ein solcher Zustand zwar besonders inopportun, aber andererseits, gab Seydoux zu, könne Deutschland nur durch deutsche Arbeit Reparationen leisten.

Nur in Fertigerzeugnissen stecke so viel deutsche Arbeit, daß dadurch eine nennenswerte Höhe der Reparationen erreicht werden könne. Um dieses Problem zu lösen, könne Deutschland einen Teil des Betrages, der Bezahlung für seinen Export sein sollte, für die Reparationen verwenden. Seydoux dachte sich, daß dies nur für eine Auswahl von Waren gelten sollte. Dabei handelte es sich um Kohle, Holz, chemische Erzeugnisse, Farbstoffe, Kali und Zucker.¹⁾ Wie wir früher erfahren haben, war das sog. deutsche Valutadumping ein ernstes Problem für Länder mit starker Währung. Für diese Länder hatte der Vorschlag auch den Vorteil, daß er sich steigend auf die deutschen Exportpreise auswirkte. Das war vermutlich auch eine der Absichten des Vorschlags.²⁾ Um ihn durchführen zu können, bedurfte es einer effektiven Kontrolle. In seinem Bericht über den Vorschlag an die deutsche Regierung wies Le Suire auch auf das Risiko einer Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten hin. Der erste Kontakt führte jedoch dazu, daß sich Le Suire bereiterklärte, von Berlin Anweisungen in dieser Frage zu verlangen. Auf einer Konferenz im Auswärtigen Amt am 29. Dezember 1920 waren sich die Teilnehmer einig, den Vorschlag nicht direkt abzulehnen, sondern erst seine weitere

Behandlung bei den Verhandlungen in Berlin abzuwaren.³⁾

Am 4. Januar 1921 teilte Seydoux dem deutschen Delegierten in Brüssel, Carl Bergmann, den genaueren Inhalt des Planes mit.⁴⁾ Die Absicht war die, daß zwischen 10 und 20% des deutschen Exportwertes gewisser Erzeugnisse, die jetzt auch Stickstoff, Eisen-, Stahl- und Elektroerzeugnisse umfassen sollten, auf das Reparationskonto übertragen werden sollten. Weiterhin sollten die Bestimmungen des Versailler Friedens aufgehoben werden, nämlich daß deutsche Sachlieferungen durch die Reparationskommission bestellt, ausgeliefert und preisbestimmt werden sollten. Die Lieferungen sollten durch den privaten Handelsaustausch stattfinden. Ein Teil der Bezahlung sollte in ausländischer Währung geschehen. Französischerseits erwartete man, daß der Vorschlag umfangreiche deutsche Kohle- und Kokslieferungen zur Folge haben würde. Den Unternehmen der Alliierten sollte die Möglichkeit gegeben werden, Teilhaber deutscher Firmen zu werden. Auf diese Weise wollte man eine Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben ausüben können. Eine französisch-deutsche Zusammenarbeit bei Kali und Roheisen sollte eingeleitet werden, um der Konkurrenz auf dem Weltmarkt aus dem Wege zu gehen. Der Französische Vorschlag beinhaltete neben einigen anderen Punkten auch ein Entgegenkommen der Franzosen durch die Erklärung, auf die Forderung der sofortigen Festlegung der Höhe der Reparationen zu verzichten. Stattdessen schlug Seydoux eine fünfjährige Übergangszeit mit einer Annuität von 3 Mrd. Goldmark vor. Während dieser Zeit sollte die endgültige Summe der Reparationen so bald wie möglich festgelegt werden.

Der Seydoux-Plan hatte in höchstem Maße mit den Interessen der deutschen Industrie zu tun. Durch ihn wurde es unumgänglich für die deutsche Regierung, die Sachverständigenkommission bei den vertagten Verhandlungen durch Vertreter der Schwerindustrie zu erweitern. Das Auswärtige Amt nahm seine bis dahin vergeblichen Bemühungen, Vertreter für diese Verhandlungen zu finden, wieder auf. Der RdI beschloß am 4. Januar 1921, hierüber mit dem Auswärtigen Amt zu verhandeln. U.a. machte man zur Bedingung, daß die Höhe der Reparationen nicht während der Verhandlungen festgelegt werden dürfe. Die Gespräche über die Teilnahme an den kommenden Verhandlungen

fanden am 8. Januar in Essen und am 14. Januar in Berlin zwischen dem Auswärtigen Amt, dem RdI und den Leitern der größten Stahlkonzerne, Hugo Stinnes, August Thyssen, Albert Vögler, Wilhelm Beukenberg, Jacob Hasslacher und Otto Wiedfeldt statt.⁵⁾

Dabei nahm das Auswärtige Amt eine entgegenkommende Haltung ein, die dadurch bedingt war, daß für eine Übereinkunft mit Frankreich die Mitarbeit der Industrie notwendig war. Die starke Stellung der Schwerindustrie zeigte sich u.a. in der Frage der Wahl der Sachverständigen, die nach Brüssel gesandt werden sollten. Am 4. Januar in Essen hatte der RdI Stinnes, Vögler und Klöckner vorgeschlagen. Aus außenpolitischen Gründen - Stinnes war seit den Spa-Verhandlungen persona non grata bei den Alliierten - beschränkte sich die Regierung am 10. Januar darauf, Vögler und Klöckner zu ernennen. Aber infolge der Proteste des RdI nahm Simons auch Stinnes in die Sachverständigenkommission auf. Der Einfluß der Schwerindustrie auf die zukünftigen eventuellen Verhandlungen war dadurch gesichert worden und die schwache Stellung des Auswärtigen Amtes im Verhältnis dazu war deutlich bewiesen worden.⁶⁾

Die Forderungen, die man von schwerindustrieller Seite für die Verhandlungen stellte, waren in kurzer Fassung folgende: Keine endgültige Regelung der Reparationen anzuerkennen, nicht einmal ein fünfjähriges Provisorium zu akzeptieren. Das wurde als ein französischer Versuch zum "Probemelken" aufgefaßt. Die französischen Zugeständnisse bezüglich der Sachlieferungen wurden als Zeichen der Schwäche angesehen, die auf den französischen Schwierigkeiten beruhten, Absatz für Minetteerze, Roheisen und Rohstahl zu finden. Der Wunsch der Franzosen, Verhandlungen zwischen den Regierungen mit Teilnahme der Vertreter der Industrie zustandezubringen, wurde abgelehnt. Stattdessen wünschte die deutsche Industrie direkte Verhandlungen mit der französischen, jedoch erst später. Sie wollte den französischen Plan aber nicht sofort ablehnen, sondern versuchte, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen.⁷⁾

Das Endziel der vorgesehenen Industrieverhandlungen war das, die Verbindung zwischen der Ruhrkohle und dem Lothringer Ei-

senerz wieder herzustellen. Aber von Seiten der deutschen Schwerindustrie wollte man Zeit gewinnen, weil man einerseits durch die neue amerikanische Administration Hilfe erhalten konnte, wenn diese im März eingesetzt werden würde, andererseits würde sich auch die französische Verhandlungssituation während der Zeit, in der sich die Deutschen weigerten, französische Minetteerze und Halbfabrikate zu kaufen, schwächen. Auf dem Spiel stand, wer von den beiden, die deutsche oder die französische Industrie in Zukunft den europäischen Markt beherrschen konnte.

Auch wenn das Auswärtige Amt auf der Sitzung am 14. Januar 1921 den Forderungen der Industrie gegenüber nachgiebig war, dauerte es nicht länger als bis zum darauffolgenden Tag, bis sich die Führung der Außenpolitik gezwungen sah, unter dem französischen Druck einen der Programmpunkte der Industrie aufzugeben. Die französische Forderung, daß während einer Periode von fünf Jahren eine Annuität von 3 Mrd. Goldmark bezahlt werden sollte, ohne Festlegung der Höhe der Reparationen, wurde unter gewissen Voraussetzungen von Simons anerkannt⁸⁾ Durch ein Gespräch mit dem englischen Botschafter in Berlin, D'Abernon, war ihm klar geworden, daß sich England hinter die französische Forderung gestellt hatte.⁹⁾ Die deutsche Regierung beschloß, Simons Vorschlag über Verhandlungen mit den Franzosen über den Seydouxplan, gutzuheißen. Man erwartete, die Verhandlungen würden zeigen, wie unrealistisch der Plan war und daß die Amerikaner wenn man nur bis zum Machtwechsel in den Vereinigten Staaten Zeit gewinnen könnte, Deutschland zu Hilfe kommen würden.¹⁰⁾

Am 12. Januar 1921 war in Paris die Regierung Leygues zurückgetreten. Ihr folgte am 16. Januar die Regierung Briand.

Am gleichen Tag, an dem Briand sein Amt antrat, fuhr Carl Bergmann nach Paris zu Gesprächen mit den Franzosen über den Seydouxplan. Seine Anweisungen liefen darauf hinaus, das Ergebnis der privaten Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden französischen und deutschen Industrien abzuwarten.¹¹⁾ Seydoux setzte seine Versuche fort, in Paris Verhandlungen mit Vertretern der deutschen Industrie zustandezubringen. Dies gelang aber nicht. Simons bekam am 24. und 25. Februar

Bescheid von Stinnes und Wiedfeldt, daß sie sich weigerten zu fahren.¹²⁾

Es entstanden jedoch Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium über die weiteren Richtlinien für Bergmann. Simons erklärte in einem Schreiben vom 26. Januar an das Reichswirtschaftsministerium, daß es zweifelhaft sei, ob man die negative Stellungnahme zum Seydouxplan aufrechterhalten könne. "Der Gedanke, die deutsche Ausfuhr zur Abdeckung der Barannuitäten heranzuziehen, ist so naheliegend und von der Öffentlichkeit bereits in so weitgehendem Maße aufgenommen worden, daß es der französischen Regierung, selbst wenn sie wollte, schwerlich möglich sein wird, auf die Verwertung dieser Gedanken zu verzichten." Simons wies den Gedanken eines Exportzolls auf den gesamten Export als Lösung zurück. Man laufe Gefahr, "daß die Alliierten unsere gesamte Handels- und Wirtschaftspolitik einer Kontrolle unterwerfen." Stattdessen schlug Simons vor, die Richtlinien für Bergmann so zu ändern, daß man trotz gewisser Bedenken eingehen könne auf Zölle für gewisse Artikel. Es sollte für solche gelten, "bei denen eine Kooperation der Industrie angebahnt ist oder angebahnt werden wird." Simons behauptete, daß sein Vorschlag den großen politischen Vorteil besitze, den von Seydoux als Grundlage zu haben, ohne dadurch Deutschlands Interessen zu schaden. Von den vorgeschlagenen Erzeugnissen wurden der Export von Kohle und Holz schon von der Entente überwacht. Auf dem Gebiet der Farbstoffe war eine Zusammenarbeit mit den Franzosen schon eingeleitet worden. Für Kali und in gewissem Maße auch für die Roheisenindustrie wurde eine solche geplant. Man war dabei, ein Zuckermonopol zu bilden, an dem Frankreich auch beteiligt sein sollte. Dagegen wies er die Pläne, auch die Stickstoff- und Eisen-, Stahl- und Elektroindustrien mit Exportzöllen zu belegen zurück.¹³⁾

Im Auswärtigen Amt war man also der Auffassung, daß ein Weiterarbeiten nach den Richtlinien des Seydouxplanes aus sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Sicht für Deutschland am zweckmäßigsten sein würde. Diese Politik stand im Widerspruch zu der Haltung des Reichswirtschaftsministeriums und der Schwerindustrie. Ein schwerer Zusammenstoß wurde diesmal

nur dadurch vermieden, daß die Pariser Konferenz am 29. Januar 1921 ein Ultimatum der Alliierten an Deutschland stellte. Auf einer Konferenz in Paris 1921 zwischen den Alliierten kam man der englischen Forderung nach, die Höhe der Reparationen festzulegen. Im Falle einer deutschen Weigerung die Bedingungen zu erfüllen, bestimmte man gewisse Sanktionen.¹⁴⁾ In Noten an die deutsche Regierung forderten die Alliierten eine Reparation von insgesamt 226 Mrd. Goldmark auf 42 Annuitäten verteilt. Außerdem sollten 42 Jahre lang 12% des gesamten Exportwertes als Reparation beschlagnahmt werden. Der letztere Teil der Forderungen war auf britische Initiative hin zustande gekommen. Der niedrige Wert der deutschen Mark machte den deutschen Export konkurrenzfähig. Dem sollte eine Abgabe entgegenarbeiten. Laut Georges Soutou war die 12%ige Exportabgabe vom britischen Botschafter in Berlin, D'Abernon, vorgeschlagen worden. Aus seiner Sicht war sie als ein Ersatz für ein eventuelles Antidumpinggesetz anzusehen.¹⁵⁾

In ihren Forderungen schrieben die Alliierten auch ein genaues Verfahren vor, durch welches die deutsche Währungs- und Finanzpolitik einer strengen Kontrolle unterzogen werden sollte.¹⁶⁾ Auch der Handel sollte überwacht werden. Die vorgeschlagene 12%ige Abgabe auf den gesamten deutschen Export setzte eine Kontrolle desselben voraus, nicht nur des Exports in die Länder der Alliierten, sondern auch jenes in die Länder der Neutralen. U.a. forderte man, daß keine Änderungen der Zollgesetzgebung durchgeführt werden dürften, die ja eine Verminderung der Zolleinnahmen bedeuten würden, ohne vorherige Erlaubnis der Reparationskommission. Wenn Deutschland seine Reparationszahlungen nicht in Übereinstimmung mit den Bedingungen erfüllte, könnten die deutschen Zolleinnahmen durch die Kommission beschlagnahmt werden. Wenn diese es für nötig hielt, könnte sie auch die Zollverwaltung selbst übernehmen. Die Reparationskommission könnte ebenso verlangen, daß die deutsche Regierung die Zölle erhöhte.

So würde Deutschland durch eine Anerkennung der Bedingungen seine Oberhoheit über sein Zollsystem verlieren. Dies würde jegliche Möglichkeit, Tarifverträge abschließen zu können, verhindern, da keine Änderung, die eine Verminderung der Zolleinnahmen zur Folge hatte, ohne Erlaubnis der Reparati-

onskommission durchgeführt werden durfte. Außerdem würde Deutschland seine Zölle nicht mehr binden können, da die Kommission das Recht hatte, die Zölle zu erhöhen, wenn sie glaubte, daß Deutschland seine Reparationszahlungen nicht erfüllt hätte. Die Bestimmungen würden jeden deutschen Versuch unmöglich machen, eine solche Vertragspolitik wie vor dem Kriege zu führen. Deutschland hätte keinen autonomen Zolltarif mehr. Dieser Zustand sollte 42 Jahre lang bestehen.¹⁷⁾ Die Alliierten entschlossen sich auch, eine Reihe von Sanktionen durchzuführen, wenn sich Deutschland weigerte, die Bedingungen der Pariser Konferenz zu akzeptieren.¹⁸⁾

In den Noten der Alliierten wurde die deutsche Regierung aufgefordert, Ende Februar zu einer Konferenz in dieser Frage Vertreter nach London zu entsenden.

Die erste Reaktion der deutschen Regierung auf diese Nachricht war die, die Erfüllungspolitik aufzugeben, die Noten abzuweisen und an der künftigen Konferenz in London nicht teilzunehmen.¹⁹⁾ In diesem Fall drohte eine Besetzung des Ruhrgebiets durch die Alliierten. Innerhalb der Regierung bestand Einigkeit, daß man die Forderungen ablehnen mußte. Auch die Regierungsvertreter der verschiedenen Teilstaaten stellten sich hinter den Beschluß.²⁰⁾ Es schien, als ob Simons wieder an das Seydouxprojekt anknüpfen wollte, besonders an die Pläne für direkte Verhandlungen zwischen französischen und deutschen Industriellen. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller teilte aber am 24. Februar mit, die Zeit sei dafür noch nicht reif, da die Machtstellung der deutschen Industrie noch nicht wiederhergestellt sei. Es dauerte jedoch nur einige Tage, ehe sich die deutsche Regierung entschloß zu verhandeln.

Anfang Februar ernannte Simons ein Sachverständigengremium, das den Auftrag hatte, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, der bei den künftigen Verhandlungen in London vorgelegt werden sollte. In diesem Gremium war die deutsche Schwerindustrie stark vertreten. So waren Stinnes, Duisberg, Klöckner, Wiedfeldt und Vögler alle Mitglieder derselben.²¹⁾

Das Sachverständigengremium konnte sich nicht einigen. Es bildeten sich zwei Gruppen, und es gelang dem Auswärtigen

Amt nicht, diese zu einem gemeinsamen Vorschlag zu bringen. Stinnes und die Gruppe um ihn (Vögler, Duisberg und auch Wiedfeldt) wiesen die Forderung zurück, daß Deutschland überhaupt Reparationen bezahlen sollte. Die andere Gruppe wurde von Rathenau angeführt. Auf den Sitzungen gab es ab und zu Zusammenstöße zwischen ihm und Stinnes. Der Kreis um Rathenau (Melchior, Cuno, Bergman, Bonn) wollte die Erfüllungspolitik fortsetzen. Darüber wurde ein Vorschlag ausgearbeitet, der aber nicht Stinnes' Unterstützung fand. Der Vorschlag enthielt jedoch nicht die von den Alliierten geforderte Stellungnahme zu der endgültigen Reparationssumme.²²⁾

Simons sah ein, daß die Alliierten kein Angebot ohne eine Angabe der Höhe der Reparationen, die Deutschland zu bezahlen bereit war, annehmen würden. Er ließ sich deshalb bei der Ausarbeitung eines Vorschlages über Reparationen von insgesamt 50 Mrd. Goldmark von einem ausgewählten Sachverständigengremium helfen. Der Plan wurde im Februar von der Regierung als der deutsche Verhandlungsvorschlag für die Londonkonferenz angenommen.²³⁾

VIII.5 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Der Einfluß der deutschen Industrie machte sich 1920 in der Innen- sowie in der Außenpolitik stark bemerkbar. Dies muß vor dem Hintergrund der politischen und militärischen Niederlage im Weltkrieg gesehen werden. Sie steigerte die Bedeutung der Industrie als wichtigen inneren und äußeren Machtfaktor. Die Industrie beteiligte sich in der Innen- sowie in der Außenpolitik, was zu heftigen Spannungen führte aber auch zu Integrationsbestrebungen zwischen Staat und Wirtschaft.

Seit den Spa-Verhandlungen 1920 über die Reparationsfrage kann man bezüglich dieser Frage zwei Gruppen unterscheiden die je näher man in der Reparationsfrage an den kritischen Punkt kam, immer ausgeprägter wurden. Die eine Gruppe, die sog. Erfüllungspolitik, sahen in der Anerkennung der gewiß als unerfüllbar angesehenen Reparationsforderungen, die die Alliierten aufgestellt hatten, einen Weg, die Unmöglichkeit einer Erfüllbarkeit zu beweisen. Dadurch würde Deutschland

die Möglichkeit einer diesbezüglichen Revision desselben erhalten. Die andere Gruppe sah eine solche Politik als unrealistisch an und sowohl gefährlich für die deutsche Souveränität als auch für die Freiheit der deutschen Wirtschaft. Man war deswegen bereit, die Folgen zu tragen, die eine Ablehnung der Forderungen der Alliierten mit sich bringen würde, auch wenn sie zu einer Besetzung des Ruhrgebietes führen würden.

Die Spaltung ging quer durch die Regierung Fehrenbach. Die Erfüllungspolitiker fanden die größte Unterstützung bei Finanzminister Josef Wirth, der später als Reichskanzler Gelegenheit finden sollte, während zweier Regierungen die Reparationspolitik nach seinen Richtlinien auszuformen. Der Schwerpunkt des Widerstandes dieser Politik gegenüber war im Reichswirtschaftsministerium zu finden, dessen Leiter Scholz unter starkem Einfluß der Schwerindustrie und ihres einflußreichsten Vertreters Hugo Stinnes stand. Dies muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Schwerindustrie im Herbst 1920 durch die Gründung des Stinneskonzerns Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union ihre Stellung verstärkte.²⁴⁾ Dies bedeutete, daß der Einfluß der Schwerindustrie auf die verarbeitende zunahm. Den Widerstand der Schwerindustrie gegen die Erfüllungspolitik leitend, versuchte Stinnes die Anstrengungen der Regierung zu blockieren, durch Überlegungen mit den Alliierten Ergebnisse zustandezubringen, indem er sich weigerte, die Industrie daran teilnehmen zu lassen, solange die Forderungen, die sie stellte, nicht erfüllt waren. Ohne die Mitarbeit der Industrie war jeder Versuch, die Reparationsfrage zu lösen, aussichtslos.

Der Widerstand der Schwerindustrie in der Reparationsfrage hatte u.a. seinen Grund darin, daß man in den Reparationen ein Mittel zur Verwirklichung des französischen schwerindustriellen Projekts sah. Die Verwirklichung des Versailler Vertrages bedeutete eine Dominanz der französischen Eisen- und Stahlindustrie auf dem Kontinent. Der Frieden trennte eine ehemals wirtschaftliche Einheit voneinander: das Minetteerz von Lothringen und die Kohle des Ruhrgebietes. Auf französischer und deutscher Seite war man sich im klaren darüber, daß es nötig war, diese wirtschaftliche Einheit wieder herzustellen. Der Kampf ging darum, unter welchen Be-

dingungen das geschehen sollte. Die deutsche Schwerindustrie wollte den französischen Bedarf des deutschen Marktes für sein Eisenerz und das Roheisen aus Lothringen als Waffe benutzen. Ihre Taktik um den Jahreswechsel 1920/1921 herum war die, die Franzosen in ihrem Minetteerz "ersticken" zu lassen. Die Schwerindustrie stellte sich auf schwedisches Erz um. Der schwedisch-deutsche Handelsvertrag wurde für sie vor allem zu einer Frage, inwieweit man für die schwedischen Erztransporte Garantien bekommen konnte, was durch den französisch-deutschen Machtkampf um die Dominanz auf dem Eisen- und Stahlmarkt für Deutschland noch bedeutungsvoller wurde. Man mußte damit rechnen, daß jeder schwedische Versuch, an den Garantien zu rütteln, auf harten Widerstand stoßen würde. Gleichzeitig bot die Situation den Schweden günstige Voraussetzungen für erhöhte Forderungen, z.B. in bezug auf Preis-erhöhungen.

Die andere Gruppe, die der Erfüllungspolitik, wollte Voraussetzungen dafür schaffen, daß man angemessene Reparationen bezahlen konnte. Eine Bedingung dafür war die Möglichkeit, den deutschen Export zu steigern. Ihre Politik entsprach also - aber nicht nur - den Interessen der Exportindustrie. Auch Ressortinteressen und Gegensätze zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium sind spürbar.

Eine Voraussetzung für eine Exportsteigerung war die, daß das Ausland Deutschland die Meistbegünstigung bewilligte. Ein Vertrag mit Schweden, der eine solche Klausel enthielt, würde außer dem rein wirtschaftlichen Wert, auch Bedeutung für die weiteren Verhandlungen mit den anderen neutralen Staaten und mit den Alliierten haben. Umgekehrt würde ein vertragsloser Zustand mit Schweden eine handelspolitische Niederlage in einer sehr kritischen außenpolitischen Situation bedeuten. Deutschlands politische und wirtschaftliche Lage bescherte ihm kaum genug freundlich gesonnene Nachbarn, als das es eine solche Entwicklung passiv über sich ergehen lassen konnte. Man erwartete außerdem, wie wir erfahren haben, daß die Bedeutung der neutralen Märkte für Deutschland nach dem Kriege als Folge eines Wirtschaftskrieges zunehmen würde. Eine Störung der handelspolitischen Verbindungen mit Schweden würde eine Niederlage im Kampf, vor allem mit England, um diese

Märkte bedeuten. Dies ist bei der Verfolgung der weiteren Verhandlungen mit Schweden zu beachten.

IX. Die deutsche Schwerindustrie und Schweden

IX.1 Der Plan des Auswärtigen Amtes den schwedisch-deutschen Handelsvertrag im Herbst 1920 zu kündigen und der Widerstand des Reichswirtschaftsministeriums

Deutschlands wirtschaftliche Lage hatte sich während des Sommers 1920 etwas gebessert. Die Währung hatte sich nach dem Kappputsch stabilisiert und sogar verbessert.¹⁾ Der deutsche Export hatte einen Aufschwung, begünstigt durch die, trotz der Verbesserung, schwache Stellung der Währung. Auf der Spätkonferenz war es zum erstenmal Vertretern des besiegten Deutschland erlaubt worden, als gleichberechtigte Partner auf einer großen internationalen Konferenz mit den Siegermächten zu verhandeln. Neue Verhandlungen über die Reparationsfrage außerhalb der Reparationskommission waren in Aussicht gestellt worden. Möglichkeiten einer langsamen Revision der handelspolitischen Bestimmungen des Versailler Vertrags schienen vorzuliegen. Eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands schien möglich zu sein.

Der Versailler Vertrag verpflichtete Deutschland, ein halbes Jahr nachdem der Frieden in Kraft getreten war, den Import aus Ländern der Alliierten mit keinen höheren Zöllen zu belegen als mit denen vom 31. Juli 1914 (Art. 269). Außer für einige Waren, vor allen Dingen Agrarprodukte, darunter Weine, für die die Frist dreijährig war, lief diese Verpflichtung am 10. Juni 1920 ab.

Durch die Meistbegünstigungsbestimmungen des Friedensvertrages hatte es für Deutschland für eine Übergangszeit nur geringen Wert, bei Verhandlungen mit neutralen Ländern diesen die Meistbegünstigung anzubieten. Durch eine Verordnung vom 28. Juni 1920 bevollmächtigte deshalb der deutsche Reichstag die Regierung, alle Waren nach den Vertragssätzen zu verzollen. Die Regierung Fehrenbach zog die Konsequenzen daraus und verordnete die Meistbegünstigung für alle Waren woher sie auch kamen. Der deutsche Zolltarif war dadurch in Wirklich-

keit zu einem Einheitstarif geworden.²⁾

Im Herbst 1920 untersuchte die deutsche Regierung ihre Möglichkeiten, wieder eine aktive Handelspolitik betreiben zu können. Die teilweise wiedergewonnene Freiheit hinsichtlich der Zollsätze führte zu Diskussionen darüber, durch einen neuen Zollltarif die Zölle zu erhöhen. Wenn die Währung weiter steigen würde, wäre es nötig, den Zollschatz zu verstärken, da die Herstellungskosten der deutschen Industrie auch steigen würden, hieß es in einer Denkschrift über die deutsche Handelspolitik vom Herbst 1920. Vor allem würde es möglich sein, den schädlichen Auswirkungen einer einseitigen Meistbegünstigung dadurch entgegenzuarbeiten, daß eine starke Differenzierung des Zollschemas nach dem Muster Frankreichs durchgeführt würde, das nach 1871 auf Grund der Bestimmungen des Frankfurter Friedens eine ständige gegenseitige Meistbegünstigung eingeführt hatte. Nicht die Höhe der Zölle sollte das Mittel sein, den deutschen Binnenmarkt zu schützen, sondern eine starke Differenzierung in verschiedene Warengattungen. "Hier wird sich dann herausstellen, daß die Folge für die Ententeländer eher ein Nachteil als ein Vorteil sein wird." Deutschland könne aber noch nicht auf die Dumpingwaffe verzichten ebenso wenig wie auf die Regelung des Außenhandels, wurde in der Untersuchung des Reichswirtschaftsministeriums erklärt.

Die Tarifverträge, die Deutschland noch mit anderen Staaten hatte, bedeuteten, daß seine Zölle auf einem niedrigeren Niveau als dem des Generaltarifs fixiert waren. Vor dem Krieg hatte Deutschland mit 12 Staaten Tarifverträge, in denen die Zollsätze verankert waren.³⁾ Mit den meisten von ihnen geriet Deutschland in den Krieg. Die Verträge mit diesen wurden durch den Krieg ungültig. Von den übrigen waren 1920 noch drei, nämlich der mit Österreich-Ungarn (noch für das sog. Deutsch-Österreich gültig), der mit der Schweiz⁴⁾ und der mit Schweden in Kraft. Diese drei Verträge machten ein dürftiges "Restsystem" des deutschen Handelsvertragssystems von vor dem Kriege aus.⁵⁾ Die Zollsenkungen, die in diesen Verträgen bewilligt worden waren, wurden nun für alle Staaten verwandt. Dabei handelte es sich um beträchtliche Tarifbindungen - nach dem Reichswirtschaftsministerium ungefähr 3/4 aller Po-

sitionen des deutschen Zolltarifs.⁶⁾ Für Deutschland hätte es einen gewissen wirtschaftlichen Vorteil bedeutet, wenn diese Bindungen aufgehört hätten und die durch die Importrestriktionen gelenkte Einfuhr nach dem höheren Generaltarif verzollt worden wäre. Das Auswärtige Amt und das Reichsfinanzministerium stellten sich im Herbst 1920 auf eine solche Politik ein. Sie sollte eine Vorbereitung auf ein System der gegenseitigen Meistbegünstigung sein, die wir im Abschnitt über die Reparationsverhandlungen im Winter 1920-21 als das Ziel der "Erfüllungspolitik" erkannt hatten. In einem Brief vom 17. September 1920 an den deutschen Gesandten in Stockholm, Rudolf Nadolny, behandelte der Legationsrat Oskar Trautmann⁷⁾ im Auswärtigen Amt die Frage über Deutschlands Bestrebungen, sich von den Tarifbindungen zu lösen. Zu diesem Zeitpunkt waren gerade die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen über eine provisorische Verlängerung des alten Vertrages positiv abgeschlossen worden. Als Ergebnis, so schrieb Trautmann, schien man vorzuhaben, beim Abschluß neuer Verträge Hand in Hand mit Österreich gehen zu wollen, wenigstens von dem Zeitpunkt an, von dem an Österreich laut dem St. Germain-Frieden frei war, seine eigene Zollpolitik zu betreiben, d.h. vom 16. Januar 1921 an. Um diese zwei Ziele, die Zusammenarbeit mit Österreich und die Befreiung von den Tarifbindungen zu erreichen, hatte das Auswärtige Amt vor, in Zusammenarbeit mit dem Reichsfinanzministerium alle geltenden Handelsverträge zu kündigen. Trautmann wollte Nadolnys Meinung darüber hören, wie die schwedische Regierung auf eine solche Kündigung reagieren würde. Man hatte die Absicht, so schnell wie möglich einen neuen Vertrag zu schließen, in dem die allgemeinen Bestimmungen bestehen bleiben sollten, die Tarifbindungen aber fortfallen sollten.⁸⁾

Die Frage über die zukünftige deutsche Handelspolitik wurde auch am 13. Oktober 1920 in einer Ressortssitzung im Auswärtigen Amt behandelt. Dabei wurde eine Kündigung der bestehenden Handelsverträge mit Österreich, der Schweiz und Schweden diskutiert, was durch die österreichischen Verhandlungen aktuell geworden war. Die Anwesenden waren sich einig zu versuchen, Deutschland von den Zolltarifbindungen freizubekom-

men. Von industrieller Seite, besonders von Hans Krämer⁹⁾ dem Vorsitzenden des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und Mitglied des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Wilhelm Cuno, dem Generaldirektor der Hapag und deutschem Delegierten der Reparationskommission, wurde eine Zollrevision mit erhöhten Zöllen gewünscht. Laut Julius Hirsch wurden diese Wünsche als "dringlich" vorgelegt.¹⁰⁾ Dagegen sah man es seitens des Auswärtigen Amtes als viel zu gefährlich an, auf eine allgemeine Revision des Zollltarifs einzugehen. Stockhammern erinnerte daran, daß der Versailler Frieden (Art. 280) den Alliierten die Möglichkeit gab, die handelspolitischen Bindungen auch noch über den 10. Januar 1925 hinaus zu verlängern. Stattdessen schlug Stockhammern eine starke Differenzierung des Zollschemas im Anschluß an das sogenannte Salzburger Schema vor, das während des Krieges im Anschluß an Pläne für einen wirtschaftlichen Großraum "Mitteleuropa" ausgearbeitet worden war.¹¹⁾

Einsprüche gegen den Plan einer Kündigung der Tarifbindungen wurden von Senator Kalkbrunner aus Lübeck erhoben. Er befürchtete negative Einwirkungen auf das Verhältnis zu Schweden. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Schoenebeck, stimmte in die Einwände Kalkbrunners ein, indem er darauf hinwies, daß der schwedische Vertrag wichtige Bestimmungen enthielte, die nicht in Gefahr gebracht werden dürften. Die Konferenz einigte sich jedoch dahingehend, daß sich Deutschland von den Zollbindungen freimachen müsse und daß eine allgemeine Revision des Zollschemas (d.h. eine Differenzierung in eine größere Anzahl von Zollpositionen) durchgeführt werden müsse. Das vorläufige Ziel war das, die Meistbegünstigung für die Nation zu erreichen. Die deutsche Handelspolitik würde dann, wenn diese erreicht wäre, mit Hilfe eines stark differenzierten Zollschemas geführt werden können.¹²⁾

Die Beunruhigung im Reichswirtschaftsministerium, daß die Verbindungen zu Schweden gestört werden könnten, wurden dem Auswärtigen Amt in einem Schreiben vom 17. Oktober von Scholz erneut vorgetragen. Scholz hatte mehrere Einwände gegen die Pläne, den Vertrag mit Schweden zu kündigen. Dieser ließe ja nicht lediglich eine Kündigung der Zollltarife zu. Es sei deshalb nötig, ein Abkommen mit Schweden darüber zu treffen,

daß die allgemeinen Bestimmungen bestehen blieben. Scholz sah deren Festlegung, besonders was die Meistbegünstigung und die Garantien für das Eisenerz anbelangte, als sehr bedeutungsvoll an. Aber die Schweden würden kaum zulassen, daß ihr Export nach den höheren deutschen Sätzen verzollt würde, während die Vertragszölle in dem allgemeinen schwedischen Tarif verankert waren. Dadurch würde der deutsche Export auch weiterhin durch diese Ermäßigungen Vorteile haben.

Bei der Verlängerung des Handelsvertrages im Frühjahr 1920 habe Schweden als Gegenleistung für die Meistbegünstigung (und die Eisenerzgarantien) außerordentlich hohe Exportkontingente verlangt, behauptete Scholz. Mit großem Eifer habe man sich bei den Verhandlungen 1906 und 1911 für eine Senkung bestimmter deutscher Zölle eingesetzt. Es sei deswegen sehr wohl anzunehmen, daß Schweden aus denselben innenpolitischen Gründen erneut mit Nachdruck eine Senkung bestimmter Zölle fordern würde. Als Folge davon gerieten wohl die allgemeinen Bestimmungen in Gefahr. Daß Scholz vor allem wegen der Erzgarantien beunruhigt war, wurde nicht direkt gesagt, ging aber deutlich daraus hervor. Er wollte jedoch den Vorschlag des Auswärtigen Amtes und des Reichsfinanzministeriums nicht ganz ablehnen, aber er forderte zu äußerster Vorsicht auf und verlangte, daß die Gesandtschaft in Stockholm in dieser Sache unmittelbar befragt werden sollte.¹³⁾

Eine solche Anfrage war schon gestellt worden, wie oben zu ersehen ist. Nadolnys ausführliche Antwort auf Trautmanns persönlichen Brief enthielt in bezug auf eine deutsche Kündigung eine überraschend positive Stellungnahme. Schweden sei von guten handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland wenigstens genau so abhängig, wie dies umgekehrt der Fall sei. Die schwedischen Industrien hätten ein großes Expansionsbedürfnis und diesbezüglich auf anderen Märkten Schwierigkeiten. Das einzige, was Deutschland von Schweden brauche, sei das Eisenerz, und dafür sei Deutschland der einzige mögliche Markt. Im Falle eines Konfliktes sei die Lage Deutschlands nicht ungünstig. Hierzu Nadolny: "Vielleicht könnte es sogar unsere Stellung in Schweden stärken, wenn man hier einmal gezwungen ist, sich darüber Rechenschaft zu geben, welche Bedeutung Deutschland für die schwedische Volkswirtschaft hat,

und vielleicht würde dadurch auch das Interesse an einer schnelleren Erholung Deutschlands wachgerufen, was für uns nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung von Vorteil sein könnte." Nadolny wies jedoch darauf hin, daß er in Ermangelung der Statistik nicht die neueste Entwicklung des schwedischen Exports nach Deutschland beurteilen könne.¹⁴⁾

Es ist auffallend, wie vorsichtig Scholz bis dahin gewesen war, die Gefahren für den Erzimport zu nennen, wenn er seinen Widerstand gegen eine Kündigung des schwedischen Vertrags begründete. Aber die Entwicklung der Erzfrage im Herbst 1920 zeigt, daß es zwischen dieser und dem wachsenden Widerstand des Reichswirtschaftsministeriums gegen die vorgeschlagene Handelspolitik des Auswärtigen Amtes einen Zusammenhang gab. Schon im August 1920 machte die TGO durch ihre Vertreter in Deutschland in der Frage einer neuen Preiserhöhung ihren ersten Vorstoß auf die deutschen Stahlwerke.¹⁵⁾ Anfang Oktober stand es fest, daß die Stahlwerke in den Wunsch der TGO nach einer Konferenz in dieser Frage eingewilligt hatte.¹⁶⁾ Ob sich das Reichswirtschaftsministerium über die Bestrebungen der TGO im klaren war, als man sich für die Kündigung der Zolltarifbindungen entschied, ist unsicher. Jedenfalls konnte man damals noch nicht wissen, mit welcher Energie die Führung der TGO ihre Forderungen durchzusetzen gedachte. Erst als die erste Verhandlung vom 22. Oktober zwischen der TGO und den Stahlwerken stattgefunden hatte, dürfte das klar geworden sein.¹⁷⁾ Am 28. Oktober wurde das Reichswirtschaftsministerium von den Direktoren Fahrenhorst und Hoesch in einem Brief über die Verhandlungen unterrichtet. Während der Verhandlungen hatte Schweden darauf hingewiesen, "daß, sich in Schweden möglicherweise Verhältnisse entwickeln würden die die gesamte Erzausfuhr nach Deutschland gefährden könnte, wenn die Werke eine Erhöhung der Preise nicht zugestehen könnten." Es war eine offene Drohung, daß man vorhatte, die Erzlieferungen auf die eine oder andere Weise einzustellen. Trotzdem hatten sich die Teilnehmer nicht einigen können. Die Verhandlungen sollten im November fortgeführt werden. Außerdem wollten Fahrenhorst und Hoesch wissen, ob Schweden in den früheren Handelsvertragsverhandlungen irgendwelche anderen Verpflichtungen eingegangen sei, die Erzlieferungen nicht abubrechen.

Das Reichswirtschaftsministerium antwortete, die Garantie, die es gebe, bestehe darin, daß sich die schwedische Regierung verpflichtet habe, so lange nichts an den Garantien für den Erzexport zu ändern, wie es geregelte Verträge gebe.¹⁸⁾

Nach den Verhandlungen hatte Schwabroch vom Nordischen Erzkontor mitgeteilt, daß sich Abschriften der schwedisch-deutschen langfristigen Verträge über Erzlieferungen in den Händen der französischen Regierung befänden und daß diese Druck auf die schwedische Regierung ausübe, um die schwedischen Erzpreise zu erhöhen. Diese Angaben waren höchstwahrscheinlich auch dem Reichswirtschaftsministerium bekannt. Die Mitteilung war in Abschrift an sämtliche davon berührten Stahlwerke weitergeleitet worden. Die engen Beziehungen zwischen der Stahlindustrie und Scholz sprechen dafür, daß auch er über die Sache unterrichtet war.¹⁹⁾

Es ist offensichtlich, daß es den deutschen Erzinteressenten gelungen war, die Handelskammer in Lübeck, deren Mitglied Schwabroch war, für ihre Sache zu mobilisieren. Anfang November nahm die Handelskammer in zwei Schreiben an die "Senatskommission für Reichs- und Auswärtige Angelegenheiten" der Stadt die Frage der Kündigung des Handelsvertrags mit Schweden auf. In einem der Schreiben heißt es über die Einwirkung einer solchen Kündigung auf Schweden: "Bei der heutigen schwierigen Lage der schwedischen Volkswirtschaft ist anzunehmen, daß die Rückgewinnung einer solchen Handelsfreiheit auf schwedischer Seite mit Freuden begrüßt werden würde, denn es bestehen eine Reihe langfristiger Erzverträge zwischen den hauptsächlichsten schwedischen Grubengesellschaften und den deutschen Hüttenwerken, die für die Ersteren sich infolge der Nachwirkungen des Krieges sehr ungünstig gestaltet haben, und da der schwedische Staat an dem Wohl und Wehe der Erzausfuhr ganz erheblich interessiert ist, so dürfen regierungsseitige Maßnahmen zur Verbesserung dieser Verträge für die schwedischen Gesellschaften nicht lange auf sich warten lassen. Allein dieser Umstand erscheint uns Grund genug zu sein, von einer Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages von deutscher Seite Abstand zu nehmen."²⁰⁾

Vor diesem Hintergrund ist es erklärlich, daß Scholz seinen

Widerstand gegen das Auswärtige Amt und das Reichsfinanzministerium verstärkte. In einem Schreiben an das Auswärtige Amt vom 1. November erweiterte das Reichswirtschaftsministerium seinen Widerstand gegen eine eventuelle Kündigung des schwedisch-deutschen Vertrages, indem es nun auch gegen eine Kündigung der übrigen Verträge war. Was den österreichischen anbelangte, bezweifelte Scholz, daß Österreich, wie Stockhammern am 13. Oktober behauptet hatte, vorhabe, die kürzlich verlängerte Bindung der Zölle zu kündigen, wenn Deutschland es nicht täte. Sowohl für den österreichischen als auch für den schwedischen Vertrag wurde der Wert einer Befreiung von den Zollbindungen bezweifelt. Der Reichswirtschaftsminister wies darauf hin, daß gewisse Tarife durch den Versailler Vertrag bis 1923 gebunden seien, eine Tatsache, die dem Reichswirtschaftsministerium schon am 13. Oktober bekannt gewesen war und damals von dieser Seite zu keinem Einspruch gegen die Kündigung geführt hatte. Daß gerade die Zölle für Agrarprodukte den Reichswirtschaftsminister Scholz dazu gebracht haben sollten, sich gegen eine Kündigung der Verträge auszusprechen, ist ziemlich unwahrscheinlich. Es lag normalerweise im Interesse der Industrie, die Agrarzölle so niedrig wie möglich zu halten.²¹⁾

In seinem Schreiben kam Scholz auch auf die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen zu sprechen. Auch in dieser Frage gab es Gegensätze zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und den anderen Ministerien. Auf einer diesbezüglichen Sitzung im Auswärtigen Amt am 29. Oktober hatte sich Schoenebeck gegen den Vorschlag des Auswärtigen Amtes gestellt, daß Deutschland von Italien nur die gegenseitige Meistbegünstigung fordern solle. Schoenebeck forderte eine Wiederherstellung der Zollbindungen des alten Vertrages. Um dies zu erreichen - Italien war als Siegermacht zu einseitiger Meistbegünstigung berechtigt - konnte Deutschland bei der industriellen Entwicklung Italiens mitwirken. Die deutsche Industrie sollte bei der Ausnutzung der Braunkohle, der Herstellung von Stickstoff, dem Ausbau der Wasserkraft und der Veredelung der Agrarprodukte behilflich sein.²²⁾ Es ist interessant zu sehen, daß dieser Vorschlag ungefähr gleichzeitig mit August Thyssens Angebot einer "Interessengemein-

schaft" der TGO und der deutschen Hütten gemacht wurde. Beide sind ein Ausdruck der Bestrebungen der deutschen Industrie, die aktuellen Probleme durch eine expansive Politik mittels zweiseitiger Abkommen zwischen den Industrien ohne Einmischung der Behörden zu lösen.

Ein weiterer Gewinn für Deutschland durch solche Abkommen war der, daß die Alliierten nicht ihr Recht auf einseitige Meistbegünstigung ausnützen konnten - was ihnen nach dem Versailler Frieden zustand - und daß sie so nicht der Vorteile teilhaftig wurden, die man auf deutscher Seite verbuchen konnte. Schon im Januar 1920 hatte der Reichsverband der deutschen Industrie durch sein damaliges geschäftsführendes Präsidialmitglied Simons dem Auswärtigen Amt gegenüber die Sache angeschnitten. Bezüglich der schwedischen Forderungen nach Kontingenten hatte Simons erklärt, es sei in vielen Fällen möglich, neben den amtlichen Verhandlungen direkte Verträge zwischen den deutschen und schwedischen Interessenten zustandezubringen. "Dies erscheint um so wesentlicher, als für private Vereinbarungen eine größere Bewegungsfreiheit besteht und Zugeständnisse, die auf diesem Wege gemacht werden, Ansprüchen der Entente nicht ausgesetzt sind."²³⁾

Scholz begründete seinen Widerstand gegen eine Kündigung mit dem Zwang, dem die deutschen Industrien unterlägen, die höheren autonomen österreichischen und italienischen Zölle tragen zu müssen. Er behauptete, wenn, was Schweden anbelange, dessen Industrie gezwungen werden würde, die autonomen deutschen Zölle auf eine Anzahl seiner wichtigsten Exportartikel zu zahlen, dann "können unsere Beziehungen zu Schweden eine Trübung erfahren." Das Schreiben war ein Generalangriff auf die von den anderen Teilen der Regierung vorgeschlagene Handelspolitik. Dieser veranlaßte den unter Scholz im Reichswirtschaftsministerium für handelspolitische Fragen verantwortlichen Le Suire, Schoenebeck hart anzugreifen. In einem Brief an seinen Vorgesetzten machte er Schoenebeck für die Aktion gegen die Kündigung verantwortlich.²⁴⁾

Scholz' Schreiben übte aber eine offensichtliche Wirkung auf die anderen Ministerien aus. Schon am 4. November stimmte das Reichsfinanzministerium der Forderung zu, daß die Ge-

sandtschaft in Schweden befragt werden mußte und erklärte, daß die Kündigung nicht mehr so eilig sei.²⁵⁾ Das preussische Handelsministerium erklärte am 23. November die Besorgnis hinsichtlich der schwedischen Reaktionen zu teilen. Die Kündigung solle auf einen zukünftigen passenderen Zeitpunkt verschoben werden.²⁶⁾ Man macht sich sicher keines Fehlers schuldig, wenn man annimmt, daß sich sowohl Scholz wie auch Schoenebeck der augenblicklich geringen Bedeutung der Zölle völlig bewußt waren. Die Aktion gegen die Kündigungen hatte auch ganz andere Gründe als etwa Angst vor den autonomen Zöllen.

Wie aus dem Vorhergehenden zu ersehen ist, lag es im Herbst 1920 nicht im Interesse der Schwerindustrie, daß Verhandlungen mit den Alliierten über die Reparationen eingeleitet wurden. Man weigerte sich dabei mitzuwirken. Die Initiative des Auswärtigen Amtes und des Reichsfinanzministeriums, die Verträge zu kündigen und die zukünftigen Beziehungen zum Ausland auf die Meistbegünstigung, den Generaltarif und ein neues differenziertes Zollschemata zu gründen, waren eine Vorbereitung für solche Verhandlungen. Deshalb war es auch aus dieser Sicht ein Erfolg für die Schwerindustrie, daß es Scholz gelang, die Pläne einer Kündigung zu verhindern. Diese Aktion war also ein Teil ihres Widerstandes gegen die Erfüllungspolitik.

IX:2 Die Schwerindustrie, die Lieferungen von Lokomotiven nach Rußland und das Verhältnis zu Schweden

Die deutsche Schwerindustrie hatte auch andere Gründe als die Rücksichtnahme auf den Erzimport, um die Beziehungen zu Schweden nicht stören zu wollen. Nachdem der Versailler Frieden abgeschlossen worden war, hatte sie sich weiter bemüht, in Rußland Märkte für ihre Erzeugnisse zu finden und von dort einen Lebensmittel- und Rohstoffimport zustandezubringen. Die Blockade der Alliierten und die kaotischen Verhältnisse in Rußland hatten verhindert, daß diese Pläne in nennenswertem Umfang verwirklicht werden konnten. Das Auswärtige Amt wartete die Maßnahmen der Alliierten in der russischen Frage ab.¹⁾

Die Alliierten hatten im Januar und Februar 1920 die Blockade

etwas aufgelockert. Der Handel notwendiger Waren sollte nun über Zentrosojus - die Zentralorganisation der russischen Genossenschaften - stattfinden können. Hinter der Maßnahme steckten u.a. Pläne, nachdem die Offensive des weißen Generals Judenitsch gegen Petrograd Ende des vergangenen Jahres mißlungen war, die Stellung der Bolschewisten in Rußland durch den - wie man damals vermutete - noch nicht bolschewisierten Zentrosojus und seine Auslandsdelegation Inocentr in London zu untergraben.²⁾

Nachdem also eine gewisse Stabilisierung des bolschewistischen Regims stattgefunden hatte, versuchten im Frühjahr 1920 seine Vertreter mit Industriekreisen der westlichen Länder, darunter mit den deutschen, Verbindungen aufzunehmen. Diese hatten sich schon früh gegen die vorsichtige Haltung des Auswärtigen Amtes gewandt.³⁾ Von russischer Seite benötigte man besonders Lieferungen von Lokomotiven und Eisenbahnschienen, um die zerstörten Verkehrsverbindungen wieder herstellen zu können.

In Berlin nahmen die Russen Anfang des Jahres mit dem schwedischen Sozialattaché Wilhelm Jansson Kontakt auf. Jansson war sozialdemokratischer Publizist und hatte enge Verbindungen mit sowohl den schwedischen als auch den deutschen Gewerkschaften.⁴⁾ Es gelang Jansson, eine Zusammenkunft zwischen dem russischen Delegaten W. Kopp und dem damaligen Reichswirtschaftsminister Schmidt sowie mit Carl Legien, dem führenden Mann des A.D.G.B. zu arrangieren. Die deutsche Regierung wies jedoch die russischen Vorschläge zu Wiederaufnahme der Handelsverbindungen zurück. Man beurteilte offensichtlich das Risiko als zu groß, den von den Alliierten aufgezeichneten Weg zu verlassen. Die einleitenden Kontakte führten jedoch dazu, daß Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Industrie und der russischen Delegation in Berlin zustandekamen. Kopp fuhr mit seinen Anstrengungen fort, durch die deutschen Gewerkschaften und die von diesen betriebene Deutsche Ökonomiegesellschaft Kontakte mit der deutschen Industrie einzuleiten.

Bei den Verhandlungen über die Lokomotivlieferungen an Sowjet-Rußland spielte der Lokomotiv-Verband, der aus den be-

deutendsten Lokomotivfabrikanten, darunter Borsig in Berlin und Krupp in Essen bestand, eine große Rolle. Da es sich als unrealistisch erwiesen hatte, mit einem russischen Export an Rohstoffen und Lebensmitteln rechnen zu können, erklärten die russischen Unterhändler, Rußland habe vor, seinen Import in Gold zu bezahlen.

Im Frühjahr 1920 wurden jedoch die deutschen Hoffnungen auf ein Exportgeschäft mit Rußland zunichte gemacht, als die englische Regierung klarmachen ließ, daß man in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Versailler Vertrags das russische Gold, das nach Deutschland geliefert werden würde, zu Reparationszwecken beschlagnahmen würde.

Im Mai 1920 wurde W. Jansson von einem höheren Beamten der deutschen Regierung gefragt, "ob man sich nicht das Gold in Schweden sichern könnte?" Jansson lehnte ab, sich an einer solchen Transaktion zu beteiligen. Stattdessen verwies er den betreffenden Beamten an Olof Aschberg, "der ja schon durch Herrn Legien mit der Frage vertraut sei und eine Lösung zur Hand habe. (Nämlich den Morgan-Trust)." Aschberg war geschäftsführender Direktor der, der schwedischen Arbeiterbewegung nahestehenden Nya Banken.⁵⁾

Anfang April 1920 verhandelte eine russische Delegation unter Führung des Volkskommissars für Außenhandel L.B. Krassin in Stockholm mit Vertretern des Außenministeriums, des Vertragsausschusses und der schwedischen Industrie über die Lieferungsbedingungen schwedischer Industrieerzeugnisse nach Sowjet-Rußland.⁶⁾ Am 16. April erklärte die schwedische Regierung den Alliierten durch den Gesandten in Paris, man sei frei, in bezug auf Rußland die Maßnahmen zu ergreifen, die im schwedischen Interesse lägen.⁷⁾

In ihren Bemühungen, Lokomotivlieferungen aus Deutschland zustandezubringen, nützen die Russen nicht nur ihre Delegation unter Kopp in Berlin aus. Krassin versuchte durch seine schwedischen Verbindungen die Fried. Krupp A.G. zu Verhandlungen mit ihm zu bewegen. Krupps Vertreter in Stockholm, Harald Berg, erklärte der Führung der Kruppwerke, er sei bei einer Zusammenkunft mit dem schwedischen Verleger Tor Bonnier im April 1920 in London aufgefordert worden, Krupp mit-

zuteilen, daß Sowjet-Rußland in Deutschland Lokomotiven kaufen und diese mit Gold bezahlen wollte. Krassin hatte Krupp aufgefordert, Vertreter nach Kopenhagen zu entsenden, die dort mit ihm verhandeln sollten. Am 23. April 1920 trafen sich der Kruppdirektor Otto Hagemann und Krassin in Kopenhagen. Zur Diskussion stand eine Anfrage des Zentrosojus über eine sehr umfangreiche Lokomotivlieferung. Hagemann spielte dann bei den ausgedehnten Verhandlungen über Lokomotivlieferungen, die darauf folgten, für die Firma Krupp eine bedeutende Rolle. Die Verhandlungen sind von ihm in einer ausführlichen Denkschrift, die sich im Krupparchiv in Essen befindet, geschildert worden.⁸⁾

Bei den Versuchen, eine Lokomotivlieferung nach Rußland zustandzubringen, war die Finanzierung das größte Problem. Die Bestrebungen das Geschäft über ein neutrales Land abzuschließen, um dadurch die Gefahr zu umgehen, daß alle Goldlieferungen nach Deutschland von den Alliierten beschlagnahmt wurden, fuhren fort.

Kurz nach der Zusammenkunft zwischen Krassin und Hagemann resultierten die Verhandlungen zwischen Krassin und Direktor Gunnar W. Andersson, Nydqvist & Holm, als dem Vertreter eines schwedischen Industriekonsortiums am 26. April 1920 in einem Vertrag über die Lieferung von Waren im Werte von 100 Mio. Kronen von Schweden nach Rußland. Als Bedingung für das in Krafttreten des Vertrags, mußte die schwedische Regierung dem russischen Staat genehmigen, eine Handelsvertretung in Schweden einrichten zu dürfen. In einem anderen Vertrag gleichen Datums zwischen Krassin im Namen des russischen Staates und Gunnar W. Andersson von der Nydqvist & Holm A.B. verband sich das schwedische Unternehmen, im Laufe von drei Jahren 1000 Lokomotiven nach Rußland zu liefern. Die Übernahme der Verpflichtung, im Laufe von drei Jahren 1000 Lokomotiven zu liefern, überstieg die gesamte Kapazität der schwedischen Lokomotivindustrie. Das war natürlich sowohl den Schweden als auch den Russen bekannt. Hinter dem Vertrag kann man Pläne vermuten, Rußland über Schweden mit deutschen Lokomotiven zu versehen.⁹⁾

Nach den Verhandlungen zwischen der Krassin-Delegation und

Vertretern der schwedischen Regierung in Kopenhagen wurde am 16. Mai 1920 der sog. Krassin-Vertrag abgeschlossen, der der Form nach ein privates Abkommen zwischen Zentrosojus und Schwedens Allgemeinem Exportverein war. Aber dahinter standen die jeweiligen Regierungen. Zum einen setzte der Vertrag voraus, daß Zentrosojus und der Exportverein Handelsdelegationen austauschten, zum anderen, daß Rußland zur Sicherung der Lieferungen nach Rußland in Schweden 25 Mio. Kronen in Gold deponierte. Man hatte sich vorher bei den vier größten Banken dessen versichert, daß sie das Gold in Empfang nehmen würden. Die schwedische Regierung verpflichtete sich, dieses Gold nicht zu beschlagnahmen. Hinter dieser Verpflichtung lag die Unruhe der Beteiligten darüber, daß der schwedische Staat das Gold als Wiedergutmachung für während der Revolution verlorenes schwedisches Eigentum in Rußland beschlagnahmen würde oder daß die Alliierten die schwedische Regierung dazu bringen könnten, dies in deren Rechnung zu beschlagnahmen.¹⁰⁾

Innerhalb der deutschen Industrie führten die weiteren Anstrengungen für die Verwirklichung des Lokomotivgeschäftes zu gewissen Gegensätzen zwischen den berührten Unternehmen. Man mußte z.B. dazu Stellung nehmen, ob die weiteren Verhandlungen mit W. Kopp und der Deutschen Ökonomiegesellschaft geführt werden sollten, was die A. Borsig GmbH befürwortete oder mit Krassin, wofür sich die Fried. Krupp A.G. aussprach. Der Lokomotiv-Verband beschloß am 30. April mit Krassin zu verhandeln. Hagemann erklärt, hinter dem Beschluß lagen Befürchtungen, Kopp könne unter den deutschen Arbeitern kommunistische Propaganda betreiben.¹¹⁾ Das war wohl nicht die einzige Ursache. Wilhelm Jansson erklärte dem schwedischen Außenministerium, Krupps Erfolg bestehe darin, daß die Unternehmer natürlich nicht gerne die Gewerkschaften in ihre Geschäfte verwickelt hätten, daß aber auch die russischen Kommunisten nicht das Prestige der reformistischen deutschen Gewerkschaftsbewegung verstärken wollten, indem sie diesen hülften, diese große Bestellung an die deutsche Industrie zu vermitteln.¹²⁾

Krupps führende Stellung bei den Verhandlungen wurde außer von Borsig auch von gewissen Kreisen der Schwerindustrie an-

gegriffen. Thyssen und Klöckner boten an, den Lokomotivfabriken das notwendige Eisen zu Binnenpreisen zu liefern. Dieser Versuch, Krupp aus dem Geschäft zu verdrängen, mißlang doch. Krupp erhielt Krassins Unterstützung. "Herr Krassin ersuchte", so Hagemann, "mit Schreiben vom 8. Mai 1920 ausdrücklich, daß das Angebot nicht durch den Lokomotiv-Verband, sondern durch Krupp eingereicht werde." Einen Grund für Krassins Bescheid gibt Hagemann nicht an.

Mitte Mai 1920 wurde eine Kommission aus Vertretern für u.a. Krupp und Borsig ernannt, die die Verhandlungen mit Krassin führen sollte. Auf einer Konferenz am 16. Juni in München überlegten die Lokomotivfabrikanten, welche Bedingungen man den Russen anbieten könne. Man erklärte sich bereit, innerhalb eines Jahres 1000 Güterzuglokomotiven zu liefern. Die Bezahlung sollte in Reichsmark getätigt werden. Den Fabrikanten lag nichts an einer Bezahlung in Gold, da dies nur unter Schwierigkeiten realisiert werden konnte, ohne daß die Alliierten es übernahmen. Zu der Zeit war der Wert der deutschen Mark auch relativ stabil. Am 2. Juli teilte Harald Berg aus London Krupp mit, Krassin habe vor, einen Vertreter nach Stockholm zu schicken "mit der Weisung, das Lokomotivgeschäft über Herrn Tor Bonnier mit uns zum Abschluß zu bringen." Eine Woche später traf Bonnier in Essen ein Provisionsabkommen mit Krupp und den betroffenen Lokomotivfabriken, nachdem er 1 1/2% der Kaufsumme erhalten sollte, wenn das Geschäft durch ihn abgeschlossen werden würde.

Die Verhandlungen mit den Russen fanden am 26. Juli in Stockholm statt. Daran nahmen nicht nur Krassin, Berg und zwei Vertreter der Firma Krupp teil, sondern auch der Vorsitzende der sowjet-russischen Eisenbahnkommission Professor G.W. Lomonossoff. Die Russen teilten mit, daß sie jetzt einen anderen Lokomotivtyp (Typ E) haben wollten. Die Amerikaner würden einen dritten Typ liefern. Gleichzeitig erneuerten die Russen das Angebot, in Gold zu bezahlen. Am 31. Juli wurde ein Protokoll über die Lieferung von 400-2000 Lokomotiven des Typs E errichtet. Weitere Verhandlungen sollten folgen.¹³⁾ Das Finanzierungsproblem war immer noch ungelöst. Durch den polnisch-russischen Konflikt war die außenpolitische Lage äus-

serst ungünstig für den Abschluß eines Geschäfts mit Sowjet-Rußland. Frankreich reagierte sofort scharf auf kleinere Goldüberführungen nach Dänemark.¹⁴⁾ Es scheint auch eine französische Anfrage in Stockholm in der Sache gestellt worden zu sein.¹⁵⁾ Der geplante Austausch von Handelsdelegationen wurde auf die Zukunft verschoben.

Die Lokomotivfabrikanten nahmen mit dem Auswärtigen Amt Kontakt auf, um die Möglichkeiten für eine Lösung des Bezahlungsproblems zu untersuchen. Nach dem Auswärtigen Amt mußte das Geschäft, da es von so großem Umfang war, durch ein deutsches Bankenkonsortium in Zusammenarbeit mit schwedischen Banken getätigt werden. Laut Hagemann soll das Auswärtige Amt darüber mit der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft verhandelt haben.

Auf einer Sitzung am 20. September in der Bank Mendelsohn & Co. in Berlin über die Finanzierung wies ein Vertreter der Bank darauf hin, daß die englische Regierung wohl kaum akzeptieren würde, daß russisches Gold zur Finanzierung deutscher Lokomotiven für Rußland verwendet würde. Da gab Lomonosoff Auskunft darüber, daß die schwedische Firma Nydqvist & Holm einen Vertrag über 1000 Lokomotiven mit der russischen Regierung habe. Für einen Teil dieser Lieferungen habe die russische Regierung Gold deponiert, und die schwedische Regierung habe dessen "Unantastbarkeit" garantiert. Lomonosoff schlug vor, man solle Nydqvist & Holm dazu bringen, einen großen Teil dieser Bestellungen nach Deutschland zu verlegen, "sodaß die deutschen Lokomotivfabriken nicht unmittelbar für Rechnung der russischen Regierung, sondern für die Rechnung der schwedischen Fabrik arbeiten würden." Gunnar W. Andersson, der an der Sitzung teilnahm, erklärte sich bereit, zugunsten Deutschlands 800 Lokomotiven seines Vertrags abzusetzen. Daraufhin legte Lomonosoff folgenden Plan für die Finanzierung des Geschäfts vor: ein schwedisches Bankkonsortium sollte einem deutschen Bankkonsortium gegenüber die Garantien für die Verpflichtungen übernehmen, die Nydqvist & Holm dem deutschen Fabrikanten gegenüber eingehen mußte. Auf Grundlage dieser Garantien solle das deutsche Bankkonsortium seinerseits den Lokomotivfabrikanten die gleichen Garantien geben. Man beschloß, mit einem schwedischen Bankkonsortium über die Ver-

wirklichung dieses Plans zu verhandeln.¹⁶⁾

Am 12. Oktober erklärte Nordiska Handelsbanken - die Bank des sog. Konsortiums und Gunnar W. Anderssons - der schwedischen Regierung, man erwarte eine größere Menge Goldes aus Rußland. Die Bank wollte wissen, ob die Garantie der schwedischen Regierung dafür weiterhin gelte. Das Gold war zur Bezahlung zum einen schwedischer Lieferungen, zum anderen einer größeren russischen Bestellung deutscher Lokomotiven bestimmt.¹⁷⁾ Am 14. Oktober verlangte Lomonossoff eine Audienz bei Palmstier-na, um mit ihm den Kauf der Lokomotiven zu diskutieren.¹⁸⁾ Ob ein solches Gespräch wirklich stattgefunden hat, läßt sich aus den Akten nicht ersehen. Die schwedische Reichsbank hatte sich auf Anfrage positiv zu einer Mitarbeit bei diesem Geschäft geäußert. Auf einer Kabinettsitzung, die die abtretende sozialdemokratische Regierung am 15. Oktober hielt, war man sich bezüglich des Goldes, das die Bezahlung schwedischer Erzeugnisse ausmachte, einig, dieselben Garantien wie früher zu gewähren, aber daß man "hingegen die geplante Vermittlung der russischen Bestellungen in Deutschland nicht unterstützen wollte".¹⁹⁾ Hagemann nimmt an, daß hinter dem Beschluß der schwedischen Regierung Druck seitens der Entente lag.²⁰⁾ Daß solcher zu dieser Zeit direkt ausgeübt wurde, kann nicht bewiesen werden, aber die Regierung ist durch die Haltung der Entente in dieser Frage beeinflußt worden. In einer Aufzeichnung zu dem Beschluß erklärte Kabinettssekretär Boström, wenn Schweden, trotzdem Deutschland daran gehindert wurde, das Geschäft mit Rußland abzuschliessen, dazu beitrüge, es trotzdem zustandezubringen, würde die Entente Schweden beschuldigen, ihre Verbote zu umgehen. Dadurch würde Schweden in eine unangenehme Situation geraten. "Dazu kommt", schrieb Boström, "daß dies unzweifelhaft Sowjet hilft, auf die Beine zu kommen, was sie / die Entente / zu verhindern versucht, und es ist wohl die Frage, ob das nicht auch ein schwedisches Interesse ist."²¹⁾

Im November 1920 erklärte der Chef der Handelsabteilung des Außenministeriums, Fredrik Grönwall, in einem Brief an Hans von Essen, der sog. "Konzern" habe mitgeteilt, sehr bedeutende Goldsendungen seien in den nächsten Tagen zu erwarten. Grönwall erklärte: "Dies erweckt in mir den Gedanken, daß die

deutsche Lokomotivenbestellung doch auf die eine oder andere Art und Weise zustandegekommen ist, da mir die Beträge, die hier angedeutet werden, viel zu hoch erscheinen als nur für schwedische Bestellungen gedacht zu sein." ²²⁾ Offenbar hat die Frage internationale Aufmerksamkeit erregt. Anfang November stellte der niederländische Gesandte in Stockholm eine Anfrage an die Regierung über die russische Goldeinfuhr nach Schweden und über die Größe des schwedischen Exports nach Rußland. In seiner Antwort vom 22. November erklärte Wrangel, aus Prinzip mische sich die schwedische Regierung nicht in private Geschäfte ein. Sie habe mit diesem Goldtransport nichts zu tun, sowie sie auch nichts mit anderen Goldtransporten zu tun gehabt habe, die vielleicht von Sowjet-Rußland nach Schweden stattgefunden hätten, als Garantie für schwedische Waren, die nach Rußland geliefert werden sollten. Bezüglich des Exports nach Rußland erklärte der Außenminister, darüber fehle bisher Statistik. ²³⁾

Der Verdacht des schwedischen Außenministeriums war begründet. Zwar machte der Beschluß der schwedischen Regierung für diesmal Lomonossoffs Plan zunichte. Aber ein Geschäft geringeren Umfangs wurde verwirklicht. Nordiska Handelsbanken übernahm eine Zahlungsverpflichtung den deutschen Lokomotivfabriken gegenüber in der Höhe von 23 Mio. Skr. Am 30. Oktober 1920 wurde in Berlin ein Protokoll aufgestellt, nach dem sich Nydqvist & Holm verpflichtete, 100 Lokomotiven im Werte von 230 000 Skr pro Stück bei der Firma Krupp zu bestellen. Die entsprechende Menge Goldes wurde über Reval nach Schweden überführt. ²⁴⁾

Am 29. November wurde zwischen Nydqvist & Holm und der Fried. Krupp A.G. ein Vertrag über die Lieferung von 100 Lokomotiven Typ E unterzeichnet. Die Bestellung wurde auf 17 verschiedene Lokomotivfabriken verteilt. Der größte Teil, 17 Lokomotiven, wurde Henschel zugeteilt, während Krupp die Herstellung von nur 8 Lokomotiven übernahm. Die Enttäuschung auf Seiten der Unternehmen über die relativ geringe Anzahl war groß. Als die Verhandlungen eingeleitet wurden, waren ganz andere Mengen in Aussicht gestellt worden. ²⁵⁾

Die Bestrebungen, größere Käufe über Schweden zu finanzieren,

setzten jedoch fort. Diese wurden durch die Wirtschaftskrise erleichtert. Eine zunehmende Anzahl schwedischer Großunternehmen setzte ihre Regierung unter Druck, die Handelsbeziehungen mit Sowjet-Rußland wieder aufzunehmen.²⁶⁾ Der Vorstand des Exportvereins beschloß am 8. Dezember der Regierung vorzuschlagen, daß ein oder mehrere Delegaten zusammen mit Vertretern mehrerer großer schwedischer Unternehmen nach Rußland geschickt werden sollten.²⁷⁾ Svenska Handelsbanken machte Ende Dezember dem Außenministerium einen Vorschlag zur "Bildung eines neuen schwedischen Konzerns nicht so zweifelhaften Charakters wie dem von Andersson." Dem wollten wirklich führende schwedische Unternehmen bereitwillig beitreten.²⁸⁾ Anfang 1921 wurde auch ein solcher Konzern gebildet.²⁹⁾ Schwedische Unternehmen begannen über Konzessionen zu verhandeln (SKF, LME, ASEA).³⁰⁾ Eine Delegation des schwedischen Exportvereins besuchte während des Frühjahrs Sowjet-Rußland, und es wurde P.M. Kresjentsseff erlaubt, als Chef einer russischen Handelsdelegation nach Schweden einzureisen.³¹⁾

Die Aussichten, ein größeres Lokomotivgeschäft unter Dach und Fach zu bringen, verbesserten sich also. Am 21. Januar 1921 wurde Krupp aus Stockholm mitgeteilt, Lomonossoff sei bereit, weitere 600 Lokomotiven zu kaufen. Am 8. Februar verhandelten Otto Wiedfeldt und Bruno Bruhn mit den Russen über diese Pläne. Da man der Ansicht gewesen sei, schreibt Hagemann, daß das Risiko einer Beschlagnahme des Goldes durch die Entente weiterhin groß sei, habe man abgemacht, daß die Russen die Lokomotiven bei der schwedischen Firma Victor Berg, Stockholm, bestellen sollten. Es gelang auch, eine Reihe großer Banken für das Geschäft zu interessieren. Die Finanzierung sollte nach einem komplizierten Plan stattfinden, an dem sowohl die schwedische als auch die deutsche Reichsbank teilnahmen zusammen mit der Deutschen Bank von deutscher Seite und Stockholms Enskilda Bank, Skandinaviska Kreditbolaget und Svenska Handelsbanken schwedischerseits.

Ein Text für einen Vertrag zwischen der Sowjetregierung und der Firma Victor Berg wurde auf einigen Zusammenkünften zwischen Lomonossoff und dem deutschen Lokomotiv-Verband gearbeitet. Schließlich war alles für ein Abkommen bereit. Am

25. Februar 1921 verpflichteten sich Krupp, Borsig und die Berliner Maschinenbau A.G. in den abzuschließenden Vertrag zwischen Victor Berg und der Sowjetregierung einzutreten.³²⁾ Am 28. Februar unterzeichneten Harald Berg und Lomonossoff einen Vertrag über die Lieferung von 600 Lokomotiven an Sowjet-Rußland. Die Firma Victor Berg erhielt 2% der Bruttosumme als Provision. Spätestens am 1. Dezember 1921 sollten 300 Lokomotiven geliefert worden sein und die restlichen 300 nicht später als zum 1. März 1922. Diesmal waren 19 Lokomotivfabriken an der Lieferung beteiligt.³³⁾

Laut Hagemann soll die Überführung des Goldes nach Schweden programmäßig erfolgt sein wie auch die Lieferungen der Lokomotiven ohne Reibung vor sich gegangen seien. Der Transport geschah auf dem Seeweg hauptsächlich von Hamburg nach Rußland.³⁴⁾

Die erfolgreichen Bemühungen der Fried. Krupp A.G., über Schweden die Hindernisse der Alliierten für den deutschen Export zu umgehen und Märkte in Rußland zu gewinnen, sind ein gutes Beispiel dafür, welche Möglichkeiten die von Walter Simons im Januar 1920 empfohlene Strategie bot.³⁵⁾ Es war der deutschen Industrie im Herbst 1920 und im Frühjahr 1921 deutlich veranschaulicht worden, wie wertvoll die Brücke über Schweden für den Handel nach Rußland war. Gute handelspolitische Verbindungen nach Schweden erhielten dadurch einen besonderen Wert.

IX.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Nach dem Kapp-Putsch, dem Antritt der Regierung Fehrenbach und der Spakonferenz trat in Deutschland eine gewisse Stabilisierung ein. Der Wert der Währung sank nicht mehr. Das Auswärtige Amt und das Reichsfinanzministerium planten Deutschland von den Resten des Vertragssystems der Vorkriegszeit loszulösen. Im Sommer 1920 hatte man teilweise die Zollautonomie zurückerhalten. Die restlichen Handelsverträge mit Österreich, der Schweiz und Schweden banden den größten Teil der Positionen des deutschen Zollltarifs. Eine Kündigung dieser Verträge würde es ermöglichen, den Zollschatz auf dem höheren Generaltarif aufzubauen. Im Herbst 1920 machte das

Auswärtige Amt einen Vorschlag dazu.

Durch eine Differenzierung des Zollsystems (nach dem Salzburger Schema) und durch das schon eingeführte System der "Goldzölle" würden bessere Bedingungen für den deutschen Handelsaustausch erreicht werden können. Wenn die Alliierten auf die deutschen Forderungen bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen in Brüssel nach der Meistbegünstigung eingingen, würden Möglichkeiten für eine Expansion des Exports geschaffen werden. Auf diese Weise würde man - so meinten die Erfüllungspolitiker - Voraussetzungen zur Bezahlung der Reparationen erhalten. Eine Abwicklung der Kontrolle über den Außenhandel würde somit allmählich möglich werden.

Eine Kündigung des schwedisch-deutschen Handelsvertrags berührte jedoch wichtige Rohstoffinteressen der deutschen Schwerindustrie. Die im Handelsvertrag eingebauten für die Schwerindustrie lebenswichtigen Erzlieferungsgarantien würden durch eine Kündigung des Vertrags in die Gefahrenzone geraten. Die Kreise um Stinnes waren nicht an einem Abkommen über die Reparationslieferungen interessiert. Der deutsche Export sollte durch direkte Abkommen zwischen den Unternehmen getätigt werden. Dabei könnte sich die Stärke der deutschen Industrie geltend machen, und es würden sich Möglichkeiten ergeben, die Bestimmungen des Versailler Vertrags zu umgehen. Die erfolgreichen Bemühungen der deutschen Schwerindustrie, über Schweden einen umfassenden Export von Lokomotiven an das von der Entente blockierte Sowjet-Rußland zu organisieren, sind ein gutes Beispiel dafür, welche Möglichkeiten der Handel über Schweden in diese Richtung eröffnete.

Das Reichswirtschaftsministerium zeigte schon bei den einleitenden Diskussionen über eine Kündigung des Handelsvertrags sein Mißtrauen. Das wuchs sich zu offenem Widerstand aus, nachdem die TGO Ende Oktober energisch auf ihren Forderungen nach Preiserhöhungen bestand und mit einer Sperrung der Erzlieferungen drohte. Es gelang dem Reichswirtschaftsministerium die Pläne des Auswärtigen Amtes und des Reichsfinanzministeriums die Verträge zu kündigen zu verhindern. Der Einfluß der Schwerindustrie auf die deutsche Handelspolitik war

dadurch deutlich veranschaulicht worden. In Schweden führte aber im Herbst 1920 die Offensive der Protektionisten zur Kündigung des schwedisch-deutschen Vertrags. Dies machte auf beiden Seiten Vorbereitungen für einen neuen Vertrag nötig.

X. Vorbereitungen in Stockholm und Berlin auf die Handelsvertragsverhandlungen

X.1 Schwedische Vorbereitungen unter Zusammenarbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Politik

In Schweden hatte, wie oben geschildert, die Offensive der Protektionisten während der Wirtschaftskrise im Herbst 1920 eine Kündigung des schwedisch-deutschen Handelsvertrages zur Folge, um u.a. die Erhöhung von Schutzzöllen möglich zu machen. Anträge der verschiedenen Wirtschaftsorganisationen auf Zollerhöhungen und andere Schutzmaßnahmen wurden nach und nach an das Kommerzkollegium weitergeleitet, das am 10. Dezember 1920 ein ausführliches Gutachten an die Regierung darüber erstellt hatte. Darin äußerte sich das Kollegium gegen die Einführung genereller provisorischer Zollerhöhungen und gegen Einfuhrverbote. Stattdessen sollte die Regierung eine beschleunigte Untersuchung in die Wege leiten, mit dem Ziel, festzustellen "inwieweit - mit Rücksicht auf die Stellung bestimmter Industrien in Konkurrenz mit dem Ausland und desgleichen unter Berücksichtigung der Bedeutung solcher Industrien für das Land - provisorische Zollerhöhungen als erforderlich angesehen werden könnten." Aus dieser Formulierung kann man herauslesen, daß das Kommerzkollegium eine Differenzierung der Schutzzölle haben wollte. Das Ziel war, sich gegen die Konkurrenz durch Länder mit schwacher Währung zu schützen.¹⁾

Die Regierung De Geer ergriff auch Maßnahmen, um die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu erweitern. Der Finanzminister Henrik Tamm erklärte am 19. November 1920 in einer Regierungssitzung, - nach einer Initiative der Stockholmer Handelskammer - um die Probleme lösen zu können, die die Krise mit sich führe, müsse man freilich zuallererst auf die Sachverständigen der Staatsverwaltung vertrauen. Die Krise erfordere aber, daß man auch schnellen

und unmittelbaren Zugang zu Sachverständigen der verschiedenen Gebiete des Wirtschaftslebens erhalte, die außerhalb der Staatsverwaltung zu finden seien. Deshalb setzte Tamm einen Wirtschaftsrat ein, dem mehrere führende Männer des Wirtschaftslebens und der Finanzwelt angehörten u.a. Marcus Wallenberg, K.G. Beskow, Oscar Rydbeck, Gustav Cassel, Viktor Moll, Emil Kinander und Josef Sachs. Auch das Mitglied des Reichsbankdirektoriums und Führer der Liberalen in der Ersten Kammer des Reichstags, S. H. Kvarnzelius, gehörte dem Rat an, sowie als einziger Sozialdemokrat, der ehemalige Finanzminister Thorsson.²⁾

Der Vorsitzende der Stockholmer Handelskammer war K.A. Wallenberg. Offensichtlich sind die Kreise um Marcus Wallenberg in diesem Zusammenhang aktiv gewesen. Marcus Wallenberg war zum Wirtschaftsrat sehr positiv eingestellt und versuchte, als dieser am 28. Oktober 1921, kurz nach der sozialdemokratischen Machtübernahme aufgelöst wurde, Branting und Thorsson zu beeinflussen, den Rat bestehen zu lassen; war dabei aber erfolglos.³⁾ Marcus Wallenberg wollte dem verringerten Einfluß der Wirtschaft auf den Reichstag auf Grund des demokratischen Durchbruchs durch den gesteigerten Einfluß der Wirtschaftsorganisationen ersetzen. In einem Brief an den Verband der schwedischen Industrie zu dessen 10-jährigem Jubiläum 1920 erklärte er: "Schon bei der Gründung des Verbandes war es seinen Begründern klar, daß die Vertreter der Industrie innerhalb des Reichstages durch dessen ständig fortschreitende Demokratisierung in Kürze nicht mehr der ständig wachsenden Bedeutung der Industrie für das Land entsprechen würden und daß sich die Männer der Industrie selbst eine starke aber unpolitische Vertretung verschaffen müßten. Während der 10 Jahre, die seitdem vergangen sind, ist dieses Ziel erreicht worden. Der Verband ist heute ein Faktor, mit dem die Gesetzgeber gerne rechnen."⁴⁾ Auf der ersten Sitzung des Wirtschaftsrats am 4. Dezember 1920 gab Tamm die Richtlinien der Regierung für die Tätigkeit des Wirtschaftsrates bekannt. Sie galten vor allem der Währungs- aber auch der Zollpolitik. Die Fragen der Zollerhöhungen und der Geldpolitik waren eng miteinander verbunden, da jede Zollerhöhung durch ihre preissteigernde Wirkung einer deflationistischen

Politik entgegenarbeitete. Die Finanzsachverständigen hatten sich im Laufe des Jahres dafür ausgesprochen, den Vorkriegswert der Krone wieder herzustellen.⁵⁾ Der Wirtschaftsrat war in seinem Gutachten vom 20. Dezember 1920 gegenüber einer deflationistischen Politik weniger positiv eingestellt, als es die Finanzsachverständigen gewesen waren. Man meinte, die Folgen einer Wiederherstellung der Währung auf Goldbasis noch nicht überschauen zu können. Man müsse bestrebt sein, daß "der Wert der schwedischen Krone im Verhältnis zum Gold nicht noch mehr sinke, sondern im Gegenteil steige, soweit sich so etwas durch ein bestimmtes, aber vorsichtiges Handhaben der zu Gebote stehenden Mittel für eine Begrenzung der in Gold ausgedrückten Kaufkraft als möglich erweise."⁶⁾ Damit würde es leichter, Schutzmaßnahmen gegen die Einfuhr zu ergreifen. Auf der Sitzung des Wirtschaftsrates am 15. Dezember 1920 bat der Handelsminister Malm den Rat, sich in der Zollfrage zu äußern. Zum Rat gehörten jetzt auch Erik Röing und Axel Vennersten, die an der Behandlung dieser Frage teilnehmen sollten. Der Rat diskutierte die Forderungen der Wirtschaftsorganisationen auf Schutz für die Industrien vom 15. bis 18. Dezember.⁷⁾

Kommerzienrat Sohlman berichtete auf der ersten Sitzung über die seit dem Oktober eingegangenen Anträge auf Schutz gegen Einfuhr und über das Gutachten des Kommerzkollegiums. Im Anschluß an Sohlmans Darstellung gab Röing eine Übersicht über die Behandlung der Zollfrage im Reichstag. So lange das Zoll- und Vertragskomitee nicht seinen Auftrag beendet hätte, würde der Reichstag geneigt sein, den status quo aufrechtzuerhalten und nur in solchen Fällen zu Änderungen bereit sein, in denen außergewöhnliche Umstände einträten, erklärte Röing. Die eifrigsten Verfechter einer provisorischen generellen Verdreifachung der Industriezölle, Vennersten und Kinander, hoben während der Debatte vor allem die Notwendigkeit unmittelbarer Maßnahmen als Argument hervor. Die Zeit sei knapp und ließe deshalb keine näheren Untersuchungen zu. In Erwartung einer genauen Untersuchung der Schutzzölle sei eine generelle Verdreifachung der einzige Ausweg. Vennersten betonte außerdem, daß es unmöglich sei zu entscheiden, welche Industrien von besonderer Bedeutung für das Land seien.

Es stand bald fest, daß die Mehrheit des Wirtschaftsrates eine generelle Erhöhung nicht anerkennen wollte, sondern vorhatte - dem Rat des Kommerzkollegiums folgend - einige besonders schutzbedürftige Industriezweige dafür auszusuchen. Die Frage provisorischer Zölle könne nicht getrennt von der Entwicklung der Löhne betrachtet werden, meinte Cassel, der befürchtete, generelle Zollerhöhungen würden Lohnkürzungen, die notwendig wären, entgegenwirken.

Marcus Wallenberg erklärte, er könne keinen anderen Ausweg finden, als dem Vorschlag des Kommerzkollegiums zu folgen. Josef Sachs fand auch, daß bestimmte Industrien Schutz bekommen sollten, aber es könne sich dabei nur um einige, wenige handeln. Auch Beskow erklärte, gegen eine generelle Erhöhung zu sein.

Solche Forderungen kamen - wie zu sehen ist - hauptsächlich von den Vertretern der Eisen- und Textilindustrie, während ein in der schwedischen Exportindustrie so engagierter Mann wie Marcus Wallenberg sie ablehnte. Die Spaltung zwischen den verschiedenen Zweigen der Industrie in der Zollfrage bestand also weiter.

Schließlich trug der Wirtschaftsrat Cassel, Wallenberg und Röing auf, ein Gutachten an die Regierung zu formulieren. Dies wurde von Cassel und Wallenberg ausgearbeitet nachdem sich Röing - seiner freihändlerischen Haltung getreu - zurückgezogen hatte. Am 18. Dezember 1920 wurde es auf der Sitzung des Wirtschaftsrates angenommen.⁸⁾

In dem Gutachten lehnte der Wirtschaftsrat - wie es das Kommerzkollegium vorher getan hatte - die Einführung von Importverboten und generelle Erhöhungen der Industriezölle ab. Dagegen stimmte man zu, daß schnellstens eine Untersuchung darüber durchgeführt werden sollte, in welchem Umfange es ratsam sei, provisorische Zollerhöhungen zum Schutz der Industriezweige durchzuführen, "die durch die unter den jetzt waltenden Konkurrenzverhältnissen und besonders infolge der stark unterbewerteten fremden Währung im Verhältnis zu ihrer inneren Kaufkraft in eine - auch aus der Sicht der Öffentlichkeit - bedenkliche Lage geraten sind." Einfach ausge-

drückt bedeutete dies, daß sich der Wirtschaftsrat für eine Unterstützung jener Industrien aussprach, die besonders unter der Konkurrenz der Länder mit unterbewerteter Währung - vor allem Deutschland - litten. Der Wirtschaftsrat befürwortete somit eine Differenzierung der Zölle. Oscar Rydbeck sprach sich auf der Sitzung gegen diese Lösung aus, während sich vor allem Wallenberg und Sachs dafür einsetzten, sie durchzubringen.⁹⁾ Als weitere Bedingung für die Begründung eines Extraschutzzolles merkte der Wirtschaftsrat an, daß er nur jenen Industrien erteilt werden sollte, deren Aufrechterhaltung im Interesse des Landes läge. Thorsson erhob Einspruch gegen eventuelle provisorische Zollerhöhungen und erklärte, notfalls Einfuhrregelungen vorzuziehen. S.H. Kvarnzelius verwahrte sich auch gegen einen Teil des Gutachtens. ¹⁰⁾

Die Untersuchung, die im Gutachten des Wirtschaftsrates gefordert wurde, wurde einer Sonderdelegation des Handelsministeriums anvertraut. Sie bestand aus Mitgliedern des Zoll- und Vertragskomitees, des Wirtschaftsrates und der Arbeitslosenkommission. Ihr Vorsitzender wurde der Handelsminister Gösta Malm und in seiner Abwesenheit, Karl Axel Fryxell, der Vorsitzende des Zoll- und Vertragskomitees.¹¹⁾ Die Delegation hatte also eine ähnliche Zusammensetzung wie der Wirtschaftsrat. Es hatte dem Handelsminister offenbar vorgeschwebt, daß es ihm, unter Hinweis auf den provisorischen Charakter der vorgeschlagenen Zölle und die schwere Lage, in der sich das Land befand, gelingen könnte, die Zollfrage über die Interessengegensätze zu heben und die Delegierten dazu zu bringen, sich über den Schutz bestimmter bedürftiger Industrien zu einigen. ¹²⁾ Zur Delegation gehörten jedoch Personen mit ganz verschiedenen Auffassungen und Interessen bezüglich der Zollfragen. Die Wirtschaft und ihre Organisationen waren stark vertreten u.a. durch die zwei wichtigsten Fürsprecher für Schutzzölle. Kristoffer Hult war einer der führenden Männer in der Eisenindustrie, Mitglied des Vorstandes des Jernkontoret (Jernkontorets fullmäktige) und neuer Vorsitzender des Zoll- und Vertragskomitees dieses Unternehmens. Er war eine der treibenden Kräfte bei den Bestrebungen des Jernkontoret nach Zollerhöhungen. Axel Vennersten war - wie oben erwähnt - Vorsitzender des Verbandes der schwedischen Industrie. Er

hatte sich schon lange damit beschäftigt, Voraussetzungen für Zollerhöhungen zu schaffen. Der Chef des Höganäsbolaget, K.J. Beskow, hatte vorher im Wirtschaftsrat den Vorschlag genereller Zollerhöhungen abgelehnt, wünschte aber provisorische Erhöhungen für einige Industriezweige. Beskow wurde im Februar 1920 Finanzminister und nahm an den späteren Sitzungen der Delegation nicht mehr teil. Josef Sachs hatte enge Beziehungen zu Marcus Wallenberg und Stockholms Handelskammer. Nordiska Kompaniet kaufte einen großen Teil ihrer Waren in Frankreich.¹³⁾ Dieser Gruppe innerhalb der Delegation standen zwei hundertprozentig überzeugte Anhänger des Freihandels, Erik Röing und Arvid Örne, gegenüber. Diese weit auseinandergehenden Auffassungen zu vereinen, muß eine außerordentlich schwere Aufgabe gewesen sein. Offenbar sind die Diskussionen innerhalb der Delegation zeitweise sehr erregt gewesen.¹⁴⁾

Die Arbeit zog sich hin. Während der Periode vom 18. Januar bis zum 11. März 1921 hielt die Delegation 19 Sitzungen ab. Bei der ersten einigte man sich darauf, das Gutachten des Wirtschaftsrates als Grundlage für die Untersuchungsarbeit zu benutzen. Man sollte sich deshalb vor allem den Schutzmaßnahmen für die Industrie widmen "deren Aufrechterhaltung aus wirtschaftlicher Sicht für das Land von besonderer Bedeutung sei." Nachdem die Delegation die Forderungen der Industrie unter diesen Gesichtspunkten ausgewählt hatte, einigte man sich darauf, Vertreter der Textilindustrie, der Eisen-, der Eisenverarbeitenden-, der Metall-, der Maschinenbau- und der Elektroindustrie zu mündlicher Befragung zu berufen.¹⁵⁾ Somit hatte man die selektive Linie gewählt, angelehnt an den englischen Vorschlag, die "key-industries" zu unterstützen.

Für die Befragung der Vertreter der Wirtschaft stellte die Delegation eine Liste mit Fragen zusammen. In diesem Zusammenhang sind die Antworten auf die Frage am interessantesten, welches Land den stärksten Importdruck ausübte. In dieser Sache gaben die Befragungen keine eindeutige Antwort. Für die Textilindustrie hoben die Vertreter der Baumwollindustrie England als den stärksten Konkurrenten hervor.¹⁶⁾ Die Vertreter der Wollfabrikanten wiesen auf die Deutschen und die Engländer hin,¹⁷⁾ seitens der Leinenindustrie klagte man über die Konkurrenz von Belgien und Deutschland, von Seiten

der Juteindustrie über die Einfuhr aus Deutschland. Die Vertreter der Trikotindustrie hoben hervor, man könne erwarten, daß die deutschen Industrien am gefährlichsten werden könnten, weil diese im Aufschwung begriffen seien.¹⁸⁾

Die Vertreter der Eisenindustrie klagten fast nur über die deutsche Konkurrenz. Offensichtlich befanden sich Teile der schwedischen Eisenverarbeitung in einer ziemlich verzweifelten Lage. Eine 20%-ige Kürzung der Löhne war im Januar 1921 durchgesetzt worden.¹⁹⁾ Aber die Diskussionen am 3. Februar 1921 mit den Vertretern der Eisenwerke machten die Spaltung zwischen den ausgeprägten Exportunternehmen und den übrigen deutlich. Dies hatte sich ja schon bei der internen Sitzung des Jernkontoret am 15. Oktober 1920 gezeigt. K.F. Göransson und August Herlenius - der letztere mit einem Telegramm an den Handelsminister - warnten vor jeder Erhöhung der Zölle. H. Funch, Klosters A.B. und O. Söderberg, Stora Kopparbergs A.B. wollten nicht, wie Jernkontoret vorgeschlagen hatte, die Zölle verdreifachen. C. Sahlin und Hugo Carlsson dagegen unterstützten den Vorschlag von Jernkontoret. Die Argumente gegen Zollerhöhungen liefen darauf hinaus, daß diese sonst ein allzu großes Risiko bedeuten würden.

Deutschland würde Vergeltungsmaßnahmen gegen die schwedische Edelstahlausfuhr ergreifen. "Erhöhte Zölle auf unsere Erzeugnisse würden äußerst ernste Folgen für unsere Stahlausfuhr nach Deutschland haben," warnte Herlenius in seinem Telegramm an den Handelsminister. Die schwedischen Ausfuhrgüter würden nach den deutschen Generaltarifen verzollt werden. Dies könnte eintreten, da Schweden Gefahr liefe bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen keine Meistbegünstigung zu erhalten. Der Staatssekretär Hennings vom Handelsministerium erklärte, von schwedischer Seite aus sei es angebracht, mit Deutschland einen Modusvivendivertrag mit Meistbegünstigung abzuschließen, um solch eine Situation zu vermeiden.²⁰⁾

Auch die Vertreter der eisenverarbeitenden Industrie²¹⁾ wie die der Maschinenbauindustrie²²⁾ und die der Elektro-Industrie beklagten sich vor allem über die deutsche Konkurrenz.²³⁾ Von mehreren Seiten wurden die Währungsverhältnisse

als die eigentliche Ursache der Probleme hervorgehoben.

Nach den langwierigen Befragungen der Vertreter der Industrien hatten die Delegierten am 18. Februar eine Grundsatzdiskussion, bei der man die Schlußfolgerungen zog, die man aus der Untersuchung gewonnen hatte.²⁴⁾ Erik Røing fand, die Untersuchung habe im großen und ganzen ein negatives Resultat gebracht, und deswegen sollte man die Zölle nicht erhöhen. Josef Sachs erklärte, eine allgemeine Zollerhöhung sei nicht wünschenswert, und man solle sich der Empfehlung des Wirtschaftsrates anschließen und betroffenen Industrien einen Extraschutzzoll gewähren. Dabei sollte man sich für die Eisen-, die eisenverarbeitende- und die Maschinenbauindustrie, als die für das Land wichtigsten entscheiden. Für die Textilindustrie seien die Zustände so anormal, daß Zölle nicht helfen würden. Ein Einfuhrverbot sei für sie die einzige Lösung. Das sollte sich vor allem gegen Deutschland richten, meinte Sachs, aber es sei sinnlos, seine Einführung zu diskutieren, während man gleichzeitig mit Deutschland über einen Handelsvertrag mit Meistbegünstigungsklausel verhandle. Es war klar ersichtlich, daß Sachs Deutschland gegenüber am liebsten eine Differenzierung der Zölle gesehen hätte. Vennernsten, der gerade aus Berlin von den einleitenden Verhandlungen über einen Modusvivendivertrag mit Deutschland zurückgekommen war, behauptete, daß eine generelle Zollerhöhung natürlich am ratsamsten sei, um dadurch den Vorkriegsschutzzoll wiederherzustellen. Er bezweifelte die Richtigkeit der Empfehlungen des Wirtschaftsrates. Wenn man diese aber befolgen müsse, teile er Sachs' Ansicht, daß die eisenverarbeitende Industrie Unterstützung haben müsse, er wolle aber auch, daß die Textilindustrie eine solche bekäme.

Arvid Örne befaßte sich besonders mit der Befragung der Vertreter der Eisenindustrie, die früher so einheitliche Forderungen in bezug auf Zollerhöhungen gestellt hätten, deren Interessen jetzt aber - wie es sich bei der Befragung gezeigt habe - deutlich auseinandergingen. Was für den einen vorteilhaft sei, müsse es nicht für den anderen sein. Örne bezog sich dabei auf die Gegensätze zwischen der Export- und der Binnenmarktindustrie, die bei der Befragung am 3. Februar so deutlich zum Ausdruck gekommen waren. Örne lehnte

alle Forderungen auf Zollerhöhungen ab. K.J. Beskow, der einige Tage später Tamm als Finanzminister ersetzen sollte, nahm vorsichtig eine veränderte Haltung in der Zollfrage ein. Im Wirtschaftsrat hatte er Zollerhöhungen nur für gewisse ausgewählte Industriezweige befürwortet. Dies sei geschehen, erklärte er, weil er mit Sicherheit wisse, daß es Industrien gäbe, die keines Zollschatzes bedürften. Die Untersuchung habe jedoch nicht das Ergebnis gehabt, was er erwartet habe. "Ich habe den Eindruck, daß die Auskünfte in mehreren Fällen von der Wahrheit abweichen," erklärte er. Beskow konnte sich deshalb dem Vorschlag von Vennersten und Sachs nicht anschließen. Er meinte, man könne nicht einige Industrien heraussuchen, die zu besonderen Zollerhöhungen berechtigt seien, sondern er sähe lieber eine generelle Zollerhöhung, obwohl er früher auch eine solche Lösung verworfen habe.

Die Spaltung innerhalb der Sonderkommission führte dazu, daß man kein gemeinsames Gutachten mit Empfehlungen, wie die Zollfrage gelöst werden sollte, abfassen konnte. Der Versuch der Regierung, mit Hilfe dieses Zusammenarbeitsorgans die Zollfrage über die Gegensätze innerhalb der Parteien zu heben und einen Konsensus zu erreichen, war mißlungen. In einem Schreiben an die Regierung wurden die verschiedenen Standpunkte innerhalb der Kommission dargelegt.²⁵⁾ Danach hatte der Reichstag zu entscheiden. Am 19. Februar hatte eine Mehrheit der beiden Kammern Anträge von Vennersten und Arvid Lindman über erhöhte Industriezölle abgelehnt.²⁶⁾ Es schien also keine guten Aussichten dafür zu geben, im Reichstag protektionistische Maßnahmen durchsetzen zu können. Der Handelsminister Malm ließ jedoch die Arbeit an der großen Regierungsvorlage in der Zollfrage fortsetzen.

Die Behandlung der Zollfrage in der Sonderkommission zeigt, wie verschieden man die Situation der schwedischen Industrie und die Ursachen ihrer Krise beurteilte. Das Ergebnis des Versuchs, die Zollfrage in einem kleinen Kreis von Vertretern der Wirtschaft, des Reichstags und der Verwaltung zu lösen, entsprach nicht den Erwartungen der Regierung. Die Argumente der Vertreter der Wirtschaft verloren durch deren ^{same} Uneinigkeit an Schlagkraft. Es gelang nicht, die gemeinsame Front zwischen dem Verband der schwedischen Industrie und

Jernkontoret für eine generelle Verdreifachung der Zolltarife zu bilden, die man im Herbst 1920 anstrebte. Die Interessen der Export- und der Binnenmarktindustrien gingen viel zu weit auseinander. Innerhalb der Eisen- und Stahlindustrie wurde die Spaltung am deutlichsten sichtbar. Außerdem zeigten die Vertreter einer Mehrheit des Reichstags, die dem Freihandel positiv gegenüberstanden, nämlich Erik Röing und Arvid Örne, keinen Kompromißwillen, sondern sie bestanden auf glatter Ablehnung aller Vorschläge über Schutzmaßnahmen. Ihr Programm für eine Lösung der Krise lief darauf hinaus, die schwedische Industrie durch eine weitere deflationistische Politik konkurrenzfähig zu machen. Man kann die Möglichkeit nicht ausschließen, daß die Bewertung der deutschen Konkurrenz seitens der Vertreter der Wirtschaft zum großen Teil auf taktischen Überlegungen beruhte. In der Lage, in der sich Deutschland befand, war eine offensive Zollpolitik dagegen sehr viel weniger gefährlich als z.B. England gegenüber. Eine Überbewertung der deutschen Konkurrenz und eine Verharmlosung der englischen scheint die Folge davon gewesen zu sein. In einer Diskussion in dem Nationalekonomiska Föreningen am 25. Februar 1921 hob Eli Heckscher hervor: "Gewiß bekommen wir Waren aus Deutschland, die im allgemeinen sehr billig sind, aber das spielt allem Anschein nach im großen und ganzen eine kleine Rolle. Die Einfuhr, vor der man Angst hat, kommt in viel größerem Maße aus England, insbesondere was die Textilindustrie anbelangt."²⁷⁾ Diese Behauptung wird durch die Einfuhrstatistik bestätigt.²⁸⁾ Die Bedeutung der Nahrungsverhältnisse sei übertrieben, meinte Heckscher. Er sah den Grund der Industriekrise vor allem in dem großen Preisverfall. Diesen könne man, wenn man so wünsche, durch eine Herabsetzung des Diskontsatzes aufhalten.²⁹⁾

Die schwedische Regierung beschloß Ende Januar 1921, Deutschland in ihrem Modusvivendivorschlag die gegenseitige Meistbegünstigung in bezug auf die Zölle und die Ein- und Ausfuhrverbote anzubieten. Das machte Torvald Höjer Nadolny am 31. Januar klar.³⁰⁾ Die schwedische Regierung hatte es also wenigstens momentan aufgegeben, die Zölle Deutschland gegenüber zu differenzieren.

Außer daß eine solche Maßnahme ein ziemlich herausfordernder

Schritt einer neutralen freundlich eingestellten Nation gewesen wäre, sprachen auch einige andere Dinge gegen Differentialzölle. Die schwedische Wirtschaft war in den Zollfragen gespalten. Die Stahlexporteure warnten schon bei generellen Zollerhöhungen vor deutschen Vergeltungsmaßnahmen. Dieses Risiko war natürlich noch viel größer, wenn man Differentialzölle wählte. Die Pariser Reparationskonferenz hatte gerade eine 12%-ige Gebühr auf die gesamte deutsche Ausfuhr beschlossen, was an und für sich eine Art Ausfuhrzoll bedeutete und die deutschen Exportpreise in die Höhe treiben würde. Die deutschen Bestrebungen, durch staatliches Eingreifen allzu offensichtliche Unterbietungen zu verhindern, wirkten in die gleiche Richtung. Für die schwedische Regierung gaben diese Faktoren wenigstens momentan den Ausschlag. In dem Vorschlag für einen Handelsvertrag, den man im Februar 1921 der deutschen Regierung vorlegte, war eine Klausel über eine gegenseitige Meistbegünstigung enthalten.

X.2 Der schwedische Modusvivendivorschlag.

Die Aufgabe, einen schwedischen Vorschlag zu dem Vertrag auszuarbeiten, wurde dem Vertragsausschuß des Zoll- und Vertragskomitees anvertraut. Es war also wieder ein sehr begrenzter Kreis, der vor den Verhandlungen Gelegenheit bekam, die schwedische Handelspolitik Deutschland gegenüber genauer mit auszuformen. In der Zeit vom 11. bis 18. Januar 1921 hielt der Ausschuß in dieser Frage vier Sitzungen ab. Auf drei davon war Vennersten der Vorsitzende.¹⁾ Das Ergebnis - ein Vorschlag zu einem Modusvivendivertrag, der innerhalb der germanischen Abteilung ausgearbeitet worden war - wurde auf einer Sitzung am 26. Januar angenommen und am 3. Februar dem Außenministerium übergeben.²⁾

Der Vorschlag enthielt im Verhältnis zu dem Vertrag von 1911 folgende wichtige Änderungen:

- 1) Die Festsetzung einer Höchstgrenze auf 100 Kronen für die Abgaben der Handelsreisenden fiel fort.
- 2) Die Bindungen der Zolltarife des alten Vertrages entfielen.
- 3) Die schwedische Regierung befreite sich von allen Verpflichtungen in der Eisenerzfrage.

- 4) Eine skandinavische Vorbehaltsklausel zum Vorteil für Dänemark und Norwegen was die Tragweite der Meistbegünstigungsbestimmungen anbelangte, wurde in den Vertrag aufgenommen.
- 5) Das gegenseitige Recht, im Hoheitsgebiet des anderen Landes Küstenschiffahrt zu betreiben, verschwand. Deutschland wurde in dieser Frage auch keine Meistbegünstigung zuerkannt.
- 6) Der Vertrag sollte eine dreimonatige Kündigungszeit haben. Besonders wichtig sind die Bestimmungen über die Eisenerzausfuhr. Der frühere Vertrag hatte auf dreierlei Weise die Eisenerzzufuhr nach Deutschland gesichert. Der Artikel 7 des alten Vertrages verhinderte die Einführung von Import-, Export- und Durchfuhrverboten. In Artikel 10:2a der Bestimmungen des Abschlußprotokolls wurden Ausfuhrverbote für Eisenerz ausdrücklich untersagt, und Artikel 10:2b verbot dem schwedischen Staat, den geltenden Vertrag zwischen diesem und den Erzunternehmen so zu ändern, daß dadurch die Ausfuhr erschwert oder eingeschränkt wurde. Außerdem hatte sich die TGO den Hüttenwerken gegenüber verpflichtet, etwaige Ausfuhrgebühren zu bezahlen.³⁾

Der schwedische Vorschlag bedeutete eine Beibehaltung der Meistbegünstigung, was die Zölle anbelangte, aber die Bindung der Zolltarife sollte also verschwinden. Die Meistbegünstigung würde eine Zolldifferenzierung Deutschland gegenüber unmöglich machen. Die Bestimmungen des Artikels 7 des alten Vertrags über Ein- und Ausfuhrverbote sollten auch in diesen Fragen durch die Meistbegünstigung ersetzt werden.

Die schwedischen Zugeständnisse von 1911 gegenüber den deutschen Forderungen nach Schutz für die Eisenerzlieferungen waren im Austausch gegen deutsche Zugeständnisse bei der Festlegung der Zolltarife gemacht worden. Da die Zollbindungen aufhörten sah man von schwedischer Seite keinen Anlaß dazu, diese Garantien weiter zu gewähren, besonders nicht in einem Modusvivendivertrag. Dazu kam, daß sich Deutschland seit dem Krieg über die Bestimmungen im Zusammenhang mit den Import-, Export- und Durchfuhrverboten hinwegsetzte, was unter Kriegsverhältnissen akzeptiert

worden war, wie auch im Vertrag vorgesehen. Aber Deutschland hatte die Verbote auch nach dem 10. Januar 1920, als der Frieden in Kraft trat, aufrechterhalten.⁴⁾

Wie früher gezeigt wurde, gab es in der schwedischen Industrie Fürsprecher für gegen Deutschland gerichtete Differenzialzölle.⁵⁾ Das Endstadium der schwedischen Überlegungen über den Modusvivendivertrag trat ein, nachdem die Pariser Konferenz in der Reparationsfrage Deutschland ihre Forderungen gestellt hatte. Die Aussicht auf eine Einschränkung der deutschen Zollautonomie durch die Alliierten wirkte sich auf die schwedisch-deutschen Beziehungen aus. Am 11. Februar wurden die Alliierten in einem Leitartikel in "Svenska Dagbladet" dahingehend kritisiert, daß ihre unrealistischen Forderungen eine Rückkehr zu den Kriegsverhältnissen bedeuteten. Der Verfasser des Leitartikels meinte, die Beschlüsse der Pariser Konferenz hätten zur Folge, daß Deutschland keine Handelsverträge mehr abschließen könnte. Es sei nicht nur Deutschland, "das eine Zwangsjacke angezogen bekommt, sondern auch Schweden, Dänemark und alle anderen Länder, die mit Deutschland Geschäfte machen," hieß es weiter.⁶⁾ Dieser Artikel veranlaßte Torvald Höjer am gleichen Tag in einem Brief an von Essen in Berlin hervorzuheben, daß die Bedingungen der Pariser Konferenz im Grunde Handelsverträge mit Deutschland nicht unmöglich machten, "wohl aber scheinen sie Hindernisse in den Weg zu legen für Tarifverträge der alten Art, da das deutsche Reich nicht mehr über einen autonomen Zolltarif verfügt." Auf die kommenden Verhandlungen würden die Pariser Beschlüsse nicht stärker einwirken, meinte Höjer, als daß sie den schwedischen Unterhändlern ein gutes Argument gegen eventuelle deutsche Vorschläge gäben, die Zollsätze einiger weniger Waren von besonderer Bedeutung für die Ausfuhrindustrie der entsprechenden Länder festzulegen.⁷⁾ In einem Schreiben des gleichen Tages an Palmstierna in London erstattete Höjer Bericht über den Artikel und bat ihn zu überwachen, wie die Beschlüsse der Pariser Konferenz die Rechte der Neutralen beschränkten und ihm Material für eine eventuelle diplomatische Anfrage in dieser Sache zu schicken. Höjer wies jedoch gleichzeitig darauf hin, daß eine solche Anfrage nicht aktuell sei.⁸⁾

Vor ihrer Abreise nach Berlin baten die schwedischen Unterhändler um Anweisungen von der Regierung. Diese bekam man durch das Außenministerium, nachdem die Frage am 8. Februar auf einer Kabinettsitzung behandelt worden war. Von den sechs oben genannten Punkten sollten alle - außer dem ersten - "als unerläßlich behandelt werden." Deutsche Argumente und Gegenvorschläge sollten nach Stockholm telegraphiert werden. Die schwedische Regierung meinte, der Modusvivendivorschlag enthielte einen "Mehrwert" für Deutschland. Als Entschädigung dafür könne man sich denken, daß Deutschland sich verpflichte, gewisse Mengen schwedischer Erzeugnisse einzuführen. Ein Abkommen dieser Art sollte in Form eines Spezialvertrages abgeschlossen werden. Man stellte sich seitens der Regierung anscheinend den Abschluß einer Art Kontingentierungsvertrags vor, der aber verpflichtender sein sollte als der vom Frühjahr 1920.⁹⁾

Der Vorschlag zum Vertrag enthielt keine Ratifizierungsklausel und sollte deshalb - wenn die Verhandlungen erfolgreich verliefen - gleich in Kraft treten ohne eine vorherige Befragung des Reichstags. Vermutlich fehlte eine solche Klausel, weil sich der Vertragsausschuß und sein protektionistischer Vorsitzender dessen bewußt waren, daß die Mehrheit, die dem Freihandel positiv gegenüber stand, eine ernste Bedrohung jenes Vertrages darstellte, der eine Reihe von Bindungen bei den Industriezöllen aufheben würde. Der Versuch, den Reichstag zu umgehen, wurde durch den Hinweis des Außenministeriums vereitelt, daß der § 12 des Grundgesetzes vorschrieb, den Reichstag in Fragen von größerer Bedeutung, was Abkommen mit ausländischen Mächten anbelangte, zu hören. Vennersten bekam deshalb vor seiner Abfahrt nach Berlin den Auftrag, mit den Deutschen über die Einführung einer Ratifizierungsklausel zu verhandeln.¹⁰⁾

Der Modusvivendivorschlag bedeutete ziemlich weitgehende Veränderungen im Verhältnis zum früheren Vertrag und verringerte die schwedische handelspolitische Bindung an Deutschland. Bei dem herrschenden Zustand der Unsicherheit wollte sich die schwedische Regierung "freie Hand" verschaffen, indem sie sich von den Zollbindungen und den Eisenerzgarantien befreite. Hinter diesen Bestrebungen lagen u.a. der Konflikt um die

Eisenerzpreise und die Unzufriedenheit der schwedischen Wirtschaft über das deutsche Valutadumping und die immer geringer werdende Ausfuhr nach Deutschland. Gleichzeitig bereitete man eine engere handelspolitische Zusammenarbeit mit den skandinavischen Nachbarstaaten vor, indem man in bezug auf die Meistbegünstigung eine skandinavische Vorbehaltsklausel einführte.¹¹⁾ Das war ganz im Sinne der oben geschilderten schwedischen Kriegs- und Nachkriegsbestrebungen, seine Beziehungen mit Dänemark und Norwegen zu stärken.

X.3 Die Berichterstattungen und Vorschläge der deutschen Gesandtschaft in Stockholm

Ein paar Tage nach dem schwedischen Regierungswechsel schickte Nadolny einen langen Bericht über die Wirtschaftslage Schwedens nach Berlin. Es sei offensichtlich, daß das Land vor einer Krise stände. Dies gelte besonders für die Schlüsselindustrien, nämlich die eisen- und holzverarbeitenden. Nadolny hob hervor, wie von fast allen Kreisen der Industrie Forderungen nach einem staatlichen Eingreifen immer lauter würden, teils fordere man Zollschutz, teils Importverbote. Die Forderungen des Verbands der schwedischen Industrie nach vorläufigen generellen Zollerhöhungen seien unter besonderem Hinweis auf die bedrohliche Lage der Textil- und Eisenindustrie gestellt worden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen richteten sich in erster Linie gegen den deutschen Export. Nadolny unterstrich besonders die große Erregung, die durch das deutsche Dumping entstanden sei.¹⁾

In einem gleichzeitigen Bericht des Finanzbeirats Blomeyer werden die Reaktionen der Schweden auf das deutsche Dumping beschrieben. Die Empfindlichkeit der Frage würde dadurch unterstrichen, daß die schwedischen Industriellen die Lebensmittelsubventionen der deutschen Regierung für die Bergleute als "Dumping im wahrsten Sinne des Wortes" betrachteten (Arosmesse 23.10.)²⁾ In einem anderen Rapport berichtete Blomeyer über ein Gespräch mit dem Chef der Reichsbank, Victor Moll, während dessen dieser habe durchblicken lassen, daß die deutsche Regierung seiner Ansicht nach, den Wert der Mark absichtlich niedrig hielte. Diese Auffassung würde auch durch Svensk Handelstidning vertreten, erklärte Blomeyer,

der behauptete, hinter der Zeitung stünden Marcus Wallenberg und Bildt, deren Hauptinteressen in Frankreich lägen. Blomeyer hatte auch Oscar Rydbeck getroffen. Dieser stellte sich, so Blomeyer, pessimistisch zu den Aussichten einer Niederbelebung der deutschen Währung. Rydbeck meinte, die deutsche Regierung müsse Exportabgaben einführen, um dadurch den "unsinnigen" deutschen Preisunterbietungen ein Ende zu setzen. Moll, auch ein Mitglied des Finanzrates, forderte während des Gesprächs mit Blomeyer auch ein Ende des deutschen Dumpings durch Regierungsmaßnahmen.³⁾ Kurz vor der schwedischen Kündigung des Handelsvertrags am 15. Dezember 1920 schickte Nadolny einen neuen ausführlichen Bericht nach Berlin. Auch in ihm unterstrich er die schädliche Einwirkung der niedrigen deutschen Preise in bezug auf die Stimmung gegenüber Deutschland. Er schlug höhere Abgaben auf den Export nach Schweden vor. Andernfalls drohe eine Zollerhöhung. Die gleiche Frage war durch Blomeyer in einem Bericht vom 1. Dezember nachdrücklich behandelt worden. Darin hieß es, sehr kleine Mengen von Dumpingwaren könnten den ganzen Markt verderben, da sie bei den Käufern Erwartungen auf niedrige Preise hervorriefen. Man könne von schwedischer Seite Maßnahmen in Form von Antidumpinggesetzen erwarten, wenn Deutschland nicht "die unsinnigen Unterbietungen" verhindere. Außerdem schürten sie die Auffassung einflußreicher Industrieller, daß die Konkurrenzkraft der deutschen Industrie übermächtig würde, was Deutschlands Sache in der Kohlefrage schade sowie in bezug auf Oberschlesien und in der der Reparationen. In englischen Industriekreisen sei die Verstimmung über Deutschland größer, als irgendwann während des Krieges, schrieb Blomeyer. Sein Bericht wurde an Trendelenburg weitergeleitet und von ihm an die Außenhandelsstellen.⁴⁾

Blomeyer versuchte die Situation zu verbessern, indem er vorschlug, man solle Vertreter der wichtigsten Exportverbände auffordern, mit den Behörden über die Situation zu konferieren. Wenn die deutschen Behörden nur ihren festen Willen zeigen würden, die Probleme zu bewältigen, würden die Interessenten schon mit realistischen Vorschlägen für eine Lösung kommen, behauptete er.⁵⁾

Im Zusammenhang mit Blomeyers Besuch in Berlin im Januar 1921

wurde am 15. Januar im Reichskommissariat für Aus- und Einfuhrbewilligung eine solche Konferenz abgehalten. Auf der machte Max Schneider, der Syndikus des RdI einen Vorschlag dahingehend, daß die Vertreter der in Schweden am meisten betroffenen Industriezweige mit den entsprechenden deutschen Außenhandelsstellen beraten sollten, um zusammen nach Auswegen zu suchen. Solche Kontakte waren schon mit Wirtschaftsorganisationen Dänemarks und der der Schweiz aufgenommen worden. Blomeyer wurde beauftragt, sich nach seiner Rückkehr nach Schweden mit den entsprechenden schwedischen Organen in Verbindung zu setzen. 6)

Der Vorschlag über eine Zusammenarbeit in der Dumpingfrage zwischen den schwedischen und den deutschen Wirtschaftsverbänden vom 15. Januar wurde von Blomeyer an den Chef der Reichsbank Moll und an Vennersten weitergeleitet.⁷⁾ Man wollte offensichtlich von deutscher Seite auf diese Weise den Boden für die Vertragsverhandlungen ebnen. Diese Aktion hat auch einen gewissen Erfolg gezeitigt. Mitte Februar konnte Blomeyer aus Stockholm mitteilen, daß sich der Schwedische Elektroindustrieverband zu Verhandlungen mit dem entsprechenden deutschen Verband bereiterklärt habe. Dies wurde auch dem RdI mitgeteilt. Laut Blomeyer sollten die Papier- und Celluloseindustrien schon eine Abmachung getroffen haben, "die der deutschen Industrie den Absatz gewährleistet, aber auch den Interessen des schwedischen Exportes gerecht wird."⁸⁾ Auf einer Sitzung des Hauptvorstandes des VdDESI und des RdI-Fachgruppe der eischaffenden Industrie - am 22. Februar erklärte Reichert, der RdI habe mit dem SI vereinbart, daß die Sachverständigendelegation gleichzeitig mit den Handelsvertragsverhandlungen auch die schwedischen Beschwerden diskutieren solle. 9)

Ein gewisser Erfolg bezüglich des Valutadumpings scheint auch erreicht worden zu sein. Deutscherseits scheint man die Auswirkungen auf Grund des niedrigen Wertes der deutschen Währung abgeschwächt zu haben, indem man den Unterschied zwischen den Offertenpreisen und denen der Konkurrenten stärker ausglich. Einige Erzeugnisse hätte man zu Exportpreisen verkaufen können, die nur 25 bis 30% der Preise schwedischer Produkte betrug. Sie wurden aber normalerweise zu Preisen

zwischen 70 bis 80% der schwedischen Preise angeboten.¹⁰⁾

In der Berichterstattung Nadolnys nach Kündigung des Vertrags wird der schwedischen Diskussion über provisorisch erhöhte Schutzzölle große Aufmerksamkeit geschenkt. Das deutsche Valutadumping hatte zu Entrüstung in der öffentlichen Meinung in Schweden geführt. Nadolny fürchtete, die Schweden planten, besonders gegen Deutschland gerichtete Zölle einzuführen. Er meinte, die Empfehlung des Wirtschaftsrates, die Zölle für gewisse ausgewählte Industriezweige zu erhöhen, bedeute zweifelsohne, daß man dadurch vor allem den deutschen Export treffen wolle. Man könne deshalb damit rechnen, daß die Schweden während der bevorstehenden Vertragsverhandlungen vermeiden würden, ihre Zölle zu binden.¹¹⁾

Da die Verbraucherinteressen im Reichstag freilich stark vertreten seien, erklärte Nadolny Anfang Januar 1921 in einem Bericht an das Auswärtige Amt, dürften die bevorstehenden schwedischen Zollerhöhungen vermutlich ziemlich mäßig ausfallen. Aber es sei nicht unmöglich, daß der Reichstag die schwedische Regierung beauftrage, die Zölle nur für deutsche Erzeugnisse zu erhöhen. Jedenfalls würde die schwedische Regierung versuchen, sich durch die Abschaffung der Meistbegünstigungsklausel für eine solche Maßnahme freie Hand zu verschaffen. Deutscherseits müsse man den Schweden klarmachen, daß bezüglich der Zölle die Meistbegünstigung für die Deutschen eine *conditio sine qua non* bedeute, wenn ein Handelsvertrag überhaupt zustandkommen sollte.¹²⁾

Am 31. Januar 1921 untersuchte Nadolny in seinem Gespräch mit Torvald Höjer die schwedische Einstellung genauer. Höjer erklärte, Schweden wolle sich mit Rücksicht auf die Unsicherheit angesichts der zukünftigen schwedischen Zollpolitik freie Hand bezüglich der Vertragstarife verschaffen. Über die allgemeinen Bestimmungen des alten Vertrags wolle man einen Modusvivendivertrag abschließen. Nach näherer Befragung habe Höjer mitgeteilt, die schwedischen Bestrebungen nach "freier Hand" bezögen sich nur auf die bestehenden Vertragstarife (Artikel 8 und die A- und B-Tarife). Die allgemeine Meistbegünstigung in bezug auf die Zolltarife könne bestehenbleiben.¹³⁾ Es stimmte völlig mit den Bestrebungen des Auswärtigen Amtes vom Herbst 1920 überein, diese Bindungen mit Rück-

sicht auf das Recht der Entente auf einseitige Meistbegünstigung loszuwerden.

In der Berichterstattung der Gesandtschaft in Stockholm wurde den Erzlieferungsgarantien des alten Vertrags keine größere Aufmerksamkeit mehr gewidmet. Während des Herbstes 1920 wurde die Erzfrage nur ein paarmal angeschnitten. In seiner früher genannten Stellungnahme zur Absicht des Auswärtigen Amtes, während des Herbstes 1920 den Vertrag mit Schweden zu kündigen, maß Nadolny den Erzgarantien keine größere Bedeutung bei. Für Schweden sei Deutschland der einzige Markt, behauptete Nadolny, während er gleichzeitig Deutschlands Abhängigkeit vom schwedischen Erz betonte. Seine Erwägungen liefen darauf hinaus, daß Schwedens Abhängigkeit vom Export nach Deutschland und die Deutschlands vom Import aus Schweden eine Interessengemeinschaft schaffe, die den Export von Erzgarantien unabhängig mache. ¹⁴⁾

Nadolny ließ auch nicht von dieser Auffassung ab, nachdem Schweden seinen Modusvivendivorschlag ohne Erzgarantien vorgelegt hatte. Im Gegenteil berichtete er Mitte Februar, Schwedens Abhängigkeit davon, Eisenerz nach Deutschland zu exportieren, sei augenblicklich auf Grund der Wirtschaftskrise im Lande besonders groß. Ein führender schwedischer Industrieller habe ihm versichert, wenn der Erzexport nach Deutschland eingestellt werden würde, würde das den Zusammenbruch der TGO zur Folge haben. Dies bedeute, behauptete Nadolny, daß es während der Handelsvertragsverhandlungen viel leichter werden würde, die deutschen Interessen zu wahren, "da wir durch Rücksicht auf die Erzfrage offenbar z.Zt. nicht gebunden sind. ¹⁵⁾

X.4 Vorschläge des Deutschen Industrie- und Handelstags

Im Januar und Februar 1921 liefen entweder direkt beim Auswärtigen Amt oder auf dem Umweg über das Reichswirtschaftsministerium eine Reihe von Wünschen ein. Es handelte sich hauptsächlich um solche von Organisationen der mittleren und kleinen Industrien sowie des Handels. Im allgemeinen betonte man stark die Meistbegünstigung und die Unruhe über eine Zollerhöhung durch die Schweden. ¹⁾ Die sächsische Steinindu-

strie stellte Forderungen, Berlin erneut für den schwedischen Pflastersteinexport zu schließen.²⁾ Die Forderung nach besonderen Zolltarifen war sehr verbreitet. Aber diese waren nicht mehr aktuell, da bezüglich der Zölle keine Verhandlungen mehr stattfinden sollten. Unter den Wünschen fällt besonders ein Beschluß einer Sitzung des "Deutschen Industrie- und Handelstags" (DIHT) auf. Dieser Spitzenverband der deutschen Handelskammern hatte gute Verbindungen zur deutschen Ministerialbürokratie und übte seit langer Zeit über die Beschlüsse, die dort, innerhalb ihrer Interessensphäre gefaßt wurden einen großen Einfluß aus.³⁾ Er war vor allem das Sprachrohr des Handels und der mittleren und kleinen Unternehmen.⁴⁾ Er wurde traditionsgemäß von Bankleuten geführt. Im Gegensatz zu den anderen Interessenorganisationen hatte der DIHT das gesetzliche Recht, die Handels- und Handwerksinteressen innerhalb seines Gebietes zu überwachen und die Behörden durch Mitteilungen, Vorschläge und Denkschriften zu unterstützen.⁵⁾ Während der Weimarer Republik ging man von langen, schriftlichen Eingaben, die kaum gelesen wurden, dazu über, der Ministerialbürokratie durch Briefe oder auf andere Art und Weise direkt seine Ansichten vorzulegen.⁶⁾ Ende Januar machte die Organisation eine Umfrage unter ihren Mitgliedern, was man angesichts der schwedisch-deutschen Verhandlungen wünsche.

Am 8. Februar hielt der Außenhandelsausschuß des DIHT:s angesichts der bevorstehenden Verhandlungen eine Konferenz mit einberufenen Mitgliedern ab. Die Versammlung einigte sich hauptsächlich auf folgende Punkte.

- 1) Man solle vermeiden, daß ein vertragsloser Zustand eintrete.
- 2) Man solle darauf hinarbeiten, daß die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Meistbegünstigung beibehalten würden sowie auch die Gleichberechtigung der Staatsangehörigen beider Länder und Deutschlands Erzversorgung ebenfalls. "Im besondern ist die Beibehaltung der vollen Meistbegünstigung zu fordern und eine etwaige Durchbrechung dieses Grundsatzes einseitig zu ungunsten Deutschlands abzuweisen," hieß es.
- 3) Es sei wünschenswert, daß die allgemeinen Bestimmungen

durch Forderungen erweitert würden, die man 1910 nicht hätte durchsetzen können. An erster Stelle stehe dabei die Gleichberechtigung der Ausländer mit den schwedischen Staatsbürgern in bezug auf den Erwerb von Aktien und von Grund und Boden.⁷⁾

Die Unruhe darüber, daß sich die wirtschaftlichen Verbindungen zu Schweden zu Deutschlands Nachteil verändern könnten, zeigte sich deutlich: eine Unruhe, die in einem Schreiben der Handelskammer in Frankfurt a.M. prägnant formuliert wurde.

"Es besteht allseits der Wunsch, mit Schweden wieder in ein Vertragsverhältnis zu kommen, weil Schweden, eines der wenigen neutral gebliebenen Länder, wirtschaftlich sehr eng mit uns verbunden ist, ein Verhältnis, das sich durch Lösung des Vertrags ändern könnte und an dessen Aufrechterhaltung uns viel gelegen sein muß." ⁸⁾

Es wurde zur Politik des DIHT:s, so wenig wie möglich zu unternehmen, was das sonst gute handelspolitische Verhältnis zu Schweden verändern könnte. Dabei wurde die Bedeutung der Erzgarantien heruntergespielt, was ganz mit der Haltung des Auswärtigen Amtes übereinstimmte.

X.5 Vorbereitungen der deutschen Schwerindustrie und des Reichswirtschaftsministeriums

Auf der früher genannten wichtigen Konferenz am 8. Januar 1921 im Reichswirtschaftsministerium wurde verhandelt zwischen Julius Hirsch und Walter Simons und den Spitzen der Schwerindustrie über den Seydouxplan mit u.a. seinen Forderungen, daß Deutschland große Mengen Minetteerze kaufen sollte. In Frankreich lagerte ein großer Überschuß davon. Dieser Minetteerzüberschuß war für die französische Wirtschaft nach und nach zu einem bedeutenden Problem geworden. ¹⁾

Direkt nach dem Krieg waren die Erzlieferungen aus dem von den Franzosen übernommenen Lothringen und aus Luxemburg durch einen Austauschvertrag - den sog. Luxemburger Vertrag - über Lieferungen deutscher Kohle gegen lothringisches und luxemburgisches Minetteerz wieder in Gang gekommen. Deutschland sollte dadurch monatlich etwa 200 000 Tonnen Minetteerz erhalten. Nachdem der Versailler Frieden in Kraft getreten und Deutschland verpflichtet worden war, Reparationskohle zu

liefern, wurden Minetteerzlieferungen laut Luxemburger Vertrag eingestellt. Durch private Abkommen versuchte Deutschland sich wieder französische Erze zu beschaffen. Aber die französische Regierung bewilligte nur in geringem Maße Exportlizenzen. In der Zeit von Mai bis Juni 1920 teilte man somit nur rund 40 000 Tonnen monatlich zu. Ende Juni wurde die Zufuhr ganz gesperrt. Mitte September gab Frankreich jedoch den Export frei (bis zu 150 000 Tonnen pro Monat). Aber in der Zwischenzeit hatten sich die deutschen Hütten ihre Rohstoffe anderweitig beschafft. U.a. hatte eine umfassende Umstellung auf die hochwertigen schwedischen Erze stattgefunden. Es zeigte sich, daß dies auf Grund des dadurch verringerten Steinkohleverbrauchs sehr günstig war. Steinkohle war wegen der Reparationslieferungen Mangelware in Deutschland.²⁾

Auf der Konferenz im Reichswirtschaftsministerium einigte man sich darauf, das französische Minetteerzangebot nicht sofort abzuweisen, aber man stellte folgende Bedingungen: die Franzosen sollten ihre Preise bedeutend senken, sie sollten keine Forderungen nach größeren Kohlenlieferungen stellen und in Zukunft dürften die Minettelieferungen nicht aus politischen Gründen abgebrochen werden. Aus den deutschen Forderungen war zu ersehen, daß man von Seiten der deutschen Industrie keine ernstesten Verhandlungen in der Frage wünschte, sondern nur Zeit gewinnen wollte, damit der kommende Machtwechsel in den Vereinigten Staaten bezüglich der Reparationsfrage zugunsten Deutschlands wirken könnte. Diese Taktik kam auf der Konferenz im Auswärtigen Amt am 14. Januar noch deutlicher zum Ausdruck, wo besonders Stinnes eine dilatorische Behandlung des französischen Vorschlags über Zusammenarbeit der Industrien der beiden Länder befürwortete. Die Konferenz faßte auch einen Grundsatz dieses Inhalts.³⁾

In dieser für die deutsche Schwerindustrie schwierigen Lage erfolgte die schwedische Kündigung des Handelsvertrags mit Deutschland. Man war sich unmittelbar im klaren über das Risiko für die Garantien des Erzimports aus Schweden, und die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten.

Schon am 21. Dezember 1920 richtete der "Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller" (VdESI) durch seinen Ge-

schäftsführer Steinbruch in dieser Frage ein Schreiben an das Auswärtige Amt. Steinbruch machte geltend, die Kündigung des Handelsvertrags bedeute freilich bezüglich der Zölle nicht so viel für die Eisen- und Stahlindustrie, da die schwedischen Vertragszölle im allgemeinen dieselben wie die des Generaltarifs und nur durch den Handelsvertrag gebunden seien. Dagegen sei es möglich, daß die schwedische Regierung die Gelegenheit wahrnehmen würde, eine allgemeine Zollerhöhung durchzuführen. Aber wichtiger seien die Bestimmungen des Vertrags über Verbote gegen Exportzölle und seine Klausel gegen Exportverbot für Eisenerz. Im Schreiben wurde auf die langfristigen Verträge zwischen der deutschen Stahlindustrie und den schwedischen Erzlieferanten hingewiesen. "Diese sind für die deutsche Eisenwirtschaft von allergrößter Bedeutung, nicht nur wegen der beträchtlichen Menge (jährlich rund 3 Mio. Tonnen), sondern vor allem wegen der mäßigen Preise, zu denen die schwedischen Gesellschaften nur deshalb bereit sind zu liefern, weil es sich um vor dem Kriege abgeschlossene Erzlieferungsverträge handelt." Auf diese Weise hätten die deutschen Stahlwerke den belgischen und englischen gegenüber eine Vorzugsstellung. Sie müßten deshalb großen Schaden erleiden, wenn die schwedische Regierung nach Ablauf des Handelsvertrages keinen Export zu den bisherigen Preisen zuließe. Als Folge davon würden die Minetteerzpreise auch steigen und die deutsche Roheisenproduktion würde bedeutend verteuert werden. Die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern machten es notwendig, einen vertraglosen Zustand zu vermeiden. Man solle deshalb schnellstens Verhandlungen einleiten. Der Versailler Frieden mache es unmöglich, Senkungen der gegenseitigen Zölle auszuhandeln, aber man müsse die Handelsverbindungen so schnell wie möglich auf eine rechtliche Grundlage stellen. Dabei solle man auf die gegenseitige Meistbegünstigung bauen. Der VdESJ erwarte, zu diesen Verhandlungen Sachverständige entsenden zu dürfen. Daß Schweden den Erzexport wirklich mit Zoll belegen würde, hielt der VdESJ für nicht so wahrscheinlich, da in Frankreich bedingt durch die Steigerung der Minetteerzerzeugung ein Erzüberschuß entstehen würde, so daß dieses Erz Deutschland dann bald reichlich zugutekommen würde. Das wüßten die Schweden, die mit dem Erzzoll mehr drohen würden als ihn wirklich einführen zu

wollen⁴⁾

Eins der Organe, das durch die Weimarer Verfassung als Treffpunkt der Produzenten, der Konsumenten, des Handels und der Arbeitnehmer geschaffen wurde, war der sog. Vorläufige Reichswirtschaftsrat. An den Vorsitzenden Direktor Hans Krämer, stellte J. Hirsch am 3. Januar 1921 die Forderung, daß für die Überlegungen mit dem Reichswirtschaftsministerium besonders in der Erzfrage einige besondere Sachverständige beauftragt werden sollten. Diese sollten im Einverständnis mit dem Reichsverband der deutschen Industrie (RdI) und dem VdESJ ernannt werden. Ein Verzeichnis wichtiger Diskussionsfragen wurde beigefügt. Die Sitzung sollte am 14. Januar stattfinden.⁵⁾

Die Verhandlungen wurden im Reichswirtschaftsministerium unter der Leitung Schoenebecks geführt. Auf der Sitzung waren die Interessen der Schwerindustrie und die der Erzimporteure gut vertreten. Seitens des VdESJ nahm dessen Leiter Jakob Reichert teil, vom RdI dessen Syndikus F. Schneider und Dr. Max von Fischer (Zeiss, Jena). Die Ruhrstahlwerke ließen sich durch Assessor Wenzel vom Stinnes-Unternehmen Deutsch-Luxemburg vertreten und die Erzinteressenten durch Direktor Schwabroch vom Nordischen Erzkontor in Lübeck und Direktor Benjamin von Rawack u. Grünfeld in Berlin. Der Reichskommissar für die Erzversorgung Hiby, Düsseldorf nahm auch an der Sitzung teil. Aber Vertreter der August Thyssen-Hütte fehlten. Vertreter der Länder-Teilstaaten Bayern, Württemberg und Sachsen waren hingegen anwesend sowie Vertreter des DIHT. Dagegen war der Handelsvertragsverein nicht einberufen worden.

Die Konferenz wurde vor allem zu einer Manifestation der Schwerindustrie in der Eisenerzfrage. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Markwald, hob eingangs hervor, daß es passender gewesen wäre, den schwedischen Vorschlag abzuwarten, ehe eine Diskussion eingeleitet würde. Dieser Gedanke wurde aber von Schoenebeck, der von den Vertretern der Industrie unterstützt wurde, abgewiesen. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes versuchten geltend zu machen, daß sich nach dem Krieg Schwedens wirtschaftliche Stellung Deutschland gegenüber generell verstärkt habe. Dies bestritten die Vertreter der Industrie aber nachdrücklich. Die Schweden seien froh,

während der jetzigen Wirtschaftskrise in Deutschland für ihre Erzeugnisse Absatz zu finden, besonders da Schweden auf Grund des Verlustes des russischen Marktes mehr als vorher auf Deutschland angewiesen sei. Besonders wegen seines Erzabsatzes sei Schweden abhängig von Deutschland. Dafür gebe es keinen großen Markt. Dagegen könne sich Deutschland mit spanischem Erz behelfen. Zu Schoenebecks Anmerkung, daß die Haltung der Industrie bei den Verhandlungen von 1910 anders gewesen sei, wurde von dieser Seite erklärt, das phosphorhaltige schwedische Eisenerz sei zwar das Rückgrat der rheinisch-westfälischen Industrie, aber man wünsche, daß bei den Verhandlungen mit Schweden hervorgehoben würde, daß man dies durch spanische Erze ersetzen könne. Deutschland solle jedoch bestrebt sein, den bisherigen Import beizubehalten. Hinter Assessor Wenzels Erklärung: "Wir müssen aber bei den Verhandlungen in den Vordergrund stellen, daß wir gegenüber Schweden die wirtschaftlich stärkeren sind und daß Schweden auf Deutschland in bezug auf den Erzabsatz angewiesen ist", spürt man die harte Politik Stinnes. Wenzel wurde dabei von Reichert unterstützt, der meinte, daß "wir nicht allzu ängstlich in der Erzfrage vorgehen dürfen." Die Diskussion in der Erzfrage wurde in folgenden Forderungen zusammengefaßt:

- 1) Die Hindernisse für Exportverbote von Erz sollten im Vertrag beibehalten werden.
- 2) Die Hindernisse für Exportzölle von Erz sollten im Vertrag beibehalten werden.
- 3) Der schwedische Staat solle sich bereiterklären, nicht in geltende Erzpreisabkommen einzugreifen.
- 4) Man solle möglichst günstige Frachtsätze für die Erztransporte in Schweden erwirken.

Wenzel meinte, die Gefahr von Exportzöllen auf Erz sei nicht sehr groß. Er wußte natürlich, daß der Vertrag zwischen der TGO und der deutschen Schwerindustrie die erstere verpflichtete, eventuelle Erzexportzölle selbst zu bezahlen. Aber man konnte sich denken, daß Schweden ein allgemeines Exportverbot für Erz erlassen würde, um dann in Verbindung mit den Mindestpreisen Lizenzen zu erteilen.

Es ist bezeichnend für die offensive Einstellung der deutschen Schwerindustrie, daß ihre Vertreter auf der Sitzung die

schwedische Gesetzgebung von 1916 aktualisierten, in der das Recht für Ausländer, Aktien in schwedischen Unternehmen zu erwerben, stark beschränkt wurde. Wenzel wies auf die Schwierigkeiten für Ausländer hin, die schwedische Bergwerke erwerben wollten. Schwabroch hob hervor, daß ein Ausländer, der Aktien in einem schwedischen Unternehmen erbe, diese innerhalb von drei Jahren veräußern müsse. In dieser Frage verlangte man Gleichberechtigung mit den Bewohnern des Landes. Dies veranlaßte Markwald, darauf hinzuweisen, daß das Auswärtige Amt freilich während der Verhandlungen versuchen könne, Erleichterungen zu erhalten, die schwedische Gesetzgebung in erster Linie aber eine interne Angelegenheit der Schweden sei. Reichert verlangte, man solle Garantien für die bestehenden Verträge fordern und nicht zulassen, daß staatliche Maßnahmen auf sie einwirken könnten. (Hiermit war das Preisabkommen gemeint) Schweden sollte sich verpflichten, keine weiteren Exportverbote zu erlassen.

Was das Prinzip der Meistbegünstigung betrifft, verlangte man einstimmig, Deutschland solle in bezug auf den Warenaustausch daran festhalten. Aber auf Grund der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage müßten die bestehenden Export- und Importverbote aufrechterhalten bleiben. Eventuelle Erleichterungen dabei müßten in einer Form stattfinden, die nicht im Widerspruch zur Meistbegünstigung stehe. Dies war eine heikle Angelegenheit wegen des im März 1920 geschlossenen Kontingentierungsvertrags. Man stand auf seiten der deutschen Industrie dem Gedanken, ein solches Arrangement fortzusetzen, nicht ablehnend gegenüber.

Die Vertreter des Handels und der übrigen Industriezweige legten bezüglich ihrer Interessen einige Gesichtspunkte dar. Die Wünsche der Papier- und Zellstoffindustrie nach höheren Zöllen wurden damit abgetan, daß die Höhe der Zolltarife bei den Verhandlungen nicht diskutiert werden dürfe. Der Vertreter der sächsischen Regierung brachte den Wunsch vor, man möge den Umfang des Gebiets der sächsischen Steinindustrie, so erweitern, daß es auch Berlin umfasse das durch den oben genannten Kontingentierungsvertrag für die schwedische Steinindustrie frei geworden war. Reichert hingegen erwiderte, im Jahr 1920 habe kein nennenswerter Import schwedischer Steine

stattgefunden. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten wollte auch die Wünsche der Separatoren- und Kugellagerindustrie berücksichtigt haben. Man kann hier erkennen, wie die Interessen der deutschen verarbeitenden Industrie und die der Schwerindustrie auseinandergingen. Reichert wünschte, daß gegen den Import schwedischen Qualitätsstahls Maßnahmen ergriffen würden, aber der Vertreter der Regierung in Württemberg, der auf die gut entwickelte Maschinenindustrie seines Gebiets Rücksicht nehmen mußte genauso wie auf deren Bedarf an billigem Stahl - der früher hauptsächlich durch die Lothringer Stahlindustrie geliefert wurde - widersetzte sich diesem Begehren. Aber die Gesichtspunkte der deutschen Eisen- und Stahlindustrie dominierten auf der Sitzung.⁶⁾ Dies ging Hand in Hand mit ihrem zu dieser Zeit wachsenden Einfluß auf die verarbeitende Industrie, z.B. durch große vertikale Integrationen. Am 30. Dezember 1920 war es Stinnes gelungen, die größte von allen, die Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union, zu gründen. Seit Juni 1920 nahm auch die "Fachgruppe für Eisen und Stahl" des RdI an den Vorstandssitzungen des VdESJ teil. Damit hatte der vorher schon große Einfluß der Schwerindustrie auf die Entscheidungen des VdESJ noch zugenommen.⁷⁾

Im Kampf gegen die Erzpreiserhöhungen suchte die August Thyssen-Hütte am 22. Januar Unterstützung beim Reichskommissar für Erzversorgung Hiby in Düsseldorf. Darin forderte man das Reichswirtschaftsministerium zum Widerstand gegen die schwedischen Pläne auf "Es ist ... unseres Erachtens Pflicht und Schuldigkeit des Reichswirtschaftsministeriums, mit aller Macht den Bestrebungen der schwedischen Gruben Einhalt zu gebieten und gegen die Androhung eines Ausfuhrverbotes ... den aller schärfsten Einspruch einzulegen."

Ein ausführlicher Bericht über die Preisverhandlungen des Herbstes 1920 und deren Hintergrund war beigelegt worden. Hiby sandte diesen zusammen mit einer umfassenden Untersuchung über die Absatzmöglichkeiten des schwedischen Erzes an das Industriebureau des Reichswirtschaftsministeriums. In seiner Untersuchung erklärte Hiby, eine Verschiebung des schwedischen Erzmarktes sei aktuell geworden. Man könne sich vorstellen, daß England ein gefährlicher Konkurrent um das schwedische Erz werden könnte. Es habe sich bisher zwar durch

eigenes und spanisches Erz versorgt. Es gäbe auch keinen Anlaß anzunehmen, daß sich diese Erzimportpolitik im wesentlichen ändern würde. Außerdem bestehe ein großer Erzüberschuß in Europa. Man rechne damit, daß dieser jährlich rund 33 Mio. Tonnen betrüge, wovon rund 30 Mio. Tonnen aus Frankreich kämen. Belgien, England und die Tschechoslowakei könnten vom schwedischen Erz zusammen schätzungsweise höchstens 1,7 Mio. Tonnen abnehmen. Hiby zog die Schlußfolgerung: "Die Schweden-erze bleiben nach der ganzen Entwicklung vor, in und nach dem Kriege in erster Linie der Bedarfs-Deckung Deutschlands vorbehalten, und die schwedischen Erzgruben sind nach wie vor auf die Lieferung nach Deutschland angewiesen."⁸⁾

In dem ausführlichen Exposé vom 22. Januar legte die August Thyssen-Hütte die Gründe dar, derentwegen sie die schwedischen Preiserhöhungen nicht akzeptieren wollte. Teilweise waren sie eine Wiederholung jener schon von Rabes in seinem Brief an Fahrenhorst vom 23. November 1920 angeführten.⁹⁾

Es sei der August Thyssen-Hütte bekannt, daß Schweden bestrebt sei, Exportverbote für Eisenerz einzuführen und daß man vorhabe, Exportlizenzen für Mindestpreise in Anlehnung an Verträge mit anderen Werken zu erteilen. Die Einführung eines solchen Exportverbotes könne unmöglich unter Berufung auf ein allgemeines schwedisches Interesse hieran geschehen. Wenn sich die schwedische Regierung auf Forderung gewisser Interessenten auf solche Maßnahmen einlassen würde, die darauf hinausliefen, finanzielle Vorteile des Grubenunternehmens zu sichern, die es auf rechtlichem Weg nicht erreichen könnte, müsse das den schärfsten Protest der deutschen Regierung hervorrufen und sie, wenn nötig, dazu veranlassen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Regierungsrat Imhoff vom Reichswirtschaftsministerium verlangte am 28. Januar in einem Schreiben an Schoenebeck, daß über die schwedischen Erzverträge neue Überlegungen in engem Kreise angestellt werden sollten. Daran sollten ein Vertreter der August Thyssen-Hütte und Regierungsrat Fahrenhorst von der Phoenix A.G. teilnehmen. Es sei fehl am Platze, Sachverständige in der Eisenerzfrage direkt an den Verhandlungen mit den Schweden teilnehmen zu lassen. Das würde nur

die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß man deutscherseits auf diese Frage großen Wert lege, die Sachverständigen sollten aber bereit sein, zu einem späteren Zeitpunkt daran teilzunehmen. 10)

Die zweite Konferenz mit dem Reichswirtschaftsministerium und den Erzinteressenten wurde Mitte Februar abgehalten. In der Zwischenzeit hatte sich die außenpolitische Lage Deutschlands sehr verschlechtert. Die Pariser Konferenz hatte Reparationsforderungen in einer völlig unerwarteten Größenordnung vorgelegt. 11)

Die führenden Männer der deutschen Eisen- und Stahlindustrie diskutierten auf einer Hauptvorstandssitzung des VdESJ im Februar die allgemeine Lage. Man kritisierte besonders die staatliche Regelung für Eisenerzeugnisse mit niedrigen Preisen auf dem Binnenmarkt und hohen auf dem Exportmarkt. (Die letzteren lagen oft 50% höher, mußten aber wenigstens 12% über dem Binnenmarkt liegen) Dies habe den Alliierten einen Hinweis gegeben, wo man den Deutschen das Geld abnehmen könne. Man meinte damit die Forderung der Alliierten nach einer 12%-igen Exportgebühr. Der von Außenminister Simons vorsichtig unterstützte Vorschlag einer Lösung, teils der vielen Klagen über deutsches Dumping, teils der vielen wirtschaftlichen Probleme wegen, in Europa mit den französischen Werken Kartelle zu bilden, wurde sowohl von Reichert als auch von den anderen Leitern der Schwerindustrie abgelehnt. Hasslacher (Rheinische Stahlwerke) wies auf die - wie er meinte - einfache Tatsache hin, daß Frankreich deutsche Kohle benötige, Deutschland aber in viel geringerem Maße französische Erze auf Grund des steigenden Verbrauchs der schwedischen und wegen der zunehmenden Verwendung der Siemens-Martin-Methode. Deutschland habe in der Kostenfrage wie in der der technischen Methoden, die für andere Erze als die Minette verwandt werden könnten, die Oberhand. "Wir brauchen die Minette heute nicht - wenigstens nicht mehr in dem Umfang wie früher, und die Franzosen sollen erst in ihrer Minette und ihrem Roheisen ersticken, dann sollen sie zu uns kommen und uns bitten, Kartelle zu machen." Paul Reusch (Gute Hoffnungshütte) war auch Gegner eines Abkommens mit Frankreich. Deutschlands Preisunterbietung auf dem Weltmarkt sei eine nicht zu verachtende

politische Waffe. Es solle lieber seine Möglichkeiten auf dem Weltmarkt ausnützen um zu niedrigen Preisen zu verkaufen.

"Laßt unsere Feinde gezwungen werden, eine Zeitlang mit Verlust zu verkaufen, später kommen sie mit Bedingungen zu uns, die für uns günstig sind und die wir akzeptieren können." Die deutsche Stahlindustrie wollte sich nicht auf die französische einlassen, da man meinte, die Zeit arbeite für die Deutschen. Man rechnete damit, seinen Produktionsapparat und seine Märkte aufbauen zu können, sodaß die Franzosen, unfähig Absatz für ihre Erzeugnisse zu finden, gezwungen würden, mit niedrigeren Forderungen zu kommen. Zu diesem Zeitpunkt könne man die Verbindungen aufnehmen, die man benötige, um die lothringischen Erzeugnisse durch das Ruhrgebiet absetzen zu können. Auf diese Weise würde man indirekt die Kontrolle über die französische Stahlindustrie erhalten. ¹²⁾

Daß die deutsche Stahlindustrie in dieser Situation energisch versuchen würde, die früheren schwedischen Erzgarantien zu sichern, war folgerichtig. Am 11. Februar lud Schoenebeck eine Reihe hervorragender Vertreter zu einer Sitzung am 15. Februar wegen der Erzfrag ins Reichswirtschaftsministerium ein. Die westdeutschen Stahlwerke, die Fahrenhorst- und die Thyssengruppe wie auch andere Erzinteressenten wurden gebeten, daran teilzunehmen. Auch Dr. Fellingner (Preußisches Handelsministerium, Siemens), Dr. Reichert (VdESJ), Dr. Schneider (RdI), Free (Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, VDMA) und Stinnes wurden einberufen.

Zu der Zeit war es klar, daß der schwedische Vorschlag eines Modusvivendivertrags gar keine Garantien für den schwedischen Erzexport nach Deutschland enthielt.

Bei der Zusammenkunft wurden hauptsächlich Anstrengungen gemacht, Thyssen dazu zu bringen, sich dem Preisabkommen der übrigen Betriebe anzuschließen. Hily hob einleitend hervor: "Da die schwedischen Bergwerke ihre Produktionskosten nicht mehr decken können, verlangen sie jetzt Preiserhöhungen." Fahrenhorst begründete Zugeständnisse in der Preisfrage mit der schlechten Rentabilität der TGO. Das Preisabkommen vom November 1920 habe durch seine Meistbegünstigungsklausel "die Schweden in eine äußerst schwierige Lage versetzt." Er sah

in der schwedischen Kündigung des Vertrags einen Versuch, bessere Preise zu erzielen. Wenzel meinte, die Gründe der Thyssengruppe für eine Weigerung seien an und für sich richtig. Man steuere auf eine Wirtschaftskrise zu, und es sei notwendig, die Rohstoffe zu so niedrigen Preisen wie möglich zu beschaffen. Aber die neuen Preise gäben der TGO eine Existenzmöglichkeit. Durch Thyssens Weigerung sehe sich die schwedische Regierung nämlich gezwungen, ihren Export durch Mindestpreise zu schützen. Es sei also notwendig, daß sich die Hütten einigten. Fahrenhorst und Wenzel unterstrichen beide die absolute Notwendigkeit der Beibehaltung des Schutzes für Erzlieferungen auf Grund des alten Vertrags. Wenzel machte außerdem geltend, daß es äußerst schwer werden würde, die Garantien wiederzuerhalten, wenn sie einmal aus dem Vertrag verschwunden seien. Die Vertreter der deutschen Erzagenturen, Direktor Schwabroch und Direktor Benjamin übten ebenfalls Druck aus. Schwabroch meinte, Schweden würde auf alle Fälle verlangen, daß der Artikel 7 des Vertrags fortfalle. Deshalb sei es besonders wichtig, Sicherungen für den Erzexport zu schaffen.

Alle Versuche, Thyssen zu überreden, mißglückten jedoch. Direktor Rabes behauptete die abweisende Haltung der August Thyssen-Hütte läge im Grunde genommen im Interesse der ganzen deutschen Wirtschaft. Dies veranlaßte Reichert wiederum hervorzuheben, ein vertragsloser Zustand schade der gesamten deutschen Industrie. Die Sitzung hatte zum Ergebnis, daß die deutschen Unterhändler beauftragt wurden, in der Erzfrage eine abwartende Haltung einzunehmen. Folgende Sachverständige wurden dem Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt: Direktor Fahrenhorst, Assessor Wenzel, Direktor Förster, und Direktor Rabes. Sie sollten nicht von Beginn der Verhandlungen an teilnehmen, sondern bei Bedarf einberufen werden.¹³⁾ Ein weiterer Versuch, die deutschen Hütten zu einigen, d.h. die August Thyssen-Hütte dazu zu bringen, sich dem Preisabkommen anzuschließen, wurde am 19. Februar auf einer großen Ressort-sitzung im Auswärtigen Amt gemacht, woran die Erzinteressen-ten zu Anfang teilnahmen. Während dieses einleitenden Teils agierte Direktor Benjamin besonders eifrig. Er behauptete mit Bestimmtheit, die Garantien seien Thyssens wegen ausgeschlossen worden, und daß die schwedische Regierung darauf eingehen

würde, sie wieder einzuführen, wenn Thyssen seine Ansicht ändere. Im Herbst 1920, als die Preisverhandlungen mißglückt waren, habe die TGO-Leitung unmißverständlich erklärt, daß man sich an den schwedischen Staat wenden würde. Es sei im Interesse der ganzen deutschen Industrie, daß die alten Bestimmungen wieder eingeführt würden. Schließlich wies er auf die Gefahr hin, daß sich die Franzosen und die Schweden in einem Preisabkommen finden könnten. Diese letztere Befürchtung teilte Stockhammern vom Auswärtigen Amt, der auch der Ansicht war, das Thyssen die wirkliche Ursache der schwedischen Aktion sei. Er forderte deshalb Thyssen auf, sich im Interesse der großen Sache dem Preisabkommen vom November 1920 anzuschließen. Rabes antwortete, er glaube auch, daß die schwedische Regierung Thyssen dazu zwingen wolle. Aber er beharrte mit zähem Widerstand auf seinem Standpunkt unter gleichzeitigem Hinweis auf Sonderinteressen in der Frage auf Grund der sich ein privates Unternehmen gegen geltenden Vertrag durch ein Eingreifen der Regierung Vorteile verschaffen wolle.

Die Versuche, die Erzinteressenten zu einen, waren also fehlgeschlagen. Diese so wie das Reichswirtschaftsministerium bestanden darauf, daß es nötig sei, die Erzzufuhr zu sichern, indem man die alten Bestimmungen beibehielte. Aber es war nicht gelungen, einen Ausgleich zu schaffen - nämlich durch Thyssens Anschluß an das Preisabkommen vom November 1920 - von dem man annahm, daß dies der schwedische Preis für die Aufrechterhaltung der Erzexportbestimmungen des alten Vertrages war. Deshalb schlug Schoenebeck vor, wenn keine Einigung möglich sei, solle man deutscherseits die Aufrechterhaltung der allgemeinen Bestimmungen zum Schutz der Erzlieferungen als ersten Verhandlungspunkt aufgreifen. Erst wenn sich dies als undurchführbar erweise, solle man auf den zweiten zurückgreifen, den Schutz der Verträge zwischen den Hütten und der TGO vor staatlichen Eingriffen.¹⁴⁾ Für den Fall, daß die Schweden auch dann nicht einwilligten, schloß sich Schoenebeck sehr entschieden den Vertretern der Schwerindustrie an: "Ich halte auch ein kurzfristiges Provisorium ohne irgendwelchen Schutz des Erzbezuges für ausgeschlossen".¹⁵⁾

X.6 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Unter dem Eindruck der ökonomischen Krise waren die protektionistischen Bestrebungen in Schweden im Herbst 1920 erfolgreich. Die Kündigung des schwedisch-deutschen Handelsvertrags eröffnete Möglichkeiten zur Durchführung von Zollerhöhungen nachdem der Vertrag im März 1921 abgelaufen sein würde. Sie aktualisierte somit die Interessengegensätze in der Wirtschaft und die Schwierigkeiten sie zu vereinen.

Louis De Geers Sachverständigenregierung versuchte die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu erweitern. Ein Wirtschaftsrat mit Vertretern der Industrie, der Banken und des Reichstags wurde eingesetzt und bekam den Auftrag, der Regierung mit schnellem Rat zur Seite zu stehen. Diese Ernennung erfolgte auf eine Initiative der Stockholmer Handelskammer und entsprach den Bestrebungen von Marcus Wallenberg den durch die Demokratisierung bedrohten Einfluß der Wirtschaft im Reichstag durch gesteigerten Einfluß außerhalb des Reichstags zu ersetzen.

Der Wirtschaftsrat sprach sich für eine weniger ausgeprägt deflationistische Politik als die früher geführte aus. Dadurch war für Zollerhöhungen größerer Spielraum gegeben. Der Rat wandte sich gegen den Gedanken von Importverboten und gegen den Vorschlag des Verbandes der schwedischen Industrie für generelle vorläufige Zollerhöhungen und empfahl eine Untersuchung über den Schutz für gewisse, für das Land wichtige Industrien, die durch die Konkurrenz aus Ländern mit abgewerteter Währung bedroht wurden. Dadurch hatte Schweden seine Eingreifmöglichkeit, die mit dem gleichzeitigen englischen "Safeguarding of Industries Bill" zu vergleichen war, aktualisiert. Differentialzölle, die sich gegen Deutschland richteten, wurden eine Alternative zu den vorgeschlagenen generellen Zollerhöhungen. Eine so offensive Handelspolitik fand jedoch keinen Beifall. Eine Sonderdelegation des Handelsministeriums mit ähnlicher Zusammensetzung wie der des Wirtschaftsrats bekam indessen den Auftrag zu untersuchen, welche Industrien besonderer Unterstützung bedurften. Die Untersuchung resultierte schließlich in völliger Uneinigkeit. Der Versuch, die Zollfrage mit Hilfe dieses Zusammenarbeitsorgans

zu lösen, schlug also fehl. Die Gegensätze zwischen Export- und Binnenmarktindustrie und zwischen Freihändlern und Protektionisten waren zu groß.

Innerhalb des Vertragsausschusses wurde aber unter der Leitung Axel Vennerstens - dem Vorsitzenden des Verbandes der schwedischen Industrie - als Ersatz für den gekündigten schwedisch-deutschen Handelsvertrag ein Modusvivendivertrag ausgearbeitet. Dieser wurde Anfang Februar von der Regierung gutgeheißen. Der Vorschlag hatte Kompromißprägung. Er bedeutete eine Befreiung von den Tarifbindungen, enthielt aber eine Meistbegünstigungsklausel. Diese Klausel wurde jedoch durch eine umfassende Vorbehaltsklausel in Übereinstimmung mit dem Beschluß der skandinavischen Ministerkonferenz in Kopenhagen im August 1920 beschränkt, die offensichtlich darauf zielte, die skandinavischen Binnenmärkte zu schützen. Für die Verhandlungen mit Deutschland war es jedoch am wichtigsten, daß alle Garantien für die schwedischen Eisenerzlieferungen fortfielen. Hintergrund dafür war u.a. der anhaltende Kampf zwischen der TGO und den deutschen Stahlwerken um Preiserhöhungen. Die Abschaffung der Garantien sollte es ermöglichen, daß man Exportverbote erlassen könnte mit Lizenzen für die Unternehmen, die bereit waren, den von der TGO verlangten Preis zu zahlen. Auf diese Weise würde man gegen die August Thyssen A.G. eine Waffe erhalten, die einzige deutsche Hütte, die sich dem Preisabkommen nicht angeschlossen hatte und dadurch auch verhinderte, daß es gültig wurde.

Die deutsche Handelspolitik, die sich auf generellen Im- und Exportverboten gründete, stand im Widerstreit zum schwedisch-deutschen Handelsvertrag. Die Vorteile für seinen Export, die Schweden 1911 u.a. durch die Gegenleistung der Erzgarantien erhalten hatte, wurden durch diese Politik untergraben. Auf schwedischer Seite fand man, daß das Kontingentierungsabkommen, das im Frühjahr 1920 als Kompensation für das deutsche Kontrollsystem abgeschlossen worden war, nicht zufriedenstellend funktioniert hatte. Die Kündigung des Handelsvertrags und ein Modusvivendivertrag mit Meistbegünstigung als sein Ersatz bedeuteten somit eine schwedische Loslösung von den Bindungen an Deutschland und eine Orientierung zum übrigen Skandinavien und zu England hin.

Die deutsche Gesandtschaft in Stockholm war sich darüber im klaren, daß die Zollerhöhungsvorschläge eine besondere Bedrohung des deutschen Exports bedeuteten. Der Gesandte betrachtete die Meistbegünstigung als eine *conditio sine qua non* für den Abschluß eines Vertrags. Die Gesandtschaft in Berlin schlug aktive Maßnahmen gegen die Wirkungen des deutschen Dumping auf den schwedischen Markt vor, um dadurch die Verhandlungen zu erleichtern. Dies könne durch erhöhte Exportzölle auf die Ausfuhr nach Schweden erreicht werden.

In der Berichterstattung des Gesandten nimmt die Erzfrage nur geringen Platz ein. Er zeigte kein Verständnis für die Bedeutung der Erzgarantien für die deutsche Schwerindustrie. Auch der DIHT, das Sprachrohr der kleinen und mittelgroßen Industrien, sah in der Meistbegünstigung die wichtigste deutsche Forderung und betonte, wie wichtig es sei, einen vertragslosen Zustand zu vermeiden. Dies stand im Einklang mit der Handelspolitik des Auswärtigen Amtes und mit den Auffassungen der "Erfüllungspolitiker".

Die deutsche Schwerindustrie reagierte also schnell auf die schwedische Kündigung. Man erwartete einen schwedischen Versuch, sich der Erzgarantien zu entledigen, um in der Erzpreisfrage Vergeltungsmaßnahmen ergreifen zu können. Eine Zusammenkunft der Interessenten am 14. Januar 1921 wurde von den Männern der Schwerindustrie dominiert. Diese betonten den großen Wert der Garantien und forderten, daß sie aufrechterhalten bleiben sollten. Der anhaltende deutsch-französische Machtkampf um die Minetteerze machte das schwedische Erz noch bedeutungsvoller. Man hielt die Weigerung der August Thyssen A.G., die Preiserhöhungen der TGO anzuerkennen, für den Grund der schwedischen Kündigung. Energische Versuche der Regierung wie auch der anderen Stahlwerke, Thyssen zum Nachgeben zu überreden schlugen aber fehl.

Das Auswärtige Amt war an einem schnellen Abkommen mit Schweden auf der Grundlage der Meistbegünstigung interessiert. Ein solches lag auf der Ebene der Versuche seiner Handelspolitik, den deutschen Handelsaustausch mit anderen Nationen auf der gegenseitigen Meistbegünstigung aufzubauen sowie sich von den Konventionalтарифen zu befreien und auf die höheren Zölle des

Generaltarifs überzugehen. Das würde die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Export und für eine Normalisierung des Handelsaustauschs schaffen, entsprach also den Interessen der Exportindustrie.

Nachdem klar geworden war, daß sich Thyssen nicht überreden lassen würde, wurde es die deutsche Verhandlungsstrategie zu fordern, daß sämtliche Erzgarantien beibehalten würden. Erst wenn es sich zeigen würde, daß diese unmöglich durchzusetzen seien, sollte man sich damit abfinden, Garantien für das bestehende Preisabkommen zu erhalten, d.h. für das Preisabkommen vom November 1920. Die Eisenerzinteressenten wollten keinen Vertrag ohne Garantien akzeptieren sondern bevorzugten dann einen vertragslosen Zustand. Darin wurden sie vom Reichswirtschaftsministerium unterstützt. So stand es, als die Verhandlungen angingen. Dabei kann festgestellt werden, daß sich die Industrie, deutscherseits vor allem die Schwerindustrie, bei den Vorbereitungen auf die Handelsvertragsverhandlungen sehr stark durchsetzte und bei den Vorbereitungen maßgeblich beteiligt war. Die Vorbereitungen lassen energische Bestrebungen aber auch große Schwierigkeiten, verschiedene Interessen zu vereinen, erkennen. Zusammenarbeitsorgane zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik spielten dabei, besonders auf schwedischer Seite eine große Rolle.

XI. Die Verhandlungen 1921 zwischen Schweden und Deutschland über einen Modusvivendivertrag. Die Sanktionen der Alliierten und der Abbruch der Verhandlungen

X.1 Die Berliner Verhandlungen vom 12. bis 28. Februar 1921

Vom 12. bis 16. Februar wurden Verhandlungen über den schwedischen Modusvivendivorschlag in erster Runde zwischen einer schwedischen Delegation und dem Auswärtigen Amt in Berlin geführt, wonach die schwedische Delegation nach Stockholm zurückfuhr. Darauf folgte vom 21. bis 28. Februar eine zweite Verhandlungsrunde, wonach sie auf unbestimmte Zeit vertagt wurde und die schwedischen Delegierten nach Hause fuhren. Formell wurden die Verhandlungen nicht abgebrochen, sondern die Kontakte in dieser Frage wurden von schwedischer Seite

durch die Gesandtschaft aufrechterhalten. Der alte Vertrag lief jedoch am 16. März ab, und ein vertragloser Zustand trat ein.

Unterhändler für die Schweden waren ihr Gesandter in Berlin, Hans von Essen und die Direktoren Axel Vennersten und Sten Westerberg. Die Bedeutung des Vertragsausschusses des Zoll- und Vertragskomitees für die Verhandlungen wird dadurch unterstrichen, daß Vennersten ihr Vorsitzender war und Westerberg der Chef der germanischen Unterabteilung. Weiter nahmen der Handelsattaché Löwenhard und als Sekretär der stellvertretende Ministerialrat des Außenministeriums Vilhelm Assarsson daran teil. Der formelle Leiter der Delegation war Hans von Essen. Der maßgebliche Mann war jedoch Vennersten. Er war schon 1910 bei den Handelsvertragsverhandlungen mit dabei gewesen und war in Berlin gut bekannt. In der Regierung Hammar-skjöld war er Finanzminister gewesen und während des Krieges Vorsitzender der Industriekommission. Jetzt war er nicht nur Vorsitzender des Vertragsausschusses, sondern auch Mitglied des Wirtschaftsrates und Vorsitzender des Verbandes der schwedischen Industrie. In der ersten Kammer gehörte er zur Rechtspartei. Vennersten hatte persönliche Beziehungen zu Deutschland und sprach fließend Deutsch.²⁾

Freiherr von Essen ist ein gutes Beispiel eines Karrierediplomaten. Die neuen Diplomaten aus Handel und Wirtschaft waren ihm recht fremd. Er berichtete mit schlecht verhohlener Schadenfreude, wie die deutschen Diplomaten jener Art dem Vernehmen nach in Rom, London und Paris ins Fettnäpfchen getreten hätten.³⁾ Von Essen warnte gegen Ende der Verhandlungen ständig vor den politischen Folgen, die ein vertragloser Zustand mit sich bringen könnte. Westerberg behauptete dagegen Höjer gegenüber, daß der Gesandte diese Risiken übertriebe.⁴⁾ Die gegenteiligen Auffassungen können als ein Ausdruck der Gegensätze und Reibungen betrachtet werden, die zwischen den juristisch geschulten Diplomaten und Beamten und den neuen "Sachverständigen" der Wirtschaft existierten.⁵⁾

Westerberg war seit 1920 Sachverständiger der germanischen Unterabteilung des Vertragsausschusses. Wie vorher gezeigt wurde, verhandelte er zusammen mit deren früherem Chef, Konsul

Lundgren, in Berlin über eine Verlängerung des Handelsvertrages und im Anschluß daran über den Abschluß des Kontingentierungsvertrags. Westerberg war seit 1920 geschäftsführender Direktor von Jästbolaget, wurde 1923 Vorstandsmitglied der Svenska Handelsbanken und spielte später eine hervorragende Rolle in der schwedischen Wirtschaft. Damals war er bei Separator tätig.⁶⁾ Westerberg kann am ehesten als Sprecher für die Interessen der Exportindustrie betrachtet werden.

Während der Zeit der Verhandlungen befand sich einer der Spitzenmänner der TGO, Bernt Forsgrén, der über die deutschen Stahlwerke am besten Bescheid wußte, in Berlin. In den offiziellen Quellen gibt es keine Angaben über seine Bedeutung bei den Verhandlungen. In seinem "Minnesanteckningar" schreibt er selbst auch nichts darüber. Dort berührt er die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland überhaupt nicht. Dagegen geht aus einem Brief vom 4. März von Gunnar Dillner an Vennersten hervor, daß "Forsgrén den Unterhändlern in Berlin dauernd zur Verfügung stand und daß er die derzeitige Lage in der Erzfrage bis in alle Einzelheiten kannte."⁷⁾ In der Denkschrift vom 16. Februar über die Eisenerzfrage und Grängesbergsbolaget, die von Westerberg in Berlin unterzeichnet wurde und sich im Archiv des Außenministeriums befindet, kann man deutlich Forsgréns Einfluß spüren.

Von seiten des Auswärtigen Amtes nahmen von Anfang an u.a. Behrendt und Markwald und später auch Stockhammern an den Verhandlungen teil. Das Reichswirtschaftsministerium wurde u.a. durch Ministerialrat Sjöberg vertreten. Vom preußischen Handelsministerium kam Regierungsrat Fellingner, der in anderem Zusammenhang auch die Siemens-Halske A.G. vertrat. Das Reichsfinanzministerium wurde durch Regierungsrat Sarnow vertreten. Auch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft war repräsentiert.⁸⁾

Auf den zwei einleitenden Sitzungen der schwedischen und deutschen Vertretern wurde der schwedische Vorschlag präsentiert. Auf schwedischer Seite war man darauf eingestellt, den Vertrag schnell zustandezubringen. Offensichtlich wollte man im Auswärtigen Amt auch schnell ein Abkommen treffen. Bei einer Ressortbesprechung, die das Auswärtige Amt am 15. Fe-

bruar abhielt, ging Behrendt bei seiner Darlegung des schwedischen Vorschlags nicht mit einem einzigen Wort auf die Eisenerzfrage ein. Von seiten des Reichswirtschaftsministeriums forderte man Zeit, um die Interessenten hören zu können. Obwohl Behrendt und Marklund einwendeten, notwendige Vorbereitungen seien schon gemacht worden, gelang es dem Reichswirtschaftsministerium, durchzusetzen, daß am 19. Februar über diese Frage eine Besprechung mit den Interessenten abgehalten werden sollte. Damit war die Möglichkeit, einen Vertrag schnell zustandezubringen, verschwunden.

Die Sitzung der Delegationen am 16. Februar blieb deswegen ohne Resultat. Am nächsten Tag fuhren die Schweden nach Stockholm, um zur Fortsetzung der Verhandlungen am 21. Februar wieder zurückzukommen.⁹⁾

Schon von Berlin aus hatte Vennersten dem Außenministerium vorgeschlagen, man solle den Kontingentierungsvertrag mit Deutschland verlängern. Höjer hatte mit Rücksicht auf den Paragraphen 18 der Völkerbundssatzungen Bedenken gegen ein geheimes Abkommen geäußert und die Frage an Wrangel weitergeleitet. Vennersten übte in dieser Sache auf das Außenministerium Druck aus, als er für einen kurzen Besuch in Stockholm weilte. Erst als er wieder in Berlin war, bekam er von Wrangel die Anweisung, den Deutschen den Vorschlag zwar vorzulegen, aber Garantien darüber zu fordern, daß die deutschen Außenhandelsstellen nicht verhinderten, daß man den Vertrag wirklich anwandte.¹⁰⁾

Die deutschen Unterhändler strebten danach, die Bestimmungen über die Import- und Exportverbote des alten Handelsvertrages beizubehalten, während man gleichzeitig in einem eventuellen Schlußprotokoll einen Punkt berücksichtigen lassen wollte, in dem für eine Übergangszeit Handelsbeschränkungen zugelassen wurden.¹¹⁾ Darin sollten Schweden und Deutschland einander die Meistbegünstigung gewähren. Auf der Sitzung am 21. Februar legte Stockhammern darüber einen Vorschlag vor. Von da ab führte dieser - wenn auch nicht formell, so doch in der Praxis - die Verhandlungen deutscherseits. Für ihn galt es vor allem, einen Vertrag auf der Grundlage der Meistbegünstigung zustandezubringen. Der sollte die Möglichkeit schaffen,

eine handelspolitische Linie zu verfolgen, die es möglich machte, die einseitige Meistbegünstigung der Entente abzuschwächen und mit Österreich handelspolitisch zusammenzuarbeiten. Die schwedische Forderung nach Vorbehalten zugunsten der skandinavischen Länder in bezug auf die Meistbegünstigung wurde deutscherseits anerkannt. Als Gegenleistung erwirkte man die Meistbegünstigung auch für die Gebiete, die mit Deutschland vereint werden könnten oder eine Zollunion mit ihm eingehen würden. Hinter diesen deutschen Forderungen verbargen sich die Pläne für eine zukünftige Zollunion mit Österreich.

Aber in Übereinstimmung mit ihren Anweisungen wiesen die Schweden die deutsche Forderung nach einer Beibehaltung des Artikels 7 der alten Fassung zurück. Als Westerberg am darauffolgenden Tage forderte, daß die Kontingentliste beibehalten werden sollte, verband Stockhammern diese Frage unmittelbar mit der der Import- und Exportverbote.¹²⁾ Von deutscher Seite könne man sich eine solche Liste nach dem Prinzip der Handelsfreiheit denken, d.h. mit Garantien gegen Import- und Exportverbote, aber nicht nach dem Prinzip der Meistbegünstigung, d.h., daß ein solches Verbot für alle Länder gleich gelten sollte. Das sei mit Rücksicht auf die Entente völlig unmöglich. In einem solchen Falle würde sie nämlich auch das Recht haben, sich Kontingente zu verschaffen.¹³⁾ Schwedischerseits wies man diesen Versuch zurück, eine der Grundbedingungen des schwedischen Vorschlags zu beseitigen. In der Eisenerzfrage waren die Positionen von Anfang an festgefahren. Die schwedischen Vertreter verschanzten sich hinter der Behauptung, sie seien über die Absichten der schwedischen Regierung nicht unterrichtet, die diese mit der "freien Hand" verbänden.¹⁴⁾ Zu Beginn war die deutsche Verhandlungsstrategie darauf hinausgegangen, sich in dieser Frage nicht allzu interessiert zu zeigen. Aber diese Haltung konnte selbstverständlich nicht allzulange beibehalten werden.

In der oben genannten "Denkschrift über die Erzfrage" mit dem Datum, Berlin, den 16. Februar, von Westerberg unterzeichnet, wird die Lage in der Eisenerzfrage ausführlich diskutiert. Darin wird ausgiebig über die Verträge mit den deut-

schen Stahlwerken und die Haltung Thyssens Bericht erstattet. Zuletzt werden die Richtlinien dafür aufgestellt, wie das Unternehmen die Eisenerzfrage am besten behandelt wüßte.

"1) Was das Unternehmen am liebsten sähe, sei eine direkte Androhung von Ausfuhrverboten, wenn Thyssen dem obengenannten Abkommen nicht zustimme (Preisabkommen vom 26. November 1920).

2) Danach sei dem Unternehmen wohl am besten gedient, wenn die Unterhändler versprechen könnten, daß ein Ausfuhrverbot nicht angewandt werden sollte, wenn Thyssen den Kontrakt zu diesen Zeitpunkt unterschriebe. Keine der beiden Maßnahmen liegt innerhalb der Anweisungen der Unterhändler. Man könnte jedoch das Unternehmen darin unterstützen, indem jede deutsche Anfrage in bezug auf ein eventuelles Ausfuhrverbot eine ausweichende Antwort erhielte und allenfalls so beantwortet würde, daß die Deutschen unter keinen Umständen den Eindruck bekommen könnten ein Ausfuhrverbot käme nicht zustande. Weiter wäre es außerordentlich wünschenswert, wenn in irgendeiner Form angedeutet werden könnte, daß die Thyssenfrage beim Abschluß des Modusvivendivertrages Schwierigkeiten bereitet habe und noch bereite. Desweiteren sei es für die zukünftigen Verhandlungen des Unternehmens mit den Deutschen betreffs der sog. Vorkriegsverträge von größter Bedeutung, auf irgend eine Weise hervorzuheben, der schwedische Staat lege großes Gewicht darauf, daß die Wünsche des Unternehmens, soweit man sie als berechtigt ansehen kann, auch in Zukunft Beachtung finden werden." 15)

Diese Denkschrift dürfte dem Außenministerium nach der ersten Verhandlungsrunde beim Besuch der Delegierten in Stockholm überreicht worden sein. Ein Teil der Anweisungen, die später von dort gegeben wurden, stimmt völlig mit den Empfehlungen der Denkschrift überein.¹⁶⁾ Diese ist, wie hervorgehoben wurde, offensichtlich in enger Zusammenarbeit mit Forsgrén ausgearbeitet worden.

Bei den Verhandlungen am 21. Februar verlangen die Deutschen erneut zu erfahren, welche Absichten die schwedische Regierung in der Eisenerzfrage habe. Man wisse nichts darüber, lautete erneut die schwedische Antwort. Darauf folgte eine längere Diskussion, bei der "die Schweden sehr zäh sind." Auch an dem Tag kam man zu keinem Ergebnis. Auf der nächsten

Sitzung brachte Westerberg die neuen Verträge und Thyssen zur Sprache. Deutscherseits wurden keine Erläuterungen gemacht. Aber bei der darauffolgenden internen deutschen Diskussion hoben Fellingner und Stockhammern hervor, daß offensichtlich die Erzfrage hinter der Weigerung der Schweden steckte, den Artikel 7 zu erneuern. Sjöberg wurde beauftragt, die Möglichkeit, Thyssen unter Druck zu setzen, mit den übrigen Vertretern der deutschen Hütten zu diskutieren.¹⁷⁾

Die schwedischen Unterhändler wollten die Forderung nach einem neuen Kontingentierungsvertrag mit Garantien aufgeben.

Aber Stockhammern, von Essen und Vennersten einigten sich bei einer persönlichen Zusammenkunft dahingehend, stillschweigend den alten Vertrag weiterlaufen zu lassen, solange von Schweden aus keine Eisenerzbeschränkungen vorgenommen würden.¹⁸⁾ Bei den offiziellen Verhandlungen erklärten die schwedischen Unterhändler, daß eventuelle Ausfuhrverbote und Zölle gleichermaßen gegen alle Länder angewandt werden würden. Deutscherseits verlangte man eine Versicherung, daß die Maßnahmen, die man in Schweden in bezug auf die Eisenerzpreise eventuell ergreifen könnte, Deutschland nicht härter treffen dürften als andere Länder.¹⁹⁾

Es war offensichtlich, daß sich die Verhandlungspositionen einander näherten. In einem Telegramm an das Außenministerium riet von Essen dazu, ein Abkommen zu treffen. "Jetzt vorliegende Ergebnisse sind nur unter großen Schwierigkeiten erreicht worden."²⁰⁾ Aber Wrangel gab am 24. Februar zur Antwort, die Delegation solle in der Eisenerzfrage mitteilen, die Regierung habe noch keine Möglichkeit gehabt, endgültig Stellung zu nehmen. Nebenbei solle ein Teilnehmer der Delegation den Deutschen zu verstehen geben, "daß eine Antwort nicht erwartet werden dürfe, bevor nicht die Verhandlungen zwischen Grängesbergsbolaget und Thyssen zufriedenstellend abgeschlossen worden wären." Die schwedische Regierung verstärkte damit ihren Druck auf die Firma Thyssen. Bezüglich der Kontingentierungsfrage sähe die Regierung am liebsten, daß sie nicht mit der Eisenerzfrage zusammengekoppelt würde. Stattdessen sollte ein Abkommen zustandegebracht werden, das besagte - wenn Schweden ein Importverbot einführen sollte,

der Kontingentierungsvertrag ungültig werden würde. Im Telegramm wurde betont, daß "bei der Überprüfung des deutschen Vorschlags von verschiedenen Seiten innerhalb der Regierung hervorgehoben worden ist, daß ein vertragsloser Zustand- wenn ein solcher durch Schwierigkeiten von deutscher Seite eintreten würde - in der augenblicklichen Lage für Schweden keine allzu fühlbaren Nachteile entstünden."²¹⁾ Sondierungen der Deutschen wegen einer Garantie gegen Eingriffe des schwedischen Staates in das Preisabkommen wurden zurückgewiesen.²²⁾

Bisher hatten die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums in der Eisenerzfrage eine abwartende Haltung eingenommen ganz in Übereinstimmung mit der Strategie für die Verhandlungen, über die man sich am 19. Februar mit den Interessenten der Hütten geeinigt hatte. Als klar wurde, daß das Auswärtige Amt dabei war, die Forderungen nach Garantiebestimmungen für Eisenerzlieferungen aufzugeben, verlangte man ein Eingreifen von höherer Stelle aus.²³⁾ Reichswirtschaftsminister Scholz hob in einem Brief vom 24. Februar an das Auswärtige Amt hervor, man könne sich beim Eisenerz nicht mit der Meistbegünstigung begnügen, da Deutschland so gut wie der einzige Abnehmer des schwedischen Erzes sei. Freilich könne Schweden kaum für längere Zeit ein Ausfuhrverbot einführen, und es sei auch richtig, daß der schwedische Staat nach dem Vertrag mit dem Bergwerk einen eventuellen Ausfuhrzoll tragen müsse. Aber Scholz fürchtete andere schwedische Maßnahmen wie Mindestpreise für den Export und eine für Deutschland ungünstige schwedische Transport- und Frachtpolitik. Er wollte deshalb "mit allem Nachdruck" auf diese Gefahren hinweisen, wenn man im Modusvivendivertrag nicht genug Garantien bekäme.²⁴⁾

In der Ressortsitzung am 25. Februar kam es zu einer direkten Konfrontation zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium. Sjöberg erklärte im Namen des Reichswirtschaftsministeriums, daß die alten Eisenerzlieferungsgarantien viel zu wichtig seien, um aufgegeben werden zu können. Die deutsche Stellung sei so stark, daß man die Schweden auch bei Eintritt eines vertragslosen Zustandes von deutscher Seite zum Nachgeben bringen könnte. Stockhammern behauptete dagegen energisch, daß es nötig sei, einen Vertrag auf der

Grundlage der bisher gewonnenen Ergebnisse abzuschließen. Deutschland solle sich mit dem begnügen, was man in dieser Frage bisher erreicht habe. Das Risiko, daß Schweden Mindestpreise für die Eisenerzausfuhr festsetzen könnte, müsse man eingehen. Thyssen hatte gemeint, Deutschlands Stellung in der Eisenerzfrage sei stark genug. Im Falle eines vertragslosen Zustandes würden die Schweden so viel Erz liefern, wie sie nur könnten, um gegen Einwendungen deutscherseits keinen Anlaß zu geben. Aber die deutsche Ausfuhr könnte mit ausschließlich gegen Deutschland gerichteten Importverboten oder Zusatzzöllen belegt werden. Die Folge davon könnte "ein Entrüstungssturm in unserer Presse" sein und ein Druck auf das Reichswirtschaftsministerium. Man habe jetzt in anderen Fragen (Steuerfragen, Kontingentierungsvertrag) von den Schweden Zugeständnisse bekommen. Außerdem habe man in bezug auf die Zolltarife und die Import- und Exportverbote die Meistbegünstigung erhalten. Da der Vertrag nur einen provisorischen Charakter trüge, solle man es in der Eisenerzfrage darauf ankommen lassen. Daß die übrigen Verhandlungen, z.B. die mit der Schweiz, durch einen vertragslosen Zustand direkt beeinflußt würden, sei ein anderer wichtiger Einwand dagegen. Die schwedische Industrie sähe gerne Importzölle. Die deutsche Schwerindustrie würde wieder starker Kritik ausgesetzt sein. Außenpolitisch würde das Ganze mit der Londoner Konferenz zusammenfallen, "also in jeder Hinsicht ein äußerst ungünstiger Moment." Fellingner erklärte, Stockhammers Ansicht vollinhaltlich zu teilen, daß ein vertragsloser Zustand einen "Wirtschaftskrieg für unsere gesamte Industrie mit Ausnahme der Erzbezieher" ²⁵⁾ bedeute.

Kurz vor der letzten Sitzung mit der schwedischen Delegation am 28. Februar suchten Stockhammern und Behrendt persönlich Scholz auf, um zu versuchen, ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, sofort einen Vertrag mit den Schweden unter den gegebenen Bedingungen abzuschließen. Der Versuch blieb ergebnislos. Da beugte man sich den Forderungen des Reichswirtschaftsministers, die Interessenten aufs neue zusammenzuführen. ²⁶⁾

Der schwedischen Delegation wurde am 28. Februar mitgeteilt, in der Eisenerzfrage seien mit den Fachbehörden Schwierigkei-

ten aufgetreten, und man rechne nicht damit, vor dem 7. März Bescheid geben zu können. Die Schweden stellten gereizt in Frage, ob es sich überhaupt lohnen würde, noch einmal nach Berlin zu kommen. Die Verhandlungen wurden auf unbestimmte Zeit vertagt, und die schwedische Delegation verließ Berlin. 27)

XI.2 Reaktionen in Stockholm

Aus obenstehendem ist hervorgegangen, wie eng ein privates schwedisches Unternehmen - die TGO - hinter den Kulissen bei den Handelsvertragsverhandlungen mit der schwedischen Regierung zusammenarbeitete. Im Gegensatz dazu steht der geringe Einblick, der - trotz des parlamentarischen Durchbruchs - dem schwedischen Reichstag gewährt wurde.

Durch eine Grundgesetzänderung war der "Geheime Ausschuß" durch den Auswärtigen Rat (utrikesnämnden) ersetzt worden. Er bestand aus 16 vom Reichstag erwählten Mitgliedern, führenden Vertretern der verschiedenen Parteien. Den Vorsitz hatte der König oder in seiner Abwesenheit der Staats- oder Außenminister. Der Rat sollte die Anlaufstelle für nähere Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Reichstag bezüglich außenpolitischer Fragen sein und in diesen Fragen eine Kontrolle des Reichstags über die Regierung möglich machen. Die Regierung sollte diesen "in allen außenpolitischen Angelegenheiten größeren Gewichts" zu Rate ziehen. Außerdem sollte der Außenminister zu Beginn eines jeden Reichstags laut Grundgesetz dem Rat einen Überblick über die wichtigsten außenpolitischen Verhältnisse geben.¹⁾ Am 4. März hielt der Rat die erste Sitzung seiner Geschichte ab. Auf der Tagesordnung standen u.a. die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland. Ein Überblick über "die wichtigsten außenpolitischen Verhältnisse" wurde nicht gegeben. Nils Edén, der Führer der liberalen Partei, "Liberala samlingspartiet", und einer der Vorkämpfer des Parlamentarismus in Schweden, übte auf der Sitzung scharfe, prinzipielle Kritik an der Regierung wegen ihrer mangelhaften Information dem Rat gegenüber. Es war notwendig, daß wirklich gemeinschaftlich gearbeitet wurde. Der Rat durfte nicht zusammengerufen werden, um "kurze

Mitteilungen zu bekommen, sondern um mit Eurer Majestät über wichtige Angelegenheiten zu beraten."

Edén wies auf die Eisenerzfrage als ein Beispiel einer solchen hin, in der eigentlich hätte beraten werden sollen, wo man aber stattdessen viel zu knappe Informationen bekommen habe. "Die Eisenerzfrage ist ein solches Problem. Man hat gehört, wie die Verhandlungen mit Deutschland konzipiert wurden. Hierbei hätten Beratungen mit dem Auswärtigen Rat abgehalten werden sollen. Was war damit gemeint, sich die Hände freizuhalten?" ²⁾ Edéns Erregung über diese Handlungsweise wird ganz deutlich. In Wirklichkeit scheint die Sache auch so behandelt worden zu sein, als berührte sie nur die Regierung, das Zoll- und Vertragskomitee und die Interessenten, vor allem die TGO. Am Tag darauf wurde der Stand der Verhandlungen in einer Kabinettsitzung behandelt. In einer Reihe weniger wichtiger Fragen wurden Zugeständnisse gemacht, "aber in der Eisenerzfrage sollte weiter daran festgehalten werden, daß sich die schwedische Regierung nicht binden wolle." ³⁾

Die Versuche der Deutschen, eine Lösung durch eine Garantie der Eisenerzpreise zu erreichen, wurde auch in Schweden besprochen. Die Ansichten der Interessenten wurden teils am 5. März in einem Brief Westerbergs an Höjer klargemacht, teils in einer Denkschrift vom 4. März, die Vennersten Dillner abgefordert hatte, Westerberg vertrat vor allem die Interessen der Ausfuhrindustrie und wollte die Forderung nach einer Kontingentliste nicht ganz aufgeben. "Gibt man den Deutschen in der Eisenerzfrage Garantien im Austausch für die TGO-Verträge, ist dies eine zu niedrige Bewertung der Garantien und für die künftigen Verhandlungen gefährlich." Die Beschwerden der schwedischen Industrie über die deutschen Einfuhrbehörden zeigten, so behauptete Westerberg, "daß wir augenblicklich andere Interessen haben, als einen besseren Erzpreis zu erhalten." Er wollte die Forderung nach Garantien im Modusvivendivertrag zurückweisen, aber schnellstens Verhandlungen über eine Ergänzung durch ein kurzfristiges Abkommen bezüglich des Handelsaustausches einleiten. Man könne bei diesen Verhandlungen alle Waffen einsetzen. Es könne sich sowohl um speziell gegen die Deutschen gerichtete Importverbote han-

deln - die Differenzierung der Zollltarife mache dies leicht möglich - als auch um Ausfuhrverbote für Eisenerz. Aber Westerberg fügte hinzu - sich sicherlich völlig bewußt der schweren Niederlage der Protektionisten einschließlich Vernerstens bei der Abstimmung über die Anträge bezüglich der provisorischen Industriezölle im Reichstag -, "wenn unsere innenpolitische Lage so sei, daß man sich eine so aggressive Politik nicht denken könne, solle man erwägen, ob man nicht das Angebot der Deutschen gegen den TGO-Vertrag annehmen sollte, um wenigstens etwas zu haben." Westerberg war sich wohl bewußt über die exponierte Position, in die der schwedische Exportmarkt in Deutschland im Falle eines vertragslosen Zustandes gerate. ⁴⁾

Dillner berührte in seiner Denkschrift ⁵⁾ nur die Eisenerzfrage. Er behauptete, der Staat habe bei den Verhandlungen eine ungewöhnlich vorteilhafte Ausgangslage. Erstens wisse man bestimmt, daß Deutschland in der Erzfrage ein Abkommen mit Schweden benötige, um dadurch bei den Verhandlungen über die Minetteerze mit den Franzosen Unterstützung zu erhalten. Zweitens hätten die Interessen des Staates und der TGO bei den früheren Verhandlungen im Gegensatz zueinander gestanden. Der Staat habe das Eisenerz als Waffe gebraucht, um dadurch Vorteile zu gewinnen, während die TGO daran interessiert sei, den Export so stark wie möglich zu erleichtern. Jetzt sei man gemeinsam darauf aus, mit Vergeltungsmaßnahmen bezüglich des Erzes zu drohen. Dillner habe die Behandlung der Frage auf der Kabinettsitzung dahingehend verstanden, daß die Deutschen folgende Wünsche hätten:

- 1) eine Versicherung, daß während der Laufzeit des Modusvivendivertrages kein einseitig gegen Deutschland gerichtetes Exportverbot eingeführt würde
- 2) daß gegen sie keine Preisdifferenzierungspolitik geführt würde.

Der letztere Punkt würde bedeuten, daß der Staat das Unternehmen während der Laufzeit des Modusvivendivertrages bei weiteren Preissteigerungen nicht unterstützen dürfe. Wenn man auf ein solches Abkommen einging, was Dillner für eine annehmbare Lösung hielt, wäre es wichtig, daß sich der Staat nicht länger als bis 1. Mai 1923 festlege, da dann das Preis-

abkommen abliefe, "sodaß sich die Gesellschaft, wenn man bei den Verhandlungen des Unternehmens mit den Deutschen Anfang 1923 keine angemessenen Bedingungen erhalte, erneut mit einem Hilfsgesuch an den Staat wenden könne."

Die schwedischen Interessenten waren also mit einer Lösung einverstanden, die den Deutschen Preisgarantien für das Eisenerz gab. Eine solche Lösung lag auch innerhalb des Rahmens der zweiten Alternative des Reichswirtschaftsministeriums und der deutschen Interessenten, d.h. Schutz für die geltenden Preisabkommen. Die schwedische Regierung wollte aber ihre ablehnende Haltung nicht ändern. In einer Kabinettsitzung am 5. März bestätigte sie erneut: "In der Eisenerzfrage solle immer noch daran festgehalten werden, daß die schwedische Regierung sich nicht binden wolle."⁶⁾ Anscheinend erwartete man, daß der Widerstand Thyssens bald aufgegeben werden würde.

Unterdessen hatte jedoch die Londoner Konferenz über die Reparationen begonnen. Diese sollte große Veränderungen in der allgemeinen außenpolitischen Lage zur Folge haben.

XI.3 Die Entwicklung in Berlin

Am 4. März 1921 wurde in Berlin das vom Reichswirtschaftsministerium geforderte Treffen mit den Interessenten der Industrie veranstaltet. Die allgemeine politische Lage hatte sich inzwischen durch die scharfen Reaktionen der Alliierten auf das deutsche Reparationsangebot auf der Londoner Konferenz dramatisch verschlechtert. Am Tag vor der Sitzung im Reichswirtschaftsministerium stellten die Alliierten ein Ultimatum in dem sie drohten, die Sanktionsmaßnahmen am 8. März durchzuführen.¹⁾

Es ist deswegen nicht erstaunlich, daß der vom Reichswirtschaftsministerium erwartete Effekt der Beratung ausblieb. Die meisten Interessenten waren sich über den Wert der schon erreichten Resultate im klaren - besonders über die Bedeutung der Meistbegünstigung - und darum dagegen, einen vertragslosen Zustand eintreten zu lassen. Seitens der Eisenerzinteressenten stellte man jedoch hartnäckig in Frage, ob alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden seien. Die

deutsche Regierung sollte sich bereiterklären, die Thyssen-Hütte zu zwingen nachzugeben,²⁾ wenn man dafür die schon erwähnten Garantien erhielte.

Anderen Tags griff jedoch der Reichswirtschaftsminister Scholz aufs neue ein. Im Gegensatz zum Auswärtigen Amt meinte er, daß die Verhandlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft worden seien. Die schwedische Regierung fände es unbegreiflich, wenn Deutschland nicht bis zuletzt auf einer gesicherten Eisenerzlieferung bestünde. Sie müßte nicht unbedingt genauso umfassend sein wie bisher. Man dürfe aber keine Mühe scheuen, um die geltenden Eisenerzverträge zu schützen, "äusserstenfalls mit Beschränkung auf die sogenannte Fahrenhorstgruppe." Dieser Vorschlag stimmte mit der Strategie überein, für die sich das Reichswirtschaftsministerium am 19. Februar in Zusammenarbeit mit den Erzinteressenten entschieden hatte. Aber, fuhr Scholz fort, wenn man auf dieser - wie er meinte - bescheidenen Forderung so lange bestanden habe, bis es klar sei, daß die Gefahr eines vertragslosen Zustandes und eines darauffolgenden eventuellen Zollkrieges bestünde, sollte man nachgeben. Die Auffassung des Auswärtigen Amtes, daß die Verhandlungen schon so weit gediehen seien teilte Scholz nicht. Das Reichswirtschaftsministerium war also jetzt bereit seinen früheren Standpunkt aufzugeben, daß ein vertragsloser Zustand einem Vertrag ohne Erzgarantien vorzuziehen sei.³⁾ Die Einstellung der anderen betroffenen deutschen Ministerien verhärtete sich dem Reichswirtschaftsministerium gegenüber. Der preußische Handelsminister behauptete, die deutschen Eisenerzinteressenten müßten nach der Konferenz am 4. März verstehen, daß alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden seien. Man müsse mit den Schweden einen Vertrag auf Grund der angebotenen Bedingungen schließen.⁴⁾ Dem Reichswirtschaftsministerium gelang es aber am 7. März auf einer Ressortszitzung, die anderen betroffenen Teilnehmer dazu zu bringen, sich seinen Forderungen in dem Sinne anzuschließen, daß eine Ergänzung zum Vertrag ausgearbeitet würde, durch die die Eisenerzpreise an ein gewisses Niveau gebunden würden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium über die Vertragsgestaltung führten dazu, daß die Übergabe an die Schweden

verzögert wurde.⁵⁾ Erst am 10. März erhielt die schwedische Regierung einen Vorschlag darüber, wie man die Preise festlegen wollte. Er hatte folgenden Wortlaut: "Der schwedischen Regierung sind die Preise bekannt, die seitens der Trafikaktiebolag Grängesberg-Oxelösund, Stockholm mit den deutschen Werken in dem Abkommen vom 26.11.1920 ziffermäßig niedergelegt sind. Die schwedische Regierung verpflichtet sich, in die Ausführung dieser Verträge zu den erwähnten Preisen durch keinerlei beschränkende Bedingungen der Ausfuhr oder sonstige Hindernisse während der Dauer dieses Abkommens einzugreifen." ⁶⁾

Die deutsche Regierung hatte Thyssen geopfert. An demselben Tag warnte von Essen die schwedische Regierung vor den außenpolitischen Folgen eines vertragslosen Zustands. ⁷⁾

XI.4 Der schwedische Beschluß, den Modusvivendivorschlag zurückzuziehen

Die Konferenz über die Reparationen wurde am 1. März 1921 in London eingeleitet, indem Walter Simons den deutschen Gegen-vorschlag zu den Reparationsforderungen der Alliierten, so wie sie Ende Januar auf der Pariser Konferenz formuliert worden waren vorlegte. Simons bot 50 Mrd. Goldmark (Präsentwert) an, von denen schon bezahlte 20 Mrd. Goldmark abgezogen werden sollten. Der Vorschlag rief auf alliierter Seite große Entrüstung hervor und wurde sofort abgelehnt. Auch ein etwas abgeänderter Vorschlag, in dem Simons den Alliierten die fünf ersten Annuitäten des Seydouxvorschlages anbot, hatte keine Aussicht, anerkannt zu werden. Schließlich stellten die Alliierten ein Ultimatum, ohne die im Versailler Frieden festgelegte zeitliche Grenze, den 1. Mai abzuwarten. Deutschland habe die Pariser Bedingungen innerhalb von fünf Tagen anzunehmen meinte man, sonst würden die in ihnen angedrohten Sanktionen durchgeführt werden. Am 7. März kam die deutsche Delegation nach Berlin zurück. Am 8. Mai besetzten französische und belgische Truppen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Außerdem erklärten die Alliierten, einen Teil des Einkaufspreises, der für deutsche Exportgüter in die Länder der Alliierten hätten erlegt werden müssen, an die Schatzkammern der

entsprechenden Länder zu zahlen, und sie dort als deutsche Teilzahlung auf dem Reparationskonto zu verrechnen. Zudem sollte eine Zollgrenze errichtet werden, und zwar entlang der östlichen Grenze der besetzten Gebiete - hauptsächlich am Rhein entlang von der holländischen bis zur französischen Grenze - aber auch einige Brückenköpfe des östlichen Rheinufers umfassend. An dieser Grenze sollten Zölle erhoben werden, über die die alliierten Regierungen zu beschließen hätten. An den Staatsgrenzen des besetzten Gebietes sollten auch die Zölle nach den deutschen Zollltarifen erhoben werden, die dann zugunsten des Reparationskontos beschlagnahmt werden sollten.¹⁾ Man war also im Begriff, ein neues "Loch im Westen" zu erhalten.

Der Vorschlag, einen Teil der Forderung der deutschen Lieferanten von Exportwaren an die Alliierten zu Reparationszwecken zu beschlagnahmen, wurde von den Engländern gemacht und von ihnen auf den internationalen Konferenzen auch durchgesetzt. Man entschied sich für einen hohen Anteil von 50%. Diese Sanktion erforderte eine entsprechende Gesetzgebung der Parlamente der Alliierten. Offiziell setzte man voraus, daß die deutsche Regierung die deutschen Exporteure schadlos halten würde. Wenn dies geschähe, würde der Handel kaum beeinträchtigt werden. Wenn sich die deutsche Regierung aber weigern würde, dies zu tun - was am wahrscheinlichsten schien - wäre die 50%-ige Abgabe am ehesten mit einem prohibitiven Zoll zu vergleichen.³⁾ Die hauptsächliche Absicht der englischen Regierung war es gerade, den deutschen Export zu treffen - nicht die Reparationen zu erhalten. Sehr schnell legte das Parlament einen Gesetzesentwurf vor, die "Reparation Recovery Bill". So versuchte die englische Regierung die Reparationspolitik zur Durchsetzung handelspolitischer Ziele auszunützen.⁴⁾

In Deutschland war man anfangs auf industrieller Seite optimistisch eingestellt, was die Möglichkeiten, die 50%-ige Abgabe zu umgehen, anbelangte. Auf einer Besprechung mit Sachverständigen bei Fehrenbach am Abend des 3. März, demselben Tag an dem Lloyd George in scharfem Ton Simons Reparationsangebot zurückgewiesen hatte, erklärten die Experten, daß die 50%-ige Abgabe der Entente kaum größere Einkünfte bringen

würde. Man rechnete damit, diese mit Hilfe der Neutralen und gewisser Wirtschaftskreise in den Ententestaaten umgehen zu können. "Wir werden eben im Einverständnis mit den Wirtschaftskreisen der Entente nur noch Geschäfte über die neutralen Länder machen," erklärte Wilhelm Cuno.⁵⁾ Auf der Londoner Konferenz verlangte Lloyd George jedoch, daß die Neutralen über die Sanktionen unterrichtet werden sollten.⁶⁾ In einer Anfrage im Unterhaus am 8. März wurde von ihm Auskunft verlangt über die Handhabung des Handels mit den Neutralen. Man könne sich z.B. vorstellen, daß die Verordnungen über die 50%-ige Abgabe umgangen werden würden, indem man die Warenlieferungen aus Deutschland an die Alliierten durch ein neutrales Land anliefern würde und sie dadurch als Waren neutralen Ursprungs angesehen würden. Darauf antwortete Lloyd George, daß sich der Ursprung einer Ware leicht feststellen ließe. Die britische Regierung würde in dieser Hinsicht keinen Betrug zulassen. Auf die Frage, ob irgendein neutraler Staat Vorzüge genieße, die darauf einwirken könnten, antwortete der Premierminister: "I do not care whether they have a preference or not. If an act of parliament is passed that in respect of goods of german origin onehalf of the price is to be paid into the exchequer, then the swede or the dutchman, as the case may be, knows what he has got to expect and therefore is nothing which is unfair to him." Erik Palmstierna kommentierte am gleichen Tag Lloyd Georges scharfe Erklärung dahingehend, es sei offensichtlich, daß auf die Neutralen keine Rücksicht genommen werden könnte "nicht einmal, wenn zwischen ihnen und Deutschland ein Handelsvertrag besteht. Sie seien gewarnt worden, meinte er (Lloyd George), und das sei für den internationalen Verkehr, der jetzt beginne, ausreichend." Palmstierna vermutete, daß die Neutralen in Kürze aufgefordert werden würden, bei der Durchführung der Zwangsmaßnahmen der Alliierten mitzuwirken.⁷⁾ Bei der Unterhausdebatte am 10. März erklärte Lloyd George, die Untersuchung von Importerzeugnissen eventuellen deutschen Ursprungs sollten mit denselben Methoden durchgeführt werden, wie denen, die während des Krieges angewandt wurden.⁸⁾

Die Berichte über die Entwicklung in London und die Ergreifung von Sanktionen durch die Alliierten am 8. März trafen

in einer für die schwedisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen schon vorher sehr kritischen Lage ein. Die Mitteilung über die Rede löste im Außenministerium in Stockholm sofortige Gegenmaßnahmen aus. Am Tag nach der Warnung von Lloyd George, die sich hauptsächlich gegen Schweden und Holland richtete, machte Wrangel in einem Schreiben den Finanzminister Beskow und den Handelsminister Malm auf die Konsequenzen aufmerksam, die Lloyd Georges Maßnahme sicherlich haben würde "auf die schwedische Handelspolitik im allgemeinen und im Besonderen auf die Verhandlungen, die augenblicklich mit Deutschland über den Abschluß eines Modusvivendivertrages geführt wurden." Die Sanktionen würden zu einem steigenden deutschen Export nach Schweden führen, teils durch den Versuch, den Absatz auf dem schwedischen Markt zu steigern, da die Märkte der Alliierten durch die 50%-ige Abgabe für die deutschen Erzeugnisse gesperrt würden, teils durch deutsche Versuche, Schweden als Brücke für den Export an die Alliierten auszunützen.⁹⁾ Der Standpunkt des Außenministeriums bezüglich der Folgen der Sanktionen auf die schwedisch-deutschen Verhandlungen wurde am 10. März in einer Denkschrift von Höjer ausführlich dargestellt. Höjer stellte besonders in Frage, ob Schweden Deutschland bezüglich der Zölle und der Importverbote die Meistbegünstigung gewähren könne. Die schwedische Regierung solle erwägen, ob sich Schweden nicht freie Hand verschaffen sollte, indem man entweder den Handelsvertrag ablaufen ließe oder den Vertragsvorschlag so abändere, daß man bei Bedarf Deutschland gegenüber eine Differenzierungspolitik einleiten könne. Der frühere Plan, Deutschland die Meistbegünstigung zu gewähren, war infolge der englischen Maßnahmen nicht mehr durchzuführen.

Lloyd Georges Äußerung im Parlament machte klar, daß England vorhatte, deutsche Versuche, die 50%-ige Abgabe auf dem Umweg über neutrale Staaten zu umgehen, auf wirkungsvollste Weise zu verhindern. Es war deshalb zu erwarten, daß die Alliierten die Kontrolle des schwedischen Exportes aus der Kriegszeit wieder aufnehmen würden. Sie hatte früher durch die sog. Ursprungszertifikate stattgefunden, die zeigten, daß die betreffende Ware nicht von den Zentralmächten abstammte. Die Ursprungszertifikate waren von den britischen

Behörden ausgestellt worden, in der Regel meist von den britischen Konsulaten. Es ließ sich schwer mit der Souveränität eines Landes vereinbaren, den Behörden einer fremden Macht zu erlauben, eine solche Kontrolle auszuüben, die u.a. Einblick in die Geschäftsbücher schwedischer Unternehmen gab.

Bezüglich der von Lloyd George im Parlament genannten eventuellen "preferences" erklärte Höjer, der Handelsvertrag mit England schreibe nur vor, daß Waren, "die in Schweden oder einem anderen Land erzeugt worden sind und die vorschriftsmäßig auf britischen Schiffen in Häfen des Vereinigten Königreiches ein- bzw. ausgeführt werden können, dorthin auch von schwedischen Schiffen ein- und ausgeführt werden können; ausserdem sollen schwedische Boden- und Industrieprodukte in Großbritannien die Meistbegünstigung erhalten." Es gebe daher keinen Anlaß zu einem Einspruch gegen eine solche Behandlung, wie sie die Londoner Beschlüsse für Erzeugnisse deutschen Ursprungs vorsähen, aber unter der Voraussetzung, daß alle Länder gleich behandelt würden. Außerdem wies Höjer darauf hin, "daß die britische Regierung in einer bisher unbeantworteten Note vom 16. Juli 1918 ausdrücklich erklärt hatte, daß sie Waren, die ihren Ursprung in Ländern hätten oder für solche Länder bestimmt seien, die während des Weltkrieges Feinde Großbritanniens gewesen seien, nicht als schwedischen In- oder Export betrachten könnten. 10)

Währenddessen erwartete man in Berlin die schwedische Antwort auf den deutschen Vorschlag vom 10. März . 11)

Aus Anlaß der Londoner Konferenz griff Hugo Stinnes auf einer Fraktionssitzung der DVP am 8. März Walter Simons heftig an, der angeklagt wurde, zu den Erfüllungspolitikern übergewechselt zu sein. Stinnes Kritik kulminierte am 11. März im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags darin, daß er seine Angriffe als für die ganze Regierung geltend erklärte. Gustav Stresemann weigerte sich jedoch, die DVP aus der Regierung ausscheiden zu lassen und rettete diese dadurch vom Sturz. Am 12. März erhielt die Regierung Fehrenbach mit großer Majorität das Vertrauen des Reichstags. 12)

Immer breitere Schichten der Schwerindustrie sahen nun den Wert eines Abkommens mit Schweden ein. Der im Frühjahr 1921

in der Reparationsfrage wohl zum Stinneskreis gehörende Otto Wiedfeldt machte am 10. März in einem Brief an Stresemann einerseits klar, daß Deutschland Simons viel zu hohes Reparationsangebot an die Alliierten aufgeben müsse, andererseits, daß eine Reihe von Maßnahmen notwendig sei, um den deutschen Außenhandel zu unterstützen, unter anderem durch den Abschluß eines Handelsvertrags mit Schweden.¹³⁾ Zwei Tage später teilte das Reichswirtschaftsministerium dem Auswärtigen Amt mit, man sei bereit, den schwedischen Gegenvorschlag in der Eisenerzfrage in Empfang zu nehmen. Falls man schwedischerseits dem deutschen Vorschlag nicht entgegenkäme und sich Schweden stattdessen darauf beschränken würde, wie früher die Meistbegünstigung anzubieten, sollte dieses Angebot doch angenommen werden.¹⁴⁾ Damit hatte das Reichswirtschaftsministerium seinen langen Widerstand gegen ein Abkommen ohne Garantien für die Erzlieferungen aufgegeben.

Gleichzeitig mit der Aufgabe des Widerstandes des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin gegen den schwedischen Modusvivendivorschlag fand eine Änderung des Standpunkts der schwedischen Regierung statt. Sie beschloß auf einer Kabinettsitzung, auf der die oben behandelte Denkschrift Höjers vorgetragen wurde, daß Schweden mit Rücksicht auf die veränderte Lage keinen Vertrag mit einer generellen Meistbegünstigung anerkennen könne.¹⁵⁾ Auf Wunsch des Handelsministers wurde der Vertragsausschuß am 12. März einberufen. Er mußte offiziell zum letzten deutschen Vorschlag in der Eisenerzfrage Stellung nehmen. Es lag der Regierung offensichtlich viel daran, den veränderten Kurs in dem Ausschuß zu verankern. An der Sitzung nahmen u.a. Höjer, Vennersten und Westenberg teil. Der Vertragsausschuß sprach sich dafür aus, daß sich Schweden in einem Modusvivendivertrag bezüglich des Eisenerzexports nicht binden sollte. Man sollte lieber die Konsequenzen eines vertragslosen Zustands auf sich nehmen, aber die Verhandlungen in Erwartung "des Resultats betreffs des endgültigen Abkommens zwischen den früher kriegführenden Mächten" abwarten.¹⁶⁾ Damit meinte man die Reparationsverhandlungen und machte eine Andeutung über den eigentlichen Grund der unsicheren Lage bei den Vertragsverhandlungen.

Als Resultat dieser Überlegungen teilte Wrangel am selben Tag

der Gesandtschaft in Berlin mit, daß auf den deutschen Vorschlag über Garantien für den Vertrag mit der TGO keine Antwort gegeben werden könne, da die Frage erst dem Auswärtigen Rat des Reichstags vorgelegt werden müsse. Dem Gesandten wurde jedoch die persönliche Information gegeben "daß wir nach der augenblicklichen Lage der Dinge, wie sie besonders durch die Londoner Konferenz entstanden ist, nicht bereit sind, uns an den Modusvivendivertrag in seiner jetzigen Form zu binden und deshalb vorhaben, den Vertrag ablaufen zu lassen, jedoch ohne die Verhandlungen abubrechen." 17)

Der Auswärtige Rat behandelte die Frage des Standes der schwedisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen auf einer Sitzung am 14. März 1921. Handelsminister Malm trug die Sache vor. Er hob hervor, daß die ganze Frage auf Grund der politischen Situation, die zwischen Deutschland und den Entente-mächten entstanden sei, in einem neuen Lichte ständen. Laut Malm hatte die schwedische Regierung zwischen vier Alternativen zu wählen:

- 1) einen vertragslosen Zustand eintreten zu lassen
- 2) den Vertrag für eine kürzere Zeit (vier Wochen) zu verlängern
- 3) auf einen Modusvivendivertrag einzugehen
- 4) einen modifizierten Modusvivendivertrag abzuschließen

Daraus, daß der dritte Punkt von der schwedischen Regierung als Alternative bezeichnet wurde, kann man folgern, daß sich die Schweden im klaren waren, daß die deutsche Regierung jetzt bereit war, einen Modusvivendivertrag ohne Garantien für die Eisenerzlieferungen abzuschließen. Aber die Regierung befürwortete die erste Alternative. Diese würde bedeuten: "volle Freiheit für uns, sich nach den Verhältnissen zwischen Deutschland und England zu richten." Schweden könnte die Zölle differenzieren und Importverbote einführen. Seine Position bei den zukünftigen Verhandlungen würde allgemein auch gestärkt sein. Der Nachteil eines vertragslosen Zustandes, meinte Malm, sei der, daß andere Exporteure als die für Eisenerz in Mitleidenschaft gezogen würden. Aber andererseits betrüge der Export nach Deutschland für das Jahr 1920 - wenn man vom Erz absähe - nur 106 Mio. Kronen.

Die zweite Alternative böte den Vorteil, daß der bisherige Export weiterlaufen könne, andererseits aber keine Zolldifferenzierung stattfinden brauche.

Einen Vertrag auf Grund des Modusvivendivorschlages zu schließen, meinte man, bringe mit sich, Schweden habe nicht mehr "die Freiheit / die Handelspolitik / zu ändern, wenn sich die Lage ändert." Freilich bekäme Schweden die Möglichkeit, neue Importverbote einzuführen, indem man das bestehende Verbot abschaffte; diese müßten dann aber generell sein und könnten deswegen nicht direkt gegen Deutschland gerichtet werden. Während der Diskussionen, die auf Malms Vortrag folgten, wollte Ernst Trygger, der Führer der Konservativen in der Ersten Kammer des Reichstags, verhindern, daß ein vertragsloser Zustand Deutschland gegenüber eintrete. Er verlangte, daß folgendes zu Protokoll genommen werde: "er hielte es für unangebracht und für das Land schädlich, jetzt den vertragslosen Zustand eintreten zu lassen." Sein Parteikollege Magnusson unterstützte diese Erklärung, während Arvid Lindman dagegen der Mehrheit zustimmte. Ministerpräsident Sydow fand, es gäbe im übrigen keinen anderen Ausweg, als einen vertragslosen Zustand eintreten zu lassen.¹⁸⁾ Am gleichen Tag faßte eine Regierungssitzung einen endgültigen Beschluß.¹⁹⁾ Am 15. März teilte Hans von Essen dem Auswärtigen Amt den Beschluß der schwedischen Regierung mit.²⁰⁾ Die schwedische Regierung könne die deutscherseits vorgeschlagene Formulierung in bezug auf die Regelung der Erzfrage nicht annehmen. Mündlich wurde der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie durch die Forderung nach Erzgarantien den Verhandlungen einen anderen Charakter gegeben habe, als anfangs gemeint gewesen sei. Deswegen und "mit Rücksicht auf die allgemeine Lage" könne ein vertragsloser Zustand nicht vermieden werden.²¹⁾ Am gleichen Tag wurde in Berlin über die entstandene Lage eine Ressortsitzung abgehalten. Es war den Teilnehmern klar, daß die Erzfrage nicht der Grund des Zusammenbruchs der Verhandlungen war. Man war sich deutscherseits über den Zusammenhang zwischen der schwedischen Handlungsweise und dem Mißlingen der Londoner Konferenz mit den darauffolgenden Sanktionen bewußt. Über die genaueren schwedischen Motive war man sich nicht ganz im klaren. "Ob die

Schweden nach London befürchten, bei einem Vertragsabschluß mit uns in Konflikt mit Wünschen der Entente über eine Kontrolle unserer Ausfuhr zu gelangen, oder ob sie angesichts der ungeklärten allgemeinen Lage nur überhaupt zunächst freie Hand behalten wollen, ist unbekannt," heißt es in Fellingners Aktenvermerk über die Sitzung. Die Teilnehmer der Konferenz einigten sich, einen Handelskrieg zu vermeiden und in Übereinstimmung mit dem Gesetz vom 21. Juli 1920, Schweden in bezug auf Zölle und Importverbote auch weiterhin die Meistbegünstigung zu gewähren.²²⁾

Es ist bezeichnend für die neue Situation, daß Nadolny, der im Januar die Meistbegünstigung von schwedischer Seite als eine *conditio sine qua non* bezeichnet hatte, den vertragslosen Zustand in einem Telegramm vom 16. März an das Auswärtige Amt als "jetzt für äußerst bedenklich" ansah. Man könne sich vorstellen, daß die Entente die Neutralen zu viel weitgehenderen Maßnahmen gegen Deutschland zwingen könnte als zu "tarifarischen Maßnahmen." Deutschland solle deswegen mit Schweden einen Vertrag auch ohne die Meistbegünstigungsklausel abschließen.²³⁾ Das Auswärtige Amt wies diesen Vorschlag unter dem Hinweis zurück, daß eine solche Lösung den Schweden das Recht gebe, Deutschland gegenüber zu differenzieren, was Zölle und andere Maßnahmen betreffe, und daß "ein derartiges Abkommen künftige Verträge in bedenklicher Weise präjudizieren würde." ²⁴⁾

Die kritische Lage veranlaßte am 19. März zu einer weiteren Ressortsitzung im Auswärtigen Amt über die zukünftige Politik Schweden gegenüber. Alle teilnehmenden Ministerien waren sich einig darüber, daß "unter keinen Umständen mit Schweden ein Vertrag unter Ausschluß der Meistbegünstigung geschlossen werden darf." Man stellte fest, daß deutscherseits keine Maßnahmen ergriffen werden dürften, die zu einem Handelskrieg führen könnten. Man war sich einig darüber, auch wenn Schweden für die Thyssen-Hütte die Erzpreise erhöhen würde, dürfe dies nicht als Einleitung eines Handelskrieges betrachtet werden und keine deutschen Gegenmaßnahmen zur Folge haben, "nachdem Deutschland sich bereit erklärt hatte, ein provisorisches Abkommen unter Verzicht auf die Erzsicherungsbestimmungen abzuschließen." ²⁵⁾

In einer Note vom 19. März 1921 erklärte die deutsche Regierung ihre Absicht, Schweden auch in Zukunft die Meistbegünstigung zu bewilligen. In der schwedischen Antwortnote vom 22. März teilte die Regierung nur mit, daß man von den deutschen Absichten Notiz genommen habe. Mündlich wurde mitgeteilt, man wolle durch weitere Verhandlungen einen für beide Seiten akzeptablen Vorschlag zustandbringen, damit der vertragslose Zustand so kurz wie möglich anhielte. 26)

Der Beschluß der deutschen Regierung muß in Anbetracht ihrer Befürchtungen gesehen werden, daß Schweden, nachdem der Handelsvertrag abgelaufen war, Exportverbote für Eisenerz und Differenzialzölle gegen Deutschland einführen würde. Man wollte deshalb jeder Maßnahme, die einen Handelskrieg auslösen konnte, aus dem Weg gehen.

Die deutsche Regierung drückte später ihr Erstaunen aus über den schwedischen Beschluß, einen vertragslosen Zustand eintreten zu lassen und betrachtete dies als eine außenpolitische Stellungnahme.

Min.Dir. Behrendt erklärte Hans von Essen, seine Regierung sei erstaunt, daß Schweden den Londoner Beschlüssen so entscheidende Bedeutung zumesse. Man deute den schwedischen Beschluß, plötzlich den schwedischen Vertragsvorschlag zurückzuziehen und Deutschland nicht die Meistbegünstigung zu bewilligen als eine Stellungnahme Schwedens zugunsten der Alliierten. In gewissen Kreisen, erklärte Behrendt Hans von Essen, "hätte man dies von Schweden nicht erwartet." 27)

XI.5 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Der schwedische Modusvivendivorschlag wurde der deutschen Regierung im Februar 1921 vorgelegt. Etwa 14 Tage lang wurden darüber in Berlin Verhandlungen geführt. Der Vorschlag bedeutete eine Loslösung von den gegenseitigen Zollbindungen des Handelsvertrages von 1911 und eine Aufhebung der Verbote gegen Im- und Exportverbote (der alte Artikel 7) sowie die Abschaffung aller schwedischer Erzlieferungsgarantien für Deutschland. Die Kündigung der Zolltarife sollte Schweden freie Hand für eine Erhöhung der Zölle verschaffen. Die Ab-

schaffung der Erzgarantien die gegen deutsche Zugeständnisse in bezug auf die Zolltarife gegeben worden waren, wurden von schwedischer Seite als eine Folge der Elimination der Zollbindungen betrachtet. Man schlug vor, den Handelsaustausch zukünftig nur auf der reinen Meistbegünstigung aufzubauen.

Es bestand keine Schwierigkeit, die Deutschen dazubringen, die Loslösung von den Zollbindungen zu akzeptieren. Wie vorher zu ersehen war, stimmte diese ganz mit der Politik des Auswärtigen Amtes, der Exportindustrie und der "Erfüllungspolitik" überein. Die Meistbegünstigungsklausel schützte den deutschen Export davor, von diskriminierenden Zöllen und Export- und Importverboten getroffen zu werden. Solche wurden anderweitig in Europa gegen das deutsche Valutadumping vorbereitet. Eine Meistbegünstigung stimmte nicht mit der Politik der Schwerindustrie überein. Diese wünschte vor allem Garantien für die Erzlieferungen.

Die Frage der Eisenerzgarantien wurde zur Schlüsselfrage der Verhandlungen. Das schwedische Eisenerz hatte durch den Verlust der Minetteerze aus Lothringen und Luxemburg und durch den Dominanzkampf mit Frankreich innerhalb der europäischen Eisen- und Stahlindustrie für Deutschland an Bedeutung zugenommen. Bei der Vorbereitungsarbeit hatten die Eisenerzinteressenten und das Reichswirtschaftsministerium erklärt, ein Vertrag ohne irgendwelche Erzgarantien sei ausgeschlossen. Es war bald klar, daß eine Erneuerung der Garantien in ihrem alten Umfang unmöglich sein würde. Deutscherseits bestand man auf den Forderungen nach Erzgarantien und verlangte von der schwedischen Regierung Auskunft darüber, warum solche fehlten. Diese beauftragte ihre Unterhändler, den Deutschen unter der Hand mitzuteilen, daß solange sich Thyssen weigere, das Abkommen vom November 1920 zu akzeptieren, keine Antwort zu erwarten sei.

Trotz der Schwierigkeiten in der Erzfrage waren das Auswärtige Amt und die schwedischen Unterhändler Ende Februar auf dem besten Wege, sich über ein Abkommen auf der Grundlage der Meistbegünstigung zu einigen. Da griff Reichswirtschaftsminister Scholz in die Verhandlungen ein und erklärte, er könne sich nicht mit der Meistbegünstigung begnügen. Das Reichs-

wirtschaftsministerium erklärte auch, die Garantien seien zu wichtig, um aufgegeben werden zu können. Deutschlands Stellung sei so stark, daß es, auch wenn ein vertragsloser Zustand eintrete, schließlich doch die Garantien durchsetzen könne. Das Auswärtige Amt behauptete, es sei notwendig, unmittelbar einen Vertrag auch ohne die Garantien abzuschließen. Es gelang dem Reichswirtschaftsministerium jedoch durchzusetzen, daß die Interessenten zu erneuter Befragung zusammengerufen wurden. Die schwedischen Unterhändler fuhren nach Stockholm zurück. Die Verhandlungen wurden auf unbestimmte Zeit vertagt.

Auf seiten der schwedischen Wirtschaft stellte man sich nicht ablehnend zu dieser Lösung, die von deutscher Seite vorsichtig angedeutet worden war. Sie lief darauf hinaus, die Frage der Erzgarantien im Vertrag dadurch zu lösen, daß man die Preise des Abkommens vom November 1920 garantierte. Die schwedische Regierung wiederholte jedoch auf einer Kabinettsitzung am 5. März ihre Weigerung, sich in der Erzpreisfrage zu binden, offenbar in Erwartung der Tatsache, daß Thyssen gezwungen werden würde nachzugeben. Zu dieser Zeit stand schon der Zusammenbruch der Londoner Verhandlungen in der Reparationsfrage bevor. Auf der vom deutschen Reichswirtschaftsministerium am 4. März erzwungenen Konferenz mit den deutschen Interessenten war man plötzlich trotz der fehlenden Erzgarantien, im allgemeinen dazu bereit, das schwedische Angebot eines Vertrages mit der Meistbegünstigung anzunehmen. Scholz forderte zwar weitere Verhandlungen mit den Schweden über eine Garantie dafür, daß der schwedische Staat nicht in die Erzpreisverträge eingreife und daß man sich eventuell mit Mindestpreisen in Übereinstimmung mit dem Abkommen vom November 1920 begnügen solle. Erst nachdem es sich gezeigt habe, daß eine solche Lösung unmöglich sei, sei er bereit, einen Vertrag ohne Garantien zu akzeptieren. Dies bedeutete aber eine grundlegende Standpunktsänderung, da das Reichswirtschaftsministerium vorher behauptet hatte, ein vertragsloser Zustand sei einem Aufgeben der Garantien vorzuziehen. Am 12. März gab das Reichswirtschaftsministerium seinen langwierigen Widerstand gegen einen Vertrag ohne jegliche Erzlieferungsgarantien völlig auf und teilte dem Auswärtigen Amt mit,

daß man den ausgehandelten Modusvivendivorschlag gutheisse.

Die Londoner Konferenz und die darauffolgenden Sanktionen wirkten jedoch auch unmittelbar auf die Haltung der schwedischen Regierung ein. Man nahm an, die 50%-ige Abgabe auf den deutschen Export, die die englische Regierung so schnell wie möglich gesetzlich verankern ließ und derentwegen man von den anderen Ententeländern ähnliche Gesetzgebungsmaßnahmen erwartete, könne von Deutschland umgangen werden, indem es seinen Handel über die neutralen Staaten dirigierte. Schon am 8. März gab Lloyd George auch im Unterhaus eine sehr scharfe Erklärung ab, die sich gegen Schweden und Holland richtete. Die britische Regierung würde keinen Betrug bezüglich des Ursprungs der Waren zulassen. Zwei Tage später teilte Lloyd George im Unterhaus mit, der Ursprung der Importerzeugnisse würde mit denselben Methoden wie denen, die man während des Krieges verwandt habe, kontrolliert werden.

Die schwedische Regierung reagierte schnell auf die Aussichten auf einen stark ansteigenden Zustrom deutscher Erzeugnisse in das Land und auf die englischen Drohungen. Torvald Höjer vom Außenministerium schlug vor, Schweden solle seinen Modusvivendivorschlag mit dem Meistbegünstigungsangebot zurückziehen, um bei Bedarf Deutschland bezüglich der Zölle sowie der Im- und Exportverbote diskriminieren zu können. Der Vertragsausschuß wies auch den deutschen Vorschlag für Erzgarantien zurück. Der Ausschuß erklärte, Schweden solle lieber die Konsequenzen eines vertragslosen Zustandes auf sich nehmen, als sich bezüglich des Eisenerzexportes zu binden. Die schwedische Regierung teilte am 12. März dem Gesandten in Berlin mit, man könne auf den deutschen Vorschlag für Garantien für den Vertrag mit der TGO vorläufig noch keine Antwort geben, da die Frage zuerst noch vom Auswärtigen Rat des Reichstags behandelt werden müsse. Vertraulich wurde dem Gesandten mitgeteilt, daß die schwedische Regierung vorhabe, auf Grund der Entwicklung im Zusammenhang mit der Londoner Konferenz, den Modusvivendivorschlag zurückzuziehen. Diese Handlungsweise läßt darauf schließen, daß die schwedische Regierung es vorzog, die Verhandlungen an der Eisenerzfrage scheitern zu lassen. Deutscherseits war man sich aber bewußt darüber, daß das Ergebnis der Londoner Konferenz der eigent-

liche Grund des Zusammenbruchs der Verhandlungen war. Auf einer Ressortszitzung am 19. März einigten sich die Anwesenden, einen Handelskrieg mit Schweden zu vermeiden. Auch wenn ein schwedisches Exportverbot, das sich gegen die Aug. Thyssen A.G. richtete, erlassen werden würde, dürfe dies nicht zu einem Handelskrieg führen. Schweden wurde in einer Note die Meistbegünstigung zugesichert. Die schwedische Regierung zeigte aber die kalte Schulter und begnügte sich damit, den Erhalt der Note zu bestätigen und ihren Wunsch auszusprechen, daß die Zeit des vertragslosen Zustands so schnell wie möglich vorübergehen möge.

Wie sich die deutsche Schwerindustrie und die schwedischen Erzinteressenten im Zusammenhang mit den Verhandlungen verhielten, haben vorher schon Dieter Hesse und Harm Schröter behandelt. Beide sehen dies in einer längeren Entwicklungsperspektive und gehen nicht näher auf die Verhandlungen ein. Dies gilt besonders bei Schröter.

Hesse erklärt, die Handelsvertragsverhandlungen seien "ein Musterbeispiel der Wirkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland und der entsprechenden Reaktion in Schweden." Die Verhandlungen wurden "eine Auseinandersetzung um den Monopolprofit im Eisenerzgeschäft." Hesse erwähnt nicht, daß der größte Teil der deutschen Eisen- und Stahlindustrie schon im November 1920 ein Preisabkommen getroffen hatte. In seiner Dissertation wird in dieser Frage die deutsche Stahlindustrie nur durch die Thyssen A.G. vertreten, die ungefähr ein Sechstel des Exports der TGO nach Deutschland erhielt. Der Kampf zwischen der TGO und den Stahlkonzernen wird auf einen Kampf zwischen der TGO und Thyssen eingeschränkt. Auf diese Weise wird Thyssen zum Vertreter des deutschen "Monopolkapitalismus". Ein Kampf um den "Monopolprofit" wird aufgezeichnet. ¹⁾

Schröter, dem keine Möglichkeit gegeben wurde, das für die Verhandlungen zentrale Quellenmaterial in Potsdam und Merseburg einzusehen, scheint den Ausgang der Verhandlungen als einen Erfolg der gesamten deutschen Schwerindustrie zu beur-

teilen.²⁾ Dies kann, wie oben zu ersehen ist, kaum als richtig angesehen werden.

Die Schwerindustrie hatte aber bei den Verhandlungen eine zentrale Rolle gespielt. Sie hatte schnell auf die schwedische Kündigung reagiert, hinter der sie die TGO vermutete und von der man annahm, daß sie dazu bestimmt war, den Weg für die Einführung von Exportverboten für Erz zu bereiten. Auf deutscher Seite wurden die vorbereitenden Verhandlungen durch die Schwerindustrie dominiert und zusammen mit dem Reichswirtschaftsministerium verhinderte sie, daß Ende Februar ein Abkommen zustandekam. Schließlich gab sie aber – unter dem Eindruck des Scheiterns der Londoner Konferenz und der Sanktionen gegen Deutschland – ihren Widerstand auf und akzeptierte ein Abkommen, das sie vorher als unannehmbar bezeichnet hatte. Dieses verschlechterte die Verhandlungslage der Schwerindustrie im Verhältnis zu Frankreich in bezug auf die Minetteerze, was auch beachtet werden muß.

Auch auf schwedischer Seite hatte die Erzfrage eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt. Die Situation der TGO war im Herbst 1920 kritisch und ihre Forderungen nach Preiserhöhungen beeinflussten die schwedische Regierung in Richtung einer Kündigung des Handelsvertrags mit Deutschland. Aber es gab auch andere und vielleicht stärkere Gründe zur Kündigung. Die Bindungen der schwedischen Zölle durch den deutschen Vertrag waren lange ein Hindernis der protektionistischen Bestrebungen zur Durchsetzung von Zollerhöhungen gewesen. Sich von ihnen zu befreien, war eines der Ziele der Kündigung. Daß sich die Regierung weigerte, die Garantien zu verlängern, solange Thyssen nicht das Preisabkommen vom November 1920 akzeptierte, zeigt jedoch wie eng der Staat und die TGO in dieser Frage zusammenarbeiteten.

XII Schwedische Reaktionen und Bemühungen gegen die Sanktionen der Alliierten

XII.1 Reaktionen in der schwedischen Presse auf die Sanktionspolitik

Die Reaktionen der schwedischen Presse auf die Drohungen der

Alliierten vom 3. März 1921, Sanktionen zu ergreifen, waren äußerst scharf. Im "Socialdemokraten" erklärte Hjalmar Branting am 4. März in einem Leitartikel "Vor einer neuen Weltkatastrophe?", durch die Zwangsmaßnahmen der Alliierten würde der Krieg in gewisser Weise wieder aufgenommen. Branting unterstrich die Gefahr eines Zusammengehens zwischen Deutschland und Rußland. "Das Fiasko der Londoner Konferenz - wenn sie so endet, wie es jetzt aussieht - ist nicht der Triumph der drohenden Gläubiger, sondern der Lenins", erklärte er zum Schluß.¹⁾ Sein Parteikollege Arthur Engberg sprach am folgenden Tage in "Arbetet" die gleiche Auffassung aus: "Die Londoner Konferenz droht der Ausgangspunkt eines neuen Weltkrieges zu werden. Es nützt nichts, diese Tatsache zu vertuschen. Der Versailler Frieden steht vor dem Zusammenbruch ... Lenins Hoffnungen auf eine bolschewistische Front am Rhein können Wirklichkeit werden ... Wahrhaftig öffnet sich vor der westlichen Kultur ein Abgrund, und man fragt sich, ob die Staatsmänner, die den Deutschen in London das schroffe Viertagesultimatum gestellt haben, ihrer Verantwortung vor der Gegenwart und der Nachwelt gewachsen sind. Es liegt etwas wie heller Wahnsinn in dieser ganzen anberaumten Strafexpedition. Kommt sie zustande, steht Europa am Rande des Abgrunds." ²⁾

Der Verfasser des Leitartikels in der liberalen "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" stellte sich auch äußerst negativ zu dem Ultimatum: "Lloyd George und seine Mitspieler jagen Trugbilder. Diese Jagd ist gefährlich. Die Wirklichkeit geht ihren eigenen Weg, und eines Tages stürzt sie über den herein, der von seiner Phantasterei verhext ist."³⁾ In der konservativen "Nya Dagligt Allehanda" war der Ton ruhiger. Man hoffte auf amerikanische Vermittlung nach dem Antritt des neuen Präsidenten Harding und vermutete, daß "die Sanktionen, die von den Schwarzen des Marschalls (Fochs) durchgeführt werden sollten in Amerika wahrscheinlich großen Unwillen hervorrufen würden."⁴⁾ Das ebenso konservative "Stockholms Dagblad" zitierte Dr. Stockman aus Ibsens "Ein Volksfeind." Der deutsche Außenminister konnte die Vertreter der Siegermächte daran erinnern, daß der Versailler Frieden auf einer gesellschaftlichen Lüge nach der Konzeption

Ibsens begründet sei: "Sein Grundgedanke ist eine gegen die Wahrheit gerichtete Behauptung, die zu unterschreiben die deutsche Regierung vor fast zwei Jahren gegen ihre Überzeugung gezwungen wurde. Deutschland trägt nicht allein die Schuld am Weltkrieg." "Stockholms Dagblad" stimmte in Brantings Warnung ein, daß ein neuer Weltkrieg drohe.⁵⁾

Die liberale "Dagens Nyheter" war die einzige der hier behandelten größeren schwedischen Zeitungen, die das Ultimatum der Alliierten nicht verurteilte. Stattdessen gab man der deutschen Delegation die Hauptverantwortung für den Zusammenbruch der Londoner Verhandlungen, erklärte aber, der Standpunkt der deutschen Delegation sei schwer gewesen, da sie ihren Kampf an zwei Fronten führen mußte, teils gegen die Alliierten, teils gegen die deutsche Großindustrie. "In London ist auch Stinnes der Hauptfeind der Alliierten, und um ihn in seinen eigenen wirtschaftlichen Interessen zu treffen, hat man Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf für die Besetzung durch die Truppen der Alliierten ausgesucht," erklärte der Verfasser des Leitartikels in "Dagens Nyheter."⁶⁾

Nachdem die Alliierten begonnen hatten, die Sanktionsmaßnahmen durchzuführen, waren die Beurteilungen nicht weniger schroff. Am 8. März setzte Branting seine heftige Kritik in einem Leitartikel unter dem Thema "Eine Politik der Torheit" fort. Darin hieß es u.a. "Die Katastrophe ist also über uns hereingebrochen. Der Londoner Versuch ist endgültig gescheitert. An ihre eigenen Versprechen gebunden, angetrieben durch die aufgeputschte öffentliche Meinung, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch über die Siegerländer hereinbrechen sieht, wenn sich Deutschland nicht dazu verpflichtet, viel mehr zu bezahlen als irgendein Volk vermag, haben die leitenden Staatsmänner der Entente auch das Angebot Nr. 2 der Deutschen abgewiesen."⁷⁾ In "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" trug der Leitartikel die Überschrift "Der neue Krieg." Das alte Sprichwort, daß sich derjenige, der Frieden will, auf Krieg rüsten muß, scheint in der modernen Staatskunst auf 'willst du Frieden, beginne Krieg' umgemünzt worden zu sein."⁸⁾ Eine ähnliche Tonart wurde in der übrigen Presse laut, aber wieder mit Ausnahme von "Dagens Nyheter", die am 9. März die restliche Presse angriff, sich einer "panikarti-

gen Stimmungseruption" schuldig gemacht zu haben" ..., die mit dem Auftreten der politischen Sensationspresse beim Ausbruch des Weltkrieges viele Ähnlichkeiten aufweist." 9)

Wenn also die hier behandelte schwedische Presse in ihrer Verurteilung der alliierten Zwangsmaßnahmen auch ziemlich einig auftrat, scheint die Beurteilung der Folgen dieser Maßnahmen unterschiedlich gewesen zu sein.

Im sozialdemokratischen Hauptorgan erklärte man seine Solidarität mit der deutschen Arbeiterklasse und wandte sich gegen den Gedanken "daß die deutschen Arbeitermassen in einer Zeit, in der sich die Arbeiterklasse im allgemeinen erträglichere Lebensverhältnisse erkämpft hat, in tierische Ver-sklavung gestoßen werden sollen." (Arbetet 5.3.) Marschall Foch solle mit Hilfe der Waffen, erklärte Branting am 8. März ironisch in "Socialdemokraten", das deutsche Volk überzeugen, daß es "5,6,7 Milliarden jährlich in Goldmark bis in die Zeiten unserer Enkelkinder, nämlich bis 1963 bezahlen soll, ohne selbst zu einem verarmten Sklavenvolk herabzusinken und ohne daß eine unerhörte Sintflut deutscher Erzeugnisse auch die Länder, die diese in Empfang nehmen sollen, in bisher nie erlebte wirtschaftliche Katastrophen treibt."

Nicht weniger harte Worte über das Ziel der französischen Politik wurden in "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" gefällt. "Ihre (die der französischen Staatsmänner) Maßnahmen gegen Deutschland werden nicht von blindem Haß diktiert, sondern von einem sehr kalten, nüchternen und hellwachen Haß ... Nicht aus Versehen werden jetzt Strafmaßnahmen ergriffen, deren Wirkung verschärfter Hunger für das deutsche Volk sein wird, namentlich für die Kinder ... Es ist die nackte Tatsache, daß eine Beschneidung der Lebensbedingungen des deutschen Volkes erstrebt wird. Die französische Politik will ein Hinsiechen des Volksstammes an sich erzwingen. Es ist ein Vernichtungskrieg, den man da führt." 10)

Die Kritik an Frankreich in "Svenska Dagbladet" war nicht schonungsloser. Dort führte Gustav Cassel am 13. März die Feder in einem Leitartikel "Wird die Vernunft siegen?" Cassel warnte, Frankreich stehe im Begriff, die Sympathien der Welt zu verlieren. "Die Rolle des Gelderpressers ist immer verhaßt

gewesen. Sie muß der Welt völlig widerwärtig erscheinen, wenn sie - wie jetzt vorgesehen - angewandt wird. Die Erpressung eines besiegten Volkes, das im Kampf gegen Hunger, Kälte und Tuberkulose sein Äußerstes tut, um sich aufrecht zu erhalten, eine Erpressung von Menschen unserer eigenen Rasse mit Hilfe von Negertruppen aus dem tiefsten Afrika muß in der ganzen zivilisierten Welt einen instinktiven Widerwillen erwecken ... Gewinnt dann die Einstellung die Überhand, daß die französische Politik der Erpressung für die Gesundung der Weltwirtschaft der eigentliche Hemmschuh ist, die eigentliche Ursache der anhaltenden wirtschaftlichen Misere, dann wird der Vorrat der Sympathien, von denen Frankreich bis jetzt gelebt hat, sehr schnell verbraucht sein." 11)

Die Kommentare zu Lloyd Georges Erklärung im Unterhaus am 8. März über die neutralen Staaten und einen eventuellen deutschen Export über jene nach England waren auf verschiedenen Seiten ziemlich erregt. "Nya Dagligt Allehanda" erläuterte Lloyd Georges Ausspruch im Unterhaus (I do not care, etc.) Jetzt bekäme man für die ganze genial ausgedachte Handelsespionage der Kriegszeit zurückbezahlt. Schweden würde gezwungen werden, eine neue Handelskommission einzurichten, um die Ursprungszertifikate zu überprüfen. Um eine allzu starke Steigerung zu verhindern, würde es nötig werden, Importverbote einzuführen. Zur Bewilligung von Einfuhrlizenzen würde man vielleicht gezwungen sein, wieder eine Industriekommission einzusetzen. Die Zeitung nutzte die Geschehnisse dazu aus, in der Zollfrage gegen die Linke zu polemisieren. Obwohl die Linke seit der Brüsseler Konferenz im Herbst 1920 versichert hatte, daß "freihandelsfreundliche Winde bliesen," "kommt aus dem Zentrum des Freihandels die Nachricht über neue 'Zwangsjacken'. Die Furien des Völkerhasses sind nicht, wie man gehofft hatte, ins Reich der Schatten vertrieben worden, sondern sie begeben sich wieder auf Raubzüge durch die Welt. Die neutralen Länder werden wieder einmal gegen ihren Willen mit in den Wirbel gerissen, wenn nicht ein Rückzieher der Pariser und Londoner Beschlüsse gemacht wird." 12)

In der "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" war die Kritik an England noch schärfer. Weder Holland noch Schweden könnten sich vorstellen, sich in die Streitigkeiten der Mäch-

tigen einzumischen. "Aber beide Länder werden ihrerseits sicher verstehen, in aller Bescheidenheit ihre handelspolitische Unabhängigkeit zu behaupten." Die Kontrolle der Engländer über die Einfuhr von Erzeugnissen deutschen Ursprungs setze voraus, daß die Kontrolle aus der Kriegszeit mit Schwarzen Listen und Handelsspionage wieder eingeführt würde. "Das kann die englische Regierung versuchen, in diesem Punkt kann man natürlich nicht mit einem Entgegenkommen der neutralen Völker rechnen. Mr. George scheint so in seiner weiteren Kriegführung aufzugehen, daß er nicht gemerkt hat, daß sich die Zeiten indessen etwas geändert haben."¹³⁾ "Stockholms-tidningen" meinte, der Friedensvertrag müsse revidiert werden. "Jetzt treibt man den Wahnsinn bis zur äußersten Konsequenz, die Folge davon wird u.a. sein, daß Deutschland in Wirklichkeit nie dazu gebracht werden kann, die hohen Reparationen zu zahlen, die es sonst im Rahmen seiner Möglichkeiten und der in Zukunft zu erhaltenden Lebenskraft aufbringen könnte."¹⁴⁾ Was die Kontrolle des Handels der neutralen Staaten betraf, versicherte Cassel in "Svenska Dagbladet," daß man seitens der Neutralen klarmachen müsse, "daß wir uns diesmal ähnlichen Machtansprüchen gegenüber, wie denen während des Krieges nicht so nachgiebig zeigen werden, und daß eine Wiederholung ausländischer Inquisition unseres Wirtschaftslebens absolut nicht geduldet wird." Aber Cassel glaubte, eine englische Regierung, die so fundamental im Widerspruch zu den englischen Wirtschaftsinteressen handle, daß sie den Handel Englands mit Deutschland zunichte mache, würde nicht langlebig sein. ¹⁵⁾

Auch die Rolle des Völkerbundes in der Sanktionsfrage wurde in einigen Zeitungen in Leitartikeln behandelt. Am 8. März wandte sich "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" in einem Leitartikel "Der neue Krieg" gegen den Gedanken, daß der Bund als "Werkzeug der französischen und englischen Gewaltpolitik" ausgenutzt werden solle. Wenn die Alliierten versuchten, den Bund dazu auszunützen, eine Blockade des deutschen Volkes durchzuführen, habe Schweden keinen Anlaß "in diesem durch die Gründer schon so sehr kompromittierten Bund" zu bleiben, erklärte der Verfasser des Leitartikels. ¹⁶⁾ Am 12. März richtete der Linkssozialist Carl Lindhagen in der

Ersten Kammer eine Anfrage an Außenminister Wrangel. Er wollte wissen, ob die schwedische Regierung vorhabe, den Völkerbund aufzufordern, zwischen der Entente und Deutschland zu vermitteln, oder ob die schwedische Regierung stattdessen aus eigener Initiative die Staaten der Welt beschwören wolle, "über eine Außenpolitik zu beraten, die ähnlichen Bedrohungen der Menschheit zuvorkommt." "Dagens Nyheter" kommentierte am 16. März in einem Leitartikel "Der Völkerbund und die Sanktionen," Lindhagens Vorschlag mit Ironie, daß Schweden doch ohne die Mitwirkung des Völkerbundes eine Weltkonferenz einberufen sollte. Daß der Völkerbundsrat die Frage behandeln würde, hielt die Zeitung für unwahrscheinlich. Der Friedensabschluß und alles, was damit zusammenhing sei eine Sache der Kriegführenden, behauptete die Zeitung. Der Völkerbund habe weder Autorität noch Macht, den arbiter mundi zu spielen. ¹⁸⁾

Diese kurze Übersicht über die Behandlung der Krise in der Reparationsfrage Anfang März 1921 in Leitartikeln einiger einflußreicher schwedischer Zeitungen läßt erkennen, daß deren Einstellung zur Politik der Alliierten - mit Ausnahme von "Dagens Nyheter" - äußerst kritisch war. Dies gilt sowohl für die sozialdemokratischen Zeitungen als auch für die liberalen und die konservativen. Interessant ist die extrem kritische Haltung des vorher so ententefreundlichen Hjalmar Branting.

Die Kritik richtete sich vor allem gegen Frankreich, aber auch gegen die englischen Pläne. Bittere Kommentare wurden laut anläßlich der 50%-igen Abgabe, die die Handelsfreiheit der neutralen Länder beschränken sollte. Die schwedische Regierung hatte offensichtlich mit einer ziemlich einheitlichen Meinung seitens der schwedischen Öffentlichkeit zu rechnen.

XII.2 Die Sanktionen und die skandinavische Zusammenarbeit

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Londoner Konferenz wurden die während des Krieges neutralen Staaten sofort über die Maßnahmen der Alliierten Deutschland gegenüber unterrichtet. Auf schwedischer Seite geschah dies dadurch, daß der britische Gesandte in Stockholm, Colville Barclay, am 14.

März eine Note mit Angaben über drei englische Sanktionen überreichte, sowie eine Erklärung, daß die englische Regierung am 11. März im Parlament eine Gesetzesvorlage - "Reparation Recovery Bill" - eingebracht habe über die Beschlagnahme von 50% der Zahlungen für deutsche Erzeugnisse zu Reparationszwecken. Außerdem erklärte die englische Regierung, unter Erzeugnissen deutschen Ursprungs für den Export nach England auf dem Umweg über ein drittes Land verstehe man Waren, die zu 75% oder mehr ihres Wertes aus deutscher Herstellung stammten. Das Board of Trade sei jedoch bevollmächtigt, jegliche Ware jederzeit von diesem Gesetz auszunehmen, den Prozentsatz, der dem englischen Staat bezahlt werden sollte, herabzusetzen und den Prozentsatz, der der Bestimmung der Ware deutschen Ursprungs zugrunde liege oder nicht, zu ändern. ¹⁾

Am 21. und 24. März 1921 überreichte der britische Gesandte Verbalnoten, in denen erklärt wurde, englischerseits fordere man für schwedische Erzeugnisse, die nach England geliefert werden sollten, Ursprungszertifikate, die vom britischen Konsul ausgestellt wären. Um den Ursprung der Ware kontrollieren zu können, fordere man auch Einblick in die Dokumente und Geschäftsbücher des jeweiligen Schiffseigners. ²⁾

Der sich verhärtende Druck der Alliierten führte zuerst zu Versuchen, eine skandinavische Zusammenarbeit in dieser Frage zustandezubringen.

Am 17. und 18. März besuchten Torvald Höjer und Karl Axel Fryxell Kopenhagen, um dort für das Zoll- und Vertragskomitee mit den Delegierten des dänischen Skandinavischen Ausschusses Clan und H.P. Prior zu verhandeln. Man einigte sich darauf, irgendwann im April die skandinavischen Ausschüsse nach Kopenhagen einzuberufen, um u.a. die Frage eines gemeinsamen skandinavischen Auftretens aus Anlaß der Londoner Sanktionen zu behandeln. Man sollte sich dabei besonders der Frage widmen, welche Maßnahmen nötig werden könnten anläßlich der Ursprungszertifikatforderungen und wegen eines eventuell steigenden deutschen Imports auf Grund der Sanktionen. Bezüglich der zu erwartenden alliierten Kontrolle des Ursprungs von Waren hatte Clan laut Höjer erklärt, Dänemark wolle versuchen,

wie während des Krieges, Industrirådet und die sog. Grossersocieteten, d.h. binnendänische Organe, die Kontrolle durchführen zu lassen. Höjer, dem besonders daran gelegen zu sein schien, Zoll- und Importverbote gegen deutschen Import zustandezubringen, meinte, bei Gesprächen mit Außenminister Scavenius habe er diesen dafür aufgeschlossener gefunden als Clan, der erklärt habe, die Bauernparteien, die "die politische Situation völlig beherrschen," würden soetwas nicht zulassen. Scavenius habe außerdem mehrmals die Bedeutung einer skandinavischen Zusammenarbeit in dieser Frage hervorgehoben. ³⁾

Die Kritik, die im Herbst 1920 in Norwegen gegen die skandinavischen Ministerkonferenzen in der Presse vorgekommen war, wurde Anfang 1921 fortgesetzt. ⁴⁾ Während der großen Eröffnungsdebatte im Reichstag am 28. Februar erklärte Castberg, diese seien der gefährlichste Ausdruck der skandinavischen Zusammenarbeit und "diesen geheimen, unverantwortlichen Ministerkonferenzen ohne konstitutionelle Bedeutung müsse ein Ende gesetzt werden." ⁵⁾ Auch wenn sich die norwegische Regierung weiterhin zur Zusammenarbeit bekannte, meinte man bei den Schweden, auf Grund der ständigen Angriffe, müsse jede norwegische Regierung, welcher Partei sie auch angehören würde, bezüglich einer Erweiterung der Zusammenarbeit äußerst vorsichtig vorgehen. ⁶⁾ Die Möglichkeiten, in der Sanktionsfrage eine skandinavische Zusammenarbeit zu erreichen, wurden durch die norwegische Kritik beschnitten. Als der dänische Gesandte in Kristiania Ende März bei Michelet Sondierungen vornahm, wie man sich zu "dem schwedischen Apropos einer skandinavischen Ministerkonferenz über die Sanktionsfrage stelle", wollte dieser die Sache auf die Zukunft verschieben. ⁷⁾ Als Wrangel Ramel die norwegische Antwort übermittelte, erklärte er diesem, daß die Angriffe, die neulich gegen die Ministerkonferenzen gerichtet worden seien, die Einberufung einer solchen gerade in diesen Tagen kaum opportun erscheinen liessen. ⁸⁾ Die Kritik in Norwegen hatte offensichtlich die Zusammenarbeit erschwert.

Wrangel forderte am 21. März das Zoll- und Vertragskomitee auf, sich über die Sanktionsbeschlüsse und die englische Gesetzesvorlage über die 50%-ige Abgabe zu äußern. ⁹⁾ Am glei-

chen Tag wurde Fryxell durch Höjer über die Reaktionen auf die Londoner Beschlüsse unterrichtet, die bisher von den Gesandtschaften der Alliierten gekommen waren.¹⁰⁾

Die Gesetzesvorlage der englischen Regierung wurde am 22. März vom Parlament angenommen und sollte am 1. April in Kraft treten. Die schwedische Regierung wollte offiziell keine Maßnahmen ergreifen, um sich dadurch nicht zu binden, wenn es sich später als notwendig erweisen würde, daß man gegen Maßnahmen der britischen Regierung protestieren müßte. Sie ließ deshalb am 26. März den Exportverein durch eine Anzeige in der Presse mitteilen, vom 1. April 1921 ab fordere die englische Regierung besondere Ursprungsbeweise, vom englischen Konsul ausgestellt, damit vermieden würde, daß Erzeugnisse nach dem neuen Gesetz als deutsche behandelt würden.¹¹⁾

Am 1. April teilte das dänische Generalkonsulat in Stockholm dem Kabinettssekretär Boström mit, die dänische Regierung habe ihren Zollbehörden in Auftrag gegeben, die Ursprungszertifikate auszustellen. Die dänische Regierung war nicht sogleich durch die britische Gesandtschaft über die Ursprungsbeweise unterrichtet worden wie die schwedische. Erst am 4. April gab die britische Gesandtschaft in Kopenhagen durch Ritzaus Bureau bekannt, daß die Ursprungszertifikate durch die britischen Konsuln ausgefertigt werden sollten. Scavenius und Clan versicherten Beck-Friis einstimmig, die dänische Regierung wolle nicht darauf eingehen, ausländische Beamte die Bücher der Exporteure überprüfen zu lassen. Scavenius bezeichnete dies als einen Eingriff in die dänische Souveränität und wollte die verhaßte Handelsspionage der Kriegszeit nicht wieder haben.¹²⁾

Ein innerer Kreis des schwedischen Zoll- und Vertragskomitees erörterte am 31. März die schwedische Situation in dieser Frage. Man einigte sich darüber, vorläufig eine abwartende Haltung einzunehmen und während der nächsten Tage zu versuchen zu erfahren, wie die Engländer die Bestimmungen der Ursprungszertifikate durchführten. Danach wollte man einen Verfahrensvorschlag ausarbeiten. Seitens des Zoll- und Vertragskomitees gedachte man zunächst, die Engländer dazu zu bringen gutzuheißen, daß die schwedische Handelskammer oder die Zollbehörden die gewünschten Ursprungsbeweise ausstell-

ten. Auf diese Weise würde man das gegen die schwedische Souveränität gerichtete Verfahren umgehen, daß Dokumente und Geschäftsbücher schwedischer Staatsbürger von ausländischen Behörden überprüft wurden. ¹³⁾

Wrangels Aufforderung, sich über die Sanktionen zu äußern, wurde zwei Tage lang - vom 4. bis 6. April - auf einer Sitzung in pleno vom Zoll- und Vertragskomitee Folge geleistet. Das magere Beschlußprotokoll darüber gibt keine Auskunft über die Diskussionen um die einzige Frage der Tagesordnung, die Gegenstand eingehender Diskussionen der zweitägigen Sitzung gewesen sein muß.

Man beschloß jedoch, dem Außenministerium ein dem Protokoll beigefügtes vorläufiges Gutachten zu überreichen. ¹⁴⁾ Darin befindet das Komitee, daß die britische Gesetzgebung in ihren Konsequenzen unzweideutig mit dem Handelsvertrag mit England von 1826 in Widerspruch geraten könnte. Als Begründung dieser Beurteilung wurde später eine Denkschrift von Professor Davidson zugefügt. ¹⁵⁾

Auch wenn die besonderen Bestimmungen des englischen Gesetzes nicht gegen den Handelsvertrag verstießen, könne man sich vorstellen, daß es durch die Anwendung der britischen Behörden in Widerspruch zu Schwedens Recht zur Meistbegünstigung geraten könne, erklärte das Komitee in seinem Gutachten. Dies sei offensichtlich der Fall, da die Engländer im allgemeinen keine Ursprungszertifikate für Erzeugnisse außereuropäischer Länder verlangten.

Das Komitee stellte auch in Frage, ob die Gesetzesbestimmungen an und für sich mit dem übereinstimmen, was man als geltendes Völkerrecht ansehe oder mit anerkannten Rechtsgrundsätzen überhaupt. Was man näher damit meinte, wurde in der Denkschrift nicht ausgeführt, sondern man setzte voraus, daß die Frage Gegenstand einer Sachverständigenuntersuchung werden würde. Außerdem hob das Komitee hervor, die britische Gesetzgebung würde sich nachteilig auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau ganz Europas auswirken. Auch die häufigen undeutlichen Formulierungen beinhalteten einen für den schwedischen Export schädlichen Unsicherheitsfaktor. Dieser entstehe durch die Ursprungszertifikatsbestimmungen. Es herrsche Unklarheit

darüber, ob die britischen Behörden die im Exportland ausgestellten Ursprungsbeweise gutheißen würden. Daß sich die englischen Konsuln mit dieser Sache befassen könnten "ruft starke Zweifel hervor, da dadurch für die schwedischen Geschäftsleute die Gefahr besteht, parteiisch behandelt zu werden."¹⁶⁾ Das Komitee fürchtete, daß Kontrollsystem der Kriegszeit würde neu aufleben. Das Zoll- und Vertragskomitee erklärte, sich an die Handelskammer des Landes wie an Schwedens Exportverein gewandt zu haben, um sich über deren Erfahrungen bezüglich der Anwendung des Gesetzes zu informieren. Diesbezügliche Antworten lägen jedoch noch nicht vor. Was die Befürchtungen betreffe, daß sich der deutsche Export in größerem Maße nach Schweden verlagern könnte, so verfolge man aufmerksam diese Entwicklung und wolle, wenn nötig, Maßnahmen ergreifen, um einen für die schwedische Industrie verheerenden Import deutscher Erzeugnisse zu verhindern. Bezüglich eventueller größerer Möglichkeiten, deutsche Halbfabrikate in Schweden zu veredeln, warnte das Komitee davor, daß sich die Voraussetzungen dafür plötzlich ändern könnten, da allein das Board of Trade den Teil der Waren festlegen könne, der als Grundlage der Berechnung des Warenursprungs gelten sollte.¹⁷⁾ Schließlich hob das Komitee mit Schärfe hervor, man solle von schwedischer Seite alle Schritte vermeiden, die den Anschein erwecken könnten, daß man die britischen Maßnahmen anerkenne. Außerdem dürfe auch in den Situationen, in denen man sich an britische Behörden wenden müsse, dies unter keinen Umständen in der Form geschehen, die man als prinzipielle Anerkennung der britischen Gesetzgebung deuten könnten.¹⁸⁾

Die Sitzung der skandinavischen Ausschüsse kam erst am 25. und 26. April zustande. Man behandelte die Londoner Sanktionen äußerst kritisch. Der Vorsitzende der Tagung, Clan, erstattete Bericht über den Inhalt, der von den verschiedenen Ententeländern angenommenen Gesetze über die 50%-ige Abgabe und betonte die Nachteile, die diese für die Wirtschaft der skandinavischen Länder mit sich brächten. Danach wurde ein von norwegischer Seite vorgelegter Vorschlag über ein gemeinsames neutrales Gesuch an die Ententestaaten diskutiert. Die Mitglieder der norwegischen Delegation Throne Holst und H. Halvorsen waren ausgesprochen proskandinavisch eingestellt.

Throne Holst war Vorsitzender des norwegischen "Föreningen Norden." In dem Vorschlag sollte man die schädliche Einwirkung der Sanktionen auf die Weltwirtschaft und besonders auf die der neutralen Länder hervorheben.

Die Frage wurde weitergeleitet an einen Drei Personen-Ausschuß, dem für Dänemark Redakteur Thalbitzer, für Norwegen Direktor Throne-Holst und für Schweden der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete C.E. Svensson angehörten.

Die Erklärung, auf die sich dieser Ausschuß einigte, ist eine interessante Urkunde. Die Verurteilung der Londoner Sanktionen ist dazu äußerst scharf. Da die deutsche Regierung die Exporteure nicht schadlos entschädigen wolle, wirke die 50%-ige Abgabe eher wie ein prohibitiver Schutzzoll, und zusammen mit den Kontrollbestimmungen für den Export aus neutralen Staaten könnte sie am ehesten mit einer Wiederaufnahme der Blockade Deutschlands während der Kriegszeit charakterisiert werden. Die Londoner Beschlüsse ständen im direkten Gegensatz zu den auf der Brüsseler Finanzkonferenz im September 1920 angenommenen Grundsätzen und bedeuteten einen Rückfall in die während des Krieges angewandten Methoden. Eventuelle Vorteile der Neutralen durch das Verschwinden deutscher Konkurrenz auf den Märkten der Alliierten bedeuteten wenig im Vergleich zu der allgemeinen Depression, die der schwere Eingriff in den freien Handel zur Folge haben müßte. Die Handelskontrolle sei ein Eingriff in die Selbständigkeit der neutralen Staaten. Außerdem würde die Entfaltung des freien Handels durch die Schutzmaßnahmen, die man dem deutschen Export gegenüber gezwungen wäre zu ergreifen, beeinträchtigt werden. Der Drei-Personen Ausschuß beschloß seine Erklärung wie folgt: "Die Maßnahmen der Alliierten liegen im Widerstreit zu all dem, nach dem sich die ganze zivilisierte Welt sehnt: der Wiederkehr normaler Zeiten mit ruhiger und zielbewußter gemeinsamer Arbeit unter den Völkern, um das wieder aufzubauen, was durch den Krieg zerstört worden ist."

Die skandinavischen Ausschüsse entschlossen sich, ihre respektiven Regierungen aufzufordern zu erwägen, ob die skandinavischen Länder nicht zusammen mit den übrigen neutralen Staaten Europas eine Eingabe rein prinzipieller Art über die

50%-ige Abgabe, mit den Argumenten des Drei-Personen-Ausschusses als Grundlage, bei der Entente machen sollten. Außerdem sollte man die englische Regierung durch einen Antrag dazu bringen, die Kompetenz der skandinavischen Länder anzuerkennen, Ursprungszertifikate auszustellen. ¹⁹⁾

Trotzdem man auf der Sitzung in seiner Stellungnahme gegen die Sanktionen eine solche Einigkeit zeigte, wurde es bald offenkundig, daß diese nur von geringer Bedeutung war. Zum ersten verloren diese Probleme durch die Entwicklung der Reparationsfrage sehr schnell an Aktualität, zum zweiten geschah bald ein Umschwung der norwegischen Politik. Im Juni fand in Norwegen ein Regierungswechsel statt. Die Rechtsregierung O.B. Halvorsen dankte ab und wurde durch eine Linksregierung unter O.A. Blehr ersetzt. Während der Reichstagsdebatte am 21. Juli distanzierte sich Blehr - der Angriffen von Castberg und Hegge ausgesetzt war - von den Ministerkonferenzen und dem Gedanken an eine neue im Jahr 1921.²⁰⁾ Es dauerte auch nicht lange, bis der neue Außenminister A.C. Raestad für die norwegische Skandinavienpolitik einen geänderten Kurs ankündigte. Im August wurde den Schweden mitgeteilt, die Norweger wollten, daß die Vorbehaltsklausel so erweitert würde, daß sie auch Finnland umfasse.²¹⁾ Im September wurden das norwegische Vertragskomitee und der skandinavische Ausschuß aufgelöst.²²⁾ Von schwedischer Seite faßte man den norwegischen Vorschlag so auf, daß man auf diese Weise die skandinavische Vorbehaltsklausel zu einer gewöhnlichen Nachbarstaatsklausel umändern wollte.²³⁾ Die neue norwegische Regierung machte sich nach und nach von der skandinavischen Zusammenarbeit frei. Eine skandinavische Delegiertenkonferenz machte schließlich im Oktober 1922 eine verwässerte Erklärung über die Vorbehaltsklausel. Auch die Pläne skandinavischer Zollpräferenzen wurden begraben. Eine neue Ministerkonferenz kam während der zwanziger Jahre nicht mehr zustande. Die großen Erwartungen, die man von gewisser Seite auf die skandinavische Zusammenarbeit hatte, wurden also nicht erfüllt. Die Versuche, der Krisensituation der Nachkriegszeit durch skandinavische Zusammenarbeit zu begegnen, scheiterten im großen ganzen.

XII.3 Schwedische Versuche, die Unterstützung der neutralen europäischen Kleinstaaten für eine Demarche in London zu gewinnen

Schweden ergriff auch die Initiative zu einer breitem internationalen Zusammenarbeit.

Kurz nach der Londoner Konferenz am 10. März 1921 hatte die deutsche Regierung beim Völkerbundsrat gegen die Sanktionen der Alliierten protestiert und behauptet, diese seien rechtlich nicht begründet. Der Generalsekretär des Rates, Erik Drummond, wies am 17. März diesen deutschen Protest zurück.¹⁾ Der Völkerrechtssachverständige der schwedischen Delegation in Genf, Åke Hammarskjöld, schrieb am 18. März 1921 in einem Brief an den Gesandten in Bern, T. Adlercreutz, es sei zweifelhaft, ob der Völkerbundsrat die Frage behandeln würde. Hammarskjöld meinte, die Neutralen sollten eingreifen, wenn sie einen Fortbestand des Völkerbundes wünschten. Aber eine eventuelle Eingabe beim Völkerbund dürfe nicht in Form eines Protestes oder ähnlichem gemacht werden, sondern nur in Form einer Forderung nach einer Untersuchung darüber, welche Pflichten und Rechte die früher neutralen Staaten dem Bund gegenüber hätten.²⁾

Als Nadolny am 21. März eine Abschrift des deutschen Protestes beim Völkerbund an Wrangel überreichte, verpflichtete sich dieser, den schwedischen Delegierten in Genf, Baron Marks von Würtemberg, in der Frage zu hören.³⁾ In einer Denkschrift darüber erklärte Würtemberg einige Tage später, nach den Statuten hätte der Zwist vom Rat behandelt werden sollen. Es wäre dessen Pflicht gewesen, da sich Deutschland an ihn gewandt habe, aus eigener Initiative die Frage zur Behandlung aufzugreifen. Da dies nicht geschehen sei, hätte nach Artikel II, Abschnitt 2, jedes Mitglied das Recht, das Interesse des Rates auf die Frage zu lenken. Da heißt es nämlich, jedes Mitglied des Völkerbundes habe das Recht, "freundschaftlich die Aufmerksamkeit der Versammlung oder des Rates auf jede Tatsache zu richten, die so beschaffen ist, daß sie ungünstig auf die internationalen Verbindungen einwirken kann und demzufolge droht, den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Völkern, worauf der Frieden beruht, zu stören."⁴⁾ Würtemberg zweifelte jedoch daran, ob es ratsam sei, daß

Schweden in der Frage etwas unternähme. Ein Jahr davor, als die Franzosen Frankfurt besetzten, sei im schwedischen Außenministerium ein ähnlicher Vorschlag gemacht worden. Trotz der starken Sympathien, die man innerhalb der Regierung für den Vorschlag hegte, führte er zu keinem Ergebnis, "was mit der damaligen Lage der Ålandfrage zusammenhing," behauptete Württemberg. Wenn sich der Rat nun doch weigere, die Sanktionsfrage zu behandeln, obwohl eines seiner Mitglieder dies verlange, sei seine Unfähigkeit demonstriert worden. ⁵⁾

Eine solche Aktion würde jedoch großen Unwillen bei den Alliierten hervorrufen. In einem Brief vom 25. März an Adlercreutz erklärte Hammarskjöld, Drummond habe geäußert, ein Apell der Nicht-Alliierten laut Artikel II an den Völkerbund dürfte sehr gefährlich sein und von den Alliierten sehr ungunst aufgenommen werden. ⁶⁾

So wurde nichts aus einer schwedischen Aktion im Völkerbund. Die Regierung entschied sich stattdessen, alleine vorzugehen. Über die Sanktionen wurde im Außenministerium sorgfältig eine Note ausgearbeitet, die an die britische Regierung gerichtet war, und in der man diese aufforderte, deren Inhalt an die Alliierten weiterzuleiten. Die schwedische Regierung ging in der Note von der schlechten Weltwirtschaftslage aus und berief sich auf die große Finanzkonferenz in Brüssel im September 1920, wo u.a. behauptet worden war, daß der internationale Handel so bald wie möglich von aller Kontrolle befreit werden müsse. Man könne jedoch keine Besserung der wirtschaftlichen Lage feststellen. Die durch die Alliierten beschlossenen Sanktionen hätten die Zukunftsaussichten noch verdunkelt. Unter den Maßnahmen der Alliierten sei besonders der Beschluß, den deutschen Export mit einer Gebühr zu belegen, dazu angetan, einem wirtschaftlichen Aufstieg entgegenzuarbeiten. Was die Wirkung des Beschlusses auf die schwedischen Interessen anbelange, fand die Regierung, müsse man in Frage stellen, ob die Beschlüsse nicht im Widerstreit zu den geltenden Rechtsgrundsätzen ständen.

Die Regierung wolle sich jedoch nicht bei den rechtlichen Gesichtspunkten der Sache aufhalten, hieß es weiter in der Note. Stattdessen wolle man auf den ernststen Schaden hinweisen, den die Maßnahmen der Alliierten "mit Sicherheit Schwedens Wirt-

schaftsleben und nicht zuletzt seinen Geschäftsverbindungen mit Großbritannien zufügen werden." Man hob auch die Nachteile hervor, die die Ursprungszertifikate zur Folge hätten und fürchtete, daß das damit verbundene System zur Wiederbelegung des Kontrollsystems der Kriegszeit führen könne. Außerdem würden sich die deutschen Exporteure in erhöhtem Maße auf den schwedischen Markt einstellen. Dies könne für die schwedische Industrie, die sich so schon in einer schwierigen Lage befinde, dazu führen, daß sie "einer äußerst schweren Konkurrenz ausgesetzt wird", oder daß man von schwedischer Seite Maßnahmen ergreifen müßte, die in höchstem Grad hemmend im internationalen Handel wirken würden.

Die vom Board of Trade ausgefertigten Gebrauchsvorschriften, daß für europäische aber nicht für außereuropäische Importwaren nach England Ursprungszertifikate benötigt würden, wurden von der schwedischen Regierung als im offensichtlichen Widerspruch stehend zu der gegenseitigen Meistbegünstigung des schwedisch-englischen Handelsvertrags bezeichnet. Die Regierung erhob gegen dieses Verfahren "ihren entschiedenen Einspruch."

In ihrer Argumentation stimmt die Note mit dem Gutachten des Zoll- und Vertragskomitees vom 6. April überein. Man kann daraus die einleuchtende Schlußfolgerung ziehen, daß die Stellungnahme des Komitees von großer Bedeutung für Wrangels Beschluß gewesen ist, in der Sanktionsfrage eine Note nach England und an die Alliierten zu schicken. Sie war freilich in gemäßigttem Wortlaut formuliert, bedeutete aber in Wirklichkeit eine harte Abrechnung mit der Reparationspolitik der Alliierten. Man bezichtigte jene und vor allem Großbritannien als die Verantwortlichen für die wirtschaftliche Notlage in Europa. 7)

Durch ein Schreiben des Außenministers vom 12. April 1921, das für die Gesandtschaften in Kristiania, Kopenhagen, Haag und Bern bestimmt war, sollten diese über die Note und deren Hintergrund unterrichtet werden. Wrangel erklärte in diesem, nie abgesandten Schreiben, nachdem der Auswärtige Rat den Gedanken gutgeheißen habe, habe er die Absicht, der Regierung vorzuschlagen, dem britischen Gesandten in Stockholm als Ant-

wort auf die englischen Noten über die Londoner Beschlüsse und über die dadurch veranlaßte britische Gesetzgebung eine Eingabe zu überreichen. Die Präsentation würde größere Wirkung haben, wenn sich auch die anderen neutralen Staaten zu ähnlichen Eingaben entschließen könnten. Wrangel erklärte nicht genauer, warum er sich keinen gemeinsamen Antrag gedacht hatte, sondern nur auf die jetzigen Verhältnisse hinwies. Er hatte jedoch, um den übrigen Neutralen die Möglichkeit zu geben, wie Schweden zu handeln, den Vertretern der dänischen, norwegischen, niederländischen und Schweizer Regierungen Abschriften der Note überreicht und sie gebeten, ihren Regierungen deren Inhalt mitzuteilen. Außerdem wollte Wrangel zu verstehen geben, daß die schwedische Regierung die Note in einigen Tagen der englischen überreichen würde. Der Außenminister wollte offensichtlich eine sorgsam durchgeführte Aktion in der Sanktionsfrage durchführen. ⁸⁾

Die von Wrangel genannte Behandlung der Frage im Auswärtigen Rat fand am 12. April 1921 statt. ⁹⁾ Tags zuvor hatte der Außenminister Gustav V., der sich in Nizza befand, in einem Telegramm darüber unterrichtet, daß die Regierung erwäge, an die Entente eine Note zu richten im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die dem schwedischen Export durch die Sanktionen entständen. In dem Telegramm wird auf den gerade fertiggestellten Rapport der Berichterstatter des Völkerbundes in der Ålandfrage angespielt. Dieser war noch nicht veröffentlicht. Wrangel teilte mit, Zahle in Genf ließe durchblicken, daß dessen persönlicher Eindruck vom Ergebnis dieses Rapports wahrscheinlich keine Veränderung der Lage für die Souveränität der Ålandinseln bedeute. ¹⁰⁾

Aber Wrangel hatte offenbar versäumt, seine geplante Aktion bei den führenden Politikern des Landes zu verankern. Die Behandlung im Auswärtigen Rat wurde ein großer Rückschlag für ihn. In dem Bericht, der am nächsten Tag an Gustav V. nach Nizza telegraphiert wurde, teilte Wrangel mit, da der Auswärtige Rat mit großer Mehrheit Bedenken ausgesprochen habe, daß Schweden allein eine Demarche vornehmen wolle, habe man den Gedanken vorerst aufgegeben. Stattdessen untersuche man die Möglichkeit, einen gemeinsamen Antrag der Neutralen zustandezubringen. Die näheren Gründe des Widerstan-

des des Auswärtigen Rats gegen die Aktion wurden nicht genannt. 11)

Am gleichen Tag, dem 13. April, forderte Wrangel die Gesandtschaften auf, die Regierungen Dänemarks, Norwegens, der Niederlande, der Schweiz und Spaniens zu fragen, ob diese bereit seien, sich in irgendeiner Form einer gemeinsamen Demarche der neutralen Staaten Europas anzuschließen, um dadurch die Aufmerksamkeit der Entente auf die Schwierigkeiten zu lenken, die den Neutralen durch die Sanktionen entständen. 12)

Aber es zeigte sich, daß der Versuch der schwedischen Regierung, die neutralen Kleinstaaten zu einer gemeinsamen Eingabe zu überreden, ein sehr heikles Unternehmen war.

Der schwedische Gesandte in Kopenhagen Joakim Beck-Friis, suchte am 14. April Scavenius auf und legte den Vorschlag der schwedischen Regierung vor. Über diesen Vorschlag entspann sich eine Diskussion zwischen Beck-Friis, Scavenius und dem dazugerufenen Clan. Beck-Friis erfuhr, daß man auf dänischer Seite gar nicht geneigt war, einen solchen Antrag zu stellen. Als Grund wurde angegeben, wenn es nicht gelinge, die Neutralen zu einem solchen Ersuchen zu einigen, setze man sich der Gefahr aus, daß dieser Mißerfolg den Alliierten bekannt würde, "etwas, was auch bei größter Vorsicht nie verhindert werden kann." Außerdem würde eine eventuelle Demarche nur zu einer Antwort im üblichen Stil führen mit dem Hinweis, welches glückliches Los den Neutralen während des Krieges beschieden gewesen sei. Weiter hätten sich die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit den Sanktionen als nicht so besonders groß erwiesen. Beck-Friis erwähnte in seinem Bericht nicht, welche Risiken die dänische Regierung im Falle eines Mißlingens einzugehen fürchtete, aber offenbar handelte es sich um Vergeltungsmaßnahmen der einen oder anderen Art. 13)

Der niederländische Außenminister Herman von Karnebeek erklärte dem schwedischen Gesandten in Haag, C.G. Westman am 15. April, man würde sich gerne zu einer Demarche mit Schweden zusammentun, aber die Zeit sei dafür noch nicht reif. Die Sanktionen hätten für gewisse Ententeländer, besonders für Frankreich, Nachteile mit sich gebracht, und es liege deshalb im Interesse der Entente, deren Auswirkungen zu ver-

mindern. Eine Demarche der Neutralen in dieser Situation könne zur Folge haben, daß sich die Entente aus Prestige Gründen gezwungen sehe, eine völlige Beachtung der Sanktionen zu fordern.¹⁴⁾ Karnebeek hob auch hervor, durch einen Protest mit der Begründung, man fordere ja keine Ursprungszertifikate von Amerika, gehe man das Risiko einer englischen Kündigung der Handelsverträge ein. Während eines neuen Gesprächs mit Westman eine knappe Woche später wiederholte Karnebeek noch einmal, er halte die Zeit noch nicht für reif, und eine Eingabe müsse durch in der Praxis vorgekommene Schwierigkeiten begründet werden. Sie müsse sich außerdem auf die von der Entente eingeleitete Politik im allgemeinen beziehen, die das Ziel habe, zwar Deutschland unter Druck zu setzen, dabei aber gleichzeitig den Interessen der Neutralen schade. Das Ersuchen müsse vor allem den Willen der Neutralen ausdrücken, sich nicht als 'quantités négligeables' behandeln zu lassen.¹⁵⁾

Die norwegische Regierung erklärte sich bereit, an einer Diskussion über eine gemeinsame Eingabe mit den anderen neutralen Mächten teilzunehmen. Eine solche solle vor allem darauf hinauslaufen, dagegen zu protestieren, daß eine ausländische Behörde oder ein ausländischer Konsul bei der Ausstellung der geforderten Ursprungszertifikate mitwirke.¹⁶⁾

Der Schweizer Gesandte in Stockholm antwortete auf Wrangels Anfrage, seine Regierung stelle sich abwartend und ohne sich dadurch binden zu wollen, nehme man gerne weitere Informationen betreffs einer eventuellen Demarche in Empfang.¹⁷⁾

Der Gesandte in Madrid, Danielsson, berichtete von dort, die spanische Regierung sehe keinen Anlaß, sich der Demarche anzuschließen, da die Londoner Aktion Spanien in keiner Weise berühre.¹⁸⁾

Es war somit also unmöglich, die neutralen Kleinstaaten zu einer gemeinsamen Demarche zu bewegen. Ende April gab die schwedische Regierung ihren Versuch auf und teilte den betroffenen Regierungen mit, für die in Frage kommende Demarche sei der Zeitpunkt nicht geeignet und sie würde störend wirken auf die Reparationsverhandlungen, die im Gange seien, auf Grund einer Deutschen Forderung an die Regierung der Ver-

XII.4 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Reaktionen in der schwedischen Presse im März 1921 zeigten stark kritische Stimmungen gegen die Sanktionen der Alliierten und besonders gegen Frankreich. Um den Sanktionen entgegenzuarbeiten, versuchte die Regierung die skandinavische Zusammenarbeit zu mobilisieren. Unter dem Druck der lauten Kritik der Gegner der skandinavischen Zusammenarbeit wies aber die norwegische Regierung den Gedanken an eine Einberufung einer skandinavischen Ministerkonferenz über diese Frage zurück. Die innerhalb der skandinavischen Ausschüsse zustandegekommene Zusammenarbeit resultierte jedoch in einer scharf abgefaßten Erklärung zur Sanktionsfrage und einer Aufforderung an die Regierungen, zusammen mit anderen neutralen Staaten über die schädliche Wirkung der 50%-igen Abgabe auf den Handel der Neutralen eine vorsichtige Anfrage an die Ententestaaten zu richten. Die Maßnahme blieb aber auf Grund der weiteren Entwicklung der Reparationsfrage, die die 50%-ige Abgabe nicht mehr aktuell machte, ohne Bedeutung. Die skandinavische Zusammenarbeit hatte ihren Höhepunkt erreicht, und nachdem im Juni 1921 in Norwegen eine Linksregierung angetreten war, wurde sie nach und nach abgebaut. Die Pläne, eine skandinavische Vorbehaltsklausel und Präferenzzölle einzuführen, wurden allmählich aufgegeben.

Die schwedische Regierung untersuchte auch die Möglichkeiten, die Sanktionsfrage vor den Völkerbund zu bringen, gab den Gedanken aber bald auf, offenbar aus Furcht davor, sich die Unzufriedenheit der Entente zuzuziehen. Außenminister Wrangel ergriff stattdessen die Initiative zu einer schwedischen Demarche an Großbritannien über die unglücklichen Folgen der Sanktionen für die internationale wirtschaftliche Entwicklung und die Schäden, die die 50%-ige Abgabe verursachte. Im Außenministerium wurde hierüber eine Note ausgearbeitet. In dieser wurde hervorgehoben, daß die britische Forderung nach Ursprungszertifikaten nur für den Import aus Europa sich gegen die Meistbegünstigung des schwedisch-englischen Handelsvertrags richtete. Die Aktion scheiterte jedoch daran, daß

sich der Auswärtige Rat, der am 12. April 1921 zusammentrat, weigerte, die Aktion gutzuheißen. Die Anfrage an die britische Regierung kam nicht zustande. Stattdessen wollte der Auswärtige Rat, daß die Regierung die Möglichkeiten einer gemeinsamen Aktion der neutralen Kleinstaaten untersuchte. Die schwedische Regierung sondierte die Möglichkeiten, gab aber Ende April auf Grund des geringen Interesses an dem Vorschlag seine Bemühungen auf.

Die englischen Bestimmungen über die Anwendung der 50%-igen Abgabe den Neutralen gegenüber waren damals schon aufgelockert worden und die anderen Ententestaaten waren (mit Ausnahme Jugoslawiens) noch nicht dazu gekommen, Gesetzgebungsmaßnahmen in der Frage zu veranlassen.

Das diplomatische Spiel um die 50%-ige Abgabe beleuchtet also, welche geringe Möglichkeiten die Neutralen in dem von der Entente beherrschten Europa hatten, ihre Interessen zu verfechten oder gar zu verhindern, als *quantités négligeables* behandelt zu werden. Die Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen wirkte lähmend auf ihren Willen, etwas zu unternehmen, was wie eine Herausforderung der Entente aussehen konnte. Es blieb den Neutralen also kaum etwas anderes übrig, als sich den augenblicklichen Verhältnissen anzupassen. Die weitere Entwicklung der Verhandlungen mit Deutschland muß vor diesem Hintergrund gesehen werden.

XIII. Der Epilog zu den Verhandlungen

XIII.1 Der Preiskampf zwischen der TGO und Thyssen. Die TGO und die schwedische Regierung

Nach dem Versailler Frieden sollten die deutschen Reparationen bis zum 1. Mai 1921 festgelegt und ein Zahlungsplan ausgearbeitet und anerkannt worden sein. Ende April 1921 weigerte sich die deutsche Regierung jedoch immer noch, die Forderungen der Pariser Konferenz anzunehmen. Die Sanktionspolitik erschwerte Zugeständnisse von jedweder Seite. Die Positionen schienen festgefahren zu sein.

Vermittlung durch einen Außenstehenden schien der einzige

noch mögliche Ausweg zu sein. Die Vereinigten Staaten nahmen als Hauptbürgen in dem Darlehenssystem der Alliierten eine Schlüsselposition ein. Eine mögliche Lösung der Reparationsfrage war die, diese mit den interalliierten Schulden zu verknüpfen. Am 21. April 1921 richtete die deutsche Regierung an Washington eine Note mit der Bitte um Vermittlung zusammen mit der Verpflichtung, sich den Bedingungen zu unterwerfen, die die amerikanische Regierung stellen würde. Dieser deutschen Initiative waren Kontakte zu amerikanischen Geschäftskreisen und zum amerikanischen Geschäftsträger E.A. Dresel in Berlin vorausgegangen. Dieser Schritt war umso aufsehenerregender, als sich die Vereinigten Staaten und Deutschland noch im Kriegszustand miteinander befanden, da die Vereinigten Staaten den Versailler Frieden nicht ratifiziert hatten. ¹⁾

Washington wies jedoch schon am 22. April 1921 den deutschen Vorschlag zurück. Ein neuer deutscher Versuch vom 24. April, amerikanische Vermittlung zu erhalten, erlitt das gleiche Schicksal. Deutsche Anträge an die Neutralen u.a. in Stockholm um Unterstützung des deutschen Gesuchs wurden genauso abgewiesen. Die deutsche Isolation schien vollständig zu sein. ²⁾

In London konferierten die Alliierten seit dem 30. April darüber, wie man verfahren sollte. Französischerseits wurde eine unmittelbare Besetzung des Ruhrgebietes und die Blockade der deutschen Küsten gefordert, wenn sich Deutschland nicht bis zum 1. Mai gefügt hätte. Auf Grund englischen Widerstandes wurden ähnliche Maßnahmen aufgeschoben. Am 5. Mai wurde allerdings ein Ultimatum der Alliierten an Berlin gerichtet. Darin wurde gefordert, daß Deutschland sich innerhalb von sechs Tagen verpflichten sollte, 132 Milliarden Goldmark zu bezahlen, einmal einen Betrag von 2 Milliarden jährlich, zum anderen durch eine 26%-ige Abgabe auf den deutschen Export, die die deutsche Regierung an die Regierungen der Alliierten bezahlen sollte. ³⁾ Diese Bestimmung wurde in England an die "Recovery Reparation Act" gebunden. Deutschland wurde dazu verpflichtet, den deutschen Exporteuren die Abgabe zu ersetzen. Diese hatten deshalb keine Verteuerung des deutschen Exports nach England zur Folge und verlor damit ihren Cha-

rakter eines englischen Schutzzolls. 4)

Am Tag vor dem Ultimatum, am 4. Mai 1921 dankte die Regierung Fehrenbach ab. Durch den mißlungenen Versuch, eine amerikanische Vermittlung zustandezubringen, hatte sich die Stellung der Regierung - besonders die Außenminister Simons - stark verschlechtert. Deutschlands Lage war durch einen am 2. Mai ausgebrochenen dritten polnischen Aufruhr in Oberschlesien sogar noch ernster geworden. In dieser schwierigen Situation hatte Fehrenbach doch versucht, die Regierungsmacht zu behalten, änderte aber seine Pläne, als ihm auf einer Konferenz mit den Parteivorsitzenden klar wurde, daß die DVP die Regierung verlassen wollte.⁵⁾ Kurz vor dem Ultimatum hatten innerhalb der DVP die Gruppen um Stinnes und Stresemann zueinandergefunden in ihren Bestrebungen, eine Regierungsumbildung durchzuführen, eventuell mit Stresemann als Reichskanzler. Das Ultimatum der Alliierten machte eine solche Lösung unmöglich, da eine neue Regierung unter der Voraussetzung gebildet werden mußte, daß sie deren Bedingungen akzeptierte. Stresemann war bereit, dies unter gewissen Bedingungen bezüglich Oberschlesien zu tun. Aber in der Reichstagsfraktion überstimmte ihn die Stinnesgruppe. Die DVP erklärte, gegen eine Anerkennung des Ultimatus der Alliierten zu sein. Dadurch hatte sich die Partei außerhalb der neuen Regierung gestellt, da schon klar war, daß es im Reichstag eine Mehrheit für eine Annahme dieses Ultimatus gab.⁶⁾

Stattdessen übernahmen jetzt die "Erfüllungspolitiker" das Steuer. Reichskanzler wurde Wirth. Die Sozialdemokraten traten nun erneut in die Regierung ein. Dadurch kam eine neue sog. Weimarer Koalition zustande. Robert Schmidt wurde wieder Reichswirtschaftsminister. Etwas später wurde Walther Rathenau Minister für den Wiederaufbau.⁷⁾ Die Regierungsbildung bedeutete eine ausgeprägte Verschiebung nach links.

Der vertragslose Zustand der Handelsverbindungen zwischen Schweden und Deutschland hatte kurzfristig keine größere Bedeutung für den schwedischen Export nach Deutschland. Die Zollabfertigung erfolgte deutscherseits auf der Basis der Meistbegünstigung. Für Schweden bedeutete das, daß die Kontingentierungsbestimmungen wegfielen. Dies hatte zur Folge,

daß die deutschen Importverbote für Separatoren und Melkschmaschinen wieder in Kraft traten und den schwedischen Export dieser Erzeugnisse beeinträchtigten. Die Einfuhr von Pflastersteinen war nicht mehr zollfrei, und Berlin gehörte auch nicht mehr zum Importgebiet. Die Interessenten beklagten sich bei der schwedischen Regierung, unter ihnen auch Sandvikens Jernverks A.B.. Ein großer Teil seiner bedeutendsten Exporterzeugnisse für Deutschland war von "erheblichen Zollerhöhungen" betroffen worden. Die Führung des Unternehmens sprach jedoch ihre größte Unruhe darüber aus, daß die Vorteile, die man bei der Errichtung des Handelsvertrags von 1911 für den schwedischen Edelstahl erreicht hatte, nun verloren gingen. Man wollte deshalb so bald wie möglich wieder Verhandlungen über einen neuen Vertrag aufnehmen. Der Exportverein seinerseits reichte Klagen ein über die deutsche Behandlung des schwedischen Kieselerzexports, welcher unter Einschränkungen litt. 8)

Die deutschen Handelsverträge mit Österreich und der Schweiz liefen am 1. Juli 1921 ab. Deren für Schweden recht bedeutende Herabsetzungen des Generaltarifs hörten damit auf zu gelten. 9) Deutschland hatte sich endlich der Umwelt gegenüber einen einheitlichen Zolltarif verschafft, ein langerstrebtes handelspolitisches Ziel jener "Erfüllungspolitiker".

Der Erzexport nach Deutschland hielt allerdings an. Die TGO war gezwungen, der Thyssen-Hütte zu den alten Preisen Erz zu liefern, da sich Thyssen geweigert hatte, diese zu überprüfen. Durch die Meistbegünstigung war das schwedische Unternehmen verpflichtet, auch anderen Stahlwerken zu diesen Preisen zu liefern. Das Erz wurde ihnen aber zu den höheren Preisen, die im November 1920 festgesetzt worden waren, verkauft. Aber die Unzufriedenheit darüber wuchs innerhalb der Fahrenhorstgruppe, je mehr die Zeit verging. Die Wirtschaftskrise machte sich jetzt auch in der Eisen- und Stahlindustrie bemerkbar, die sich bis dahin in der allgemeinen Krise verhältnismäßig gut behauptet hatte. In seinem Bericht an den Reichspräsidenten über die wirtschaftliche Lage des Landes während des Mai 1921 erklärte Robert Schmidt u.a., das Erzangebot sei groß und die Preise fallend. Man habe einige Maßnahmen ergriffen, um den Import zu erleichtern, diese kämen

aber den besetzten Gebieten im Westen nicht zugute. "In den durch die Rheinzolllinie abgetrennten Gebieten wurden vielmehr der Einfuhr vor allem schwedischer und spanischer Erze die größten Schwierigkeiten gemacht, und erst am 27. Mai 1921 ist die Einfuhr wenigstens von Eisenerzen von der Einfuhrkontrolle freigestellt worden", erklärte der Reichswirtschaftsminister.¹⁰⁾ Die auf dem Weltmarkt sinkenden Erzpreise trugen sicher dazu bei, daß die Fahrenhorstgruppe den Vertrag mit der TGO rückgängig machen wollte. Für die Führung der TGO wurde es eine unbedingte Notwendigkeit, mit der Thyssen-Hütte zu einem Abkommen zu kommen.

Aber es war nicht leicht, Thyssen an den Verhandlungstisch zu bringen. Das Unternehmen hatte nicht an den Verhandlungen im November 1920 in Berlin und aus verständlichen Gründen auch nicht an dem Schlußabkommen in Essen am 15.-16. Dezember 1920 teilgenommen. Die Firma hatte per Brief erklärt, am alten Vertrag festhalten zu wollen. Während dieser Zeit hatte sich die TGO still verhalten. Anfang Februar 1921, kurz vor den Berliner Verhandlungen, brach man das Schweigen und machte einen erneuten Versuch, Thyssen von der Richtigkeit eines Anschlusses an das Abkommen mit den anderen Werken zu überzeugen. "Natürlich ist es für uns eine Notwendigkeit, jetzt auch zu einer Klärung des Vertragsverhältnisses mit Ihnen zu gelangen, da es so wie gegenwärtig nicht fortgehen kann," erklärte Dillner.¹¹⁾ Aber auch dieser Versuch war vergebens. Die Lage der TGO war sehr besorgniserregend. Bernt Forsgrén erzählt in seinen "Minnesanteckningar": "Der ganze Winter und der Vorfrühling 1921 vergingen, ohne daß es uns geglückt wäre, mit Thyssen ins Gespräch zu kommen. Er stand, zum Unterschied von den anderen Deutschen, ... auf dem Standpunkt 'Vertrag ist Vertrag' und tat sehr erstaunt darüber, daß es zwischen ihm und dem Erzunternehmen etwas zu verhandeln geben könnte. Er war so glatt wie ein Aal und wir kamen nicht weiter. Nicht einmal zur Verhandlung ... die Situation ging uns auf die Nerven." ¹²⁾

Die vorher genannten staatlichen Forderungen nach Frachtschlägen trugen stark zur besorgniserregenden Lage der TGO von 1920-1921 bei.¹³⁾ Die im Frühjahr 1920 gescheiterten Ver-

handlungen über eine Verstaatlichung der TGO waren im September 1920 mit begrenzter Zielsetzung wieder aufgenommen worden. Sie waren jedoch schnell wieder abgebrochen worden, da sich das Unternehmen geweigert hatte, den Forderungen der staatlichen Unterhändler, Torsten Nothin und K.J. Beskow, nach vollem Einblick in die Geschäfte der Firma nachzukommen. Von Seiten der staatlichen Unterhändler befürchtete man, daß das Unternehmen, um größeren Gewinn aufzuzeigen als betriebswirtschaftlich gerechtfertigt, zu niedrige Abschreibungen vorgenommen hatte. ¹⁴⁾

Die ungelöste Frage der Zuschlagsgebühren war im Januar 1921 wieder aktualisiert worden, als Granholm in einem Schreiben an Verkehrsminister Murray Maßnahmen verlangte anläßlich der hohen Forderungen der Staatsbahnen an das Unternehmen und die Weigerung der LKAB ihre Erztransportschulden zu bezahlen. Murray hatte Dillner vorgeschlagen, das Unternehmen solle von Januar 1921 ab volle Frachtsätze zahlen. Der laufende Prozess sollte über die vorherigen Forderungen entscheiden. Für den dem Staat eventuell zuerkannten Betrag könnte die TGO bis zum Kauf der LKAB durch den Staat Aufschub gewährt werden. Die Führung der TGO hielt diese Bedingungen für unvorteilhaft und wollte ein Abkommen nur im Zusammenhang mit einem neuen Staatsvertrag abschließen, der in seinen Hauptzügen mit dem Vorschlag von 1920 übereinstimmte. Auf einer Sitzung zwischen Murray, Malm, Dillner und Eliel Löfgren wurde letzterem aufgetragen, Vorschläge zu einem Eisenbahnfrachtabkommen und zu einem Staatsvertrag auszuarbeiten. Auch dieser Versuch, ein Abkommen zu treffen, verlief im Sande, offensichtlich vor allem, weil Nothin es als zu günstig für das Unternehmen ansah. Auf einer Sitzung am 20. April 1921 wurde den Vertretern des Unternehmens die abschlägige Antwort der Regierung mitgeteilt. ¹⁵⁾

Die Regierung fuhr in ihren Versuchen, die Frachtfrage separat zu lösen fort. Sie ließ Nothin zwei Vorschläge ausarbeiten. Beide enthielten eine Verpflichtung der TGO, nach dem 1. Januar 1921 die vollen Frachtzuschläge zu bezahlen ohne den Weltkrieg anzuführen "oder Verhältnisse, die damit zusammenhängen". Die Regierung machte der TGO gewisse Zugeständnisse, bestand aber auf der Forderung, daß sich das Unter-

nehmen verpflichten müsse, vollen Frachtzuschlag zu bezahlen ohne weiterhin auf Grund von Krieg oder Blockade davon befreit werden zu können. Auf einer Konferenz des innersten Kreises des Vorstandes der TGO am 7. Mai 1921 in Göteborg - also zu einer Zeit als Deutschland das Ultimatum in der Reparationsfrage erhalten hatte und eine Ruhrbesetzung und eine erneute Blockade Deutschlands unmittelbar bevorzustehen schienen - erklärte man, mit Rücksicht auf diese Umstände nicht auf das Recht verzichten zu können, die Frachtzuschläge nicht bezahlen zu brauchen, wenn der Erzexport nach Deutschland von den Alliierten gesperrt werden würde. Man verlangte deshalb eine Frist, um die Entwicklung der Sache abwarten zu können.¹⁶⁾ Dem Reichstag von 1921 wurde keine Vorlage vorgelegt.

Nach Aussagen des mit den Verhandlungen sehr vertrauten Berndt Forsgrén erwirkte Dillner in dieser Lage bei Murray ein Schreiben an das Unternehmen mit der Drohung "auf Grund dessen, daß man befürchten könnte, daß das Unternehmen nicht seine Verpflichtungen den Staatsbahnen gegenüber erfüllen könnte", würde der Erzverkehr eingestellt werden.¹⁷⁾ Die eigentliche Absicht war, laut Forsgrén, Thyssen durch den Brief zum Nachgeben zu zwingen. Das Original dieses Schreibens ist nicht zu finden. Aber im Gränges Centralarkiv gibt es eine Abschrift eines Schreibens von Murray an die LKAB in deutscher Übersetzung vom 6. Mai 1921 - aller Wahrscheinlichkeit nach das von Forsgrén genannte Schreiben. Darin erklärt Murray, Generaldirektor Granholm von den Staatsbahnen habe mitgeteilt, die LKAB weigere sich, den Staat schadlos zu halten für die vollen Kosten für die Erztransporte auf der Strecke Svartön - Riksgränsen. Granholm habe um Maßnahmen zur Sicherung der künftigen Erztransporte ersucht. Außerdem habe er, Murray, erfahren, daß die Mehrheit der deutschen Kunden des Unternehmens ein Preisabkommen über die Erzlieferungen getroffen habe, welches der LKAB ermögliche, die vollen Erzfrachten zu zahlen, daß sich aber gewisse deutsche Kunden dem Abkommen noch nicht angeschlossen hätten und daß auf Grund dessen eine im Vertrag aufgenommene Meistbegünstigungsklausel nicht bindend sei, wenn die LKAB einem ihrer deutschen Kunden unter den im Vertrag festgelegten Preisen liefern würde. Aus

diesen Gründen wolle er dem Unternehmen mitteilen, wenn man ihm nicht vor dem 1. Juni 1921 gezeigt habe, daß sich sämtliche deutschen Kunden des Unternehmens dem genannten Vertrag angeschlossen hätten, er sich gezwungen sehe, die Regierung von diesen Tatsachen zu unterrichten und zu verlangen, daß man entweder ein Exportverbot für Eisenerz erlasse, mit der Möglichkeit, für ausländische Werke Lizenzen zu erhalten, wenn sie den höheren Preis bezahlten oder den Verkehr auf der Eisenbahnstrecke Svartön-Riksgräns einzustellen, wenn sich die LKAB nicht verpflichte, deutsche Kunden, die sich dem genannten Vertrag nicht angeschlossen hätten, nicht zu beliefern. 18)

Dieses Schreiben kam zustande, während im Stockholmer Amtsgericht ein Prozeß über die staatlichen Forderungen nach Zusatzfrachten geführt wurde, und nachdem die Verhandlungen über einen neuen Staatsvertrag erfolglos verlaufen waren. In diesem Zusammenhang kann das Schreiben keine Funktion erfüllt haben. Der schwedische Staat war gezwungen, wenn er mit TGO/LKAB kein Abkommen über die Frachten treffen konnte, auf das Urteil des Gerichts zu warten und in der Zwischenzeit die Frachtraten nach dem geltenden Abkommen zu erfüllen. Rechtlich hatte der schwedische Staat keine Möglichkeit, sich in das Preisabkommen mit dem Unternehmen einzumischen. Aber die Interessen des Staates und die des Unternehmens deckten sich. Es galt, Thyssen dazu zu bringen, das Preisabkommen vom November 1920 anzuerkennen. Sobald die schwedischen Garantien des Handelsvertrags für den deutschen Erzimport fortgefallen waren, eröffneten sich neue Möglichkeiten, Druck auszuüben. Eine davon war die Androhung eines Exportverbots. Wahrscheinlich muß man Murrays Schreiben in diesem Zusammenhang sehen. Jedenfalls wurde es von der TGO gegen die Deutschen ausgenützt. Anfang Mai 1921 begann die TGO Verhandlungen mit Thyssen und den anderen Stahlwerken. Thyssen versuchte vergebens, diese zu verschieben. Am 11. Mai telegraphierte das Nordische Erzkontor an Thyssen, Dillner habe am gleichen Tag mitgeteilt, daß er sich absolut weigere, die von ihm verlangte Konferenz aufzuschieben und daß er vorhabe, am 17. Mai nach Deutschland zu fahren. Schließlich wurde für den 20. Mai eine Sitzung in Düsseldorf vereinbart und eine mit der

Fahrenhorstgruppe für den nächsten Tag. 19)

Nach dem Zusammenbruch der Handelsvertragsverhandlungen waren sowohl das Auswärtige Amt als auch das Reichswirtschaftsministerium bestrebt, dem vertragslosen Zustand sobald wie möglich ein Ende zu setzen. Innerhalb des Reichswirtschaftsministeriums wurde, nachdem die Krise in der Reparationsfrage behoben war, Thyssens Weigerung als der eigentliche Stein des Anstoßes auf dem Weg zu einem neuen Handelsvertrag angesehen. Man machte einige Versuche, die Fahrenhorstgruppe zusammenzurufen zu Verhandlungen über eine Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden und über die Haltung, die man Thyssen gegenüber einnehmen sollte.²⁰⁾ Durch die sinkenden Erzpreise war die Fahrenhorstgruppe immer weniger bereit, den höheren Preis zu zahlen, während der Konkurrent Thyssen immer noch Lieferungen zum niedrigeren Preis erhielt.

Angesichts der bevorstehenden Sitzung mit Dillner wurde im Reichswirtschaftsministerium am 19. Mai zwischen Wenzel von der Fahrenhorstgruppe, Sjöberg vom Reichswirtschaftsministerium und Vertretern des Auswärtigen Amtes beraten. Wenzel teilte mit, die Fahrenhorstgruppe habe die Absicht, Dillner zu überreden, eine Herabsetzung der Preise des Abkommens vom November 1920 gutzuheißen. Thyssen würde bei der augenblicklichen Lage des Eisenerzmarktes nicht nachgeben, meinte Wenzel. Den Preisunterschied von 2 Kronen / t wollte die Fahrenhorstgruppe teilweise wieder zurückverlangen. Dabei stützte sich Wenzel auf die Meistbegünstigungsklausel. Sjöberg forderte beharrlich zum Entgegenkommen der TGO gegenüber auf, damit man zu einem, aus politischen Gründen sehr wichtigen Abschluß eines neuen Handelsvertrags mit Schweden kommen könne. 21)

Die Überlegungen in Düsseldorf am 20. und 21. Mai wurden ein großer Erfolg für die TGO. Von Seiten des Unternehmens nahmen Dillner, Forsgrén und mehr im Hintergrund Erik Frisell teil. Einem Bericht über die Konferenz zufolge, den Fahrenhorst dem Reichswirtschaftsministerium direkt nach den Verhandlungen übermittelte, hatte Dillner den Deutschen mitgeteilt, die TGO habe "eine Verfügung der schwedischen Regierung" erhalten. Diese liefе darauf hinaus, daß die schwedi-

sche Regierung, wenn nicht sämtliche deutschen Stahlwerke vor dem 1. Juni 1921 der TGO die im November 1920 festgesetzten Preise bewilligten, ein Exportverbot für Eisenerz einführen und nur den Unternehmen Lizenzen erteilen würde, die die verlangten Preise bezahlten. Angesichts dieser Drohung habe Thyssen kapituliert. ²²⁾ In einem Abkommen, datiert Duisburg, den 21. Mai 1921, schloß sich die Hütte zuletzt dem Abkommen vom Herbst des vergangenen Jahres an. Man begnügte sich aber nicht damit, den Vertrag nur für den gleichen Zeitraum abzuschließen - bis Mai 1923 - sondern Thyssen vereinbarte mit der TGO einen langfristigen Vertrag bis Ende 1932. ²³⁾

Schließlich hatte die TGO entgegen dem geltenden Vertrag eine dritte Preissteigerung durchgesetzt. Um diesen Erfolg zu erreichen, hatte sie allem Anschein nach das Schreiben Murrays ausgenützt. Jene "Verfügung", die in Fahrenhorsts Bericht erwähnt wird, ist höchstwahrscheinlich identisch mit diesem Schreiben. Bei den Verhandlungen mit den Deutschen konnte also die TGO mit einer drohenden Intervention des schwedischen Staates operieren. Nach Forsgrén war das in enger Zusammenarbeit mit dem Staat geschehen. Dies ist anzunehmen, aber nicht zu beweisen.

XIII.2 Die Wiederaufnahme der schwedisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen wird auf die Zukunft verschoben

Die protektionistischen Bestrebungen in Europa nahmen mit der Wirtschaftskrise und der damit folgenden Arbeitslosigkeit im Frühjahr 1921 weiter zu. Die Schutzmaßnahmen, die ergriffen wurden, richteten sich vor allem gegen den deutschen Export.

In England legte die Regierung dem Parlament Ende März einen Gesetzentwurf zum Schutz der Schlüsselindustrien und gegen das Dumping vor. Außerdem wurde als wichtigste Maßnahme der 1920 aktualisierte Gesetzentwurf zum Schutz gegen den Import aus Ländern mit abgewerteter Währung - die schon oben genannte "Safeguarding of Industries Bill" - vorgelegt. In allen Fällen waren die vorgeschlagenen Zolltarife hoch, 33 1/3% des Wertes der Ware auf die vorher eventuell schon erhobenen Zölle. Die Maßnahme richtete sich hauptsächlich gegen den deutschen Export. In ihrer Kampagne für die Gesetzentwürfe

erinnerten die Anhänger der Regierung die Opposition ständig daran, daß diese eine Durchführung der Pariser Beschlüsse von 1916 bedeuteten, die auch Asquith und andere Liberale unterstützt hatten.¹⁾ Das Unterhaus nahm im Mai 1921 in erster Lesung den Gesetzentwurf der Regierung an. Im August wurde er im Oberhaus verabschiedet und damit gültiges Gesetz. Zum Jahresende waren in England vier protektionistische Maßnahmen gesetzlich verankert: die Mc Kenna-Tarife, Präferenzzölle für das Imperium, die "Dyestuffs Act" und "Safeguarding of Industries Act".²⁾

In Frankreich wurde am 28. März 1921 eine Erhöhung der Maximaltarifzölle durchgeführt. Auch diese Maßnahme war speziell gegen Deutschland gerichtet, da hauptsächlich nur deutsche Erzeugnisse nach dem Maximaltarif behandelt wurden. In Belgien hatte man schon vorher Importverbote eingeführt, die sich einseitig gegen gewisse deutsche Erzeugnisse richteten, und am 31. März erhöhte man seinen Koeffizienten für Zölle gegen Deutschland.³⁾

Auch in Schweden wurde die Zollfrage im Frühjahr 1921 im Reichstag hochaktuell.⁴⁾ Obwohl sich die Sonderdelegation des Handelsministeriums nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag in der Zollfrage hatte einigen können und die Untersuchung in beinahe völliger Uneinigkeit endete, ließ Handelsminister Malm Ende April dem Reichstag eine umfangreiche Zollvorlage vorlegen. Darin wurde eine 100%-ige Zollerhöhung von gut 500 Zolltarifpositionen (Gewicht- und Stückzölle) vorgeschlagen.⁵⁾ Malm erklärte in der Begründung seines Vorschlags u.a., die Sanktionsmaßnahmen der Länder der Alliierten gegen den deutschen Export würden für ihre Binnenindustrie in Konkurrenz mit Deutschland wie ein hoher Schutzzoll wirken.⁶⁾ Man könne sich deshalb vorstellen, daß der deutsche Export eine für Schwedens Industrie "in hohem Maße unvorteilhafte nördliche Richtung" erhalten könnte.⁷⁾ Inwieweit es möglich sei "positive Maßnahmen", d.h. vor allem Differenzialzölle gegen Deutschland ergreifen zu können, um dadurch zur Parität der Kaufkraft unter den Vährungen beizutragen, dazu könne Malm noch nicht Stellung nehmen, aber die Regierung verfolge die Entwicklung auf diesem Gebiet mit "äußerster Aufmerksamkeit".⁸⁾

Eine Mehrheit des Steuerausschusses, vor allem aus Sozialdemokraten und Liberalen bestehend, lehnte jedoch am 30. Mai 1921 die Vorlage mit der Begründung ab, der einzige Ausweg aus der Krise sei eine Senkung der Produktionskosten. Eine Zollerhöhung würde einer solchen Entwicklung entgegenarbeiten.⁹⁾ Die Protektionisten des Ausschusses unter der Leitung Vennerstens erhoben gegen den Beschluß Einspruch. Hjalmar Wijk forderte seinerseits Zollerhöhungen nur für Eisen- und Stahlerzeugnisse.¹⁰⁾ In ihrer Begründung erklärte die Mehrheit im Ausschuß u.a., die deutsche Konkurrenz sei in den meisten Fällen die härteste und "durch die Verpflichtungen, die Deutschland vor kurzem übernommen hat, die Reparationen abzuführen, ist unsere Lage genanntem Land gegenüber jetzt ... eine andere und für uns vorteilhaftere als damals, als die vorliegende Vorlage geschrieben wurde."¹¹⁾ Wie wir vorher erfahren haben war dies ein Mißverständnis der Bedeutung der 26%-igen Abgabe. Aus der Reichtagsdebatte am 4. Juni geht hervor, daß nicht nur Gegner der Vorlage wie Örne sondern auch der in Zollfragen sonst gut unterrichtete Vennersten die Auffassung des Ausschusses teilte.¹²⁾ Der Handelsminister dagegen hatte die Situation richtig erfaßt.¹³⁾

Die Bestrebungen, die Zölle gegen Deutschland zu differenzieren, setzten fort. Am 10. Mai beantragte der Reichstagsabgeordnete Sten Stendahl in der Ersten Kammer, der Reichstag möge die Regierung bevollmächtigen, in der Zeit zwischen den Reichtagsperioden gewisse Erzeugnisse aus Ländern mit abgewerteter Valuta mit Zusatzzöllen belegen zu können. Dies gelte besonders für den Import von Eisen- und Stahlerzeugnissen und Maschinen aus Deutschland. Maximal sollten die Zusatzzölle bis 300% der bestehenden Zollsätze betragen.¹⁴⁾ Der Antrag bedeutete also einen Vorschlag, der Regierung eine Vollmacht zu geben, die Zölle gegen Deutschland zu differenzieren.

Der Steuerausschuß nahm in seinem Gutachten auch Stellung zu Stendahls Antrag. Auch dieser würde für eine bedeutende Anzahl von Zolltarifpositionen Zollerhöhungen bedeuten und deshalb die Produktionskosten der Industrie ungünstig beeinflussen.¹⁵⁾ Aber der wesentlichste Einwand dagegen war anderer Art. Eine solche Maßnahme hatte eine ausgesprochen außenpoli-

tische Bedeutung. Unter allen Umständen mußte sie deshalb Gegenstand einer gründlichen Untersuchung werden. Nur die Regierung hatte, dem Ausschuß zufolge, die Möglichkeit, eine solche durchzuführen. Solange sie nicht selbst eine solche Vollmacht verlange, könne der Reichstag zu dieser Frage nicht Stellung nehmen.¹⁶⁾ Hinter dieser Stellungnahme des Steuerausschusses stand ein Hinweis der Regierung an seinen Vorsitzenden Röing, daß sich die Regierung Stendahls Antrag auf Differenzialzölle nicht anschließen wollte.¹⁷⁾ Auch Vennersten hatte im Ausschuß erklärt, dem Vorschlag nicht zustimmen zu können.¹⁸⁾ Vor allem sah die Regierung eine solche Maßnahme als viel zu herausfordernd an. Sydow versuchte stattdessen, nachdem es klar war, daß der Steuerausschuß die Vorlage abschlägig behandeln würde, noch etwas davon zu retten, indem er die Bevollmächtigung des Reichstags verlangte, gewisse Zölle zu erhöhen. In diesem Fall handelte es sich um generelle Zollerhöhungen.

Man erwartete, daß die Befürworter des Freihandels die Vorlage im Reichstag zu Fall bringen würden. Aber wie es mit den vorgeschlagenen begrenzten Schutzmaßnahmen gehen würde, war unsicher. Der Steuerausschuß hatte am 24. Mai 1921 beschlossen, die Vorlage abzulehnen. Am nächsten Tag fand im Vertrauensrat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Sitzung statt, um zu diskutieren, wie die Partei in der Zollfrage handeln sollte. Die Unschlüssigkeit scheint groß gewesen zu sein. Gustav Möller fragte, ob es eigentlich klug gewesen sei, daß der Ausschuß Stendahls Antrag abgelehnt habe, Gustav Nilsson erklärte, gewisse Sympathien für Sydows Linie zu hegen, Sandler schlug vor, der Reichstag solle die Regierung bevollmächtigen, die Zölle für Erzeugnisse aus gewissen Ländern zu erhöhen, während Örne "allen Ernstes" vor Sinders Vorschlag warnte. Thorsson meinte, man müsse auf das Recht der Regierung Importverbote einzuführen, hinweisen. Der Vertrauensrat konnte sich auf keine Richtlinien für seine Vertreter im Ausschuß einigen, sondern sie mußten sich damit begnügen "an Hand der geführten Diskussion ... Stellung zu nehmen."¹⁹⁾ Auch seitens der Bauernpartei drückte man Sympathien für Stendahls Antrag über Differenzialzölle aus. In ihrer Reservation zum Gutachten des Steuerausschusses erklärten

die Vertreter der Bauern, der von Stendahl vorgeschlagene Ausweg sei "die wirtschaftlich gesehen vernünftigste Lösung." Man hielt jedoch aus "besonderen Gründen" diesen Weg nicht für gangbar.²⁰⁾ Diese besonderen Gründe waren außenpolitischer Art.²¹⁾ In der Reichstagsdebatte über die Vorlage am 4. Juni erklärte Örne, die schwedische Regierung "verbiete sich ausdrücklich eine Vollmacht der Art, wie sie Herr Stendahl vorgeschlagen hatte", und jede Regierung, welcher Partei sie auch sei, müsse den gleichen Standpunkt vertreten, "da sie es ganz einfach nicht wagt, gegen ein großes Land solche Maßnahmen zu ergreifen."²²⁾

Die Reichstagsdebatte am 4. Juni über die Zollvorlage war intensiv.²³⁾ Auf sie wird aber hier nicht näher eingegangen. Hier soll nur die Behandlung von Stendahls Antrag untersucht werden. Es gab Anlaß zu allerlei Kommentaren. Da die Regierung erklärt hatte, sich wenigstens im Augenblick dem Gedanken an Differenzialzölle nicht anzuschließen, würde eine Zustimmung zum Antrag sinnlos erscheinen, da sie sich in einem solchen Falle ihrer doch nicht bedienen würde. Stattdessen versuchte man von verschiedenen Seiten, die Regierung dazu zu bringen, ihren Standpunkt zu ändern. Der Führer der Liberalen, Nils Edén, wies in der Zweiten Kammer die vorgeschlagenen Zollerhöhungen der Vorlage als viel zu umfangreich zurück. Er sah sie für fast genau so umfassend an wie eine allgemeine Zollerhöhung. Stattdessen hätte die schwedische Regierung dem englischen Beispiel folgen sollen und besondere Maßnahmen gegen Länder mit entwerteter Valuta vornehmen sollen.²⁴⁾

Der Widerwille der Linksparteien gegen Zollerhöhungen im allgemeinen zusammen mit dem Widerstand der Bauern gegen eine Erhöhung der Industriezölle ohne eine entsprechende Erhöhung der Agrarzölle hatte eine Ablehnung der Vorlage mit großer Mehrheit in beiden Kammern des Reichstags zur Folge. Die Ablehnung galt auch Stendahls Antrag über Differenzialzölle.²⁵⁾

Am Tag nachdem die Zollvorlage im schwedischen Reichstag abgelehnt worden war, schrieb Röing an seinen Verwandten Sjöberg im Reichswirtschaftsministerium. Dieser hatte sowohl an den Handelsvertragsverhandlungen wie an den Vorbereitungen

auf das Erzpreisabkommen teilgenommen und hatte sofort nach dem Erzpreisabkommen in einem Brief an Röing wegen neuer Verhandlungen Druck ausgeübt. Röing hielt sich in seinem Antwortschreiben lange bei seinem "glänzenden Sieg" über "die Rechte, die Industrie und die Regierung" in der Zollfrage auf. Er hoffte, daß die Verhandlungen nach dem Regierungswechsel in Deutschland bald wieder in Gang kommen könnten.²⁶⁾

Deutscherseits hatte der neue Erzpreisvertrag von Ende Mai 1921 Erwartungen auf unmittelbare Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden hervorgerufen, da man meinte, daß dadurch das größte Hindernis für einen Vertrag beseitigt worden sei.²⁷⁾ Röings Brief veranlaßte im Auswärtigen Amt am 8. und 9. Juni sofortige Verhandlungen zwischen Stockhammern und Sjöberg.²⁸⁾ Am 9. Juni beantwortete Sjöberg Röings Brief. Die Antwort war vom Reichswirtschaftsministerium wie vom Auswärtigen Amt gutgeheißen worden.

Sjöberg behauptete, die Lage für eine Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen sei günstig. Die Kontroverse in der Erzpreisfrage sei durch das Maiabkommen überstanden, der Beschluß des schwedischen Reichstags, die Zollvorlage abzulehnen habe die Gefahr schwedischer Zollerhöhungen beseitigt, und die deutsche Kapitulation in der Reparationsfrage habe die direkte Gefahr einer Ruhrokkupation gebannt und den Weg zur Normalisierung der Handelsverhältnisse in Europa geebnet. Sjöberg forderte Röing auf, ein Treffen zwischen Handelsminister Malm und Nadolny herbeizuführen, "damit diese beiden Herren sich über die Frage der Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen aussprechen".²⁹⁾ Sjöberg dachte sich eine Wiederaufnahme der Verhandlungen im September eventuell in Stockholm.

Man nahm auch offizielle Wege in Anspruch, um die unterbrochenen Verhandlungen wieder in Gang zu bekommen. Schon Anfang Juni nahm die deutsche Regierung mit dem schwedischen Außenministerium Kontakt auf mit der Absicht, die Verhandlungen so schnell wie möglich wieder aufzunehmen. Schwedischerseits antwortete man aber ausweichend. Ein erneuter Antrag der Gesandtschaft in Stockholm Anfang Juli wurde von Höljer auch ausweichend beantwortet. Wied erklärte darüber in seinem Be-

richt an das Auswärtige Amt, man könne aus den schwedischen Antworten die Schlußfolgerung ziehen, daß für die Wiederaufnahme der Verhandlungen kaum ein schwedisches Interesse bestünde. Durch das übereilte Abkommen in der Erzpreisfrage habe sich die deutsche Position verschlechtert. Er wolle versuchen, eine bestimmte Antwort der schwedischen Regierung zu erhalten.³⁰⁾

Tatsächlich war die schwedische Regierung dabei, die Grundlagen ihrer Handelspolitik zu überprüfen. Schwedens Abhängigkeit von England war durch die Reparationskrise im Frühjahr 1921 und durch die damit zusammenhängende Androhung einer Flottenblockade Deutschlands unterstrichen worden. Die Engländer behielten immer noch ihre Flotttille in der Ostsee und konnten bei Bedarf auch die deutsche Ostseeküste absperren.³¹⁾ Eine Annäherung zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland hatte im März 1921 durch ein Handelsabkommen stattgefunden. Im selben Monat ergriff die englische Admiralität die Initiative zu Flottenbesuchen in einigen Ostseehäfen. Im Mai wurde die britische Flotte in der Ostsee verstärkt. Das Foreign Office beauftragte die Gesandtschaft in Stockholm die gesteigerte britische Flottenaktivität ausdrücklich wie folgt zu begründen: "... the two motives which underlie naval cruises in the Baltic are to support the policy of the Allies and the League of Nations at Danzig, Memel, and in the newly formed States, and improve relations between the United Kingdom, Scandinavia and the Baltic States, more especially with a view to increasing trade." ³²⁾

Die zunehmende britische Aktivität in der Ostsee hatte zur Folge, daß die alten Befürchtungen von 1918/1919, England wolle dort einen ständigen Flottenstützpunkt errichten, neue Nahrung erhielten, u.a. wurde Bornholm in diesem Zusammenhang erwähnt. Branting behandelte die Frage in einem groß aufgezogenen Leitartikel in "Socialdemokraten" am 29. Juli.³³⁾ In "Svenska Dagbladet" wurde Brantings plötzliche Entdeckung, daß die englische Flotte die Ostsee dominierte, mit Ironie behandelt. "Aber nichtsdestoweniger und mit oder ohne ständigen Flottenstützpunkten ist die Tatsache, die seit zwei Jahren in der Ostseefrage besteht, von sehr großer Bedeutung.

Die englische Seemacht erstreckt sich jetzt auch über die Ostsee - und dadurch hat eine Frage für die Staaten um dieses Wasser noch viel größere Bedeutung bekommen als vorher - nämlich die Gestaltung des Freis- und Blockaderechts."³⁴⁾ Daß die Befürchtungen einer Blockade durch die Alliierten gerade schwedische wirtschaftliche Entscheidungen direkt beeinflußt hatten, läßt sich durch den Beschluß der TGO in der Frage der Eisenerztransporte belegen. Während eines Gesprächs mit Ramsay über den bevorstehenden englischen Flottenbesuch in Stockholm betonte Wrangel die Unsicherheit der schwedischen Regierung bezüglich der britischen Absichten in der Ostsee. Ramsay antwortete ausweichend auf Wrangels Anfrage. Das Gespräch gab keine Klarheit über die britischen Pläne bezüglich der Ostsee.³⁵⁾ Dies trug natürlich dazu bei die schwedischen Befürchtungen betreffs der englischen Politik zu verstärken.

Die Entwicklung des schwedischen Außenhandels vertiefte die Abhängigkeit von England noch mehr. 1920 betrug der Wert des Exports schwedischer Waren nach England 824,5 Mio. Kronen (1913 237,9 Mio. Kronen) und der nach Deutschland 184,9 Mio. Kronen (1913 289,9 Mio. Kronen). Es hatte also eine kräftige Verschiebung des schwedischen Exports nach England stattgefunden. Die Entwicklung auf seiten des Imports war nicht so markant aber doch deutlich. Schweden nahm englische Waren im Werte von 914,8 Mio. Kronen in Empfang (1913 206,8 Mio. Kronen). Die deutsche Ausfuhr nach Schweden betrug 1920 500,1 Mio. Kronen (1913 289,9 Mio. Kronen).³⁶⁾ In einem im April veröffentlichten Bericht des britischen Handelsattachés Kershaw über den schwedisch-englischen Handel hob dieser aus Anlaß des, wie er behauptete, großen Übergewichts des schwedischen Exports nach England über den Import von dort hervor, England könne es sich nicht leisten auf jeden Fall zu importieren, sondern müsse da kaufen, wo es verkaufen könnte. Schweden tue gut daran, hob "Svenska Dagbladet" hervor, sich den englischen Bestrebungen gegenüber seinen Einfluß auf den schwedischen Markt zu vergrößern, nicht gleichgültig zu verhalten.³⁷⁾ In einem Bericht über den Artikel bezeichnete Nardolny diesen als durch die Initiative von Kershaw zustande gekommen. "Der Zweck, der mit dem Artikel verfolgt wird, ist offenbar der, das schwedische Bestreben, durch Einschränkung

der Einfuhr die wirtschaftliche Lage des Landes zu verbessern, zugunsten der englischen Interessen einzudämmen."³⁸⁾ Ein Mittel dem deutschen Export entgegenzuarbeiten, ohne auch den britischen zu treffen, war es, die Zölle gegen Deutschland zu differenzieren.

Die Behandlung der Zollvorlage im Reichstag hatte gezeigt, daß es gewisse Aussichten gab, seine Unterstützung für eine zollpolitische Sonderbehandlung des deutschen Imports zu erhalten. Das Zoll- und Vertragskomitee bekam Ende Juni den Auftrag des Handelsministers, die Frage der Differenzialzölle von Grund auf zu untersuchen. Malm tat so den Schritt, den der Steuerausschuß in seinem Gutachten vom 30. Mai 1921 für eine Voraussetzung gehalten hatte, damit der Reichstag in dieser Frage Stellung nehmen könnte. Es wurde dem Komitee auch auferlegt zu untersuchen, ob Schweden ein Doppeltariffsystem einführen sollte. "Eine solche Maßnahme dürfte ... geeignet sein, bei Vertragsverhandlungen mit anderen Staaten bedeutende Vorteile mit sich zu bringen", erklärte Malm.³⁹⁾

Die außenpolitischen Bedenken gegen eine solche Maßnahme waren offenbar verschwunden. In einem Kommentar zum Protokoll über die Regierungssitzung, auf der das Zoll- und Vertragskomitee den Auftrag bekam, die Differenzialzollfrage schnellstens zu untersuchen, erklärte Beskow, in den Fällen, in denen die Unterbewertung der Nahrung dazu neige permanent zu werden, würden die Differenzialzölle immer aktueller. Beskow wies darauf hin, die in England ergriffenen Maßnahmen ließen darauf schließen, daß man dort glaube, eine Senkung der Produktionskosten allein sei nicht ausreichend. Stendahls Antrag habe im Reichstag große Sympathien erhalten. Auch die Doppeltarife könnten in bezug auf Länder mit abgewerteter Valuta eine Hilfe sein.⁴⁰⁾

Schweden hatte also ganz andere Absichten, als die Verhandlungen mit Deutschland über den Abschluß eines Modusvivendivertrages auf der Grundlage der Meistbegünstigung wieder aufzunehmen. Die schwedische Regierung wollte stattdessen die Grundsätze ihrer Handelspolitik ändern, um so der aktuellen Situation in Europa anpassen zu können. Man rechnete damit, die Meistbegünstigung nicht mehr verwenden zu können, daß die

Handelsverträge die Form von Tarifverträgen erhalten würden, daß diese durch Herabsetzung der höheren Tarife im Austausch zu Gegenleistungen des Verhandlungspartners zustandekommen würden und daß aus wirtschaftlichen und politischen Gründen Differenzialbehandlung durchgeführt werden müßte. All dies würde ein Doppeltarifsystem notwendig machen.⁴¹⁾ Man erwartete, daß Differenzialzölle und Doppeltarife wichtige Bestandteile des handelspolitischen Systems werden würden. Schweden wollte sich im Hinblick auf die neue Situation freie Hand verschaffen.

In Übereinstimmung mit diesen Absichten erhielt der deutsche Gesandte Nadolny auf eine erneute Anfrage vom August 1921 wegen der Wiederaufnahme der unterbrochenen Handelsvertragsverhandlungen die Antwort, die schwedische Regierung könne zu dieser Zeit die Verhandlungen über einen Handelsvertrag nicht wieder aufnehmen, sondern sie halte es für notwendig, die Frage nach den Grundsätzen, die zukünftig die Grundlage schwedischer Handelsverträge bilden sollten, weiterhin zu untersuchen.⁴²⁾

Somit wurde die Frage der Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen auf unbestimmte Zeit verschoben. Schwedens einstmals so enge Verknüpfung mit dem deutschen Vertragssystem hatte aufgehört. Es sollte sogar bis 1926 dauern, bis der vertragslose Zustand durch vertraglich geregelte Verhältnisse ersetzt wurden.

XIII.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Trotz einer Mehrheit der Verfechter des Freihandels im schwedischen Reichstag und trotz starker Bestrebungen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland nahm jedoch die schwedische Regierung im August 1921 Abstand davon. Dadurch gerieten die Handelsverhandlungen für mehrere Jahre ins Stocken, - erst 1926 wurde ein Handelsvertrag abgeschlossen. Der Beschluß der schwedischen Regierung muß vor dem Hintergrund des starken wirtschaftlichen, politischen und militärischen englischen Druck gesehen werden mit einer immer stärkeren Dominanz des Handels mit England und die akuten, wirt-

schaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands.

Vorher hatte sich die TGO im Mai 1921 durch einen langfristigen Vertrag bedeutende Preiserhöhungen für ihren Eisenerzexport nach Deutschland gesichert. Dadurch war ein starkes schwedisches Interesse wahrgenommen worden. Auf deutscher Seite kämpfte nur der Thyssen-Konzern lange - und zum Schluß vergebens - gegen dieses Abkommen. Der Erfolg der TGO muß vor dem Hintergrund der weiteren Unterstützung des Unternehmens durch den schwedischen Staat gesehen werden. In Deutschland dagegen stürzte die Regierung Fehrenbach im Mai 1921 und die Erfüllungspolitik übernahmen das Steuer. Das bedeutete, daß die Schwerindustrie mit ihrem vorher starken Einfluß etwas zurückgedrängt wurde.

XIV. Staat, Wirtschaft und Handelspolitik: Schweden und Deutschland 1918-1921. Zusammenfassung und Schluß

Für die Periode von 1870 bis 1914 ist bezeichnend, daß der direkte Einfluß der Wirtschaft auf die Parlamente dahin tendierte abzunehmen. Dadurch verstärkte sich die Neigung der Wirtschaft, die zentralen Beschlüsse durch andere Kanäle zu beeinflussen. Die Forderungen nach "einem Kabinett aus Fachleuten bestehend" und nach Ministerposten für "Spezialisten" sowie nach Ernennungen von "Sachverständigen-Komitees" und "Wirtschaftsräten" sind verschiedene Zeichen dafür und für das Mißtrauen der Wirtschaft gegen die Möglichkeiten und den Willen des neuen parlamentarischen Systems, die Wirtschaftsinteressen zu befriedigen. Die Entwicklung ging Hand in Hand mit einem wachsenden staatlichen Interventionismus. Der Weltkrieg hatte diese Tendenzen verstärkt. Während des Krieges nahm der staatliche Interventionismus zu, und die Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft verstärkte sich. Die Schwächen und Probleme des Marktes wurden also durch zunehmende staatliche Unterstützung und Zusammenarbeit ausgeglichen, d.h. Markt, Politik und Verwaltung wurden mehr und mehr integriert. In Skandinavien entsprach diese Entwicklung u.a. einer zunehmenden handelspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern. Sie suchten Unterstützung beieinander gegen den Druck von seiten der Großmächte, insofern es ihnen nicht ge-

lang, Gleichgewichtspolitik zu betreiben.

Das Kriegsende stellte die Wirtschaft vor große Probleme. Die Konjunkturempfindlichkeit der industrialisierten Gesellschaft drohte sich wieder bemerkbar zu machen sobald die Kriegskonjunkturen vorüber waren. Die Nachkriegspläne der rivalisierenden Großmächte, die teilweise der Öffentlichkeit vorgelegt worden waren, bedeuteten – tatsächlich und so, wie sie in der Debatte hervortraten – eine ernste Drohung handelspolitischer Diskriminierung der besiegten und der neutralen Staaten. In einer durch die fortschreitende Industrialisierung und die ständigen Krisen verschärften Konkurrenzsituation wurden die letzten Reste des Freihandelssystems des 19. Jahrhunderts bedroht: England, das unter Stagnation zu leiden hatte, erwog einen Übergang zu Protektionismus und zu Präferenzen für das Imperium. Dies hätte einen Schlag für u.a. Schweden mit seinem traditionell großen Export zum englischen Markt bedeutet. Für Schweden kam dazu, daß die Rivalität zwischen den Großmächten vor dem Krieg und während desselben Möglichkeiten geboten hatte, diese gegeneinander auszuspielen. Jetzt bestand jedoch die Gefahr, in die für einen Kleinstaat so gefährliche Situation zu geraten, von einer einzigen Großmacht beherrscht zu werden. Es bestand auch ein Druck der Wirtschaft auf den Staat, daß sich dieser weiterhin handelspolitisch betätigen sollte. Gleichzeitig hatte der Krieg eine Reaktion gegen staatliches Eingreifen zur Folge sowie Forderungen nach einer Rückkehr zu vom Liberalismus geprägten Gesellschaftsformen, darunter der radikalen Verwirklichung der demokratischen und parlamentarischen Grundsätze.

Es ist das Ziel der vorliegenden Dissertation zu untersuchen, wie sich diese Situation in den schwedisch-deutschen Handelsbeziehungen und in den Handelsvertragsverhandlungen während der ersten Übergangsjahre 1918–1921 widerspiegelt. Wie paßten sich Schweden und Deutschland dieser Situation an? Wie war das Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Handelspolitik? Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede können dabei bezüglich Schwedens und Deutschlands festgestellt werden? Die energische Rolle, die der deutsche Staat nach dem Weltkrieg innerhalb der Handelspolitik spielte, ist von der deutschen For-

schung hervorgehoben worden sowie das Interesse der Wirtschaft an einer weiteren Expansion des Marktes. Wie sah es aber auf schwedischer Seite aus?

Der schwedische Staat wies nach dem Krieg eine auffallende Aktivität bezüglich der handelspolitischen Beziehungen auf. Die Linksregierung Edén-Branting handelte zum Kriegsende schnell, um die Handelspolitik der neuen Situation anzupassen. Der laufende Handelsvertrag mit Deutschland von 1911 wurde im Dezember 1918 für den 1. Januar 1920 gekündigt, zum einen um Schweden von der Bindung zu befreien, die dieser mit sich führte, zum anderen um eine Änderung der Handelspolitik vorzubereiten, um dadurch der befürchteten Veränderung des Welthandelssystems in Richtung einer Diskriminierung des Handels der neutralen Staaten begegnen zu können. Die während des Krieges von England und Frankreich gemachten Pläne eines durch die Alliierten beherrschten protektionistischen und diskriminierenden Handelssystems mußten jedoch durch den Widerstand der Vereinigten Staaten im großen ganzen aufgegeben werden. Im Frühjahr 1919 zog die schwedische Regierung die Konsequenzen daraus. Sie schlug einen freihändlerischen Kurs ein, der die Interessen der Exportindustrie begünstigte. Man wickelte schnell das Kontrollsystem der Kriegszeit ab. Durch Reform des Außenministeriums und die Bildung neuer handelspolitischer Zusammenarbeitsorgane zwischen Staat und Wirtschaft wurden aber der Wirtschaft Möglichkeiten gegeben, ihren Einfluß über die Lösung handelspolitischer Fragen geltend zu machen. Indem die Linksregierung der Zusammensetzung der Organe ein freihändlerischeres Gepräge gab, drückte sie ihre Intention aus, eine auf den Export eingerichtete Handelspolitik betreiben zu wollen, während gleichzeitig die Einsetzung eines skandinavischen Ausschusses innerhalb des für die Handelspolitik so wichtigen Zoll- und Vertragskomitees und die Direktiven für diesen klarmachten, daß Schweden die während des Krieges geführte skandinavische Zusammenarbeit fortsetzen und erweitern wollte. Ein Versuch von englischer Seite, die Macht über die wichtigste Energiequelle, die Kohle auszunützen und durch Preissteigerungen die Konkurrenzkraft der skandinavischen Industrien zu schwächen und dadurch auch die Voraussetzungen für deren weitere Industrialisierung, mo-

bilisierte schnell die schwedische Regierung und den skandinavischen Ausschuß sowie die entsprechenden dänischen und norwegischen Ausschüsse zu Gegenaktionen. Dabei war Schweden die antreibende Kraft. Die Anstrengungen waren jedoch im großen und ganzen ergebnislos. England nützte erfolgreich unter Verwendung der klassischen divide-et-impera-Politik die Konkurrenz der skandinavischen Staaten um die zur Verfügung stehenden Kohlenmengen aus sowie die interskandinavischen Gegensätze - besonders zwischen Norwegen und Schweden. Die schon früh eingesetzten schwedischen Versuche, einen alternativen Kohlenimport aus den Vereinigten Staaten zustandezubringen, gelangen schließlich trotzdem und trugen im Frühjahr 1921 zum Zusammenbruch der englischen Kohlepolitik bei. Im Herbst 1919 wurden auch Verhandlungen mit Deutschland eingeleitet über eine Verlängerung des für 1920 gekündigten Handelsvertrags.

Die schwedische Wirtschaft zeigte sich auch auffallend aktiv in ihren Versuchen, das Land beim Übergang zu friedlichen Verhältnissen dem Sieg der Alliierten anzupassen, eine Diskriminierung der Rohstoffversorgung zu vermeiden und schnell wieder auf die Exportmärkte zu gelangen. Die Blockade der Alliierten verhinderte im Frühjahr 1919 so gut wie jeglichen Handelsaustausch mit Deutschland. Schon früh wurde jedoch eine Initiative zu Verhandlungen über eine Verlängerung des gekündigten Handelsvertrags ergriffen. Dabei war der Vertragsausschuß des 1919 eingesetzten Zoll- und Vertragskomitees - aus Vertretern des Staates und der Wirtschaft bestehend - der Initiator. Das Interesse daran, sobald wie möglich den unterbrochenen Handelsaustausch mit Deutschland wiederaufzunehmen, muß - was Schweden betrifft - einerseits vor dem Hintergrund der Wünsche der Exportindustrie gesehen werden, die den Zutritt zu den deutschen, zentral- und osteuropäischen Märkten sichern wollte, andererseits wird es durch das Bedürfnis begründet, eine allzu einseitige Abhängigkeit von einer Großmacht - vor allem von England zu vermeiden. Die Frage des schwedisch-deutschen Handelsvertrags wurde jedoch auf Grund innerer Gegensätze zwischen Protektionisten und Freihändlern - zwischen Binnenmarkt- und Exportinteressen - erschwert. Schon im Herbst 1919 starteten Jernkontoret und der Verband

der schwedischen Industrie Kampagnen für eine Erhöhung der Industriezölle. Durch seine Bindungen der schwedisch-deutschen Industriezölle war der schwedisch-deutsche Handelsvertrag ein Schutz gegen Zollerhöhungen und wurde deshalb in den Kampf zwischen den Protektionisten und den Freihändlern hineingezogen.

Hinter der ersten vorläufigen Lösung der Handelsvertragsfrage - der Verlängerung des Vertrags im März 1920 - standen vor allem die gute Wirtschaftskonjunktur, die die protektionistischen Interessen abschwächte, die Interessen der Exportindustrie sowohl in Schweden als auch in Deutschland sowie der Wunsch beider Länder, sobald wie möglich die Handelsbeziehungen zu normalisieren. Auf schwedischer Seite wurde die Politik in enger Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft gestaltet, wobei der schon vorher existierende, aus Vertretern der Wirtschaft, der Verwaltung und der Reichstagsparteien bestehende Vertragsausschuß eine Hauptrolle spielte.

Beeindruckt durch die Wirtschaftskrise im Herbst 1920 leitete aber die Wirtschaft in Schweden eine protektionistische Offensive ein, die in einer Stärkung ihres Einflusses resultierte. Hierzu kam die Bildung der "Sachverständigenregierung" De Geer mit starkem Einfluß von seiten der Wirtschaft sowie die Bildung neuer zeitweiliger Zusammenarbeitsorgane zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Die protektionistische Offensive und der Bedarf der Eisenerzinteressenten, vor allem der Wunsch der TGO, sich von den Begrenzungen zu befreien, die der schwedisch-deutsche Vertrag den Möglichkeiten setzte, Preiserhöhungen in Form sog. Erzgarantien durchzuführen, trugen dazu bei, daß der Handelsvertrag mit Deutschland im Dezember 1920 erneut gekündigt wurde. Danach sollten die Verhandlungen über einen neuen Vertrag eingeleitet werden. Angesichts dieser Verhandlungen stießen die Interessen heftig aufeinander. Es war jedoch möglich, innerhalb des Vertragsausschusses einen Konsens zu erreichen, der in einem Vorschlag zu einem Modusvivendivertrag resultierte, in dem die Zollbindungen fehlten, womit man den Protektionisten und den Interessen der Binnenmarktindustrien entgegenkam. Eine Meistbegünstigungsklausel befriedigte die Forderungen der Exportin-

dustrie. Dabei wurde für die skandinavischen Staaten bezüglich der Meistbegünstigung ein besonderer Vorbehalt gemacht. Dies ist ein Ausdruck für die schwedischen Bestrebungen der Krisenzeit, sich den übrigen skandinavischen Staaten zu nähern. Sie erreichten 1920-1921 einen Höhepunkt. Während der folgenden Verhandlungen kam auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat zustande. Besonders kräftig intervenierte der Staat zugunsten der TGO für deren Preissteigerungsforderungen, die erfolgreich durchgesetzt wurde. In diesem Zusammenhang ist jedoch auffallend, welch geringe Bedeutung der schwedische Reichstag für die Entwicklung der handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland hatte. An den wichtigen Beschlüssen den Handelsvertrag betreffend - seiner Kündigung im Dezember 1918, der Verlängerung im Frühjahr 1920, der erneuerten Kündigung im gleichen Jahr sowie dem Scheitern der Verhandlungen im März 1921, war er nicht beteiligt. Es ist dagegen auffallend, wie energisch er seine traditionell starke Stellung bezüglich der Zollfragen behauptete, und wie schwer es war, darin einen Konsens zu erreichen. Dies kann dadurch erklärt werden, daß die Zollfragen im Reichstag von alters her eine Wasserscheide waren und daß zu ihnen starke ideologische Bindungen bestanden. Auch in Deutschland spielte der Reichstag - im Gegensatz zu den von Anders Lindberg geschilderten Verhandlungen im Zusammenhang mit der Entstehung des Handelsvertrags von 1911¹⁾ - eine auffallend passive Rolle.

Im Kontrast zur schwedischen Einigkeit nach außen hin steht indessen die deutlich aufgewiesene Zersplitterung deutscherseits. Sie verschlechterte die Verhandlungsposition und erschwerte die Verwirklichung der ursprünglichen Pläne einer Handelsexpansion nach Schweden und einer Verdrängung der während des Krieges expandierten schwedischen Industrie. Das für die Außenhandelspolitik formell allein verantwortliche Auswärtige Amt hatte seit der Entstehung des Reichswirtschaftsamts 1917 (nach dem Krieg Reichswirtschaftsministerium) in ihm einen Rivalen bekommen. Das Reichswirtschaftsministerium hatte sich während eines Abschnitts der hier behandelten Periode - unter der Regierung Fehrenbach vom Juni 1920 bis zum Mai 1921 stark mit der Schwerindustrie liiert. Auch

ansonsten übte die Wirtschaft über die Regierung Fehrenbach einen starken Einfluß aus. Das Auswärtige Amt stand dagegen den Finanzkreisen und denen der Exportindustrie näher. Dieser Gegensatz spielte für die während dieser Periode zentrale Reparationsfrage eine große Rolle. Er kam zum Ausdruck durch den Unterschied zwischen den "Erfüllungspolitikern", die eine Politik der Anpassung betreiben wollten und den "Widerstandspolitikern" die für eine Politik der Konfrontation unter Ausnützung der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands waren. Auch in der Festlegung der Handelspolitik Schweden gegenüber wurde diese Spaltung deutlich. Dies muß u.a. vor dem Hintergrund des während dieser Periode wachsenden Einflusses der Schwerindustrie über die Dachorganisation der deutschen Industrie gesehen werden. Die vertikalen Konzentrationen innerhalb der Wirtschaft (Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert Union) verstärkten auch die Position der Schwerindustrie und deren Einfluß über die verarbeitende Industrie. Die Organisationen der kleinen und mittelgroßen Industrien, der DIHT und vor allem der Außenhandelsverband hatten Schwierigkeiten, sich geltend zu machen.

Bei den vorläufigen Regelungen der Handelsbeziehungen zu Schweden im Frühjahr 1920 konnten sich jedoch die ex- und importorientierten Interessen, die Schwerindustrie und die Verwaltung auf einen Kompromiß einigen. Als Entgelt für die Aufrechterhaltung des Kontrollsystems und eine trotzdem vorgenommene Verlängerung des Handelsvertrags mit u.a. seinen Eisenerzgarantien erhielten die Schweden ein umfangreiches Kontingentierungsabkommen, d.h. es wurden ihnen großzügige Quoten für Importlizenzen nach Deutschland bewilligt. Für das Zustandekommen dieses Kompromisses war das Auswärtige Amt besonders aktiv gewesen, da es in dem Abkommen ein Mittel sah, der durch den Versailler Frieden entstandenen Schwächung und Isolierung entgegenzuarbeiten sowie eine Möglichkeit zur Differenzierung des handelspolitischen Verhältnisses dem Ausland gegenüber. Dies geschah unter dem Widerstand des Reichswirtschaftsministeriums, das von der Schwerindustrie unterstützt wurde. Der im Zusammenhang mit dem Antritt der Regierung Fehrenbach zunehmende Einfluß der Schwerindustrie auf die Regierungsbeschlüsse, manifestierte sich im Herbst 1920 u.a. im Verhältnis zu Schweden, als es dem Reichswirtschafts-

ministerium gelang, eine vom Auswärtigen Amt und dem Reichsfinanzministerium geplante Kündigung des Handelsvertrags mit Schweden zu verhindern. Diese wollten durch eine Kündigung Voraussetzungen für eine Handelspolitik schaffen, die auf gegenseitiger Meistbegünstigung und dem Generaltarif begründet werden konnte. Diese Politik sollte Deutschland helfen, sich auf den Exportmärkten der Welt wieder geltend zu machen, was man für eine Voraussetzung dafür hielt, einen ausreichend großen Exportüberschuß zur Bezahlung der Reparationen erhalten zu können. Die Schwerindustrie dagegen wollte die hohen Reparationsforderungen zurückweisen und die Stärke der deutschen Industrie durch privatwirtschaftliche Verträge, die nicht unter dem Einfluß des öffentlichen Sektors standen, zur Geltung kommen lassen. Dadurch würde es möglich werden, die Bestimmungen des Versailler Friedens, die gegen den deutschen Handel gerichtet waren, zu umgehen. Ein Beispiel erfolgreicher Anwendung dieser Strategie sind die umfassenden deutsch-russisch-schwedischen Lokomotivgeschäfte vom Herbst 1920 und Frühjahr 1921. Diese konnten auf Grund der Versuche der Entente, dieselben zu verhindern, erst durch die indirekte Mitarbeit des schwedischen Staates getätigt werden.

Der energische Kampf der Schwerindustrie gegen die Reparationsforderungen und die "Erfüllungspolitik" (die diese akzeptierten und die Reparationen bezahlen wollten) spiegelt sich in der offensiven Haltung ihrer Vertreter bei den Vorbereitungsarbeiten für die Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden. Diese wurden von den Vertretern der Schwerindustrie dominiert. Die "Sachverständigen", die dem Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt wurden, waren samt und sonders aus der Schwerindustrie geholt worden mit der ausschließlichen Aufgabe, die Eisenerzinteressen zu bewachen. Schon auf einer Konferenz mit den Interessenten am 14. Januar 1921 geriet das Reichswirtschaftsministerium durch seine Unterstützung dieser Gruppe in eine Gegensatzstellung zum Auswärtigen Amt. Die Forderung der Schwerindustrie, lieber einen vertragslosen Zustand zu akzeptieren als die Abschaffung der Erzgarantien, wurde vom Reichswirtschaftsministerium unterstützt. Für die Exportindustrie war die Meistbegünstigung am wichtigsten - sie sollte garantieren, daß der deutsche Export genau so be-

handelt wurde, wie der anderer Länder. Sie wurde darin vom Auswärtigen Amt unterstützt, das einen schnellen Vertragsschluß auf der Grundlage des schwedischen Vorschlags wünschte. Einen solchen verhinderte jedoch das Reichswirtschaftsministerium zu einem frühen Zeitpunkt. Durch die Entwicklung der Reparationsfrage wurde indessen die Stellung der Schwerindustrie geschwächt. Es zeigte sich, daß die Alliierten, trotz innerer Entzweiung, bereit waren, Sanktionen zu ergreifen, um ihre Reparationsforderungen durchzusetzen. Hinter der englischen Sanktionspolitik steckte außerdem vor allem die Absicht, den deutschen Export von den eigenen und den Märkten der Alliierten zu verdrängen. Auf einer Konferenz mit den deutschen Interessenten am 4. März 1921 gewannen die Anhänger eines Vertrags mit Schweden auf Grund der erreichten Bedingungen die Überhand. Zum Schluß kapitulierten die Schwerindustrie und das Reichswirtschaftsministerium, aber da hatten die Sanktionen der Alliierten die schwedische Regierung schon dazu veranlaßt, ihren Vertragsvorschlag zurückzuziehen und dadurch die Verhandlungen zu torpedieren.

Dieses Ergebnis war kein Erfolg für die Schwerindustrie, wie in der früheren Forschung behauptet worden ist, sondern der Verlust der Erzgarantien war vielmehr ein schwerer Rückschlag. Außerdem muß die endgültige Lösung der Erzpreisfrage im Mai 1921 als eine Bestätigung des Sieges der "Erfüllungspolitiker" betrachtet werden, nachdem die Alliierten durch ihre Politik in der Reparationsfrage die Regierung Fehrenbach gezwungen hatten abzutreten. Das Bild einer Schwerindustrie, die ein völlig dominierender Machtfaktor der deutschen Politik war, muß also revidiert werden. Stattdessen war die Zersplitterung dominierend. Dagegen gelang es offenbar der Schwerindustrie zu verhindern, daß im Februar 1921 ein Handelsvertrag mit Schweden zustandekam. Dies unterstreicht ihre Rolle als "Vetogruppe".²⁾

Entscheidend für die schwedisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen, die hier beschrieben worden sind, waren außer der deutschen Entzweiung, die Konjunkturveränderungen, die Valutaverhältnisse und besonders die Politik der Siegermächte und die Reaktion darauf. Deutschland antwortete mit einer Zer-

splitterung zwischen denen, die Anpassung verlangten beziehungsweise Konfrontation, unter Ausnützung der wirtschaftlichen Stärke und der Entzweiung der Siegermächte. Für Schweden bedeutete diese Zersplitterung, besonders die Politik der Vereinigten Staaten und die englische Rücksichtnahme den Vereinigten Staaten gegenüber, daß der englische Druck nachließ. Als es den Alliierten - vor allem auf Grund des Widerstands der Vereinigten Staaten - nicht gelang, eine gemeinsame Politik und eine gemeinsame Kontrolle über die Rohstoffvorräte der Welt zustandezubringen, versuchte England u.a. seine durch Deutschlands Isolierung dominierende Stellung auf dem skandinavischen Kohlemarkt auszunützen. Die englische Kohlepolitik mißlang, wie wir gesehen haben, vor allem durch die Haltung der Vereinigten Staaten. Die britische Flotte beherrschte jedoch die Ostsee und konnte die schwedische Schifffahrt nach Rußland und Deutschland kontrollieren. Diese machtpolitische Lage beeinflußte stark die Gestaltung der schwedischen Handelspolitik, die im großen und ganzen eine Politik der Anpassung an England war. (Welche Rolle Schwedens Bedürfnis spielte, englische Unterstützung in der aktuellen Ålandfrage zu erhalten, ist hier nicht untersucht worden, aber es ist anzunehmen, daß dies auch Bedeutung für die schwedische Nachgiebigkeit der englischen Politik gegenüber hatte.)

Der starke englische Druck im Frühjahr 1921 hatte also zur Folge, daß die schwedische Regierung ihren Vorschlag zu einem Modusvivendiabkommen aufgab und die Verhandlungen zum Schluß scheiterten. Veränderlicher Druck englischerseits und schwankende Konjunkturen waren vorher Anlaß zu einer wechselhaften schwedischen Politik Deutschland gegenüber gewesen. Auch verschiedene Wirtschaftsinteressen waren dabei wirksam gewesen. 1920 war eine Offensive protektionistischer und binnenmarktorientierter Interessen zu verzeichnen. Der schließlich entstandene vertragslose Zustand bedeutete, daß in Schweden die binnenmarktorientierte Industrie zusammen mit der auf die westlichen Exportmärkte eingestellten Industrie begünstigt wurden, während besonders gewisse Teile der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Maschinenbauindustrie die Leidtragenden waren. Die TGO kam - wie erwähnt - dank der engen Zusammenar-

beit mit dem schwedischen Staat günstig aus der Situation. Man kann also nicht behaupten, daß auf schwedischer Seite irgendwelche bestimmten Interessen siegten. Typisch sind stattdessen die Kompromißbestrebungen und die nach Konsens bei der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft.

Die Untersuchung der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Schweden und Deutschland in den Jahren 1918-1921 zeigt überhaupt für die beiden Länder eine starke Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft auf. Diese Politik der Zusammenarbeit muß vor dem Hintergrund der ernsten Wirtschaftslage und der großen Veränderungen auf wirtschaftlichem, sozialem und administrativem Gebiet gesehen werden; Veränderungen, die durch den Krieg hervorgerufen oder beschleunigt worden waren und die durch die Entwicklung nach dem Krieg weiterhin beeinflußt wurden. Diese Veränderungen erzeugten oder verschärften Gegensätze. Das steigerte das Bedürfnis einer Politik der Zusammenarbeit, die die Gegensätze mäßigen konnte, um dadurch offene Konflikte, die die Gesellschaft und ihre Beziehungen zur Außenwelt bedrohten, zu verhindern. Deutscherseits waren die Schwierigkeiten jedoch allzu groß, als es galt, die Entzweiung nach außen hin zu verheimlichen. Das kann eventuell dadurch erklärt werden, daß die Zusammenhänge und Probleme größer und die Möglichkeiten Konsens in einer gewissen Politik zu erreichen geringer waren als in einem kleinen Land wie Schweden,³⁾ aber auch dadurch, daß Deutschlands Voraussetzungen, trotz der Niederlage eine alternative Politik zu betreiben, besser waren.

Anmerkungen

1. Wahl des Untersuchungsobjekts

- 1) Rußlands Anteil am schwedischen Export von Eisen-, Metall- und Maschinenbauerzeugnissen:
in Prozenten 1913 1914 1915 1916 1917 1918
 13,2 15,7 19,2 23,8 18,7 3,5
Quelle: Anders Östlind, Svensk samhällsekonomi 1914-1922, S. 234.

- 2) Östlind, S. 6 f.

- 3) Vgl. z.B. Steven Koblik, Sweden the Neutral Victor; Sven Anders Söderpalm, Storföretagarna och det demokratiska genombrottet.

- 4) Östlind, S. 223 f, 490.

- 5) Die Indexzahl für den schwedischen Import und Export 1914-1918, 1913 = 100

	1914	1915	1916	1917	1918
Exportumfang	96	140	125	81	68
Importumfang	91	116	102	52	55
Exportpreise	98	115	152	205	243
Importpreise	94	117	132	173	264

Östlind, S. 223

Die Verteilung des totalen Exports in Prozent ausgedrückt:

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
I. Engl.,USA, Frankreich	41,4	43,0	30,0	31,6	24,5	26,5
II. Deutschl.,Öster- reich-Ungarn	22,3	23,4	40,6	30,9	29,8	24,8
III. Rußl.u.Finnland	5,8	6,3	8,8	12,7	14,4	3,6
IV. Dän.,Norw.,Holl., Schweden	17,7	18,3	15,3	17,6	27,0	38,6
V. Übrige	12,8	9,0	5,3	7,2	4,3	6,5

Östlind, S. 224, Vgl. auch ebd., S. 487 f.

- 6) Eli Heckscher, Den ekonomiska Skandinavismen, Stockholm 1918, Vortrag auf der Jahreshauptversammlung von Schwedens Allgemeinem Exportverein am 22. April 1918.

- 7) Gustav Schmidt, Politische Tradition und wirtschaftliche Faktoren in der britischen Friedenstrategie 1918/1919, Viertel-Jahrshefte für Zeitgeschichte 1981:2, S. 135, Anm. 10.

- 8) M.W.W.P. Consett, The Triumph of Unarmed Forces, S. 97 f.

- 9) Klaus Wittmann, Schwedens Wirtschaftsbeziehungen zum Dritten Reich 1933-1945, S. 17.

2. Wirtschaft und Politik: das Grundproblem

- 1) Gudmund Hernes, "Makt, blandingsøkonomi og blandingsadmi-

nistration" in "Forhandlingsøkonomi og blandningsadministration", Bergen/Oslo/Tromsø 1978.- Die Grundvoraussetzung der Theorie ist, laut Hernes, daß alle - der Produzent des perfekten Marktes, der Politiker der perfekten Demokratie und der Bürokrat der perfekten Bürokratie - nur im Eigeninteresse handeln, daß dies aber zum besten aller und der Gesellschaft ausschlage. Indem man auf dem Markt die Gewinninteressen bestimmen ließe, in der Politik den Machthunger und in der Bürokratie den Wunsch, Karriere zu machen, erhielte man das allerbeste System. Dem homo economicus, dem homo politicus und dem homo bureaucraticus wurden Grenzen für ihr Wirken gesetzt, innerhalb derer sie für andere ihr bestes tun müßten, um - auf ihre jeweilige Funktion bezogen - Geld verdienen, Wahlen gewinnen oder befördert werden zu können.

Das sich diesem Idealbild annähernde liberale System wurde aber von solchen Akteuren gestört, die - zwangsläufig - keine Individuen mehr waren. Heute sind oft riesige Organisationen und Bürokratien zu Produzenten geworden. Der Politiker tritt in großen Parteien auf, und es haben sich große Interessensorganisationen gebildet. Die Staatsverwaltung ist enorm angeschwollen, und der verantwortliche Minister ist manchmal so etwas wie "Tourist in seinem eigenen Ministerium" geworden. (Hernes, S. 34) Eine Reihe von Beschlüssen, die das Individuum betreffen, werden heute gefaßt von einem Netz von marktorientierten Organisationen, innerhalb der Politik und der Verwaltung und im Zusammenwirken aller. Wie auf dem Markt Mischformen der Wirtschaft entstanden sind, so sind durch eine Symbiose von Verwaltung, Markt und Politik Mischformen der Verwaltung gebildet worden. Dies ist durch einen Entwicklungsprozeß innerhalb der industrialisierten Gesellschaft geschehen.

- 2) Hernes, S. 235.
- 3) Andres Skuhra, "Industrialised small states - some comparative considerations with special respect to Austria", Paper vorgelegt auf der Konferenz "Small States and Dependence" in Laxenburg vom 10.-12.6.81

3. Der "Organisierte Kapitalismus"

- 1) H.A. Winkler, "Einleitende Bemerkungen zu Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus" in Organisierter Kapitalismus (Hsg. Winkler), Göttingen 1973. Das Hilferding-Zitat, S. 10.
- 2) Jürgen Kocka, "Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen in Organisierter Kapitalismus, S. 19-35. Der Begriff des Organisierten Kapitalismus pflegt von seinen Vertretern als ein Idealtyp im Weber'schen Sinne bezeichnet zu werden. Ein solcher wird so definiert, daß "it is obtained by one-sided emphasis of one or several aspects, and by

a synthesis into a consistent ideal model (Gedankenbild) of a variety of diffuse and separate single phenomena, which exist in one case to a larger, in another case to a smaller extent and sometimes not at all, and which are fitted to those emphasized aspects. In this conceptual purity this ideal model is not to be found anywhere in the empirical reality, it is a utopian scheme and to historical studies accrues the task to determine in every single instance how close or how far away from this model reality is." Man darf vor allem nicht vergessen, daß Idealtypen keine Generalisierungen sind. J. Kocka, "Recent Historiography of Germany and Austria, JMH, 1975, S. 117 f.

- 3) H.-U. Wehler, Der Aufstieg des Organisierten Kapitalismus und des Interventionsstaates in Deutschland, in Winkler, H.A. (Hrsg), Organisierter Kapitalismus, Göttingen 1974, S. 36-57.
- 4) Vgl. Harm Schröter, Außenpolitik und Wirtschaftsinteresse, Frankfurt/Main etc. 1983, s. 26.
- 5) Gerald D. Feldman, Der deutsche Organisierte Kapitalismus während der Kriegs- und Inflationsjahre 1914-1923 in Organisierter Kapitalismus, S. 150-171; ders., Economic and Social Problems of the German Demobilization 1918-1919, Journal of Modern History, March 1975; ders., Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme der deutschen Abrüstung 1918/1919 in Industrielles System ..., S. 618-636; ders., Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918, Princeton 1966; ders., Iron and Steel in the German Inflation 1916-1923, Princeton 1977; ders., Big Business and the Kapp Putsch, Central European History IV, 2 (1971), S. 99-131; ders., "German Business Between War and Revolution: The Origin of the Stinnes Legien Agreement" in Entstehung und Wandel der Modernen Gesellschaft, Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag. (Hsg. Gerhard Ritter), S. 312-341; ders., H. Homburg, Industrie und Inflation. Studie und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916-1923, Hamburg 1977.
- 6) Feldman, Der Deutsche Organisierte ..., S. 165 f.
- 7) Kocka, J.M.H., 1975, S. 24 ff.
- 8) Zitiert nach B.-J. Wendt, "War, Socialism- Erscheinungsformen und Bedeutung des Organisierten Kapitalismus, S. 117.
- 9) Kocka, Organisierter Kapitalismus, S. 27.

4. Der Begriff des "Korporatismus"

- 1) D. Dahlerup m.m., Korporatismebegrebet og studiet af samspillet mellem politiske institutioner, Økonomi og Politik 1975:4, S. 317-343.

- 2) P.C. Schmitter im Vorwort zu Trends toward Corporatist Intermediation, Hnsg. von P.C.Schmitter und G. Lehmbruch, London 1979.
 - 3) P.C. Schmitter, Still the Century of Corporatism? in Trends toward ..., S. 13. Vgl. auch Stein Rokkan, "Votes count. resources decide..." in Festschrift til Jens Arup Seip, Oslo 1975.
 - 4) Gerhard Lehmbruch, Concluding Remarks: Problems for Future Research on Corporatist Intermediation and Policy Making in Trends toward ..., S. 299 f. Schmitter teilt den Begriff des Korporatismus in einige Untertypen ein: z.B. Gesellschaftskorporatismus und Staatskorporatismus. Der erstere zeichnet sich dadurch aus, daß die Interessensorganisationen vom Staat abhängig sind und daß das System von unten nach oben wächst, im anderen werden die Organisationen dem Staat untergeordnet und in einem autoritären Staat von oben geleitet. Als Beispiel für den ersteren führt Schmitter das heutige Schweden an und für letzteren das faschistische Italien.
- Schmitter beansprucht nicht, eine Makrotheorie für die Gesellschaftsentwicklung aufgestellt zu haben. Seine Definition klammert das funktionale Verhältnis der Interessensorganisationen sowohl zum Staat als auch zum Wirtschaftssystem aus. Sie stellt auch nicht klar, ob der Korporatismus an den Kapitalismus gebunden ist oder ob er eine universalere Erscheinung ist und für alle Gesellschaften verwendbar. Vgl. Lehmbruch, S. 300.
- 5) Dahlerup m.m., Korporatismebegrebet..., S. 333 ff.

5. Der korporative Pluralismus

- 1) Charles Maier, Recasting Bourgeois Europe, Princeton 1975 und "Strukturen kapitalistischer Stabilität in den zwanziger Jahren: Errungenschaften und Defekte" in Organisierter Kapitalismus, S. 195-213.
- 2) Die Darstellung baut auf Maiers "Strukturen ..." Schon ab 1920 wurde in den USA und England wie in Schweden eine deflationistische Politik betrieben. Die Bedeutung der industriellen Interessensorganisationen während der Zeit zwischen den Kriegen ist heutzutage wohl unumstritten. Dabei handelt es sich jedoch nicht um zwei verschiedene Systeme - ein politisches und ein wirtschaftliches - die einander gegenüberstehen, sondern es handelt sich um eine gegenseitige "Durchdringung politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsräume." Im allgemeinen ist man sich über die Machtstellung der Schwerindustrie während der Weimarer Republik im klaren. Man kann zwar verschiedene Phasen unterscheiden, die Revolutionszeit, die mißlungene Stabilisierungsperiode 1920-1922, die Inflationsperiode, die Stabilisierungsphase und den Verfall des parlamentarischen Systems (1930-1933), die sich durch verschiedene Kombinationen wirtschaftlicher Interessen unterscheiden. Es gelang

aber der Schwerindustrie, ihre starke Stellung während der ganzen Zeit zu behaupten.

Gerald Feldman erklärt die starke Stellung der Schwerindustrie innerhalb der deutschen Gesellschaft zwischen den beiden Kriegen mit der günstigen Ausgangslage, die sie sich während der Demobilisierungsphase 1918/1919 verschaffen konnte. Maier stimmte dem zu, hebt aber außerdem hervor, daß sie im Zusammenhang mit der Reparationsfrage, der Inflation und dem Rohstoffmangel ihre Position den Konsumgüter- und Exportindustrien gegenüber noch mehr ausbauen konnte. Vgl. Maiers Ausführungen während der Schlußdiskussion beim Symposium in Bochum 1973 in *Industrielles System ...*, S. 950 ff.

- 3) Charles Maier, *Coal and Economic Power in the Weimar Republic. The Effect of the Coal Crisis of 1920 in Industrielles System ...*, S. 530-542.
- 4) Maier, *Strukturen ...*, S. 200 f.
- 5) *Industrielles System ...*, S. 955 f.
- 6) Ebd., S. 959.
- 7) Ebd., S. 983.
- 8) Ebd., S. 960.
- 9) Ebd., S. 983 f.

6. Ziele, Perspektiven, Fragestellungen und Abgrenzungen

- 1) So ist es nicht die Absicht, hier die Ålandfrage zu behandeln. Diese war geeignet, die Abhängigkeit von England zu verstärken. Eine flüchtige Durchsicht der Akten des Reichsarchivs, Stockholm scheint darauf hinzudeuten, daß die Wirtschaft - oder Teile davon, z.B. die Familie Wallenberg -, über ein schwedisches Engagement in der Frage nicht besonders begeistert war.

7. Gliederung der Untersuchung. Quellenmaterial und Literatur

- 1) In seinem "Vorwort" schreibt Hesse: "Die Ergebnisse der handelspolitischen Entwicklung zwischen Deutschland und Schweden können nur in den Grundzügen dargestellt werden; Verallgemeinerungen stützen sich auf vielfältige Quellen, die im einzelnen nicht wiedergegeben werden können. Das würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen." (S.8).
- 2) Was die übrige nicht-nordische Literatur- und Forschungsentwicklung in Bezug auf die Großmächte und Skandinavien anbelangt, sei im übrigen auf den Artikel Carl-Axel Gemzells, "Scandinavian History in International Research", "Scandinavian Journal of History", 1980:5, hingewiesen.
- 3) Östlind behandelt u.a. die Entwicklung des schwedischen Exports und Imports und die Situation der verschiedenen Industriezweige nach dem Krieg. Die Untersuchung stützt sich in diesen Fragen auf seine Arbeit aber auch die schwedische offizielle Statistik ist ausgenutzt worden.

I.1 Voraussetzungen für den internationalen Handel vor dem Ersten Weltkrieg

- 1) Schröter, S. 50
- 2) ebd. S. 46
- 3) Die Darstellung gründet sich auf Josef Grunzel, System der Handelspolitik, Leipzig 1908; Nils Sehlberg, Svensk Handelspolitik efter kriget, Denkschrift, Ttk:s arkiv, vol. 45; Christian Günther, "Tendenser och riktlinjer inom handelspolitiken efter kriget", Ekonomisk Tidskrift 1922 (Nationalekonomiska Föreningens Sitzung am 5. 10. 1922); Christian Günther, "PM angående erforderliga åtgärder ...", Ttk:s arkiv, vol. 49; Kurt Bergendal, "Handels- och sjöfartspolitik under världskriget" im "Bidrag till Sveriges ekonomiska och sociala historia", herausgegeben von Eli Heckscher, Stockholm 1926. Über die Meistbegünstigung, siehe R. Snyder, The most-favored-nation clause, New York 1948.
- 4) Girault R., Diplomatie européenne et imperialismes. Paris 1979, S. 28 ff.
- 5) Bariéty, Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale, Paris 1977, S. 177 ff; Torsten Gihl, Den svenska utrikespolitikens historia, Bd. IV, Stockholm 1951, S. 50 ff; Bergendal, S. 190.
- 6) Über die neutralen skandinavischen Staaten während des Krieges siehe S. Koblik, Sweden the Neutral Victor, Lund 1972, Olav Riste, The Neutral Ally, Oslo 1965, Tage Kaarsted, Storbritannien og Danmark 1914-1920, Odense, 1974.
- 7) Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961.

I.2 Die Pariser Wirtschaftskonferenz 1916 und die Pläne einer gemeinsamen diskriminierenden Handelspolitik seitens der Alliierten

- 1) Der Text zu den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz ist zu finden in H.W.V. Temperly (Hrsg) A History of the Peace Conference of Paris, Bd. V, London 1921, Appendix I. S. 366-369 und in deutscher Übersetzung, Theodor Plaut, Deutsche Handelspolitik, Berlin 1924, S. 143 ff. Der offizielle Text wurde in Journal Officiel de la République Française vom 21. Juni 1916 veröffentlicht. Über die Konferenz, vgl. Bariéty, S. 178 f. Marc Trachtenberg, Reparation in World Politics, Yves-Henri Nouailhat, Français, Anglais et Américains face au problème de la réorganisation du commerce international (1914-1918) Relations internationales 1977, Nr. 10, S. 95-114. Heide-Irene Schmidt, Wirtschaftliche Kriegsziele Englands und interalliierte Kooperation - Die Pariser Wirtschaftskonferenz 1916 in MGM 1/81. Robert Bunselmeyer, The Cost of the War 1914-1919, Hamden 1975, S. 35 ff.
- 2) Für eine zeitgenössische Darstellung aus deutscher Sicht, siehe Friedrich Kahl, Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916, Jena 1917, Rapport (Nr. 388) 26.9. 1916, Ttk:s arkiv, nicht verzeichneter Teil "Handl. med proveniens från UD och därifrån överlämnade till prof. Wohlin". Unter ihnen gibt es einige Berichte von den

schwedischen Gesandtschaften aus u.a. London, Paris, Berlin und St. Petersburg im Original. Über Bonar Laws Haltung, siehe Bunselmeyer, S. 39.

- 3) "Interim Report..." des Balfour-Komitees Nov. 1916 (Cd 9033) und Rapport (Nr. 388) der Gesandtschaft in Paris 26.9.1916.
- 4) Heide Irene Schmidt, S. 40
- 5) Britta Fransén, Nordiska relationer och aktioner 1914-1916, Lizensiatenarbeit in Geschichte 1965 (MS), S. 96. Die Initiative zur Ministerkonferenz war vom schwedischen Staatsminister Hjalmar Hammarskjöld ausgegangen. Siehe auch "PM angående strävandena till en tullpolitisk samverkan mellan de tre skandinaviska länderna" 17.5.1919, Ttk:s arkiv, vol. 97, "Dossier angående interskandinavisk tullpolitik."
- 6) Parini Carl, Heir to Empire, United States Economic Diplomacy 1916-1923, Pittsburgh 1969, S. 15.

I.3 Das Balfourkomitee 1916-1917 und englische protektionistische Pläne

- 1) Heide Irene Schmidt, S. 39. Über die deutsch-englische handelspolitische Rivalität, siehe Bunselmeyer, S. 21 f. Unter den Mitgliedern des Komitees befanden sich außer Arthur Balfour, der im Herbst 1916 zum Außenminister ernannt worden war, (Nicht zu verwechseln mit dem oben genannten Balfour of Burleigh) Freihändler, wie Alfred Booth, Vorsitzender in Cunard Company und Sir Clarandon Hyde und "Tariff Reformers" wie Lord Farington und Prof. Hewins, The Morning Post 21.2.1917, "Handl. med proveniens från UD ...".
- 3) Heide Irene Schmidt. S. 38.
- 4) Parini, S. 16 f.
- 5) Bunselmeyer, S. 25. Vgl. Denkschrift von Elis Bosaeus vom 28.8.1919. "Englands handelspolitik omkring och efter fredsslutet," Ttk:s arkiv, unnummeriertes Volumen.
- 6) "Interim Report on the Importation of Goods from the present enemy countries after the war," (Cd 9033) "Interim Report on the treatment of Exports from the United Kingdom and British Overseas Possessions and the conservation of the Resources of the Empire during the transitional period after the War," vom 14.12.1916 (Cd 9034), "Interim Report on certain Essential Industries", vom 16.3.1917, (Cd 9032).
- 7) Ian M. Drummond, British Economic Policy and the Empire 1919-1939, London 1972, S. 36 f.
- 8) Vgl. "covering letter to the Prime Minister", vom 2.2.1917 vom Balfour-Komitee (Cd. 8482), S. 2.
- 9) Drummond, S. 55 f; Bunselmeyer, S. 47 ff.
- 10) Zitiert nach "The Globe", vom 9.3.1917.
- 11) "Resolutions passed by the Committee on Commercial and Industrial Policy after the War on the subject of Imperial

Preferences," vom 2.2.1917 (Cd 8482). Dieser Bericht wurde veröffentlicht, den Dominions am 2.3.1917 überreicht, Drummond, S. 56.

- 12) R.K. Snyder, The Tariff Problem in Great Britain 1918-1923, London 1944, S. 41.
- 13) Protokoll von den Sitzungen im "Imperial War Cabinet", am 11., 12., 24. und 26. April 1917, Drummond, S. 143-150. In der Erklärung, die die Delegierten abgaben, wurden auf Lloyd Georges Wunsch alle Hinweise auf "Custom duties, gestrichen. Drummond, S. 146. Vgl. auch R.K. Snyder, S. 41 und Bunselmeyer, S. 49 ff.
- 14) Brief von Außenminister Balfour an den Lord Chancellor Lord Finlay vom 10.3.1917, FO 371/5395, PRO.
- 15) Ebd.
- 16) Brief Lord Finlays an Balfour vom 23.3.1917, FO 371/5395, PRO. Auf diesen Briefwechsel bezieht man sich im Foreign Office im Dezember 1920 in der Antwort auf die Forderung des Gesandten in Kristiania, Sir Lord Finlay, Auskunft über die Gründe der englischen Politik in der Frage der Differenzierung der Kohlenpreise zu erhalten.
- 17) "Final Report of the Committee on Commercial and Industrial Policy after the War." (Cd 9035) vom 3.12.1917.
- 18) Ebd. S. 47.

I.4 Spaltung unter den Alliierten, Amerikanische "open-door" - Politik

- 1) Siehe Lansing Papers I, S. 311 f, Parini, S. 20 f, Nouailhat S. 98 f. Der Verdacht der Amerikaner, daß sich die Pariser Beschlüsse auch gegen ihren eigenen Handel richteten, wurde durch die im Juli 1916 veröffentlichten Schwarzen Listen für Amerika verstärkt. Die amerikanischen Gesetze "Retaliation Act" und "Revenue Act" von 1916 ermöglichten es dem amerikanischen Präsidenten, jeder Diskriminierung des amerikanischen Handels mit den gleichen Mitteln zu begegnen. "Shipping Act" sah den Bau einer großen amerikanischen Handelsflotte voraus - eine Herausforderung an die Englische Vorherrschaft auf den Meeren. Heide Irene Schmidt, S. 44.
- 2) Parini, S. 19 f.
- 3) Ebd., S. 21 f, Temperley V, S. 66 ff.
- 4) Nouailhat, S. 104.
- 5) Ebd, S. 105.
- 6) Ebd, S. 106.
- 7) Marc Trachtenberg sieht in diesem Plan einen Beweis dafür, daß Frankreich nicht vorhatte, an Deutschland harte Reparationsforderungen zu stellen. Die stellte man erst, nachdem sich England und die USA geweigert hatten, an dem von Clémentel vorgelegten Plan teilzunehmen, um Deutschland durch Integration in einem durch die Alliierten dominierten Wirtschaftssystem zu pazifizieren, Trachtenberg, passim.

- 8) Trachtenberg, S. 15 f. Über die französische Kündigung des schwedisch-französischen Handelsvertrages, siehe Kap. III.2
- 9) Trachtenberg, S. 17.
- 10) Ebd., S. 21.
- 11) Ebd., S. 22. Wilson verurteilte "any form of economic boycott or exclusion". Bunselmeyer, S. 78.
- 12) Hoover an Cotton, 7.11.1918, zitiert nach Trachtenberg, S. 23. Vgl. Nouailhat, S. 113.
- 13) Nouailhat, S. 109
- 14) Ebd.
- 15) Ebd., S. 109 f. Zeitlich fallen die Imperiumskonferenz und die Mitteilung an die französische Regierung mit den zwei britischen Noten vom 16. Juli 1918 an die schwedische Regierung zusammen. Hierüber mehr im folgenden Teil.
- 16) Pichon an Clémentel am 9.8.1918, zitiert nach Nouailhat, S. 110.
- 17) Ebd., S. 110 f., Trachtenberg S. 13.
- 18) Vgl. Marc Trachtenberg, S. 34 ff. Eine interessante Diskussion in dieser Frage ist in Journal of Modern History 1979:1 mit Beiträgen von Trachtenberg, Mc Dougall, Charles S. Maier, Klaus Schwabe und Gordon Wright zu finden. Schwabe greift Trachtenberg an, weil er die Reparationsfrage von der französischen Rheinpolitik isoliert behandelt. Bezüglich der Ziele der amerikanischen Politik siehe Denis Artauds interessanten Artikel, Aux origines de l'Atlantisme ... in Relations internationales 1977, Nr. 10 und die Besprechung von Denis Artauds "La question des dettes interalliées et la reconstruction l'Europe (1917-1929) Lille 1976, von René Girault, ebd., S. 162-170.
- 19) Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970; ders., Der amerikanische Einfluß auf die Weimarer Republik in der Dawesplanphase in "Industrielles System ...", S. 485-498.

I.5 Deutsche Reaktionen auf die Pariser Wirtschaftskonferenz und die Imperial War Conference. Mitteleuropapläne

- 1) Fritz Fischer, passim. Siehe auch Fischer, Krieg der Illusionen, Düsseldorf 1969, sowie Carl-Axel Gemzell, Organisation, Conflict, and Innovation, Lund 1973, S. 152-173, 215-245. Über den Begriff Großraumwirtschaft siehe B.J. Wendt, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft in der "Führerstaat" Mythos und Realität, Hrsg. G. Hirschfeld und L. Kettenacker, Stuttgart 1981.
- 2) Fischer, S. 307. Schoenebeck beteiligte sich besonders an den deutschen Bestrebungen, die Eisenerzzufuhr zu sichern und wird von Fischer als "ein erstklassiger Kenner der Materie" bezeichnet. (S. 318). Schoenebeck wurde während des Krieges Min.Dir. im RWA, Abt. IC (Außenhandelsförderung und wirtschaftliche Propaganda) Im RWM wurde Schoene-

beck Min.Dir. der Abt. IVb (Außenhandel). Schoenebeck war ausgesprochen protektionistisch. Er publizierte sich in den zwanziger und dreißiger Jahren in zollpolitischen Fragen, Siehe z.B. "Friedrich List und die Lehre von den Zollwirkungen, Schmollers Jahressbuch, Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, Jahrgang 51, Berlin 1927. Handbuch des Deutschen Reiches 1918, 1922, 1924.

- 3) "Der Wirtschaftskrieg nach dem Kriegsende. Die Pariser Wirtschaftskonferenz und die Folgen für Deutschland. Denkschrift von Dr. von Schoenebeck, Mitte November 1916", in "Akten betreffend den Wirtschaftskrieg nach dem Krieg," Bd. I, Oktober 1916 - 31. Juli 1918, RWM 1854, Bl. 11-112, ZSA I.
- 4) Fischer 1961, S. 308.
- 5) Schoenebeck, "Der Wirtschaftskrieg nach dem Kriegsende. Die Pariser Wirtschaftskonferenz und ihre Folgen für Deutschland. I Nachtrag," RWM 1854, Bl. 190-240, ZSA I.

I.6 Das schwedische Eisenerz und der Wunsch der deutschen Schwerindustrie, die Rohstoffzufuhr nach dem Krieg zu sichern.

- 1) Fischer (1961), S. 792 ff.
- 2) Ebd., S. 752 ff.
- 3) Gihl, S. 341 f.
- 4) Göran Rystad, "Die deutsche Monroedoktrine der Ostsee," S. 18, Gihl, S. 349 f.
- 5) S. Koblik, S. 170 ff.
- 6) Rystad, S. 20
- 7) Fischer (1961), S. 672, Rystad, S. 24.
- 8) Rystad, S. 22, Gihl, S. 366 f.
- 9) Rystad, S. 24 f.
- 10) Brief von August Thyssen, Mühlheim, an Reichskanzler Georg von Hertling, Berlin am 18. Febr. 1918 in "Ersatzlieferungen aus anderen Beständen," A:897, Aug. Thyssen A.G. Archiv, Duisburg.
- 11) Eisenerzverschiffung aus

	Narvik	Luleå	Oxelösund	total
1913	3129	1311	624	5064
1914	2279	942	480	3701
1915	1399	2068	791	4258
1916	1106	1485	977	3568
1917	422	2494	760	3676

(1000 Tonnen)

Quelle: Malmförsäljningen, Statistik in AB Svensk Malmexport arkiv, Stockholm.
- 12) Rystad, S. 27 f, auch Anm. 54.
- 13) Fischer (1961), S. 753 ff.
- 14) Rystad, S. 27

15) Gihl, S. 331.

I.7 Überlegungen der deutschen Schwerindustrie über den Handel mit Schweden angesichts der Niederlage

- 1) Ausführliches Diskussionsprotokoll über die Sitzung im RWA am 3.9.1918 in "Akten betreffend Erhebung zur Vorbereitung des Wirtschaftsfriedens," Aug. 1918 - Febr. 1919, Bd. 1, RWA 1869, ZSA I. Bl. 62-147.
Beukenberg war einer der Führenden in der deutschen Schwerindustrie und Direktor der Phoenix A.G.. Er nahm als Mitglied der deutschen Sachverständigendelegation an den Friedensverhandlungen 1919 in Paris teil. Wulf, S. 117, Feldman, S. 129.
- 2) Wulf P., Hugo Stinnes - Wirtschaft und Politik 1918-1924, Stuttgart 1979, S. 64.
- 3) Albert Vögler war Gen.Dir. der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A.G. und wurde als Hugo Stinnes' rechte Hand betrachtet. Paul Silverberg war Gen.Dir. der Rheinischen A.G. für Braunkohlen- und Brikettfabrikation, Alfred Hugenberg war Gen.Dir. der Krupp A.G. vgl. Wulf S. 567 ff. Senator Emil Possehl, Lübeck, war seit 1893 der Vertreter der TGO für Lappländerz in Deutschland. Er war Besitzer fast des ganzen Aktienbestandes von Fagersta Bruks A.B. (vgl. Meinander N., Gränges- enkrönika om svensk järnmalm, Helsingfors 1968, S. 214) und Besitzer eines hohen Aktienanteils der TGO (vgl. Protokoll der Generalversammlung der TGO vom 30.5.1921, als Possehl noch formell Besitzer von 61599 Aktien war, TGO:s arkiv, Grängesberg). Possehl starb im Februar 1919. Sein Nachfolger in seiner Firma in Lübeck wurde Johannes Schwabroch. Anfang der zwanziger Jahre wurden die Agenturverhältnisse geändert, so daß die TGO nach und nach den Verkauf in Deutschland selbst übernahm. Aus diesem Grund wurde Bernt Forsgrén nach Berlin versetzt. (Vgl. Forsgréns "Minnesanteckningar", TGO:s arkiv)
- 4) Schwedisches Gesetz vom 30.5.1916.
- 5) Meinander, S. 119; W. Treue, Die Feuer verloschen nie, Düsseldorf/Wien 1966, S. 90.
- 6) Treue, S. 89 f.
- 7) Das Schreiben des Kommerskollegiums an die Regierung am 29. Dez. 1917 in "Diverse promemorior ang. Sveriges handelspolitiska läge", Ttk:s arkiv, vol. 49.
- 8) Vgl. Anlage zur Denkschrift von Jernkontorets Tull - och traktatkomitee vom 17.5.1920 / Carl Sahlin / Jernkontorets registratur 1920 : 258, Jk:s arkiv.
- 9) Wohlin in "Utredning om verkningarna af handels- och sjöfartstraktaten mellan Sverige och Tyska riket af år 1911", "Allmänna synpunkter och slutsatser," Ttk:s arkiv, Bihang vol. 112; In seiner umfassenden Untersuchung über die Auswirkungen des deutsch-schwedischen Handelsvertrages von 1911 hatte Professor Nils Wohlin schon 1916 darauf aufmerksam gemacht, daß die deutschen Edelstahlwerke Absichten hätten, sich vom schwedischen Edlestahimport unabhängig zu

machen. Eine Hauptbedingung, um dies durchführen zu können sei die, daß Deutschland die Zufuhr phosphatarmer Erzes sicherstelle. Es sei aber nicht vereinbar mit den schwedischen Interessen, hatte Wohlin erklärt, "einem solchen Export von den mittelschwedischen Erzfeldern uneingeschränkt Freiheit zu gewähren, in einer Zeit, in der die deutschen Erzverbraucher damit beschäftigt sind, den Grund zu legen zu einer äußerst gefährlichen Konkurrenz für die bedeutendste Exportindustrie Schwedens in bezug auf Deutschland."

- 10) Fischer (1961), S. 673. Der finnisch-deutsche Handelsvertrag, der 1918 abgeschlossen wurde, enthielt gerade eine solche Gleichstellung deutscher und finnischer Staatsangehöriger und Unternehmer. Dieser Umstand wird von Fischer so erläutert: "... eine Bestimmung, die bei dem großen Unterschied des Handels- und Wirtschaftspotentials Deutschlands und Finnlands, letzteres dem deutschen Unternehmer und seiner Kapitalkraft aufgeschlossen und verfügbar gemacht hätte."
- 11) Treue, S. 191 ff. Über Vöglers Versuche gegen Kriegsende "Vereinigte Stahlwerke" zustandezubringen vgl. Feldman (1977), S. 115 ff.
- 12) Pohl K.H., Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924-1926, Düsseldorf 1979, S. 161 ff.
- 13) Die Schwierigkeiten, mit denen man auf den von den Alliierten kontrollierten Märkten rechnen mußte, führten zu dem Vorschlag, ein einziges großes deutsches Stahlkartell zu bilden. Dies ist ein wichtiges Mittel den Markt zu sichern.

II. Englands Versuch, seine vorherrschende Stellung auf dem Kohlemarkt auszunützen und Schwedens Reaktion darauf (1918-1921)

II.1 Englands Druck auf Schweden

- 1) "Meddelanden från Sveriges Industriförbund 1919", Nr. 73 und Nr. 80 Statens handelskommission an UD im März 1919 (drn 117/1919) "1915 års handelskommissions arkiv" vol. 52, RA. Sämtliche Preise werden, so auch im weiteren Teil der Arbeit - wenn nicht anders vermerkt ist - in fob (free on board) angegeben. Bezüglich der Preisentwicklung während des Krieges vgl. Eli Heckscher, "Bidrag till Sveriges ekonomiska och sociala historia" Teil 1, S. 237, Tabelle 21. Es handelt sich um schwedische Engrospreise Index 1913 = 100

Steinkohle	sämtliche Waren
1918 856	339
1919 804	330
1920 1007	347
1921 285	347

Wie zu ersehen ist, war der Steinkohlenindex völlig anormal. 1919 fiel der Index etwas, das kann mit den nach dem Krieg für eine kürzere Zeit sinkenden Frachtkosten zusammenhängen.

- 2) Die Darstellung stützt sich vor allem auf folgende Be-

richte: "Utredning över den engelska kolexporten", von E. Sahlin, dem schwedischen Generalkonsul in London, an den Außenminister, Stockholm am 18.2.1921 gesandt. Von Harry Eriksson (in Abschrift) an das Zoll- und Vertragskomitee geschickt. (Wird als "Sahlin 1921" zitiert), "PM beträffande Englands kolpolitik", von Gustaf Lindahl, Zoll- und Vertragskomitee, am 28.6.1922 aufgestellt. (Wird als "Lindahl 1922" zitiert), "Den engelska kolindustrien under 1921", am 31.3.1922 an UD geschickt (Wird als "Eriksson 1922" zitiert), Ttk:s arkiv, vol. 53, Dossier "Kolfrågan i Storbritannien". Das Original von "Sahlin 1921" befindet sich im vol. 1136, V, UD:s arkiv. Siehe auch Fürst, "Stenkolmarknadens nuvarande läge och utsikter" i Meddelanden från Sveriges Industriförbund, Nr. 73 (1919), S. 8 ff. Das Zoll- und Vertragskomitee hatte einen eigenen Korrespondenten in London, Harry Eriksson, der dem Generalkonsulat angehörte. Dieser wurde am 29. März 1920 durch K.A. Fryxell darüber wie folgt unterrichtet, "da es für die Arbeit des Zoll- und Vertragskomitees von Bedeutung ist, Englands Politik in der Kohlefrage genau zu verfolgen", sollte er deshalb darüber berichten. Ttk:s arkiv, vol. 54a. Über die Kohlepolitik der englischen Regierung 1919 und die sog. Sankey-Kommission vgl. Paul Barton Johnson, Land fit for Heroes, Chicago 1968, S. 384 ff und S.M.H. Armitage, The Politics of Decontrol of Industry" Britain and the United States, London 1969, S. 101-157.

- 3) "Report of Departmental Committee to Consider the Position of the Coal Trade After the War," April 1917, Cd 9093, S. 14, vgl. auch Susan Armitage, S. 113.
- 4) S. Armitage, S. 116 f.
- 5) "Eriksson 1922", S. 1, S. 6 ff.
- 6) Referat über Sir A. Geddes Rede in The Times "Parliament", 15.7.1919, ein, dem Bericht von Baron Alströmer 17.7.1919 angefügter Zeitungsausschnitt, Ttk:s arkiv, vol. 54a.
- 7) Bericht von Alströmer 17.7.1919 an UD, schwedische Gesandtschaft in London, Ttk:s arkiv, vol. 54a.
- 8) "Sahlin 1921", S. 8 f, Sahlin hatte der Angabe nach sein Zahlenmaterial aus der offiziellen britischen Statistik geholt.
- 9) "Sahlin 1921", S. 20 f.
- 10) ebd., S. 23 f.
- 11) ebd., S. 22.

II.2 Die schwedisch-englischen Kohleverhandlungen zwischen dem Waffenstillstand 1918 und dem Friedensvertrag 1919

- 1) Mitteilung 3.1.1919 vom Coal Exports Committee an Undersecretary of State, FO 382/2413.
- 2) Brief 20.12.1918 von der Handelskommission an den Außenminister, Akten der Handelskommission von 1915, vol. 50.
- 3) Telegramm 31.12.1918 (Nr. 3793 A) von der britischen Gesandtschaft, Stockholm FO 382/2413.
- 4) Svensk Handelstidning 3.1.1919 "Östersjöfarten i avvaktan

på freden." Sv. Handelstidning war im Frühjahr 1918 von Wennergren und Axel Bildt gegründet worden. Im Herbst 1917 kaufte Bildt zusammen mit einem Konsortium von Liberalen um Eliel Löfgren Aftontidningen. Laut Bildt soll ihn der britische Gesandte in Stockholm, Esme Howard, im August 1917 dazu aufgefordert haben. Bildt wandte sich im Juni 1920 an die englische Gesandtschaft mit dem Vorschlag, durch den Kauf von Aftonbladet die Niederlegung von Aftontidningen zu verhindern. "If the Aftonbladet could be acquired and turned over gradually to a liberal and pro-British attitude (amalgamated with the Aftontidningen) an enormous advantage would be gained," erklärte Bildt in einer Denkschrift an die britische Gesandtschaft. Er wollte finanzielle Unterstützung für die Transaktion erhalten. Im Foreign Office verhielt man sich dem Vorschlag gegenüber kühl. "It seems a strange proposition, that having secured tangible advantages from us - his war gains are said to be about £ 1 000 000 - in returns for purchasing Aftontidningen, which he now proposes to abandon, Mr. de Bildt should now ask to be allowed to repeat the process", erklärte H.C.O. Neill in News Department. FO 395/343. Im übrigen vgl. Bericht 74/ (Ramsay) von der britischen Gesandtschaft in Stockholm 6.10.1920 über die Einstellung des Erscheinens von Aftontidningen FO 371/5453 181. In diesem Bericht bestätigte Ramsay, daß die Zeitung auf Wunsch des britischen Gesandten von Bildt gekauft worden war. "to prevent its falling into the hands of a notorious pro-German."

- 5) Telegramm 5.1.1919 von der britischen Gesandtschaft (Mr. Clive) an F.O., FO 382/2413.
- 6) Mitteilung (Nr. 7) an F.O. von der schwedischen Gesandtschaft, London, FO 382/2413.
- 7) "Coal for Sweden", Anmerkungen im F.O. 7.1.1919 über die Forderung des schwedischen Außenministers. Im Kommentar heißt es: "We had decided to put a surcharge of 30 kronor on all coal to Sweden to compel the Swedes to reduce their price of timber ... If this surcharge is placed on coal for Sweden with this object, then I think it will be advisable to prevent as far as possible the Swedes from obtaining German coal."
- 8) Svensk Handelstidning 9.1.1919. In einem Bericht an AA, Berlin, von der deutschen Gesandtschaft (Haug), Stockholm wird bemerkt, daß, "die Kommission nicht etwa vom schwedischen Holzexportverband entsandt worden ist. Die Herren sollen mehr Vertreter der an der Holzindustrie interessierten schwedischen Banken als die der Holzindustrie selber sein." Rep. 120 Abt. XIII, 7, Bl. 41, ZSA II Über die britische und französische Unzufriedenheit mit den schwedischen Holzpreisen, siehe Östlind, S. 395, auch Anm. 2.
- 9) Aufzeichnungen von Mr. Kennard im F.O. 24.1.1919 über das Schreiben der Admiralität 20.1.1919. FO 382/2413.
- 10) Brief von M. Wallenberg an Hellner 22.1.1919, Hellners samling, vol. 12, Telegramm von M. Wallenberg an UD 20. 1.1919 UD:s arkiv, vol. 2003 "Marcus Wallenbergs resa

till London och Paris 1919".

- 11) PM, 21.1.1919, Anlage zum Brief von M. Wallenberg an Hellner 22.1.1919, Hellners samling, vol. 12.
- 12) PM vom M. Wallenberg 24.1.1919, Anlage zu M. Wallenbergs Schreiben an Hellner 28.1.1919. Die 32 deutschen Schiffe, die zurückgehalten wurden, hatten eine Ladung von insgesamt 33 000 Tonnen Kohle. Der gesamteschwedische Steinkohlenimport aus Deutschland vom 1.12.1918 bis 1.3.1919 betrug nur 29 000 Tonnen. Zum Vergleich kann gesagt werden, daß der deutsche Kohlenexport des ersten Vierteljahres 1918 470 000 Tonnen betrug. Telegramm 27.2.1919 vom UD an den schwedischen Gesandten in Paris, vol. 2003. 'Wallenbergs resa...' UD:s arkiv.
- 13) Brief von M. Wallenberg an Hellner 19.1.1919, Hellners samling, vol. 12.
- 14) Schreiben des F.O. an die Admiralität 13.1.1919. Dies ging als Abschrift an Ministry of Shipping, das sich in einem Schreiben an F.O. am 17.1.1919 auf die Seite der Admiralität stellte. FO 382/2413. Das Ministry of Shipping wurde im Februar 1917 eingerichtet und am 1. April 1921 aufgelöst. Es war seine Aufgabe, den Einsatz der Schiffstonnage zu kontrollieren, um dadurch die Kriegsanstrengungen zu unterstützen. Vgl. Guide to the Contents of The Public Records, Bd. 2, S. 280.
- 15) Die Antwort der Admiralität an F.O. 20.1.1919, "Minutes of Allied Blockade Committee 19.2.1919," FO 382/2413.
- 16) Vgl. Anmerkung 14.
- 17) Kommentare 24.1.1919 im F.O. (Kennard) zum Schreiben 20.1.1919 von der Admiralität. FO 382/2413.
- 18) "Memorandum für The A,B.C.", ebd.
- 19) Minutes of Allied Blockade Committee 29.2.1919, ebd.
- 20) "PM" von 24.1.1919, vol. 2003, Dossier: "Wallenbergs resa..." UD:s arkiv.
- 21) Svensk Handelstidning 22.1.1919, 4.2.1919, 2.3.1919. In einem Artikel vom 5.2.1919 "Keine besondere Kohlepolitik gegen Schweden zu befürchten" heißt es "Da, wie bekannt, die englische Steinkohle gegen unsere Holzwaren ausgespielt worden ist, kann in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß, wie wir jetzt aus völlig zuverlässiger Quelle erfahren, eine solche Taktik ganz einfach nicht hätte angewandt werden sollen, da sie im Gegensatz zu gewissen Bestimmungen des Tonnagevertrages stand, nach denen die neutralen Länder in der Kohlefrage gleich behandelt werden sollten. Schweden dürfte also nicht ausgesondert und Gegenstand einer gesonderten Politik in der Kohlefrage werden." Am 19.2. erklärte Sv. Handelstidning: "England sieht die hohen schwedischen Preise als Folge einer Zusammenarbeit zwischen den schwedischen Banken und den Fabriken, in der Absicht, Überpreise zu verlangen." Die Zeitung meinte, daß die relativ hohen Preise dadurch hervorgerufen wurden, daß durch Schwedens knapp bemessenen Import Erzeugerkosten und Wechselkurse in die Höhe getrieben wurden. In einem Artikel 16.2.1919

behandelt die Zeitung die Rivalität zwischen Amerika und England und erklärte, daß sich die englische Unzufriedenheit über die neue amerikanische Handelspolitik nicht direkt gegen die USA richtet ... sondern gegen die kleinen Staaten, die beginnende Handelsverbindungen mit der amerikanischen Republik haben. Dabei gerät natürlich Schweden in die erste Schußlinie."

- 22) Schreiben der Handelskommission an UD März 1919 (drn 117/1919) 1915 års handelskommissions handlingar, vol. 52.
- 23) "Berättelse till Hans Excellensen Utrikesministern från en i Nordamerikas Förenta Stater företagen resa 1919" von Axel Wahlberg, Ttk:s arkiv, vol. 121.
- 24) Schreiben vom Comité Interallié de Commerce en Suède (Gaston Monnet) an die Handelskommission 22.4.1919, 1915 års handelskommissions handlingar, vol. 50.
- 25) Vgl. Kap. IV.2
- 26) "Memorandum" 15.5.1919 An der Tagung am 15.5. nahmen von englischer Seite Mr. Kennard (FO), Mr. Allen (Coal Mines Department), Mr. Tyler (Admiralty), Mr. H.A. Jones (FO) teil. FO 382/2413. Sveriges Industrieförbunda årsberättelse für 1919.
- 27) R.K. Snyder, S. 43.

II.3 Skandinavische Zusammenarbeitsbestrebungen zur Sicherung der Kohleversorgung und schwedischer Versuch 1919 Kohleeeinfuhr aus den Vereinigten Staaten zustandezubringen

- 1) Telegramm (Nr. 1264) 14.8.1919 der britischen Gesandtschaft (Ramsay) in Stockholm an F.O., FO 382/2417.
- 2) Siehe dazu Kap. III.1
- 3) Telegramm (Nr. 1164) 17.7.1919 der britischen Gesandtschaft (Ramsay) Stockholm an F.O. Die schwedische Regierung wies in ihrer Antwort an die Alliierten besonders auf den Artikel 20 des Vertrages von 1918 hin, der gewisse schwedische Schiffe verpflichtete, bei Ablauf der Gültigkeit des Vertrags nach England zurückzufahren. Man erklärte diesen Artikel in diesem Fall nicht für gültig. Diese Auffassung wurde am 1.8.1919 von der britischen Regierung bestätigt. FO 382/2417.
- 4) Östlind, S. 505 f.
- 5) Gihl, S. 394 ff.
- 6) Über die Note der Alliierten und die Verhandlungen in Stockholm siehe Aufzeichnungen von den Sitzungen am 24. 5. (von Swartz mit falschem Datum versehen 23/5) und 30. 5. von Swartz in Swartz samling, I.3, anteckningar från Hemliga utskottets sammanträden 23.5. och 30.5., Norrköpings stadsarkiv. Siehe auch Protokoll des Geheimen Ausschusses 24.5. und 30.5.1919, RA und weiter "Annual Report 1919" des englischen Gesandten in Stockholm C. Barclay Dez. 1920, FO 371/6946. Bericht des britischen Gesandten in Kopenhagen (Marling) an F.O. 12.4.1919, Bericht der britischen Gesandtschaft in Kristiania 12.5. 1919 an F.O., FO 371/4081.

- 7) Siehe Kap. IV.1.
- 8) "Börsen" 29.3.1919 und Mitteilung der norwegischen Gesandtschaft in Stockholm 12.3.1919 an den schwedischen Außenminister, Ttk:s arkiv, vol. 1.
- 9) Statsrådsprotokollet över finansärenden 31.1.1919, einem Schreiben 9.5.1919 vom Finanzministerium (Thorsson) an UD beigelegt und dort teilweise wiedergegeben mit der Bitte um Weiterbeförderung an die dänische und die norwegische Regierung zusammen mit den Einladungen zur ersten Konferenz in Stockholm mit Beginn am 22.5.1919. Ttk:s arkiv, vol. 1.
- 10) Bericht (Abschrift) der deutschen Gesandtschaft in Kristiania 12.3.1919 an AA., Berlin. RWA 2844, Bl. 67, ZSA I.
- 11) Referat über die Konferenz der skandinavischen Ausschüsse in Stockholm 22.-23.5.1919 Ttk:s arkiv, vol. 94.
- 12) Bericht (Nr. 252) der englischen Gesandtschaft (Kilmarnock) in Kopenhagen 9.9.1919. FO 371/4081. Vgl. im übrigen Bericht Nr. 91 aus Kristiania (Findlay) 10.5.1919. Findlay zitiert eine Äußerung des Präsidenten des Stortings Johan Castberg im Storting: "Scandinavia is in fact no more existent than Atlantis". Im Bericht (Nr. 95) 12.5.1919 erklärte Findlay, die norwegische öffentliche Meinung sei gegen skandinavische Zusammenarbeit, vor allem mit Schweden. F.L. Mowinckel - einer der führenden Männer von "Föreningen Norden" in Norwegen hatte laut Findlay erklärt, daß die skandinavische Zusammenarbeit sehr begrenzt sein müsse, wenn sie erfolgreich werden sollte. FO 371/4081.
- 13) Kommentar von E.F. Carnegie, assistant clerk in Political Intelligence Department (Kaarsted, S. 176 f.) zu dem Bericht (Nr. 252) 9.9.1919 der britischen Gesandtschaft. In bezug auf die skandinavischen Zusammenarbeitsbestrebungen, vgl. auch Kaarsted, S. 173 ff.
- 14) Schreiben (Abschrift) mit Anlage der deutschen Gesandtschaft 5.4.1919 an AA., Berlin. RWA 2844, Bl. 68 ff, ZSA I.
- 15) Bericht (Nr. 112) der britischen Gesandtschaft in Kristiania (Findlay) 2.6.1919 über ein Gespräch mit dem norwegischen Außenminister Nils Ihlén 31.5.1919. Bericht (Nr. 178) der britischen Gesandtschaft in Kopenhagen (Marling) 2.6.1919 über ein Gespräch mit dem dänischen Außenminister Harald Scavenius 30.5.1919. FO 371/4081. Bericht (Nr. 140) der englischen Gesandtschaft in Kristiania (E. Ovey), 18.9.1919, FO 371/4081.
- 16) Protokoll über die Konferenz befindet sich im Ttk:s arkiv, vol. 94.
- 17) Über Foss, Prior und Clan siehe Bent Jenssen, Danmark og det russiske spørgsmål 1917-1924, Aarhus 1979 passim und Dansk Biografisk Lexikon, Teil 4, 1980.
- 18) Protokoll des Vertragsausschusses am 26.8. und 13.9.1919, Ttk:s arkiv, vol. 44.
- 19) Schreiben des Vertragsausschusses des Zoll- und Vertrags-

komitees an UD, Ttk:s arkiv, vol. 54a, "Angående tolkningerna av den svensk-engelska handelstraktaten av 1826" und in UD:s arkiv vol. 4367, "Handels- och Sjöfartstraktaten mellan Sverige - Norge och Stora Britannien och Irland 1824 och 1826." Vgl. auch "Hemligt diarium" 16.10.1919 des Zoll- und Vertragskomitees. Ttk:s arkiv, nicht verzeichneter Teil.

- 20) S. Armitage, S. 125 f, P.B. Johnson, S. 455 f.
- 21) Cohn, E. Danmark under den store Krig, Kjobenhavn 1928, S. 51.
- 22) Johnson, S. 124.
- 23) Die Darstellung beruht vor allem auf dem "VPM" von Richert 14.10.1919 und einem Telegramm 16.9.1919 vom UD an die Gesandtschaft in London, die Antwort darauf vom 18.9. und Telegramm vom UD nach London vom 20.9. UD:s arkiv, vol.4367, RA.
- 24) Bericht der englischen Gesandtschaft (Ramsay) Stockholm, 8.9.1919, an F.O. FO 382/2414.
- 25) Bericht (Nr. 370), 12.9.1919, der britischen Gesandtschaft (Ramsay) Stockholm an F.O., ebd.
- 26) Die Angaben sind Svensk Handelstidning 18.9.1919 entnommen. Siehe auch Hugo Hamiltons Beschreibung eines Gespräches mit Edén am 12. September 1919: "Er /Edén/ schilderte danach ausführlich den immer noch anhaltenden Streit mit England über die Bunkerkohle für schwedische Schiffe und die Kohlezufuhr im allgemeinen sowie über den Holzexport nach England. England hat gewisse sehr niedrige Frachtraten für den Holzexport festgestellt und weigert sich jetzt, Bunkers zu liefern und Kohle zu exportieren, wenn die schwedischen Reeder nicht für die niedrigen Raten mit Holz nach England fahren -. Mit anderen Worten, England verhält sich noch immer so, als ob in der Welt weiterhin Kriegszustand herrschte." Hugo Hamilton, Dagböcker 1917-1919, Stockholm 1956, S. 446.
- 27) Ebd. UD:s Communiqué, siehe Svensk Handelstidning 18.9.1919.
- 28) Text der Note siehe im "VPM" von Richert.
- 29) Aufzeichnungen von der Sitzung, 23.9.1919, des "Hemliga utskottet", Carl Swartz samling, Stadsarkivet, Norrköping.
- 30) Cirkular (streng geheim) des Svenska Stenkolimportörföreningen 18.9.1919 an dessen Mitglieder, in der Anlage zum Bericht (Nr. 400) der britischen Gesandtschaft, 30.9.1919, eine englische Übersetzung des Cirkulars, FO 382/2414.
- 31) Anmerkungen von F.A. Rissik, dem Kohlesachverständigen des F.O. zu dem Bericht Nr. 370 12.9.1919 der britischen Gesandtschaft in Stockholm. FO 382/2414.
- 32) "Memorandum by Mr. A.S. Foxall, Coal Adviser to His Majesty's Legation at Stockholm", 29.8.1919, angelegt Bericht Nr. 343 1.9.1919 der Gesandtschaft in Stockholm. FO 382/2413

- 33) Bericht Nr. 400 der britischen Gesandtschaft in Stockholm 30.9.1919 (Ramsay), FO 382/2414.
- 34) Bericht Nr. 395 der britischen Gesandtschaft in Stockholm 26.9.1919 (Ramsay), ebd.
- 35) Bericht Nr. 490 der britischen Gesandtschaft in Stockholm 22.11.1919. Rissik notierte am 4.12. zu dem Bericht "I very much doubt that the U.S. will be able to export much coal in the near future. No export licences are at present beeing granted." ebd., S. Armitage, S. 133.

II.4 Die englische Vormachtstellung in der Ostsee wird 1919 ausgebaut

- 1) Die Antwort der schwedischen Regierung auf die Forderung der Alliierten, daß der Handelsvertrag vom Mai 1918 im Juli 1919 ablaufen sollte, veranlaßte die französische Regierung, der englischen klarzumachen, daß man vorhabe, für "la Russie bolscheviste" Ausnahmen zu machen. Im Schreiben des französischen Botschafters in London an die britische Regierung teilte er mit, der französische Botschafter in Washington habe klaren Bescheid bekommen, daß das amerikanische War Trade Board meine, daß mit dem Ablauf des Vertrages Schweden ein Recht auf freien Handel auch mit dem bolschewistischen Rußland habe. FO 382/2417.
- 2) Telegramm (Nr. 635) 19.7.1919 der Admiralty an Senior Naval Officer, Baltic, Rear Admiral Walter Cowan in einem Schreiben der Admiralty an den Undersecretary of State, F.O. 10.10.1919 wiedergegeben. FO 382/2418. Vgl. Hovi: The Baltic Area in the British Policy 1918-1921. Teil 1, S. 199.
- 3) Bezüglich USA:s Einstellung siehe Anm. 1 und das Schreiben der Admiralty 10.9.1919 an Undersecretary of State im F.O., FO 382/2418.
- 4) Die Aufbringung von "Eskilstuna III" fand am 20.9.1919 statt. Das Schiff wurde den Finnen übergeben und vor Björkö auf Grund gesetzt. Bericht des Senior Naval Officer, Baltic an das Secretary of the Admiralty 23.9.1919, FO 382/2418.
- 5) Zum allgemeinen Hintergrund siehe Hovi, S. 198 ff, über die Aufbringung für schwedischer Schiffe, Jensen, S. 184.
- 6) Vgl. Anm. 4.
- 7) Der Text der Note in Carl Swartz Aufzeichnungen über die Sitzung des Hemliga utskottet am 13.10.1919, Swartz samling I:4, Norrköpings stadsarkiv.
- 8) Dieter Hesse, Deutschland-Schweden 1918-1945, S. 33. Siehe auch Swartz' Aufzeichnungen vom 30.10.1919, Swartz' samling, I:4.
- 9) Gihl, S. 413 ff. Clemenceau hatte am 29.9. in der Deputiertenkammer geäußert: "Wir haben Dänemark Schleswig zurückgegeben, wir haben Norwegen auf Spitzbergen Dienste geleistet und wir sind im Begriff, Schweden auf Åland Dienste zu leisten", zitiert nach Gihl, S. 414.
- 10) Jensen, S. 184 ff.

- 11) Schreiben von E. Crowe, britische Gesandtschaft in Paris 15.10.1919 an F.O., FO 371/4068. Vgl. Hovi, S. 176.
- 12) Aufzeichnungen von der Sitzung vom 13.10.1919 des "Hemliga utskottet," Swartz'samling, Norrköpings stadsarkiv.
- 13) Die Ostseeblockade der Alliierten muß für die schwedische Industrie,-die wie es schien - nach dem Krieg große Hoffnungen auf einen lukrativen Handel mit Rußland setzte, sehr unerwünscht gewesen sein. Laut einem längeren Artikel in der Vossischen Zeitung vom 17.9.1919 von Max Theodor Behmann, Stockholm, soll die schwedische Exportindustrie der sowjetrussischen Regierung schon im April 1919 ein Angebot über schwedische Exportartikel für 500 Mio. Kronen gemacht haben, die innerhalb von 3 Jahren geliefert werden sollten. Der Artikel aus der Vossischen Zeitung ist in RLB 4736, ZSA I zu finden.
- 14) Das Protokoll zu Svenska Bankföreningens Vorstandsitzung vom 20.10.1919. Im Protokoll wird Hellners Brief wiedergegeben. Auch an die übrigen neutralen Staaten und Deutschland waren Noten der Alliierten gesandt worden. Svenska Bankföreningens arkiv, Stockholm. Wegen der Reaktion der Neutralen siehe "VPM rörande de neutrala regeringarnas ställning till ententens blockadnot" 28.10.1919 von T. Höjer, Höjers samling, UUB.
- 15) Aufzeichnungen von der geheimen Reichstagssitzung vom 23.10.1919, Swartz' samling I:4, Norrköpings stadsarkiv. Siehe auch "Dagboksanteckningar av Undén 20-27 oktober 1919" in Gerdner, Det svenska regeringsproblemet 1917-1920, Uppsala 1946, S. 372 ff.
- 16) Aufzeichnungen von der Sitzung des "Hemliga utskottet" vom 30.10.1919, Swartz' samling, I:4.
- 17) Cirkular des UD an die Gesandtschaften, 21.4.1920, vol. 1447, V und "VPM angående blockaden av Soviet-Ryssland" (Carl Leijonhufvud), 26.8.1921, vol. 1451, XVIII, UD:s arkiv; Jensen, S. 188; Hovi, S. 200.
- 18) Hovi, S. 188; Edgar Anderson "An undeclared naval war", Journal of Central European Affairs". XXII.
- 19) PM des UD an die Zoll- und Vertragskommission 16.10.1919, Ttk:s arkiv, nicht verzeichneter Teil. vol. Tyskland 4, Hovi, S. 188.
- 20) Parlamentarische Anfrage Nr. 541, 1919, ZSA I, AA 6453, Bl. 72. Die parlamentarische Anfrage wurde von Fritz Mittelmann (DVP) gestellt, dem Reichstagsabgeordneten aus Stettin, dem Verschiffungshafen eines Teils des schwedischen Erzes, das für Oberschlesien bestimmt war. Handbuch des deutschen Reiches, 1922. Vgl. auch Baron von Lersners Note an Clemenceau, 30.10.1919, DBFP vol. III, doc 176.
- 21) Schreiben der deutschen Admiralität (von Trotha) an das AA, Berlin, 12.12.1919, AA 6453, Bl. 76, ZSA I. August v. Trotha war seit März 1919 Chef der Admiralität. Vgl. Gemzell (1973), S. 256 f.
- 22) Hovi, S. 186, Hovi stützt sich auf ein Memorandum "The Baltic States and Germany" vom 15.11.1919 des F.O. Vgl. auch DBFP, vol. III, doc. 118 und 181.

- 23) Die deutschen Pläne einer wirtschaftlichen Penetration Rußlands nach dem Brest-Litovsk-Frieden 1918 werden von Fritz Fischer in "Griff nach der Weltmacht" behandelt und in Peter Wulf, Hugo Stinnes, Wirtschaft und Politik 1918-1924, S. 40 ff.

II.5 Die weitere Entwicklung in der Kohlefrage im Frühjahr und Sommer 1920

- 1) Vgl. R.K. Snyder, S. 39; Johnson, S. 463 f. Zur schwedischen Reaktion auf den britischen Gesetzentwurf siehe: "Meddelande från Sveriges Industriförbund 1919", Nr. 76. Siehe auch Kurt Bergendals Referat über protektionistische Maßnahmen im Ausland, das er auf der Sitzung des Zoll- und Vertragskomitees vom 15.-16.12.1919 über die eventuelle Einführung von Wertzöllen in Schweden hielt. Über die langen Diskussionen während der Sitzungen gibt es ein Verhandlungsprotokoll, das später dem Finanzminister Thorsson überreicht wurde. Ttk:s arkiv, vol. I.
- 2) A. Montgomery, S. 141. "Sahlin 1921".
- 3) "Några Sifferuppgifter rörande kolfrågans läge i Sverige under år 1920", Kommersiella Meddelanden, 1921, S. 89 ff. Der Steinkohlenimport aus den USA von Januar bis April 1920 betrug insgesamt nur 25 458 Tonnen.
- 4) Vgl. Telegramm von Wrangel an UD (Chiffre 48) 2.3.1920, vol. 1135, I, UD:s arkiv.
- 5) "Några sifferuppgifter ...".
- 6) Telegramm (Nr. 98) der Regierung an Wrangel, 13.4.1920, vol. 1135, II.
- 7) Telegramm (Chiffre 96) Wrangels an UD, 15.4.1920, ebd.
- 8) Telegramm (Chiffre 102), Wrangels 21.4.1920 an UD ebd. Coal Mines Department ließ offensichtlich absichtlich die britischen Pläne über die Änderung im Kohlenexport durchsickern. Vgl. C.G. Sahlins Bericht (Nr. 874) 10.5.1920 an UD, ebd.
- 9) Brief von Fryxell, 20.4.1920, an Kammerherrn Clan vom dänischen Außenministerium, Ttk:s arkiv, vol. 97.
- 10) Brief Einar Masengs; norwegisches Außenministerium, 30. 4.1920, an Fryxell, Ttk:s arkiv, Vol. 97.
- 11) Protokoll von der Konferenz, 7.-8.5.1920, in Stockholm Ttk:s arkiv, vol. 102a.
- 12) S. Armitage, S. 138 f.
- 13) "Sahlin 1921", S. 4 ff.
- 14) Über die Verhandlungen siehe vol. 1135, III-IV, UD:s arkiv, Bericht (Nr. 1235) vom Generalkonsulat in London an UD, 15.7.1920, vol. 1135, IV. Siehe auch Ttk:s arkiv, vol. 97 Masengs Brief an Bergendal vom 18.5.1920 und 20.7.1920 ebenso Bergendals an Maseng, 18.6.1920.
- 15) Bericht (1251) des Generalkonsulats in London an UD, 19.7.1920, vol. 1135, IV. Rund 72 000 Tonnen bestanden - nach einem Schreiben Eliel Löfgrens mit dem Datum London, 14.-16. Juli 1920, an UD - aus "Kohlestückchen und

Kohlegrus". ebd. Der Durchschnittspreis für Kohle (pro Tonne fob), die nach Schweden exportiert wurde, stieg weiter; trotz der sinkenden Qualität. Im Juni lag der Durchschnittspreis bei 91 s. 11 p. "Sahlin 1921". Was Dänemark anbelangt, kann der niedrige Import durch den sechs Wochen langen Hafenarbeiterstreik im Mai - Juni 1920 in Kopenhagen beeinflusst worden sein. Cohn, S. 229.

- 16) Schreiben Eliel Löfgrens, 14.-16. Juli 1920, vol. 1135, IV.
- 17) Über die Verhandlungen vol. 1135, III. Löfgrens Bericht vom 5.6. wird zitiert im "VPM angående vissa frågor, vilkas upptagande å skandinaviska ministermötet den 28 -30 augusti 1920 kan ifrågasättas", dessen Verfasser Kurt Bergendal war. Ttk:s arkiv, vol. 97 "Angående kolfrågan".
- 18) Siehe Entwurf zu Bergendals "VPM ...".
- 19) Die Preisentwicklung vgl. obige Tabelle.
- 20) Der Import von

	England	USA
1920		
Juli	155 986 Tonnen	175 626 Tonnen
August	124 231 "	266 089 "
September	72 765 "	299 838 "
Oktober	62 054 "	213 588 "
November	39 725 "	123 730 "

Quelle: "Några sifferuppgifter". In einem Report on Trade and Economic Conditions in Sweden for period July 1 to October 31, 1920" schrieb der britische Handelsattaché H. Kershaw, die Schwierigkeiten von England Kohle zu bekommen hätten zum Import hauptsächlich aus den USA geführt. "Deliveries have been so well maintained that it may be confidently said that there is no longer a serious shortage." Aber die Preise waren hoch"and many complaints are made on the part of Swedish industrialists regarding the difficulty of combating foreign competition, owing to the enhanced cost of working due to the very high price of coal and the high standard of wages." FO 371/5454.

- 21) Der Lebenshaltungsindex war im März 1920 130 im Juli desselben Jahres 152, S. Armitage, S. 139.
- 22) Ebd., S. 140 ff.
- 23) Ebd., S. 142
- 24) Ebd., S. 143 ff; Vgl. auch Dohrmann, B. Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921-1923, S. 42 f. Dohrmann behandelt aber nicht die Bedeutung der USA für den Zusammenbruch der britischen Kohlepolitik. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß die British Federation of Industries im Frühjahr 1921 während des Streiks zugunsten der Bergleute intervenierte. Sie hatte zwar Interesse daran, daß der Streik abgeblasen wurde hatte aber auch ein natürliches Interesse daran, daß das Kontrollsystem beibehalten wurde, da dies früher auf dem Binnenmarkt niedrige Kohlepreise garantiert hatte als auch für die ausländischen Konkurrenten hohe Preise bedeutete.

III.1 Die Bedrohung der schwedischen Rohstoffversorgung im Herbst 1918 löst staatliche Aktivität aus

- 1) Nach der Annahme der neuen Zolltarife von 1902 schloß Deutschland eine Reihe von 10-12 jährigen Handelsverträgen, Plaut, S. 84 ff. Mit Schweden schloß es 1906 und 1911 Handelsverträge mit Bindung eines großen Teils der Zolltarife. Bezüglich der schwedischen Verknüpfung mit dem deutschen Vertragssystem schreibt Nils Wohlin in dem Aufsatz "Till frågan om ett handelspolitiskt närmande mellan de skandinaviska länderna", 1917 veröffentlicht in "Svensk ekonomi och politik": "Schon die Tatsache, daß ein kleines Land seine Zollpolitik auf Tarifverträgen mit einer gewissen Großmacht aufbaut, muß dem gegenseitigen Wirtschaftsverhältnis einen besonderen Zug verleihen. Dieses Verhältnis als Abhängigkeit zu bezeichnen, wäre sicherlich falsch, besonders wenn das kleine Land in dem Abkommen seine Interessen wohl gewahrt hat. Daß aber eine gewisse Bindung entsteht, ist nicht zu leugnen." S. 251. Vgl. Grunzel S. 437.
- 2) Ch. Günther, "PM angående erforderliga åtgärder ..." Juni 1921, vol. 49, Ttk:s arkiv.
- 3) M. Trachtenberg, S. 16; Nouailhat, S. 109 f.
- 4) "PM angående Kungl. Kommerskollegii utredningar i och för eventuellt avslutande av en ny handels- och sjöfartstraktat mellan Sverige och Tyska riket", vol. 119, Ttk:s arkiv. Im PM des Kommerzkollegiums werden die Antworten der Gesandtschaften ausführlich behandelt. Zitate aus dem PM.
- 5) Schw. Generalkonsulat in Chicago (Nr. 301) 30.7.-18 (Goes) Schw. Generalkonsulat in Hamburg (Nr. 166) 19.4.-18 (Undén), Schw. Generalkonsulat in Hamburg (Nr. 235) 20.6.-18, Schw. Gesandtschaft in Wien (Nr. 107) 28.5.-18 (Beck-Friis), Schw. Konsulat in Budapest 11.5.-18, Schw. Gesandtschaft in Paris (Nr. 167) im Juni 1918 (Aug. Gyldenstolpe), Schw. Konsulat in Rouen (Nr. 60) 28.5.-18 (G. Espersson), Schw. Gesandtschaft in Washington (Nr. 71) 3.7.-18 (W.A.F. Ekengren), Schw. Generalkonsulat in New York (Nr. 375) 20.6.-18 (M. Clarholm), Schw. Gesandtschaft in London 10.8.-18. Abschriften dieser Berichte sind im Dossier "Utländska förhållanden 1917-1918" zu finden. Vol. 119, Ttk:s arkiv.
- 6) Siehe Kapitel I.
- 7) Die Noten liegen im Dossier: "Handels- und sjöfartstraktaten mellan Sverige - Norge och Stora Britannien och Irland 1824 och 1826," UD:s arkiv vol. 4367.
- 8) Schreiben vom 5.10.1918 (Dardel) an das Finanzmin., vol. 4367, UD:s arkiv
- 9) Vgl. Bericht vom 31.8.-18 an das War Trade Intelligence Department aus Stockholm (3.8.) und die Denkschrift von Gesandtschaftsrat O.S. Philippotts "German Commercial Penetration in Sweden," September 1918. Im Rapport vom 31.8.-18 schreibt der Berichterstatter: "It will thus be seen that the 'penetration' of Swedish industry or commerce by Germany or any other foreign country is under present condition an extremely difficult, if not an impossible mat-

ter." FO 368/1993.

- 10) Vgl. Bericht (Commercial 7/7) 13.7.-18 (Howard), Stockholm an das Foreign Office, mit einer Denkschrift Phillpotts als Anlage sowie Bericht (Commercial 356) 26.3.-18 (Howard), Stockholm mit einer Denkschrift Phillpotts und einem Brief von Mr. Cardale Luck über die Bildung eines britischen Syndikats für den Überseehandel mit Schweden. Mr. Luck fuhr im Juli 1918 nach London, um die Frage mit dem Department of Overseas Trade zu diskutieren. Im Foreign Office beurteilte man das Projekt ausgesprochen positiv. FO 368/1992. 1919 wurde eine AB Svensk-Engelska Oceankompaniet mit H.S. Tamm, A.R. Bildt, J. Sachs und J. Fredholm im Vorstand gegründet. "Svenska Aktiebolag och Banker 1919".
- 11) Heide Irene Schmidt, S. 39 f, siehe auch Anm. 22.
- 12) Phillpotts Denkschrift 10.7.-18.
- 13) Howards Bericht vom 13.8.-18 an das Foreign Office.
- 14) "PM angående Kungl. Kommerskollegii utredningar i och för eventuell ...", vol. 119, Ttk:s arkiv.
- 15) Ebd.
- 16) In einer Denkschrift vom 13. Oktober 1918 untersuchte Wohlin die von den Großmächten für unmittelbar nach dem Krieg vorgeschlagenen Maßnahmen in der Rohstofffrage. Wenn die von der Entente geplanten Exportkontrollen und Rationierungen gewisser Rohstoffe mit dem geltenden Handelsvertrag vereinbar wären, könnte deren Wirkung nur durch Kompensationsverträge gemildert werden. Wenn man schwedischerseits nicht die Pläne als mit dem Handelsvertrag übereinstimmend akzeptieren könnte, könnten Importverbote, erhöhte Importzölle beziehungsweise Exportzölle in Frage kommen. "PM angående åtgärder i England och Tyskland i råvarufrågan under tiden efter fredsslutet", von Nils Wohlin 13.10.-18, vol. 419, Handelskommissionens arkiv.
- 17) Mitteilung des Verbandes der schw. Industrie 1918, Nr. 71, S. 6.
- 18) Vgl. Schreiben der Handelskommission an den Außenminister über die geplante internationale Rohstoffvereinigung. Siehe auch das Gutachten der Delegierten 10.2.-19, Ttk:s arkiv, nicht verzeichneter Teil. Die Handelskommission wählte am 22.11.-18 aus ihrer Mitte J. Sachs, J. Fredholm und Ivar Kreuger, die im Einverständnis mit Vertretern der wichtigsten Importindustrien Schwedens eine vorbereitende Untersuchung durchführen sollten. Diese wurde der Kommission am 10.2.-19 überreicht. Dort erklärte man, "wenn die geplante Institution zustandekommt", würden die Rohstoffvorräte vermutlich nach dem wirklichen Bedarf verteilt werden. Kompensationsverträge brauchten deshalb nicht aktuell zu werden. Die Kommission (Erik Trolle) überreichte die Untersuchung am 21.3.-19 dem Außenminister zur Einsichtnahme. Ebd.
- 19) Schreiben vom 5.10.-18 vom UD an das Finanzministerium, UD:s arkiv, vol. 4367.

- 20) Ebd. Über die Reaktionen der anderen Neutralen siehe Schreiben vom UD (Alström) 5.11.-18 an den Gesandten P. Adlercreutz, Bern.
- 21) Schreiben des Kommerzkollegiums, UD:s arkiv, vol. 2312.
- 22) UD:s arkiv, vol. 4367.

III.2 Die Kündigung des schwedisch-deutschen Handelsvertrags

- 1) Nils Wohllins umfangreiche Untersuchungen Ttk:s arkiv, das Gutachten in vol. 112. Über Wohlin, siehe B.Hagård, Nils Wohlin - konservativ centerpolitiker
- 2) Wohllins Gutachten "Allmänna synpunkter och slutsatser", S.205
- 3) "VPM" des Kommerzkollegiums an das Finanzministerium 9.11.-18, UD:s arkiv, vol. 4553a.
- 4) Ebd.
- 5) Ebd.
- 6) Hovi, S. 82 ff. Die britische Flotte wurde zuerst in Kopenhagen stationiert.
- 7) Ebd. S. 85. In Deutschland rief natürlich die Ausdehnung der Blockade auf die skandinavischen Länder große Unruhe hervor. Der Berliner Lokal-Anzeiger bezeichnete die Maßnahme am 30.11.-18 als "ein neues Stadium des englischen Handelskrieges ... in dem England den deutschen Handel auch von den skandinavischen Märkten zu verdrängen sucht." Als ein deutscher Versuch, einer solchen Entwicklung zu begegnen, muß die Gründung eines "Deutsch-Schwedischen Wirtschaftsverbands" in der Berliner Handelskammer am 17. 2.-18 angesehen werden, siehe Berliner Börsenzeitung 28. 12.-18. In der Vossischen Zeitung vom 3.1.-19 kommentierte Max Theodor Behmann die Aktion der schwedischen Wirtschaft: "... das wirtschaftliche Geschick des kleinen Schweden hängt nun einmal gegenwärtig von der Laune der allmächtigen Entente ab. Das einstmals große Deutschland, das jetzt und vorerst wieder zu einem recht kleinen Deutschland geworden ist, darf sich nicht darüber wundern und darob grollen, daß in benachbarten Ländern und bei benachbarten Völkern der nüchterne Verstand jetzt das empfindsame Gefühl zurückdrängt. Und es suche nicht dort 'Deutschlandliebe' um jeden Preis. Denn auch bei Völkern geht schließlich die Liebe durch den Magen - und gegenwärtig sind es unsere rücksichtslosen Gegner, die den Speisezettel für die kleinen Nationen schreiben, die die Brotkörbe für diese ganz nach Gutdünken und Laune hängen." RLB-Presse-Archiv 4736, ZSA I.
- 8) Söderpalm, S. 194 ff.
- 9) Besonders der schwedische Gesandte in Paris A. Ehrensvärd hatte 1918 in seiner Berichterstattung die Möglichkeit hervorgehoben, aber in einer späteren Depesche vom 14.12.-18 (Nr. 456) hegte er nicht mehr diese Befürchtungen. Über die Ansichten der Regierung siehe, "VPM" 25.1.-19 von Torvald Höjer, Hemliga utskottets Protokoll vom 5.2.-19 angelegt, Hemliga utskottets protokoll 1919-1920.
- 10) "V.P.M." till Hans Exellensen Herr Ministern för Utrikes Ärenden," 11.2.-19 von Åke Hammarskjöld. Hammarskjöld

verwies auf ein früheres PM von Torvald Höjer vom 2.1.-19. J. Hellner schickte am 26.3.-19 das "V.P.M...." an die Gesandtschaft in Berlin. Laut UD:s direkter Anweisung sollte dies im Falle einer Gefahr der Sicherheit für die Gesandtschaft verbrannt werden. Archiv der Gesandtschaft in Berlin, Bunt 57, Dossier, "Öresund och Östersjöfrågan 1919." Es ist interessant, daß im "Redogörelse, avgiven till utrikesnämnden i enlighet med § 54 RF, 1922," (für das Jahr 1921) S. 113 f der Gedanke einer schwedischen Initiative bezüglich der Neutralisierung der Ostsee im großen mit den Argumenten abgelehnt wurde, die im "V.P.M...." vom 11.2.-19 zu finden sind. UD:s arkiv. Zitat aus dem "V.P.M....".

- 11) Söderpalm, s. 199 f.
- 12) Protokoll von Jernkontoret vom 29.11.-18.
- 13) Söderpalm, S. 197 ff. Unter den Unterzeichnern befanden sich u.a. der Vorsitzende des Verbandes der schwedischen Industrie, Gustaf Ekman, der stellvertretende Vorsitzende Axel Vennersten, der Vorsitzende von Svenska Handelsbanken, J. Kjellberg, der stellvertretende Vorsitzende Marcus Wallenberg, der Vorsitzende von Schwedens Allgemeinem Exportverein, H.L.F. Lagercrantz, der stellvertretende Vorsitzende Emil Kinander, der Vorsitzende von Stockholms Handelskammare, K.A. Wallenberg, der stellvertretende Vorsitzende Fredr. Grönwall, der Vorsitzende von Jernkontoret, G. Geijer und der stellvertretende Vorsitzende Emil Kinander. Der Aufruf wurde am 6.12.-18 in z.B. Dagens Nyheter und Aftonbladet veröffentlicht. Zitat aus dem Aufruf.
- 14) Protokoll von Jernkontoret vom 5.12.-18.
- 15) Söderpalm, S. 198.
- 16) Brief von Wrangel an Hellner 20.11.-18, vol. 7, Hellners samling.
- 17) Die Schifffahrt zwischen den Ländern durfte nach dem Waffenstillstand nur von schwedischen Schiffen betrieben werden. Diese mußten Geleitbriefe des Comité interallié de Commerce en Suède bei sich haben. Allen schwedischen Schiffen, die auf der Schwarzen Liste der Alliierten standen, verweigerte man Geleitbriefe. Zu ihnen gehörten alle Schiffe, deren Route während des Krieges nach Deutschland führte. Als Folge davon mußte ein großer Teil der Ostseeflotte stillgelegt werden. Meddelanden från Stockholms Handelskammare 1919, S. 108 ff. Nach Deutschland durften nur nach dem Kriegshandelsvertrag Waren exportiert werden, aus Deutschland durften nur Rohstoffe importiert werden. Die Fährverbindung Trelleborg-Sassnitz wurde besonders genau kontrolliert. Jeden Morgen bekam die Eisenbahndirektion in Stockholm Mitteilung über die Anzahl der Waggonen und Ladungen, die Genehmigungen des Comité interallié usw. haben mußten. ZSAI, RYA 2844, Bl. 30-34, Bericht aus Stockholm / Haug vom 9.12.-18. Ein gewisser begrenzter schwedisch-deutscher Handelsaustausch scheint jedoch über Dänemark (Vamdrup) haben vorkommen können. Vgl. Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung an das Preuss. Ministerium f. Handel u. Gewerbe

20.1.-19, Rep. 120, XIII 7, Nr. 1, Bd. 21, ZSA II.

- 18) Auszug aus dem Protokoll über Finanzangelegenheiten vom 13.12.-18. Am 20.12.-18 unterrichtete Hellner Hans von Essen darüber, den Vertrag zu kündigen. Die Kündigung sollte zur Folge haben, daß der Vertrag mit Ablauf des Jahres 1919 ungültig wurde. Da die Zeit bis dahin wahrscheinlich zu kurz war, um einen neuen Vertrag auszuhandeln, sollten die Verhandlungen über eine vorübergehende Regelung der Verhältnisse schnellstens in Gang kommen. UD:s arkiv, vol. 4553a, V.
- 19) "1918-års statsrådsprotokoll i utrikesärenden. Protokoll hållet inför H.M. Konungen vid sammanträde af Riksdagens särskilda deputerade ... 11. nov. 1918."
- 20) Aufzeichnung im Auswärtigen Amt am 23.12.-18, AA 6455, Bl. 4, ZSA I, Bericht nach Stockholm von der Gesandtschaft in Berlin vom 28.12.-18 mit einem Schreiben an die deutsche Regierung vom 23.12.-18 als Anlage. Die schriftliche Antwort der deutschen Regierung, UD:s arkiv, vol. 4553a, V.

IV Veränderungen in Richtung stärkerer Integration zwischen Staat und Wirtschaft in Schweden im Frühjahr 1919

IV.1 Die Umorganisation des Außenministeriums, die Bildung eines Handelsministeriums sowie die Einsetzung des Zoll- und Vertragskomitees

- 1) Schröter, S. 26; S. 74
- 2) Svensk Export, Nr. 1, 1918, S. 1-2.
- 3) Vorlage 360, Riksdagstrycket 1919:14 Antrag 280, AK, Riksdagstrycket 1918.
- 4) Utrikesdepartementets Kalender 1919-1920, S. 165 f.
- 5) Um eine Attachéstelle im Außenministerium zu erhalten mußte man praktisch Dienst bei einer Wirtschaftsorganisation, vorzugsweise bei Schwedens Allgemeinem Exportverein aufweisen. Vorlage 360. Vgl. auch Den svenska utrikesförvaltningens historia, Hrsg. Sven Tunberg usw., S. 463 ff.
- 6) Vorlage 359, Riksdagstrycket 1919:14. Nach der Einrichtung eines besonderen Landwirtschaftsministeriums 1900 nahmen die Forderungen nach einem besonderen Ministerium für Industrie, Handel und Schifffahrt zu. Ein Schreiben des Reichstags hierüber vom 19.5.1905 sowie 1908 die Ernennung von Sonder- "departementaldeputerade" hatten vor Kriegsausbruch keine konkreten Resultate gebracht. Die Änderung der Anzahl der Ministerien war eine Grundgesetzfrage. Vgl. auch Kjell Emanuelson, Den svensk-norska utrikesförvaltningen 1870-1905, s. 32.
- 7) Schreiben des Verbandes der schwedischen Industrie vom 29.1.1918, Meddelanden från Sveriges Industriförbund, 66, S. 6 f.
- 8) "Utdrag ur statsrådsprotokollet över finansärenden ... 31 januari 1919". Ttk:s arkiv, vol. 1. Eine skandina-

vische Ministerkonferenz vom 26.-28.6.1918 in Kopenhagen hatte sich über eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach dem Krieg geeinigt. Dabei sollte man sich gegenseitig über Änderungen der Vertragsverhältnisse unterrichten. Außerdem sollten die drei Regierungen Delegierte ernennen, die einen Plan für die Zusammenarbeit ausarbeiten sollten. Protokoll über die Ministerkonferenz in Kopenhagen vom 26.-28. Juni 1918, veröffentlicht in "Stortingsmeddelande 13", S. 23 f, vol. 2123, V, UD:s arkiv. Vgl. J. Kalela, Grannar på skilda vägar, S. 29f.

- 9) Über die Sozialdemokraten und die Zollfragen nach dem Krieg, vgl. "Den svenska historien", Bd. 9, S. 344 f und E. Wigforss, "Minnen, II", S. 156 ff.
- 10) G. Malm, "Ur minnet III-IV", S. 104. Vgl. auch Riksdagstrycket 1920 über die Diskussion in der Zollfrage, z.B. die Behandlung der Anträge auf provisorische Zollerhöhungen, die mit Hinweis auf die Untersuchung des Zoll- und Vertragskomitees abgelehnt wurden.
- 11) "PM angående traktatavdelningens och skandinaviska avdelningens arbeten under 1919," 17.12.-19, Ttk:s arkiv, vol. 44.
- 12) Verzeichnis, aufgestellt von K. Bergendal, Ttk:s arkiv, vol. 1.
- 13) Ebd. Über die verschiedenen Mitglieder siehe "Svenska män och kvinnor", "Nordisk Familjebok", Söderpalm und "Svenska Aktiebolag och Banker," 1919.
- 14) Ebd.
- 15) Söderpalm, passim.
- 16) Ebd., S. 145, 152, 178 f.
- 17) Brief von M. Wallenberg an Hellner 23.12.-18, vol. 12, Hellners samling.
- 18) Söderpalm, S. 144, 151.
- 19) Vgl. Beskows Haltung im Wirtschaftsrat bei der Diskussion über die provisorischen Zollerhöhungen, Importverbote, Ekonomiska rådets diskussionsprotokoll 15.12.-20, K.J. Beskows samling.
- 20) Edv. Eriksson war Geschäftsführender Direktor der "Stockholms Bomullsspinneri och Väfveriaktiebolag" und des "Svenska Bomullsimportföreningen", Svensk Industrikalender 1920.
- 21) Verband der schwedischen Industrie "Styrelseberättelse för år 1919".
- 22) Protokoll von Schwedens Allgemeinem Exportverein, 1919.
- 23) Verzeichnis aufgestellt von K. Bergendal, Ttk:s arkiv, vol. 1.
- 24) Söderpalm, S. 94 f, 154, 192 ff.
- 25) Vgl. Vorschriften von K.A. Fryxell 29.3.-20 an H. Eriksson, Ttk:s arkiv, vol. 54a.
- 26) Über A. Wahlbergs Reise siehe "Berättelse till Hans Ex-

cellensen utrikesministern ..." 26.8.-19, Ttk:s arkiv, nicht nummerierter Band, über E. Nylanders Reise siehe dessen Bericht in vol. 52b, ebd.

- 27) Vgl. "Utrikesdepartementets kalender, 1919-1920."
- 28) Vgl. Vorwort zu SOU 1924:37.
- 29) Briefe von Höjer an J. Hellner 14.10-19, 24.2.-20 und 8.3.-20, vol. 10, Hellners samling.
- 30) "Svenska Aktiebolag och Banker, 1919"
- 31) Söderpalm, S. 97.
- 32) Brief von Carl Sahlin an E. Kinander 17.1.-19, Jernkontorets registratur 1919, Nr. 27, Jernkontorets arkiv.
- 33) "Sveriges Industriförbunds Årsberättelse för år 1919."

IV .2 Einfuhrverbote oder freier Handelsaustausch? Die Konferenz am 20. Februar 1919 und ihr Nachspiel

- 1) Kurt Bergendal, II, S. 116 ff. Vgl. auch Kap.III.2 anm. 17.
- 2) Über das Preisniveau vgl. Östlind, S. 317 f, und über die Lohnsituation ebd., S. 411 f.
- 3) Ebd., S. 497
- 4) Es gibt ein ausführliches Protokoll über die Konferenz: "Protokoll hållet vid av Statens Industrikommission anordnat möte med representanter för industien & Svenska Läkarsällskapets lokaler i Stockholm den 20 februari 1920", mit Anlagen, Zitate aus Anlage 5, Ttk:s arkiv, vol. 36. Laut Heimbürger betrug die schwedische Verteuerung (Engrospreisindex) während des Krieges 270%, und er verglich sie mit den englischen 170%, den amerikanischen 90% und den australischen 20-30%. Die Zahlen hat Heimbürger offensichtlich einem Vortrag des National-ökonomens Brisman entnommen, den dieser am 10.12.-18 für Nationalekonomiska Föreningen in Stockholm hielt. Die Zahlen sind in Östlinds Referat über Brismans Vortrag wiederzufinden. Östlind, S. 317.
- 5) Vorstandssitzungsprotokoll (Arbeitsausschuß) des Verbandes der schwedischen Industrie 14.3.-19, Industriförbundets arkiv. Es gibt in "Meddelanden från Sveriges Industriförbund", Nr. 85 (1921, Dezember) eine Untersuchung darüber, wie groß der Anteil der in der schwedischen Industrie beschäftigten Arbeitskraft war, der in den Jahren 1913-1914 für den Export arbeitete. Es handelt sich dabei um 35,5%. Typische Exportindustrien waren in dieser Hinsicht die Holzindustrie (69%), die Zellulose- und Papierindustrie (73,2%). Ausgeprägte Binnenmarktindustrien waren die Lebensmittelindustrie (0,6%), die Textil- und Bekleidungsindustrie (6,1%) und die Leder- und Gummiindustrie (6,7%). Erzgewinnung und Metallindustrie (39,5%), chemisch-technische Industrie (53,4%). Die größte Anzahl Angestellter (111 500 Arbeiter), beschäftigten die Erzgewinnung und Metallindustrie, darauf folgte die Holzindustrie (56 800 Arbeiter) und die Textilindustrie (44 300 Arbeiter).
- 6) Gutachten der Industriekommission vom 17.5.-19 in Ttk:s

arkiv, vol. 36. Vom u.a. Jernkontoret, Svenska Yllefabrikantföreningen, A.B. Pappersfält, Svenska trikaindustriens råvaruförening, dem Stadtrat in Örebro, Svenska sko- och läderindustriarbetarförbundet, Sveriges förädlade buteljglasbruk, Föreningen Tvälfabrikanter, Svenska Gasverksföreningen waren Schreiben eingelaufen. Dies ist nur eine Auswahl der um Schutz ansuchenden Industrien und in einigen Fällen auch von anderen Organisationen.

- 7) Protokoll von der Konferenz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 28.2.-19, Arbetarrörelsens arkiv.
- 8) Protokoll von der Konferenz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 6.3.-19 und 13.3.-19, ebd. Zitate aus dem Protokoll vom 6.3.-19.
- 9) Protokoll von der Jahreshauptversammlung des sozialdemokratischen Parteivorstands 25.5.-19, ebd. Zitate aus dem Protokoll.
- 10) K. Bergendal, II, S. 118.
- 11) Östlind, S. 392 ff.

IV.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

- 1) Auf die sozialdemokratische Stellungnahme wirkten möglicherweise auch ideologische Gesichtspunkte über die Notwendigkeit eines Konzentrationsprozesses innerhalb der Wirtschaft ein. Unga, S. 63 ff.

V Staat, Wirtschaft und Handelspolitik in Deutschland im Schatten des Krieges, der Niederlage und Versailles'

V.1 Handelspolitische Bestimmungen des Versailler Friedens 1919

- 1) Über die handelspolitischen Bestimmungen des Versailler Friedens siehe J. Bariéty, Les relations Franco-Allemandes après la première guerre mondiale, Paris 1977, S. 134-149, über die deutschen Flüsse, S. 183 ff. "Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zu mißlungenes 'Schwerindustrielles Projekt' des Versailler Vertrages" in "Industrielles System und politische Entwicklung der Weimarer Republik", hsg. von H. Mommsen u.a., Düsseldorf 1974, "Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg," S. 322 ff in R. Poidevin / J. Bariéty, "Frankreich und Deutschland 1815-1975", München 1982, B. Dohrmann, Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921-1923, München/Wien 1980, S. 30 ff, K.H. Pohl, Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924-1926, Düsseldorf 1979, S. 15 ff. Walter Mc Dougall, France's Rhineland Diplomacy 1914-1924, Princeton 1978.
- 2) Dohrmann, S. 35 f; Bariéty (1977), S. 137 und S. 179.
- 3) Bariéty (1977) S. 180 f.
- 4) Bariéty (1974) S. 555 f.
- 5) Bariéty (1977), S. 155, Mc Dougall, S. 104 f.
- 6) Bariéty (1977), S. 160.
- 7) J.M. Keynes, The Economic Consequences of the Peace,

London 1920, S. 74 ff. (Zitat), S. 89 ff. Keynes Buch kam Ende 1919 heraus. Seine zentrale These ist, daß Deutschland nur dann Reparationen leisten konnte, wenn es mehr exportierte, als es zu importieren brauchte. Keynes schlug eine drastische Herabsetzung der Reparationsansprüche vor, verbunden mit einer Erlassung der Schulden bei den Alliierten. Europa sollte durch Anleihen in den USA auf die Beine gebracht werden. Keynes Buch rief großes Aufsehen hervor und bekam direkte politische Bedeutung.

- 8) Bariéty (1977), S. 124.
- 9) Rbd., S. 134.
- 10) Innerhalb schwedischer Wirtschaftskreise war man sich offenbar des anhaltenden Machtkampfes zwischen Frankreich und Deutschland um die Dominanz über die Eisen- und Stahlindustrie auf dem Kontinent wohl bewußt. Direktor Sten Westerberg vom Vertragsausschuß schrieb am 8.2.-21 eine Denkschrift an das UD, in der er vor dem deutschen Export warnte: "Deutschland scheint sehr schnell seine ehemalige industrielle Potenz zurückzugewinnen. Der stolze französische Gedanke, Deutschlands Großmachtstellung auf industriellem Gebiete zu übernehmen, für den die materiellen Bedingungen - Eisen und Kohle - in den Versailler Frieden eingingen, scheint schon jetzt zunichte gemacht worden zu sein." Vgl. "VPM angående organisationen av den tyska import- och exporthandeln." Unterzeichnet Sten Westerberg, UD:s arkiv, vol. 2427, V, vgl. auch Schröter, der fälschlich Westerbergs Äußerung für eine Beurteilung des schwedischen Außenministeriums hält. (S. 24 und S. 34).

V.2 Die Umorganisation des AA, die Bildung des Reichswirtschaftsamtes und die Kontrolle über den Außenhandel

- 1) K. Doss, Das Deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 154.
- 2) Ebd., S. 147 ff.
- 3) Ebd., S. 149.
- 4) Am 8.9.1917 - kurz vor der schwedischen Reichstagswahl - ließ Lansing drei Chiffretelegramme des deutschen Gesandten in Buenos Aires, Graf K.L. von Luxburg, nach Berlin veröffentlichen. Die Telegramme wurden von Schweden übermittelt. Luxburg empfahl in ihnen "das spurlose Versenken" argentinischer Handelsschiffe durch deutsche U-Boote. J. Schuberth, Schweden und das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg, Bonn 1981, S. 135; Gihl, S. 301 ff. Die Affäre führte in Deutschland besonders seitens der Hansestädte zur Forderung nach einer Neuordnung des AA, Doss, S. 92 ff.
- 5) Doss, S. 145 ff, S. 163.
- 6) Ebd., S. 166 ff.
- 7) "100 Jahre Auswärtiges Amt 1870-1970", Bonn 1970. Über Schüler siehe Doss, S. 157 ff.

- 8) Doss, S. 150.
- 9) Beispiele für Vertreter der Hansestädte, mit denen Schüler in engem Kontakt stand, waren L. Roselius, Bremen, Max Warburg, Hamburg und W. Dauch, Hamburg, Doss, S. 130 und S. 235.
- 10) Schon in einer Reichstagsrede am 26.10.-16 hatte Gustav Stresemann neue Prinzipien für die Stellenbesetzung im AA gefordert "das Examen des Lebens befähigt manchen Menschen in viel höherem Maße", Doss, S. 154 f. Über die Zusammenlegung der diplomatischen und der konsularischen Laufbahn, ebd., S. 219 ff. Über die schwedische Entwicklung, siehe Kjell Emanuelson, Den svensk-norska utrikesförvaltningen 1870-1905.
- 11) Doss., S. 205 f, auch Anm. 237.
- 12) "100 Jahre Auswärtiges Amt ...".
- 13) Personalabteilung, Abteilung für Rechtsangelegenheiten und Abteilung für das Deutschtum im Ausland und für kulturelle Angelegenheiten. Dazu kam die Presseabteilung, die sowohl dem AA als auch der Reichskanzlei unterstellt war, Doss, S. 223.
- 14) Ebd., S. 271 f, auch Anm. 422 und S. 274 f.
- 15) "100 Jahres Auswärtiges Amt ...".
- 16) Doss, S. 227 auch Anm. 293.
- 17) C.A. Gemzell, Lucius, Wallenberg och Ryssland: Storfinsans och politik under första världskriget, in Aktuell och Historiskt 1976. J. Schubert, Schweden und das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg, Bonn 1981, S. 29, "..., wenn Lucius die Welt durch eine Brille sah, war diese wohl am ehesten durch wirtschaftspolitische Überlegungen gefärbt."
- 18) Doss, S. 183 ff.
- 19) Brief von Hans von Essen, Berlin an H. Wrangel 21.11.-19 "Förtroliga privatmeddelanden till och från utrikesministern 1918-", Bunt 584-586, Archiv der Gesandtschaft in Berlin, UD:s arkiv. Nadolny wurde 1917 kommissarischer Leiter des Ostreferats im AA. Er organisierte 1919 Friedrich Eberts Präsidialbüro und wurde von diesem zum Außenminister in der Regierung Gustav Bauer vorgeschlagen, lehnte aber ab. Man stellte Nadolny in Aussicht, Gesandter in Moskau zu werden, da aber die diplomatischen Verbindungen mit Sowjet-Rußland abgebrochen waren, wurde Nadolny Gesandter in Stockholm. Hier wurde also ein Osteuropaspezialist eingesetzt. Günther Wollstein, Rudolf Nadolny - Außenminister ohne Verwendung, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1980:1, S. 47 ff.
- 20) Doss, S. 169.
- 21) Ebd., S. 170.
- 22) H. Schröter, S. 27.
- 23) Kabinettsbeschluß (Reg. Müller) 10.4.-20, AdRKM, S. 75 f. Siehe auch Facius, S. 110 f.
- 24) Wulf, S. 121 ff; Schröter, S. 26.

- 25) G. Haberland, Elf Jahre staatlicher Regelung der Ein- und Ausfuhr Deutschlands, Leipzig 1927, S. 40 f. Vgl. auch "PM angående kontrollen över den tyska utrikeshandeln," Ttk:s arkiv, vol. 65.
- 26) Facius, S. 87.
- 27) Ebd., S. 97 f.
- 28) Ebd., S. 100. Über das Mißtrauen der Hansestädte (Hamburg) gegen Moellendorf, siehe Doss, S. 239.
- 29) Feldman (1977), S. 112.
- 30) AdK, KB, Dok. 7, P. 12, auch Anm. 23. Vgl. auch "PM angående kontrollen över den tyska utrikeshandeln," Ttk:s arkiv, vol. 65, sowie K. Bergendals Bericht auf der Sitzung vom 15.12.-19 von Ttk., bezüglich der schwedischen Reaktion, Ttk:s arkiv, vol. 1.
- 31) Über die deutsche Inflation vgl. C.D. Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923, Berlin / New York 1980, S. 202 f. Über die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie, siehe Feldman (1977), S. 130 f und S. 189 f. Vgl. auch "Wirtschaftspolitische Richtlinien des Reichswirtschaftsministeriums 19.9.-19" in AdRKB, Dok. 65.
- 32) Kabinettsitzung vom 1.12.-19, R 43 I/1172 auch in AdRKB, Dok. 119, siehe dort auch Anm. 1. "Bericht des RWM über die Wirtschaftslage im Dezember 1919", Dok. 154, auch Anm. 9, ebd. Vgl. auch "Niederschrift über die Sitzung am 4. September 1919", "Ergebnis der Besprechung von Ein- und Ausfuhrfragen am 18. November 1919 im RWM", R 431/1172. Über die Einführung von Exportzöllen, vgl. Dok. 154, Anm. 9., vgl. Schröter, S. 25.
- 33) Die Alliierten hatten sich durch den Art. 270 des Versailler Vertrags das Recht verschafft, in den besetzten Gebieten eine besondere Zollordnung einzuführen. Dadurch hatten sie ein Mittel erhalten, durch Auflösung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands wirtschaftliche und politische Forderungen durchzusetzen. Dohrman, S. 35 f. Vgl. auch AdK, KB, Dok. 62, auch Anm. 2.
- 34) Vgl. Schreiben der Handelskammer zu Frankfurt/Main an das RWM 16.6.-19, R 43 I/1172.
- 35) Haberland, S. 38.
- 36) Feldman, (1977), S. 130.
- 37) Haberland, S. 56 ff. Haberland beurteilt die Selbständigkeit der Außenhandelsstelle wie folgt: "Wenn oben gesagt war, daß die Organisation zur Durchführung der Außenhandelskontrolle weitgehend auf der Grundlage der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper beruhte, so waren doch die Stellung und Aufgabenkreise des Reichskommissars so einflußreich, daß das Primat des Staates gewahrt blieb." Das mag aus streng juristischen Gesichtspunkten richtig sein - formell trat der Staat seine Souveränität nicht ab - Aber in der Praxis bedeutete das System, daß die Wirtschaftsorganisationen einen starken Einfluß über die Ex- und Importregelung erhielten. Schon aus praktischen Gründen war eine Dezentrali-

sierung notwendig. Trendelenburg behauptet im Januar 1921, daß man täglich zwischen 20 000 und 30 000 Angelegenheiten behandeln mußte. E. Trendelenburg in "Weltwirtschaftskrise und Außenhandel," Vortrag 26.1.-21 in Berlin, R 43 I / 196, PA.

- 38) Haberland, S. 40, Feldman (1977), S. 190 f.
- 39) Über die Forschungslage in bezug auf die deutsche Inflation, siehe G. Feldman, "Gegenwärtiger Forschungsstand und künftige Forschungsprobleme zur deutschen Inflation" in Otto Büsch / G. Feldman, Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914 bis 1924, Berlin 1978. Über den Wert der Papiermark im Verhältnis zum Dollar monatlich 1914-1924, siehe Feldman (1977), Appendix.

VI Der schwedisch-deutsche Handelsvertrag wird 1919 verlängert. Das Kontingentierungsabkommen vom März 1920

VI.1 Die Verlängerung des Handelsvertrags

- 1) Schreiben des Zoll- und Vertragskomitees an den Finanzminister, UD:s arkiv, vol. 4553a. Kurz nach dem Friedensschluß in Versailles hegte Hans von Essen die optimistische Auffassung, die schwedische Regierung brauche beizukünftigen Verhandlungen nur auf den Artikel 7 des Handelsvertrags hinzuweisen, "wodurch man mit Aufhebung von Verboten rechnen könnte." Bericht der Gesandtschaft in Berlin (von Essen, Nr. 1457) 5.7.-19 ebd.
- 2) Berliner Tageblatt 3.7.1919; Die Post 20.7.1919. Vgl. Brief von Gustaf Blomquist vom 7.7.1919 an Torvald Höjer, UD:s arkiv, vol. 4553a.
- 3) Note der deutschen Regierung vom 22.7.-19, AA 6455, Bl. 102; Bericht aus Stockholm (Wied) 23.7. ebd. Bl. 101; Bericht der Gesandtschaft in Stockholm 28.7. Wied war ein Vetter zweiten Grades von König Gustav. Über Wied, vgl. UD:s arkiv, P 53 CT/1.
- 4) Schreiben von Separator an UD 21.1.1919, über die Hindernisse für den Export von Separatoren nach Deutschland - Österreich-Ungarn. In einem PM vom 11.3.-19 erklärte Lundgren, daß man sich Deutschland gegenüber kaum auf den Handelsvertrag berufen könne, da auch Schweden durch Export- und Durchfuhrverbote den Vertrag breche. Die Frage sollte bei eventuellen Verhandlungen über eine provisorische Verlängerung des Vertrags erörtert werden. Die Denkschrift wurde am 24.3. an Ttk geschickt. Ttk:s arkiv, nicht verzeichneter Teil, Tyskland 4, "Angående det tyska importförbundet för separatorer," Bericht der Gesandtschaft in Berlin 11.8.1919, UD:s arkiv, vol. 4553a V, Schreiben an UD von AB Baltic 4.9.-19, AB Pumpseparator 19.9.1919, Ttk:s arkiv, unverzeichneter Teil, vol. Tyskland 4, ebd.
- 5) Protokoll von der Regierungssitzung 19.12.1919, 1919 års statsrådsprotokoll, utrikesdepartementet 31-72, RA.
- 6) Schreiben vom UD an die Gesandtschaft in Berlin 29.9.-19 (Hellner), vol. 4553a V.
- 7) Stockhammers Schreiben 31.8.1919 an die deutschen In-

teressenten war schon am 5.9. von Hans von Essen nach Stockholm geschickt worden. UD:s arkiv 4553a V. Darin schreibt Stockhamern: "In der Hauptsache scheint die schwedische Separatorenindustrie auf die Regierung zu drücken."

- 8) Zusammenfassung der bei der Vertragsabteilung eingelaufenen Antworten auf das Schreiben vom 1.11.1919. Ttk:s arkiv, unverzeichneter Teil, vol. Tyskland 3. Wegen der deutschen Reaktionen siehe, UD, vol. 4553a V. Über Morraht, Doss, S.184 und UD:s arkiv, vol. P 53 Ct/1. Über die Inflation in Deutschland, Feldman (1977), Appendix.
- 9) Protokoll der Vertragsabteilung vom 6.12.-1919, vol. 44, Ttk:s arkiv.
- 10) "Meddelanden från Stockholms Handelskammare 1919", S. 321 ff.
- 11) "The Financial Times, 9.10.1919 'Swedish Protective Tariff Investigation' und "Electrical Review", 10.10.1919 "German Competition in a new form" Ausschnitte in Ttk:s arkiv, unverzeichneter Teil, vol. Tyskland 4.
- 12) Protokoll des Arbeitsausschusses 18.11.1919 des Verbandes der schwedischen Industrie, Sv. Industriförbunds arkiv.
- 13) "Meddelanden från Sveriges Industriförbund 1919," Nr. 72, 74, 75.
- 14) Schreiben vom Verband der schwedischen Industrie an den König vom 19.12.1919, Anlage zum Protokoll 10.12.1919.
- 15) Das Protokoll vom 30.1.1920 vom Jernkontoret enthält das Schreiben des Zoll- und Vertragskomitees vom Jernkontoret vom 22.12.1919, Jernkontorets arkiv.
- 16) Schreiben an das Zoll- und Vertragskomitee 1.12.1919, von Ivar Swartling - einem der Reichstagsabgeordneten der Rechten in AK und Vorstandsmitglied des Verbandes der schwedischen Industrie und Textilfabrikanten aus Norrköping - unterzeichnet. Für die Wollindustrie hatte sich die Situation erschwert, da ein Bankdirektor Aschberg, Gamla Ekonomi AB, der Textilindustrie in Sachsen Kredite bis zu 5 Mio. Kronen zum Kauf von Rohstoffen im Ausland gewährt zu haben scheint. Das Darlehen soll gegen die Lieferung einer entsprechenden Menge von Erzeugnissen nach Schweden bewilligt worden sein. Das Kommerzkollegium lehnte im Frühjahr ein Gesuch des Verbandes der Wollfabrikanten um Schutzmaßnahmen ab, aber durch den Finanzrat wurden - laut der gleichen deutschen Quelle - Maßnahmen gegen Krediterteilung an Länder mit abgewerteter Währung (Finnland und Deutschland) vorgenommen. Bericht der deutschen Gesandtschaft in Stockholm 22.3. 1920, ZSA I, RWA 2844, Bl. 185-186.
- 17) Östlind, S. 497, vgl. auch Kap. VII.1, Anm. 14.
- 18) Stenographisches Protokoll der Sitzungen des Zoll- und Vertragskomitees 15. und 16.12.1919. Dies wurde dann dem Finanzminister überreicht. Ttk:s arkiv, vol. 1.
- 19) Protokoll der Vertragsabteilung 16.12.1919, Ttk:s arkiv, vol. 44.

- 20) Es handelt sich um eine Aufzeichnung mit Bleistift "Traktatavælingning 16 dec 1919", in Dossier "Behandlas snarast" in einem nicht nummerierten Band, (dem Band, der am Ende des verzeichneten Teils des Archive steht). Leider ist das Archiv nicht sehr übersichtlich, nicht nur, weil es teilweise unverzeichnet ist, sondern auch, weil die verzeichneten Teile offensichtliche Mängel aufweisen.
- 21) Josef Sachs war Chef der Nordiska kompaniet, Vorstandsmitglied in Stockholms Enskilda Bank, Sveriges Industrieförbund und Sveriges Allmänna Exportförening. Im Herbst 1920 war er als Handelsminister vorgeschlagen worden.
- 22) Protokoll vom 29.12.-19, "1919 Års Statsrådsprotokoll" UD 55-83, RA.
- 23) Telegramm der deutschen Gesandtschaft in Stockholm an AA 20.12.1919, ZSA I, AA 6554, Bl. 281.
- 24) Bericht von H.v. Essen 5.9.1919, UD:s arkiv 4553a V.
- 25) Brief Torsten Lundgrens an Fryxell, Kopenhagen, 26.8.1919, Ttk:s arkiv, unverzeichneter Teil, vol. Tyskland 3.
- 26) Gutachten des Zoll- und Vertragskomitees an UD 19.9.1919, UD:s arkiv, vol. 4553a V.
- 27) Schreiben des AA 31.8.1919 an das Reichswirtschaftsmin., das Reichsfinanzmin., das Preussische Min. für Handel und Gewerbe, das Preussische Min. für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und das Preussische Min. der öffentlichen Arbeiten. Gleichzeitig mit diesem Schreiben ging noch eins an eine Reihe deutscher Interessensorganisationen. Diese wurden "dringend" angewiesen, keine Tariffragen anzuschneiden, da das in Frage stehende Provisorium alle Verhandlungen über besondere Tarifwünsche unmöglich mache. Es ist bezeichnend für die innere Auflösung in Deutschland, daß dieses Schreiben einige Tage später durch die Gesandtschaft in Berlin an das UD geschickt werden konnte. Auch zu anderen Gelegenheiten gelang es diesem, sich Einblick in die Vorgänge im AA zu verschaffen. Das bedeutendste Beispiel dafür, ist die wichtige Ressortssitzung vom 28.11., die am gleichen Abend Gegenstand eines ausführlichen Berichts von Handelsattaché Löwenhard war, der durch Mithilfe eines der Anwesenden über die Reaktionen im AA auf die schwedischen Vorschläge Auskunft geben konnte. Auf Grund anderer Angaben - die Gesandtschaft konnte Briefe senden, die nur an den Schwedisch-Deutschen Wirtschaftsverband adressiert waren - kann man vielleicht annehmen, daß diese Auskünfte von dieser Organisation gegeben wurden. Ein anderes Beispiel für die Möglichkeit, auf Grund der Verhältnisse auf Umwegen Einfluß ausüben zu können, ist folgendes: Auf die oben genannte Anfrage des Zoll- und Vertragskomitees an schwedische Unternehmen, wie man sich zu den deutschen Importverboten stelle, antwortete nur eines, daß man sie beibehalten sehen wolle. Dies war Svenska Tändsticksaktiebolaget. Auf der Rückseite der Mitteilung ist eine Erklärung dafür zu finden. Dort schrieb Ivar Kreuger, daß die Außenhandelsstelle in Hamburg, die die Lizenzen bewillige, von "unserem Vertreter" geführt werde. "Wir erhalten bedeutend höhere Preise, als die deut-

- schen Fabrikanten, wobei die Regierung den deutschen Fabrikanten bedeutende Steuern auferlegt, die teilweise dazu gebraucht werden, um uns schadlos zu halten." UD:s arkiv, vol. 4553a, V, ttk:s arkiv, "Tyskland 3".
- 28) Es liefen Antworten ein vom Pr.Min. für Handel usw. am 6.9.; Pr.Min. für Landwirtschaft. 17.9.; Reichsmin. für Finanzen 10.9.; Pr.Min. der öff.Arb. 22.9.; Reichswirtschaftsmin. 21.9.; Reichsernähr. 29.9. und vom Pr. Finanzmin. 10.11., ZSA I, AA6455.
 - 29) Schreiben des AA an Lucius von Stodten 9.10.1919, ZSA I. AA 6455, Bl. 140-144.
 - 30) Ebd., Bl. 193.
 - 31) Schwedische Note 30.10.1919, ZSA I, AA 6455, Bl. 194-195.
 - 32) Vgl. Ttk:s. Schreiben an UD über die Bunkerkohlefrage, vol. 4553a V.
 - 33) Bericht von Lucius an AA 15.11.1919, ZSA I, AA 6455, Bl. 187-192. Dieser Bericht befindet sich auch als Abschrift in vol. 4553a, VI, am 28.11.1919 von v. Essen als Anlage zu Löwenhards Bericht über die Konferenz eingeschickt. Die schwedische Regierung protestierte in Berlin am 18. 10.1919 gegen die Goldzölle, UD:s arkiv, vol. 4582b.
 - 34) Ein Bericht über die Sitzung fehlt im Material des AA. Dagegen wurde - wie oben erwähnt - dem Bericht vom 28.11. von v. Essen ein Bericht Löwenhards angelegt. Die Angabe über Krupps hartnäckigen Widerstand gegen die schwedischen Separatoren ist interessant kombiniert mit den Angaben über Krupps Unterstützung für v. der Goltz und das große Interesse der schwedischen Separatorenindustrie am russischen Markt und der Angabe darüber, daß der Weg dorthin über Deutschland führe. Anwesend waren Vertreter des AA, des Reichswirtschaftsministeriums, der Handelskammern in Hamburg, Bremen und Lübeck, des Zentralverbandes der deutschen Großhändler, des Zentralverbandes der deutschen Industrie, des Handelsvertragsvereins und des Deutsch-Schwedischen Wirtschaftsverbandes. UD:s arkiv 4553a, VI.
 - 35) VPM 4.12.1919 (T. Lundgren) UD:s arkiv, vol. 4553a, VI.
 - 36) Schreiben an das AA 12.12.1919 vom RdI. ZSA I, AA 6455.
 - 37) Diese weigerten sich noch an der Westgrenze den Goldzoll zu bezahlen.
 - 38) Am 9.12. fand eine kommissarische Besprechung statt, am 12.12. eine Sitzung mit den Ressorts und Interessenten und am 18.12. mit Vertretern der Steinindustrie. Die Proteste, besonders die der schlesischen Steinindustrie waren intensiv. Niederschrift der Sitzung im AA am 18. Dezember 1919. Schreiben des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Leipzig 23.12.1919 sowie einige Telegramme. ZSA I, AA 6455, 6455/1.
 - 39) Lucius an Hellner 30.12.-19, UD:s arkiv, 4553a VI.
 - 40) Solche war man nur bereit für Erzeugnisse zu erteilen, für die keine alliierte Konkurrenz zu erwarten war, z.B. Pflastersteine für die Küstenstädte.

- 41) Der oft angeführte Abschnitt des Vertrages vom 16.4.1918 lautete: "Die schwedische Regierung wird für den Fall der Einschränkung der Erzausfuhr in einem Geheimabkommen mit der deutschen Regierung folgende Zusicherung geben... 2) nach Friedensschluß soweit es auf die schwedische Regierung ankommt, dazu beizutragen, daß die Zentralmächte einen Ersatz für diejenigen Erzmengen bekommen, um die die Ausfuhr von 1918 gegenüber der im Kohlenabkommen April-September angenommenen Normal-Jahres-Ausfuhrmenge von 4 350 000 Tonnen vermindert wurde, sowie in jedem Falle, d.h. unabhängig davon, wann der Friede geschlossen wird, die Erlaubnis zu erteilen, daß die Ausfuhr von Erzen an die Zentralmächte während der ersten 3 Jahre nach Friedensschluß 6 000 000 Tonnen jährlich erreicht." ZSA I, RWA 49, Bl. 8 ff.
- 42) Schreiben des Pr. Finanzmin. an das AA 10.11.1919. ZSA I, AA 6455, Bl. 233; Schindler, S. 19 f.
- 43) Schreiben des AA an die Gesandtschaft in Stockholm 9.10. AA 6455, Bl. 140; Bericht von Lucius an das AA 15.11. 1919, AA 6455, Bl. 187.
- 44) Vgl. Kap VII.4
- 45) Es ist interessant, daß Gunnar Dillner, der Chef von Grängesbergsbolaget, sich bei einem Besuch im AA am 4.11. 1919 beklagte, die schwedischen Eisenhütten "hätten einen ungeheuren Bedarf an elektrischem Material und elektrischen Maschinen und seien während des Krieges von der in Schweden nahezu allein herrschenden, Allmänna Svenska Elektriska A.B. in Westerås schlecht behandelt worden, so daß sie sich geradezu danach sehnten, wieder mit Deutschland zu arbeiten." Aufzeichnung 4.11.1919 (Haug) AA 6453, Bl. 73-74, ZSA I.
- 46) Jernkontorets Untersuchung mit dem Datum 17.5.1920, unterzeichnet von Carl Sahlin, Jernkontorets registratur 1920, Nr. 258, Jernkontorets arkiv.

VI.2 Das Kontingentierungsabkommen

- 1) VPM 7.2.1920 von Lundgren, UD:s arkiv, vol. 2426. I.
- 2) Schreiben des AA vom 27.1.1920, ZSA I, AA 6455/1; Vgl. Protestschreiben der Steinarbeiter in Schlesien vom 22. 12.1919, zahlreiche Protesttelegramme von u.a. dem Zentralverband der Steinarbeiter vom 22.12.1919, ebd., Bl. 277-310. Rd I akzeptierte in einem Schreiben vom 20.1. 1920 an das AA den Gedanken an Kontingente: "Ein vertragsloser Zustand in der Handelsbeziehung zu Schweden ist zweifellos unerwünscht." Aber man dachte sich eine Spezialisierung auf Erzeugnisse, die nicht für den Import aus den Ententeländern aktuell waren. Dies im Gedanken an die Meistbegünstigung des Versailler Vertrags, ebd, Bl. 185 f. Die Vereinigung Deutscher Edelmetallwerke erklärte dem AA am 6.3.1920, "daß die deutsche Edelmetallindustrie in der Lage ist, den Inlandsbedarf - sowohl nach der quantitativen als auch nach der qualitativen Seite - reichlich zu decken." Die schwedischen Forderungen sollten "mit großer Zurückhaltung behandelt werden. Ebd., Bl. 246-247. Das AA beklagte sich über die

Einstellung der Stahlfabrikanten, die "den gerechten Ansprüchen der schwedischen Stahlfabrikanten, die uns bezüglich der Erzbelieferungen so entgegengekommen sind, leider keine Rechnung trägt." Dies Entgegenkommen hatte wahrscheinlich mit der Erzkreditfrage zu tun, auch wenn die Akten über die Sache schweigen. Ebd., u.a. Bl. 249.

- 3) Schreiben des Reichsministers der Finanzen 4.2.1920 an das AA, ZSA I, AA 6455/1, Bl. 196-197, ebenso 25.2.1920, AA 6455/1, Bl. 224-225.
- 4) Schreiben des Pr. Finanzministers 13.2.1920. AA 6455/1. Bl. 201-204. Ausdrücke wie "Feindbund", "Feinde", "Gegner" kommen zu dieser Zeit noch oft in den deutschen Akten vor. Neuhaus (DNVP) und Südekum (SPD) gebrauchen sie oft. Dies vermittelt in etwa die Stimmung. Der militärische Krieg ist nun nur zu einem Wirtschaftskrieg geworden.
- 5) Schreiben des Pr. Ministers für Handel und Gewerbe 19.2. 1920, AA 6455/1, Bl. 209.
- 6) Schreiben des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung E. Trendelenburg an das AA 16.2. AA 6455/1, Bl. 206-208.
- 7) Schreiben des Reichswirtschaftsministers 25.2. AA 6455/1, Bl. 216-218.
- 8) Schreiben des Reichsverbands der Deutschen Industrie (Dr. Simons, Dr. R. Schneider) 29.2. an das AA, AA 6455/1, Bl. 234.
- 9) Schreiben des AA an das Pr. Finanzministerium, das Pr. Min. für Handel und Gewerbe und das Reichswirtschaftsmin. 23.2.1920, AA 6455/1, Bl. 210-211, auch in ZSA II, Rep. 120 XIII 7 1a, Bd. 9, Bl. 420-421.
- 10) Antwort des Pr. Finanzmin. 4.3.1920 auf das Schreiben 23.2. des AA. AA 6455/1, Bl. 239. Die Antwort des Pr. Min. für Handel und Gewerbe 26.2.1920 in R 43 I, 1085, Bl. 3-4, BA und in AA 6451/1, Bl. 230-231, ZSA I.
- 11) Karl Heinrich Pohl, Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924-1926, Düsseldorf 1979, passim.
- 12) Aktenvermerk 13.3.1920, Rep. 120, C XIII 7 1a, Bd. 10, Bl. 8, ZSA II. Vom AA an die Gesandtschaft in Stockholm 29.2.1920, AA 6455/1.
- 13) Schreiben des Reichswirtschaftsmin. an da AA 25.2.1920. AA 6455/1, Bl. 216-217.
- 14) PM der Vertragsabteilung des Zoll- und Vertragskomitees an UD 18.3.1920. UD:s arkiv, vol. 2426, II.
- 15) Telegramm von Lundgren, Berlin an UD 28.3.; Antwort vom UD 29.3., UD:s arkiv, vol. 2426, II.
- 16) Protokoll von der Verlängerung des deutschen Handelsvertrags 30.3.1920. Das deutsche PM wurde Lundgren am 31.3. überreicht. Es war eine Aufzeichnung einer Sitzung im AA mit Vertretern des RWM, Reichsfinanzmin., Pr. Finanzmin., Pr. Min. für Handel u. Gewerbe und dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung. Der Beschluß war ein-

stimmig. vo. 2426, II. Protokoll der Regierungssitzung vom 30.3.1920 in 1920 års Statsrådsprotokoll, UD 1-35. UD:s arkiv.

- 17) "Översikt över verksamheten å tull- och traktatkommitténs traktat - och skandinaviska avdelningar i juni 1920", S. 4 f, Ttk:s arkiv, vol. 44, "Traktat-och skandinaviska avdelningarnas verksamhet."

VI.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

- 1) Söderpalm, passim.
- 2) Gunnar Andersson, "Den svenska industriens ställning i världsproduktionen." Vortrag gehalten am 20.4.1920 auf der Zehnjahresfeier des Verbandes der schwedischen Industrie, S. 13, Sveriges Industriförbund, Diverse Publikationer, Nr. 17. Gunnar Andersson war liberaler Reichstagsabgeordneter im Herbst 1919 und wurde von Palmstierna als eine Alternative zu M. Wallenberg für den Posten als Handelsminister bei der Regierungsbildung im Oktober 1920 vorgeschlagen. Vem är det? Svensk biografisk handbok 1923; Gerdner (1954), S. 64.

VII Krise und Protektionistische Offensive der schwedischen Wirtschaft 1920. Erneute Kündigung des Handelsvertrags

VII.1 Die sozialdemokratische Regierung, die "Sachverständigenregierung" De Geer, Wirtschaft und Handelspolitik

- 1) Gerdner (1946), S. 232 ff.
- 2) Ebd., S. 305.
- 3) Ernst Wigforss, Minnen II, S. 158; Östlind, S. 352.
- 4) Gerdner (1946), S. 256, S. 302, S. 311.
- 5) Gerdner (1954), Gerdner behandelt einige zeitgenössische "Sachverständigenregierungen" in Europa auf S. 419 ff.
- 6) Holtfrerich, S. 118.
- 7) Östlind, S. 349 ff.
- 8) Im März 1920 war die Frage auf dramatische Weise aktuell geworden, als Eli Heckscher am 11.3. die Öffentlichkeit in einem Zeitungsartikel in Stockholms Dagblad aufforderte, Geldscheine in der Reichsbank in Gold einzutauschen. Der Goldwert lag 40% über dem Nennwert der Scheine. Der Reichstag behandelte am Sonntag, dem 14.3. schnellstens eine Vorlage über die Aufhebung der Einlöschungspflicht. Vgl. Wigforss, S. 151; Riksdagstrycket FK 1920:23, S. 80 ff; Östlind, S. 311 f.
- 9) Östlind, S. 352.
- 10) Herbert Tingsten, Den svenska socialdemokratiens idéutveckling, I, S. 228.
- 11) Zitiert nach Unga, S. 65.
- 12) Ebd., 55 f; Tingsten, S. 241.
- 13) Unga, S. 56.
- 14) Vorstandssitzungsprotokoll vom Jernkontoret vom 8.10.

1920, Jk:s arkiv.

- 15) Verein der Wollfabrikanten in einem Schreiben vom 15.2. 1920, Schreiben des schwedischen Textilarbeiterverbandes vom 21.2.1920 u.a. Die Aktion des Vereins der Wollfabrikanten wurde dadurch hervorgerufen, daß ein schwedischer Bankier versuchte, für deutsche Textilindustriebetriebe Rohstoffkäufe zu finanzieren gegen das Versprechen, daß die Fertigerzeugnisse nach Schweden geliefert würden. Das Schreiben hatte eine Aufforderung der schwedischen Regierung an die Banken zur Folge, für solche Transaktionen keine Mittel zur Verfügung zu stellen. Kommersiella Meddelanden 1920, S. 291 ff.
- 16) Erik Palmstierna, Dagjämning 1920-1921, Stockholm 1954, S. 136 f.
- 17) Man scheint sich zwar von Seiten der Gewerkschaftsführung der Deflationspolitik angeschlossen zu haben, aber das wurde offenbar nicht als ausreichend betrachtet, als daß eine sozialdemokratische Regierung deswegen über die Krise hinaus an der Macht bleiben konnte. Vgl. Unga, S. 56.
- 18) Palmstierna, S. 140.
- 19) Protokoll über die Vorstandssitzung der Sozialdemokratischen Partei vom 13.10.1920, Arbetarrörelsens arkiv.
- 20) Söderpalm, S. 205 f; Gerdner (1954), S. 58 ff.
- 21) Svenska män och kvinnor; Torsten Gårdlund, Marcus Wallenberg, Stockholm 1976, S. 501 (Angabe über Tamm)
- 22) Das Regierungskommuniqué ist bei Gerdner (1954) zu finden, S. 122 f.
- 23) Rydbecks Tagebuch 25.-31.10.1920, Rydbeckska samlingen, Stockholm.
- 24) Protokoll der Vorstandssitzung vom Jernkontoret am 8.10. 1920, Jernkontorets arkiv.
- 25) Ebd., 9.10.1920, Liste über die eingeladenen Unternehmen vgl. Jernkontorets registratur 1920, Nr. 418, ebd.
- 26) A.W. war bei der Regierungsbildung zuerst als Verkehrsminister dann als Verteidigungsminister vorgeschlagen worden. Gerdner (1954), S. 68, S. 73; Palmstierna, S. 156.
- 27) Jernkontorets registratur 1920, Anlage zu Nr. 434, Jernkontorets arkiv.
- 28) Nach der Königlichen Verordnung (Nr. 423) vom 16.7.1919 konnte dies vorkommen.
- 29) Ein offizielles Protokoll der Sitzung gibt es nicht. In "Jernkontorets registratur 1920" (Nr. 434) befindet sich eine Bleistiftaufzeichnung ohne Unterschrift: "1920 den 15 okt. Möte i anledning av järnhanterings läge och ökad import av utländskt järn." Jernkontorets arkiv. August Herlenius war eine der dominierenden Persönlichkeiten des Hüttenverbandes. Vgl. Sven Olsson, Järnbruksförbundet 1906-1956, Stockholm 1958, S. 344 ff. In den Bleistiftaufzeichnungen werden Herlenius und Carlsson als "Herl" und "H C-n" bezeichnet.
- 30) Skrivelse till Konungen 22 okt. 1920, Jernkontorets re-

- gistratur 1920, Anlage zu Nr. 418, Jernkontorets arkiv.
- 31) Protokoll der Vorstandssitzung vom Jernkontoret vom 12. 11.1920, Jernkontorets arkiv.
 - 32) Protokoll des Arbeitsausschusses des Verbandes der schwedischen Industrie vom 12.11.1920, Industriförbundets arkiv. Zitat, siehe "1920 den 15 okt. Möte i anledning av.."
 - 33) Bericht (Nr. 827) vom 4.11.1920 des britischen Gesandten in Stockholm, Colville Barclay, an das Foreign Office, FO 371/5453.
 - 34) Protokoll des Arbeitsausschusses des Verbandes der schwedischen Industrie vom 15.10.1920, Anlage I, vgl. 'Meddelanden från Sveriges Industriförbund', Nr. 79. "Sozialdemokraten" schrieb am 30.10.1920 in einem Leitartikel über die Forderungen des Verbandes der schwedischen Industrie: "Auf Grund des Preisfalls ist unser protektionistisches System von Grund auf erschüttert worden. Das Zoll- und Vertragskomitee hat die Aufgabe, die Wirkung unseres alten Zollsystems zu untersuchen. Wenn diese Untersuchung ein für den Freihandel positives oder relativ positives Ergebnis bringt, wird man den neuen wirtschaftspolitischen Prinzipien bei ihrer Anwendung unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen, wenn man jetzt in Panik die Effektivität des alten Zollsystems wieder herstellen würde ... Aus protektionistischer Sicht ist es natürlich von lebenswichtigem Interesse, einer Freihandelsära alle erdenklichen Hindernisse in den Weg zu legen. Deshalb ist äußerstes Mißtrauen der neuen Zollagitation gegenüber wohl begründet." Die Aussichten, von sozialdemokratischer Seite, Unterstützung für provisorische Zollerhöhungen zu erhalten, waren gering.
 - 35) Skrivelse till Konungen 28.10.1920. Protokoll des Arbeitsausschusses des Verbandes der schwedischen Industrie vom 22.10.1920, Industriförbundets arkiv. Das Schreiben (Abschrift) befindet sich auch in vol. 45, Ttk:s arkiv.
 - 36) Bericht (Nr. 827) von Colville Barclay, vgl. Anm. 33. Cassel hatte bei der Brüsseler Konferenz eine bedeutende Rolle gespielt.
 - 37) In einem Kommentar zu seinem Schreiben an die Regierung erklärte der Verband der schwedischen Industrie, daß er "vor allem ... die Politik beanstanden wollte, die seit dem Kriegsende von der englischen Regierung in der Kohlefrage geführt worden ist." Der Verband der schwedischen Industrie erklärte, auf Grund der Bedeutung der Kohle als Energiequelle "dürfte es offenkundig sein, daß unserem Land infolge der diesbezüglichen Politik des englischen Staates große Schwierigkeiten bereitet worden sind." Undatiertes und nicht unterzeichnetes Schreiben (Okt. 1920) des Verbandes der schwedischen Industrie, UD:s arkiv (1920), vol. 1135, IV.

VII.2 Sondierung der schwedischen Regierung in London bezüglich der Importbeschränkungen. Abweisende englische Haltung

- 1) Bericht des Sozialattachés in London, Erik Sjöstrand vom 4.11.1920. "Frågan om reglering av importen i England",

dem Bericht 818 der Gesandtschaft in London an das UD vom 9.11.1920 angelegt. Ttk:s arkiv, vol. 39b, Dossier: "1920. Uppgifter rörande importreglering i utlandet." Über die Anstrengungen der britischen Protektionisten, im Herbst 1920 Schutzmaßnahmen durchzusetzen siehe auch R.K. Snyder, S. 61 ff, S. 66 ff. Vgl. auch obiges Kap. II.5.

- 2) Dohrmann, S. 38 ff.
- 3) Sjöstrands Bericht vom 4.11.1920. Über die englische Wirtschaftspolitik siehe auch Palmstiernas Bericht (Nr. 900) vom 28.12.1920, UD:s arkiv, vol. 211.
- 4) Über Sir Sydney Chapman und "the Chapman Group", siehe Johnson, S. 432 f und S. 461.
- 5) Bericht (Nr. 831) der Gesandtschaft in London (Alströmer) vom 15.11.1920 an das UD, Anlage "Redogörelse för intervju med Sir J. Chapman rörande frågan om importreglering m.m.", London 14.11.1920 von Erik Sjöstrand, Ttk:s arkiv, vol. 39b.

VII.3 Versuch des Verbandes der schwedischen Industrie, in der Zollfrage skandinavische Unterstützung zu erhalten

- 1) Vgl. Akten vol. 976, I-II, UD:s arkiv.
- 2) Beispiel für Maßnahmen, außer denen in der Kohlefrage, ist die ausländische Besteuerung der Schifffahrt, des Handels und der Industrie in Skandinavien. England besteuerte u.a. den schwedischen Export, und die USA hatten ein Gesetz eingeführt (Merchant Marine Act), das die ausländische Schifffahrt nach den USA benachteiligte. Ttk:s arkiv, vol. 92-93. Protokolle des skandinavischen Ausschusses.
- 3) Die skandinavischen Ausschüsse untersuchten die Möglichkeiten, ihre Steuergesetzgebung zu koordinieren, einander Sonderbehandlung zu erteilen bezüglich des Rechts, Eigentum und Aktien zu erwerben und Gewerbe zu betreiben (die Tätigkeit der Handelsreisenden inbegriffen). Außerdem wollte man untersuchen, welche Wirtschaftszweige sich besonders für zollpolitische Zusammenarbeit eigneten. Dabei dachte man besonders an die Textil- und die eisenverarbeitenden Industrien. "Protokoll, hållet vid skandinaviska avdelningens sammanträden den 22 och 23 januari 1920", Ttk:s arkiv, vol. 92-93, "Skandinaviska avdelningen. Protokoll".
- 4) Ebd. Die zweite skandinavische Handelskonferenz in Kopenhagen 21.-22.11.1919 drückte in einem Schreiben an TTK ihre Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit zwischen den skandinavischen Ausschüssen aus, Anlage B, ebd.
- 5) Protokoll (offizielle Version) 28.-30.8.1920. § 7, vgl. auch, "Förhandlingsprotokoll vid ministermötet i Köpenhamn den 28-30 aug. 1920", UD:s arkiv, vol. 976, II, E. Palmstierna, S. 115 f och 119 f. Das offizielle Protokoll ist auch dem Protokoll der Sitzung vom 12.10.1920 des geheimen Ausschusses beigefügt. "Hemliga utskottets protokoll 1919-1920".
- 6) Bericht Nadolnys, Stockholm an das AA, 15.5.1920, Abt.IV. Akten betr. politische Beziehungen Schweden-Deutschland

vom März 1920 bis Dezember 1929, PA.

- 7) Das offizielle Protokoll der Konferenz vom 28.-30.8.1920, UD:s arkiv, vol. 976, II. Vgl. Nædølms Berichts vom 13.3.20, R 43 17/142, BA.
- 8) "Förhandlingsprotokoll vid ministermötet i Köpenhamn den 28-30 aug. 1920", ebd.
- 9) So erklärte Barclay in "Annual Report 1919": "In spite of propaganda, the inability of Sweden to assist Denmark if attacked by Germany, and the old suspicion of Norway of following a Swedish lead, remain the dominant factors of inter- Scandinavian relations." Sweden, Annual Report, 1919, FO 371/6946.
- 10) Sweden, Annual Report, 1920, FO 371/6947.
- 11) In "Annual Report, 1920" wird die Zufriedenheit der schwedischen Regierung mit der Konferenz in Kopenhagen betont. "Herr Branting and Baron Palmstierna came back from Copenhagen highly gratified with the extent of harmony revealed by their unofficial conversations over a wide range of subjects." Die Kohlefrage wurde auf Grund "divergierender Interessen" nicht in die Tagesordnung der Ministerkonferenz aufgenommen. Vgl. Kap. II.5.
- 12) Über Johan Castberg, siehe Nordisk Familjebok. Über Castbergs Absicht mit seinem Angriff auf Schweden schrieb einer der leitenden Männer von "Venstre", J.L. Mowinckel, in einem Brief vom 18.11.1920 an Nils Edén: "..., daß er meint, daß die Zusammenarbeit /die skandinavische/ Norwegen daran hindert, seine guten Chancen bei der Entente jetzt völlig auszunützen und daß deswegen eine stark ausgeprägte außenpolitische Ungebundenheit dem übrigen Norden gegenüber vorteilhaft für Norwegen sein würde." Mowinckel beurteilte den Aufstand über Bildts Demarche als nicht besonders gefährlich für die skandinavische Zusammenarbeit, sondern meinte, daß die von Castberg angegriffene schwedische Politik in der Spitzbergenfrage viel ernster sei. Nils Edéns samling, F 956:2, UUB.
- 13) Am 24.4.1915 schickte Außenminister K.A. Wallenberg folgende Anweisung an den schwedischen Gesandten in Rom, Carl Bildt. Dieser sollte dem italienischen König und den Außenminister auffordern, die Neutralität des Landes aufrechtzuerhalten. Bildt führte am 25. und 26.4. seinen Auftrag aus. Die schwedische Demarche wurde als eine Drohung aufgefaßt, Schweden könne auf Seiten der Mittelmächte in den Krieg ziehen, wenn sich Italien der Entente anschließen würde. Gihl, S. 128 ff.
- 14) Vgl. z.B. Artikel in "Tidens Tegn" 12.11. und 17.11., in "Dagbladet" 15.11. und 16.11., in "Verdens Gang" 16.11. und 19.11. und in "Morgonbladet" 17.11.
- 15) "Daily Telegraph" 15.11., 16.11. und 18.11.
- 16) Am 16.11. unterrichtete Wrangel Ramel, er solle beim norwegischen Außenminister Michelet das Erstaunen der schwedischen Regierung über die Äußerungen der norwegischen Zeitungen ausdrücken und gleichzeitig bedauern, daß die norwegische Zusammenarbeit darunter leiden könnte. Am 18.11. bat Ramel darum, wenigstens einen Monat mit der geplanten Demarche über die Verhandlungen über den Grenz-

handel warten zu dürfen u.a. deshalb, weil "eine schwedische Initiative in der Frage gerade jetzt, wo Herr Castberg seine Äußerungen gemacht hat und sich die norwegische Presse derselben teilweise angeschlossen hat, weniger zweckmäßig wäre." Am 22.11. schrieb Hjalmar Branting - schwedischer Delegierter in Genf - in einem Brief an Louis De Geer, daß der dortige norwegische Chefdelegierte, Hagerup, ihm mitgeteilt habe, daß Ramel am 18.11. Michelet erklärt habe, Schweden wolle bis auf weiteres die Verhandlungen über den Grenzhandel unterbrechen. Branting drückte seine Unzufriedenheit über die schwedische Maßnahme aus. Seine Kritik hat offenbar den gewünschten Erfolg gehabt. Am 7.12. überreichte Ramel ein Schreiben an Michelet, in dem erklärt wurde, der Abbruch der Verhandlungen habe auf einem Mißverständnis beruht. Diese Episode ist auch aus anderer Sicht interessant. Sie zeigt , welchen Einfluß die zurückgetretene Regierung auf die neue Regierung ausübte. UD:s arkiv, vol. 976, IV.

- 17) Protokoll über die Konferenz der skandinavischen Ausschüsse in Stockholm vom 26.-27.11.1920, Ttk:s arkiv, vol. 94. Ragnar Sohlman vom Industriebüro des Kommerzkollegiums gab einen ausführlichen Bericht über die Anträge, die von den verschiedenen Wirtschaftsorganisationen und privaten Unternehmen mit Forderungen nach Maßnahmen bei der Behörde eingelaufen waren. Das Kommerzkollegium hatte sich mit der Bitte um Gutachten an alle zwölf Handelskammern des Landes gewandt. Die bis dahin eingelaufenen Antworten, teilte Sohlman mit, lauteten sämtlich positiv in bezug auf Forderungen nach vorübergehenden Zollerhöhungen. Im Gutachten der Stockholmer Handelskammer sprach man sich jedoch gegen den Gedanken an eine generelle Erhöhung aller Zölle zu einem gewissen Prozentsatz aus. In der folgenden Diskussion erklärte Erik Röing, die schwedischen Handelskammern seien - mit Ausnahme der in Göteborg - Werkzeuge der Industrie. Deren Antwort, die noch nicht zustande gekommen war, würde negativ ausfallen. Röing wollte, daß sich die Konferenz in Übereinstimmung mit der Brüsseler Konferenz aussprach, und er griff den Verband der schwedischen Industrie in harten Worten an. Dessen Aktion laufe darauf hinaus, "das protektionistische System zu stärken."
- 18) H.P. Prior entwickelte die A.S. Nordiske Kabel og Traadfabriker zu einem Unternehmen kontinentaler Größe, wurde Vorsitzender des "Industrirådet" (1910-1911) war dänischer Delegierter bei den Handelsverhandlungen mit den Westmächten während des Krieges und wurde nach dem Tod von Alex. Foss 1920 erneut Vorsitzender des "Industrirådet", er war im April 1920 Handelsminister. Dansk Biografisk Leksikon.
- 19) Johan Throne Holst war eine der führenden Persönlichkeiten der norwegischen Wirtschaft. 1921 war er Vorsitzender in "Föreningen Norden" in Norwegen. Als Direktor der "Freia Chocolate Fabrik" gründete er 1918 "Marabou" in Schweden. Throne Holst war Mitglied der norwegischen Verhandlungsdelegation, die 1917 in den USA verhandelte und den Import von dort sicherte. Er war Mitglied von "Statens Industriråd" und vom "Handels- og Sjøfartsråd",

1923 Vorstandsvorsitzender von "Den norske Handelsbank" und wurde 1930 Vorsitzender in "Norges Industriförbund". Norsk Biografisk Leksikon.

VII.4 Die TGO und die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen

- 1) Die Zahlen sind dem Journal "Statistik-malmförsäljning" från Kiruna, Malmberget, Grängesberg", entnommen, Svensk Malmexports arkiv, Stockholm.
- 2) "PM angående 1922 års malmavtal" S. 12 f, GCA.
- 3) Berndt Forsgrén "Minnesanteckningar 1917-1921" (Erinnerungen), S. 64 (1), S. 18 f, GCA. Über die Banken und die Kursnotierungen der TGO-Aktien, siehe Östlind, S. 545.
- 4) Forsgrén, S. 64 (1).
- 5) Statistik, vgl. Note 1.
- 6) Brief der TGO 23.3.1920 an E. Palmstierna, UD:s arkiv, 1920, Bd. 1172. Den Brief gibt es in Abschrift auch in GCA. PM för det svenska ombudet vid konferens i Paris den 21. april 1920 angående varukredit till vissa länder i Centraleuropa." Telegramm 17.4.1920 vom UD an die Gesandten in Paris und London. Über das Verhandlungsergebnis ein VPM (Fredrik Grönvall), Paris 115. 1920. Der Chef der Handelsabteilung des UD:s Fredrik Grönwall war schwedischer Bevollmächtigter. UD:s arkiv (1920), Bd. 2050, II-III.
- 7) Über das Verhältnis zwischen der TGO-LKAB und dem schwedischen Staat, siehe Nils Meinander, Gränges- en Krönika, Helsingfors 1967, S. 116 ff.
- 8) "PM angående 1922 års malmavtal," S. 3 ff, Meinander S. 194 ff.
- 8a) Über die Verhandlungen mit dem Staat siehe "Papper rörande förhandlingar med staten vären 1920", besonders "PM ang. eventuellt statsförvärv av Trafik AB Grängesberg-Oxelösund" und Briefe des Ministers Nothin 10.5., 11.5. und 29.5.1920, sowie TGO:s Antwort 15.5.1920, GCA, Meinander, S. 194 f; Forsgrén, S. 41 f; Rydbecks Tagebuch, Aufzeichnungen für den 29.9. und 2.10.1919 über Martin Aronowitsch und die eventuelle Verstaatlichung der Grängesberggesellschaft, Rydbecks samling, RA.
- 9) Meinander, S. 184 ff; Forsgrén, S. 7 ff; Plücker, Friedhelm "Der schwedische Eisenerzbergbau und seine Beziehungen zur westdeutschen Eisenhüttenindustrie 1880-1965," Köln 1969.
- 10) Vgl. Kap. I.6.
- 11) "Statistik ...", vgl. Anm. 1.
- 12) Brief des Nordischen Erzkontors, Lübeck 26.2.1919 an die Aug. Thyssen-Hütte; die Antwort der Phoenix A.G. 15.3. 1919 an die TGO, A 560:4-6, HA ATH.
- 13) Über die Schulden der deutschen Stahlwerke, siehe RWM 4538 und RWM 4538/1. Für die Fried. Krupp A.G. auch WA VII f 10.7. Das Verzeichnis der TGO über die Schulden der deutschen Werke vom 13.4.1919 wurde vom UD an die schwe-

dische Delegation bei den Friedensverhandlungen gesandt. UD:s arkiv, vol. 1959a. Vgl. auch Feldman (1977), S. 55, S. 93 f; Schröter, S. 161 f; J. Stapper, Die Eisenversorgung Deutschlands nach dem Kriege, Diss. MS Köln 1922, S. 71 ff.

- 14) Meinander, S. 184 ff; Forsgrén, S. 36 ff.
- 15) Stapper, S. 95 ff; Feldman (1977), S. 130 f.
- 16) Feldman (1977), S. 111 f. Einige Unternehmen, z.B. die Fried. Krupp A.G. hatten noch große Eisenerzlagerbestände. WA, VII f, 1087, HA Krupp.
- 17) Schröter, S. 162; Stapper, S. 96 f.
- 18) Forsgrén, S. 18, S. 32.
- 19) ebd. S. 18.
- 20) Vgl. Tabelle über die Preise Monat für Monat 1920-1921, Feldman (1977) S. 172, (Tabelle 8); R. Schindler, Die Marktpolitik des Roheisenverbandes während der Weimarer Republik, Bielefeld 1978.
- 21) Forsgrén, S. 64 (2); Meinander, S. 187 f; Schreiben des Nordischen Erzkontors an die Thyssen-Hütte 27.8.1920, im Anhang ein langes Schreiben der TGO an das Nordische Erzkontor mit einer Begründung der Preiserhöhungen, A 560:1-3, HA ATH.
- 22) Schreiben (Kopie) der Phoenix A.G. 14.9.1920 an die TGO; Schreiben der TGO an die Phoenix A.G. 28.9.1920 (Kopie), ebd.; Brief von Adolf Bicher, Duisburg an Dillner 12.9.1920, GCA.
- 23) Torsten Gårdlund, Marcus Wallenberg, Stockholm 1976, S. 496 ff.
- 24) Telegramm von Dillner 29.9.1920 an Rydbeck, Brüssel; desgl. Brief 2.10.1920; GCA.
- 25) In seinem Tagebuch nennt Rydbeck ein Treffen mit Urbig am 24.9.1920. Rydbeck's samling, RA. Am 28.9. wiederholte die TGO in einem Schreiben an die Phoenix A.G. ihre Forderung nach einer Konferenz mit den Stahlwerken A 560:1-3.
- 26) Brief der Phoenix A.G. 4.10.1920 an die übrigen Hütten, darunter die Thyssen-Hütte, A 560:1-3. In einem Bericht der deutschen Botschaft in Stockholm 4.3.1920 an das AA heißt es bezüglich des holländischen Einflusses über die Phoenix A.G. "Soviel scheint indessen sicher zu sein, daß die Firma William Müller & Co. in Rotterdam ... die Gelegenheit in geschickter Weise benutzt hat, hier ein doppeltes Geschäft zu machen. Sie hat offenbar gegen Zusage bestimmter Vorteile seitens der schwedischen Gesellschaft dieser gegenüber die Abdeckung eines Teiles der Forderungen übernommen, und sich außerdem auf der anderen Seite einen maßgeblichen Einfluß auf bestimmte deutsche Eisenhüttenwerke zu sichern gewußt. Es handelt sich dabei augenscheinlich um Werke des Phoenix-Konzerns." AA 6453, Bl. 80 f, ZSA I.
- 27) Ein Bericht über die Verhandlungen liegt im Anhang eines Briefes der Phoenix A.G. (Fahrenhorst) 25.10.1920 an die

Thyssen_Hütte vor. "Vermerk. Betrifft: Verhandlungen betr. Schwedenerze am 22. Oktober in Berlin," A 560:1-3.

- 28) "Vermerk" 22. Oktober. ebd.
- 29) Brief der Phoenix A.G. (Fahrenhorst) 25.10.1920 an die Thyssen-Hütte, ebd. Vgl. Brief (undatierter Auszug) von P. Nicou, Paris an die TGO über die niedrigen schwedischen Erzpreise für die Lieferungen an die deutschen Werke. "Privata brev 1905-1923". GCA.
- 30) Brief von Carl Rabes 5.11.1920 an Fritz Thyssen, Buenos Aires. Fritz Thyssen war in Südamerika, um die Möglichkeiten zu untersuchen, die schwedischen Eisenerzlieferungen durch brasilianische zu ersetzen, A 560:1-3.
- 31) Ebd.
- 32) Schreiben 8.11.1920 der Phoenix A.G. an die TGO, ebd.
- 33) Rabes an Fritz Thyssen 5.11.1920. Die Zusammensetzung der Kommission geht aus einem Schreiben 8.11.1920 an die TGO hervor, ebd.
- 34) Forsgrén, S. 64 (4).
- 35) Carl Rabes in einem Telegramm an Fritz Thyssen 23.11.1920, A 560:1-3.
- 36) Brief von Carl Rabes 23.11.1920 an Fahrenhorst, ebd.
- 37) Über die Vertragsbestimmungen, siehe z.B. "Endgültige Verbriefung des Übereinkommens getroffen in Berlin am 26. November 1920 und vervollständigt am 6. Dezember 1920 in Essen zwischen Trafikaktiebolaget Grängesberg-Oxelösund, Stockholm und Rheinische Stahlwerke, Duisburg-Meiderich," AB Svensk Malmexports arkiv, Stockholm.

VII.5 Die Kündigung des Vertrags im Dezember 1920

- 1) Schreiben des Zoll- und Vertragskomitees an den Chef des Finanzministeriums vom 4.12.1920, UD:s arkiv (1920), vol. 2426 III.
- 2) Protokoll der Sitzung vom 23.11.1920 des Vertragsausschusses, Ttk:s arkiv, vol. 44.
- 3) SOU 1924:37, S. XII.
- 4) Vgl. Anm. 1.
- 5) Schreiben Nr. 129 des Kabinettssekretärs Boström vom 24. 11.1920 an Wrangel, UD:s arkiv, vol. 2426, III. Zitate aus dem Schreiben.
- 6) Vgl. Kap. VII.4.

TEIL III: SCHWEDISCH-DEUTSCHE HANDELSBEZIEHUNGEN

II: Die Handelsvertragsverhandlungen im Frühjahr 1921

VIII. Die Industrie, die Interessengegensätze in Deutschland und die Reparationsfrage vom Juni 1920 bis zum März 1921

VIII.1 Die Industrie und die Bildung der Regierung Fehrenbach

- 1) Zimmermann, S. 86; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 120, Teil 1, S. 155 ff; Peter Wulf, Hugo Stinnes

- Wirtschaft und Politik, Stuttgart 1979, S. 151 ff; Akten der Reichskanzlei (AdR), Das Kabinett Fehrenbach (KF), S. VIII ff; Alfred Kastning, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919-1923, Paderborn 1970, S. 59 ff. Über Wirth vgl. Ernst Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, Lübeck, Hamburg 1968, S. 23 ff.

2) Kastning, S. 61.

VIII.2 Die Spa-Konferenz im Juli 1920 und der Kampf zwischen verschiedenen Gruppen um die deutsche Außenpolitik

- 1) Wulf, S. 197.
- 2) Lloyd George erklärte nach Stinnes' Auftreten, daß "his feeling had been, that for this time he had met a real Hun," zitiert nach Wulf, S. 207, Anm. 145.
- 3) Charles Maier, (1975), S. 203, 205. Über die britisch-französischen Interessengegensätze in der Kohlefrage vgl. Bariéty, (1977), S. 80 ff.
- 4) Über die Spa-Verhandlungen, siehe Zimmermann, S. 86 ff; Georges Soutou, Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920-1921 in VfZG 1975, S. 237-270, (wird im folgenden als Soutou (1975) zitiert); Charles Maier (1975), S. 194 ff; Peter Wulf, S. 204 ff; AdR, KF; DBFP, Bd. VIII.
- 5) Soutou, S. 244, VfZG; Soutou, Francia 2, S. 591.
- 6) Stinnes' Bedeutung wird von vielen Seiten bezeugt. Vgl. Peter Wulf, passim. Folgender Auszug aus einem Brief vom 17.9.1920 von Paul Silverberg, Gen.Dir. der "Rheinischen A.G. für Braunkohlen- und Brikettfabrikation" in Maier (1975), S. 210, Anm. 16 zeigt, wie man zu dieser Zeit in führenden Kreisen der deutschen Industrie Stinnes' führende Rolle auffaßte. "It is really apparent how foolish the Ruhr men are, as they cannot arrive at any decision or clear position. They make no utterance before they've obtained blessing of Stinnes or Vögler." Über Bonns Einstellung zu Stinnes, siehe Bonn, So macht man Geschichte, S. 245 ff.
- 7) Walter Rathenau, Tagebuch 1907-1922, S. 230. Über die Beziehungen zwischen Wirth und Rathenau, Laubach, S. 348.
- 8) Wulf, S. 203 f; Rathenau, S. 236 ff; AdR, KF Dok. 24, auch Anm. 2 Soutou, Georges, Der Einfluß der Schwerindustrie auf die Gestaltung der Frankreichpolitik Deutschlands 1919-1921 in Industrielles System ..., S. 547 f. (wird im folgenden als Soutou (1974) zitiert)
- 9) Rathenau, S. 237 ff; Wulf, S. 210 ff; AdR, KF Dok. 25, auch die Anmerkungen.
- 10) Wulf, S. 241 ff.
- 11) Zimmermann, S. 90; Soutou (1975), S. 238 f; Wulf, S. 247; Libal, S. 51 f.
- 12) Soutou (1974), S. 240 ff; Wulf, S. 247 f; Stapper, S. 93 f. Vom 15.9.1920 ab ließ die französische Regierung wieder Export von Minetteerzen zu (150 000 t/ monatlich).

Aber die deutsche Stahlindustrie war dabei, ihre Technik auf das schwedische Erz umzustellen. "Die deutsche Industrie scheint entschlossen, den neuen Weg zu gehen. So sagt z.B. der Geschäfts-Bericht der Rheinischen Stahlwerke 1919/1920: 'Wir sind bestrebt, uns mehr und mehr von Minette unabhängig zu machen, sodaß uns das Ausbleiben dieses Erzes wenig berührte'."

VIII.3 Die Brüsseler Sachverständigenkonferenz im Dezember 1920 und die Meistbegünstigung

- 1) Vgl. Trachtenberg, S. 176.
- 2) Soutou (1975), S. 241 f.
- 3) Trachtenberg, S. 175 ff.
- 4) AdR, KF, Dok. 129.
- 5) AdR, KF, S. 338, Anm. 5.
- 6) Wulf, S. 244f.
- 7) Wulf, S. 244; Schulthess, 1920, Teil 1, S. 310 f. Die endgültige Delegation in Brüssel bestand aus zwei Delegierten, dem Staatssekretär Carl Bermann(RFM) und dem Reichsbankpräsidenten Rudolf v. Havenstein sowie aus einer Reihe Sachverständiger, u.a. Bonn, Le Suire, Fellingner. AdR, KF, S. 341, Anm. 11.
- 8) Bericht der Gesandtschaft in Berlin 23.11.1920 (Nr. 770). Ttk:s arkiv, vol. 65.
- 9) AdR, KF, Dok. 129, 131.
- 10) Schulthess, 1920, Teil 2, S. 386 ff, AdR, KF, Dok. 145
- 11) Sitzungsbericht der deutschen Delegation, 18.12.1920, in der Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Sachverständigenkonferenz zu Brüssel vom 16. bis 22. Dezember 1920.
- 12) "Bemerkungen zu Teil X des Friedensvertrages, Abschnitt I, Kapitel I, IV-V, "in NL Le Suire, vol. 108, BA.
- 13) AdR, KF, Dok. 145.
- 14) Ein inoffizielles Protokoll wurde von der englischen Delegation fertiggestellt und an M.G. Bonn zur Durchsicht gesandt. "Commercial Relations," NL Le Suire, Bd. 108, und NL Bonn, Kasten 20, BA. In einem Brief an Carl Bergmann vom 27.12.1920 schreibt Bonn über das von ihm an Bergmann übersandte Protokoll: "Wie Sie sehen, ist es mir augenscheinlich gelungen, die Unterredung von der Grundlage wegzuschieben, auf die sie Herr Lesuire den Italienern gegenüber gebracht hatte. Das war dadurch möglich, daß die Unterredung auf Englisch geführt wurde und ich der Sprecher war." Das Verhältnis zwischen den Mitgliedern der deutschen Delegation war nicht besonders gut. Prof. Bonn hatte durch seine langjährige Freundschaft zu Lloyd Georges Privatsekretär Philip Kerr besondere Beziehungen zu den Engländern, AdR, KF, S. 66, Anm. 4. Bonn war im Herbst 1920 von der der DVP nahestehenden Presse angegriffen worden. So hatte sich der dem rechten Flügel der Partei nahestehende "Hannoversche Kurier" am 21.9. 1920 über "das beschämende Schauspiel" beklagt, daß die

deutsche Sachverständigendelegation in Spa vor den Alliierten offen ihre gegensätzliche Auffassung gezeigt habe. Besonders empört war die Zeitung über Prof. Bonns Handlungsweise. AdR, KF, Dok. 131, Anm. 10. Vgl. auch Wulf, S. 216. Über die Verhandlungen zwischen den Engländern und den Deutschen gibt es ein kürzeres Referat in DBFP, vol. XVI, S. 439 ff, besonders S. 442.

- 15) Bernd Dohrmann, Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921-1923, München/Wien 1980, S. 44 ff. Während der letzten Monate des Jahres 1920 hatte eine Trendwende im Handelsaustausch zwischen Deutschland und England stattgefunden. Der Import aus Deutschland wurde größer als der Export dahin. Dohrmann, S. 46. In England begegnete man der Krise durch deflationistische Maßnahmen, u.a. wurde der Diskontsatz erhöht. Holtfrerich behauptet, daß Deutschland durch seinen gesteigerten Lebensmittel- und Rohstoffimport vor allem aus Amerika stark zur Lösung der Krise da beitrug. C.L.Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923, Berlin/New York, 1980, S. 204 f und S. 210 f.
- 16) Schulthess, 1920 Teil 2, S. 388.
- 17) AdR, KF, Dok. 145.
- 18) "Bedenken gegen die in Brüssel überreichte Aufzeichnung zur Meistbegünstigungsfrage", 30.12.1920, v. Schoenebeck, NL Le Suire, Bd. 108.
- 19) "Niederschrift über die Besprechung am Donnerstag, den 13. Januar d.J. (1921) im Auswärtigen Amt, Meistbegünstigungsklausel und Brüsseler Verhandlungen", Rep. 120, C XIII 7 ¹, Nr. 4, Bd. 9, Bl. 57-60, ZSA II. Anwesend waren u.a. Min.Dir. v. Simson, AA (Vorsitzender), Prof. Wiedenfeldt, AA, Staatssekretär Bergmann, RFM, Staatssekretär Hirsch, RWM, Min.Dir. Schoenebeck, Min.Dir. Le Suire, RWM, Reg. Rat Sjöberg, RWM, Reg. Rat Fellingner, Pr. Min. für Handel u. Gewerbe, Prof. Bonn Reichskanzlei.
- 20) Ernst von Simson wurde später (1921) Staatssekretär (W) dankte aber schon 1922 ab. Damals wurde er Mitglied des Aufsichtsrats der I.G. Farben. Dos, S. 274, Lothar Döhn, Politik und Interesse, S. 407.
- 21) Ein Beispiel für solche Abkommen sind die beiden Verträge zwischen der Friedrich Krupp A.G. und der A.B. Bofors, die mit der Genehmigung der schwedischen Regierung im Dez. 1920 und im Laufe von 1921 getroffen wurden. Für Bofors war der Mangel an Kriegserfahrung ein Handikap im Vergleich zur internationalen Konkurrenz. Die Krupp A.G. stellte dem schwedischen Unternehmen ihr Können zur Verfügung. Dafür übernahm Bofors gewisse Lieferungen nach Holland und Dänemark. Bofors bezahlte Krupp gewisse Summen dafür und für das Recht, die deutschen Konstruktionspläne ausnützen zu dürfen u. dgl.. Bofors verpflichtete sich außerdem, keine Konstruktionen nach Frankreich, England, Japan, Italien und in die USA zu verkaufen, bei deren Herstellung deutsche Konstruktionsunterlagen benutzt worden waren. Deutsche Offiziere erhielten die Möglichkeit, an Schießübungen in Schweden teilzunehmen und in die Entwicklung neuer Waffen und Munition Einsicht zu

nehmen. Vgl. Erhard Reusch, Die Friedr. Krupp A.G. und der Aufbau der Reichswehr in den Jahren 1919-1922 in Archiv und Wirtschaft, Jg. 13, H 3 / 1980, S. 72-88; B. Steckzen, Bofors. En kanonindustris historia, Stockholm 1947. Vgl. auch Kap. IX.2.

VIII.4 Die Schwerindustrie und der Seydoux-Plan

- 1) AdR, KF, Dok. 142, 148, S. 391, Anm. 3. Die genannte Auswahl galt Kali, Stickstoff, Holz, Farben, Kohle, Zucker, Benzol. Wulf. S. 248 f, Soutou (1975), S. 246, Anm. 40. Nach Seydoux' Berechnungen sollten die Lieferungen zusammen 2305 Mio. GM einbringen können. Dies lag unter den französischen Forderungen von mindestens 3 Mrd. GM. Um diese Summe erreichen zu können, mußte es Deutschland erlaubt werden, Fertigerzeugnisse zu exportieren. Nach Soutou zogen Deutschland und die anderen alliierten Staaten eine solche Lösung vor, da Fertigerzeugnislieferungen die französische Industrie weniger begünstigten als Rohstofflieferungen.
- 2) Wulf, S. 248 f.
- 3) AdR, KF, Dok 142, S. 368, auch Anm. 3. Gleich großen Befürchtungen, daß es den Alliierten mit Hilfe des Seydoux-Planes gelingen würde, sich Kontrolle über die ganze deutsche Handels- und Wirtschaftspolitik zu verschaffen, drückt Außenminister Simons in seinem Schreiben vom 26.1. 1921 an das RWM aus. Rep. 120, C XIII, 7, Nr. 4, Bd. 9, Bl. 52-54.
- 4) Am 4.1. und 8.1.1921. Vgl. AdR, KF, Dok. 148, Anm. 3, Wulf, S. 248.
- 5) AdR, KF, Dok. 148, 151, auch Anm. 2 u. 3, (Dok. 148 auch Anm. 4).
- 6) AdR, KF, Dok. 151, S. 399, 155, auch Anm. 13.
- 7) AdR, KF, 148, Anm. 4, 155.
- 8) Soutou (1974), S. 550, AdR, KF, Dok. 157.
- 9) AdR, KF, S. 417, Anm. 17.
- 10) AdR, KF, Dok. 157, Wulf, S. 252.
- 11) Die Richtlinien dafür lauteten: "Auch hier darf eine endgültige Stellungenahme vorbehalten bleiben. Es wird gebeten zu berücksichtigen, daß Deutschland bei seiner gegenwärtigen Wirtschaftslage eine stark passive Handelsbilanz hat. Die Heranziehung des Exports zu einer erheblichen Barleistung muß unter diesen Umständen die deutsche Wirtschaft besonders schwer beeinträchtigen. Es dürfte sich empfehlen, zunächst abzuwarten, welches Ergebnis die privaten Verhandlungen zwischen den für Kooperation in Frage kommenden deutschen und französischen Industrien haben werden." Zitiert nach einem Schreiben von Simons an das RWM (Abschrift), Rep. 120, C XIII, 7 1, Nr. 4, Bd. 9, Bl. 52, ZSA II.
- 12) Trachtenberg, S. 187, Soutou (1975), S. 260.
- 13) Rep. 120, C XIII, 7¹, Nr. 4, Bd. 9, Bl. 52-54.
- 14) Trendelenburg, S. 188 f.

- 15) Zimmermann, S. 93; DBFP XV, Dok. 11, app. Über den Ursprung des Vorschlags; Soutou (1975), S. 265; D'Abernon, An Ambassador of Peace, S. 121; Dohrmann, S. 47.
- 16) Wulf, S. 253.
- 17) DBFP XV: doc. Nr. 11, S. 103 f. Die 42-jährige Abzahlung stritt gegen den Versailler Vertrag, der für die Reparationszahlungen eine Grenze von 30 Jahren festgesetzt hatte. Dohrmann, S. 63.
- 18) Trachtenberg, S. 189.
- 19) Wulf, S. 253.
- 20) AdR, KF, Dok. 165, 166, 171 auch Anm. 2; Schulthess, 1921, S. 50
- 21) AdR, KF, Dok. 172, auch Anm. 5, Dok. 180, auch Anm. 2; Soutou (1975), S. 268.
- 22) Wulf, S. 254 f.
- 23) AdR, KF, Dok. 181, auch Anm. 2.
- 24) Feldman, Iron and Steel, S. 241, "Vertical concentration during the inflation ... was therefore extremely important in strengthening the economic and political power of heavy industry and of promoting collaboration between rival sectors of big business.", ebd. S. 279.

IX. Die deutsche Schwerindustrie und Schweden

IX.1 Der Plan des Auswärtigen Amtes den schwedisch-deutschen Handelsvertrag im Herbst 1920 zu kündigen und der Widerstand des Reichswirtschaftsministeriums

- 1) Feldman, G., (1977), Anhang 1.
- 2) Plaut, S. 155, 151.
- 3) "Bemerkungen zu der Denkschrift über die rechtlichen Grundlagen des Wirtschaftsverkehrs nach dem Friedensvertrage", (Le Suire) NL Le Suire, Bd. 102, BA.
- 4) Plaut, S. 85, "Unterlagen für die Frage, ob die bestehenden Handelsverträge gekündigt werden sollen", NL Le Suire, Bd. 102, BA. Die Schweiz befand sich in einer ähnlichen Lage wie Schweden. Im März 1919 hatte der Bundesrat den Vertrag mit Deutschland gekündigt, aber noch lief er bis auf weiteres in Perioden von je drei Monaten weiter. Bericht der schwedischen Gesandtschaft in Bern (Adlercreutz) an UD 12.8.1919, Ttk:s arkiv, unverzeichneter Teil, vol. Tyskland 3.
- 5) Mitteilung an Staatssekretär Hirsch, Berlin 12.1.21, NL Le Suire, Bd. 102, BA.
- 6) "Unterlagen für die Frage, ob die bestehenden Handelsverträge gekündigt werden sollen," NL Le Suire, Bd. 102, BA.
- 7) Über Trautmann, siehe Rystad, S. 38 ff.
- 8) Privater Brief von Leg. Rat Trautmann an den deutschen Gesandten in Stockholm, Rudolf Nadolny, 17.9.1920, AA 67736, Bl. 117-118, ZSA I.
- 9) "Hans Krämer war in den 20er Jahren einer der einfluß-

reichsten der der Chemieindustrie naheverwandten und freundschaftlich verbundenen Papierindustrie." K. Großweiler, Großbanken-Industriemonopole-Staat, Berlin (Ost) 1971, S. 112; Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, Bd. 1, S. 1002.

- 10) J. Hirsch in einem Brief an H. Krämer 23.10.20, NL Le Suire, Bd. 102, BA.
- 11) Vgl. Fischer (1961), S. 702; H. Schröter S. 35 f.
- 12) "Aufzeichnung über die Besprechung am 13.10.20 über die Frage der Kündigung der Tarifieranlagen des Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn usw." NL Le Suire, Bd. 102, BA.
- 13) Schreiben von E. Scholz an AA, 18.10.20, AA 64736, Bl. 133-136, ZSA I.
- 14) Privater Brief Rudolf Nadolnys an O. Trautmann, 19.10.20, AA 64653, Bl. 37 ff, ZSA I.
- 15) Schreiben des Nordischen Erzkontors, Lübeck, an die August Thyssen-Hütte A.G. 27.8.20. In der Anlage befindet sich eine Abschrift eines ausführlichen Berichts der TGO über die Gründe für und Forderungen nach Preiserhöhungen. Dabei handelt es sich um reine Fragen der Wirtschaftlichkeit. A 560:1-3, HA ATH.
- 16) Schreiben Gen.Dir. Fahrenhorsts (Phoenix A.G.) an die A. Thyssen-Hütte 4.10.20, 560:1-3, ebd.
- 17) Ein Bericht über die Verhandlungen in Berlin am 22.10. ist in einem Brief Fahrenhorsts an die A. Thyssen-Hütte vom 25.10.20 zu finden, 560:1-3, ebd.
- 18) Schreiben von Fahrenhorst/Hoesch an das RWM 28.10.20 und die Antwort des RWM:s (Telegramm) 3.11. an die Phoenix A.G.. Vgl. "Aktenvermerk 3.11.1920", RWM 4538/1, Bl. 68-70, ZSA I. Dir. Benjamin behauptete bei den Besprechungen im Februar im AA, daß die TGO im Herbst 1920 bei den Verhandlungen mit den deutschen Werken gedroht habe, den schwedischen Staat für ihre Interessen einspringen zu lassen. Siehe Kap, X.5.
- 19) Brief von Fahrenhorst an Thyssen A.G. 25.10.20, 560:1-3.
HA ATH
- 20) Schreiben der Handelskammer in Lübeck 5.11. und 10.11.20 an die Senatskommission für Reichs- und Auswärtige Angelegenheiten. Diese wurden am 25.11.20 an das RWM gesandt. AA 64736, Bl. 156 ff, ZSA I.
- 21) Schreiben von Scholz an das AA vom 1.11.20, AA 64736, Bl. 137-140. ZSA I.
- 22) "Besprechung am 29. Oktober 1920 über die Vorbereitung der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Italien im Auswärtigen Amt," Rep. 120, C XIII 71^a, Bd. 10, Bl. 88-92, ZSA II.
- 23) Schreiben vom 20.1.20 vom RdI (Simons/Richter) an AA, AA 6455/2, Bl. 184, ZSA I.
- 24) Le Suire erwähnte, daß im Pr. Handelsmin. von Neuhaus und von Flotow, im AA Staatssekretär (W) Boyé, Simson, Stockhammern und Bucher, im RFM Zapf, Fischer und Ritter sowie "die beiden Herren Reichsbankpräsidenten diese

Ansicht teilen." Brief von Le Suire an Scholz 19.10.
(fälschlich für November) 20, NL Le Suire, Bd. 102, BA.

- 25) Schreiben (Kopie) des Finanzministeriums an das AA vom 4.11.20, Rep. 120, C XIII 71a, Bd. 10, Bl. 87, ZSA II.
- 26) Brief (Kopie) an das AA vom Pr. Handelsmin. 23.11.20, NL Le Suire, Bd. 102, BA.

IX.2 Die Schwerindustrie, die Lieferungen von Lokomotiven nach Rußland und das Verhältnis zu Schweden

- 1) Wulf, S. 294 f.
- 2) Jensen, S. 280 ff; Hovi, S. 171.
- 3) Wulf, S. 295 f.
- 4) Über Jansson siehe, Svenska män och kvinnor, Stockholm 1948. Vgl. Dossier "Angående W. Jansson 1919", bunt 3, Beskickningens i Berlin arkiv, UD:s arkiv.
- 5) Bericht W. Janssons an den Außenminister vom 23.10.20, UD:s arkiv, vol. 1449, XI. Vgl. auch Grönwalls Bericht-
erstattung über diese Frage auf der Vorstandssitzung des
Exportvereins am 8.12.20, stenografisches Protokoll in
vol. 1449, XI. Brief Hans von Essen vom 21.4.20 an T.
Höjer, UD:s arkiv, vol. 1447, V. Über Aschberg, vgl.
Östlind, S. 603, Anm. 4.
- 6) Die Verhandlungen fanden vom 1. bis 6. April 1920 in
Stockholm statt. Die russische Delegation wurde von L.B.
Krassin geleitet. Die Unterhändler des Außenministeriums
waren Dr. Fredrik Grönwall unter Mitwirkung vom Chef der
slawischen Unterabteilung des Vertragsausschusses, dem
Großhändler Emil Hamrin. Hamrin erhielt dann den Auftrag,
in Kopenhagen mit der Krassindelegation weitere Verhand-
lungen zu führen. Der Beschluß der schwed. Regierung,
mit Krassin zu verhandeln und den mit diesem rivalisie-
renden Litwinow zur Seite zu schieben, war ein Ausdruck
für den Wunsch des Außenministeriums, die schwed. Poli-
tik in der russischen Frage der englischen anzupassen.
Krassin erstrebte eine Abmachung mit England, während
Litwinow mehr darauf eingestellt gewesen zu sein schien,
die Verbindungen mit Deutschland hochzuarbeiten. Die Lo-
komotivverhandlungen wurden größtenteils durch J.V. Lo-
monosoff geführt, der von Litwinow beauftragt worden
war. Die russische Delegation hatte Kontakte zu E. Nobel,
zu Vertretern von Separator, für Baltic und für Munk-
tells. Siehe hierüber "PM angående förhandlingar med den
ryska handelsdelegationens medlemmar..." von Hamrin vom
7.4.20 und "PM angående förhandlingar i Stockholm med den
ryska förhandlingsdelegationen den 1-6 april 1920", von
Grönwall vom 7.4.20. Siehe weiter über Hamrins Auftrag
in Kopenhagen PM über seinen Auftrag, dem Schreiben der
Handelsabteilung an die Gesandtschaft in Kopenhagen vom
8.4.20 angelegt, UD:s arkiv, vol. 1447, IV. Über UD:s
Standpunkt in der Krassin-Litwinow-Frage, vgl. "Proto-
koll hållet vid sammanträde å Kungl. Utrikesdepartemen-
tet lördagen den 20 mars 1920 ...", vol. 1446, III, auf
der außer Außenminister Palmstierna und Finanzminister
Thorsson auch führende Beamte der Verwaltung und Ent-

scheidungssträger der direkt berührten Unternehmen teilnahmen. Kyhlberg (Baltic) plädierte für direkte Kontakte mit Sowjet-Rußland. Palmstierna erklärte, man müsse mit denen rechnen, die die Macht in der Ostsee hätten, d.h. den Engländern und den Franzosen. Hamrin entwickelte seine Auffassung in dieser Frage in einem Brief vom 20.12.20 an den Exportverein. Darin warnte er eindringlich, in der Frage des russischen Handels eine zu England gegensätzliche Linie zu verfolgen. Dies gälte besonders für die Lokomotivfrage, da England ja früher behauptet hätte, Forderungen nach eventuellem russischen Gold nach Deutschland zu stellen. "Besonders in der Reparationsfrage und allem, was damit zusammenhängt", erklärte Hamrin, "muß unser Land natürlich mit allergrößter Vorsicht vorgehen und alles vermeiden, was direkt oder indirekt gegen Englands ausgesprochenen Wunsch spricht", vol. 1449, XI. Nach Nadolny, S. 87 sollen die Russen 500 deutsche Lokomotiven über Schweden gekauft haben. Vgl. auch Hesse, S. 33. Schröter, S. 34 nimmt an, daß das Geschäft wirklich stattgefunden hat. Er stützt sich dabei nur auf Hesse, dessen einzige Quelle Nadolnys erst nach dem Zweiten Weltkrieg geschriebenen Erinnerungen sind. Dies reicht aber nicht als Beweis dafür aus, daß das Geschäft wirklich getätigt wurde.

- 7) Telegramm an Ehrenswärd, Paris vom UD 15/4 1920, "Protokoll 16/4 1920 angående meddelande till Conseil Suprême rör. förbindelserna med Ryssland" und Rundschreiben Nr. 24 vom 21.4.20 vom UD an die Gesandtschaften, vol. 1447, V.
- 8) Niederschrift von Hagemann: Russisches Lokomotivgeschäft 1920-1937, WA, IV, 1361, HA Krupp. O. Hagemann war Abteilungsdirektor (Verkauf II) und hatte seit 1917 die Prokura. Handbuch, Fried. Krupp A.G., Essen 1934. Nadolny berichtete (Bericht Nr. 809) am 5.5.20 aus Stockholm an das AA über Krassin's Tätigkeit in Kopenhagen: "Angeblich soll Direktor Hagemann von der Firma Krupp in Essen mit ihm / Krassin / über die Lieferungen von Lokomotiven verhandelt haben, Krassin soll daraufhin Krupp einen größeren Auftrag erteilt haben." Abt. IV, Handel 11, Rußland, Bd. 1, PA.
- 9) Kopien der Verträge befinden sich in vol. 1447, V. Unter den etwa 15 Unternehmen, die in dem sog. "Hauptkontrakt" vom 26.4.20 genannt werden, befanden sich Munktelles Mek. Verkstads A.B., Forsbacka Jernverks A.B. und A.B. Jordbrukssmiden. Bis dahin war Gunnar W. Andersson ein ziemlich unbekannter Geschäftsmann von etwa 30 Jahren gewesen. Von der seriöseren Geschäftswelt sowie vom UD wurde er skeptisch betrachtet. Vgl. Soliditätsauskünfte des Soliditätsbüros des Exportvereins in UD:s arkiv, Hamrin erklärte in einem Brief vom 24.4.20 an den Außenminister: "... es ist natürlich nicht die Absicht, daß dieses Konsortium eine Art Monopol für den Handel zwischen Schweden und Rußland erhalten soll, sondern seine hauptsächliche Aufgabe sollte, insofern ich Herrn Krassin recht verstanden habe, darauf hinauslaufen, den Warenaustausch zu finanzieren ...", UD:s arkiv, vol. 1447, V. Vgl. auch

Lönnroth, S. 70 f. Über die Kapazität von Nydqvist & Holm, vgl. "PM ang. förhandlingar med den ryska handelsdelegationens medlemmar", Hamrin 7.4.20, vol. 1447, IV. Holm in Nydqvist & Holm ist mit dem geschäftsführenden Direktor der A.B. Bofors H. Holm identisch. Über die Zusammenarbeit A.B. Bofors - Fried. Krupp, siehe Kap. VIII.3, Anm. 21.

- 10) Der Zoll- und Vertragsausschuß sprach sich in einem Schreiben vom 4.5.20 positiv zu einer russischen Handelsdelegation in Stockholm aus. Die Verhandlungen über die Bedingungen für die Handelsdelegation wurden zwischen G. Sandström und Krassin geführt. Vgl. Schreiben Hamrins vom 8.5.20 an UD. "Protokoll angående mottagandet tillsviðare i Sverige av en handelsdelegation från ryska Centrosojus", UD 14.5.20, Brief Palmstiernas an Krassin vom 14.5.20. vol. 1447, VI, Einen Einblick in die Geschäfte von Nydqvist & Holm bekommt man auch durch "Minnesanteckningar över yttringar av Direktörerna Gunnar W. Andersson och Theodor Vilhelm Jeansson fällda inför riksdagens särskilda utskott No 1...31 mars 1922", Ttk:s arkiv, vol. 89.
- 11) "Niederschrift von Hagemann ...", S. 5.
- 12) Wilhelm Janssons "Promemoria rörande Sovjettrysslands lokomotivbeställningar i Tyskland", Berlin 23.10.20, dem Brief von Essens vom 23.10.20 an Grönwall beigelegt, vol. 1447, X.
- 13) "Niederschrift von Hagemann ...", S. 9 ff.
- 14) Jensen, S. 334 ff.
- 15) Josef Sachs auf der Vorstandssitzung des Exportvereins am 8.12.20, stenografisches Protokoll vom 8.12.20, vol. 1449, XI.
- 16) "Niederschrift von Hagemann ...", S. 20 f.
- 17) Anfrage von Nordiska Handelsbanken vom 12.10.20, vol. 1447, X.
- 18) Lomonossoffs Gesuch vom 14.10.20 in vol. 1449, XI.
- 19) "VPM" 13.10.20 und "PM" 15.10.20 über die Kabinettsitzung des gleichen Tages, vol. 1447, X.
- 20) "Niederschrift von Hagemann", S. 24.
- 21) Bleistiftaufzeichnung von W. Boström, vol. 1447, X.
- 22) Brief Grönwalls, Stockholm an von Essen, Berlin 12.11.20, ebd.
- 23) Die Anfrage des niederländischen Gesandten und Wrangels Antwort vom 20.11.20, ebd.
- 24) "Niederschrift von Hagemann...", S. 24 f.
- 25) "Vertrag vom 29. November 1920 zwischen der Nydqvist & Holm Aktiebolag und der Fried. Krupp A.G., Essen, beigelegt "Niederschrift von Hagemann ..."Siehe auch "Niederschrift von Hagemann ...", S. 25.
- 26) Brief Grönwalls an von Essen, Berlin den 21.12.20, vol. 1449, XI.
- 27) "Protokoll fört vid sammanträde med Sveriges Allmänna

Exportförenings styrelse ... den 8 december 1922", Sveriges Industriförbunds arkiv. Siehe auch stenographisches Protokoll derselben Sitzung, vol. 1449, XI.

- 28) "VPM angående öppnandet av handel med Ryssland", Höjer 31.12.20, vol. 1449, XI.
- 29) Das Verzeichnis über "die Firmen die augenblicklich Mitglieder des zu bildenden Konsortiums für Geschäfte mit Rußland sind", wurden am 14.2.21 dem UD vom Exportverein überreicht. vol. 1449, XIII.
- 30) Vgl. Bericht vom 11.3.21 von Konsul Dr. Stähler, Vertreter des AA für Wirtschaftsfragen in Moskau, in dem besonders SKFs Bemühungen genannt werden. Abt. IV, Handel 11, Rußland, Bd. 3, PA. Siehe auch Grönwalls Brief an von Essen vom 12.11.20, vol. 1447, X.
- 31) Berichte der Delegation vom 8.4.21, 15.4.21 und 26.4.21, vol. 1450, XV. Über Kersjentsjev siehe UD:s Rundschreiben an die Gesandtschaften vom 24.1.21, vol. 1449, XIII.
- 32) "Niederschrift von Hagemann...", S. 35 f.
- 33) "Vertrag zwischen Sovpra und Victor Berg, Stockholm vom 28. Februar 1921 über 600 Lokomotiven", (Abschrift), der "Niederschrift von Hagemann..." beigelegt. Sovpra = Russische Sowjet-Regierung, Moskau.
- 34) Vgl. Schreiben des AA, IV, Nr. 1496 vom 10.3.21 an die Handelskammer, Stuttgart, Abt. IV, Rußland, Eisenbahnwesen 3, Bd. 1. Siehe auch "Niederschrift von Hagemann ...", S. 46. Im Verlauf von 1920-1921 wurden riesige Goldmengen aus Sowjet-Rußland nach Schweden überführt; diese scheinen aber fast unmittelbar wieder aus dem Land ausgeführt worden zu sein.

Einfuhr unbearbeiteten Goldes sowie von Goldmünzen
in Mio. Skr

Jahr	aus Rußland	aus den übrigen Ländern	Summe	Ausfuhr
1914-1919	0,0	187,0	187,2	0,7
1920				
Jan.-Mai	0,4	0,0	0,4	0,2
Juni-Dez.	272,1	5,0	277,1	63,5
1921	666,5	16,1	682,6	934,4

Quelle: "PM angående Rysslands utrikeshandel med särskild hänsyn till åren 1920 och 1921", Ttk:s arkiv, vol. 77. Deutscherseits versuchte man die Lokomotivgeschäfte mit Rußland vor der Öffentlichkeit zu verbergen, weil: "in dem Augenblick, wo wir unsere Zahlungsfähigkeit der Entente aufdecken müssen, es / nicht / besonders empfehlenswert ist, die Leistungen der deutschen Industrie allzusehr zu loben." Brief von der Schriftleitung der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 14.2.21 an Ago von Maltzan, AA, Abt. IV, Handel 11, Rußland, Bd. 3. PA.

- 35) Vgl. Kap. IX:1

X. Vorbereitungen in Stockholm und Berlin auf die Handelsvertragsverhandlungen

X.1 Schwedische Vorbereitungen unter Zusammenarbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Politik

- 1) Das Gutachten des Kommerzkollegiums vom 10.12.20 siehe vol. 39b, Ttk:s arkiv. Auf deutscher Seite beobachtete man die Entwicklung der schwedischen Zollfrage sehr genau. Nadolny schickte am 7.12.20 eine Zusammenstellung über Forderungen auf Schutzmaßnahmen der verschiedenen Industrieorganisationen nach Berlin und erklärte, daß man mit einer schwedischen Kündigung des Vertrags rechnen müsse, da die Zölle für einen großen Teil der aktuellen Waren gebunden seien. Bericht im RWM 8110, Bl. 27, ZSA I. In einem Kommentar zum Gutachten des Kommerzkollegiums, der in einem Bericht an Berlin vom 5. 1.21 enthalten war, befaßt sich Nadolny besonders mit den durch das Kommerzkollegium hervorgehobenen Möglichkeiten, daß die Regierung die Vollmacht des Reichstags bekommen könne, von Fall zu Fall nach Bedarf die Zölle zu erhöhen. "Man wird in der Annahme kaum fehlgehen, daß hierin ein Wunsch der Regierung zum Ausdruck kommt," erklärte Nadolny. AA 64736, Bl. 244, ZSA I.
- 2) Bevillningutskottets betänkande Nr. 4. Riksdagstrycket 1921:48. Über die Initiative der Stockholmer Handelskammer siehe Schreiben der Handelskammer an die Regierung vom 12.11.20 "Meddelanden från Stockholms Handelskammer" 1920: 11, S. 376.
- 3) "Die Partei wollte nichts von einer Vermischung mit dem Kapitalismus wissen", erklärte M. Wallenberg am 14.7.26 in einem Brief an den damaligen Ministerpräsidenten C.G. Ekman. M. Wallenbergs Samling, Dossier "Ekonomiska rådet", SEB arkiv, Stockholm. Es ist interessant, daß in demselben Dossier "Referentenentwürfe zu einem Gesetzentwurf über den Reichswirtschaftsrat und zu einem Gesetzentwurf zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat" zu finden sind.
- 4) "Meddelanden från Sveriges Industriförbund", 1920, Nr. 78.
- 5) Vgl. obiges Kap. VII.1
- 6) "Ekonomiska rådets protokoll" vom 4.12.20 und vom 20.12.20, Ekonomiska rådets arkiv (Komitéarkiv Nr. 141), RA.
- 7) Es ist bezeichnend für die Heftigkeit der Offensive der Wirtschaft nach dem Regierungswechsel, daß nach Sohlman die Zahl der Anträge nach Okt. 1920 mehr als hundert betrug. Diskussionsprotokoll från ekonomiska rådet von der Sitzung vom 15.12.20, K.J. Beskow samling. Die Diskussionsprotokolle sind von Bertil Ohlin, dem Sekretär des Wirtschaftsrates, geschrieben worden und befinden sich in Beskows samling über die Sitzungen vom 15-18.12.20. Sie sind nicht genehmigt und haben keinen offiziellen Charakter. Die außerordentlich kurzgefaßte offiziellen Protokolle befinden sich im Ekonomiska rådets arkiv.
- 8) Vgl. die Diskussionsprotokolle 15-18.12.20, K.J. Beskows samling und das Gutachten des Wirtschaftsrates in riksdagstrycket 1921:30, prop 356, S. 12 f.

- 9) Vgl. Protokoll (unvollständig) vom 18.12.20, K.J. Beskows samling. Bei den Diskussionen in Schweden werden die Begriffe "Dumping" und "Valutadumping" falsch oft synonym zueinander gebraucht. Aber in diesem Fall handelte es sich um das Valutadumping, was damals wie folgt definiert wurde: "Damit ist ein Import gemeint, der nur dadurch ermöglicht wird, daß die Währung eines Exportlandes mit sinkender Valuta im Importland niedriger bewertet wird als es der Kaufkraft innerhalb des Exportlandes entspricht." Valutadumping bedeutet deshalb den Verkauf zu Preisen, die nicht niedriger sind als die Erzeugerkosten innerhalb des Landes mit sinkender Währung. Dagegen bedeutet Dumping normalerweise den Verkauf zu Preisen unter denen der Erzeugerkosten. Siehe Ttk:s utredningar och betänkanden VII, S. 2 f.
- 10) Ekonomiska rådets protokoll vom 10., 15., 16., 17. und 18.12.20, Ekonomiska rådets arkiv. Laut Rydbeck sollen der Ministerpräsident und die meisten anderen Minister an der Sitzung am 16.12., auf der man Einfuhrverbote und Zölle diskutierte, teilgenommen haben. Rydbecks dagboksanteckningar 16.12.20.
- 11) Die übrigen Mitglieder der Delegation waren der Reichstagsabgeordnete J. Nilsson (Skottlandshus) und der Generaldirektor a.D. F. Pegelow, Arbeitslosenkommision. Vgl. prop. 356, S. 14. Riksdagstrycket 1921.
- 12) Gösta Malm "Ur minnet, III-IV", S. 109, RA.
- 13) Söderpalm, S. 145, Kurt Samuelsson, Nordiska Kompaniet, S. 103.
- 14) Gösta Malm "Ur minnet", III-IV, S. 108 f. Malms Schilderung, die kurz nach dem zweiten Weltkrieg geschrieben wurde, zeigt eine gewisse Schärfe gegen "man kann beinahe sagen fanatische Zollfeinde wie Erik Röing und Anders Örne." "Als die Arbeit der Delegation begann, wurde mir bald klar, auf was ich mich eingelassen hatte," erklärte Malm. "Ein ruhiger, logischer Meinungs austausch ... war schwer zustandezubringen. Für die beiden genannten Herren war der Freihandel Religion und sie fingen damit an, lange freihandelsgläubige Predigten zu halten."
- 15) "PM angående den inom Kungl. Handelsdepartementet för verkställande av utredning rörande ifrågasatta provisoriska tullförhöjningar tillkallade delegationens överläggningar." Anlage zum Protokoll vom 11. März 1921, Ttk:s arkiv, vol. 39b.
- 16) "Referat av den vid sammanträdet den 25.1.21 med representanter för bomullsindustrien förda diskussionen." "Die stenographierten Referate sind den Protokollen beigefügt. K.J. Beskows samling.
- 17) Ebd. 27.1.21.
- 18) Ebd. 26.1.21.
- 19) Sven Olsson, Järnbruksförbundet 1906-1956, Stockholm 1958, S. 122 ff.
- 20) "Referat från de délégerades sammanträde" 3 febr. 1921 K.J. Beskows samling. Ähnliche Gesichtspunkte machte Gö-

ransson in einem Brief an das Zoll- und Vertragskomitee geltend vom 27.1.21 in Ttk:s arkiv, nicht verzeichneter Teil, Tyskland 4, "Framställningar angående importtillstånd: Tyskland."

- 21) "Referat från de delegerades sammanträde" den 4.2.21.
- 22) ebda, den 9.2.21.
- 23) ebda, den 9.2.21.
- 24) Protokoll vom 18.2.1921, Ttk:s arkiv, vol. 38.
- 25) Das Schreiben ist in der Vorlage 356 vollständig wiedergegeben.
- 26) Riksdagens protokoll, FK 1921:10; AK 1921:15.
- 27) Die Sitzung von Nationalekonomiska Föreningen am 25.2.21, Ekonomisk Tidskrift 1921:23. Auf der Sitzung des Wirtschaftsrates am 16.12.20 erklärte Beskow, daß die deutsche Konkurrenz nicht die Bedeutung habe, wie man es vielleicht aus den Offerten entnehmen könne.
- 28) Vgl. "Sveriges officiella statistik: Handel 1913" und desgleichen für 1920 und "Tablå utvisande införsel till Sverige från Tyskland 1913-1920" in vol. 64, Ttk:s arkiv. Vgl. auch Kommersiella meddelanden, 1921, 31.1., S. 203 ff.
- 29) Ekonomiska Tidskrift 1921:23, S. 48 ff.
- 30) Bericht von der deutschen Gesandtschaft in Stockholm (Nadolny) vom 31.1.1921, AA 64736, Bl. 319 ff, ZSA I.

X.2 Der schwedische Modusvivendivorschlag

- 1) Vgl. die Protokolle des Vertragsausschusses 11., 13., 14. und 18.1.21, t.o.t:s arkiv, vol. 44, RA.
- 2) In einer Frage nur war sich die VA bei dem Vorschlag nicht einig: Deutschlands früheres Recht, Küstenschiffahrt zu betreiben, wurde auf Wunsch einer Reihe von schwedischen Reedereien aufgehoben. Die zwei sozialdemokratischen Vertreter Sandler und Svensson, erklärten, in der Frage eine andere Ansicht zu haben. Sie wollten das Recht im Vertrag beibehalten. Schreiben des Vertragsausschusses an die Regierung 3.2.21, UD:s arkiv vol. 2426, III, R.A.
- 3) Vgl. Schröter, S. 159 f.
- 4) "Förslag till modusvivendiavtal mellan Sverige och Tyskland." Diesem Vorschlag war ein Schreiben 2.2.21 an den König beigelegt, daß vom Vorsitzenden des Komites K.A. Fryxell unterschrieben ist. Zu dem Vertrag von 1911 siehe, Riksdagstrycket 1911, prop. 224.
- 5) Vgl. Kapitel X:1.
- 6) Sv. D. 11.2.1921. Schon am 6.2. hatte G. Cassel in Sv.D. behauptet, die Pariser Konferenz würde diese Folgen haben.
- 7) T. Höjer an von Essen, Berlin, 11.2.21, UD:s arkiv vol. 993, III. Das man sich auf deutscher Seite wohl bewußt war, daß Schweden seine Zölle nicht festlegen lassen wer-

de, geht aus der Antwort des AA vom 6.1.21 auf die Forderung des Verbandes Keramischer Werke vom 3.1.21 hervor, daß die Zölle festgelegt werden sollten. AA 65579, Bl. 8, ZSA I.

- 8) T. Höjer an E. Palmstierna, London, 11.2.21, UD:s arkiv, vol. 993, III.
- 9) Am 7.2. bat die Delegation die Regierung um Anweisungen. Dies geschah in einem "VPM angående modusvivendiavtalet med Tyskland." Die Antwort der Regierung bedeutete im großen und ganzen eine Bestätigung der Gesichtspunkte, die dort vorgebracht wurden. UD:s arkiv, vol. 2427, IV. Vgl. auch V.P.M. (Höjer) 13.3.21, vol. 2427, V, RA.
- 10) VPM (Höjer) 9.2.1921. Anweisungen zu solch einer Ratifizierungsklausel wurden Vennersten am 10.2. 21 gegeben, UD:s arkiv, vol. 2427, IV.
- 11) Auch die anderen skandinavischen Länder machten Vorbereitungen auf Vorbehaltsklauseln in ihren Handelsverträgen. So teilte die norwegische Gesandtschaft am 30.12.20 mit, daß Außenministerium habe vor, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich zu versuchen, eine solche Klausel eingearbeitet zu bekommen. Am 9.2.21 teilte die schwedische Regierung den Norwegern mit, der schwedische Vorschlag eines Modusvivendivertrags mit Deutschland enthalte eine solche Klausel. Am 25.2. teilte die dänische Gesandtschaft mit, man habe vor, Spanien einen Modusvivendivorschlag mit ähnlicher Vorbehaltsklausel wie der, die Schweden in seinem Vorschlag an Deutschland gemacht hatte zu machen. UD:s arkiv, vol. 2123, I-II.

X.3 Die Berichterstattungen und Vorschläge der deutschen Gesandtschaft in Stockholm

- 1) Vgl. Östlind, S. 404 ff. Bericht Nadolnys, Stockholm an AA 29.10.20, RWM 2844, Bl. 306-310.
- 2) Bericht Blomeyers, Stockholm an RFM 29.10.20, ebd., Bl. 318-319.
- 3) Berichte Blomeyers 16.11., Bl. 329-330 und 16.11., Bl. 333-335, ebd.
- 4) Bericht Nadolnys 8.12.20 an AA, ebd., Bl. 383-389. Bericht Blomeyers an RFM 1.12.20, ebd., Bl. 390-391.
- 5) Blomeyer 8.1.21 an RFM, RWM 2844, Bl. 406. In der Anlage Schreiben der Außenhandelsstelle.
- 6) Blomeyer 15.2.21 an RFM über die Konferenz beim Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung 15.1.21, AA 67001. Kurz danach, am 26.1., hielt Ernst Trendelenburg einen aufsehenerregenden Vortrag in der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin über das Thema "Weltwirtschaftskrise und Außenhandel." Trendelenburg war davon überzeugt, daß in der Exportpreisfrage etwas getan werden mußte. Er warnte nachdrücklich vor den gefährlichen Reaktionen, die die deutsche Währungspolitik mit ihren niedrigen Preisen im Ausland gegen Deutschland hervorrief. Trendelenburg meinte, es stünden Deutschland zwei Mittel zur Verfügung, die Exportpreise den inneren Prei-

sen und dem Kurs der Mark anzupassen: also Preiskontrolle und Exportgebühren. Ernst Trendelenburgs Vortrag "Weltwirtschaft und Außenhandel", S. 27, R 13 I/196, BA.

- 7) Telegramm 24.1.21 von Nadolny an AA, AA 64736, Bl. 273.
- 8) Vgl. Blomeyers Bericht 15.2.21.
- 9) Reichert nahm auf einer Vorstandssitzung des VdESJ und des RdI am 22.2.21 eine positive Haltung gegenüber dieser Art von Verhandlungen ein. "Das Wichtigste ist nun, daß neben diesen Regierungsverhandlungen / d.h. Handelsvertragsverhandlungen / einhergehen sollen Privatverhandlungen zwischen den beteiligten Arbeitnehmer- und Industrieorganisationen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie ist von dem schwedischen Bruderverein aufgefordert worden, die zahlreichen Klagen über die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen in einer kleinen Sachverständigenbesprechung durchzuberaten ...". In welchem Ausmaß solche Verhandlungen wirklich geführt wurden, ist nicht festzustellen. "Sitzung des Hauptvorstandes des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller und des Ausschusses der Fachgruppe der eisenverarbeitenden Industrie, Dienstag, den 22. Februar 1921, Berlin," R 13 I/159, BA. (SI=Verband der schwed. Industrie)
- 10) Östlind, S. 499.
- 11) Berichte von Nadolny an AA 22.12.20, 5.1.21, 18.1., 21.1., 26.1., AA 64736.
- 12) Nadolnys Bericht an AA 5.1.21, ebd., Bl. 224-225.
- 13) Nadolnys Bericht 31.1.21 an AA, ebd., Bl. 319-320.
- 14) Nadolnys Bericht an AA 5.9.20, ebd., Bl. 111-113.
- 15) Nadolnys Bericht an AA 16.2.21, AA 64075, Bl. 85. Nadolny wiederholte seine Auffassung in einem ausführlichen Kommentar des schwedischen Vorschlags am 19.2., ebd, Bl. 118-122. Siehe auch Bericht vom 17.8.20, AA 65437, Bl. 31-33

X.4 Vorschläge des Deutschen Industrie- und Handelstags

- 1) Schreiben mit Wünschen kamen von u.a. dem Verein Deutscher Fahrrad-Industrieller e.V., dem Verband Keramischer Werke, 3.1.21, 24.1.21, der Vereinigung der Fabrikanten und Großhändler optischer Artikel e.V. 28.1., dem Verband der Uhrenindustrie und der verwandten Industrien des Schwarzwaldes e.V. 26.1., der M. Voigt Maschinenfabrik, Heidenheim, 19.1., Schreiben Bayerischer Bevollmächtigter, von der Handelskammer in Ober-Frankenh 10.1., in Regensburg 19.2., in Frankfurt a.M. 21.1., in Reutlingen 24.1., in Hamburg 4.2., in Sachsen 5.2., in München 5.2., in Hannover 8.2., in Braunschweig 24.2., in Dresden 22.2. Alle im AA 65579. Eine Zusammenstellung der Wünsche auch von anderen, siehe "Vorschläge deutscher Interessenten-Kreise zur Neuregelung der deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen", AA 64075, Bl. 2.
- 2) Die sächsische Handelskammer polemisierte gegen Max Schneiders (RdI) Behauptung auf der Sitzung 14.1.21 (siehe folgenden Abschnitt), daß Schweden bezüglich der Pflastersteine kein Interesse am deutschen Markt mehr

habe. Schreiben der sächsischen Handelskammer 5.2.21. Vgl. auch Schreiben des sächsischen Wirtschaftsministeriums an AA 22.2.21, AA 65579, Bl. 135, ff und Schreiben der Firma G. Kurath Granitwerke 3.5.20, das die Wut der sächsischen Steinindustrie über den Vertrag im März 1920 ausdrucksvoll zeigt, ebd., Bl. 143.

- 3) Carl Bähret, Institutionalisierte Einflußwege der Verbände in der Weimarer Republik, S. 222 ff in Heinz J. Varein (Hrsg) Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973.
- 4) Schröter, S. 4.
- 5) Siehe Bähret.
- 6) In der Einleitung zu den Akten in BA für DIHT heißt es: "Allgemein kann gesagt werden, daß in der Weimarer Republik die Wechselbeziehungen zwischen den staatlichen bzw. politischen Zentralinstanzen einerseits und dem Industrie- und Handelstag andererseits sich enger gestalteten als in der Zeit vor 1918. Die Kontakte waren häufiger, die Einflußnahme unmittelbarer, z.B. statt umfangreicher gedruckter Denkschriften nunmehr der prägnante persönliche Brief an den Reichskanzler und die Reichsminister, und die gegenseitige Abhängigkeit kam deutlicher ins Bewußtsein." (S. VII). Leiter des DIHT war Franz von Mendelsohn. Frühere Bankiers in der Führung waren Hansemann und Kaempf.
- 7) "Entschliessungen auf der Sitzung des Deutschen Handels- und Industrietages im Februar 1921", AA 65579, Bl. 48, auch AA 64075, Bl. 1.
- 8) Schreiben der Handelskammer in Frankfurt a.M. 21.1.21, AA 65579, Bl. 34.

X.5 Vorbereitungen der deutschen Schwerindustrie und des Reichswirtschaftsministeriums

- 1) "Niederschrift über die Besprechung des Reichswirtschaftsministeriums mit Vertretern des Reichverbandes der deutschen Industrie und der Großisenindustrie am 8. Januar 1921 in Essen über Fragen der Brüsseler Verhandlungen," AA, W Rep. Bd. 2, PA. Vgl. Kap. VIII:4.
- 2) Unmittelbar nach dem Krieg wurde die Rohstoffversorgung Gegenstand großer Besorgnis für die deutsche Führung. Im RWM wurde im Februar 1919 eine "Dringlichkeitsliste" über den Import notwendiger Rohstoffe und Lebensmittel verfertigt. Daraufhin erhielt der Eisenerzimport einen Platz in der wichtigsten der vier Gruppen, in die die Dringlichkeitsliste eingeteilt war. Vgl. "Akten betreffend Dringlichkeitsliste der deutschen Einfuhrbedürfnisse in Rohstoffen und Nahrungsmitteln für die ersten beiden Friedensjahre," RWM 200, ZSA I.
Stapper S. 92 ff. Da Frankreich auf Luxemburg Druck ausübte, hatte dies nur eine begrenzte Ausfuhr nach Deutschland. "Infolgedessen sah sich die deutsche Industrie zu einer Umstellung ihrer Erzversorgung gezwungen. Der Ausfall konnte zwar zunächst durch die Vorräte der Hütten an Erzen und Minetten sowie durch erhöhte Verwendung von Schrott im Hochofen ausgeglichen werden. Ein anderer Teil

des Ausfalls wird durch verstärkte Inanspruchnahme des deutschen Erzbergbaus gedeckt, von dem z.B. der Ilseder Bergbau die Förderung seiner Erze von monatlich 50 000 t. auf monatlich 72 000 t. steigert. Von ausschlaggebender Bedeutung mußte indes die erhöhte Einfuhr aus dem übrigen erzfördernden Ausland, vor allem aus Schweden sein." Stapfer, S. 93.

- 3) "Aufzeichnung über die Besprechung im Auswärtigen Amt am Freitag, den 14. Januar", AA Büro RM 5a, Bd. 3, PA.
- 4) Schreiben des VdESJ (Steinbruch), 21.12.20 und 6.1.21, an das AA, AA 65579, Bl. 9-12, ZSA I. und "Hauptgesichtspunkte, die für das zu schließende Wirtschaftsabkommen mit Schweden in Frage kommen," ebd.
- 5) Über die Sitzungen liegen drei verschiedene Aufzeichnungen vor: "Niederschrift über die im Reichswirtschaftsministerium am 14. Januar 1921 stattgefundenе Vorbesprechung", AA 64736, Bl. 275-283, "Aufzeichnung über die Besprechung im Reichswirtschaftsministerium ... am 14. Januar 1921", ebd. Bl. 206-207, samt "Vermerk" 17.1.21, RWM 4646, Bl. 36, ZSA I.
- 6) Dieser Eindruck wurde dadurch verstärkt, daß der "Verband zur Förderung des deutschen Außenhandels - Handelsvertragsverein" nicht einberufen wurde. Dieser protestierte in einem scharfen Schreiben vom 26.1.21 an das Auswärtige Amt, als es dem Verein - trotz Geheimerklärung nicht nur des Inhaltes, sondern auch der Sitzung selbst - zur Kenntnis gekommen war, daß eine solche stattgefunden hatte. Schreiben vom 26.1.21 des Verbandes zur Förderung ... (Bergius) an Leg. Rat Jena, AA, AA 65579, Bl. 27-29.
- 7) Feldman (1977), S. 202 f.
- 8) Schreiben, 22.1.21, der August Thyssen-Hütte an den Reichskommissar für die Erzversorgung, RWM 4646, Bl. 40-41, Anlage: "Export der August Thyssen-Hütte: Schweden-Verträge", ebd, Bl. 42-46, "Absatzmöglichkeiten für Schwedenerze," von Hiby ausgearbeitet, Dat. 25.1.1921, ebd, 47-54.
- 9) Vgl. Kap. VII:4.
- 10) Schreiben des RWM: II:7 (Reg. Rat Imhoff) vom 28.1.21 an RWM, IV:B, RWM 4646, Bl. 38.
- 11) Erich Eyck, S. 230; Zimmermann, S. 92 ff.
- 12) Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes des VdESJ vom 22.2.21. R. 13 I / 159 BA; Feldman I, S. 348 ff; Jacques Bariéty, (1974) S. 552-568 und Georges Soutou, (1974) S. 543-551.
- 13) Protokoll der Sitzung im RWM, 15.2.21, AA 64075, Bl. 87-94. Anwesenheitsliste fehlt, aber folgende Personen nahmen an der Diskussion teil: Min.Rat Sjöberg, (RWM) Vorsitzender, Reg. Rat Imhoff (RWM:II:7), ein "Vertreter des AA", Reichskommissar für die Erzversorgung Hiby (RWM), Reg. Rat Fahrenhorst (Phoenix A.G.) Dir. Rabes (Thyssen), Assessor Wenzel (Deutsch-Lux.), Dir. Benjamin (Rawack u. Grünfeld), Dir. Schwabroch (Nordisches Erzkontor), Dr. Fellingner (Siemens-Halske. F. war auch Reg. Rat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe), Dr. Schneider

(RdI). Es ist nicht sicher, ob Förster (Krupp) auch anwesend war. Jedenfalls wurde er zu einem der vier Sachverständigen gewählt. Laut Einberufung war auch Hugo Stinnes eingeladen.

- 14) "Besprechung im Auswärtigen Amt am 19. Februar 1921 über schwedischen Handelsvertrag mit Ressorts und Erzinteres-senten", AA 64075, Bl. 95-104. Vgl. Schröter, S. 160 f.
- 15) Besprechung im AA am 19.2.21, ebd.

XI Die Verhandlungen zwischen Schweden und Deutschland über einen Modusvivendivertrag. Die Sanktionen der Alliierten und der Abbruch der Verhandlungen

XI.1 Die Berliner Verhandlungen vom 12. bis 28. Februar 1921

- 1) Von den Sitzungen mit den Delegationen gibt es vom AA, Abteilung IV, geführte Protokolle über die Debatte. AA 64075, ZSA I. Die meisten der Protokolle wurden in Abschrift an Nadolny nach Stockholm geschickt. Sie werden im Gesandtschaftsarchiv, Stockholm, verwahrt II A 5, Bd. 3, PA.
- 2) Die schwedischen Unterhändler wurden am 4.2.21 ernannt, Bd. 2427, IV. Über ihre Personalien siehe "Utrikesdepartementets kalender 1919-1920" und "Svenska män och kvinnor." Stockholm 1948.
- 3) von Essens Brief vom 8.7.21 an T. Höjer, Stockholm, T. Höjers samling, UUB.
- 4) Sten Westerbergs Brief 5.3.21 an T. Höjer, UD:s arkiv, vol. 2427, V.
- 5) Vgl. Doss, passim.
- 6) "Svenska män och kvinnor; Teknologföreningens förteckning över medlemmar 1861-1936, I-II." Über Westerbergs spätere Mitwirkung, vgl. S.A. Söderpalms, Direktörsklubben, passim.
- 7) Dillners Brief, 4.3.21, an Vennersten, "Privata brev 1905-1923", GCA.
- 8) Vgl. Protokolle im AA 64075, ZSA I. Fredrik Sjöberg war ein Verwandter von Erik Röing.
- 9) ebd.
- 10) Am 15. Februar teilte Vennersten Höjer telephonisch mit, daß er den Vorschlag machen würde. Am gleichen Tag unterrichtet Höjer Wrangel in dieser Angelegenheit. In dem Telegramm von Wrangel wurde der Delegation die Vollmacht gegeben, sich in der Frage vorsichtig zu erkundigen. Endgültige Anweisungen in diesem Punkte können unter den jetzigen Verhältnissen nicht ohne vorherige Befragung des Auswärtigen Rates gegeben werden! erklärte das Außenministerium. Bei seinem Besuch in Stockholm am 18.2. überreichte Vennersten eine Denkschrift über diese Angelegenheit. Am gleichen Tag erhielt die Delegation telegraphisch neue Anweisungen. V.P.M. 15.2. (Höjer) Telegramm an von Essen, vol. 2427, IV.
- 11) Solche waren in die provisorischen Handelsverträge mit

der Tschechoslowakei und Österreich angenommen worden.

- 12) Telegramm am 23.2. von von Essen, Berlin an UD, Stockholm, vol. 2427, IV, RA. Über die deutsche Haltung, siehe "Anmerkungen des Herrn Ministerialdirektors von Stockhammern zum schwedischen Vertragsentwurf", und Äußerung von Behrendt in der Sitzung im AA am 15.2.21, AA 64075, Bl. 54-55 und Bl. 62, ZSA I.
- 13) Aus dem Kommentar des Protokolls: "Eine Kontingentliste unter dem Grundsatz der Meistbegünstigung sei vollkommen ausgeschlossen, da in diesem Fall die Entente das Recht haben würde auch für sich Kontingente zu verlangen. Völkerrecht begreift dies augenscheinlich nicht", läßt sich eine gewisse Resignation erahnen.
- 14) Diese Formulierung war bei der Kündigung gebraucht worden um diese zu begründen.
- 15) "PM angående malmfrågan och Grängesbergsbolagets önskemål om densamma," von Westerberg, am 16.2. in Berlin datiert, vol. 2427, IV. Darin gibt es keine Erklärung darüber, wer die Wünsche der TGO vorgetragen hat, aber es ist nicht zu verkennen, daß Forsgrén die gewünschten Auskünfte geliefert hat. Vgl. Dillners Brief 4.3.21 Anm. 7.
- 16) Es besteht eine direkte Übereinstimmung zwischen der Denkschrift und dem UD-Telegramm über die aktuelle Behandlung der Eisenerzfrage. Westerberg hatte hervorgehoben: "Weiterhin wäre es äußerst wünschenswert, wenn auf irgendeine Art und Weise angedeutet werden könnte, daß die Thyssenfrage bei dem Abschluß des Modusvivendivertrages Schwierigkeiten bereitet hat und noch bereitet." Im Telegramm vom 24.2. gibt Wrangel in der Eisenerzfrage folgende Anweisung: "In der Eisenerzfrage sollten Sie den Betreffenden mitteilen, daß die Regierung noch keine Gelegenheit gehabt hat, zu der Frage der Deutschen - ob der Vertrag Garantien gegen Differenzialbehandlung in der Eisenerzpreisfrage gäbe - endgültig Stellung zu nehmen. Dabei sollte auch einer der Delegierten die Deutschen nebenher wissen lassen, daß keine Antwort in der Frage zu erwarten sei, bevor nicht die Verhandlungen zwischen Grängesbergsbolaget und Thyssen zufriedenstellend abgeschlossen worden seien."
- 17) Vgl. das Protokoll 23.2.21, AA 64075, Bl. 139-141, ZSA I.
- 18) Am 23. Februar hatten von Essen und Völker "eingeheende, private Gespräche mit Stockhammern," Telegramm (Chiffre Nr. 24) von Hans von Essen an UD, vol. 2427, IV.
- 19) vol. 2427, IV, UD:s arkiv.
- 20) ebd.
- 21) Telegramm von Wrangel (Chiffre Nr. 21) an von Essen, ebd.
- 22) Telegramm 25.2.21 (v. Essen) an UD, ebd.
- 23) Protokoll der Sitzung vom 23.2. Telegramm von von Essen an UD 23.2., 24.2., 25.2.21, UD:s arkiv, vol. 2427, IV, RA.
- 24) Brief von Scholz an AA 24.2.21, AA 64075, Bl. 181-182, ZSA I.

- 25) Protokoll 25.2.21, AA 64075, Bl. 175-176, ZSA I; Notiz, Rep. 120, XIII 7 1a, Bd. 10, Bl. 215, ZSA II.
- 26) "Vermerk über die Ressort-Besprechung im AA vom 15.III. betr. Schweden," Rep. 120, XIII 7 1a, Bd. 10, Bl. 234, ZSA II.
- 27) Protokoll der Sitzung im AA vom 28.2.21, AA 64075, Bl. 185, ZSA I. "Notiz über die Beratung mit den Schweden im AA vom 28.2.21", Rep. 120, XIII 7 1a, Bd. 10, Bl. 217, ZSA II.

XI.2 Reaktionen in Stockholm

- 1) Vgl. Erik Lönnroth S. 10 f, RF 1809, § 12, § 54. Über die Zusammensetzung des Rates, siehe UD:s arkiv, vol. 2.
- 2) Protokoll der Sitzung des Außenpolitischen Rates 4.3., auch Anlage B, "Carl Sandgrens stenografiska anteckningar från sammanträden med utrikesnämnden," Sitzung 4.3.21, UD:s arkiv. Anwesend waren u.a. außer Gustav V, Trygger, Swartz, Möller, Wohlin, Branting, Lindman, Edén, Thorsson.
- 3) Die Zugeständnisse galten u.a. den Einwanderungsvorschriften, der Wiedereinführung des alten Artikels 21 (der Vertrag sollte auch für die Gebiete gültig sein, mit denen Deutschland eventuell in Zollunion gehen würde) der Doppelbesteuerung, der Wiedereinführung der Vorschriften für Handelsreisende und für Waren, die Arsen enthielten, aus dem alten Endprotokoll. Vgl. Pro Memoria 8.3.21, UD:s arkiv, vol. 2427, V.
- 4) Westerbergs Brief an Höjer 5.3.21. Westerberg behauptet, den Brief zu schreiben "auf Aufforderung des Herrn Doktor hin während unseres gestrigen Gesprächs." UD:s arkiv, vol. 2427, V. 2bd.
- 5) Dillners Pro Memoria mit dem vollständigen Titel "PM till Direktör Axel Vennersten angående frågan "Thyssen", "ist nicht unterschrieben. Harm Schröter hält es für selbstverständlich - ohne die Ursachen dazu näher anzugeben - daß es von T. Höjer geschrieben wurde. "In einem vertraulichen Pro Memoria zur "Thyssen-Frage" formulierte Höjer aus dem schwedischen Außenministerium (UD): Dieser eigentümliche Zufall einer Einigkeit zwischen dem Staat und der Grängesbergsgesellschaft ... kann somit intensiv ausgenutzt werden." Schröter, S. 137, Daß das Pro Memoria von der TGO herrührt, geht aus Dillners Brief an Axel Vennersten hervor. Stockholm, 4.3.21. GCA, Private Briefe 1905-1923. Das Pro Memoria läßt also keine Schlußfolgerungen über die Haltung des Außenministeriums zu. Das Pro Memoria in vol. 2427, V.
- 6) "PM 8.3.21" over statsrådsberedning 5.3.21, ebd.

XI.3 Die Entwicklung in Berlin

- 1), Von den deutschen Befürchtungen zeugt u.a. die Tatsache, daß die deutsche Regierung am 1.3. "Richtlinien für den Fall der Besetzung weiteren deutschen Gebiets" herausgab. AdRK, K.F. Dok. 186, S. 500 f. Die Drohung vom 3.3., die Sanktionen durchzuführen, steigerte natürlich die Angst vor solchen Eingriffen. Vgl. ebd. S. 506 f.

- 2) Im Archiv des Preußischen Handelsministerium Rep. 120, C XIII, 71a, Bd. 10, Bl. 219, ZSA II gibt es ein Schreiben von Fellinger an den Minister für Handel und Gewerbe vom 5.3.21 über das Ergebnis der Beratung mit den Interessenten. Da heißt es: "In der gestern, am 4. März, im R Wi Mi abgehaltenen Beratung mit Interessenten über unser Verhalten gegenüber Schweden in der Erzfrage wurdeüberwiegend der Wert der erreichten Meistbegünstigung anerkannt." Nachdem man "den Erzleuten" die Auskunft erteilt hatte, daß eine Bearbeitung Thyssens keine Veränderung zur Folge haben könne, da die schwedische Regierung schon zweimal den Vorschlag zurückgewiesen habe, Garantien im Austausch von Zugeständnissen von Thyssen zu leisten, wurden auf der Beratung keine Einwände mehr erhoben gegen einen Vertrag ohne Garantien. Vgl. auch Telegramm vom 5.3.21 (v. Essen) an UD, vol. 2427, V. Es gibt auch einen Bericht im AA 64075, Bl. 202, wovon es im Archiv des preußischen Handelsministeriums eine Abschrift gibt und im AA 64075, Bl. 250. Nach dem Bericht der vom Vertreter Hamburgs in Berlin (5.3.) geschickt wurde, scheint auch Schoenebeck einen Vertrag als den einzigen Ausweg angesehen zu haben. Schröter, S. 31.
- 3) Scholz' Schreiben, 5.3.21, an den Reichsaußenminister Simons, AA 64075, Bl. 204 f.
- 4) Schreiben des Preußischen Handelsministers an das AA, 5.3.21, AA 64075, Bl. 202, "Niederschrift über die Ressort-sitzung, ... 7. März 1921," "Vermerk über die Beratung im AA vom 7. März 1921 betr. Verhalten gegenüber Schweden," Rep. 120, XIII, 71a, Bd. 10, Bl. 224.
- 5) Brieffelegramm des RWM an das AA 7.2.21, AA 74075, Bl. 207-208; dgl. 9.3.21, ebd, Bl. 209-211; "Niederschrift über die Ressortsitzung im Auswärtigen Amt am 7. März 1921," ebd, Bl. 209-211.
- 6) Telegramm von Hans v. Essen, Berlin 10.3.21 an UD, UD:s arkiv, vol. 2427, V.
- 7) Telegramm (Chiffre 34) von Hans v. Essen 10.3.21 an UD, ebd. v. Essen gab nicht an, welche außenpolitischen Folgen ein vertragsloser Zustand haben könnte.

XI.4 Der schwedische Beschluß, den Modusvivendivorschlag zurückzuziehen

- 1) Über die Londoner Konferenz, siehe die Einleitung von Peter Wulf in den Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Fehrenbach; Zimmerman S. 95 ff; Peter Wulf, S. 253 ff; siehe auch die Dokumentensammlungen AdR, KF und DBFP, vol. XV.
- 2) Marschall Foch erklärte auf einer Sitzung am 2.3.21 in London, Duisburg sei das Gibraltar des Kohlenhandels. Die Besetzung der 3 Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort "would place in the Power of the Allies both the control of coal going to South Germany and of that proceeding to the occupied areas, with a view, in case of the latter areas, to ensuring sufficient supplies." DBFP, vol. XV, doc. 29, S. 243 ff. Die Forderung nach Besetzung der drei deutschen Städte war auf der Konferenz vor allem von den Franzosen gestellt worden. Daß sich die Aktion im März

21 auf die drei Ruhrstädte beschränkte, beruhte auf den Engländern. Französischerseits hätte man am liebsten das ganze Ruhrgebiet besetzt. Andererseits machten die drei Städte bedeutende Schlüsselstellungen aus. Von dort aus konnte man den wichtigen Kohlen- und Erzverkehr auf dem Rhein kontrollieren.

- 3) DBFP, vol. XV, doc. 28, S. 228 ff.
- 4) Dohrmann, S. 48 und S. 55. So wurde die Maßnahme auch von den deutschen Industriellen aufgefaßt. Vgl. Versammlung des Hauptvorstandes des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industriellen, 6.5.21, R 13 I / 159, Bd. 13, BA. Siehe auch R 13 I / 96 Hauptvorstandssitzung 6.5.21.
- 5) "Skizze der Besprechung vom 3.3.1921 abends", NL Stresemann 7003 H / Bd. 237, PA.
- 6) DBFP, vol. XV, doc. 47, S. 341.
- 7) Telegramm vom 8.3.21 der schwedischen Gesandtschaft in London (Palmstierna) an UD, angekommen 8.3.21 im UD, UD:s arkiv, vol. 994 V; Bericht (Nr. 167) 8.3.21 der schwedischen Gesandtschaft (Palmstierna) an UD, ebd.
- 8) Telegramm (Chiffre 39) 10.3.21 von Palmstierna an UD, ebd.
- 9) Schreiben des UD (Wrangel) an Beskow und Malm, Stockholm 9.3.21. Am Tag vorher hatte Höjer in einem internen Schreiben die gleichen Gesichtspunkte dargelegt. Ebd.
- 10) Schreiben vom 10.3.21. Darauf ist mit Bleistift verzeichnet "Föredragen i beredning 12/4 21" (falsches Datum. Das richtige Datum muß der 12.3. gewesen sein.) Vgl. Brief von Höjer an F. Ramel, Kristiania 16.3.21, ebd.
- 11) Vermerk im AA / IV NO 11.3.1921, AA 64075, Bl. 217 f.
- 12) Wulf, S. 256 ff. Vgl. Bericht (Nr. 151) an UD 19.3.21 von der schwedischen Gesandtschaft in Berlin (von Essen), UD:s arkiv, vol. 995, VII.
- 13) Brief O. Wiedfeldts an Stresemann 10.3.21, NL Stresemann 7003 H / H 237.
- 14) "Aufzeichnung" 12.3.1921, AA 64075, Bl. 220, ZSA I.
- 15) Brief Höjers an F. Ramel, Kristiania 16.3.21, UD:s arkiv, vol. 994.
- 16) Protokoll von der Sitzung des Vertragsausschusses vom 12.3.21. Anwesend waren u.a. die Unterhändler Vennersten und Westerberg, Ttk:s arkiv, vol. 44.
- 17) Telegramm (Chiffre 26) Wrangels, UD an von Essen, Berlin 12.3.21, UD:s arkiv, vol. 2427, V.
- 18) Protokolle des Auswärtigen Rates 1921-1924, Sitzung 14. 3.21, Carl Sandgren, Stenografiska anteckningar från sammanträden med utrikesnämnden 1920-1930, Arvid Lindmans Aufzeichnungen von den Sitzungen des Auswärtigen Rates des Reichstags 4. und 14.3.21 in "Utrikesnämnden 1921-1922" in Arvid Lindmans samling, vol. 16, RA.
- 19) Brief Wrangels an von Essen 21.3.21, UD:s arkiv, vol. 2427 V. Telegramm Nadolnys an AA 14.3.21, AA 64075, Bl. 225.

- 20) Bericht (Nr. 141) 17.3.21 der Gesandtschaft in Berlin (von Essen) an UD Stockholm, UD:s arkiv, vol. 2427, V.
- 21) Vgl. Verbalnote vom 15.3.21, von Hans von Essen, am 15. 3. dem AA übergeben und Instruktion für v. Essen von der schwedischen Regierung am 14.3.21, vol. 2427, V.
- 22) "Aufzeichnungen über die Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt am 15. März 1921," AA 64075, Bl. 241, ZSA I.
"Vermerk über die Ressortbesprechung im AA vom 15. III betr. Schweden," Rep. 120, CXIII 7 1a, Bd. 10, Bl. 234, ZSA II. Teilnehmer der Verhandlungen waren Vertreter des AA, RVM, RFM, REL, Pr. MHG.
- 23) Telegramm der deutschen Gesandtschaft in Stockholm (Nadolny) 16.3.21 an AA, AA 64075, Bl. 243-245, ZSA I.
- 24) Telegramm des AA an die deutsche Gesandtschaft in Stockholm 18.3.21, AA 64075, Bl. 247, ZSA I.
- 25) "Vermerk (Fellinger) über eine Besprechung 19.3.1921 im AA über die in Zukunft Schweden gegenüber einzuschlagende Politik," Rep. 120 CXIII 7 1a, Bd. 10, Bl. 239, ZSA II, "Aktenvermerk 19. März 1921", AA 64075, Bl. 260. Anwesend waren Vertreter des AA, RVM, RFM, RVM, REM, Pr. MHG. Das Ergebnis wurde den Gesandtschaften am 23.3.21 per Telegramm mitgeteilt, AA 64075, Bl. 261. Unter den Akten AA 64075 befindet sich auch ein Bericht Min.Dir. Behrendts angesichts der Ressortsitzung über die Entwicklung der Verhandlungen nach dem 26.2.. Deutscherseits beurteilte man die Situation so, daß man zu einem schwedischen Vorschlag über einen provisorischen Vertrag ohne Meistbegünstigung Stellung nehmen mußte. "Zur Ressortsitzung vom 19.3.1921," AA 64075, Bl. 254-256.
- 26) Deutsche Verbalnote an die schwedische Regierung 19.3.21 und schwedische Antwort darauf 22.3.21, AA 67004, Bl. 33-34, ZSA I. Eine kurze Mitteilung über den vertragslosen Zustand wurde am 17.3.21 in der Vossischen Zeitung gemacht. (Nr. 128).
- 27) Bericht (v. Essen) an Wrangel 4.4.21, vol. 2427, V.

XI.5 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

- 1) Hesse, S. 26.
- 2) Schröter konkludierte: "Innerhalb Deutschlands hatte die Schwerindustrie einmal mehr ihre einflußreiche Stellung bewiesen ..." (S.32)

XII. Schwedische Reaktionen und Bemühungen gegen die Sanktionen der Alliierten

XII.1 Reaktionen in der schwedischen Presse auf die Sanktionspolitik

- 1) SocD 4. März 1921
- 2) Arb. 5. März 1921
- 3) GHT 4. März 1921
- 4) NDA 4. März 1921. Von deutscher Seite wurde in Schweden eine zielbewußte Propaganda gegen die Anwesenheit farbi-

ger Truppen im Rheinland geführt. Dr. Stieve, der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft berichtete am 13. Juni 1920 nach Berlin, die bisher wirkungsvollste Propaganda gegen die farbigen Truppen in den schwedischen Zeitungen würden jetzt aus Angst der Schweden, bei der Entente Anstoß zu erregen und mit Rücksicht auf die A^olandfrage verhindert. Stattdessen habe er andere Mittel versucht. Er habe sich des "Folkteater" in Stockholm und dessen Sommerrevue bedient. Er habe mit Hilfe von 2500 Skr., denen "eventuell noch kleinere Nachzahlungen folgen ... erreicht, daß der politische Teil des Stückes in stark deutschfreundlichem Sinn gehalten ist." U.a. enthielt die Revue ein Couplet, das sich gegen die Anwesenheit der französischen Negertruppen im Rheinland richtete, "das bei der Erstaufführung, der ich beiwohnte, stürmischen Beifall auslöste ..." Bericht der deutschen Gesandtschaft (Stieve) vom 13.6.20 an AA, AA II, Norden, Akten betr. politischer Beziehungen Schweden-Deutschland vom März 1920 bis Dezember 1929. PA.

- 5) StD 5. März 1921
- 6) DN 7. März 1921
- 7) SocD 8. März 1921
- 8) GHT 8. März 1921
- 9) DN 9. März 1921, die Signatur J. W-w unter der Überschrift "Utrikes."
- 10) GHT März 1921
- 11) SvD 13. März 1921
- 12) NDA 12. März 1921
- 13) GHT 15. März 1921
- 14) StT 9. März 1921
- 15) SvD 13. März 1921
- 16) GHT 8. März 1921
- 17) Die Interpellation wurde am 12. März vom Präsidenten der Kammer Hugo Hamilton an Wrangel geschickt. UD:s arkiv, vol. 994, V.
- 18) DN 16. März 1921

XII.2 Die Sanktionen und die skandinavische Zusammenarbeit

- 1) Note des britischen Gesandten in Stockholm 14.3.21 mit beigelegtem Memorandum, UD:s arkiv, vol. 994, IV. Auch in Ttk:s arkiv, vol. 54b, zu finden.
- 2) ebd. Note des britischen Gesandten an die schwedische Regierung 21.3. und spätere Vervollständigung dazu 24.3. in vol. 995, VII.
- 3) "VPM (von Fryxell) angående förhandlingar 17-18 mars 1921 i Köpenhamn," vol. 102 A, Ttk:s arkiv. Höjers Bericht über die Konferenz und das Gespräch mit Clan und Scavenius im "VPM", 23.3.21 in UD:s arkiv, vol. 995, VII.
- 4) In einigen Artikeln in Dagbladet vom 19.2., 22.2. und 23.2. griff Castbergs Schwägerin, die Schriftstellerin Ella

Anker, die Ministerkonferenzen, "Föreningen Norden" und dessen Vorsitzenden Throne Holst an. Auch Fridtjov Hegge von Venstre - der Vorsitzende des Verfassungsausschusses - griff "Föreningen Norden" und Throne Holst an, Verdens Gang 29.3.21.

- 5) Morgenbladet vom 1.3.21, angelegt dem Bericht nr 190 vom 1.3.21 von Ramel, Kristiania an UD, vol. 976, IV.
- 6) Bericht (184) aus Kristiania vom 28.2.21 und (191) vom 1.3.21 an UD, ebd. Das Zitat ist Bericht 191 entnommen.
- 7) Bericht (311) vom 1.4.21 von Ramel, Kristiania an UD, vol. 977, V. Schweden war Initiator der Konferenz in Kopenhagen Aug. 1920. Sandgrens anteckn. från Hemliga utsk. 1920:10
- 8) Schreiben Wrangels vom 2.4.21 an Ramel, Kristiania, ebd.
- 9) UD:s arkiv, vol. 995, VII.
- 10) ebd.
- 11) "PM beträffande Reparation / Recovering / Bill' 30 mars 1921", ausgearbeitet von Gustaf Lindahl in Ttk. Torvald Höjer per Brief an F. Ramel, Kristiania 30.3.21, UD:s arkiv, vol. 995, VII. Der Text der Bekanntgabe an Dir. Erik Nylander gerichtet, Exportföreningen, ebd. Lindahls PM in ttk:s arkiv, vol. 49
- 12) Schreiben des Gen. Konsulats 1.4.21 an Torvald Höjer, UD:s arkiv, vol. 995, VIII, Bericht (185) an UD 4.4. und (Nr. 199) 7.4.21 von Beck-Friis, Kopenhagen, Ausschnitt aus "Börsen" 1.4.21 und 7.4.21. UD:s arkiv, vol. 995, IX.
- 13) Brief Torvald Höjers 1.4.21 an R. Ramel, Kristiania, UD:s arkiv, vol. 995, VIII; Protokoll des Zoll- und Vertragskomitees vom 5.-6.4.21, Ttk:s arkiv, vol. 1.
- 14) Ebd.
- 15) Gutachten dem Protokoll vom 5.-6.4.21 beigelegt (Anlage A). Davidssons "PM beträffande i vad mån, the German Reparation / Recovery / Act' kränker Sveriges rätt att av England behandlas som mestgymnad nation" ist dem Protokoll auch beigelegt.
- 16) Das Gutachten dem Protokoll vom 5.-6.4.21 beigelegt.
- 17) Dies war im Board of Trade Journal vom 30.3.21 mitgeteilt worden.
- 18) Das Sachverständigengutachten aus juristischer Sicht über die Sanktionen wurde von Prof. Undén zusammengestellt. "PM angående German Regulation Act ur rättslig synpunkt," UD:s arkiv, vol. 996.
- 19) "Protokoll over Mødet i København den 25' og 26' April 1921 mellan de danske, norske og svenske Traktatkommissioners skandinaviske Udvalg." Dem Protokoll wurde beigelegt "Underudvalgets Argumentation i. Spørgsmaalet vedrørende, "Sanktionerne"" Ttk:s arkiv, vol. 92-93. Auch UD:s arkiv, vol. 2123, II.
- 20) Bericht der Gesandtschaft in Kristiania (Ramel) vom 20. 10.21 an UD, vol. 2123, II.
- 21) Bericht aus Kristiania (E. Liljevalch) vom 23.8.21 an UD, ebd. Schon im März 1921 war die Frage aktuell gewesen, als Michelet der schwedischen Regierung mitgeteilt

hatte, Norwegen habe in seinem Handelsabkommen mit Frankreich die Klausel so ausgeformt, daß auch Finnland darin einbegriffen sei. Michelet hatte jedoch versichert, in weitem Verträgen, die abgeschlossen werden würden, würde die Klausel nur Schweden und Dänemark umfassen. Schreiben Wrangels vom 6.9.21 an Malm, Antwort vom 20.9.21, ebd.

- 22) Schreiben der norwegischen Gesandtschaft in Stockholm an UD vom 23.9.21, ebd. Im Schreiben an Sydow vom 27.9.21 erklärte Höjer, Maseng habe per Brief mitgeteilt, er gehöre nicht zu der Delegation, die die Regierung in Norwegen ernennen wollte. Höjer kommentierte: "Diese hat eine gewisse diplomatische Bedeutung, da Herr Maseng eines der Mitglieder des aufgelösten Komitees gewesen ist, mit dem man schwedischerseits am liebsten zusammengearbeitet hat." Maseng gehörte zwar zur neuen Delegation aber nicht mehr als Vorsitzender. Mitteilung der norwegischen Gesandtschaft vom 7.11.21. Bei einem Treffen zwischen Raestad und Ramel im Oktober erklärte der letztere, "daß die Auflösung des norwegischen Vertragskomitees und besonders des skandinavischen Ausschusses möglicherweise dazu bestimmt sei, in Dänemark und Schweden Verstimmung hervorzurufen". Bericht aus Kristiania (Ramel) 18.10.21 an Ministerpräsident Branting. Ebd.
- 23) Berichte des Gesandten in Kristiania vom 30.11.21 und 22.2.22, ebd. "Protokoll över mötet i Kristiania den 13-14 oktober 1922 mellem delegerte fra Norge, Danmark, Island og Sverige angående samarbeidet på det økonomiske område", Ttk:s arkiv, vol. 92-93, Dossier: "Officiella Protokoll". Siehe auch Protokolle der Sitzungen des skandinavischen Ausschusses vom 6.10.22, 10.10.22 und 20.10.22 (die beiden letzteren nicht genehmigt) ebd. Dossier: "Skandinaviska avdelningen. Protokoll".

XII.3 Schwedische Versuche, die Unterstützung der neutralen europäischen Kleinstaaten für eine Demarche in London zu gewinnen

- 1) "PM i anledning av Tysklands "Denkschrift" rörande de av England, Frankrike och Belgien i mars 1921 vidtagna sanktionsåtgärderna mot Tyskland." Nadolny überreichte am 21.3. eine Abschrift der betreffenden Denkschrift an UD. UD:s arkiv, vol. 994 VI und 995, VII. Siehe auch AdR, KF, Dok. 201.
- 2) Auszug aus Briefen des Leg. Sekr. Å. Hammarskjöld an den Gesandten Adlercreutz, Zürich, den 18. und 25.3.21, von Adlercreutz auf Wunsch in einem Brief 1.4.21 an UD gesandt. UD:s arkiv, vol. 994, VI. Hammarskjöld hatte selbst Höjer in einem Brief 26.3. auf seine Korrespondenz mit Adlercreutz aufmerksam gemacht. "Es war natürlich nicht beabsichtigt, daß sie bei ihm bleiben sollte, aber nachdem, was er mir heute telephonisch mitteilte, hat er sie nicht weitergeleitet." Höjers samling, kapsel 14, UUB.
- 3) "VPM" von Torvald Höjer 3.5.21, UD:s arkiv, vol. 996, XIII.
- 4) Zitiert nach Herbert Tingsten, Svensk utrikesdebatt mel-

lan världskrigen, S. 109. Auflage von 1964. (Vom Übersetzer ins Deutsche übertragen).

- 5) "PM i anledning av Tysklands "Denkschrift" ... 25.3.21 von E. Marks von Württemberg, UD:s arkiv, vol. 995, VIII.
- 6) Brief Leg. Sekr. Å. Hammarskjöld an den Gesandten Adlercreutz, Datum, Genève 18.3.21, UD:s arkiv, vol. 994, VI.
- 7) Der Text zu der beabsichtigten Note ist in UD:s arkiv, vol. 995, X, zu finden.
- 8) Schreiben des UD 12.4.21, ebd. Dieses Schreiben wurde auf Grund der Stellungnahme des Auswärtigen Rates des Reichstags zu dieser Frage nicht abgeschickt.
- 9) Protokoll der Sitzung des Auswärtigen Rats des Reichstags 12.4.21 Utrikesnämndens protokoll 1921-1924. Während der Debatte äußerten sich außer dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister auch Trygger, Hamilton, Wohlin, Swartz, Lindman, Branting, Edén, Möller, Thorsson, Alexanderson, Svensson und Magnusson. Die Anzahl der Diskussionsteilnehmer läßt auf eine lebhaftete Diskussion schließen. Sandgren hatte Gustav V. auf seiner Reise nach Nizza begleitet. Aus diesem Grund fehlt in Sandgrens stenographischen Aufzeichnungen ein Bericht über die Sitzung.
- 10) Telegramm an Sandgren, Nizza, von Wrangel, UD, Stockholm 11.4.21, UD:s arkiv, vol. 995, X. "Zahle i Genève," war Herluf Zahle, der Vorsitzende der dänischen Delegation beim Völkerbund in Genf.
- 11) Telegramm 13.4.21 an Sandgren, Nizza von Wrangel, UD, Stockholm. UD:s arkiv, vol. 995, X.
- 12) Telegramm 13.4.21 an die Gesandten in Haag, Kopenhagen und Madrid von Wrangel, Stockholm. Auf der Kopie des Telegramms ist verzeichnet, daß der Schweizer Gesandte bezüglich der Schweiz und der norwegische Geschäftsträger bezüglich Norwegens befragt worden seien. UD:s arkiv, vol. 995, X.
- 13) Bericht (Nr. 217) 14.4.21 der Gesandtschaft in Kopenhagen (J. Beck-Friis), UD:s arkiv, vol. 996.
- 14) Telegramm (Chiffre 16) der Gesandtschaft in Haag (K.C. Westman) 15.4.21, UD:s arkiv, vol. 996. Ein Bericht (Nr. 167) der Gesandtschaft in Paris (Ehrensward) teilte mit, daß die französische Deputiertenkammer den Gesetzesvorschlag über die 50%-ige Abgabe mit überwältigender Mehrheit angenommen hatte. Ehrensward meinte, dies müsse als Rücksichtnahme der englischen öffentlichen Meinung gegenüber angesehen werden, die in der 50%-igen Abgabe ein Mittel sehe, die englische Industrie vor der lästigen deutschen Konkurrenz zu schützen. Der französische Senat würde die Entscheidung bis nach dem 1.5.21 verzögern, da sonst andere schwerwiegendere Mittel angewandt werden müßten, wenn sich Deutschland weiter weigere, die Pariser Bedingung zu erfüllen. In diesem Punkt hatte sich Ehrensward verrechnet. Ende April ratifizierte der französische Senat die Gesetzesvorlage, von der Ehrensward versäumte, es dem UD zu berichten, was allerlei Irritation zur Folge hatte. UD:s arkiv, vol. 996, XI.

- 15) Telegramm (Chiffre 18) der Gesandtschaft in Haag (Westman) an UD, 22.4.21; Bericht (Nr. 93) der Gesandtschaft in Haag (Westman) 23.4.21, UD:s arkiv, vol. 996, XII.
- 16) "VPM angående ifrågasatt démarche rörande Londonsanktionerna (Höjer), Stockholm 19. april 1921", UD:s arkiv, vol. 996, XI.
- 17) Ebd. Siehe auch Wrangels Aufzeichnung über das Gespräch mit dem Schweizer Gesandten in Stockholm 14.4.21 und Bericht aus Bern 14.4.21, UD:s arkiv, vol. 996, XI.
- 18) Telegramm der Gesandtschaft in Madrid 16.4. und 19.4.21, UD:s arkiv, vol. 996, XI.
- 19) Siehe z.B. Mitteilung an Ramel, Kristiania 25.4.21 von Wrangel, UD:s arkiv, vol. 996, XII.

XIII. Der Epilog zu den Verhandlungen

XIII.1 Der Preiskampf zwischen der TGO und Thyssen. Die TGO und die schwedische Regierung

- 1) Über die Verhandlungen in Hythe 23.-24.4. und in London 30.4.-5.5.21, siehe DBFP, vol. XV-XVI und AdR, KF. Die deutschen Noten vom 21. und 24.4., siehe Schulthess, 1921, II, S. 297-299. Vgl. auch Turner, S. 82 ff, Zimmermann, S. 97 ff, Wulf, S. 258 ff.
- 2) Die deutsche Note, 24.4., siehe Anm. 1. Die ablehnende amerikanische Antwort vom 3.5., siehe Schulthess, 1921, II, S. 299. Der deutsche Gesandte in Stockholm suchte am 22.4. UD auf mit der Bitte um schwedische Unterstützung des deutschen Antrags an Präsident Harding. Aufzeichnung des Kabinettssekretärs Boström. Schon am gleichen Tag lehnte Washington den Antrag ab. Die Antwort der schwedischen Regierung auf die deutsche Bitte um Unterstützung des erneuten Antrags vom 24.4., siehe Aufzeichnung von Wrangel über ein Gespräch mit Nadolny, UD:s arkiv, vol. 996, XIII.
- 3) DBFP, vol. XV, doc. 86-87 mit Anhang.
- 4) Dohrmann, S. 66; DBFP, vol. XV, doc. 83, Appendix 2.
- 5) AdR, KF, Dok. 245.
- 6) Wulf, S. 261 ff; Zimmermann S. 100 f.
- 7) Zimmermann, S. 101, Turner, Stresemann and the Politics of the Weimar Republic, Princeton 1963, S. 88 f; Wulf, S. 265 f.
- 8) Sandvikens Schreiben vom 27.1.21 und 7.2.21 an das Zoll- und Vertragskomitee; Sv. Allmänna Exportförenings Schreiben vom 19.5.21 an UD, Ttk:s arkiv, nicht verzeichneter Teil, Traktatärenden, Tyskland 4; Schreiben der AB Importseparator 16.8.21, Sandvikens Jernverk 2.3.1922 und Uddeholms AB 12.1.22, UD:s arkiv, vol. 2427, VI.
- 9) "PM angående betydelsen för Sverige av att i fråga om införselavgifter i Tyskland åtnjuta behandling som mestgynnad-nation." Ttk:s arkiv, vol. 64, dossier "PM i samband med handelsavtalsförhandlingarne med Tyskland." (Nils Sehlberg 29.3.21). Darin heißt es, daß die Meistbegünstigung für Schweden von großer Bedeutung "nur so

lange der im Verhältnis zu Österreich festgestellte Tarif in Kraft bleibt".

- 10) Robert Schmidt in "Monatlicher Wirtschaftsbericht. An den Herrn Reichspräsidenten, Berlin, 17. Juni 1921." RWM 7605, Bl. 67 ff, ZSA I. Es kann ein Zufall sein, daß die Freistellung kurz nach dem Nachgeben der Aug. Thyssen A.G. kam.
- 11) Schreiben der TGO (Dillner), Stockholm 2.2.21 an die Aug. Thyssen-Hütte, Duisburg, A 561:2, HA ATH.
- 12) Berndt Forsgrén, S. 64 (10)
- 13) Vgl. Kapitel VII.4
- 14) "Statsförhandlingarna 1921", PM in Gränges Centralarkiv, S. 1, Nothin, Från Branting till Erlander, S. 51 ff; Forsgrén, S. 47; Meinander, S. 194 f.
- 15) "Statsförhandlingarna 1921", S. 7, Forsgrén, S. 54.
- 16) Von den zwei Vorschlägen Nothins war der eine ein vollständig ausgearbeiteter Vertrag, der dem Reichstag vorgelegt werden sollte, der zweite enthielt eine Bevollmächtigung des Reichstags nach gewissen Richtlinien ein Abkommen mit der TGO zu treffen: "Der Grund für die Ausformung der letzteren Alternative hing mit einem Schreiben bezüglich der Erztransporte zusammen, das der Verkehrsminister an das Unternehmen richten wollte, und es kann zweifelhaft sein, daß es mit Rücksicht auf dieses Schreiben nicht passender wäre, nur eine solche Bevollmächtigung zu verlangen." An der Konferenz am 7.5.21 nahmen Dillner, Forsgrén, H. Mannheimer und S.J.V. Philipson teil. "Statsförhandlingarna 1921", S. 13, GCA.
- 17) Forsgrén, S. 64 (10). Nach Meinander, S. 189, soll das Schreiben auf einer Kabinettsitzung, auf der Dillner anwesend war, beschlossen worden sein.
- 18) Brief von Walter Murray an die LKAB 6.5.21 (Abschrift in deutscher Übersetzung), Privata brev 1905-1923, Gränges Centralarkiv. Der Brief lautet wie folgt: Übersetzung.- Minister des Verkehrs-Amtes Stockholm, den 6. Mai 1921
Luossavaara - Kiirunavaara Aktiebolag
Der General-Direktor der Staats-Bahnen hat mir die Meldung gemacht, daß Sie sich geweigert haben und fortwährend weigern, in Gemäßheit Ihrer Verpflichtungen in Folge des bestehenden Vertrages, den Staat für die vollen Kosten Ihrer Erztransporte auf der Bahn Svartön-Riksgränsen zu entschädigen, sowie daß die einschlägige Forderung der Staats-Bahnen jetzt eine sehr beträchtliche Höhe erreicht hat. Der General-Direktor hat in Folge dessen anheimgestellt, zur Sicherstellung der Forderung der Staats-Bahnen hinsichtlich Vergütung für künftige Erztransporte Maßregeln zu treffen. - Ferner habe ich in Erfahrung gebracht, daß Sie mit der Mehrzahl Ihrer deutschen Abnehmer ein Preisabkommen betreffend Ihrer Erzabschlüsse getroffen haben, welches Ihnen die Zahlung voller Erzfrachten ermöglichen würde, daß aber gewisse Ihrer deutschen Kunden sich dieser Abmachung noch nicht angeschlossen haben, sowie daß in Folge einer in der erwähnten Vereinbarung enthaltenen "Meistbegünstigungsklausel"

das Abkommen nicht bindend ist, sofern Sie irgendeinem Ihrer deutschen Abnehmer zu billigeren Preisen liefern als in der Abmachung festgeschlagen worden sind. - Aus diesen Gründen will ich Ihnen mitteilen, daß Sie, falls Sie mir nicht vor dem 1. Juni dieses Jahres angezeigt haben, daß sämtliche Ihrer deutschen Abnehmer sich dem oben erwähnten Abkommen angeschlossen haben, ich mich genötigt sehen werde, über den oben geschilderten Umstand der Regierung Meldung zu machen mit dem Antrage, entweder Ausfuhr-Verbot für Eisenerze zu erlassen mit Möglichkeit zu Lizenzen für solche ausländische Abnehmer, welche einen genügenden Preis bezahlen, oder auch zu bestimmen, daß der Erzverkehr auf der Bahn Svartön-Riksränsen gänzlich eingestellt werden soll, falls Sie nicht verbindlich erklären, Erz an solche deutsche Abnehmer nicht zu liefern, die sich dem erwähnten Preisabkommen nicht angeschlossen haben. - gez. Walter Murray. Forsgrén schreibt an seinen "Minnesanteckningar" "Um ein neues Argument gegen Thyssen zu erhalten, gelang es Dillner - als eine Art Pflaster wegen des ziemlich schmähligen Ausgangs der Staatsverhandlungen im Frühjahr 1921 - von seinen Freunden von Sydow, damals Ministerpräsident, und Murray, dem Verkehrsminister, einen Brief zu erwirken, in dem Murray mitteilt, daß sich die Staatsbahnen, wenn das Unternehmen seine Preise der langfristigen Verträge nicht geändert bekäme, gezwungen sehen könnten, den Erzverkehr des Unternehmens zu stoppen, da man befürchten müsse, daß das Unternehmen nicht seine Verpflichtungen den Staatsbahnen gegenüber erfüllen könnte. An den Wortlaut des Briefes erinnere ich mich nicht mehr, aber der Sinn war ungefähr wie oben gesagt. Die rechtliche Bedeutung und der Wert dürften zumindest diskutabel sein, und auf schwedischer Seite wurde er natürlicherweise auch nicht ernstgenommen." S. 64 (10) Nach Meinander (S. 189) hatte die Regierung auf einer Kabinettsitzung, auf der Dillner anwesend war, beschlossen, in einem Schreiben "der LKAB mitzuteilen, daß Erz für Thyssen nicht mit der Eisenbahn befördert werden könnte, da es dem Unternehmen durch die niedrigen Preise unmöglich sei, die vertragsmäßigen Frachten zu zahlen." Dillner hätte jedoch nicht die Gegenforderung der Regierung nach vollen Eisenbahnfrachten anerkannt. Meinander meint, es sei wahrscheinlich, daß das Schreiben gegen die deutschen Kunden verwandt worden sei. Meinander hat keine Quellenangabe seiner Angaben über die Kabinettsitzung. Aber er führte über hierher gehörende Fragen eingehende Gespräche mit Forsgrén. (Siehe Meinander S. 537).

- 19) Telegramm 11.5.21 vom Nordischen Erzkontor (Schwabroch), Lübeck an die Aug. Thyssen-Hütte, A 718:2, HA ATH.
- 20) Aufzeichnungen im AA 2.5.21, Bl. 278, Brieftelegramm des RWM an AA 7.5.21, auch 17.5.21, Bl. 279. AA 64075, ZSA I.
- 21) "Vermerk über die Besprechung mit Herrn Direktor Wenzel über die Frage des Schwedenerzbezuges 19.5.21", RWM 4538, Bl. 95-97, ZSA I.

- 22) Schreiben der Phoenix A.G. (Fahrenhorst), Hörde, 24.5.21, an den Reichswirtschaftsminister, Berlin. RWM 4538, Bl. 105-106, ZSA I.
- 23) "Niederschrift über die Besprechung zu Düsseldorf am 19. und 20. Mai 1921" und "Erläuterung zu den Vertragsverbriefungen", 20.5.21, A 562:2, HA ATH.

XIII.2 Die Wiederaufnahme der schwedisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen wird auf die Zukunft verschoben

- 1) R.K. Snyder, S. 78 ff, S. 84, Anm. 43; Dohrmann, S. 44 ff.
- 2) R.K. Snyder, S. 92. Über die "Dyestuffs Act", vgl. Schröter, S. 255.
- 3) Riksdagstrycket 1921:30, Vorlage 356, S. 45 ff. Vgl. auch die Akten in "1920. Uppgifter rörande importregleringen i utlandet", Ttk:s arkiv, vol. 39b. Über Maßnahmen gegen den deutschen Export siehe auch Reichswirtschaftsminister Schmidts Wirtschaftsbericht für Mai 1921 an den Reichspräsidenten. RWM 7605, Bl. 67 ff, ZSA I.
- 4) Riksdagenssskrivelse nr 116, 1921. Der Reichstag verlängerte in einem Schreiben vom 12.4. die Vollmacht der Regierung, in der Zeit, in der der Reichstag nicht tagte, sog. Zusatzzölle von höchstens 100% gegen den Import aus einem bestimmten Land zu erlassen. Dabei handelte es sich um den sog. Kampfzollparagraphen, der im Falle eines Zollkrieges in Kraft treten sollte und die regelmäßig erneuert wurde.
- 5) 1921:30, Vorlage 356.
- 6) Ebd., S. 53.
- 7) Ebd., S. 65.
- 8) Ebd., S. 59 f.
- 9) 1921:48, Gutachten des Steuerausschusses, Nr. 43.
- 10) Ebd.
- 11) Ebd., S. 7.
- 12) Örne in der Debatte der Ersten Kammer am 4.6.21, FK, 5:42, S. 107. Vennersten in der Reichstagsdebatte am 4.6.21, ebd., S. 94 f.
- 13) G. Malm in der Debatte am 4.6.21, AK 1921, 7:52, S. 9 f.
- 14) Antrag Nr. 229, FK.
- 15) Gutachten des Steuerausschusses, Nr. 43, S. 81.
- 16) Ebd., S. 81.
- 17) "Protokoll fört vid Socialdemokratiska riksdagsgruppens förtroenderåds sammanträde den 25 maj 1921", Arbetarrörelsens arkiv.
- 18) Wie Wohlin während der Reichstagsdebatte in der Ersten Kammer am 4. Juni mitteilte, 1921:5.
- 19) "Protokoll fört vid Socialdemokratiska riksdagsgruppens förtroenderåds sammanträde den 25 maj 1921".
- 20) Reservation der Herren Wohlin, Ahlman, O. Olsson und

Olsson i Kullenbergstorp, 1921:48, S. 32.

- 21) Vgl. Wohllins Rede in der Ersten Kammer am 4.6.1921, 5:43. Wohlin erklärte im Ausschuß vorgeschlagen zu haben, man solle der Regierung eine Bevollmächtigung gleicher Art wie der von Stendahl vorgeschlagenen erteilen aber ohne Differenzierung Deutschland gegenüber. Der Ausschuß lehnte den Vorschlag mit nur einer Stimme Mehrheit ab, FK, 5:43, S. 16, 22. 1921, 5:42, S. 106.
- 23) Über die Reichstagsdebatte, siehe FK, 5:42-43 und AK, 7:52-53.
- 24) AK 1921, 7:53, S. 29.
- 25) FK 1921, 5:43, S. 62, AK 1921, 7:53.
- 26) Brief von Erik Röing an Fredrik Sjöberg 5.6.21, II A5, Bd. 3, 1921, PA. In diesem Brief wird Sjöbergs Brief vom 24.5.21 genannt.
- 27) "Aufzeichnung", 23.5.21 im AA, AA 64736, Bl. 280, ZSA I. Schon im April hatte Trendelenburg in einem Gespräch mit dem schwed. Handelsattaché Versuche gemacht, neue Verhandlungen zustandezubringen, aber die schwed. Haltung war abwartend. Berichte aus Berlin 12. und 14.4.21 UD:s arkiv, vol. 2427.
- 28) Schreiben des RWM (Schoenebeck) 9.6.21 an das AA, AA 64075, Bl. 290 f. Röing hatte seinem Brief das Gutachten des Steuerausschusses über die Zollvorlage angefügt.
- 29) Brief (Abschrift) von Fredrik Sjöberg vom 9.6.21 an Erik Röing, AA 64075, Bl. 296-299, ZSA I.
- 30) Bericht (C 731) der deutschen Gesandtschaft in Stockholm an AA, 7.7.21. Ebd. Auch Bericht vom 30.6.21, RWM 2844/1
- 31) Edgar Anderson, An undeclared naval war, The British-Soviet naval struggle in the Baltic, 1918-1920 in Journal of Central European Affairs, 1962, (XXII). Anderson stellt fest: "The Government of Great Britain virtually ran the Baltic area with the help of the British Baltic fleet during the immediate postwar years and checked both the German and Bolsjevik advances".
- 32) Schreiben von F.O. (J.D. Gregory) an die britische Gesandtschaft (P. Ramsay), Stockholm, 12.9.21, FO 371/6774.
- 33) "Engelsk eskader permanent till Östersjön?", SocD 29.7. 21. Nach Gerüchten zu urteilen sollten die Briten u.a. Pläne haben, Bornholm zu einem britischen Flottenstützpunkt zu machen. Ramsay referiert in einem Bericht an das F.O. ausführlich Brantings Artikel und die Kommentare dazu in NDA, DN, SvD und StT, FO 371/6774.
- 34) Leitartikel in SvD vom 30.7.21, "Ett fritt hav".
- 35) Bericht von Ramsay an das F.O. vom 3.8.21. Über den Flottenbesuch siehe auch z.B. NDA vom 6.8.21. Ramsay kommentierte die schwed. Reaktionen: "The Swedish Government are evidently a little perturbed at the announcement of the establishment of a supreme non-Baltic naval Power in waters which they have come to regard as their inheritance since the destruction of the formerly dominant German fleet". FO 371/6774. Über die Befürchtungen daß

die engl. Dominanz in der Ostsee die handelspolitischen Aussichten der Ostseestaaten negativ beeinflussen würde, siehe Bericht (619) vom 30.8.20 aus Berlin an UD, UD:s arkiv, vol. 297.

- 36) Östlind, S. 505, SOS Handel, 1913 und 1920.

Die Verteilung des schwedischen Exports auf die Länder in den Jahren 1913 und 1918-1922

	1913	1918	1919	1920	1921	1922
Großbrit.USA u.Frankr.	41	26	44	50	43	45
Deutschl.Österr.Ungarn	22	25	9	8	11	9
Russl.u.Finnl.	6	4	5	4	7	8
Dänem.,Norw.,Niederl.u. Schweiz	18	39	27	18	22	19
Übrige	13	6	15	20	17	19

Quelle: Östlind, S. 505. Die Tabelle gibt die Entwicklung des Exportwertes an.

	Einfuhr nach Schweden		Ausfuhr aus Schweden	
	1913	1920	1913	1920
Deutschland	34,2%	15,1%	21,9%	8,1%
Großbrit. u. Irland	24,4%	27,6%	29,1%	36,2%

Quelle: SOS, Handel, 1913, 1920 .Siehe auch Ohlsson,S.42f.

Leider wird in der schwedischen Statistik der Transit-handel nach Deutschland über z.B. Dänemark und die Niederlande als Export nach Dänemark bzw. in die Niederlande verzeichnet. Dadurch fallen die Exportzahlen für Deutschland zu niedrig aus, aber die Tendenz der Exportentwicklung ist doch deutlich. Das gleiche gilt für den Import.Siehe auch Schröter,S.465f,Anm.33-34.

- 37) SvD vom 26.4.21, "Våra handelsförbindelser med England." Über die Aktivität, die Kershaw entwickelte, um die britischen Exportinteressen in Schweden zu fördern siehe auch seinen Vortrag vor dem Schwedisch-Englischen Verein in Göteborg am 4.3.21, Sv. Handelstidning vom 5.3.21.
- 38) Bericht der deutschen Gesandtschaft in Stockholm (Nadolny) vom 28.4.21 an das AA, AA 66692, Bl. 12-13, ZSA I.
- 39) Schreiben des Handelsministers Malm an das Zoll- und Ver-tragskomitee 25.6.21, Ttk:s arkiv, vol. 1.
- 40) "Utkast till yttrande till statsrådsprotokollet i finans-
ärenden rörande utredning i fråga om diff.tullar"⁹K. J. Beskows S
- 41) "PM angående handelsministerns skrivelse den 25 juni 1921
ifrågasatt införande av dubbla tariffer i tulltaxan,
särskilt med hänsyn till kommande traktatförhandlingar",
Denkschrift von Chr. Günther, am 1.9.21 geschrieben,
Ttk:s arkiv, vol. 6.
- 42) Bericht der deutschen Gesandtschaft in Stockholm 23.8.21 (Nadolny) an AA, AA 64075, ZSA I. Die Antwort war von Höjer ausgearbeitet worden und von ihm Sydow und Malm zur Begutachtung vorgelegt worden. UD:s arkiv, vol. 2427:VI.

XIV. Staat, Wirtschaft und Handelspolitik: Schweden und Deutschland 1918-19 21. Zusammenfassung und Schluss

- 1) Anders Lindberg, Småstat mot stormakt, Lund 1983
- 2) Vgl. Charles Maier's Bezeichnung, siehe oben Einleitung 5.
- 3) Vgl. H. Vogel (1979) über die grösseren Möglichkeiten der Kleinstaaten im Vergleich zu den Grossmächten, Veränderungen in den Entscheidungsstrukturen durchzuführen. Siehe hierüber auch H. Vogel, Small states' action space in international relations: Restraints and cunning. Paper presented to the conference on "Small states and dependence", Laxenburg/Wien, Juni 1981.

Quellenverzeichnis

A. Unveröffentlichte Quellen

I. Politische Archive

Zentrales Staatsarchiv, Abteilung I, Potsdam (ZSA I)

Auswärtiges Amt, Handelspolitische Abteilung (AA)

- 6453 Die Frage der schwedischen Erzausfuhr
6455 Akten betr. Handelsvertrag mit Deutschland Dez. 1918-Dez. 1919
6455/1 Akten betr. Handelsvertrag mit Deutschland Dez. 1919-März 1920

Auswärtiges Amt, Länderabt. IV (AA)

- 64653 Akten betr. Handelseinigungsstellen: Schweden
64736 Handelsvertragsverhältnis Deutschland-Schweden März 1920-Febr. 1921
64075 Handelsvertragsverhältnis Deutschland-Schweden Febr. 1921-Dez. 1921
65437 Handelsbeziehungen zu Deutschland, Handel, Schweden März 1920-Okt. 1927
65579 Handelsvertragsverhältnis Deutschland-Schweden. Wünsche und Anfragen Mai 1920-Nov. 1924
66692 Handelsbeziehungen (Schwedens) zu England Mai 1921-Jan. 1933
67001 Akten betr. Dumping: Schweden Mai 1920-Aug. 1922
67004 Handelsvertragsverhältnis Deutschland-Schweden Dez. 1921-März 1926

Reichswirtschaftsamt (-Ministerium) (RWA/RWM)

- 48-49 Akten betr. Austausch mit Schweden 1917-1919
200 Akten betr. Dringlichkeitsliste des deutschen Einfuhrbedürfnisses an Rohstoffen und Nahrungsmitteln für die ersten beiden Friedensjahre
1854 Akten betr. dem Wirtschaftskrieg nach dem Kriegsende. Okt.

1916- Juli 1918
 1869-70 Akten betr.Erhebung zur Vorbereitung des Wirtschafts-
 friedens,Kohle-Eisenerz u.s.w.
 2844 Handels- und Zollpolitik:Schweden.Allgemeines Juni
 1918-Juni 1921
 2844/1 Handels- und Zollpolitik:Schweden.Allgemeines Juli
 1921-April 1922
 4538 Einfuhr schwedischer Erze März 1919-Juni 1920
 4538/1 Einfuhr schwedischer Erze Juni 1920-Nov.1923
 4646 Schweden Juni 1920-Sept.1922
 7605 Berichte an den Reichspräsidenten über die Wirtschafts-
 lage Jan.1920-Febr.1922
 8110 Wirtschaftsabkommen mit Schweden Jan.1921-April 1923

Reichslandbund - Pressearchiv

4736 Schweden:Handel

Zentrales Staatsarchiv,Abteilung II,Merseburg (ZSA II)

Preussisches Ministerium für Handel und Gewerbe
 C XIII 7.1 Die Handels- und Schifffahrtsverhältnisse mit dem
 Königreich Schweden
 7.1 a Akten betr.den Handelsvertrag zwischen dem Deut-
 schen Reich und Schweden
 7.4 Akten betr. handelspolitische Wünsche für den Frie-
 densschluss,die Friedensverhandlungen und den Ver-
 trag:Allgemeines

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes,Bonn(PA)

Abt.IV,Politik 2,Polit.Beziehg.Schweden-Deutschland
 Handel 11,Russland,Bd.1-4
 Russland,Eisenbahnwesen 3,Bd.1
 Büro Reichsminister,Akten betr.Genf-Brüssel
 Sonderreferat Wirtschaft,Friedensvertrag,Allg.3
 Gesandtschaftsarchiv Stockholm II A5,Deutsch-schwedischer
 Handels- und Schifffahrtsvertrag 19 18-1936,Bd.1-4
 Nachlass Stresemann,Polit.Akten,7003 H 237

Bundesarchiv,Koblenz (BA)

R 13 I Verein Deutscher Eisen- und Stahlintustrieller/
 Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie 96,
 157-159,196
 R 43 I/142 Akten betreffend Schweden 1919-1935
 R 43 I/1085 Akten betr.Handelsverträge 1920-1927
 R 43 I/1172-73 Akten betr.Ein- und Ausfuhr 1919-1922
 Nachlässe:Günther von Le Suire,Moritz Julius Bonn

Public Record Office,London (PRO)

Foreign Office (FO)
 Sweden,Commercial 368/1992-1993
 Sweden,Political 371/4068,4081,5453-5454,6774,6946-6947

Norway, Political 371/5395
Sweden, Coal and Tonnage 382/2413-14, 2417-18
Sweden, News 395/343

Reichsarchiv (Riksarkivet), Stockholm (RA)

Archiv des schwedischen Aussenministeriums (UD)

- 81 A Grossbritannien: Handels- und Schiffahrtsvertrag mit den vereinigten Königsreichen (Schweden)
- 97 A Deutschland: Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Schweden und Deutschland 1911-1920
- 97 E Zoll: Allgemeines über die Zollgesetzgebung in Deutschland 1909-
- 21 U 50g Wirtschaftsfragen auf der Friedenskonferenz 1919-1923
61k Marcus Wallenbergs Reise 1919

Gesandtschaftsarchiv Berlin

- Hp 1 N Auswärtiger Rat und Auswärtiger Ausschuss 1920-1921
 - 1 Ba Politik, Allgemeines Grossbritannien
 - 1 Ct Politik, Allgemeines: Deutschland 1920-1922
- 20 D Nordische Ministerkonferenzen 1920-1931
- 20 E Die Reparationsfrage
- 32 B Die Wiederaufnahme der Handelsverbindungen mit Russland 1920-1921
- 62 Finanzpolitik: diplomatische Anträge, Verhandlungen und Verträge
- 64 Ba Handel und Schiffahrt: Grossbritannien
- 64 Ct Handel und Schiffahrt: Deutschland
- 64 D Skandinavische Verträge
- H 39 Ba Kohle: Grossbritannien
- 40 Ct Eisen und Stahl: Deutschland 1920-1927

Privatarchiv(händerkiv)Herman Wrangel Bd.1-3

Carl Sandgrens Aufzeichnungen vom Geheimen Ausschuss 1918-1920, Carl Sandgrens Aufzeichnungen von den Sitzungen des Auswärtigen Rats 1921, "Redogörelse avgiven till utrikesnämnden i enlighet med § 54 RF, 19 22"

Archiv des Zoll- und Vertragskomitees vom Jahr 1919
(Tull- och traktatkommitténs arkiv)

Vol.1, 6, 36, 38, 39b, 44, 45, 49, 52b, 53, 54a, 54b, 64, 65, 77, 89, 92-93, 94, 97, 102a, 112, 119, 121

Im nicht verzeichneten Teil: "Traktatärenden: Tyskland 3-5", "Rävarutredningen", "Handlingar med proveniens från UD och därifrån överlämnade till prof. Wohlin", "Handlingar med direkt proveniens från prof. Wohlin"; Protokolle der Regierungssitzungen (statsrådsprotokoll): Auswärtige Angelegenheiten, Protokolle des Geheimen Ausschusses (Hemliga utskottet), Protokolle des Auswärtigen Rats (utrikesnämnden)

Archiv des Wirtschaftsrats (Ekonomiska rådet)

Protokolle des Wirtschaftsrats

Nachlässe (Privata samlingar)

K.J. Beskows Sammlung

Johannes Hellners Sammlung

Arvid Lindmans Sammlung

Sammlung Rydbeck

Gösta Malm, "Ur minnet", III-IV (Erinnerungen, MS)

Archiv des schwedischen Ausenministeriums, Gustav Adolfs torg, Stockholm

p 53 Ct Personalien, Deutsche Gesandtschaft

Universitätsbibliothek, Uppsala (UUB)

Torvald Håjers Sammlung

Nils Edéns Sammlung

Norrköpings Stadtarchiv, Norrköping

Carl Swartz' Sammlung

Archiv der Arbeiterbewegung, Stockholm

Protokolle der Vorstandssitzungen der Sozialdemokratischen Partei

Protokolle der Sitzungen des Vertrauensrats der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Protokolle der Sitzungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

II. Wirtschaftsarchive

Aug. Thyssen A.G. Archiv, Duisburg (HA ATH)

A 560:1-6, A 562:2, A 718:2, A 897

Historische Sammlung Fried. Krupp A.G., Essen (HA Krupp)

Werksarchiv (WA) IV 1361, VIIIf 1087

Gränges Zentralarchiv, Grängesberg (CCA)

"Papper rörande förhandlingar med staten våren 1920", "PM angående 1922 års malmavtal", Berndt Forsgréns "Minnesanteckningar 1917-1921",

Private Briefe 1905-1923, Private Briefe 1917-1920

Jahreshauptversammlungs- und Vorstandssitzungsprotokolle

Archiv von AB Svensk "Mallexport, Stockholm (unverzeichnet)

"Malmförsljningen- Statistik", verschiedene Eisenerzverträge (Abschriften)

Jernkontorets Archiv, Stockholm

Vorstandssitzungsprotokolle, Registratur

Archiv des Verbandes der schwedischen Industrie, Stockholm

Vorstands- und Arbeitsausschussprotokolle,

Vorstands- und Arbeitsausschussprotokolle des Allgemeinen Exportvereins

Archiv des Skandinaviska Enskilda Banken, Stockholm

Marcus Wallenbergs Sammlung, Dossier über den Wirtschaftsrat

Archiv des Schwedischen Bankenvereins, Stockholm

Vorstandssitzungsprotokolle

E. Veröffentlichte Quellen

Amtliche Publikationen

Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Bauer (AdR KB)

Das Kabinett Müller (AdR KM)

Das Kabinett Fehrenbach (AdR KF)

Boppard am Rhein 1972-82

Documents on British Foreign Policy 1919-1939, First Series, vol. III, XV, XVI, London 1947-1968
 Foreign Relations of the United States, The Lansing Papers, 1914-1920, vol. 1, Washington 1939
 Interim Report of the Committee on Commercial and Industrial Policy on certain Essential Industries (Cd 9032);
 on the importation of Goods from the present enemy countries after the War (9033);
 on the treatment of Exports from the United Kingdom and British Overseas Possessions, and the conservation of the Resources of the Empire during the transitional period after the War (cd 9034)
 Final Report of the Committee on Commercial and Industrial Policy after the War (Cd 9035)
 Report of the Departmental Committee appointed to consider the position of the Coal Trade after the War (Cd 9093)
 Sammlung von Aktstücken über die Verhandlungen mit der Sachverständigenkonferenz zu Brüssel vom 16. bis 22. Dezember 1920, Berlin 1921
 Handbuch für das Deutsche Reich, 1918, 1922, 1924, Berlin 1918-24
 Statskalender 1921, Kristiania 1921
 Riksdagens protokoll med bilag
 Sveriges officiella statistik. Handel
 Sveriges Offentliga Undersökningar 1924:37
 Tull- och Traktatkommitténs utredningar och betänkanden VII, Stockholm 1921
 Utrikesdepartementets kalender 1919-1920, 1921, Stockholm 1920-21

Memoiren, Tagebücher, Zeitschriften und Zeitungen

D'Abernon, E. V., An Ambassador of Peace, I, London 1929
 Bonn, M. J., So macht man Geschichte, München 1953
 Hamilton, H., Dagböcker 1917-1919, Stockholm 1956
 Fellner, J., Minnen och dagböcker, Stockholm 1960
 Howard, E., Theatre of Life, London 1936
 Nadolny, R., Mein Beitrag, Wiesbaden 1955
 Nothin, T., Från Ernting till Erlander, Stockholm 1955
 Palmstierna, E., Dagjämning 1920-1921, Stockholm 1954
 Rathenau, W., Tagebuch 1907-1922, Düsseldorf 1967
 Wigforss, E., Minnen II, 1914-1932, Stockholm 1951

Kommersiella Meddelanden
 Meddelanden från Stockholms Handelskammare
 Meddelanden från Sveriges Industriförbund
 Svensk Export
 Stahl und Eisen. Zeitschrift für das Deutsche Eisenhüttenwesen
 Arbetet (Arb), Dagens Nyheter (DN), Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning (GET), Nya Dagligt Allehanda (NDA), Socialdemokraten (SocD), Stockholms Dagblad (StD), Stockholmstidningen (StT), Svenska Dagbladet (SvD), Svensk Handelstidning

Literaturverzeichnis

Aldcroft, D. A., From Versailles to Wall Street. The International Economy 1919-1929, Berkeley 1977
 Anderson, E., An undeclared Naval War, Journal of Central European Affairs, 1962:1

- Andersson, G., Den svenska industriens ställning i världsproduktionen. Föredrag, hållet vid Sveriges Industriförbunds tioårs-möte den 20 april 1920, Stockholm 1920
- Armitage, S.M.H., The Politics of Decontrol of Industry: Britain and the United States, London 1969
- Arpi, G., Sveriges nutida näringsliv, Stockholm 1961
- Artaud, D., Aux origines de l'atlantisme: la recherche d'un équilibre européen au lendemain de la première guerre mondiale, Relations internationales 1977:10, S.115-126
- Bähret, C., Institutionalisierte Einflusswege der Verbände in der Weimarer Republik, in: H.J. Varein, Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973
- Bariéty, J., Das Zustandekommen der internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum misslungenen "Schwerindustriellen Projekt" des Versailler Vertrages, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. von H. Mommsen u.a. Düsseldorf 1974
- ders., Les Relations Franco-Allemandes après la Première Guerre Mondiale, Paris 1977
- ders., Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg in: R. Poidevin/J. Bariéty, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975, München 1982
- Bergendal, K., Handels- och sjöfartspolitik under världskriget in: Bidrag till Sveriges ekonomiska och sociala historia, hrsg. von Eli Heckscher, Stockholm 1926
- Bunselmeyer, R.E., The Cost of the War 1914-1919. British Economic War Aims and the Origin of Reparation, Hamden/Conn. 1975
- Carlsson, S./Rosén, J., Den svenska historien, Bd.9: Industri och folkrörelser 1866-1920, Stockholm 1968
- Cohn, E., Danmark under den store Krig. En økonomisk oversigt, Kjøbenhavn 1928
- Consett, M.W.W., The Triumph of unarmed forces, London 1923
- Dahlerup, D., Jarlov, C., Johansen, L.N., Kristensen, O.P., Korporetisme-begrebet og studiet af samspillet mellem politiske institutioner; Økonomi og Politik 1975:4
- Dansk Biografisk Leksikon, København 1982
- Döhn, L., Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim 1970
- Dohrmann, P., Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921-1923, München/Wien 1980
- Doss, K., Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Düsseldorf 1977
- Drummond, I.M. British Economic Policy and the Empire 1919-1939, London 1972
- Emanuelson, K., Den svensk-norske utrikesförvaltningen 1870-1905, Diss. Lund 1980
- Eyck, E., Geschichte der Weimarer Republik 1. Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs, Stuttgart 1954

- Facius, F., Wirtschaft und Staat, Boppard am Rhein 1959
- Feldman, G. D., Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918, Princeton 1966
- ders., German Business Between War and Revolution: The Origin of the Stinnes-Legien Agreement in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg, hrsg. von Gerhard Ritter, Berlin 1970
- ders., Big Business and the Kapp Putsch, Central European History, 19 71:4
- ders., Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme der deutschen Demobilisierung 1918-1919 in: Industrielles System... Düsseldorf 1974
- ders., Iron and Steel in the German Inflation 1916-1923, Princeton 1977
- ders., Gegenwärtiger Forschungsstand und künftige Forschungsprobleme zur deutschen Inflation in: O. Büsch/G. Feldman, Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914-1924, Berlin 1978
- ders./Homburg, H., Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916-1923, Hamburg 1977
- Fischer, F., Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/19 18, Düsseldorf 1961
- ders., Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969
- Fischer, W., Die wirtschaftspolitische Situation der Weimarer Republik, Celle 1960
- Fransén, B., Nordiska relationer och aktioner 1914-1916, Liz.-arb. in Geschichte (MS), Das Institut für Geschichte, Lund 1965
- Gemzell, C.-A., Organization, Conflict, and Innovation, Lund 1973
- ders., Lucius Wallenberg och Ryssland. Storfinsans och politik under första världskriget, Aktuellt och Historiskt 1976
- ders., Scandinavian History in International Research, Scandinavian Journal of History 1980:5
- Gerdner, G., Det svenska regeringsproblemet 1917-1920, Uppsala/Stockholm 1946
- ders., Parlamentsrismens kris i Sverige vid 1920-talets början Uppsala 1954
- Gihl, T., Den svenska utrikespolitikens historia, del IV, Stockholm 1951
- Girault, R., Diplomatie européenne et impérialismes, Paris 1979
- Gossweiler, K., Grossbanken, Industriemonopole, Staat, Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-19 32, Berlin (Ost) 1971
- Grunzel, J., System der Handelspolitik, Leipzig 1906
- Guide to the contents of the Public Record Office, 1-2, London 1963
- Gårdlund, T., Marcus Wallenberg, Stockholm 1976
- Günther, Christian, Tendenser och riktlinjer inom handelspolitiken efter kriget, Ekonomisk Tidskrift 1922
- Haberland, G., Elf Jahre staatlicher Regelung der Ein- und Ausfuhr, Leipzig 1927
- Hagård, E., Nils Wohlin-konservativ centerpolitiker, Stockholm 1976
- Handbuch. Fried. Krupp A.G., Essen 1934

- Härrig, H., Die deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen seit der Jahrhundertwende mit besondere Berücksichtigung der Nachkriegszeit, Diss. Köln 1930
- Heckscher, E., Bidrag till Sveriges ekonomiska och sociala historia, del 1, Stockholm 1926
- Hers., Den ekonomiska skandinavismen. Föredrag vid Sveriges Allmänna Exportförenings årsstämma 22 april 1918, Stockholm 1918
- Hernes, G., Makt, blendingsøkonomi og blandingsadministrasjon in: Forhandlingsøkonomi og blandingsadministrasjon, Bergen/Oslo/Tromsø 1978
- Hesse, D., Deutschland und Schweden 1918-1945. Studien zu den deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen, Diss. (MS), Rostock 1970
- Holtfrerich, C.L., Die deutsche Inflation 1914-1923, Berlin/New York 1980
- Hovi, O., The Baltic Area in British Policy 1918-1921, Diss. Helsingfors 1980
- 100 Jahre Auswärtiges Amt 1870-1970, Bonn 1970
- Jensen, B., Danmark og det russiske spørgsmål 1917-1924, Århus 1979
- Johnson, P.B., Land fit for heroes, Chicago 1968
- Kahl, F., Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916, Jena 1917
- Kalela, J., Grannar på skilda vägar, Diss. Helsingfors 1971
- Kästning, A., Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919-1923, Paderborn 1970
- Keynes, J.M., The Economic Consequences of the Peace, London 1920
- Koblik, S., Sweden. The Neutral Victor, Diss. Lund 1972
- Kocka, J., Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen in: H.A. Winkler (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus, Göttingen 1974
- Hers., Sozialgeschichte-Strukturgeschichte-Gesellschaftsgeschichte, Archiv für Sozialgeschichte 1975:15
- Hers., Recent Historiography of Germany and Austria, Journal of Modern History 1975
- Kaersted, T., Storbritannien og Danmark 1914-1920, Odense 1974
- Laubach, E., Die Politik der Kabinette Wirth 1921/1922, Lübeck/Hamburg 1968
- Libal, Cisel, Aspekte der britischen Deutschland-Politik 1919-1922, Diss. Göttingen 1972
- Lindberg, Anders, Småstat mot stormakt. Beslutssystemet vid tilkomsten av 1911 års svensk-tyska handels- och sjöfartstraktat, Diss. Lund 1983
- Link, W., Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970
- Hers., Der amerikanische Einfluss auf die Weimarer Republik in der Dawesplanphase in: Industrielles System..., Düsseldorf 1974
- Lönroth, E., Den svenska utrikespolitikens historia, del V, 1919-1939, Stockholm 1959
- Maier, Ch.S. Strukturen kapitalistischer Stabilität in den zwanziger Jahren: Errungenschaften und Defekte in: H.A. Winkler (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus, Göttingen 1974

- ders., *Recasting Bourgeois Europe*, Princeton 1975
- Mc Dougall, W., *France's Rhineland Diplomacy 1914-1924*, Princeton 1978
- Meinander, N., *Gränges - en krönika om svensk järnmalm*, Helsingfors 1968
- Mommsen, H., Petzina, D., Weisbrod, B., (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik* Düsseldorf 1974
- Montgomery, A., *Svensk och internationell ekonomi 1913-1939* Stockholm 1954
- ders., *Fredskrisen i Sverige 1919-1921 in: Utgångspunkter för penningpolitiken efter kriget. Utredning av sakkunniga inom Sveriges Riksbank*, Stockholm 1943
- Nordisk Familjebok, 3:e upplagen, Stockholm 1925-1937
- Nouailhat, Y.-H., *Français, Anglais et Américains face au problème de la réorganisation du commerce international 1914-1918, Relations internationales*, 1977:10
- Nussbaum, M., *Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik*, Berlin 1978
- Ohlsson, L., *Utrikeshandeln och den ekonomiska tillväxten i Sverige 1871-1966*, Uppsala 1969
- Olsson, S., *Järnbruksförbundet 1906-1956*, Stockholm 1958
- Parini, C.P., *Heir to Empire. United States' Economic Diplomacy 1916-1923*, Pittsburgh 1969
- Plaut, Th., *Deutsche Handelspolitik-Eine Einführung*, Leipzig/Berlin 1929
- Plücker, F., *Der schwedische Eisenerzbergbau und seine Beziehungen zur westdeutschen Eisenhüttenindustrie 1880-1965* Köln 1969
- Pohl, K.H., *Weimars Wirtschaft und die Aussenpolitik der Republik 1924-1926. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt*, Düsseldorf 1979
- Poidevin, R./Bariéty, J., *Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975*, München 1982
- Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft I-II, Berlin 1930-31
- Reusch, E., *Die Fried. Krupp A.G. und der Aufbau der Reichswehr in den Jahren 1919-1922*, Archiv und Wirtschaft, 1980/3
- Riste, O., *The Neutral Ally*, Oslo 1965
- Rokken, S., "Votes count, resources decide", in: *Festskrift til Jens Arup Seip*, Oslo 1975
- Rystad, G., *Die deutsche Monroedoktrine der Ostsee. Die Ålandfrage und die Entsehung der deutsch-schwedischen Geheimabkommens vom Mai 1918*, Stockholm 1971
- Samuelsson, K., *Nordiska Kompaniet-historien om ett varuhus* Stockholm 1952
- Schindler, R., *Die Marktpolitik des Roheisen-Verbandes während der Weimarer Republik*, Bielefeld 1978
- Schmidt, G., *Politische Tradition und wirtschaftliche Faktoren in der britischen Friedensstrategie 1918/1919*, Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 1981:2
- Schmidt, H.-I., *Wirtschaftliche Kriegsziele Englands und interalliierte Kooperation. Die Pariser Wirtschaftskonferenz 1916, Militärgeschichtliche Mitteilungen* 1981:1

- Schmitter, Ph.C./Lehmbruch, G. (Hrsg.), Trends Toward Corporatist Intermediation, London 1979
- Schoenebeck, F. von, Friedrich List und die Lehre von den Zollwirkungen in: Schmollers Jahresbuch, Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Berlin 1927
- Schröter, H., Aussenpolitik und Wirtschaftsinteresse. Skandinavien im ausenwirtschaftlichen Kalkül Deutschlands und Grossbritanniens 1918-1939, Frankfurt/Main 1983
- Schubert, I., Schweden und das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg, Bonn 1981
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 1919-1921, München 1923-1926
- Skuhra, A., Industrialised small states-some comparative considerations with special respect to Austria, paper presented at the conference on "Small states and dependence", held at the Austrian Institute for International Affairs, Laxenburg, June 10-12, 1981
- Snyder, R.C., The most-favored-nation-clause, New York 1948
- Snyder, R.K., The Tariff Problem in Great Britain 1918-1923, London 1944
- Söderpalm, S.A., Storföretagarna och det demokratiska genombrottet, Lund 1969
- ders., Direktörsklubben. Storindustri i svensk politik under 1930- och 40-talen, Stockholm 1976
- Soutou, G., Der Einfluss der Schwerindustrie auf die Gestaltung der Frankreichpolitik Deutschlands 1919-1921 in: Industrielles System... Düsseldorf 1974
- ders., Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/1921 in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1975:3
- Stapper, J., Die Eisenversorgung Deutschlands nach dem Kriege Diss. (MS), Köln 1922
- Steckzén, B., Bofors. En kanonindustris historia, Stockholm 1947
- Svenska Aktiebolag och enskilda banker, Stockholm 1919
- Svenska män och kvinnor, Stockholm 1948
- Svenska Teknologföreningens biografier 1861-1936, Stockholm 1937
- Svensk biografisk handbok 1923, Stockholm 1923
- Svensk Industrikalender 1920, Stockholm 1920
- Temperley, H.W.V., A History of the Peace Conference of Paris, Bd.V: Economic Reconstruction and Protection of Minorities, London 1921
- Tingsten, H., Den svenska socialdemokratiens idéutveckling, I, Stockholm 1941
- ders., Svensk utrikesdebatt mellan världskrigen, Stockholm 1964
- Trachtenberg, M., Reparation in World Politics. France and European Economic Diplomacy 1916-1923, New York 1980
- Treue, W., Die Feuer verloschen nie, Düsseldorf/Wien 1966
- Tunberg, S., Den svenske utrikesförvaltningens historia Uppsala 1935
- Turner, H.A., Stresemann and the Politics of the Weimar Republic, Princeton 1963
- Unga, N., Socialdemokratin och arbetslöshetsfrågan 1912-1934, Kristianstad 1976
- Vem är det? Svensk biografisk handbok 1923, Stockholm 1923
- Wendt, B.J., Südosteuropa in der nationalsozialistischen Grossraumwirtschaft in: Führerstaat-Mythos und Realität, hrsg. von G.Hirschfeld und L.Kettenacker, Stuttgart 1981
- Wer ist's?, Leipzig 1922

- Winkler, H.A., (Hrsg), Organisierte Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974
- Wittmann, Klaus, Schwedens Wirtschaftsbeziehungen zum Dritten Reich 1933-1945, München/Wien 1978
- Vogel, H., Der Kleinstaat in der Weltpolitik, Zürich 1979
- ders., Small states' action space in international relations: Restraints and cunnings. Paper presented to the conference "Small states and dependence", Laxenburg, June 1981
- Wohlin, N., Svensk ekonomi och politik, Stockholm 1918
- Wollstein, Günther, Rudolf Nadolny-Aussenminister ohne Verwendung, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1980:1
- Wulf, P., Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918-1924, Stuttgart 1979
- Zimmermann, L., Deutsche Aussenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Berlin/Frankfurt 1958
- Östlund, A., Svensk samhällsekonomi 1914-1922, Stockholm 1945

Lund Studies in International History

is published by the Department of History, University of Lund, Sweden.

Both monograph-length studies and collections of essays and shorter studies dealing with problems in twentieth-century history will be published in this form. The title **International History** is used in a broad sense. The studies included in the series will deal with not only foreign policy and international relations but also the history of different countries outside Scandinavia.

Editors:

Göran Rystad och Sven Tägil.

Correspondence should be addressed to the Editors, The Department of History, Magle Lilla Kyrkogata 9 A, S-223 51 Lund, Sweden.

Lund Studies in International History

1. Sven Tägil, *Deutschland und die deutsche Minderheit in Nordschleswig*. 1970.
2. *Probleme deutscher Zeitgeschichte*. 1970.
3. Steven Koblik, Sweden: The Neutral Victor. Sweden and the Western Powers, 1917–1918. 1972.
4. Carl-Axel Gemzell, *Organization, Conflict, and Innovation. A Study of German Naval Strategic Planning, 1888–1940*. 1973.
5. Bo Hult, Sweden, the United Nations, and Decolonization. A Study of Swedish Participation in the Fourth Committee of the General Assembly, 1946–69. 1974.
6. Göran Rystad, *Ambiguous Imperialism. American Foreign Policy and Domestic Politics at the Turn of the Century*. 1975.
7. Sven Rubenson, *The Survival of Ethiopian Independence*. 1976.
8. Lars-Erik Nyman, *Great Britain and Chinese, Russian and Japanese Interests in Sinkiang, 1918–1934*. 1977.
9. *Studying Boundary Conflicts. A Theoretical Framework*. 1977.
10. Anita Diehl, E. V. Ramaswami Naicker-Periyar. A Study of the Influence of a Personality in Contemporary South India. 1977.
11. Gunnel Rikardsson, *The Middle East Conflict in the Swedish Press. A Content Analysis of Three Daily Newspapers, 1948–1973*. 1978.
12. Birgitta Eimer, *Cavour and Swedish Politics*. 1978.
13. Göran Rystad (ed.), *Congress and American Foreign Policy*. 1981.
14. Reda Mowafi, *Slavery, Slave Trade and Abolition Attempts in Egypt and the Sudan 1820–1882*. 1981.
15. Joseph Zitomersky (ed.), *On Making Use of History*. 1982.
16. Christer Olsson, *Congress and the Executive: The Making of United States Foreign Policy 1933–1940*. 1982.
17. Wilhelm Agrell & Bo Hult (eds.), *Clio Goes Spying. Eight Essays on the History of Intelligence*. 1983.
18. Göran Rystad (ed.), *Europe and Scandinavia. Aspects of the Process of Integration in the 17th Century*. 1983.
19. Terence Graham, *The "Interests of Civilization"? Reaction in the United States Against the "Seizure" of the Panama Canal Zone, 1903–1904*. 1983.
20. Olof Åhländer, *Staat, Wirtschaft und Handelspolitik Schweden und Deutschland 1918–1921*. 1983.

ISBN 91-24-32864-2

Best.nr 24-32864-2